GESCHICHTE DER JUDEN IN NÜRNBERG
1146 – 1945

von
Arnd Müller

Selbstverlag der Stadtbibliothek Nürnberg
1968

Digitized by Project Zikaron
Touro University-NY Libraries
www.zikaron.tourolib.org
2026

Gedruckt mit Unterstützung
der Freiherr von Hallerschen Forschungsstiftung in Nürnberg.

Beiträge zur Geschichte und Kultur der Stadt Nürnberg.
Schriftleitung: Bibliotheksdirektor Dr. Karlheinz Goldmann.
Druck: Fränkische Verlagsanstalt und Buchdruckerei GmbH., Nürnberg.

Geschichte der Juden in Nürnberg

1146 — 1945

BEITRÄGE ZUR GESCHICHTE UND KULTUR DER STADT NÜRNBERG
HERAUSGEGEBEN IM AUFTRAG DES STADTRATES NÜRNBERG
VON DER STADTBIBLIOTHEK
BAND 12

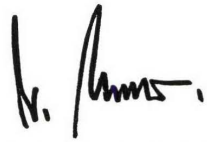
Geleitwort

Die jüdischen Mitbürger Nürnbergs hatten bereits in früherer Zeit, vor allem aber in der Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, ein schweres Schicksal zu erdulden. Für uns, die wir uns mit Abscheu der Vergewaltigung und Vernichtung von Menschen und Menschlichkeit in der unseligen Zeit des verflossenen Regimes erinnern, erwächst daraus die Verpflichtung, unserer jüdischen Mitbürger zu gedenken und ihre Leiden durch eine umfassende, wissenschaftliche Darstellung ins Bewußtsein der Öffentlichkeit zu bringen, damit ähnliches in unserem Staate und in unserer Stadt nicht mehr geschehen kann. Der Abbau von Menschenwürde und Menschenrecht droht überall und jederzeit. Das erschreckende Beispiel des Schicksals unserer Mitbürger befähigt uns, die Anfänge solcher Bestrebungen besser zu erkennen und ihnen zu wehren.

Den direkten Anstoß zu der vorliegenden Arbeit gaben die positive Aufnahme der im Sommer 1965 im Luitpoldhaus gezeigten Ausstellung „Schicksal jüdischer Mitbürger in Nürnberg 1850–1945" durch die Nürnberger Bevölkerung und die Resonanz des Ausstellungskataloges mit Dokumentation bei ehemaligen Nürnberger Juden in aller Welt, ebenso das Interesse, das die Wiener Library, London, zeigte. Von diesem Institut war Herr C. C. Aronsfeld zur Eröffnung der genannten Ausstellung nach Nürnberg gekommen; in seinem Eröffnungsvortrag brachte er zum Ausdruck, daß von der Wissenschaft eine umfassende Geschichte der Nürnberger Juden vermißt werde. – Die Ausstellung stand im Zusammenhang mit dem ersten „Nürnberger Gespräch", einem wissenschaftlichen Kongreß mit dem Thema „Haltungen und Fehlhaltungen in Deutschland".

Durch die Zusammenarbeit mit verschiedenen Archiven, Bibliotheken und anderen Instituten war es nun möglich, die Entwicklung der jüdischen Gemeinde Nürnbergs im Mittelalter und in der Neuzeit bis zur Gegenwart zu erarbeiten. Den Direktoren und Mitarbeitern dieser Institutionen sei an dieser Stelle herzlich gedankt; sie sind zu viele, um hier alle einzeln aufgeführt zu werden (eine Zusammenstellung findet sich beim Quellenverzeichnis). Besonders gedankt sei Herrn Paul Baruch, dem 1. Vorsitzenden der israelitischen Kultusgemeinde Nürnberg, der den Verfasser bei seinen Vorarbeiten unterstützt und auch Bildmaterial zur Verfügung gestellt hat.

Im Juni 1967



(Dr. jur. A. Urschlechter)
Oberbürgermeister

Vorwort

Die bedeutende Judengemeinde Nürnbergs im Mittelalter hat bisher noch keine ausreichende Darstellung gefunden. Gedruckt liegen zwei verdienstvolle und in ihrer Haltung objektive Aufsätze des früheren Stadtarchivdirektors Mummenhoff von 1931 vor, sie enthalten jedoch keine Quellenangaben. Im Auftrage von Oberbürgermeister Liebel verfaßte Stadtarchivdirektor Reinhold Schaffer 1936 eine „Geschichte der Juden in Nürnberg", die aber nicht gedruckt wurde und die sich ebenfalls hauptsächlich mit der mittelalterlichen Judengemeinde befaßt. Schaffers Arbeit ist nur als umfangreiche Quellensammlung verwertbar, da sie zu sehr im Ungeist der damaligen Zeit gehalten ist. Nürnbergs Juden im Mittelalter behandelte auch eine Diplomarbeit von Gottfried Michelfelder, die mir ebenfalls, allerdings erst nach Fertigstellung meines Manuskripts, zugänglich gemacht wurde. Ein Teilabdruck von Michelfelders Arbeit ist in den „Beiträgen zur Wirtschaftsgeschichte Nürnbergs" 1967 erschienen.

Für die Neuzeit — erst 1850 konnte wieder ein Jude Bürger Nürnbergs werden — informieren die Arbeiten der beiden Rabbiner der Nürnberger Kultusgemeinde Dr. Ziemlich und Dr. Freudenthal vor allem über die Gemeindeentwicklung; sie berücksichtigen die allgemeinen Verhältnisse jedoch nur wenig. Für die Zeit der Verfolgung unter dem Nationalsozialismus konnte ich mich zum Teil auf das Manuskript „Die Juden in Nürnberg" des früheren Gemeindesekretärs der Kultusgemeinde Bernhard Kolb stützen. Die genannten Arbeiten ergaben aber nur ein Gerüst für die vorliegende Veröffentlichung, für die viele neue Quellen der verschiedensten Art benützt wurden, zu denen für die Zeitgeschichte eine umfangreiche Korrespondenz mit den in aller Welt verstreuten, noch überlebenden ehemaligen Juden Nürnbergs gehörte. Die vorliegende Darstellung erarbeitete ich im Stadtarchiv Nürnberg. Herr Archivdirektor Dr. Schultheiß und Herr Oberarchivrat Dr. Hirschmann unterstützten mich in freundlicher Weise. Wesentliche Hinweise erhielt ich auch von Herrn Dr. Jacob Jacobson, Worcester, England, Direktor i. R. des Gesamtarchivs der deutschen Juden in Berlin, der den bis 1918 reichenden Teil der Arbeit durchgesehen, und Herrn Dr. Shaul Esh, Dozent am Institut für jüdische Zeitgeschichte der Hebräischen Universität Jerusalem, der den Teil ab 1918 begutachtet hat. Bei der Darstellung der nationalsozialistischen Verfolgung ist darauf Wert gelegt worden, viele Augenzeugenberichte und Originalquellen zu Wort kommen zu lassen, um den Zeitverhältnissen möglichst nahe zu sein, vor allem für diejenigen Leser, welche die heillose Zeit nicht miterlebt haben.

Für die Bearbeitung der Geschichte der mittelalterlichen Judengemeinde Nürnbergs ist der Abstand zu der sozialen und geistigen Umwelt so groß, daß eine distanzierte Darstellung der Ereignisse möglich ist. Eine Entwicklung jedoch, deren „Höhepunkt" Auschwitz darstellt, „sine ira et studio" beschreiben zu wollen, ist absurd. Wer sich „dem moralischen Anspruch der Geschichtsschreibung zu entziehen sucht, ja die moralische ‚Bodenlosigkeit' geradezu ideologisch propagiert,

stellt die Uhr auf die Zeit der geistig-ethischen Verwahrlosung zurück"[1]). Die wissenschaftliche Gründlichkeit und Verläßlichkeit werden dadurch nicht beeinträchtigt; das Engagement für die Humanität hat auch und gerade den Historiker zu bestimmen.

Dieses Buch verfolgt — nebenbei — auch pädagogische Absichten. Leider wird auch heute noch von manchen „konservativen" Leuten der Nationalsozialismus als unausweichliche Folge einer Ursachenkette dargestellt, die ihren Anfang in Versailles habe, womit jede echte Verantwortung eines wesentlichen Teils der Generation, die Hitler unterstützte, abgestritten oder bagatellisiert wird. Der Möglichkeit, daß sich eine solche Haltung mit „wissenschaftlicher Objektivität" kaschieren kann, sollte endlich der Boden entzogen werden. Solange noch ein Rest menschlicher Entscheidungsfreiheit festgehalten wird, sollte es nicht bezweifelbar sein, daß es eben „ganz anders hätte kommen können". Um neuen Fehlentscheidungen steuern zu können, ist klare Einsicht in die Fehlhaltungen der Vergangenheit notwendig. „Politik ist kein unabwendbares Schicksal. Sie wird von Menschen gemacht und kann von Menschen verändert werden", sagt Gerhard Schoenberner in seiner Bilddokumentation „Der gelbe Stern"[2]). Dies der jungen Generation klar zu machen, ist eine wesentliche Aufgabe. „Dieses Kapitel unserer Vergangenheit hat auch etwas Weltgültig-Paradigmatisches. Es ist ein Musterfall, ein Menetekel. An ihm zeigt sich, wohin eine Kulturnation gelangen kann, wenn es ihr nicht gelingt, jene latenten Gefährdungen im gesellschaftlichen Zusammenleben, die ins individuelle und kollektive Unbewußte hineinreichen, geistig und politisch zu bändigen, bevor es zur Krise kommt. Diese Gefährdungen sind immer da, und vielleicht verstärken sie sich noch im Zeichen der Massengesellschaft. So ist die Beschäftigung mit der braunen Vergangenheit zugleich eine Vorbereitung für die Zukunft"[3]).

Die Ungeheuerlichkeit der Judenvernichtung ist so wenig faßbar, daß historische und politische Kategorien zu ihrer Erklärung nicht ausreichend erscheinen, sie entstammt Abgründen der menschlichen Seele, mit denen es die bisherige Geschichtsentwicklung in dieser Form nicht zu tun hatte, sie erscheint uns nur in psychoanalytischen Deutungsversuchen erklärbar. Um sie der jungen Generation nahezubringen, sind die bisherigen Methoden der Wissensvermittlung wohl nicht ausreichend: „Im ganzen kommt es darauf an, innerhalb der fortbestehenden uns umgebenden Autoritätskultur, die wir nicht von heute auf morgen ändern können, Erfahrungsgrundlagen für die Möglichkeit einer humaneren, demokratischen Kultur des Umgangs zu schaffen. Als Folge der Frustrationen und Demütigungen, die jede Gesellschaft, eine autoritär strukturierte aber ganz besonders, dem jungen Menschen auferlegt, werden sonst jene Agressionen angestaut, die dann über den Mechanismus des Vorurteils und der Stereotypen zu katastrophalen Entladungen führen können"[4]).

1. Kapitel

Die Verhältnisse der frühen Judensiedlungen in Deutschland

Die ersten Juden in Deutschland sind bereits in den römischen Provinzstädten nachzuweisen. Im Jahre 321 n. Chr. hebt Konstantin die Befreiung der Juden in Köln von der Mitgliedschaft in der Curia (dem Stadtrat) auf[5]). Es muß also dort Juden gegeben haben, die fähig waren, die mit der Übernahme dieses Amtes verbundenen schweren Pflichten auf sich zu nehmen. Es ist wahrscheinlich, daß in jedem größeren Municipium, das ein Forum und ein Hippodrom besaß, Juden lebten[6]). Sie zahlten ihren jährlichen Tribut an den Fiscus Judaicus, hatten weitgehende Religionsfreiheit und waren keinerlei Beschränkung in ihrer beruflichen Betätigung unterworfen, wenn ihnen auch Würden wie der Senator- oder Ritterrang versagt blieben. Bis ins 19. Jh. haben die Juden solche Freizügigkeit nicht mehr erlebt. Für sie war kein spezieller Beruf typisch, sie waren Handwerker, Grundbesitzer, Händler. Sie paßten sich dem kapitalistischen Wirtschaftsstil der Mittelmeerländer an, der für sie zunächst ungewohnt war[7]). Ihre Gleichstellung änderte sich erst nach der Christianisierung des Römerreiches, wenn zunächst auch ihre juristische Stellung gewahrt blieb. Bisher war der mosaische Glaube eine „ausgezeichnete und sicherlich erlaubte Religion", jetzt aber galten die Juden als „frevlerische Versammlung" oder als eine „verruchte Sekte"[8]). Juden durften unter Konstantin seit 339 keine christlichen Sklaven halten und wurden vom Grundbesitz zurückgedrängt[9]). Sie durften Heiden nicht zu ihrem eigenen Glauben bekehren. Wer zum Judentum übertrat oder ihm Proselyten geworben hatte, wurde mit dem Tode bedroht, auch auf Ehen zwischen Juden und Christen stand die Todesstrafe. Unter Theodosius II. (408—450) verschlechterten sich die Verhältnisse für die Juden weiter. Im Jahre 438 wurden die alten Verordnungen erneuert und erweitert und die Juden aus fast allen öffentlichen Ämtern verdrängt. Sie wurden zu Bürgern zweiter Klasse. Diese Verordnungen wurden dadurch für die Juden so folgenschwer, weil sie in den Gesetzeskodex Justinians übergingen, der die Grundlage der späteren europäischen Rechtswissenschaft bildete. „Er enthielt alle herrschenden Vorstellungen und Vorschriften. Diese wurden so zu einem Bestandteil der juristischen Grundlagen der mittelalterlichen Welt, die zu entstehen im Begriffe war"[10]). Anfang des 5. Jh. kam es zu Gewalttaten gegen die jüdische Gemeinde in Alexandria. Eifernde Geistliche riefen im ganzen Reich zur Zerstörung der Synagogen auf. Am Ende des Altertums waren also schon typische Erscheinungen zu erkennen, die das Schicksal der Juden im Mittelalter kennzeichnen sollten.

Ob die jüdischen Gemeinden in den römischen Provinzstädten in Deutschland die Stürme der Völkerwanderung überlebten, ist nicht sicher. Im Jahre 456 zerstörten die Franken Köln, wo nachweislich Juden gelebt hatten, 881 folgte ein Normannensturm. Erst im 10. Jh. werden Juden wieder im Rheinland erwähnt, eine Kontinuität läßt sich nur vermuten[11]). Die jüdischen Gemeinden in Deutschland sind zum Teil als Tochtergemeinden der französischen entstanden. Hier bestanden Be-

ziehungen zu den Handelsplätzen, ein Zusammenhang mit den Champagne-Messen ist naheliegend[12]). Viele rheinische Juden hatten einen auf das Französische zurückgehenden Beinamen. Ein anderer Verkehrs- und Einwanderungsweg führte längs der Donau nach dem Osten und dem Main entlang über das Saalegebiet zur Elbe[13]).

Im Merowingerreich waren Syrer und Juden als Händler in Gallien tätig. Sie lebten nach römischem Recht und befanden sich in der gleichen Lage wie zur Kaiserzeit[14]). Viele wurden in Gallien zum Übertritt zum Christentum gezwungen. Papst Gregor der Große wendet sich dagegen und erlaubt nur die Bekehrung mit friedlichen Mitteln. Er gibt mit seinen Anweisungen die Richtlinien für Europa bis zum Ende des Mittelalters. Die Juden gelten als Hüter des Urtextes des Alten Testaments, ihr Schicksal sollte ein Beispiel für die Bestrafung ihrer Schuld geben. Freiheit des Gottesdienstes wird ihnen zugesichert, sie dürfen aber keine christlichen Sklaven halten (was ihre Betätigung als Grundbesitzer einengte) und keine Staatsstellungen bekleiden. Mischehen waren verboten, jüdische Ärzte durften von Christen nicht beschäftigt werden[15]). Diese Richtlinien wurden aber oft nicht eingehalten. Es kam zu Verfolgungen in Italien, Spanien und Gallien, andererseits werden christliche Sklaven in jüdischem Besitz erwähnt.

Die Juden sind meist Stadtbewohner. Sie obliegen dem Fernhandel und sind Schiffseigentümer, sie bringen Gewürze, kostbare Gewebe, Wein, Gold und Silber ins Land[16]). Sie tauchen an den Höfen der Karolinger auf, so am Hofe Karls des Großen in Aachen. Fürsten des Abendlandes verwenden sie für Missionen nach dem Orient. Karl der Große machte sich ihre Dienste für eine Gesandtschaft an Harun al Raschid zunutze[17]). Durch ihre Verbindungen und sprachlichen Kenntnisse scheinen die Juden hierfür besonders geeignet. Hrabanus Maurus steht in Verbindung mit jüdischen Gelehrten[18]), vom Hofe Ludwigs des Frommen sind judaisierende Neigungen bekannt[19]), Karl der Kahle hatte einen jüdischen Leibarzt[20]). Antijüdische Bestrebungen der Geistlichkeit suchten den Einfluß der Juden zurückzudrängen. Erzbischof Amulo von Lyon wendet sich gegen die Einsetzung von Juden als Zolleinnehmer und kritisiert ihren Reichtum.

Die Rechtsstellung der Juden im Karolingerreich, wie sie in den Kapitularien festgelegt wurde, weist Ähnlichkeiten zum Fremdenrecht auf, wenn sie sich auch aus eigenen Ansätzen entwickelt hat[21]). Juden nahm der König wie andere fremde Kaufleute in seinen Schutz. Er garantierte ihnen Leben, freie Religionsausübung, Eigentum und freien Handel. Rechtsstreitigkeiten unter sich regelten sie nach jüdischem Recht, sonst unterstanden sie der Jurisdiktion der Grafen. Vom Gottesurteil waren sie befreit; wenn ein Jude getötet wurde, erhielt der König das Wergeld. Für den Eid bestanden besondere Vorschriften. Nach einem Kapitulare Karls des Großen vom Jahre 802 waren in dem allgemeinen Treueid religiöse Pflichten eingeschlossen, welche die Juden nicht erfüllen konnten[22]). Die jährliche Abgabe an den König betrug $^1/_{10}$ des Gewinns. Der Königsschutz wurde für einzelne oder ganze Gemeinden erteilt, von Ludwig dem Frommen sind Privilegien in der Form von Schutzbriefen überliefert. Alle Schutzbriefe enthalten drei Klauseln: 1. die Schutzklausel (Aufnahme in den Königsschutz), 2. die Friedensbannklausel (Verbot der Verletzung des Schützlings), 3. die Reklamationsklausel (Anspruch des Schützlings auf die unmittelbare Gerichtsbarkeit des Königs)[23]).

Im 10. und 11. Jh. ist die dauernde Ansässigkeit von Juden in einer Anzahl von Bischofsstädten mit Sicherheit überliefert (Mainz 906, Worms 960, Magdeburg 965, Merseburg 973, Regensburg 981, Köln 1012, Trier 1066, Speyer 1084). Die Bischöfe hatten für ihre Städte die königlichen Hoheitsrechte bekommen und waren daher von den Grafschaften eximiert[24]). Die Kölner Juden unterstanden dem Schutz des Erzbischofs, er übte in bestimmten Fällen (Diebstahl, Fälschung, Körperverletzung, Widerspenstigkeit eines Verbannten, Ehebruch) die Gerichtsbarkeit aus[25]).

Auch wo die Bischöfe die volle Hoheit über die Juden innehatten, war sie doch nur als Stellvertretung der königlichen Gewalt gedacht. Das Judenprivileg Bischof Rüdigers von Speyer vom 13. September 1084 bedurfte noch einer Bestätigung durch Kaiser Heinrich IV. Als dieser 1090 in Speyer weilte, wandten sich die Vertreter der jüdischen Gemeinde an ihn und baten um Bestätigung ihrer Rechte, die sie unter Vermittlung des Bischofs auch erhielten. Heinrich IV. tritt, wenn auch mit wenig Erfolg, als Schutzherr der Juden für sie ein, als sie im Zusammenhang mit dem ersten Kreuzzug gefährdet sind. 1097 gestattete er nach den Zwangstaufen den Regensburger Juden die Rückkehr zum alten Glauben.

Im Jahre 1103 wurden die Juden dem allgemeinen Landfrieden unterworfen. Sie wurden unter die besonders schutzbedürftigen Personen gezählt, zu den „homines minus potentes" gerechnet[26]). Das den Wormser Juden von Friedrich I. gegebene Privileg von 1157 wurde von Friedrich II. 1236 auf alle Juden Deutschlands ausgedehnt. Unmittelbar vorangegangen waren judenfeindliche Bewegungen wie Ritualmordanklagen und Verfolgungen, die zeigten, daß die landfriedensgesetzlichen Garantien von Leben und Vermögen der Juden nicht ausreichten[27]). In der Urkunde von 1236 taucht der Begriff der Kammerknechtschaft der Juden auf, die für die nächsten Jahrhunderte das Verhältnis von Reich und Juden kennzeichnete (universi Alemannie servi camere nostre; omnes Judei ad cameram nostram spectantes[28]). „Die Regelung des Judenschutzes und der rechtlichen Verhältnisse der Juden erfaßt die Juden nicht mehr wie früher als bloß eine von mehreren individuell privilegierten, gleichberechtigten Gruppen, wie Frauen, Kaufleute und Kleriker oder wie Stadtbewohner verschiedener Nationalität. Jetzt werden die Juden vielmehr offiziell als eine Sonderklasse der Bevölkerung deklariert, für die mit dem einen Worte ‚servi camerae' ein umfassendes Sonderrecht festgestellt wird"[29]). Auch die Kurie betont in dieser Zeit die „ewige Knechtschaft" der Juden, so 1233 Gregor IX. in einem Rundschreiben an die Erzbischöfe, Bischöfe und Prälaten.

Freilich wurde das Privileg von 1236 in der Praxis immer wieder durchbrochen, indem der König Vergabungen einzelner Judengemeinden vornahm, doch in der Theorie galt das Recht des Königs allgemein, alles andere konnte wieder rückgängig gemacht werden.

Wir haben bereits erwähnt, daß die frühen Judensiedlungen sich vor allem in den Städten befanden. Dies hatte *nicht nur* wirtschaftliche Gründe, wie sie sich aus der Handelstätigkeit der Juden ergaben. Die feudale Gesellschaft basierte auf der Idee eines gemeinsamen Glaubens. Das Eingehen von Lehensverhältnissen erforderte religiöse Eide. Juden sind keine Berufssoldaten, also auch keine Vasallen, im allgemeinen haben sie kein freies Grundeigentum[30]). Andererseits verlangte das

gemeinsame Gebet der Juden mindestens 10 erwachsene Männer, die Kindererziehung erforderte Lehrer. Ein isoliertes Leben jüdischer Familien ist schwer denkbar, außerdem boten die Mauern der Städte Schutz. Daß in diesen Landsleute eng zusammenwohnen, ist naheliegend. Wie es in den deutschen Städten eigene Gassen für bestimmte Handwerker gab, so eben auch für Ausländer (Welsche = Italiener) und Juden. Man darf in dieser frühen Zeit in ihnen keine Zwangssiedlungen sehen, mittelalterliche Kaufleute in einem fremden Volke lebten zusammen, es sei nur an den Fondaco dei Tedeschi in Venedig erinnert.

Fernhandelsgüter waren damals selten, und nur König, Kirche, Fürsten und Adel konnten sie sich leisten. Diese waren auch in der Lage, den Juden den nötigen Schutz zu bieten[31]). An den Bischofssitzen entwickelten sich Märkte. Handelsniederlassungen wurden oft zum Kern der Städte. Deshalb waren die Judensiedlungen in der Nähe der Königspfalzen und -höfe und der Dom-Immunität der Bischöfe.

Von erstrangiger Bedeutung war das Verhältnis der Kirche zu den Juden. Die Kurie war zunächst nicht besonders judenfeindlich, auch nicht die Reformpartei. Gregor VII. stand in Verbindung mit jüdischen Finanzleuten (Pierleone). Das Verhältnis der Juden zu den geistlichen Stadtherrn war meistens sehr gut, der Juden Dienste konnte kein Einheimischer übernehmen; als Fernhändler und Geldverleiher förderten sie den Aufschwung der Städte. Andererseits wußten auch die Juden die Gunst der Stadtherrn zu schätzen. Im Jahre 1012 bezeugte bei der Beisetzung des Erzbischofs Walthard von Magdeburg eine große Schar von Juden durch Klagen ihren Schmerz, ähnliches wird bei dem Tode Bischof Adalberos von Metz 1004, Erzbischof Bardos von Mainz 1051 und Annos von Köln 1075 berichtet[32]). Zu den ersten größeren Judenverfolgungen kam es in der Zeit der Kreuzzüge, da man in den Juden ebenso wie in den Mohammedanern Feinde des Christentums sah. Als 1096 die Kreuzfahrer gegen die Juden vorgingen, versuchten die Bischöfe von Worms, Speyer und Mainz sie in ihrer Stadt zu schützen, in manchen Städten nahmen Bischöfe und Bürger Juden in ihren Häusern auf. Von den Bürgern von Mainz wird berichtet, daß sie mit Waffen gegen die Horden vorgingen, die den Juden zu Leibe gehen wollten, auch die Bürger von Regensburg zeigten sich judenfreundlich. Es waren also nicht die Bewohner der Städte, in denen die Juden wohnten, die gegen diese vorgingen, sondern die landfremden Kreuzfahrerhaufen. Es kam zu Zwangstaufen, aber das Scheinchristentum der Getauften war nicht von langer Dauer. Wirtschaftliche Ursachen spielten 1096 noch keine wesentliche Rolle.

Die Juden besaßen das Waffenrecht und waren wehrpflichtig, in Köln z. B. hatten sie ein Tor und ein Stück Mauer zu verteidigen, ebenso in Worms. Später verloren sie das Waffenrecht, was zu einer Verschlechterung ihrer sozialen Stellung führte. Kisch sieht einen Zusammenhang mit der Aufnahme der Juden in den Landfrieden von 1103[33]). Von der Besteuerungsordnung der Stadt waren die Juden grundsätzlich ausgenommen, doch wurde dieses Prinzip später immer wieder durchbrochen, die Mittel wurden dann meist zu Verteidigungszwecken verwendet.

Durch die besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse Mitteleuropas war es bedingt, daß hier die Juden vor allem als Kaufleute auftraten. Das war im Mittelalter aber nicht überall so. In Italien lag der Handel meist in christlichen Händen, in Süd-

italien befanden sich die Färbereien in jüdischem Besitz, außerdem bauten viele von ihnen dort Wein an[34]). Im Byzantinischen Reich waren sie vor allem Hersteller von Seidengeweben. Numerisch standen die Juden des Orients über denen Mittel- und Westeuropas, unter den Fatimiden war ihre Stellung sehr günstig. Der geistige Schwerpunkt der Juden aber lag in Spanien.

Wenn auch die Mehrzahl der Juden in Deutschland Kaufleute waren, so ist das nicht so zu verstehen, daß sie bis ins 12. Jh. keine anderen Berufe ausüben konnten. Die Beschränkung auf einen Berufszweig, nämlich den Geldhandel, ist erst eine Tatsache der folgenden Jahrhunderte. Die freie Landleihe in- und außerhalb der Stadt war für die Juden besonders wichtig. „Niemals hat in Deutschland, soweit sich irgend erkennen läßt, ein Bekenner der mosaischen Lehre als Hintersasse eines Grundherrn eine Hufe innegehabt"[35]). Im Gegensatz zu Nordfrankreich gab es aber in Deutschland Grundbesitz in freier Landleihe. Juden konnten agrarisch nutzbaren Boden erwerben, in Speyer und Worms wird ihnen Erbrecht an Gärten, Weinbergen und Äckern bestätigt. Das Kloster St. Emmeram in Regensburg kaufte 981 größeren Grundbesitz von dem Juden Samuhel[36]). Den Juden war aber auch die Möglichkeit gegeben, ein Handwerk auszuüben[37]). Ihr wichtigster Erwerbszweig war in Deutschland jedoch der Handel. Auf Grund ihrer alten Beziehungen und ihrer Sprachkenntnisse bildeten sie die Brücke zwischen Abendland und Morgenland. Von den Rheinlanden aus standen sie mit Spanien in Verbindung, Unteritalien war das Bindeglied des jüdischen Handels zwischen Ost und West. Von Regensburg und Passau aus führte der Weg in den Donauraum. Die Raffelstetter Zollordnung von 906 gibt ein Beispiel für das Gewohnheitsrecht des Handels von Bayern in die Ostmark[38]). Prag war im frühen Mittelalter ein wichtiger Handelsmittelpunkt, wo sich alle am Handel interessierten Nationen zusammenfanden, außer Syrern, Griechen, Bulgaren und Rumänen auch Juden[39]). Der Weg von Böhmen bis zum Kaspischen Meer war gangbar. In Prag, Magdeburg und Merseburg hatten Juden den Handel mit slawischen Sklaven in Händen. „Die moderne Soziologie bezeichnet es als geradezu gesetzmäßig, daß es immer und überall die Fremden sind, die die Handelserfahrung und Handelstechnik von wirtschaftlich früher entwickelten nach später erwachenden Ländern bringen"[40]).

Im großen und ganzen gesehen hatte der Handel damals im Vergleich zu später einen verhältnismäßig bescheidenen Umfang. In der Zeit der Naturalwirtschaft war das Bedürfnis nach Warenaustausch von Fernhandelsgütern relativ gering, weil es auf die geistlichen und weltlichen Oberschichten beschränkt war, aber es war für die damalige Zeit immerhin von Bedeutung. Der Handel des 10. Jh. unterschied sich von dem der Karolingerzeit nicht wesentlich, nur der Sklavenhandel tritt hervor[41]).

2. Kapitel

Die Nürnberger Judensiedlung bis zum Pogrom von 1298

1. Erste Nachrichten über Juden in der Stadt

Nürnberg, das erste Mal 1050 urkundlich erwähnt, zählt zu den Gründungen der salischen Herrscher. Es entwickelte sich im Anschluß an zwei durch die Pegnitz getrennte Kristallisationskerne, die Burg und den Königshof bei St. Jakob. Der verkehrsgünstig gelegene Ort blühte rasch auf, er wurde auch wegen der angeblichen Wundertaten seines Schutzheiligen, des hl. Sebald, berühmt und durch die Wallfahrten und die zahlreichen Aufenthalte und Reichstage des Reichsoberhaupts stark besucht. Mummenhoff nimmt an, daß schon in den siebziger Jahren des 11. Jh. Juden in der Stadt lebten[42]). Die frühesten Nachrichten darüber bringt der Ende des 15. Jh. schreibende, nicht ganz zuverlässige Chronist Meisterlin[43]). Er erwähnt, daß in den 1105 um Nürnberg geführten Kämpfen Heinrichs V. gegen seinen Vater Heinrich IV. die Nürnberger Juden die Stadt durch Verrat Heinrich V. ausgeliefert hätten. Der Wahrheitsgehalt dieses Berichtes mag darin liegen, daß um diese Zeit tatsächlich schon Juden in der Stadt lebten, es war jedoch schon früh üblich, bei der Eroberung von Städten die Juden des Verrats zu beschuldigen[44]), es kommt darin die typische Judenfeindschaft des Mittelalters zum Ausdruck. Dieselbe Voreingenommenheit sehen wir bei A. Würfel im 18. Jh., der erzählt, die Juden hätten sich als die ersten Wiederaufbauer der Stadt der besten Plätze bemächtigt[45]). Wir haben bereits erwähnt, worauf die Tatsache, daß die Judensiedlung in anderen Städten so günstig lag, zurückzuführen ist. In Nürnberg war dies zunächst gar nicht so sehr der Fall, dies ergab sich erst durch die weitere Entwicklung.

Der nächste Hinweis auf die mindestens zeitweilige Anwesenheit von Juden in Nürnberg ergibt sich aus einer Urkunde Heinrichs V. vom Jahre 1112[46]). Er erläßt darin den Wormser Bürgern und Juden in den Städten Frankfurt, Boppard, Hammerstein, Dortmund, Goslar, Engers und Nürnberg den Zoll[47]). Die erste sichere Kunde von Juden in der Stadt stammt aus dem Jahre 1146. Otto von Freising berichtet, daß damals Juden in größerer Zahl in Nürnberg Aufnahme fanden, nachdem sie wegen einer Verfolgung in den Rheinlanden geflohen waren[48]). Der Vorgang war folgender: Als damals ein Kreuzzug gepredigt wurde, zog der Mönch Radulf durch die Rheingebiete und hetzte in den Städten Mainz, Worms, Speyer, Straßburg und Frankfurt zur Tötung der Juden als der Feinde Christi auf. Seine Reden fanden bei der Bevölkerung der Städte Anklang, bis Bernhard von Clairvaux dagegen einschreiten konnte. Es kam zu Verfolgung und Judenmord und die Bedrohten flüchteten daraufhin in den Schutz des Reichs. Konrad III. nahm sie auf und siedelte sie unter anderem in Nürnberg an, da er das alte Königsland Franken zu seiner Machtbasis gegen die welfische Opposition auszubauen suchte. Er gründete die sog. Lorenzer Neustadt auf dem Südufer der Pegnitz und erweiterte die Sebalder Stadt. Die Zuwanderung der Juden, die Fernhändler und die

legitimen Geldverleiher des Mittelalters waren, konnte ihm zur Vergrößerung der Stadt nur willkommen sein. Da kein anderer Platz passender schien, siedelte er sie südöstlich der Sebalder Stadt an.

Im 12. Jh. werden auch in einer Reihe anderer deutscher Städte Juden das erste Mal erwähnt (Würzburg 1119?, Aschaffenburg 1146, Ende des Jh. Landshut, Kehlheim, Freising, München). Ein weiteres Zeugnis für die Existenz von Juden in Nürnberg im 12. Jh. haben wir auch in einer Urkunde von 1182 vor uns, in der in Würzburg der Jude Samuelis de Norenberc genannt wird[49]). Eine jüdische Gemeinde in Nürnberg im 3. Viertel des 12. Jh. erwähnt auch der jüdische Reisende Benjamin von Tudela[50]).

Auf die Mitteilung des Nürnberger Judenpfandrechts durch den Rat zu Nürnberg an die Reichsstadt Weißenburg im Jahre 1288 kommen wir noch zu sprechen. Am Ende des 13. Jh. dürfte Nürnbergs Judengemeinde zu den größten Oberdeutschlands gezählt haben.

2. Die Lage der ersten Judensiedlung 1147–1349

Einen ersten Hinweis über die Örtlichkeit, an der die Juden wohnten, gibt eine Urkunde von 1288, als Cunrad von Curnburch den Minderbrüdern einen Weg „unterhalb der Juden" schenkte[51]). Die Ortsbestimmung ist von der Sebalduskirche und der Burg aus gesehen. Wenn man von diesem Standpunkt ausgeht, so ist dieser Weg wohl richtig mit der Plobenhofstraße zu identifizieren und in dieser Urkunde die Schaffung der direkten Verbindung Lorenzer Platz–Königstraße–Museumsbrücke–Plobenhofstraße–Tor hinter den Juden–Rathausgasse zu erkennen. Damals scheint die Museumsbrücke erst gebaut worden zu sein. Grabsteine aus dem ersten Judenfriedhof geben keine verläßlichen Hinweise auf die Judensiedlung[52]). Die Sebalder Stadt reichte am Anfang des 12. Jh. wohl nur soweit, als der feste Untergrund reichte, also bis zur Höhe der Waaggasse. Südlich davon begann schon die sumpfige Niederung des ursprünglich breiteren Pegnitzlaufes, dessen schwarzer Schlamm bei den Aufgrabungen der letzten Jahre immer wieder festgestellt worden ist. Zunächst wurde offenbar der Zotenberg (Dötschmannsplatz) und dann westlich der Platz bis zur heutigen Bischof-Meiser-Straße (Obstmarkt) von den Juden besiedelt, der über dem Überschwemmungsgebiet lag. Mit dem Wachsen der jüdischen Bevölkerung dehnte sich das Ghetto bis zur Verbindungsstraße Burg–Fleischbrücke nach Westen und bis zu der Stadtmauer aus, die spätestens in der 1. Hälfte des 13. Jh. zur Abgrenzung der Sebalder Stadt gegenüber der Pegnitz in der Linie Neue Gasse–Molertor–Hans-Sachs-Gasse–Tor hinter den Juden – quer über den Südteil des heutigen Hauptmarkts südlich der Tuchgasse nach Westen lief. Über diesen Mauerzug berichtet eine Urkunde von 1335[53]), nach der auch die Juden ein nördlich davon gelegenes Haus zwecks Gewinnung von Platz auf ihre Kosten abbrechen. Die Lage des Ghettos war also mitten zwischen beiden Stadtteilen an der wichtigsten Marktstraße gelegen und daher verkehrsgünstig. Aus diesem Grunde ist der von dem mittelalterlichen Stadtchronisten Meisterlin erhobene Vorwurf, die Juden hätten sich die besten Plätze in der Siedlung ausgewählt, verständlich, wenn auch nicht berechtigt, denn das Gelände war zum Teil der Überschwemmung ausge-

setzt und das Ghetto mußte wegen des sumpfigen Untergrundes auf Holzpfähle gesetzt werden und diese Fundamentierung war relativ kostspielig. Das Wohngebiet der Juden hatte etwa die Größe von 240 x 200 m. Der Friedhof der Juden befand sich nach ritueller Vorschrift[54]) außerhalb des Wohngebietes bei der Wunderburggasse, die noch im 18. Jh. Judenkirchhof hieß[55]).

Das Judenviertel und das Egidienkloster lagen außerhalb der ersten Stadtummauerung, es ist aber anzunehmen, daß beide befestigt und an die Stadtmauer angeschlossen waren. Beide entwickelten sich zu den ersten Vorstädten, mit ihren Immunitätsrechten waren sie auch rechtlich eigenständig. Im Jahre 1150 wurde bereits die erste Stadterweiterung in Angriff genommen, die Judensiedlung und Judenfriedhof einschloß[56]).

Verschiedene Straßen durchzogen das Judenviertel und gliederten es, nach dem Chronisten Meisterlin sollen es fünf gewesen sein. Vom ehemaligen Molertor an der Nordostecke des Hans-Sachs-Platzes lief die Heugasse entlang der alten Ghettogrenze zum Heumarkt[57]), die Ebnersgasse über den heutigen Obstmarkt zum Markt von St. Sebald. Vom Judentor beim Plobenhof führte eine Straße durch die Rathaus- und Tetzelgasse zum Maxtor, eine andere lief quer über den Hauptmarkt zur Sebalduskirche. Die Synagoge erhob sich an der Stelle der heutigen Frauenkirche.

Es ist wahrscheinlich, daß in dem angegebenen Gebiet in der ersten Zeit auch Häuser von Nichtjuden standen[58]). Erst im 13. Jahrhundert, nach dem 4. Lateran-konzil von 1215, das Juden und Christen auch noch andere Einschränkungen auferlegte, wurde die Forderung der strengen Trennung von christlichem und jüdischem Wohngebiet durchgeführt. Das Judenviertel mußte gegenüber dem Wohngebiet der Christen abschließbar sein. Dies dürfte auch in Nürnberg der Fall gewesen sein.

3. Die wirtschaftliche Tätigkeit der Juden

Wie wir aus der Raffelstetter Zollordnung von 903 ersehen können, waren die Juden ursprünglich allgemein Kaufleute, die den Handel mit Waren überhaupt und vor allem mit denen des Orients getrieben haben. Die ersten Nachrichten über die Geldleihe durch Juden stammen aus der Zeit um das Jahr 1000[59]). Als im Rahmen der kluniazensischen Reform den Geistlichen und besonders den Klöstern, die bisher die Kreditbedürfnisse von Königen und Fürsten befriedigt hatten, die Geldleihe gegen Zins streng verboten wurde, kam für die Juden die Gelegenheit, das Geldgeschäft mehr und mehr zu übernehmen. Durch die Kreuzzüge wurde eine enge Verbindung zwischen Abendland und Orient hergestellt, die dem Handel mächtigen Aufschwung gab. Im Orient entstanden christliche Fürstentümer, die oberitalienischen Städte und ihre Handelskolonien blühten auf[60]). Es entstand eine neue Klasse, die der einheimischen Kaufleute, welche die Juden aus dem Fernhandel verdrängte und auf das Geldgeschäft verwies. Juden waren als Wechsler tätig, sie kannten die Sorten seit alters her, sie treten im 12. und 13. Jh. auch als königliche und fürstliche Münzmeister auf, Münzen (z. B. aus Würzburg) zeigen in hebräischen Lettern den Namen des Münzmeisters[61]).

Das Kreditgeschäft widersprach der jüdischen und christlichen Lehre. Durch die kirchliche Auslegung von Lukas 6, 35 „ . . . leihet, daß ihr nichts dafür hoffet"

war den Christen die Zinsnahme untersagt. Man fand nun einen Ausweg, indem man, wie die Juden schon in der kapitalistischen Wirtschaft des Römerreiches, den Kapitalzins als „Geschenk", „Unkostenbeitrag" oder „Gewinnbeteiligung" deklarierte. In Italien und Frankreich war das Kreditgeschäft schon lange eingebürgert, hier wirkten sich die kirchlichen Verbote wenig aus. Innozenz III. schrieb an den Bischof von Arras: „Wollte man wirklich die schweren Androhungen durchführen und die Wucherer vom Kirchenbesuch ausschließen, so müßten die Kirchen überhaupt geschlossen werden"[62]). In Mitteleuropa lagen die Verhältnisse anders, hier wurde den Juden der Geldhandel zugeschoben, und sie mußten ihre Rolle annehmen, nachdem sie aus dem Warenhandel verdrängt worden waren. Die Juden waren für das Wirtschaftsleben dringend notwendig, im 13. Jh. wurden immer wieder Juden eingeladen, sich in den Städten niederzulassen. In Köln hatten sie das Monopol für die Zinsleihe. Im Jahre 1266 versprach man ihnen, keine christlichen Geldleiher (Caorsini, nach der französischen Stadt Cahors benannt) zu dulden[63]). Die Regierungen bedienten sich selbst des jüdischen Leihkapitals, sie wurden fast so etwas wie Vorläufer der Regierungs- und Staatsbanken. Thomas von Aquino bejaht das jüdische Zinsnehmen, betont aber, daß die Fürsten frei über das Vermögen der Juden verfügen könnten, wodurch unter anderem die späteren Judenschatzungen begründet wurden[64]).

Der Zinsfuß war im Mittelalter sehr hoch. Im Jahre 1255 setzt ihn der rheinische Städtetag auf 43½ % fest[65]). In dieser Höhe des Zinsfußes ist sozusagen „eine Risikoprämie für geschäftsfremde politische Rechenelemente enthalten, eine Kapitalreserve für zinslose Zwangsanleihen, für steuerliche Überlastung, für Vermögenskonfiskation, für Währungsverfall, für vorzeitiges wirtschaftliches oder physisches Absterben durch Vertreibung, unvermeidliche Flucht oder Mord"[66]). Außerdem diente der Geldbesitz der Juden den Machthabern als Ausbeutungsobjekt. Neben der Zinsleihe war auch die Pfandleihe eine viel geübte Praxis des jüdischen Geldgeschäfts.

Die erste Urkunde, die von Geschäften Nürnberger Juden im Jahre 1259 handelt, hat den Verkauf eines Hofes in Neuses bei Heilsbronn zum Inhalt, zu dem der ritterbürtige[67]) Heinrich Pfefferbalg gezwungen war, um sich von den Nürnberger Juden zu lösen[68]). Im Jahre 1281 kam der Burggraf Konrad von Nürnberg durch Forderungen der Juden in Bedrängnis, er mußte die Hilfe König Rudolfs von Habsburg anrufen, um die Verlängerung einer Zahlungsfrist auf einige Monate zu erreichen[69]). Heinrich von Tanne verkaufte 1287 seine Burg Tanne (Burgthann) an den Herzog Ludwig von Bayern, um seine jüdischen Gläubiger in Nürnberg zu befriedigen[70]).

Darlehensgeschäfte zwischen dem Bischof zu Würzburg und den Nürnberger Juden führten zu einem Konflikt mit dem Bischof zu Bamberg[71]). Dieser bürgte für den Würzburger und im Laufe der Auseinandersetzung wurde diesem sein Eigengut genommen. Wenn König Rudolf von Habsburg nicht vermittelt hätte, wäre es vermutlich zum Kampf zwischen beiden gekommen. Der Streitfall ist in der österreichischen Reimchronik erwähnt[72]):

Von Wirzpurc der bischolf
nâch gewonlichen orden
burgel was worden

des bischolfes von Babenberge
an die Juden ze Nurnberge –
ich enweiz, umb wie viel.
Nû was unz an das zil
der schade worden so grôz,
daz man darumbe machte blôz
des von Wirzpurg eigen;
ûf huoben und ûf sweigen
sîn guot man im nam.
Sô denn sin botschaft kam
za bischolf Arnolt,
wenn er in ûz richten wolt,
der begund unzîtlich reden.
Des wuochs zwischen in bêden
kriec unde werre,
und gedêch der so verre,
und waer der kunig darunder
niht gewesen so munder,
si waeren komen ze velde.

Im November des Jahres 1289 bereinigte der König den Streitfall[73]). Wie viel Nürnbergs Juden anläßlich der Hoftage an Fürsten Geld ausgeliehen haben, zeigen die Einträge im Rechnungsbuch des Vitztumamts Oberbayern von 1293 über die Verschuldung der Wittelsbacher Herzöge[74]).

Der Nürnberger Rat regelte die Darlehensgeschäfte durch seine Judenordnungen, die für die zweite Hälfte des 13. Jh. überliefert sind, sie wurden 1288 von Schultheiß und Rat auch der Stadt Weißenburg mitgeteilt, sie galten also als richtungsweisend[75]). Sie stehen möglicherweise in Zusammenhang mit dem Privileg, das Heinrich VII. im Jahre 1230 den Juden von Regensburg verlieh und in dem ihre Rechte als Geldverleiher und ihre Rechtsstellung bestätigt wurden[76]). Geldleihe war gegen Pfand und Bürgschaft möglich. Genau geregelt war zunächst einmal die Pfandleihe, bei der im Streitfall das Schöffengericht zuständig war[77]). War nichts anderes vereinbart und kein Zeuge dabei, so stand es dem Schuldner frei, am Verfallstage das Pfand wieder einzulösen, der Jude konnte ihn aber nicht dazu zwingen[78]). Wenn der Jude das Pfand verkaufen wollte, so mußte er die Sache vor Gericht bringen und in der Synagoge schwören, daß er das Pfand so und so lange habe und es keinen Zins mehr tragen könne. Er durfte es dann nach 4 Wochen verkaufen. Brachte es mehr Erlös als die ursprüngliche Forderung mit den Zinsen, so mußte er den Überschuß dem Christen geben, brachte es weniger, so ging es nicht zu Lasten des Schuldners, wenn nichts anderes vereinbart worden war[79]). Weiter galt folgendes: Leiht ein Jude sein Gut auf Pfänder, die gestohlen oder geraubt sind, so soll er auf sein Buch (den Pentateuch) schwören, daß er es nicht wisse, ob es gestohlen oder geraubt wurde, und beeiden, daß er vor seiner Türe und nicht innerhalb darauf geliehen habe. Er soll bei seinem Eid angeben, wieviel er darauf geliehen habe und es dem Christen um das Hauptgut wieder geben, wenn dieser es einlösen wolle[80]).

In der Bestimmung über gestohlene Pfänder können wir die wirtschaftliche Ausnahmestellung des Pfandleihgeschäfts erkennen. Nach römischem und älterem deutschen Recht muß der Besitzer eines gestohlenen Gutes dieses auf die Forderung des Eigentümers herausgeben. Juden dagegen brauchen es nur für die Summe zurückerstatten, die sie dafür gezahlt haben. Sie müssen dabei einen Eid schwören, daß sie im guten Glauben auf das Verfügungsrecht des Inhabers das Pfand angenommen haben. Dieser Grundsatz wird schon im Privileg Heinrichs IV. für die Wormser Juden aufgestellt, 1244 in dem Privileg Herzog Friedrichs von Österreich, 1257 in den Dortmunder Statuten. Die Erleichterung des kaufmännischen Verkehrs ist das wirtschaftliche Motiv, das der rechtlichen Regelung zugrunde liegt. Auch die Lombarden, die ebenfalls die Pfandleihe betrieben, waren durch ähnliche Privilegien begünstigt. Beim öffentlichen Verkauf auf freiem Markt stand dem Erwerber gestohlener Gegenstände auch nach älterem germanischen Recht ein Ersatzanspruch zu[81]). Daß der Handel bei Tage und nicht in geschlossenem Haus eingegangen werden mußte, betont auch der Sachsenspiegel (III 7, 4).

Wenn ein Pferd als Pfand eingesetzt wird und ihm zwischen Krippe und Tränke etwas zustößt, so muß der Jude den Schaden hinnehmen; geht es ein oder wird es gestohlen, so müssen der Zaum und das Halfter oder das Seil, mit dem es angebunden war, um den gleichen Betrag eingelöst werden wie das Pferd[82]).

Auf nasses oder blutiges Gewand dürfen Juden nicht leihen, hier war der Verdacht eines Verbrechens gegeben[83]). Auf Kirchengut darf nur geliehen werden, wenn Geistliche oder Laien aus der Pfarrei bei der Verpfändung zugegen sind[84]). Auch nach dem Sachsenspiegel durften Kirchengeräte als Pfand angenommen werden (III 7, 4).

Wenn ein Christ auf ein Haus leiht und es zum Streit kommt, weil der Christ angibt, er habe das Haus bereits ausgelöst und der Jude dies bestreitet, so muß dieser auf sein Buch (den Pentateuch) schwören, und außerdem müssen ein jüdischer und ein christlicher Zeuge antreten, „die dabi sin gewesen, da zal und gewerschaft geschehen sei"[85]). Auch bei der Leihe gegen Bürgschaft werden zwei Zeugen verlangt und zwar ein Genannter der Stadt und ein ehrbarer Jude. Kommt es zum Streit, so „sol der Jud wereden auf sinen puch und der genant auf sinen ayt sagen, den er gesworen hat"[86]).

Der Eid des Juden spielte immer eine wichtige Rolle, um möglichst sicher zu gehen, wurde er besonders förmlich ausgestaltet. In Nürnberg war folgendes Zeremoniell vorgeschrieben: „Unde swen ein Jud ayt tun sol, den sol er sweren in siner schul (Synagoge) auf hern Moyses buch und sol man einen andern erwern Juden fragen, ob ez daz reht puch sei. Sprichet er danne ja, so sol der Jud daz puch auf tun und sol sin hant legen in daz puch und sol man im den ayt also geben: ‚Als mich der man oder diu frauwe ângesprochen hat umbe daz pfant oder umbe di pfeninge, daz ich im oder ir der niht enschol oder daz ich unschuldich pin der inziht, als man mich schuldiget oder als man mich an gesprochent hat, als helfe mir Adonay unde diu ê, die Got gap Moysi auf dem perge ze Synai'"[87]). Eine besondere Eidesformel für Juden gab es schon im westgotischen und karolingischen Recht. Die ersten deutschsprachigen Formeln haben wir im Erfurter und Görlitzer Judeneid vor uns. Auf die Beibehaltung der hebrä-

ischen Form des Gottesnamens wird größter Wert gelegt, die Bezeichnung „Adonai" begegnet bereits in karolingischen Formeln. Das Schwören mit in die Thora eingelegter Hand wurde im Rheinischen und in Süddeutschland in der Regel verlangt; die Versicherung, daß es sich um ein echtes Exemplar handelte, war allgemein üblich, meist genügte es jedoch, wenn der schwörende Jude die Echtheit bezeugte. Die Eidesleistung in der Synagoge = „Schul" ist auch in Augsburg für das 13. Jahrhundert bezeugt, in anderen Orten konnte sie auch auf dem öffentlichen Gerichtsplatz vorgenommen werden. Der Jude war nicht verpflichtet, am Gerichtstag zu schwören, er konnte dies auch erst nach sechs Wochen tun. Fiel der Tag dann auf einen jüdischen Feiertag, so durfte der Jude nicht zum Eid an diesem Tag gezwungen werden[88]). Im Spätmittelalter wurde der Judeneid dann erheblich erweitert und verändert.

4. Das Leben in der Gemeinde

Im Mittelpunkt des gemeindlichen Lebens stand die Synagoge. Die Einweihung einer solchen in Nürnberg ist uns für das Jahr 1296 bezeugt[89]), doch wird sie bei der Größe der Gemeinde nicht die erste gewesen sein[90]). Die Mittel für den Bau kamen durch freiwillige Spenden zusammen, R. Salomo und seine Frau Belet schenkten das Grundstück, als Baumeister wird Mar Simson genannt. Am 15. November 1296 konnte der erste Gottesdienst in dem neuen Bau abgehalten werden. Über die Art des Bauwerks sind wir nicht unterrichtet. Die Abbildung bei Würfel (gegenüber der Titelseite) zeigt zwei etwa gleichgroße, getrennt nebeneinander stehende Gebäude, die wohl Hauptsynagoge und Frauensynagoge darstellen sollen. Diese Anlage läßt sich sonst nirgends belegen, sie widerspricht den bekannten Synagogentypen und ist wahrscheinlich frei erfunden. Viele der mittelalterlichen Synagogen waren zweischiffig, gewölbt und in der Mitte von Säulen gestützt[91]), so die von Worms (1157) und die von Regensburg (1227). Einfache Saalsynagogen waren z. B. die von Köln (I 1000, II 1096, III 1270) und die von Miltenberg (1290). Die zweischiffige Form taucht etwa um die Mitte des 12. Jahrhunderts auf.

Durch die Stiftung Jehiels und seiner Frau wurde in Nürnberg auch eine Frauensynagoge errichtet[92]). Die Frauenschule war kein notwendiger Bestandteil einer mittelalterlichen Synagoge, doch wurde sie in vielen Gemeinden eingerichtet. Schon in der Antike sollten die Frauen als Zuhörerinnen des Gottesdienstes der Männer teilnehmen, ohne von diesen gesehen zu werden. Bei den mittelalterlichen Synagogen standen bzw. saßen die Frauen meist in einem Seitenraum, der durch eine Türe mit der Männerschule verbunden war. Die Synagoge wurde mehr als die christliche Kirche zu weltlichen Zwecken verwendet. In ihr findet kein sakramentales Opfer statt, sie ist kein Sakralraum wie die christliche Kirche. Sie dient dem Gebet und dem Unterricht, in ihr wurde aber auch die Rechtsprechung geübt[93]).

Über die Inneneinrichtung der Nürnberger Synagoge sind wir durch eine Spendenliste genauer orientiert[94]). In der Mitte erhob sich wie in allen Synagogen der von R. (Reb) Alexander errichtete hölzerne Almemor, eine Estrade, die zum Vorlesen der Thora diente, später wurde dann ein steinerner Almemor gebaut.

Zum Schutz und Schmuck der Thorarollen wurden drei Mäntelchen gestiftet. Zur Beleuchtung wurde gewöhnlich Öl verwendet. In den Ländern, in denen wenig oder kein Öl vorhanden war, dienten Wachslichter als Ersatz. Rabbi Meïr von Rothenburg, die bedeutendste Autorität des mittelalterlichen Judentums in Deutschland, entschied, daß solche verwendet werden durften. In Nürnberg werden Spenden für Öl und Wachslichter genannt. R. Jsak und seine Frau Batseba ließen den Fußboden der Synagoge mit Steinen auslegen, R. Abraham und seine Frau Guta das Geländer vor der heiligen Lade erstellen. In die Mauer waren Nischen (bogenförmige Wölbungen) eingebaut. Vor der heiligen Lade war ein Teppich für den Vorbeter ausgebreitet. Zur Mindesteinrichtung einer Synagoge gehörten auch Sitzgelegenheiten, sie werden sich also auch in der Nürnberger Synagoge befunden haben[95]).

Durch eine Stiftung Jehiels und seiner Frau wurde auch ein Gemeindebad errichtet, das für die rituellen Waschungen notwendig war, und das schon 1288 urkundlich erwähnt wird[96]), es lag am Zotenberg (Dötschmannsplatz)[97]).

Immer wieder werden Spenden für den Friedhof genannt. Die angeblich älteste Inschrift auf einem Grabstein, die den Tod des Elia B. Salomo verkündet, stammt aber nicht aus dem Jahre 1129 oder 1130[98]), sondern aus dem Jahre 1332, wie Tykocinski nachgewiesen hat[99]). Der Grabstein wurde 1486 aufgefunden und Endres Tucher ließ ihn in das Vorwerk des Frauentors einmauern. Die Inschrift ist heute nicht mehr lesbar.

Zu den heiligen Pflichten der Gemeinde zählte die Krankenpflege, für die auch immer wieder Geld gegeben wurde. Für sie bestanden besondere Organisationen (Chewra kadischa = heilige Vereinigung)[100]). Zahlreiche Spenden gingen auch für den Jugendunterricht ein, neben Geld wurden Gebetbücher und Pentateuchexemplare gestiftet. Schon mit dem fünften Lebensjahr begann für den jüdischen Jungen der Unterricht, alle lernten lesen und schreiben, dies ist besonders für eine Zeit hervorzuheben, in der das Analphabetentum die Regel war. In Nürnberg gab es mehrere talmudische Hochschulen (Jeschibah)[101]), das Studium war hier als besonders scharfsinnig bekannt[102]). Kost und Quartier erhielten die unbemittelten Studenten von Mitgliedern der Gemeinde, oft wohnten sie auch bei ihren Lehrern. Auch die Mädchen lernten hebräisch lesen, in Nürnberg wird eine Vorbeterin der Frauen genannt: Frau Richenza, die am 1. August 1298 als Märtyrerin starb[103]).

Zu den Rabbinern der Gemeinde zählten einige Autoritäten, die über Nürnberg hinaus bekannt wurden. Unter den Spendern wird der Rabbiner R. Jedidja genannt, der Schüler R. Jehiels aus Paris und Korrespondent Rabbi Meïrs von Rothenburg war, der ihn hoch verehrte. Er bekleidete das Rabbinat auch in Speyer und Köln, wo er 1303—1305 als Mitglied des Judenrates mehrere Schreinsurkunden unterzeichnete[104]). Ein Gelehrter von Ruf, auf dessen Urteil man Wert legte, war auch Rabbi Jakob Zarfati. Von seinem Wirken in Nürnberg berichtet Rabbi Jsaak b. (ben) Mose Or Sarua, der in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts lebte[105]). Der Rabbiner R. Jonathan war Lehrer des berühmten R. Meïr aus Rothenburg[106]), der Rabbiner Salomo b. Abraham wohl der Verfasser der Elegie auf die Verfolgung in Erfurt[107]). Der bei dem Pogrom von 1298 um-

gekommene Rabbiner R. Mardochai, Sohn R. Hillels, verfaßte mehrere Responsen[108]). Diese waren Bescheide, in denen große Gelehrte auf schriftliche Anfragen antworteten.

Die Wohnungen in den Judenvierteln waren im allgemeinen eng und niedrig, die Einrichtung einfach, nur bei den Reichen gab es einen gewissen Luxus (Samtpolster, Gold- und Silberwaren, Teppiche, Dienerschaft)[109]). Manche Familien blieben mehrere Generationen im Stammhaus und bauten aus. In Nürnberg hatten die Juden unterirdische Gewölbe und Vorratsgebäude vor ihren Häusern (subterraneas speluncas quam etiam penus ante edes possidebant). Die speluncae und penus waren vielleicht unterirdische Gänge, die aus den Häusern in die Synagoge führten[110]). Auf Geheiß des Königs mußten später die Kellerhälse und die Lauben vor den Judenhäusern an der Marktstraße abgebrochen werden[111]), sie engten den Verkehr an der Handelsstraße ein.

In der Kleidung paßten sich die Juden der christlichen Bevölkerung an, sie bevorzugten jedoch dunkle Farben[112]). Mit Vorliebe wurden die sogenannten Kappen getragen, weite, mantelartige Gewänder mit einer Kapuze. Diese wurden Anfang des 14. Jahrhunderts in Nürnberg verboten[113]). Gelehrte trugen eine eigene Kleidung, für den Sabbat war ein Festgewand üblich.

Im Familienleben herrschte strenge Sittlichkeit. Die Achtung der Frau war kennzeichnend, Frauenmißhandlung kommt bei den Juden im Gegensatz zu anderen Völkern nicht vor, stellt Meïr von Rothenburg fest[114]). Frauen führten oft die Geschäfte, so in Nürnberg z. B. Juta, die Witwe des Jakob Rapp, und Juta, die Witwe des Samuel von Basel. Bei Hochzeiten wurde getanzt, aber das Tanzen von Frauen mit Männern war lange Zeit nicht zulässig[115]).

Von dem guten Verhältnis zwischen Juden und Nichtjuden war bereits die Rede, die Kreuzzüge führten hier eine Änderung herbei. Blutbeschuldigungen verbreiteten sich und forderten Opfer. Die 4. Lateransynode von 1215 verschärfte die kirchlichen Bestimmungen, sie scheinen aber nicht immer streng beachtet worden zu sein. In einem Brief von 1233 klagte Papst Gregor IX. über mangelnde kirchliche Disziplin: Christlichen Sklaven sei bei Juden die Beschneidung aufgezwungen worden, Christen würden engen Umgang mit Juden pflegen, auch Bekehrungen zur Religion der Juden kämen vor. Juden hätten öffentliche Ämter inne, trügen keine Kennzeichnung (wie sie schon Papst Innozenz III. 1215 gefordert hatte) und würden Religionsgespräche mit Christen veranlassen[116]). Juden beschenkten Geistliche und die Obrigkeit, Christen brachten Juden nach beendigtem Peßachfest Geschenke[117]). In der Praxis zeigte sich also eine weitgehende Duldung, wenn nicht gerade die Wellen der Judenfeindschaft hochgingen. Die Kirche versuchte aber immer wieder, ihren Verordnungen Geltung zu verschaffen. Im Jahre 1233 wurde auf der Mainzer Provinzialsynode denjenigen die Exkommunikation angedroht, die bei Juden wohnten oder dienten.

5. Der Pogrom von 1298

Seit dem Beginn der Kreuzzüge kam es immer wieder an verschiedenen Orten zu Verfolgungen der Juden, da man in ihnen die zunächst greifbaren Feinde des Christentums sah. In Nürnberg sind solche vor 1298 nur aus späteren Schrift-

stellern bekannt und archivalisch nicht belegbar[118]). Als Begründung für die Verfolgungen treten seit der Mitte des 12. Jahrhunderts zwei Klagepunkte besonders hervor, die Blutbeschuldigung und der Hostienfrevel. Die Anklage wegen Kindsmords für rituelle Zwecke wurde gegen unbeliebte religiöse Minderheiten immer wieder erhoben, z. B. gegen Frühchristen im Römischen Reich, gegen Jesuitenmissionare in China und 1900 beim Boxeraufstand gegen die Europäer[119]). Juden wurden 1144 in Norwich in England beschuldigt, 1180 in Paris, 1199 in Erfurt, 1235 in Fulda usw. Päpste, Kaiser und Fürsten wandten sich gegen die unbegründeten Anklagen des Kindermords, so Papst Gregor X. 1274, Friedrich II. 1236 und Rudolf von Habsburg 1275[120]).

Seit der Anerkennung der Lehre von der Transsubstantiation durch das 4. Laterankonzil von 1215 wurden Juden in sinnloser Weise beschuldigt, geweihte Hostien durchschnitten und somit die Qualen der Passion wiederholt zu haben. Im Jahre 1243 wird der erste Fall in Belitz bei Berlin genannt, 1290 erreicht die mit dieser Begründung unternommene Judenverfolgung einen ersten Höhepunkt in Paris[121]).

Während der Thronstreitigkeiten zwischen den Habsburgern und Nassauern tobten in Süddeutschland 1298 wilde Judenmassaker. Sie begannen in dem Städtchen Röttingen an der Tauber, auch hier wird ein angeblicher Hostienfrevel als Anlaß genannt. Eine Hostie soll von Juden mit Nadeln durchstochen und in einem Mörser zerstampft worden sein, worauf sie zu bluten begonnen haben soll. Die Verfolgung breitete sich rasch über Franken aus, in Rothenburg und Würzburg, in Mergentheim und Windsheim, in Bamberg und auch in Amberg wurden die Juden getötet oder vertrieben. In Nürnberg flohen die Juden bewaffnet auf die Burg des königlichen Schutzherrn, sie wurde jedoch genommen und ein Teil niedergebrannt[122]). Von den etwa 3000 Opfern, welche der Pogrom in Franken kostete, entfielen 628 auf Nürnberg, im Memorbuch der Nürnberger Synagoge sind die Männer, Frauen und Kinder als Märtyrer aufgezählt[123]). In den Memorbüchern wurden zunächst die Namen verdienter Gemeindeglieder aufgenommen, die verstorben waren und deren man in den Gottesdiensten gedachte. Im Nürnberger Memorbuch wurden auch die Opfer der Pogrome (nicht nur Nürnberger, sondern z. B. auch 143 Heilbronner Opfer) aufgezeichnet. Unter den in Nürnberg Getöteten waren auch zwei Rabbiner, nämlich Mardochai b. Hillel und Jehiel und die Vorbeterin Richenza. Manche Juden übergaben sich selbst dem Feuertode, andere traten zur Rettung ihres Lebens zum Christentum über.

König Albrecht sah in dem Judenmord einen Einbruch in seine Rechtssphäre und in der Tötung so vieler Kammerknechte eine Schmälerung seiner Einkünfte und erlegte den Städten schwere Geldstrafen auf[124]). Anfangs September verließ er das Rheingebiet und kam über Rothenburg am 28. September nach Nürnberg[125]) und ging hier gegen die Landfriedensbrecher vor[126]). Acht Personen wurden auf ewige Zeit und auf zehn Meilen unter Androhung von Todesstrafe und Vermögensverlust bei unerlaubter Rückkehr ausgewiesen[127]). In dem Eintrag im Achtbuch wird angegeben, daß sie nicht die Begnadigung des Königs und der Bürger erhalten hätten. Nach dem Landfrieden von 1298[128]) ging der Rat bei stillschweigender Duldung des Königs dazu über, 17 ihm strafwürdig erscheinende Bürger von sich aus für immer zu verbannen, weil sie Aufruhr und Auf-

stand im Volk angefacht hatten[129]). Die „Bernerin" wurde der Brandstiftung angeklagt und für immer auf fünf Meilen verbannt[130]). König und Stadt stellten also Ruhe und Ordnung wieder her. Freilich waren die Strafen im Verhältnis zu dem Umfang der Greuel mehr als gnädig, was aus dem herrschenden Zeitgeist zu erklären ist. Wenn wir die mittelalterlichen Judenpogrome im Zusammenhang betrachten, so können sie mit der Grausamkeit der Religionskriege, etwa der Albigenserkriege verglichen werden, in denen auch kein Mensch, ob Mann, Frau oder Kind, als außerhalb des Kampfes stehend betrachtet wurde. Dazu kamen dann noch materielle Anreize. „Der Jude vereinigte in sich sozusagen alle Eigenschaften, die ihn zum Massaker und zur Mißhandlung prädestinierten. Die Juden waren eine besondere Volksgruppe und zugleich eine unbeliebte religiöse Minderheit. Sie lebten in den Städten und litten unverhältnismäßig stark, wenn es zu inneren Unruhen kam. Man betrachtete sie als wohlhabende Leute, deren Haus zu plündern lohnend war"[131]). König und Kirche waren nicht in der Lage, die Leidenschaften der Menge zu steuern, dies war ein Hauptgrund dafür, daß auch den Städten Rechte und Pflichten des Judenschutzes übertragen wurden.

3. Kapitel

Die Entwicklung der Gemeinde bis zur Austreibung von 1349

1. Judenschutz, Besteuerung und Rechtsstellung

Nach dem Pogrom von 1298 sorgte König Albrecht I. für die Wiederansiedlung der Juden, da er an dem Empfang der Steuern von seinen „Kammerknechten" stark interessiert war[132]). In Nürnberg konnten sie ihre Geschäftstätigkeit bald wieder aufnehmen. Sie waren für den König eine ergiebige Geldquelle, er erhielt für seine Schutzherrschaft jährlich 2000 Pfund Heller*), so viel wie von der ganzen übrigen Bevölkerung[133]). Sein Schutz hatte sich aber als völlig unzureichend gezeigt, wie die Juden 1298 erfahren hatten. Sie benötigten den Schutz der bürgerlichen Organe, die sich im 13. Jahrhundert kräftig entwickelt hatten. Die Juden werden nun Stadtbürger und der städtischen Obrigkeit unterstellt. In anderen Städten hatte sich diese Entwicklung schon früher gezeigt. Im Jahre 1254 gingen die Bürger von Mainz, Worms und Bingen ein Bündnis gegen Friedensbrecher ein, in das die Juden mit eingeschlossen wurden[134]). In der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts beauftragte der Stadtherr häufig den Rat mit der Wahrnehmung des Judenschutzes (Mainz, Halberstadt, Quedlinburg), der König tut dies für Augsburg und Straßburg[135]). Die wichtigsten Beweggründe für die Städte, den Judenschutz zu übernehmen, lagen in der Wahrung der Rechtsordnung, des Marktfriedens und der Immunität, aber vielleicht auch in der Befugnis zu eigener Besteuerung.

Nachdem Heinrich VII. 1313 den Schutz der Burg zu Nürnberg bei Freiwerden des Königsstuhles den Bürgern der Stadt übertragen hatte, beauftragte er am 26. Juni desselben Jahres den Schultheiß als eidlich verpflichteten Beamten der Bürgerschaft mit dem Schutz der Juden. Er hatte gegen ihre Unterdrücker vorzugehen, durfte sie in ihren Rechten nicht kränken lassen und hatte das Recht, Juden in Nürnberg aufzunehmen, ohne Rücksicht auf einen Widerspruch schon in Nürnberg ansässiger Juden[136]). Die Neuaufgenommenen wurden in eine Bürgerliste eingetragen, mußten zwei Bürgen stellen und hatten eine Aufnahmegebühr zu zahlen[137]). Unter den Bürgern werden wiederholt Patrizier genannt, wodurch das Interesse der herrschenden Schicht an den Juden bezeugt wird.

Mit dem Privileg von 1313 war der Judenschutz in Nürnberg auf eine neue Grundlage gestellt, der König gab jedoch sein Recht auf Besteuerung der Juden nicht auf, das er von der Kammerknechtschaft ableitete, die neben dem Judenbürgerverhältnis und der Steuerpflicht an die Stadtgemeinde bestand. Manchmal wurden die Juden für einige Zeit von Abgaben befreit, wenn ihre Finanzkraft erschöpft war, so 1322 von Kaiser Ludwig, der ihnen für ein Jahr Steuer und Bede erließ[138]). Im Jahre 1331 wurden sie für drei Jahre von allen „Beschwernissen", Steuer, Bede und Schuldgefangenschaft befreit und mußten im Jahr nur

*) 1 Pfund Heller = 240 Heller = 0,8 Gulden (fl.)

400 Pfund Heller bezahlen[139]). Dem Rat wurde dabei die Entscheidung überlassen zu bestimmen, von wann ab sie wieder mehr leisten könnten. Die Steuerfestlegung nach dem Ermessen der Stadt war auch in anderen Fällen üblich, so in Augsburg nach einer Entscheidung Sigmunds[140]). Da sich königliche Beamte Übergriffe gegen Juden zuschulden kommen ließen und einige von diesen flohen, wurde 1333 Schultheiß und Rat der Stadt das Recht zugesprochen, zur Wahrnehmung des Judenschutzes auch gegen königliche Amtleute vorzugehen[141]). Im Jahre 1336 konnten sich die Burggrafen noch einmal die Beauftragung mit dem Judenschutz verschaffen[142]) und Kaiser Ludwig bestimmen, sie 1346 von ihren Schuldverpflichtungen gegenüber 62 Judengläubigern zu befreien[143]).

Im Jahre 1342 sicherte sich Ludwig der Bayer, der seine Kammerknechte stärker als seine Vorgänger ausbeutete, eine weitere Einnahme durch die Einführung des „Güldenen Opferpfennigs"[144]). Jeder über zwölf Jahre alte Jude und jede Witwe, wenn sie ein Vermögen im Wert von mindestens 20 Gulden besaßen, mußten jährlich einen Gulden an den Kaiser entrichten. Dafür wurde ihnen besonderer Schutz zugesagt, der jedoch nach Lage der Dinge den Städten zugeschoben wurde. Wir sehen, daß in Nürnberg (wie in anderen Städten) die Verhältnisse des Judenschutzes alles andere als eindeutig waren. Kaiser, Burggraf und Stadt waren beteiligt, wobei der erste vor allem als Inhaber des Besteuerungsrechtes hervortrat.

Auch in bezug auf das Bürgerrecht nehmen die Juden eine Zwitterstellung ein. Trotz des Privilegs von 1313 sind sie keine Vollbürger, sie „stehen außerhalb der engeren Bürgergemeinde, sie gehören gleich den Geistlichen, den Frauen und Unmündigen nicht der Gemeinschaft an, deren Glieder das Gemeinwesen inne haben, d. h. verantwortlich und handelnd bei der Führung politischer und juristischer Geschäfte mitwirken. Trotzdem bilden sie keine Sondergemeinde, die analog dem Kammerknechtsverband aufgebaut und aus dem Kreise des Stadtvolkes in jeder Hinsicht ausgeschlossen ist. Sie sind vielmehr ... Glieder der städtischen Schutzgemeinschaft, eines Personenkreises, der alle Stadtbewohner umfaßt, und dessen Angehörige alle das gleiche Recht auf Schutz des Gemeinwesens genießen"[145]).

2. *Die innere Organisation der Gemeinde*

Nach der Übertragung des Judenschutzes an den Schultheiß der Stadt im Jahre 1313 hatte dieser auch das Recht, gegen den Einspruch der einheimischen Juden über die Aufnahme neuer Judenfamilien zu bestimmen, bisher war das Einspruchsrecht wie auch in anderen Städten üblich gewesen[146]). Einerseits konnten jetzt die Einheimischen nicht ohne weiteres Verwandte oder Befreundete herbeiziehen, andererseits konnten sie auch Neuzugänge nicht mehr abwehren, wenn sie deren Konkurrenz befürchteten. Im Jahre 1314 kam es darüber bereits zu einer Auseinandersetzung[147]). Der Jude Selkmann aus Neumarkt wollte in die Gemeinde aufgenommen und auch zum Judenrat zugelassen werden. Der Schultheiß Conradt Eseler setzte beides durch, Selkmann wurde Bürger und durfte bei der Rechnungsablegung und Steuerveranlagung stets von Anfang bis Ende zugegen sein. In der Urkunde werden der Judenbischof Moyses, zwei Berater und vier Meister der Gemeinde erwähnt (Herr Lezir, Herr Ysac, Herrn Bonfantes

Eidam von Erfurt, Herr Merklin und Herr Suskint von Onoltespach). Ein gewählter Judenbischof wird auch in anderen Städten genannt, z. B. in Köln, Worms und Trier, die Bezeichnung bezieht sich auch auf den Rabbiner. In Köln, Worms und Speyer gab es einen zwölfgliedrigen Judenrat[148]). Er regelte Glaubensfragen und Zivilstreitigkeiten, Steuerveranlagung, Ein- und Ausgaben der Gemeinde. Die Steuer wurde der Gemeinde im ganzen auferlegt, der Judenrat mußte die Verteilung auf ihre einzelnen Glieder vornehmen. Auch bei den Juden hatte sich wie bei den Städten ein Patriziat bzw. eine Gruppe von Notabeln gebildet, aus denen sich wahrscheinlich der Judenrat rekrutierte[149]).

Bei strafrechtlichen und anderen Fällen urteilte das Stadtgericht[150]). Zur Schlichtung von „Unfug", d. h. von Raufhändeln unter Juden, hatte sich die Gemeinde von sich aus an den Rat der Stadt gewandt, der ihr eine Ordnung gab. Hatte ein Jude einen anderen im Zorn mißhandelt, so mußte er als Urheber des Streites dem Richter und der Stadt 10 Pfund Heller zahlen. Der Angegriffene, der sich in Notwehr verteidigte, blieb straffrei. Rächte er sich aber nicht sofort, sondern paßte auf eine andere Gelegenheit, so mußte er dieselbe Strafe wie der Angreifer zahlen, es sei denn, er konnte sich vor Rat und Gericht durch einen Eid reinigen. Konnte der Straffällige die Strafe nicht bezahlen, so mußte er bis zur Erledigung der Buße die Stadt verlassen. Wer sein Recht bei dem Stadtgericht suchte, durfte von seinen Genossen deshalb nicht angefeindet werden. Wenn ein Kind unter 15 Jahren ein anderes schlug oder raufte, oder ein Älterer ein Kind schlug, so machten sie sich dadurch nicht strafbar.

Andere Städte übernahmen wiederholt Nürnberger Judenrecht, so 1324 die Stadt Nabburg bei der Aufnahme eines Egerer Juden[151]), 1346 führte Rothenburg o. T. den in Nürnberg gebräuchlichen Judeneid ein[152]) und die Stadt München noch in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts die Fleischordnung[153]).

3. Geschäftsbetrieb und Judenordnungen

Kaufmannschaft zu treiben war den Juden durch eine Satzung des Rates aus der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts ausdrücklich untersagt: „Ez ist auch gesetzet, daz kain Jude kainerlai kaufmannschaft sol hie nit treiben, denne flaisch unde pfert muegen si wol kaufen und verkaufen, wan si nement gesuch dez sich si begent. Swer daz bricht, der gibt als ofte 10 pfunt haller"[154]). Dabei wird ihnen der Handel mit Wein und Bier besonders verboten, also nur der mit Pferden und Fleisch war ihnen gestattet. Sie waren demnach hauptsächlich auf das Geldgeschäft angewiesen. Es wurde im Mittelalter als „wuocher" bezeichnet, was aber damals soviel wie Ertrag, Zins bedeutete. Wie erwähnt, trieben nicht nur die Juden Geldhandel, ein Vergleich mit den Lombarden bzw. Caorsini fällt nicht zuungunsten der Juden aus[155]). Fürsten, Ritter und Großkaufleute waren ihre Schuldner, Kriegszüge und Warengeschäfte machten Geldgeschäfte erforderlich. Braun von Rothenfels verkaufte 1434 an die Nürnberger Juden seinen Besitz zu Tauernfeld und Leutenbach (beide in der Oberpfalz)[156]), Ulrich von Treuchtlingen war an die Juden von Nürnberg, Weißenburg und Regensburg verschuldet[157]), das Nürnberger Landgericht verpflichtete im Jahre 1343 Otto Forstmeister, 35 Pfund Heller an Nathan von Gräfenberg zu zahlen[158]). Heinrich Gostenhofers

Witwe veräußerte 1346 einen Teil ihres Erbrechts zu Gostenhof, um die Judenschulden ihres verstorbenen Mannes zu tilgen[159]). Im Jahre 1343 hob Kaiser Ludwig die Schuldforderungen vieler Nürnberger Juden gegen den Burggrafen Johann zu Nürnberg auf, 1347 griff Karl IV. zugunsten der Burggrafen Johann und Albrecht ein und veranlaßte die Juden zur Rückgabe der Schuldbriefe[160]). Solche sind seit der Mitte des 13. Jahrhunderts nachweisbar und waren also auch in Nürnberg üblich.

Der Kaiser hatte schon früher in das Geldgeschäft der Nürnberger Juden eingegriffen. Im Jahre 1310 legte er den Zinsfuß auf 43 % für die Bewohner der Stadt und auf 65 % für Auswärtige fest[161]). Ein hoher Gewinn lag auch im Interesse des Kaisers, vor allem Ludwig der Bayer beutete die Juden nach Kräften aus. „Die von den Juden gezahlten Abgaben waren vermöge des amtlich genehmigten Wuchers eine direkte Besteuerung für die übrigen Bevölkerungsklassen"[162]). Ein anschauliches Bild vergleicht die Juden mit einem Schwamm, der flüssiges Kapital aufsaugte. War die Staatskasse leer, wurde er ausgedrückt[163]).

Seit dem Übergang der Schutzherrschaft über die Juden an den Rat im Jahre 1313 baute dieser auch die Bestimmungen über den jüdischen Geschäftsbetrieb weiter aus. Zu den bisher gültigen traten in der 1. Hälfte des 14. Jahrhunderts neue hinzu, deren wichtigste wir hier anführen. Der Geldhandel wurde weiteren Einschränkungen unterworfen: Kein Bürger darf bei den Juden für einen Auswärtigen Bürgschaft leisten. Nur auf das Gut von Kaufleuten, die Gäste Nürnberger Bürger sind, darf gebürgt werden, doch nur bis zu einer Schuldsumme von 10 Pfund Heller. Die Geschworenen sollten dies bei ihrem Eid halten, die Losunger (Steuerbeamte) den Bürger beeiden lassen, dieses Gebot zu halten. Ein späterer Zusatz gibt an, daß für Auswärtige nur mit Erlaubnis des Rates gebürgt werden darf[164]). Für die Entlastung des Bürgen galten folgende neuen Regelungen: Hatte der Selbstschuldner bezahlt, so mußte der Jude dies den Bürgen innerhalb von acht Tagen mitteilen. Tat er dies nicht, so hatte er pro Tag 60 Heller zu zahlen[165]). Der Gläubiger durfte außerdem ohne Zustimmung des Bürgen mit dem Selbstschuldner keine neuen Abmachungen treffen[166]).

Juden dürfen kein Leistpferd und keinen Leistungsbürgen in ihrem oder eines anderen Juden Haus haben[167]). Es handelt sich hier um das Einlager bis zur Bezahlung der Schuld. Der Schuldner oder wie später üblich ein Knecht oder ein Pferd mußte sozusagen als lebendes Pfand bei dem Gläubiger verbleiben, bis die Schuld beglichen war. Auch die Auslagen, die für den Unterhalt des Leisters oder Leistpferdes entstanden, gingen zu Lasten des Schuldners. Den Juden war also dieses Rechtsmittel zur zwangsweisen Beitreibung von Schulden entzogen.

Auch die Geldleihe gegen Pfand wurde neuen Bestimmungen unterworfen. Kein Schneider und Mäntler und überhaupt kein Handwerker, der um Lohn arbeitet, darf ein Gut, das ihm nicht gehört, weder Christen noch Juden höher versetzen als der Lohn beträgt, den er daran verdient hat[168]). Die Bestimmung hatte den Sinn, dem Handwerker die Wiedereinlösung zu sichern und den Auftraggeber vor Schaden zu bewahren. Geldgeschäfte zwischen Juden und Handwerkern sind demnach üblich gewesen.

Im Gegensatz zu früher war das Leihen auf Kirchengut (genannt sind Meßgewand und Kelch) jetzt grundsätzlich verboten. Wer dagegen handelte, mußte

das Pfand ohne Entschädigung herausgeben[169]). Juden durften auch nicht auf Korn, Weizen, Gerste oder Hafer leihen[170]). Wenn die Gläubiger bei Zahlungsunfähigkeit des Schuldners über das verpfändete Getreide hätten verfügen können, so wären sie dadurch wieder am Handel beteiligt gewesen, was aber vom Rat ausdrücklich verboten war. Den Verkauf von anderen verfallenen Pfändern (Schmuck, Werkzeugen usw.) sah der Rat offenbar nicht als Handel in diesem Sinne an. Es durfte nur „haller um haller" geliehen werden, was wohl bedeutet, daß nur Geld geliehen und mit Geld zurückgezahlt werden durfte. Geldleihe an Angehörige der unteren Schichten bezeugen folgende Bestimmungen: Knechten, Mägden und Hausierern dürfen nicht über ein Pfund Heller für ein Pfand gegeben werden, es sei denn mit dem Einverständnis des Pfandbesitzers[171]). Ähnlich war es ja auch bei den Handwerkern.

Darlehen gegen Hypotheken, also eine Belastung von Immobilien, war den jüdischen Geldverleihern im 13. Jahrhundert gestattet. Bei der Zahlungsunfähigkeit des Schuldners hat der Jude später aber nicht frei darüber verfügen können, solche Pfänder mußten offenbar an Christen weiterverkauft werden. Eine Ordnung aus der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts bestimmt: „daz man chainem gaste, kloster noch Juden erbe oder aigen in der stat oder in der vorstadt ze chaufen gebe, noch gulte darauz"[172]). Eine Ausnahme von dieser Regelung im Jahre 1344 zog weite Kreise, schließlich wurde sogar der Kaiser bemüht. Die Juden wollten den Erben des Heinrich Holzschuher ein für sie günstig gelegenes Haus am Salzmarkt (später Herrenmarkt) abkaufen. Es gelang ihnen, Kaiser Ludwig den Bayern als Fürsprecher zu gewinnen, auf dessen Anordnung hin der Rat den Juden das Haus überlassen mußte[173]). Der Rat versuchte nun mit allen Mitteln, der Wiederholung eines solchen Falles vorzubeugen und erreichte schließlich, daß ihm der Kaiser versicherte, weder er noch die Seinen würden sich in Zukunft dafür einsetzen, daß das Haus eines Christen in jüdischen Besitz übergehe[174]).

Nach dem Geldhandel war der Fleischhandel der Juden in Nürnberg das wichtigste von ihnen ausgeübte Gewerbe. Er wurde schon im 13. Jahrhundert bestimmten Einschränkungen unterworfen, die der Rat dann im 14. Jahrhundert erheblich erweiterte. Für die Einhaltung der Bestimmungen sorgten Überwachungsbeamte[175]). Die Verordnungen zielten dahin, den Fleischhandel der Juden scharf von dem der Christen zu trennen. Die Gemeinschaft von Juden und Christen im Erwerbsleben sollte verhindert werden, außerdem brachte man dem jüdischen Fleischhandel auch noch aus anderen Gründen Mißtrauen entgegen. Nach dem 5. Buch Mose (14, 21) war es den Juden angeblich gestattet, Aas an Fremde, demnach also auch an Christen, zu verkaufen[176]). Die Juden dürfen nur unter ihren eigenen Bänken Fleisch schlagen und verkaufen, keinem nichtjüdischen Metzger ist es gestattet, dieses „unter den Christenbänken" feilzuhalten oder einzusalzen[177]). Wer es heimlich tat, wurde zu einer erheblichen Geldstrafe verurteilt und erhielt ein Jahr Stadtverbot. Auch auswärtige Juden dürfen ihr Fleisch nur bei den Judenbänken anbieten, sie unterstehen ebenfalls der Kontrolle[178]).

Die jüdischen Metzger müssen sich „der Bürger Waage" bedienen, die Gewichte „mit der Bürger Zeichen" versehen sein. Vieh dürfen die Juden nur auf dem Viehmarkt und an keinem anderen Ort in der Stadt, auch nicht in einer Vorstadt

oder auswärts einkaufen[179]). Am Feierabend nach der Kompletzeit und an Feiertagen war der Ankauf von Vieh überhaupt verboten[180]). Daß Christen bei Juden in Diensten standen, geht aus der Verordnung hervor, daß am Feierabend und an Feiertagen kein Jude einen Christen dazu veranlassen durfte, Vieh zu töten[181]). Juden durften an der Straße kein Vieh schlachten und kein Blut auf die Straße gießen[182]). Der Rat ließ sich also auch die Reinlichkeit im Judenviertel angelegen sein.

Der Versorgung der christlichen Bevölkerung mit Fischen an Fasttagen diente die Anordnung, daß die Fischer an solchen Tagen vor Mittag den Juden keine Fische verkaufen und sie nicht in deren Häuser schicken durften[183]). Wer dies heimlich tat, zahlte ein Pfund Heller und wurde für ein Jahr aus der Stadt gewiesen. Fische vor der Synagoge zu verkaufen war überhaupt verboten, dies war nur auf dem Fischmarkt gestattet, der sich am Rande des Judenviertels in der Nähe des Schönen Brunnens befand.

Der von kirchlicher Seite immer wieder vorgeschriebenen Sonderung von Christen und Juden dienten folgende Bestimmungen: Das Baden ist den Juden nur in ihrem eigenen Bad gestattet[184]), Christen dürfen dieses nicht benützen[185]). Juden dürfen Christen nicht über Nacht beherbergen[186]). Daß man sich aber nicht in jeder Hinsicht nach den Forderungen der Kirche richtete, zeigt die Einschränkung, daß dieses Verbot nicht für christliche Bediente gelten sollte.

4. Die Vorgeschichte der Austreibung von 1349

Die deutschen Judenmassaker des Jahres 1348 stehen mit dem ersten Auftauchen der Pest in Zusammenhang. Die Gegenwart kann sich heute schwer vorstellen, welche Panik diese bisher unbekannte, todbringende Seuche unter der Bevölkerung ausgelöst hat. Die Furcht vor der Epidemie vermehrte die allgemeine Unruhe, die einerseits durch die Kämpfe zwischen den Handwerkern und den Geschlechtern, die seit etwa zwei Jahrzehnten in den deutschen Städten um die Mitregierung tobten, andererseits durch die Thronkämpfe zwischen Karl IV. und Ludwig dem Bayern erregt wurde. Während nun die einen die Pest für eine Strafe ihrer Sündhaftigkeit ansahen und durch Geiselungen Gott zu gefallen suchten, schoben andere die Schuld den Juden zu. Das Märchen von der Brunnenvergiftung durch Juden ist französischen Ursprungs, es entstand in Südfrankreich, wohin die Pest zuerst aus dem Orient eingeschleppt wurde, es wanderte in die Dauphiné und von dort nach Savoyen[187]). In Deutschland kam es 1348 in 60 größeren und 150 kleineren Gemeinden zu Verfolgungen, bei denen aber auch das soziale Element eine bedeutsame Rolle spielte. Nach dem Sturz des patrizischen Rats in Straßburg durch die Zünfte z. B. wurden anschließend 2000 Juden verbrannt, ihr Bargeld wurde den Zünften übergeben, ähnliche Vorgänge ereigneten sich in Basel und Konstanz[188]). Die Handwerker scheinen aber unter dem „Wucher" der Juden nicht besonders gelitten zu haben, das jüdische Leihkapital gab ihnen ja die Möglichkeit, für den freien Verkauf zu produzieren, ohne von einem Verleger abhängig zu sein, der den Rohstoff lieferte und ihnen das fertige Produkt abnahm[189]). Ohne die Zinsen, die sie den Juden zahlen mußten, hätte sich ihr Gewinn natürlich erhöht, außerdem standen die Juden aus geschäftlichen

Gründen den Patriziern näher und ihr zeitweiliger Reichtum übte einen großen Anreiz zur Plünderung aus.

In der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts erfreuten sich die Nürnberger Juden des wirksamen Schutzes durch den Rat. Im Jahre 1308 wird ein Keßler wegen Beleidigung oder Mißhandlung eines Juden mit Stadtverbot auf fünf Jahre bestraft[190]), 1343 wird Conrad Nürnberger für ein Jahr aus der Stadt gewiesen, weil er zwei Juden „an den Hals geschlagen" hatte[191]), 1348 trifft Meister Amboz die gleiche Strafe, „daz er von den Juden ubel geredt hat"[192]). Zur Stimmung gegen die Juden mag beigetragen haben, daß einige von ihnen im Zusammenhang mit Verstößen gegen die Sittlichkeit genannt wurden. Im Jahre 1346 wird Hornders Enkelin Mey für ein Jahr aus der Stadt gewiesen, weil man „Lemblein den Juden Jacobs Sohn von Grevenberg bey ir fand umb mitternacht"[193]), 1347 bekommt Merkel der Leuttner für ein Jahr Stadtverbot, weil „die Juden in seiner Herberge minneten Christenweiber"[194]), 1348 wird des Leben Schwester auf Lebenszeit wegen „sogethanen Unflats, den sie mit Juden und Christen getrieben hat", ausgewiesen[195]). Die Juden nehmen aber hier keine Ausnahmestellung ein, ihre Straffälligkeit in der genannten Beziehung war nicht höher als die der Christen. Wer gegen die Gebote verstieß, wurde ausgewiesen, ob er Christ oder Jude war. Sonst war die Straffälligkeit von Juden gering, für die Zeit von 1285 bis 1348 sind neun Stadtverweise (leider ohne Angabe des Grundes) nachzuweisen[196]). Ausschlaggebend für die zunehmende Antipathie gegen die Juden war aber wohl die Verärgerung wegen ihres als Wucher aufgefaßten Zinsnehmens und die Eintreibung ihrer Forderungen.

Die Ereignisse der Jahre 1348/49 verliefen in Nürnberg, das nach den neuesten Forschungen wie Böhmen von der Pest verschont worden war, in mancher Hinsicht untypisch, auch hier kam es zwar zu einem Handwerkeraufstand und zur Judenverfolgung, zu dieser führte jedoch das Zusammenspiel von König und Patriziat. Karl IV. war grundsätzlich kein Judenfeind, wenn er auch das Ergebnis der Pogrome in den Städten oft nachträglich bestätigte, um diese für sich zu gewinnen, er war ja als König noch nicht überall anerkannt. In seinem Erbland Böhmen schützte er die Juden und auch in Nürnberg trat er zunächst für sie ein. Hier sicherte er ihnen den Schutz ihres Eigentums und ihrer Häuser zu und bestätigte ihnen ihre Rechte in Bezug auf die Gerichtsbarkeit[197]). Außerdem wurde ihnen bei der Neuaufnahme von Glaubensgenossen wieder das Einspruchsrecht zugestanden, das sie 1313 verloren hatten.

Wie schon der Thronstreit von 1298 zum Verhängnis der Juden beigetragen hatte, so jetzt der zwischen Karl IV. und den Wittelsbachern. Die Handwerker nützten die unklaren Verhältnisse, verbündeten sich mit dem Markgrafen Ludwig von Brandenburg, stürzten den patrizischen Rat und stellten sich auf die Seite der Wittelsbacher. Die Juden mußten gute Miene zu diesem Spiel machen und arbeiteten mit dem Handwerkerrat zusammen, der sie jedoch nicht weniger als 13 000 Goldgulden für seinen Judenschutz bezahlen ließ[198]). Diese Zwangskontribution erkannte aber der König nicht an und beauftragte die Burggrafen am 28. Mai 1349 mit der Einforderung des den Juden von den abtrünnigen Nürnbergern genommenen Geldes[199]). Der Handwerkerrat verhielt sich sonst korrekt gegen die Juden. Daß er die Stimmungsmache gegen sie nicht billigte, ist daraus

zu ersehen, daß er am 15. Oktober 1348 einen Handwerker verbannte, weil er einen Aufruhr gegen die Juden anzetteln wollte[200]).

Um die rebellische Stadt niederwerfen zu können, benötigte der König erhebliche Geldmittel. Er bekam sie unter anderem vom Bischof von Bamberg und von den Burggrafen, wofür er ihnen die jährliche Judensteuer verpfändete. Der Bischof erhielt auf sechs Jahre 1000 Pfund Heller jährlich[201]) und die beiden Burggrafen 1100 im Jahr bis zur Wiedereinlösung[202]). Der König hatte aber bereits die Ausweisung der Juden erwogen und als Ersatz für die Judensteuer, aus der die beiden Gläubiger dann nicht mehr befriedigt werden konnten, ihnen je zur Hälfte die Häuser und das bewegliche Gut der Juden zugesprochen, wenn er das geliehene Geld vorher noch nicht zurückerstattet haben sollte[203]). Der König verfügte also bereits über den Nachlaß der Opfer!

Die Sache des Zunftregiments in der Stadt war aussichtslos geworden, als am 28. Mai 1349 der Gegner Karls IV., Ludwig von Brandenburg, ihn als König anerkannte. Am 26. Juni konnte der Markgraf eine Amnestie für seine Anhänger erreichen[204]), und der König erlaubte ihm als weiteres Zeichen des Entgegenkommens, sich drei Nürnberger Judenhäuser nach seiner Wahl auszusuchen[205]). Ende September zog der König in Nürnberg ein, am 1. Oktober wurde wieder ein patrizischer Rat eingesetzt und erhielt vom König unter anderen Sonderrechten auch die Zurücknahme des Judenschutzes. Die Urkunde vom 2. Oktober 1349[206]) ist besonders aufschlußreich, sie zeigt unter anderem die fadenscheinigen Begründungen, mit denen Karl IV. sein Vorgehen zu rechtfertigen suchte. In ihr wird zunächst festgestellt, daß zwischen dem Stadtvolk und der Nürnberger Judenschaft mancherlei Feindschaft bestehe, und die Bürger, solange die Juden in der Stadt seien, um die Sicherheit ihres Leibes und Gutes fürchten müßten: „Auch wollen wir, wanne die juden zu Nürenberg, unser camerknecht, itzunt sitzend in mancherlei vehe des gemeinen Volkes und auch die bürger in der stat irs leib und guts, dieweil die juden in der stat seint, nicht sicher seint, ob daz wer, daz an den juden doselbist icht geschehe, also, daß sie beschedigt wurden wider der bürger von dem rat willen, daß sie des wider uns und unser nachkomen an dem reich nit entgelten sullen in dhein weis." Daß sich Spannungen zwischen dem Stadtvolk und den Juden ergeben haben, ist im Hinblick auf die Umwälzungen in der Stadt und der Tatsache, daß bei solchen Umständen die Juden immer wieder als Prügelknaben dienen mußten, sicher anzunehmen. Außerdem waren die Juden ja damals wegen der Beschuldigungen, die im Zusammenhang mit der Pest standen, bei vielen verhaßt. Daß aber die Bürger gefährdet seien, solange die Juden in der Stadt lebten, sollte sicher nur eine Begründung für die bereits geplante Austreibung abgeben. Nicht die Bürger, sondern die Juden waren gefährdet, wie sich bald zeigen sollte. Im weiteren Text der Urkunde heißt es dann auch, daß die Juden beim König keinen Rückhalt finden könnten, wenn ihnen ohne des Rats Willen etwas zustoßen sollte. Damit waren sie preisgegeben.

5. Die Austreibung von 1349

Der König hatte der Vertreibung der Juden aus Nürnberg durch verschiedene Maßnahmen bereits Vorschub geleistet, als er die Stadt in Richtung Prag verließ. Ihm sandte nun der Rat den Ratsherrn Ulrich Stromer nach, der einem der älte-

sten Patriziergeschlechter angehörte und wohl durch seine diplomatische Geschicklichkeit geeignet erschien. Er war nach verschiedenen Urkunden Mitglied des Aufruhr-Rats von 1348/49, andererseits aber auch vor und nach dem Aufruhr im patrizischen Rat der Stadt, was ein hohes Maß politischer „Wendigkeit" bezeugt[207]). Obwohl die Judenhäuser vom König bereits dem Bischof von Bamberg, den Burggrafen und dem Markgrafen von Brandenburg versprochen waren, gelang es ihm, vom König am 16. November die Ausstellung der sogenannten Markturkunde zu erreichen, die der Stadt die Verfügungsgewalt über das Judenviertel zusprach[208]). Von dessen günstiger Lage an mehreren Hauptverkehrsstraßen war wiederholt die Rede, am meisten aber störte es den Rat, daß durch das Judenviertel die Marktstraße an der Sebalduskirche eingeengt wurde, die längst nicht mehr den gewachsenen Bedürfnissen der Stadt entsprach. In der Urkunde wurde nun dem Rat das Recht erteilt, einen Teil des Judenviertels niederzulegen und an dessen Stelle zwei Märkte zu errichten (heute Hauptmarkt und Obstmarkt), zwischen denen an Stelle der Synagoge eine Marienkirche errichtet werden sollte.

In den ersten Tagen des Dezember kam Ulrich Stromer von Prag zurück und übergab dem Rat die neuerworbene königliche Begnadigung[209]). Dieser zeigte große Eile und verordnete sofort die Ausweisung. Daß gegen die Juden etwas unternommen wurde, mußte auch sogleich der Bevölkerung bekannt geworden sein, zwischen dem 5. und 7. Dezember 1349 fiel sie (nach Ulman Stromers Bericht) über die Juden her und erschlug und verbrannte sie, ohne daß der Rat dagegen einschreiten wollte oder konnte. Nach einer späteren Überlieferung sollen sie auf dem Judenbühl (dem heutigen Stadtpark) verbrannt worden sein[210]). Die Gesamtzahl der Opfer betrug 562 Personen[211]), 157 davon sind in dem „Verzeichnis der zu Nürnberg 1349 Dez. 5–7 erschlagenen Juden" aufgezählt[212]). Die Märtyrerliste gliedert sie auf in Kohanim (Angehörige des alten Priesterstammes), Leviten, gelehrte Märtyrer (Chaberim), Israeliten und Witwen. Ganze Familien bis zu 12 Personen zählten zu den Umgekommenen, oftmals befanden sich unter ihnen Nachkommen der 1298 Getöteten. Unter den genannten Gruppen findet sich jeweils folgender Text: „Gott möge ihrer gedenken, weil sie ihr Leben für die Heiligung des göttlichen Namens hingegeben haben. Dieses Verdienstes wegen möge ihre Seele in den Bund des ewigen Lebens aufgenommen werden mit der Seele Abrahams, Isaaks, Jacobs . . . (usw.). Darauf sprechen wir: Amen!". Klagelieder über die Verfolgung wurden in die Liturgie aufgenommen. Zu ihnen zählt auch ein Gebet eines R. Meïr, das die Leiden der Betroffenen anschaulich schildert[213]).

Die Zahl der Juden in Nürnberg zur Zeit des Pogroms von 1349 läßt sich ungefähr erschließen. Im Jahre 1338 waren 212 Judenfamilien in der Stadt seßhaft, zu denen bis 1349 27 Neuaufnahmen kamen[214]). Eine natürliche Vermehrung hinzugerechnet, ergibt sich etwa eine Zahl von 250 Familien, und wenn man für die Familie sechs Mitglieder annimmt[215]), belief sich die Zahl der Nürnberger Judenbürger demnach auf ungefähr 1500 Personen. Nürnberg dürfte damals ca. 15 000 Einwohner gehabt haben, ein Zehntel von ihnen waren demnach Juden. Bei 562 Getöteten ist also über ein Drittel von ihnen dem Pogrom von 1349 zum Opfer gefallen.

6. Die Verteilung des Judenbesitzes

Der Rat der Stadt hat nach der Erteilung des Marktprivilegs nicht nur die Häuser der Juden beschlagnahmt, sondern nach einem Privileg des Königs vom 13. Oktober 1350 auch ihr Vermögen und ihre Forderungen an Bürger und Auswärtige übernommen[216]). Er konnte sich dieses Besitzes aber nicht ungetrübt erfreuen, da auch Forderungen der Burggrafen und des Bischofs von Bamberg bestanden. Erstere verlangten auf Grund ihres königlichen Privilegs vom 28. Mai 1349[217]) zunächst 13 000 Gulden, mußten aber ihre unberechtigten Ansprüche und die Hoffnung auf diesen hohen Betrag aufgeben, zumal sie damals beim König in Ungnade gefallen waren[218]). Ihnen und dem Bischof von Bamberg waren die Häuser und das fahrende Gut der Juden vor dem Marktprivileg vom König zugesprochen worden und dafür wurden sie von der Stadt nun mit 1600 Gulden entschädigt, die zu gleichen Teilen dem Bischof und den Burggrafen zufielen[219]). Die Empfänger sagten daraufhin der Stadt ihre Hilfe zu, wenn von anderer Seite noch Forderungen an sie gestellt würden[220]).

Was hat den König eigentlich bewogen, die Austreibung seiner Kammerknechte zu befürworten, die mit ihrer 2000 Pfund Heller betragenden jährlichen Judensteuer für ihn doch eine ergiebige Geldquelle waren? Folgende Gründe lassen sich anführen:

1. Der König war durch die Ausgaben für seine Wahl und die Kosten seiner Feldzüge schwer verschuldet und wollte sich durch den Einzug des Judenvermögens Geld beschaffen[221]). Zwei hohe Zahlungen der Stadt an den König im Jahre 1353, am 15. November 9645 Gulden und 850 Schock böhmische Pfennige und am 19. November 4000 Gulden, deutet W. Schultheiß in dem Sinne, daß diese der Herausgabe des Nürnberger Judenvermögens an Karl IV. als obersten Schutzherrn gleichkamen[222]). Als eine Art nachträglicher Rechtfertigung für die Bereicherung Karls IV. durch das Judenvermögen kann der vom König veranlaßte Bau der Frauenkirche an der Stelle der Synagoge angesehen werden. Die Kirche war königliche Hofkapelle und Filiale der Prager Hofkapelle[223]). Von ihrem Michaelschor wurden später dem Volk die Reichskleinodien gezeigt. Parallelen zu der Erscheinung, daß an der Stelle der Synagoge später eine Marienkirche errichtet wurde, finden wir auch in Köln[224]), Würzburg und Regensburg[225]).

2. Der König wollte den Rat der Stadt, die in seiner politischen Konzeption eine große Rolle spielte, dadurch für sich gewinnen, daß er ihm den ihr wichtigen Grund und Boden des Ghettos überließ. Wie schwer verschuldet die Stadt Nürnberg damals war, haben erst neuere Forschungen ergeben[226]). Diese machen es wahrscheinlich, daß der Rat aus der Vertreibung der Juden auch Kapital zu schlagen hoffte. Ob er dies wirklich tat, läßt sich nicht mehr nachweisen, weil die Stadtrechnungen jener Jahre fehlen. Die Stadt mußte sich vermutlich mit dem Grund und Boden des Judenviertels begnügen, aber auch dafür hatte sie noch Zahlungen an den Bischof von Bamberg und die Burggrafen zu leisten, wie oben ausgeführt wurde.

Durch die Schuldenannullierung wurden die Bürger der Stadt[227]) und ebenso die Burggrafen, das Kloster Waldsassen und der Deutschherrnorden[228]) von ihren finanziellen Verpflichtungen gegenüber den Juden befreit. Einigen besonders bevorzugten Bürgern, von denen der Kaiser vermutlich Geld entliehen hatte,

wurden einzelne Judenhäuser zugesprochen. Zwei Häuser sicherte sich Ulrich Stromer, der vom Kaiser das Marktprivileg erwirkt hatte und von ihm als „sein lieber Getreuer" bezeichnet wurde, der dem Reich wertvolle Dienste geleistet habe[229]). Er erhielt die Anwesen, die vorher dem Isaak von Scheßlitz und Gottschalk von Stein gehört hatten und am Obstmarkt lagen, ihren Besitz ließ er sich 1355 vom Bischof von Bamberg und vom Kaiser nochmals bestätigen, er scheint sich offenbar darin nicht ganz sicher gefühlt zu haben[230]). Zwei Häuser in der Nähe bekamen die Eheleute Gottfried und Agnes Scheffein[231]), eines gegenüber der Frauenkirche Konrad Groß, der Stifter des Heilig-Geist-Spitals[232]). Besonders umfangreich war der Anteil, der Friedrich Schopper zugesprochen wurde, er reichte „von den Brottischen bis an des Zenners Haus", also von der Tuchgasse bis zur Schulgasse[233]). Diese Inhaber von Judenhäusern ließen sich später ihren Besitz vom Rat nochmals verbriefen[234]). Wer sich während des Pogroms an dem Gut der Opfer vergriffen hatte, mußte dieses herausgeben[235]).

Die Grabsteine des ersten Nürnberger Judenfriedhofs, der aufgelassen wurde, mauerte man später in verschiedenen Bauten ein. Diejenigen, von denen Müllners Annalen zum Jahre 1468 und Würfel berichten, existieren heute nicht mehr[236]). Vier Grabsteine wurden als Treppenstufen im Aufgang zum Südturm der Lorenzkirche verwendet, der ca. 1352 erbaut wurde. Sie liegen mit den Inschriften nach unten, drei davon sind heute deutlich erkennbar (Abb. V). Da nur jeweils ein Teil der Grabsteine freiliegt, ist eine Entzifferung der Inschriften auch nur bruchstückweise möglich. Sie ergab bei einem der Steine folgendes: „... begraben ... die fromme und würdige Frau, Tochter des Sch ... 93" (= 1333). Ein teilweise beschädigter Grabstein, der früher im Pellerhaus stand und nach dem Krieg eingelagert wurde, ist z. Z. nicht auffindbar. Nach einer Fotografie der städtischen Bildstelle konnte jedoch seine Inschrift im wesentlichen entziffert werden: „Dieses Monument ... der Frau Bronlein, der Tochter des Herrn Jedidia. Verstorben am Mittwoch, den 21. des Monats Schwat (?) des Jahres 83 (= 1323), nach der (gewöhnlichen) Rechnung des ... Tausends ... Amen Amen Amen. Sela"[237]).

Wie die Ereignisse der Jahre 1348/49 zeigen, konnte auch der Übergang des Judenschutzes an die Bürger der Städte die Juden nicht vor Mord, Verfolgung und Austreibung bewahren, zu der (wie im Falle Nürnbergs) auch noch der König seine Hand lieh. Die Abdrängung auf das Geldgeschäft, das sie bei ihren Schuldnern mißliebig machte, zumal sie, durch die Verhältnisse bedingt, hohe Zinsen fordern mußten, die kirchlichen und staatlichen Maßnahmen, die sie zu Bürgern zweiter Klasse werden ließen, führten dazu, daß sie in ihrer exponierten Stellung bei verschiedenen Anlässen immer wieder Zielscheibe des Hasses und Opfer von Ausschreitungen wurden.*) Ihre Lebensmöglichkeiten waren aber so beschränkt, daß sie, nach einigen Jahren von verschiedenen Städten wieder zurückgerufen, mit zähem Willen in die Orte der Schrecken zurückkehrten und sich eine neue Existenz aufbauten, die um nichts sicherer war als die in den Verfolgungsjahren verlorene.

*) Weitere Einzelheiten über die Gemeinde von 1238—1349 in „Germania Judaica" Bd. II 598 ff. Dieser Bd. war mir erst nach der Drucklegung des vorliegenden Buches zugänglich.

4. Kapitel

Von der Wiederaufnahme im Jahre 1352 bis zur Ausweisung 1498/99

1. Die allgemeine Lage der Juden im ausgehenden Mittelalter

Bis zur Zeit der Kreuzzüge war die soziale und wirtschaftliche Lage der Juden relativ günstig und gesichert, und auch nach den ersten Pogromen traten immer wieder längere Ruhepausen ein, in denen sie sich erholen konnten. „Die jüdische Geschichte ist nicht gleich der Geschichte des Antisemitismus, und auch das Zusammenleben der Juden und Nichtjuden ist nicht einfach eine Geschichte dauernden Streites und Hasses"[238]). Doch nach dem Pestjahr 1348 kamen die Judengemeinden nie mehr richtig zur Ruhe. Die Vertreibungen häufen sich im ausgehenden Mittelalter immer mehr, und nur dem Umstand, daß sich Deutschland in so viele kleinere Territorien gliederte, war es zu verdanken, daß sie nach der Ausweisung an einem Orte in einem anderen deutschen Land oft eine neue Heimat finden konnten. In den werdenden Nationalstaaten Westeuropas bestimmten verhältnismäßig wenige, einschneidende Maßnahmen das Schicksal der Juden in diesen Ländern, die sich dann gleich auf eine größere Anzahl von Gemeinden auswirkten.

Die Verschlechterung der Gesamtlage der Juden zeigen auch Darstellungen in Literatur und Kunst. Auf den Wahn der Zeit des Schwarzen Todes geht die Gestaltung einer der wichtigsten negativen Symbolfiguren des Juden zurück, nämlich des Shylock. Sie wurde von dem italienischen Novellendichter Giovanni Fiorentino geschaffen, sie erscheint in der Sammlung Pecorone, die um 1376 entstanden ist[239]). Durch Shakespeares Darstellung im „Kaufmann von Venedig" wurde die Gestalt des heimtückischen Juden dann fast zu einer mythologischen Figur, die den Antisemitismus der Neuzeit mitbestimmte. Aufschlußreich ist auch die Umbildung des „Spiels vom Antichrist", das in den frühen Regierungsjahren Barbarossas entstand und die staufische Reichsgesinnung zum Ausdruck bringt. In diesem Stück wird die Symbolgestalt der Synagoge bekehrt, und von dieser heilsgeschichtlichen Hoffnung wurde die Haltung der Christen gegenüber den Juden im frühen und hohen Mittelalter in gewisser Beziehung getragen. Ein später Ableger davon mit dem Titel „Des Entchrist vasnacht" zeigt eine völlig andere Stellung zum Judentum, die vom Haß verzerrt ist. Die Juden werden verjagt und zu den Verdammten gerechnet[240]). Dagegen zeigte auch das Epos des Hochmittelalters noch eine ganz andere Haltung, sein Ideal war der erbarmungsvolle Held. In Wolframs „Willehalm" schließt die Königin, Willehalms Schwester, in ihre Klage für die bei der Verteidigung des Landes Gefallenen auch die getöteten Juden mit ein. Bei der Umgestaltung geistlicher Spiele zu Fastnachtsspielen im späten Mittelalter wurde auch noch auf andere Weise ein judenfeindlicher Sinn in die Geschichte hineingetragen, indem man zeitgenössische Namen von stadtbekannten Juden für haßerregende Gestalten einsetzte[241]).

Die gemäßigte Haltung des Hochmittelalters wird in der bildenden Kunst in der Darstellung der Synagoge deutlich. Am Straßburger Münster und am Bamberger

Dom wird sie als würdevolle Figur mit Augenbinde und gebrochenem Stab gezeigt. Später erscheint sie unter den Verdammten, in den Bildern der getöteten und verfluchten Synagoge zeigt sich der Haß der Pogrome[242]).

Der Untergang vieler Gemeinden im späten Mittelalter geht nun allerdings nicht mehr im Stile der Pogrome des Zeitalters der Kreuzzüge und der Pest vor sich, es waren meist „friedliche" Ausweisungen. Sie häufen sich im ausgehenden 14. und in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts und zwar zunächst in den Rheinlanden, in denen die Judengemeinden auf die älteste Tradition in Deutschland zurückblicken konnten[243]). Im Jahre 1386 wurden die Juden aus Straßburg vertrieben, 1390 wird in der Pfalz ein Verbannungsdekret erlassen, in Freiburg 1401 nach einem angeblichen Ritualmord die erste Vertreibung angeordnet, 1424 folgt die zweite. In Speyer wurden die Juden 1405 und 1435 ausgewiesen, 1418 in Trier, nachdem der Erzbischof die Tilgung aller Schulden angeordnet hatte. In Mainz folgen Ausweisungen 1420 und 1438, in Köln mit der wohl ältesten Judengemeinde in Deutschland findet die Vertreibung 1424 trotz des Eingreifens König Sigmunds statt. Aber auch in anderen Teilen Deutschlands werden jetzt Juden nicht mehr als Mitbürger geduldet, so in Wien seit 1421, in Augsburg seit 1439 und in Erfurt seit 1458.

Im ausgehenden Mittelalter wird die wirtschaftliche Notwendigkeit des jüdischen Geldverleihers allmählich überflüssig, nachdem die Kirche ihre doktrinäre Haltung nach und nach aufgegeben hatte bzw. ihre Forderungen in dieser Beziehung immer weniger beachtet wurden. Seit dem Jahre 1420 erlaubt sie den Rentenkauf, die Darleihe auf Liegenschaften. Jean Gerson (1363—1429), Kanzler der Universität Paris und eine der bedeutendsten kirchlichen Autoritäten seiner Zeit, gestattet einen mäßigen Kapitalzins. Die Deutschen lernen von den Lombarden und schicken ihre Lehrlinge nach dem Süden[244]). Im Jahre 1402 wird die erste Bank in Deutschland in Frankfurt am Main gegründet, 1421 eine solche in Lübeck.

Unter diesen Umständen versuchten die Juden nach anderen Gebieten auszuweichen. In Frankreich waren sie nach der Vertreibung von 1394 zunächst in die kleineren Städte, in die Provence und nach dem Elsaß gegangen, andere wanderten bis nach Polen, wohin auch viele Ausgewiesene aus Deutschland gingen, wenn sie andernorts nicht mehr unterkommen konnten. Hier hatten sie bereits unter Kasimir dem Großen (1333—1370) einen gewissen Höhepunkt ihres Einflusses erreicht[245]). Sie verwalteten Landgüter, waren als Pelzhändler, Steuereinnehmer und Finanzfachleute tätig und waren als Ärzte und Apotheker geschätzt. Aus dem Mittelhochdeutsch der deutschen Juden entwickelte sich im Osten die jiddische Sprache, die auch heute noch sehr viele Juden sprechen. Die Juden in Polen standen in Verbindung mit den Stätten jüdischer Gelehrsamkeit in Erfurt, Prag, Nürnberg und Regensburg. Ein anderes Asyl für die europäischen Juden wurde das neue Türkische Reich, in dem sie eine viel freiere Stellung genossen. Isaak Zarfati erließ 1454 ein Rundschreiben an die Juden in Deutschland und warb für die Auswanderung in die Türkei[246]). Nach den Verfolgungen und Ausweisungen in Spanien und Portugal gingen einige nach Italien, viele in die Levante und nach Afrika[247]).

Vor diesem Hintergrund müssen wir die Geschichte der letzten mittelalterlichen Judengemeinde in Nürnberg sehen. Wenn sie sich auch nochmals zu großer wirtschaftlicher Bedeutung aufschwingen konnte, so entsprach ihre Einengung und ihr schließliches Ende dem Zug der Zeit.

2. *Die Wiederaufnahme in Nürnberg*

Nachdem sich der Sturm der Leidenschaften der Jahre 1348/49 gelegt hatte, war für die Städte, die ihre Juden vertrieben hatten, wieder die Möglichkeit zu ihrer Aufnahme gegeben. Dabei war es wichtig, daß sich auch der König für diese einsetzte. Die Krone hatte durch Verschenkungen und Verpfändungen den größten Teil ihrer Regalien verloren, die Judensteuern waren zu einer Haupteinnahmequelle des Reiches geworden. Aber auch die Städte waren bestrebt, wieder Juden in ihre Mauern aufzunehmen, sie waren für Handel und Handwerk zunächst noch immer wirtschaftlich notwendig, aber auch für die Stadtkasse, in die nicht nur ein Teil der Judensteuern, sondern auch viele „Verehrungen" flossen, die man sich durch die Methode des „freiwilligen Zwanges" (neben den normalen Anleihen bei der Judenschaft) zu verschaffen wußte. Im Jahre 1348 waren die Juden in Augsburg erschlagen worden, schon 1349 erlaubte der Kaiser dem Bischof wieder die Aufnahme, seit 1355 standen sie wieder unter dem Schutz der Stadt[248]). In Worms wurden sie 1352, in Speyer ebenfalls 1352 bzw. 1364, in Mainz 1356, in Köln 1372 (auch hier war die treibende Kraft der Erzbischof) und in Dortmund im gleichen Jahre zugelassen. Viele Juden scheinen die Rückkehr in die alten Orte einer unsicheren Zukunft in der Fremde vorgezogen zu haben, und in den Städten konnten sie ihr privilegiertes Gewerbe ausüben. Der Handel auf dem Weltmarkt nahm zu, manche Juden konnten wieder zu ansehnlichem Wohlstand kommen. Freilich waren die Verhältnisse nicht mehr dieselben wie früher, die Entfremdung gegenüber der christlichen Bevölkerung war größer geworden, manchmal bekamen sie nur ein begrenztes Aufenthaltsrecht, so z. B. in Trier[249]).

In Nürnberg wurden die ersten jüdischen Bürger kurz nach der Vertreibung noch im Jahre 1349 wieder aufgenommen. Zu den ersten beiden kam am 28. Februar 1350 Fruman aus Öttingen dazu, der 50 Gulden Aufnahmegebühr zahlte[250]). Es war dies der höchste Betrag, der bisher hierfür entrichtet worden war, und da die Höhe der Gebühr nach dem Besitzstand festgelegt wurde, muß es sich dabei um einen reichen Mann gehandelt haben, von dem man zu profitieren hoffte. Am 6. September 1350 gestattete Karl IV. den Burggrafen aufs neue, Juden in ihren Schutz aufzunehmen und gebot jedermann, diesen beizustehen und ihre Angelegenheiten zu fördern[251]). Am 2. Mai 1352 folgte ein genereller Aufnahmevertrag für die Stadt vor dem Landgericht[252]). Die alten Judenbürger wählten aus ihren Reihen fünf der geeignetsten für die Verhandlungen mit König und Rat aus. Sie mußten sich bereit erklären, die Aufhebung aller Judenschulden der Nürnberger Bürger durch den Rat anzuerkennen. Ihrer Niederlassung waren von vornherein enge Grenzen gezogen, der Rat allein hatte den Platz für eine Neusiedlung zu bestimmen; sollten sie alte Judenhäuser wieder in ihre Hand bringen, so mußten sie diese binnen Jahresfrist verkaufen oder vertauschen. Den Schutz der Juden übernahm wieder der Rat, der diesen auftrug, sich um die Unverpfänd-

barkeit des Judenschutzgeldes beim Kaiser zu bemühen. Der Rat wollte vermeiden, daß es wieder zu Verwicklungen mit den Fürsten kam, die Auseinandersetzungen mit den Burggrafen und dem Bischof von Bamberg bei der Ablösung der verpfändeten Judenhäuser auf dem späteren Marktplatz waren noch in lebhafter Erinnerung. In seiner Bestätigung des Vertrages vom 26. Mai 1352, in der er dem Schultheiß und dem Rat befahl, Juden aufzunehmen und zu schützen, kam der König dem Wunsch des Rates entgegen[253]).

3. Topographie der zweiten Judensiedlung

Der Rat wies den Wiederaufgenommenen als neues Siedlungsgelände das Gebiet des früheren Judenfriedhofs zu, also die Fläche zwischen der heutigen Judengasse — Wunderburggasse — Martin-Treu-Straße und Rotschmiedsgasse. Die Juden erwarben dieses Gebiet sicher auch aus Pietätsgründen; in Würzburg bebauten sie auch den Platz, wo die bei dem Pogrom von 1147 Erschlagenen bestattet worden waren[254]). In Nürnberg sollen die Juden auf der Stätte von vier bei einem Brande am Heumarkt im Jahre 1341 zerstörten Gebäuden angesiedelt worden sein[255]). Es ist denkbar, daß die Ränder des ersten Judenfriedhofs bebaut waren, dies war auch beim zweiten im Jahre 1499 der Fall. Um einen großen Hof im Innern wurde im Laufe der Zeit ein Kranz von Häusern errichtet und ein abgeschlossener Wohnblock, ein Ghetto geschaffen. Es war nicht (wie vermutlich das erste) von Mauern umschlossen, hatte einen Zugang im Norden und wahrscheinlich auch einen im Westen (der frühere Zugang von der Wunderburggasse zur ehemaligen Zwerggasse). Das Torhaus im Norden stand an der Judengasse gegenüber dem alten Sonnenbad (früher Nr. 23), zwischen den Häusern Nr. 18 und Nr. 20 (früherer Zählung, also etwa in der Mitte des Hauses Nr. 18 heute). Der Rat verbot im Jahre 1484, daß es überbaut wurde[256]). Am Eingang links stand die Synagoge und das Tanzhaus. Ein solches, in dem Hochzeiten und andere gesellige Veranstaltungen stattfanden, gehörte zum Bestand vieler Judengemeinden. Ein Rest aus der Synagoge war mindestens seit dem 17. Jahrhundert in dem Haus Wunderburggasse 8 (Vorkriegszählung) eingemauert. Es war eine mit Krabben besetzte, kielbogige Nischenbekrönung mit der hebräischen Inschrift „Kether Thora" (= Krone des Gesetzes), die vermutlich den Aufsatz des Aron (Thoraschrein) bildete. Ihre Formen lassen erkennen, daß sie erst um die Mitte des 15. Jahrhunderts entstanden sein kann. Unterhalb des Steins stand in der Schrift des 17. Jahrhunderts der Spruch:

Dieser Stein ist nach den Juden blieben
Als sie wurden von Nürnberg vertrieben.
Von Hauß Trauff und Gaßen, fürwahr
Im Tausend vierhundertneunundneunzigsten Jahr[257]).

Der Stein war zuletzt in der 1938 zerstörten Synagoge am Hans-Sachs-Platz eingemauert, heute hat er im Hof des Altstadtmuseums (Fembohaus) seinen Platz gefunden.

Rechts des Nordeingangs zum Judenviertel erhoben sich die Häuser der reichen Judenfamilie Rapp, für die 1439 auch der Stadtbaumeister tätig war. Er arbeitete bei dieser Gelegenheit auch am Eingang der Synagoge und der Rat der Stadt

bekam dafür vom Judenrat 150 Gulden[258]). Im Süden war die Judensiedlung abgeschlossen, der Südausgang der ehemaligen Zwerggasse wurde erst 1499 nach dem Abbruch des dortigen Judenspitals geschaffen[259]). Wegen dieses Gebäudes, das auch den Namen Seelhaus trug, hieß der Judenhof auch Seelhof. In den Hinterhäusern in der Nähe des Spitals befanden sich vermutlich der Backofen und das Schlachthaus[260]). Bei der Ausweisung im Jahre 1499 umfaßte das Judenviertel insgesamt 20 Anwesen, vier eingesprengte Christenhäuser mitgerechnet. Außerhalb des Judenviertels war 1499 nur ein Haus in jüdischem Besitz, nämlich das des Johel Mayr an der Nordostecke der ehemaligen Prechtelsgasse (mit der Frontseite auf die Wunderburggasse, jetzt Wunderburggasse 13), welches dann Veit Stoß erwarb[261]). Auch sonst werden Juden nur wenig Häuser außerhalb ihres Blockes besessen haben. Im Jahre 1364 hatte nach Würfel der reiche Jacob Rapp das Haus Rüdiger Falzners und 1370 das Friedrich Kempfs, beide im Taschental, gekauft[262]). Die sogenannten Judenhöfe (oberer und unterer Judenhof, Seitengäßchen zur Rotschmiedsgasse, bis 1945 bestehend), konnten nicht als Judensiedlung nachgewiesen werden[263]).

Wie die erste Judengemeinde besaß auch die zweite ein rituelles Bad (Mikwe). Jüdische Vorschriften verlangten die Reinigung der Frauen zu bestimmten Zeiten und andere Reinigungshandlungen. Das Bad grenzte wahrscheinlich südlich an das Anwesen Erckenprecht Colers an der Ecke Judengasse-Wunderburggasse und lag gegenüber dem Brunnen am Nordausgang der letzteren[264]). Mit dem Sonnenbad hatte es einen gemeinsamen Abzugsgraben, der von Rapps Häusern aus das Ghetto durchquerte[265]).

Die Juden hatten offenbar nur Wasserrecht zu dem weiter entfernten Brunnen in der alten Ledergasse (= Tucherstraße), für den sie Wasserzins zu zahlen hatten[266]), und nicht zu den Brunnen an der Nordwest- und Nordostecke ihres Viertels[267]).

Wie man an der Bebauung dieses Wohnblocks bis zur Zerstörung im zweiten Weltkrieg noch sehen konnte (er zählte 19 Nummern), standen die Häuser dicht aneinandergedrängt. Für jedes Haus des Ghettos dürfen drei Wohnungen angenommen werden[268]). Die Reinhaltung der Siedlung war ein Problem, immer wieder mahnte der Rat der Stadt. Die Juden durften ihren Kehrricht und „Wust" nicht an die Brunnen und nicht auf die Gassen schütten; wer eine Grube im Hause hatte, sollte Wasser und Kehrricht mit dem Regen ablassen, und wenn es lange nicht geregnet hatte, mußte das Abwasser nachts ausgeschöpft und hinausgetragen werden[269]). Im Jahre 1480 wurden die Juden vom Stadtrat aufgefordert, ihre Gassen zu fegen; wenn sie in den nächsten vier Tagen nicht mit Räumen anfangen würden, sollten sie jeden Tag mit 1 Pfund Heller bestraft werden, bis sie sich gehorsam gezeigt hätten[270]).

Die ungesunde Lebensweise in dem engen Ghetto führte dazu, daß 1494 die Pest im Judenviertel besonders wütete. Der Rat gebot den Juden, nicht viel unter die Leute und überhaupt nicht aufs Rathaus zu gehen[271]). Von Bränden im Judenviertel berichtet Würfel für die Jahre 1365, 1438 und 1451[272]).

Die neue Judensiedlung benötigte natürlich auch wieder einen Friedhof, der nun an der Äußeren Laufer Gasse zwischen Münzplatz, Münzgasse und Manggasse

angelegt wurde. Er wurde offenbar schon früh vergrößert, denn 1367 beschwerte sich Fritz Behaim beim Rat, die Erweiterung hätte ihm den Eingang zu seinem Garten abgeschnitten. Man versicherte ihm hierauf, daß bei einer weiteren Vergrößerung des Judengrundstücks ein Abstand von 8 Schuh zu seinem Eigentum eingehalten würde[273]). Schon 1381 war der Friedhof wieder zu klein geworden, die Gemeinde mußte zwei Gärten der Patrizierfamilie Schopper dazukaufen[274]). Die Fläche des Totenackers erscheint verhältnismäßig groß, doch wurden hier auch die Juden der Umgebung beerdigt, da nur die größeren Judengemeinden über einen eigenen Friedhof verfügten[275]). Im Jahre 1463 wurde aber die Bestattung auswärtiger Juden in Nürnberg verboten[276]). Im Pestjahr 1494 wurde ein toter Jude ohne Erlaubnis in die Stadt gebracht, was dem Rat der Stadt zu Nachforschungen und einer Bestrafung des Judenrates veranlaßte[277]). Auch sonst zeigte sich der Rat der Stadt besorgt, wiederholt forderte er die Juden auf, ihre Toten tiefer zu begraben[278]). Die Platznot auf den jüdischen Friedhöfen hatte oft dazu geführt, daß die Leichen übereinandergeschichtet und die Steine eng aneinandergestellt wurden[279]).

4. Die zahlenmäßige Beschränkung

Die räumliche Beschränkung genügte dem Rat nicht, um ein Anwachsen der Judenbevölkerung über das von ihm gewünschte Maß hinaus zu verhindern. Im Jahre 1355 ließ er sich das Privileg Heinrichs VII. von 1313 bestätigen, das den Zuzug von Juden von der Zustimmung des Schultheißen abhängig machte[280]), 1366 wurde für dieses Privileg noch einmal ein Konsensbrief König Wenzels erworben[281]). Die Erlaubnis vom Jahre 1347, daß die Gemeinde auswärtige Juden nach Belieben aufnehmen konnte, war damit aufgehoben. Im Jahre 1444 schrieb der Rat an Gotfried Schenk von Limpurg, den Pfleger des Stifts zu Würzburg, bei der Ablehnung des Zuzugs der Schwester des Juden Jakob nach Nürnberg, es sei der Beschluß gefaßt worden, überhaupt keine Juden mehr aufzunehmen[282]). 1445 wurde die Aufnahme eines Juden aus Vilseck abgelehnt, für den sich der Pfalzgraf bei Rhein eingesetzt hatte[283]). Das Aufnahmeverbot hat aber nicht lange bestanden, das Judenzinsbuch verzeichnet immer wieder Neuaufnahmen, vor allem in den 50er Jahren des 15. Jahrhunderts[284]). Später machte man wieder Schwierigkeiten. Nur auf die Bitte des Kaisers wurde 1487 Levi aus Völkermarkt als Bürger aufgenommen[285]). Damit die Zahl der Juden nicht durch natürliche Vermehrung weiter anwuchs, beschränkte der Rat das Aufenthaltsrecht der Judenkinder. Heirateten sie untereinander, so durften sie normalerweise nur noch vier Wochen in der Stadt bleiben. Manchmal wurde ihnen ein länger befristetes Wohnrecht bei den Eltern eingeräumt[286]). War ein Teil des Paares von auswärts und hatte kein Bürgerrecht, so durften sie nur 14 Tage bleiben[287]). Im Jahre 1444 drohte man die Lichtenfelserin auszuweisen, wenn sie weiter darum bitten würde, „ir gespons" als Bürger aufzunehmen. Immer wieder wurden Geldbußen bis zur Höhe von 262 Gulden dafür auferlegt, daß ein Vater „seinen ayden und sein tochter" ohne Erlaubnis bei sich wohnen ließ[288]). Nahm der Rat Judensöhne und Judenwitwen als Bürger auf, so wurden sie im Judenzinsbuch verzeichnet[289]).

Streng überwacht wurde auch der Aufenthalt auswärtiger Juden, der auf acht Tage befristet war[290]), wurde diese Zeit überschritten, so mußten der Gast und

sein Wirt je einen Gulden zahlen; nur Schüler durften länger bleiben. Im Jahre 1420 wurden z. B. vier Juden mit Geldstrafen belegt, weil sie fremde Juden beherbergt hatten[291]). 1445 wies man alle Juden aus, die auf die Bitte von Fürsten hereingekommen waren[292]), seit 1478 forderte man eine schriftliche Bestätigung der Herrschaften fremder Juden, „das sie redliche Geschafft hie zu tun haben"[293]), der Judenrat wurde angewiesen, die fremden Juden fortzuschicken[294]). Ein Jahr darauf wurde allen Bürgern, auch denen zu Wöhrd und Gostenhof, verboten, Juden innerhalb einer Meile übernachten zu lassen[295]). Im Jahre 1489 hatte die Bernhardin Müller in Rüsselbach[296]) den Juden Häuser und Wohnungen vermietet, sie mußten innerhalb von acht Tagen wieder ausziehen[297]). Schon seit 1483 war der Rat bestrebt, das Aufenthaltsrecht fremder Juden zu ändern, 1489 beschloß er, die Aufenthaltszeit auf drei Tage zu verkürzen[298]). Man engte also die Bewegungsfreiheit der Juden in vieler Beziehung empfindlich ein.

Nach einer Zählung des Jahres 1489 lebten damals an Juden in der Stadt: 25 Männer (wohl Familienvorstände), 17 Knaben, 9 Lehrmeister, 11 Knechte, 11 Gäste, 2 Spitalinsassen[299]). Die Zahl der in der zweiten Nürnberger Gemeinde lebenden Juden wird wohl nie höher als 200 gewesen sein[300]); sie hat also nur etwas über ein Zehntel der ersten Gemeinde betragen.

5. Das Verhältnis von Kirche und Juden

Auch im 14. Jahrhundert fanden die Juden hie und da bei den Päpsten Hilfe, Clemens VI. (1342—1352) schützte die römischen Juden vor der Anklage der Brunnenvergiftung, auch Bonifaz IX. (1389—1404) war den Juden wohl gesinnt[301]). Im Zeitalter der Reformkonzilien spielte die Judenfrage im Streit der Meinungen eine nicht unwesentliche Rolle. Die Päpste nahmen eine schwankende Haltung ein, sie behaupteten auch hier ihr höchstes Entscheidungsrecht und vermieden im allgemeinen eine allzu starre Linie. Beim Eintritt des Papstes Martin V. in Konstanz erschien der Rabbi an der Spitze der Judengemeinde und überreichte ihm die fünf Bücher Moses und den Dekalog und suchte dadurch das Gemeinsame von Judentum und Christentum durch eine symbolische Geste zu betonen. Am 12. Februar 1418 bestätigte der Papst auf Bitten König Sigmunds allen Juden in Deutschland, Savoyen und Bresse die ihnen von früheren Päpsten verliehenen Privilegien[302]). Martin V. ging auch gegen die Bettelmönche vor, die in den Städten großen Einfluß auf das Volk hatten und diesen zur Judenhetze benützten. Sie forderten, daß jeder Umgang mit Juden vermieden werden sollte, ihnen sollte kein Haus vermietet werden, kein Brot gebacken und kein Feuer gereicht werden, christliche Frauen sollten keine jüdischen Kinder säugen. Die Mönche behaupteten, die Juden hätten Brunnen vergiftet und Menschenblut in ihre Osterbrote gemischt. Auf die Klage der Juden bedrohte 1422 der Papst alle Prediger mit dem Banne, die sich in der genannten Weise judenfeindlich betätigten[303]), widerrief aber ein Jahr später auf Betreiben der Scharfmacher diesen Judenschutz[304]), um ihn dann 1429 doch wieder erneut in einer Urkunde zu bestätigen[305]).

Auf dem Konzil von Basel im Jahre 1434 setzten sich die Judengegner wieder durch, alte Forderungen wurden wiederholt und neue hinzugefügt: Trennung

der Wohnplätze, Kennzeichnung, Verbot des Umgangs mit Juden und der Dienstleistungen für sie, Ausschluß von den Universitäten. Als Ziel der Verordnungen wurde wieder die Bekehrung ins Auge gefaßt. Die Juden sollten zum Anhören von Bekehrungspredigten gezwungen werden, Neubekehrten wurden gewisse Vergünstigungen in Aussicht gestellt, zugleich sollten sie aber überwacht und Heiraten unter ihnen verhindert werden. Um der jüdischen Intelligenz beizukommen, sollte an den Universitäten Hebräisch gelehrt werden[306]).

Papst Eugen IV. sah sich wie Martin V. veranlaßt, den Judenfeinden entgegenzutreten und eine Normalisierung im Sinne der Tradition zu erstreben[307]). In der Mitte des Jahrhunderts kam es wieder zu schweren Übergriffen, in Spanien und Italien wurden Synagogen zerstört, in christliche Kirchen umgewandelt und jüdische Kinder mit Gewalt dem Christentum zugeführt. Papst Nikolaus V. ordnete wiederholt den Schutz der Juden an, wich aber andererseits auch wieder vor den Judengegnern zurück, zu denen auch der einflußreiche Nikolaus von Cues gehörte[308]). Nach Abschluß des Wiener Konkordats wurde dieser 1448 zum Kardinal ernannt. Er schwärmte von einer Vereinigung aller Nationen unter einem Glauben und war willens, kirchliche Zeremonien zu diesem Zweck zu opfern[309]). Den Juden gegenüber trat er für Zwangsmaßnahmen ein und war mit für den scharfen Erlaß Nikolaus V. vom 25. Februar 1450 verantwortlich, der die früheren Privilegien und Schutzbestimmungen außer Kraft setzte, wobei im wesentlichen die Verordnungen des Basler Konzils wiederholt wurden[310]). Es wurde untersagt, daß sich Juden in der Karwoche an öffentlichen Plätzen zeigten und ihnen geboten, in dieser Zeit Fenster und Türen geschlossen zu halten. In einer Nürnberger Judenordnung wurde diese Forderung etwas menschlicher gefaßt: „Auch itzt gesezt, daz die Jueden und Juedin, ir kint und gewalte an dem chartag und wochen gepuerlichen still seind und nicht unstummigkeit machen, noch si und ir gazt die Christen von ihren gaupen (= Dachfenster) belugen"[311]). Der Erlaß des Papstes forderte auch, daß gemeinsames Essen und Trinken von Christen und Juden zu unterlassen sei und daß jüdische Zeugen gegen Christen nicht mehr auftreten dürften. Auch die Annahme von Heilmitteln aus jüdischen Händen wurde verboten.

Gegen die Existenzgrundlage der Juden richtete sich die Anordnung, daß sie von Christen keine Zinsen verlangen noch annehmen dürften. Dieses Verbot wurde auf der Synode von Salzburg unter Vorsitz des Legaten Nikolaus von Cues wiederholt[312]). Der Legat kam anschließend auch nach Nürnberg und weilte vom 10. bis 18. April 1450 in der Stadt, wo er mehrmals predigte und Ablässe verkündete; ob er hier zur Judenfrage Stellung nahm, ist nicht bekannt[313]). Er reiste daraufhin nach Bamberg weiter und verbot auf der dortigen Synode das Zinsnehmen für die ganze Diözese. Bei Nichteinhaltung der Vorschriften sollten die betreffenden christlichen Gemeinden mit dem Kirchenbann belegt werden[314]). Den Kampf um diese kirchliche Verordnung, das Eintreten des Nürnberger Rates und des Kaisers für die Juden wird weiter unten dargestellt werden (vgl. S. 55 f.). Die wirtschaftliche Tätigkeit der Juden in der Stadt litt zwar unter diesen Bedingungen, doch konnte das Inkrafttreten der Verordnung wiederholt hinausgeschoben werden, bis sie endlich aufgehoben wurde.

Zur Durchführung der Judengesetze wurde vom Papst der Judengegner Johannes

von Capistrano beauftragt, der sich als Bußprediger einen Namen gemacht hatte und dessen asketische Lebensweise das Volk beeindruckte. Seine Haßpredigten bewirkten für viele Juden Gefangennahme, Folterung und Verbrennung[315]). Von Nikolaus von Cues war Capistrano 1452 zur Regelung der Hussitenfrage zum Reichstag nach Regensburg gerufen worden, von wo aus er nach Amberg, Neumarkt und Eichstätt kam[316]). Am 17. Juli 1452 traf er in Nürnberg ein, wo er von Rat und Geistlichkeit mit großen Feierlichkeiten empfangen wurde. Er predigte vier Monate lang täglich 1½ Stunden auf dem Markt, und da seine Predigten übersetzt werden mußten, dauerte jede Veranstaltung mehrere Stunden. Die Juden mußten innerhalb einer besonderen Umschrankung zuhören, wo sie vor dem aufgehetzten Volk durch Stadtknechte beschützt wurden[317]). Capistrano zog von Nürnberg auch nach Forchheim weiter, von unmittelbaren Nachwirkungen seiner Predigten für die Juden der Stadt ist nichts bekannt.

26 Jahre später kam wieder ein Mann nach Nürnberg, der die Annahme der christlichen Religion durch die Juden zu erreichen suchte. Peter Schwarz, ein jüdischer Apostat, war Mitglied des Predigerordens, hatte die jüdischen Schriften studiert und war der erste, der Hebräisch an einer deutschen Universität lehrte. Er wollte die Forderung des Basler Konzils erfüllen und begann in den Jahren 1474/75 in Regensburg eine großangelegte Judenmission. Die gelehrtesten Rabbiner aus ganz Deutschland waren unter freiem Geleit nach Regensburg geladen worden und sollten vor dem Bischof und den geistlichen und weltlichen Würdenträgern der Stadt mit dem gelehrten Mönch diskutieren. In richtiger Einschätzung der Situation hatten die Rabbiner vereinbart, sich in ein Religionsgespräch überhaupt nicht einzulassen. Nach einem Jahr vergeblichen Bemühens erklärte Schwarz seine Gegner für besiegt, ohne daß daraus direkte Folgerungen gezogen wurden[318]).

Durch Schwarz angeregt, predigten die Nürnberger Dominikaner im Sommer 1475 gegen die Juden und hetzten dabei die Bevölkerung so auf, daß der Rat einen Aufruhr befürchtete und einschritt. Er legte den Predigern nahe, die aufreizenden Reden zu unterlassen und hatte damit offenbar auch Erfolg[319]). Im Jahre 1478 kam Peter Schwarz, der sich durch seinen Regensburger Mißerfolg nicht hatte entmutigen lassen, nach Nürnberg. Der Rat gab auswärtigen Juden freies Geleit, damit sie seinen Predigten zuhören konnten. Sonst waren die Veranstaltungen ähnlich organisiert wie bei den Reden Johannes Capistranos, nur daß sie diesmal auf dem Spitalkirchhof stattfanden. Für die Juden waren wieder besondere Schranken errichtet und zu ihrem Schutz Stadtknechte aufgeboten worden. Wie die Sache ablief, berichtet ein Chronist recht anschaulich: „Desselben jars da kom ein predigermünch her gen Nurmberg, der kund gut ebreisch, judisch reden und der Juden puecher lesen. Und da machet man einen hohen predigstul auf den spitalkirchhof an die maur unter die linten. Und prediget die ersten predig an drivaltigkait tag ... Und er tet 17 predig und predigte darnach an keinem suntag, ursach der gedreng halben. So predigt er an keim samstag, wann die Jueden wolten nicht kumen. Und er predigt neur allain auss irn puechern ebreisch und leget es darnach alls teutsch auss. Und er begeret all tag nach essen, mit in darnach zu dispotiern und argawiern (= Beweise erbringen), sie wolten sein aber nie tun und sprachen doch: 'er hat gut predigen; er

sagt, was er wil, man redt im nichts darein; solt wir aber darein reden, wir wolten auch rabi vinden, die es anders ausslegten'. Und schikten nach Vogelein Jud gen Erlang, was ein Rabi, der kom und wolt nit dispotiern. Darnach prachten sie den gelertsten maister unter allen Juden, so er in vil landen was, von Beheim; der kom und saget im zu, er wer fro, das er den munch gefunden het, und er begeret von hertzen, mit dem münch zu dispotiern"[320]). Die Situation muß aber für den Prager Rabbiner ähnlich gewesen sein wie für seine Amtsgenossen in Regensburg, denn der Mönch konnte wegen der Zurückhaltung des Juden nicht disputieren. Peter Schwarz ließ daraufhin ein Protokoll niederschreiben und festhalten „das sie (die Juden) in nicht besteen wolten". Im Gegensatz zu den Predigten der Nürnberger Dominikaner hielt der Rat über die Reden Peter Schwarzens fest, daß sie „in ehrbarem und bescheidenem Maße ohne allen Aufruhr und Widerwärtigkeit" gehalten wurden[321]). Von zwei Ausnahmen abgesehen war es auch in Nürnberg Peter Schwarz nicht gelungen, eine größere Zahl von Juden zum Übertritt zu bewegen.

Für eine systematische Mission bei den Juden hatte die Kirche im Grunde sehr wenig getan, wenn es auch eine Fülle von Streitschriften gab. Das Konzil von Basel rechtfertigte 1434 die Zwangspredigt. Die Bejahung des indirekten Glaubenszwanges war schon im hohen Mittelalter ausgesprochen worden, Thomas von Aquin schien die „Überredung", aber nicht die Taufe von Kindern gegen den Willen der Eltern gerechtfertigt, Duns Scotus sprach sich jedoch auch für diese Gewaltmethode aus [322]). In der Erneuerung der Privilegien für Nürnberg in der Urkunde von 1414 untersagte König Sigmund, daß jüdische Frauen und Kinder zur Taufe gedrängt würden[323]). Das Konzil von Basel bedrohte die Rückkehr von Neuchristen zum alten Glauben mit strengsten Strafen.

In Nürnberg werden nur wenige Übertritte von Juden zum Christentum erwähnt. Im Jahre 1406 wird eine Jüdin genannt, die Christin werden wollte[324]), 1454 berichtete die Stadt dem Bischof von Bamberg über die Auslieferung des Vermögens der zum Christentum übergetretenen Margarete, der Schwester des Augenarztes Michel, durch die Nürnberger Judenschaft[325]). 1459 wird dem getauften Juden Paulus das Betreten der Stadt wegen eines Meineids nicht mehr gestattet[326]) und 1475 wird der Symonin, einer getauften Jüdin, auf Bitte des Doktor Kylian von Bibra ihre Strafe erlassen[327]). Auf die Wirkung von Peter Schwarz gehen wohl die beiden Übertritte im Jahre 1478 zurück[328]). Die Neuchristen wurden als Bürger aufgenommen und bekamen das Bürgerrecht geschenkt. Einer äußerte den Wunsch, ein Handwerk lernen zu wollen und erhielt dazu vom Rat die Erlaubnis. Er arbeitete als Nestler und durfte, ohne die vorgeschriebene Anzahl von Lehrjahren abgeleistet zu haben, vorzeitig das Meisterrecht erwerben. Man suchte ihm wohl weitgehend entgegenzukommen, damit er seinen Entschluß nicht bereute. Er durfte, entgegen den Vorschriften des Konzils von Basel, 1480 eine Neuchristin heiraten. Im Jahre 1487 wird schließlich noch von einem Neuchristen berichtet, der in Nürnberg lebte und in Bruck bei Erlangen starb, und um dessen Nachlaß sich der Rat annahm[329]).

Auch im 15. Jahrhundert kam es wieder zu Ritualmordprozessen, so 1428 in Ravensburg. Welcher Unfug hier getrieben wurde, geht daraus hervor, daß der

König und der Bischof von Konstanz die kirchliche Verehrung des Toten verbieten mußten. Die gerichtliche Untersuchung im Stile der Zeit führte zur Verbrennung mehrerer Juden und zur Ausweisung der Juden aus Ravensburg[330]). In der 2. Hälfte des 15. Jahrhunderts kam es zur Untersuchung von angeblichen Ritualmordfällen in Breslau, Rinn bei Innsbruck, Baden in der Schweiz, Trient und Regensburg. Die Behauptung bei Würfel, daß 1467 in Nürnberg 18 Juden, welche angeblich vier Christenkinder ermordet hatten, auf dem Judenbühl verbrannt wurden, ist archivalisch nicht belegbar und unwahrscheinlich[331]). Der nüchterne Nürnberger Rat ging schon zwei Jahre vorher nicht auf die Mitteilung des Grafen von Öttingen ein, daß ein gefangener Jude namens Wolf ausgesagt habe, die Nürnberger Juden Mairlin, Lesar vom Hoff und Reich hätten das Kind einer armen Frau grausam ermordet und ihn zu einem Hostienfrevel aufgefordert[332]). Im Nürnberger Ratschlagbuch 13* sind die Geständnisse des Christoff Eysengreißhaym, der mit anderen in der Nürnberger Frauen- und Johanniskirche angeblich Hostien gestohlen hatte, und einiger Regensburger Juden aufgezeichnet[333]). Zu welchen Phantastereien diese Juden, sicherlich unter dem Zwang der Folter, ihre Zuflucht nahmen, zeigen ihre Aussagen, daß auf den durchstochenen Hostien ein Antlitz erschienen und Blut herausgeflossen sei. Andere sagten aus, sie hätten die Hostie in einem Ofen verbrannt, aus dem dann weiße Tauben und Engel herausgeschwebt seien. Die in Regensburg verhandelte Sache zog weite Kreise und führte auch zum Eingreifen des Kaisers.

Wenn auch die Nürnberger sich im Laufe des Mittelalters gegen ihre Juden viel zuschulden kommen ließen, so zeugt die Tatsache, daß es hier nie zu einem Ritual- oder Hostienfrevelprozeß kam, wohl auch von ihrem bekannten nüchternen Wirklichkeitssinn als Handelsleute. Der zeigte sich u. a. auch darin, daß sie bei der Heiltumsweisung (der Ausstellung der Reichskleinodien) den Juden zwei Stadtknechte zu ihrem Schutz zur Verfügung stellten, allerdings auf Kosten der Juden!

6. Rechtsstellung und Gerichtsbarkeit

In der Goldenen Bulle wurde den Kurfürsten das Recht zugesprochen, Juden zu halten, die Juden kleinerer Fürsten blieben unter dem Recht des Kaisers als Kammerknechte. Für Nürnberg galten die alten Privilegien, in Zivil- und Strafsachen gegen Nürnberger Juden und Christen blieb das Nürnberger Stadtgericht zuständig, auch wenn die Klagepartei nicht dem Nürnberger Rat unterworfen war. Dies galt auch für jüdische Gäste[334]). Eine Berufung an das Landgericht und an das königliche Hofgericht war nicht zulässig[335]). Im Jahre 1464 war die Judengemeinde mit einem Urteil des Stadtgerichts nicht einverstanden und auch nicht mit dem Berufungsurteil des Rates. Friedrich III. erklärte auf Befragen, daß die Juden nicht Berufung einlegen könnten, wenn ihnen das der ihrer Landesherrschaft geleistete Eid verbiete; dies war aber beim Aufnahmeeid der Juden in Nürnberg eindeutig der Fall[336]). Unter Friedrich III. setzte sich aber dann doch die Berufung an das Hofgericht durch. Der Rat nahm dies nicht widerspruchslos hin und erreichte eine Einschränkung. Der Kaiser verfügte, daß die Berufung nicht zum Verzug des Rechts, sondern nur aus Gewissensgründen eingelegt werden dürfe. Nur wer vor einer kirchlichen Stelle in Nürnberg eine eidliche

Versicherung abgab, daß die Berufung nicht aus Arglist geschehe, durfte ans Hofgericht appellieren[337]).

Bei Rechtsstreitigkeiten mit auswärtigen Juden, die nicht vor dem Nürnberger Stadtgericht erscheinen wollten, kam es immer wieder zur Appellation an das Hofgericht. Im Jahre 1466 entschuldigte sich der Rat beim Bischof von Bamberg, daß er den Juden David Frannk, der mit dem Bamberger Juden Feyfel einen Rechtsstreit hatte, nicht davon abhalten könne, an den Kaiser zu appellieren[338]). 1405 sollte der Nürnberger Jude Meyr von Erfurt auf Betreiben des Moyses Pfefferkorn vor dem königlichen Hofgericht erscheinen, der weder vor dem Nürnberger Gericht noch vor dem Judenrat sein Recht suchen wollte[339]). Der Rat bat den König um einen gütlichen Vergleich, erhob aber sofort Einspruch, als Pfefferkorn, am Hofgericht offenbar abgewiesen, Meyr vor das Würzburger Landgericht laden wollte [340]). 1406 wurde aber der Fall doch von dem Abt von St. Burkhardt in Würzburg behandelt, der als Schiedsrichter fungierte. Im Jahre 1492 bestätigte das Stadtgericht eine Entscheidung des Judenrates in Nürnberg, der die Klage des Regensburger Juden Mosse Collin gegen den Nürnberger Juden David Hirsau wegen Diebstahls abgewiesen hatte. Das Gericht verbot die Berufung an eine andere christliche oder jüdische Instanz[341]).

War die Stadt selbst Partei, so war das Hofgericht zuständig. So hatte der Rat von 1410—1472 einen Prozeß gegen die Emigrantenfamilie Rapp vor dem königlichen Hofgericht laufen, der ihm viel Kummer bereitete. 1467 war Jobst Haller als Anwalt und Sendbote der Stadt aufgetreten und hatte erklärt, der Jude Jakob von Citadell habe etliche Edle und andere ehrbare Personen geschmäht und gesagt, die von Nürnberg hielten ihre Briefe und ihre Treue nicht. Citadell hatte daraufhin die unrechtmäßigen Beschuldigungen widerrufen[342]). Der Rat wachte argwöhnisch über seine Rechte, denn es kam immer wieder vor, daß fremde Herren gegen seine Privilegien verstießen und Nürnberger Juden vor andere Gerichte luden, häufig vor das geistliche Gericht in Bamberg. Im Jahre 1407 wollte Fritz Teuerlein gegenüber dem Juden Veif dort sein Recht suchen[343]), 1410 Albrecht von Egloffstein gegenüber Sanwel von Swartzach [344]), ähnliches wurde 1429 und 1477 versucht[345]). König Sigmund hatte den Ritter Erkinger von Seinsheim zum Teidinger (Sachwalter) der Juden in Deutschland berufen. Dieser hatte 1426 die Nürnberger Judenschaft vor das geistliche Gericht in Bamberg geladen[346]). Der Rat protestierte dagegen und ließ sich vom König das Privileg erteilen, daß Erkinger das Recht der Nürnberger Juden nicht beeinträchtigen dürfe[347]). Schon 1420 war der König bemüht worden, die Nürnberger Rechte zu garantieren. Er gebot, daß der Bischof von Würzburg in der Klage des Juden Colner gegen einige Nürnberger Juden nicht richten solle[348]), 1425 bestimmte Sigmund, daß der Herzog von Bayern Nürnberger Juden nicht vor sein Landgericht laden dürfe[349]). Dieser hatte schon 1419 versucht, den Streit zwischen seiner Jüdin, der „Golden Gennsin", gegen die Secklin aus Nürnberg vor sein Gericht zu ziehen[350]). Im Jahre 1464 appellierte Bürgermeister Hanns Volckamer an den Kaiser, als Markgraf Albrecht von Brandenburg als oberster Landrichter des Burggrafentums Nürnberg ein Gebot an die Nürnberger Juden erlassen hatte[351]).

Wiederholt wurde auch versucht, Nürnberger Juden vor das westfälische Femegericht zu laden. Markwart Hekmewsel klagte 1428 gegen die Juden Ehast,

Strölin und Jüdel und die Judengemeinde von Nürnberg vor einem Femegericht[352]). Die Stadt bat 1437 den Vogt Sweypolt von Brandenstein und Hans von Meyburg aus Coburg, auf Heinrich Ratloch von Coburg, der den Juden Seligmann an westfälischen Gerichten verklagt hatte, einzuwirken, er möge sein Recht vor dem Nürnberger Gericht suchen[353]). Bei ähnlichen Vorgängen erklärte der Rat 1444 Gotfried Schenk zu Limpurg, dem Pfleger des Stifts zu Würzburg, und 1455 dem Wilhelm von Rechperg, daß das Femegericht für die Nürnberger Juden nicht zuständig sei[354]).

Streitigkeiten zwischen den Juden in Nürnberg entschied in erster Instanz der Judenrat, dessen Wahl vom Rat der Stadt alljährlich überwacht wurde. Seine Mitglieder wurden eidlich verpflichtet, dem Stadtrat gehorsam und untertänig zu sein und seine Verpflichtungen ihm gegenüber zu erfüllen[355]). An ihn hielt sich der Rat bei Belangen, welche die ganze Judenschaft betrafen. Bei der Eintreibung der Steuern wurden ihm im Bedarfsfall die Büttel der Stadt zur Verfügung gestellt. Der Rat sorgte auch in anderen Fällen dafür, daß dem Judenrat Gehorsam geleistet wurde, und bestrafte z. B. 1395 den Juden Pendit und 1428 Seligmann, weil sie dies nicht getan hatten[356]). Im Jahre 1453 kam Jakob von Citadell ins Gefängnis, weil er sich bei der „Verehrung" (einem Geldbetrag), die Kaiser Friedrich III. zur Krönung vom Judenrat versprochen worden war, abgesondert und seinen Teil verweigert hatte[357]). Strafgelder, die der Judenrat einnahm, mußten dem Stadtrat abgeliefert werden[358]), er hatte eine Überwachungsfunktion in dessen Auftrag[359]). Als sich 1491 der fremde Jude Jakob über den Judenrat beklagte, wurde er sofort ausgewiesen[360]).

Gehorsam gegenüber dem Judenrat war einer der wichtigsten Artikel des Judeneides anläßlich der Einbürgerung[361]), der außerdem noch folgende wichtige Punkte enthielt: Anerkennung des Stadtgerichts als einziger Instanz über dem Judenrat, Gehorsam gegenüber dem Stadtrat, Einhaltung des Gebotes bei der Verheiratung von Kindern, Verpflichtung, keinen anderen Juden bei sich in Kost zu halten, Verschwiegenheit gegenüber den Beschlüssen des Judenrates, wenn es nicht die Mehrheit anders bestimmte. Nach dem Tode des Ehemannes mußte die Witwe eines Juden einen ähnlichen Eid schwören[362]). Zwei Bürger mußten für den Neuaufgenommenen Bürgschaft leisten, außerdem hatte er eine Aufnahmegebühr zu zahlen, die im allgemeinen zwischen 6 und 22 Pfund Hellern lag. Wollte ein Jude vorübergehend die Stadt verlassen, so mußte er sich um einen Urlaubsbrief bemühen.

Hatte ein Jude die Absicht, sein Bürgerrecht aufzugeben, so durfte er sich unter keine neue Herrschaft begeben, wenn er nicht im „offenen Rat" seinen Entschluß kundgetan hatte. Verstieß er gegen diese Bestimmung, mußte er 1000 Gulden zahlen[363])! Der Auswandernde bekam sechs Wochen Zeit „daz er sein sach awztrag", „güter, zins, rent und nutz" mußte er innerhalb eines Jahres einem Nürnberger Bürger verkaufen, andernfalls verfielen sie der Stadt. Seine Pfänder hatte er bei einem anderen Juden zu hinterlegen, so daß sie ausgelöst werden konnten. Hatte er noch Rechtsstreitigkeiten auszutragen, so konnte er dies nur vor dem Stadtgericht tun. Innerhalb einer viertel Meile durfte er sich nicht niederlassen und in der Stadt „kain aigen rauch" haben, und wenn er wieder einmal die Stadt besuchte, durfte er bei keinem Bürger wohnen, sondern mußte sein

„pfenung zu ainem offen wirt zeren" wie andere Gäste. Die Steuer mußte der Wegziehende noch für das nächstfolgende Jahr bezahlen, im 14. Jahrhundert hatte er nur dann weiterhin Abgaben zu entrichten, wenn er länger als 14 Tage nach Aufgabe des Bürgerrechts in der Stadt blieb. Hatte er noch Schulden beim Judenrat, mußte er sich mit diesem verständigen[364]).

Der Rat forderte aber nicht nur von seinen Juden, er setzte sich auch bei den verschiedensten Gelegenheiten nachdrücklich für sie ein. Aus den Briefbüchern der Stadt können wir ersehen, wie der Rat mit fremden Herren über Angelegenheiten Nürnberger Juden verhandelte. Er bat um Freilassung von Gefangenen, verlieh Schuldforderungen Nachdruck, bat um nachsichtige Behandlung vor fremden Gerichten, wenn es ihm nicht gelang, die Sache nach Nürnberg zu ziehen. Er regelte Nachlaßverhandlungen und verhörte seine Juden, wenn Auswärtige etwas gegen sie vorbrachten. Ein paar Beispiele mögen zur Veranschaulichung genügen: Der Rat bittet im Jahre 1405 auf Grund einer Eingabe des Juden Meyr den Bischof von Mainz, den mit anderen Juden vom bischöflichen Vitztum zu Aschaffenburg gefangengenommenen Abraham, Sohn des Meyr, wieder freizulassen, da er schuldlos sei[365]). 1406 setzt er sich bei Dietrich Wildensteiner für die Freilassung des Michel von Weil ein[366]), 1412 hatten die Zentgrafen Andres, Hans und Eberhart der Jüdin Jutta Mayr ihren Sohn und 500 Gulden weggenommen, der Rat wendet sich deshalb an Ritter Georg von Liechtenstein, Eberhard Fuchs und Mathes von Liechtenstein. Nach einigem Hin und Her wird der Fall gütlich beigelegt[367]). Auch bei Graf Ludwig von Württemberg [368]), Graf Ludwig von Öttingen[369]) und bei der Stadt Augsburg[370]) suchte der Rat, die Freilassung von gefangenen Juden zu erwirken.

Im Jahre 1368 teilt der Rat der Stadt Nürnberg den Bürgern von Augsburg mit, daß die Differenzen, die der Nürnberger Jude Sanwell mit dem Augsburger Juden Meister Mollein hatte, (offenbar durch Vermittlung des Nürnberger Rates) freundlich beigelegt seien[371]). 1407 bittet der Rat Hans Wenkheim zu Rötelsee der Jüdin Seligman bei der Eintreibung ihrer Schuldforderungen behilflich zu sein[372]), 1420 schreibt er an Herzog Otto von Bayern, daß die Ansprüche des Juden Leo gegenüber der Sacklin, einer Nürnberger Jüdin, auf ihr Haus und ihre Habe nicht gerechtfertigt seien[373]). Der Rat teilt 1414 seinem Abgesandten beim König, Sebolt Pfinzing, mit, daß Erkinger von Seinsheim bei der Verhandlung um 4100 Gulden den Juden der Städte viel Zwang und Drohung angetan habe. Pfinzing solle sich der Sache annehmen, entstünden ihm Unkosten, so werde sich der Rat an die Juden der Stadt halten[374]). Im Jahre 1419 kam es mit dem Burggrafen, dem König Sigmund den „zehnten Pfennig" der Nürnberger Juden verpfändet hatte, zu einem Streit. Der Rat schrieb an den Burggrafen, seine Forderungen seien zu hoch und die Nürnberger Juden nicht in der Lage, sie aufzubringen[375]). Markgraf Friedrich legte schließlich als Schiedsrichter den Streit bei, und der Burggraf, der damals das Amt des königlichen Erzkämmerers innehatte, befreite die Nürnberger Juden für die nächsten drei Jahre von allen Abgaben an das Reich, nur der „Goldene Opferpfennig" sollte weiterhin entrichtet werden[376]). Hier war freilich der Rat nicht ganz uneigennützig, er hatte ein Interesse daran, daß die Finanzkraft seiner Juden nicht zu sehr geschwächt würde.

Im Jahre 1435 schrieb der Rat an den Bischof von Bamberg, dieser möge von der

Ladung des Juden Johel aus Nürnberg absehen; daß er bei Gott und Maria geflucht habe, sei nur eine böse Verleumdung[377]). Schon 1407 hatte der Rat an den Official des geistlichen Gerichts in Bamberg geschrieben, weil die Frau des Nürnberger Juden Isack dort „bekümmert" worden sei[378]). Auch sonst war der Rat im allgemeinen bemüht, Übergriffe gegen seine Juden zu ahnden. Es klingt zwar etwas unglaubwürdig, wenn berichtet wird, daß im Jahre 1389 eine Bürgerin lebendig begraben worden sei, weil sie einen Juden ermorden wollte[379]). 1459 steckte man den Franntz Rosentaler von Eyslspach[380]) ins Gefängnis, weil er den Juden Vepfel bedroht hatte[381]). Im Jahre 1465 wurde ein Jude auf dem Heumarkt tot aufgefunden und sein Mörder ein Jahr später hingerichtet. 1482 mußte Hadmeyr von Absberg drei Tage auf den Turm, weil er den Juden Mardocheus auf dem Rathaus geschlagen hatte[382]). Auch das Hab und Gut der Juden wurde geschützt. Im Jahre 1381 z. B. wird Kunn Hennbrechtin die Stadt für fünf Jahre verboten, weil sie Juden Kleinodien und Geld gestohlen hatte[383]).

Beim Vorgehen des Rates gegen jüdische Verbrecher war der Strafvollzug oft mit einer zusätzlichen Entehrung verbunden, welche die Absonderung von den Christen deutlich machen sollte. Ein jüdischer Betrüger wurde im Jahre 1363 nicht am gewöhnlichen Galgen hingerichtet, sondern „außerhalb des Galgens an ein Trumm Holz gehangen", 1377 auch wieder ein Jude außerhalb des Galgens aufgeknüpft und 1463 (wohl wegen einer Religionsangelegenheit) einer an den äußeren Balken des Galgens gehängt und ihm „ein Häublein mit Pech" auf den Kopf gestülpt[384]). Ähnliche Diskriminierungen werden auch von anderen Orten berichtet, wo man Juden z. B. zwischen wütenden Hunden und mit dem Kopf nach unten aufhing[385]). In Nürnberg wurde 1484 ein Jude, der sich im Lochgefängnis erhängt hatte, nicht begraben, sondern auf dem Scheiterhaufen verbrannt[386]). Im Jahre 1440 wurde der Schulklopfer der Gemeinde wegen Alchemie ins Gefängnis gesteckt und „durch die Stirn gebrannt"[387]). Als Ein- und Auslaßgeld für das Gefängnis mußten die Juden doppelt soviel Geld wie die Christen bezahlen. Wegen der Bestrafung eines Juden fragte 1492 die Stadt Rothenburg bei Nürnberg an. Man wollte den Vorschlag des Rates hören, wie man einen wegen Diebstahls gefangenen Juden hinrichten solle[388]).

Schwere Verbrechen sind aber von den Juden selten begangen worden, jedenfalls schweigen sich die Quellen darüber aus. Außer den erwähnten drei Hinrichtungen ist für die ganze Zeit von 1350—1499 kein weiterer Fall bekannt. Interessant ist noch der Eintrag im Achtbuch aus dem Jahre 1380, daß der Jude Jeklein ein Helfer des berüchtigten Raubritters Eppelein von Gailingen gewesen sei[389]). Zahlreich waren jedoch die Vergehen, für die vom Stadtgericht Geldstrafen auferlegt wurden. Am häufigsten war dabei die Übertretung des Spielverbots, das für Christen und Juden galt. Die Spielleidenschaft hatte im ausgehenden Mittelalter weite Kreise der Bevölkerung ergriffen und sie hatte auch viele Juden in ihren Bann geschlagen. Von 1421—1441 wurden wegen dieses Delikts 36mal Strafen in Höhe von 6—15 Gulden gegen Juden ausgesprochen; sie wurden auch belangt, wenn sie in ihrem Hause das Spielen geduldet hatten, die Buße lag dann allerdings niedriger[390]). Häufig wurden Juden auch wegen „messerzuckens" oder allgemeiner wegen „werzuckens" zu Geldstrafen verurteilt. Sie mußten sich wohl bei der allgemeinen Stimmung immer wieder gegen Drohungen oder An-

griffe zur Wehr setzen. Zwischen 1383 und 1438 kam es deswegen achtmal zu Bußen in Höhe von 5—27 Gulden[391]). Judengegnerschaft und tätliche Angriffe gegenüber Juden lassen sich aus dem wiederholten Auftauchen des Namens „Judenfeind" und „Judenslaher" (= Judenschläger) in den Nürnberger Losungslisten des 14. und 15. Jahrhunderts erschließen[392]).

Als Grund der Bestrafung wird häufig „Unzucht" angegeben, worunter jeder Verstoß gegen Sitte und Zucht verstanden wurde, wie Schlägereien usw.[393]). Sittlichkeitsdelikte im engeren Sinn wurden anders bezeichnet (s. u.). Zweimal wird ausdrücklich erwähnt, daß sich Juden untereinander geschlagen haben[394]). Die höchste Buße für „Unzucht" zahlte 1428 Mendell Sprintz, nämlich 150 Gulden. Außer ihm wurde noch eine Reihe anderer Juden bestraft, die in Handgreiflichkeiten verwickelt waren, die „vor der Schul" stattgefunden hatten[395]). Die Geldstrafen waren in diesem Fall die Ablösung einer mehrwöchigen Gefängnisstrafe. Solche Ablösungssummen sind auch in anderen Fällen erwähnt, so z. B. 1438, als mehrere Juden bestraft wurden, weil sie trotz Verbots neue Münzen angenommen und ausgegeben hatten[396]). Dem Lochgefängnis konnten jedoch 1474 die Jüdin Schön und der Jude Feyfell nicht entgehen, in das sie wegen „Händel und Sachen" gesteckt wurden[397]). Im Jahre 1420 ging man gegen Joseph Pützel, der von seinem Glaubensgenossen Johel der Unredlichkeit und Friedensstörung bezichtigt worden war, strenger vor, er wurde auf Lebenszeit aus der Stadt verbannt. In der Urkunde vom 21. März[398]) ist ein Teil des Rechtsganges festgehalten: In der Synagoge erscheint in Gegenwart von Bürgermeister Paul Vorchtel und Ratsherr Anton Derrer vor Zeugen, Judenrat und jüdischer Gemeinde der Beklagte. Er wird auf den Pentateuch vereidigt und daraufhin bringt Johel nochmal seine Klage vor. Nach der Verkündigung des Urteils muß Pützel Urfede schwören. Er wird außerdem verpflichtet, sein „Erb und Eigen" innerhalb eines Jahres an einen Bürger zu verkaufen.

Verbannungsurteile aus dem Jahre 1430 liegen uns für die Juden Gottschalk Pack (Verbannung bis über das „lombardische Gebirge"!) und Symon vor, ohne Angabe der Gründe für diese Strafe[399]). Bei geringeren Vergehen konnte der Beklagte auch zur Aufgabe des Bürgerrechts „aufgefordert" werden[400]).

Einen Sonderfall stellten die Sittlichkeitsdelikte dar, bei denen es sich ausnahmslos um den Umgang von Juden mit Christenfrauen handelte. Nach dem Schwabenspiegel und dem Augsburger Stadtrecht galt dies als Kapitalverbrechen und wurde mit Verbrennen der übereinandergelegten Schuldigen bestraft[401]). In Nürnberg war man hier menschlicher. Die schwerste Strafe wurde gegen den Juden Strolein ausgesprochen, er hatte mit Christenfrauen „sündliche werk" begangen und wurde auf Lebenszeit aus der Stadt gewiesen und durfte sich im Umkreis von 20 Meilen nicht mehr niederlassen[402]). Später setzte sich König Sigmund für seine Wiederaufnahme ein, der Rat lehnte aber ab[403]). Wegen eines harmloseren Falles war schon 1387 der Sohn der Jüdin Salman von Neumarkt mit 50 Gulden bestraft worden, während 1430 sechs Juden Bußgelder in Höhe von 100—500 Gulden zu entrichten hatten, mit denen Gefängnisstrafen abgelöst wurden, Joseph von Miltenberg konnte damit sogar die Stadtverweisung ablösen[404]).

Die Kennzeichnung der Juden wurde seit dem 4. Laterankonzil von 1215 gefordert, aber wie auch andere Bestimmungen dieses Konzils nicht allgemein durch-

geführt. Der zugespitzte gelbe Judenhut und später der gelbe Ring waren die häufigsten Kennzeichen. Es ist bezeichnend für die Änderung der Verhältnisse, daß im ausgehenden Mittelalter diese immer häufiger gefordert wurden, dies war aber nicht nur in Deutschland, sondern auch in Frankreich der Fall[405]). Im Jahre 1404 erließ Köln eine ausführliche Kleiderordnung, 1434 folgte Augsburg, 1435 Braunschweig, 1511 Rothenburg[406]). In der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts war in Nürnberg den Juden das Tragen von Kappen (Umhänge mit Kapuzen) verboten worden, auswärtige Juden hingegen sollten eine Gugel (Kapuzenart) über den Mantel legen[407]). Im Jahre 1343 verordnete der Rat, die Juden sollten sich alle vier Wochen den Bart schneiden lassen, vermutlich war eine bestimmte Barttracht zur Kennzeichnung vorgeschrieben[408]). Erst ein Jahrhundert später hören wir wieder von Judenabzeichen in Nürnberg. Nach der Verordnung der Bamberger Synode von 1451 mußten auch die Nürnberger Juden den gelben Ring auf der Brust und ihre Frauen hellblaue Streifen am Schleier tragen[409]), doch wegen des heftigen Widerspruchs gegen diese Bestimmung wurde sie schon ein Jahr später von Papst Nikolaus V. für Nürnberg wieder aufgehoben[410]); 1458 aber verlangte der Rat hinwieder, daß auch Auswärtige keine Barette oder Hüte, sondern Kappen tragen sollten und forderte für die Männer die gelben Ringe[411]). Eine eigene Tracht müssen die Nürnberger Juden besessen haben, denn 1494 wird den fremden Juden bei Strafe verboten, sich in der Kleidung den einheimischen anzupassen[412]). Um die Juden vor den Übergriffen anderer zu schützen, hatten die jüdischen Autoritäten schon frühzeitig ein Verkleiden erlaubt[413]).

Juden wie Nichtjuden waren in Nürnberg den Hoffartsordnungen gegen Kleiderluxus unterworfen und wurden gegebenenfalls bestraft[414]). Man ging aber hier nicht soweit wie die Stadt Köln, wo den Jüdinnen z. B. das Tragen von seidenen Schuhen auch im Hause verboten und ihnen an Werktagen nicht mehr als ein Ring zu tragen erlaubt war[415]).

7. Die Nürnberger Judeneide

Neben dem Aufnahmeeid und dem Eid bei der Aufgabe des Bürgerrechts spielte der Eid des Juden bei Verhandlungen vor Gericht eine wichtige Rolle, meist ging es dabei um Belange, die mit der jüdischen Geldleihe in Zusammenhang standen. Gegenstand des Schwurs waren Bestand und Höhe der Forderung, die Dauer des Kredits, die Tatsache des Pfandbesitzes und die Bestätigung des wirklichen Wertes des Pfandgegenstandes[416]). Den Juden wird ein starker Rechtszwang auferlegt, sie müssen erst einen mit furchtbaren Drohungen und schrecklichen Verwünschungen beladenen Eid schwören, um überhaupt zu ihrem Recht kommen zu können. „Der Judeneid stellt sich als ein typisches Mischprodukt des jüdischen Rechts und des mittelalterlichen Judenrechts dar, welche in der Materie des Eidesrechts eine ihrer wichtigsten Schnittflächen hatten. In seiner komplizierten Gestalt bietet er ein klares Spiegelbild der Wirkungen jener beiden Kraftfelder, in deren Brennpunkten der mittelalterliche Jude stand und sich zu behaupten hatte. Es war auf der einen Seite das jüdische Religionsgesetz mit allen seinen Pflichten und Bindungen, auf der anderen das Gesetz des Staates, dessen Forderung und Mißtrauen sich namentlich im Spätmittelalter mit zunehmender Strenge gegen den Juden wendete"[417]).

Wir haben die früheste erhaltene Form des Nürnberger Judeneides aus der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts bereits wiedergegeben und dabei auf die wichtigsten Merkmale hingewiesen[418]) (s. S. 19 f.). Die Entwürfe mitgerechnet, haben sich in den Nürnberger Quellen neun Formen des mittelalterlichen Judeneides erhalten[419]). Sie werden vom 13. bis zum 15. Jahrhundert immer komplizierter, die erwähnten biblischen Fluchbeispiele werden immer mehr. Der erste aus dem 14. Jahrhundert erhaltene Eid ist deshalb interessant, weil er eine besonders eigenartige Vorschrift enthält, die in den anderen fehlt, er soll nach der Angabe der Quelle auf Karls des Großen Zeiten zurückgehen[420]). Nach der Beschwörung der Echtheit des Pentateuchs durch den Juden „sol man nemen ain sweinein haut, und der Jud, der da rihten sol, sol mit ainem fuoz sten in der schul und mit dem andern vor der schul parfuz auf der Sweinshout", bevor er den eigentlichen Eid leistet. Karolingische Kapitulare schreiben das Stehen auf einer Ziegenhaut vor (Teufelssymbol)[421]). Sachsenspiegel und Schwabenspiegel fordern, der Jude solle ein härenes Tuch tragen und bei entblößtem Oberkörper (oder Schwurarm) mit nackten Füßen auf einer blutigen Schweinshaut (Symbol der Unreinheit) stehen. Die Sau sollte in den letzten 14 Tagen Frischlinge geworfen haben, der Rücken der Haut sollte aufgeschnitten und die Zitzen des Tieres sollten sichtbar sein. Dieses phantastische und entehrende Ritual stieß auch bei manchen Christen auf Widerspruch. 1302 begnügte sich der Erzbischof von Köln mit einem Eid in einfacherer Form. In dem Nürnberger Eid mußten dann folgende Fluchformeln nachgesprochen werden: „Also helf dir der Got, der da geschuf luft, tuft, laub und graz, des vor niht enwaz, und so dir helf der Got, der da schuf perg und tal, himel und erden uberal, und ob du schuldig seist, daz dich verprenn daz himelisch feur, alz es tet Datan und Abiron, und du schuldig seist, daz du auzsetzig werdest, alz Naama und Syrus, und so dich daz vallend uebel beste und so daz plut swartz durch dich gê und so dir helf die e, die Got gab Moysi an der stainen taveln uf dem Perg Synay, und so dir helf sein genad, der da haizet Adonay, und so nimmer gruenend werdest und so dein griez nimmer kuom zue andern griez und so du nimmer kumest in den parn Abrahames und so du nimmer kumest zu dem jungsten, dae Cristen, Juden und Haiden ersten sullen"[422]).

Bei der Mehrzahl der in Nürnberg aufgezeichneten Eideszeremonien genügte es, daß der zu vereidigende Jude die Echtheit des bei der Eidesleistung verwendeten Pentateuchexemplars selbst bezeugte, während in zwei Fällen[423]) ein anderer Jude, „der gelert sei", dies versichern mußte (so auch in Frankfurt im 14. Jahrhundert[424]). Das Schwurwort war nach germanischem und jüdischem Recht erst wirksam, wenn ein heiliger Gegenstand berührt wurde. Bei Christen war dies ein Kreuz, eine Reliquie oder die Bibel, bei Juden die Thora, und zwar im späten Mittelalter nur noch der hebräische Text[425]). Der Jude mußte die Worte „lu sissa" in den zehn Geboten suchen (2. Mos. 20, 7) und die rechte Hand „bis an seinen knorrn" hineinlegen[426]).

Eine ganz erhebliche Erweiterung erfuhr der Nürnberger Judeneid im Zusammenhang mit der Neuregelung des Prozeßrechts, die etwa im Jahre 1477 in Angriff genommen wurde[427]). Zur Neufassung des Judeneides beauftragte der Rat eine Kommission, die zunächst von den Ratskonsulenten Entwürfe für die neue Formel einfordern sollte, die unangreifbar gefaßt werden mußte, da Widerspruch von

seiten der Juden zu befürchten war. G. Imhof und Ulrich Stromer waren als Referenten bestimmt worden. Aus den Entwürfen suchte sich der Rat die ihm gut erscheinenden Teile aus. Bevor die Eidesformel in die Stadtrechtsreformation von 1479 aufgenommen wurde, holte der Rat noch Gutachten von auswärtigen Gelehrten ein. Ein Teil der Entwürfe ist erhalten geblieben und gewährt einen Einblick in die Auswahlgrundsätze des Rates. Wir begnügen uns mit dem Vergleich des umfangreichsten Gutachtens[428]) mit der endgültigen Form[429]). Gemeinsam ist beiden die Art der Beschwörung der Echtheit des vorliegenden Thoraexemplars, ebenso die in früheren Eiden fehlende Versicherung des Juden, daß er nicht unter dem Vorwand, die Christen hätten einen unrechten Glauben, seinen Eid brechen könne. Es wird dabei auf die Männer von Gibeon angespielt, denen die Hauptleute des Volkes Israel den Eid hielten, um Gott nicht zu erzürnen. Der Jude mußte dann bejahen, daß ein Falscheid Gottesschändung sei und unter Anrufung der Zeugenschaft Gottes die zehn Gebote aufschlagen und folgende Worte erst hebräisch vorlesen und dann verdeutschen:

„Lo sissa etschem Adonay eloecha laschaff ki lo ienaqqe Adonay et ascher issa et schemo laschaff.

Nicht erheb den namen des herren deines Gottes unnützlich, war nicht wirt unschuldig oder ungestraft lassen der Herr den, der da erhebt seinen namen unnützlich."

Nun begann erst der eigentliche Eid. Der Jude sollte u. a. die Höhe des Hauptgutes (oder worum der Rechtshandel eben ging) angeben und „Got Adonai" und alle heiligen Väter der Judenheit bitten, ihm zu helfen, die Wahrheit zu „besteten". Für einen Meineid mußte er auf sich und sein Geschlecht Gottes Fluch herabrufen. Der Entwurf sah nun vor, daß der christliche Widerpart einen Pfennig in die Hand nehmen und der Jude nachsprechen sollte, daß er bei falscher Anrufung Gottes alle Gemeinschaft mit Gott usw. um diesen Pfennig verkaufen wolle. Gegen Ende der ganzen Eideshandlung, nachdem der Jude im Falle des Meineids u. a. die Strafe Sodom und Gomorrahs auf sich und sein Geschlecht herabgewünscht und sein Erbteil am Volk Israel aufzugeben versprochen hatte, sollte der Christ dem Juden den Pfennig geben. Die Zeremonie mit der Münze erinnert etwas an die Lossprechung eines Unfreien, dem eine solche aus der Hand geschlagen wurde[430]).

Der Entwurf sah noch eine weitere Komplikation vor. Der Rat sollte drei oder vier Juden kommen lassen und ihnen einzeln „haimlich" die Stelle im 5. Buch Moses und „in dem andern puch, genant elles schemos"[431]) aufschlagen lassen, wo die Gebote beginnen, und sie ein Stück hebräisch lesen und dann übersetzen lassen. Dabei sollte man sich jeweils die Seiten merken und überprüfen, ob immer die gleichen Stellen aufgeschlagen würden. Dann sollte der Jude bei diesen Geboten schwören und seine Hand „in das buch auf das gebot" legen und noch einmal Gottes Fluch herausfordern, wenn er die Unwahrheit spreche. Die beiden genannten Vorschriften wurden in den vom Rat gebilligten Text nicht aufgenommen. Dem Entwurf und der Endfassung von 1479 sind aber noch eine von dem Juden geforderte Versicherung gemeinsam, daß er keine Erklärung oder

Auslegung annehmen werde, wodurch er einen Menschen mit dem Eid betrügen könne.

Wenn auch manches von den Entwürfen nicht in die endgültige Fassung gelangte, so wird doch deutlich, daß der Argwohn und das Mißtrauen gegenüber den Juden im ausgehenden Mittelalter immer größer wurden, von deren Ursachen wir oben bereits gesprochen haben. War die Anleitung und die Eidesformel im 13. Jahrhundert noch in ca. zehn Zeilen gefaßt worden, so waren sie nun etwa auf das Fünffache angeschwollen. Die Reformation von 1479 war in anderen Artikeln ebenfalls judenfeindlich, so daß die Juden sich gegen deren Annahme sträubten[432]). In sie war auch ein Verbot der Zinsnahme aufgenommen worden.

8. Die wirtschaftliche Tätigkeit

Wenn auch einzelne Familien zunächst noch einmal zu Reichtum kommen konnten, so wurde doch das Geldgeschäft der Juden so eingeengt, daß in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts viele die Stadt verließen, weil sie kein Auskommen mehr finden konnten[433]). Zunächst wurden die Zinssätze erheblich herabgesetzt. Zum letztenmal waren sie im Jahre 1310 auf 43 % für Bewohner der Stadt und 65 % für Auswärtige festgelegt worden. Am 5. März 1391 wurden sie für Darlehen unter 100 Gulden auf $13^2/_3$ %, für solche über 100 Gulden auf 10 % und bei Darlehen von Silberpfennigen auf $21^2/_3$ % herabgesetzt; wer dagegen verstieß, wurde bestraft[434]). Bei den außerordentlich hohen Belastungen, denen das jüdische Kapital im Mittelalter ausgesetzt war, waren diese Zinssätze sehr gering. Als die Juden 1372 nach Dortmund zurückgeholt wurden, legte man hier den Zinssatz noch auf $39^1/_9$ % für Bürger und $72^2/_9$ % für Auswärtige fest[435])! Da fremde Juden in Nürnberg keine Steuern zahlten, wurde diesen in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts die Zinsleihe in der Stadt verboten[436]).

In eine schwere Krise kam der jüdische Geldhandel in der Mitte des 15. Jahrhunderts, als die Zinsleihe durch den Erlaß des Papstes Nikolaus V. vom 25. Februar 1450[437]) und dann durch die Synode in Bamberg am 30. April desselben Jahres[438]), auf der der päpstliche Legat Nicolaus von Cues den Vorsitz führte, verboten wurde. Wer Geld auf Zinsen von Juden lieh, wurde mit dem Bann bedroht. Die Juden suchten den Entzug ihrer Existenzgrundlage von sich abzuwenden, der Rat trat mit ihnen in Verhandlung und setzte sich bei König und Papst mit Nachdruck für sie ein[439]). Er brachte vor, daß die Forderung des Legaten, die Juden wie die Christen arbeiten zu lassen, nur Unwillen und Zwietracht erregen würde[440]). Der Rat weist seinen Gesandten am königlichen Hof an, wie er sich verhalten solle, um die Aufhebung des Mandats zu erreichen und bittet ihn, dem Vertreter der Nürnberger Judenschaft, Feyf, der an den Hof kommen wolle, behilflich zu sein[441]). Die Stadt Heilbronn nimmt in dieser Angelegenheit Verbindung mit Nürnberg auf[442]). Der Rat wendet sich an den Legaten[443]), verlangt immer wieder von Nikolaus Muffel, seinem Gesandten am Hof, auf den König einzuwirken[444]). Muffel ging schließlich 1452 mit dem König zur Kaiserkrönung nach Rom[445]).

Der Erfolg dieser Bemühungen blieb nicht aus, da auch Friedrich III. daran interessiert war, seinen Kammerknechten, die er selbst ausbeuten wollte, die

Existenzgrundlage zu erhalten. Die Wirkung des Mandats wurde zunächst bis zum 24. Juni 1452, dann bis zum 29. September desselben Jahres und schließlich vom Papst auf ein weiteres Jahr aufgehoben[446]). Am 25. August 1453 ordnete der König an, daß die Forderungen und Rechte der Nürnberger Juden nicht beschnitten werden dürften und ihre Ansprüche auf dem Gerichtsweg durchgesetzt werden könnten[447]). Das Verbot von 1450 scheint auch danach nicht mehr in Anwendung gekommen zu sein. Im Jahre 1463 kam es in Nürnberg zu Übergriffen gegenüber den Juden und ihrem Eigentum. Als der Kaiser davon erfuhr, forderte er von der Stadt Rechenschaft, verlangte ein Strafgeld und setzte sich für eine Beilegung des Konflikts zwischen Stadt und Juden ein[448]). In einem großen Privileg von 1464 gestattet der Kaiser den Juden den „Wucher" für weitere sechs Jahre und gibt seine aufschlußreichen Gründe dafür an[449]): Einmal könnten die Juden in der Stadt nicht ohne Wucher leben. Dann sei Nürnberg auf dürrem, sandigem Boden gelegen und könne ohne Kaufmannschaft und Gewerbe nicht bestehen. Wenn die Kaufleute und andere Geld aufnehmen müßten, so hätten sie bei den Juden, die unter den Fürsten und Städten um Nürnberg wohnen, höhere Zinsen zu zahlen als bei den Nürnberger Juden oder die Christen müßten unter sich selbst Wucher nehmen. Es sei aber ein kleineres Übel, wenn die Juden Wucher trieben, die, weil sie in ihrem verstockten Gemüt beharren und aus der Gemeinschaft der Christen ausgeschlossen sind, ohnehin verdammt seien. Am 4. Oktober 1470 wird das Privileg noch einmal um weitere sechs Jahre verlängert[450]).

Auch Zinseszinsgeschäfte der Juden waren gestattet, und der Rat hatte schon 1464 Friedrich III. gebeten, die Nürnberger Juden von der Ladung vor den Bischof von Freising wegen solcher Geschäfte zu befreien[451]). Der Kaiser hatte 1463 eine Kommission unter diesem Kirchenfürsten eingesetzt, welche Zinseszinsgeschäfte zu kontrollieren hatte[452]).

Wie schon erwähnt, wurde in die Nürnberger Stadtrechtsreformation von 1479 (1484) ein Verbot der Zinsnahme durch Juden aufgenommen[453]). Dies war durch ein Dekret des Papstes veranlaßt, der 1478 Bischof Philipp von Bamberg zugestanden hatte, in seiner Diözese die Zinsnahme der Juden zu verbieten[454]). Diese protestierten dagegen und der Rat scheint den Geldhandel der Juden trotz des Verbots geduldet zu haben, denn 1490 wollte er den Juden die Ausübung eines Handwerks gestatten, die „sich des wuchers abtun und den meyden" würden[455]). Auch die Geldleihe gegen Pfand wurde im ausgehenden 14. und dann im 15. Jahrhundert weiter eingeschränkt, nachdem schon in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts eine ganze Reihe von Gegenständen von der Verpfändung ausgeschlossen worden war. Es wurde untersagt, Armbrüste, Äxte, Eimer und andere Gegenstände zu leihen, die das Stadtzeichen trugen; das Verbot der Beleihung von Kirchengerät wurde wiederholt und dabei wurden Meßbücher, Chormäntel und Monstranzen besonders genannt[456]). Gegen diese letzte Verordnung sind allerdings Ausnahmefälle bekannt. Zu Beginn des 15. Jahrhunderts haben die Schottenmönche kirchliche Gewänder versetzt, um ihre Geldnot zu beheben[457]). Da das Kloster seine Schulden nicht bezahlen und die Gewänder nicht auslösen konnte, sollen ihm die Augustiner bei Festtagen ausgeholfen und erst 1441 soll Gerhard Neudung die Schulden der Schottenmönche beglichen haben. Einige

Jahre später befanden sich die Franziskaner in einer ähnlichen Notlage, worauf Papst Nikolaus V. 1454 unter Androhung des Bannes verbot, ohne Befragen des Rates Kirchengut den Juden zu verpfänden[458]).

Im Jahre 1495 wurde allgemein verboten, Geld gegen Nahrungsmittel zu entleihen, außerdem wurde untersagt, eine unfertige Arbeit der Rotschmiede, Beckschlager und Messingschlager zu versetzen[459]). Seit 1496 durften die Juden nicht mehr auf das Gut leihen, das ein Fuhrmann führte und dieses auch nicht kaufen, taten sie es doch, mußten sie es ohne Entschädigung herausgeben[460]). Auch in anderen Städten wurden im 15. Jahrhundert gewisse Güter neuerdings von der Beleihung ausgenommen, so z. B. in Ulm Wolle[461]).

Immer wieder kam es vor, daß gestohlene Gegenstände bei den Juden versetzt wurden. Im Jahre 1381 hatte Haylein, Friedrichs des Schlossers Wirtin, einen Schleier und „ainen chorelleinen paternoster" entlehnt und den Juden als Pfand gegeben. Sie wurde für fünf Jahre aus der Stadt gewiesen[462]). 1458 hatte Hans Seitz bei Cuntz Mülich einen Diebstahl begangen und das gestohlene Gut bei den Juden versetzt, er wurde deshalb ins Gefängnis geworfen[463]). Da fremde Juden 1495 Diebesgut gekauft bzw. darauf geliehen hatten, wurde ihnen das Geleit gekündigt, und der Judenrat hatte dafür zu sorgen, daß sie die Stadt verließen[464]). Der Stadtrat hatte schon einige Jahrzehnte vorher der gesamten Judengemeinde erklärt, daß ein Jude, der auf gestohlene Habe geliehen und bei der Untersuchung unter Androhung der Verbannung dies geleugnet hatte, bei der Aufdeckung seiner Lüge wie ein Dieb behandelt werden würde[465]). Auch jüdische Autoritäten untersagten die Sachhehlerei und verboten, daß Kirchengut als Pfand angenommen werde, so die Synode von Mainz, die frühere Verordnungen wiederholte, und Gutachten des Rabbi Moses Minz aus dem 15. Jahrhundert[466]). Das Privileg des sog. Hehlerrechts wurde im Laufe der Rechtsentwicklung immer mehr eingeengt. In einem kennzeichnenden Remissorium des sächsischen Rechts aus dem 16. Jahrhundert heißt es: „Juden sind schuldig, gestolen gut, das si gekauft haben, widerzugeben, one das kaufgelt"[467]).

Geldleihe gegen „Hypotheken" war grundsätzlich unzulässig, da die Juden keinen Hausbesitz außerhalb ihres Viertels haben durften, zu dem es ja bei Zahlungsunfähigkeit des Schuldners hätte kommen können. Im Nürnberger Ratschlagbuch 13* wurde auch das in Würzburg gültige Judenrecht aufgezeichnet, das ebenfalls das Verbot enthält, auf Grundbesitz zu leihen[468]). Zu einer Ausnahme war es aber schon 1344 gekommen, weitere folgten in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts. Im Jahre 1369 verkaufte der Rat den Juden einen Durchgang durch das Steinhaus am damaligen Salzmarkt, den die Juden wohl deshalb erbeten hatten, um auf kürzerem Wege zum Markt zu kommen, und 1364 und 1370 konnte Jakob Rapp zwei Christenhäuser erwerben[469]).

Interessante Aufschlüsse über die judenfeindliche Stimmung zur Zeit der Neugestaltung des Nürnberger Rechts im Jahre 1478 erlauben uns die Vorschläge, die vom Rat zur Neuregelung des Prozeßrechts bei Pfändern gemacht wurden und zu denen er sich Gutachten von Rechtsgelehrten anfertigen ließ[470]). Es wurden folgende Vorschriften entworfen: 1. Wenn der Wert eines Pfandes strittig ist und der Jude seine Angabe durch die Eintragung in seinem Verzeichnis beweist, so soll es in Zukunft für den Christen möglich sein, seinen Widerspruch

durch einen Eid zu „bestetigen". Die Meinung der Gelehrten hierzu war, daß gegen die Gewohnheit neue Vorschriften zu erlassen dem weltlichen und geistlichen Recht widerstreite. Außerdem könnten diese nur für neue Kontrakte Anwendung finden und nicht für bereits bestehende Verpflichtungen. Die Juden unterständen direkt des Kaisers Kammer, der sie Abgaben zu leisten hätten. Dies könnten sie aber nicht mehr im vorgeschriebenen Maße, wenn es ihnen erschwert wird, zu ihrem Geld zu kommen. Sie müßten dann außer Landes gehen und dem Kaiser würden Einbußen entstehen. 2. Wenn der Jude versiegelte Briefe für die Höhe der Streitsumme vorweisen kann, soll der Christ ebenfalls seinen Widerspruch durch einen Eid bestätigen können. Die Gelehrten meinten hierzu, daß in diesem Falle der Christ ja nicht durch das Zeugnis des Juden widerlegt werde, sondern durch sein eigenes Zeugnis, das in dem versiegelten Brief enthalten sei. Die neue Ordnung führe ja zu einem glatten Meineid, sie sei gegen die Billigkeit und das päpstliche und kaiserliche Recht. 3. Wenn der Christ abstreitet, daß die Summe in dem versiegelten Brief Hauptgut ist und behauptet, es sei Wucher, so soll er sein Zeugnis durch einen Eid beteuern können. Die Gelehrten meinten dazu: Wenn der Selbstschuldner dem Juden einen versiegelten Brief gibt, in dem das Hauptgut genannt ist, wie kann er dann behaupten, es sei Wucher? Der versiegelte Brief genügt dem Richter als Beweis. Außerdem kann jeder Händler oder Handwerker durch die Einschreibung in sein Register beweisen, wie hoch eine Schuld ist. 4. Die weltlichen Gerichte sollen bei der Beitreibung von Wuchergeld nicht mehr behilflich sein. Die Meinung der Gelehrten hierzu lautete: Es ist zwar recht, daß die Gerichte bei Wuchergeschäften keine Beihilfe leisten sollen. Wenn sich aber ein Christ schon auf bestimmte Verpflichtungen eingelassen hat, so muß man ihn anhalten, diese zu erfüllen. Wenn der Jude in richtiger Form sein Recht sucht, so gebietet der Papst wie auch die weltliche Obrigkeit, daß Christen wie Juden nicht Unrecht geschehe oder Schaden zugefügt werden solle. Der Papst verbietet, den Juden Gewaltsamkeit und Unrecht zu tun. Freilich besteht kein Zweifel, daß die Juden der Christenheit unterworfen sind und nur aus Menschlichkeit geduldet werden. Schließlich wiesen die Rechtsgelehrten darauf hin, daß der Kaiser es bei Strafe verboten habe, seine Rechte zu beschneiden und daß Änderungen im Judenrecht nicht ohne sein Wissen vorgenommen werden dürften. Der Kaiser habe geboten, daß das Recht zwischen Juden und Christen nicht „geteilt" werde und den Juden ihr Recht nicht „gesperrt" werden dürfe. Die Juden könnten sich in diesem Fall an den Kaiser wenden.

Wie schon die Einschränkung der Pfandgüter gezeigt hat, scheinen die Kunden für diese Art der Geldleihe mehr aus den einfachen Schichten der Bevölkerung gekommen zu sein. Straus spricht geradezu von einer Schwenkung des jüdischen Leihgeschäftes zur bürgerlichen Kundschaft und bezeichnet die Pfandleihe eher als eine soziale als eine wirtschaftliche Aufgabe, die nach der Vertreibung der Juden von Leihhäusern übernommen werden konnte[471]). Ein paarmal werden aber auch noch Fürsten genannt, die gegen Pfand Geld entliehen, so 1389 der Bischof von Bamberg, der über den Rat (Mittelsmann war Andreas Pfinzing) Nürnberger Juden sein silbernes Geschirr versetzte[472]). Zweimal bat im Jahre 1415 die Herzogin von Bayern den Rat, einen Aufschub für den Verkauf ihrer den Juden verpfändeten Kleinodien zu erwirken[473]).

Unter den Geldhändlern der Stadt treten einige besonders erfolgreiche Persönlichkeiten und ihre Familien, wie Jekel von Ulm und seine Söhne, Meyr von Erfurt, Sanwel von Basel und später seine Witwe Jutta und vor allem Jakob Rapp und seine Familie besonders hervor. Ihr Vermögen läßt sich nach der Schätzung von 1385 ermessen: Jekel war mit 15 000 Gulden veranlagt, Meyr mit 13 000, die Sanwel mit 10 000 und die Rapp mit 15 000[474]). Diese kapitalstarken Familien hatten die Geldhandelstätigkeit der anderen Juden weit überflügelt und betrieben Geschäfte im großen Stil. Die Stadt Nürnberg zählte zu den besten Kunden der Juden, wenn sie auch ihre Geldgeber wiederholt veranlaßte, auf die Rückzahlung zu verzichten. Im Jahre 1377 nahm sie bei Rapp 2000 Gulden auf, 1381 war ihr Geldbedarf besonders groß, sie entlieh u. a. von Jakob Rapp 2400 Gulden und sicherte ihm dafür Steuerfreiheit für acht Jahre zu[475]), außerdem nahm sie auf: 1600 Gulden von Meyr von Erfurt (er wird dafür auch für „etliche" Jahre von Abgaben frei) und die gleiche Summe von der Judengemeinde, die in diesem Fall offenbar als Darleihergenossenschaft auftrat, wie dies auch von anderen Gemeinden bekannt ist[476]). Bei der Schuldentilgung von 1385 war die Stadt mit 7000 Gulden belastet, drei Jahre später war sie wieder in Geldnot und entlieh von Anshel von Nördlingen, dem Schwiegervater Jakob Rapps, 1500 Gulden[477]), 1407 nahm die Stadt 5000 Gulden für den Bau des Grabens zwischen Spittler- und Frauentor auf, „der Stadt zu Ehren und zu Steuer" wurde von den Juden auf ihre Rückzahlung verzichtet. Im Jahre 1420 überreichte der Judenrat eine „Ehrung" von 500 Gulden wegen des Baus am Irrertürlein. 1438 schuldete der Rat dem Judenrat und der Gemeinde auch wieder 5000 Gulden, wegen der „sweren pewen", die damals die Stadt zu errichten hatte, verzichtete jedoch die Gemeinde ebenfalls auf Wiedererstattung und gab die Schuldscheine zurück, 1459 schenkte Mose Gunzenhauser dem Rat 1000 Gulden, die er ihm zunächst geliehen hatte[478]). Die Stadt hatte also von ihren Judenbürgern ganz erheblichen Nutzen.

Die Beziehungen der Nürnberger Juden reichten im 14. und 15. Jahrhundert bis nach Venedig[479]), sie hatten einige der bedeutendsten weltlichen und geistlichen Fürsten in der weiteren Umgebung Nürnbergs unter ihren Schuldnern, außerdem Klöster, Grafen, Ritter, Städte und einzelne Bürger. Im Jahre 1378 war der Bischof von Würzburg hoch an Nürnberger Juden verschuldet. Die Stadt Iphofen zahlte für ihn, ihren Landesherrn, 3600 Gulden zurück[480]). Im gleichen Jahr verbürgt sich die Stadt Gerolzhofen für den Bischof über 1380 Gulden[481]). 1385 mußte wieder die Stadt Iphofen für ihren Herrn einspringen, der mit 4000 Gulden bei dem Nürnberger Juden Meyr von Erfurt und dem Regensburger Abraham von Sprinczen verschuldet war, der Bischof sollte ihr dafür zwei Jahre Steuerfreiheit gewähren[482]). Bei der durch die Schuldentilgung König Wenzels von 1385 erfolgten Abrechnung erscheinen unter vielen anderen folgende Schuldner[483]): Der Burggraf Friedrich von Nürnberg mit 8000 Gulden, der Bischof von Bamberg mit 2400 Gulden, der Bischof von Eichstätt und Heinrich von Absberg mit 1740 Gulden, der Bischof von Würzburg mit 1000 Gulden, Herzog Friedrich von Bayern mit 3813 Gulden, Friedrich von Landau mit 2470 Gulden, die Deutschherrn in Nürnberg mit 782 Gulden, die Stadt Dinkelsbühl mit 1200 Gulden. Von Auswärtigen standen insgesamt 27 580 Gulden aus, von Schuldnern in der Stadt

16 943[484]), dabei sind die angeführten Schulden nicht vollzählig, da ein Teil schon bezahlt war[485]), die gesamten Außenstände der Juden beliefen sich auf 80 986 Gulden[486]).

Nach der schweren Krise der Schuldentilgungen von 1385 und 1390 erholten sich die Juden nur langsam. In den 40er Jahren des 15. Jahrhunderts kam der reiche Jakob von Citadell nach Nürnberg und durch ihn erhielt der Geldhandel wieder einen gewissen Aufschwung[487]). Einige Beispiele für Geldgeschäfte der Nürnberger Juden im 15. Jahrhundert seien noch genannt: Im Jahre 1428 war der Herzog Johann von Bayern mit 644 Gulden an Jakob von Wöhrd und Johel und Samuel von Nürnberg verschuldet[488]), 1437 erklärte sich Seligmann von Nürnberg bereit, dem Grafen Heinrich von Schwarzburg die Schuldbriefe zurückzugeben, wenn er seine Restschuld bezahlt habe[489]). 1462 sollte der Rat für Markgraf Albrecht einen ihm von der Judenschaft geliehenen Betrag quittieren[490]), 1471 stellten die Gebrüder Rummel zu Nürnberg den Juden Johel Mayr, Mosse von Schaffhausen und Seligmann Sack einen Schuldbrief über 650 Gulden aus[491]). Im Vergleich zum 14. Jahrhundert sind die Beträge gering, das Geldgeschäft der Juden ging immer mehr zurück.

Nach den Eintragungen im Handlungsbuch der Holzschuher scheinen Christen mit Hilfe der Juden bei ausstehenden Forderungen das Zinsverbot umgangen zu haben[492]). A. Diehl hat diesen Vorgang genauer untersucht und kommt zu folgendem Ergebnis: „Der Preis der Ware beim Verkauf auf Kredit war wohl bei den Holzschuhern wie auch anderwärts, z. B. bei der Großen Ravensburger Handelsgesellschaft, anders kalkuliert als beim Verkauf gegen bar. Darin lag ein gewisser Ersatz dafür, daß der Betrag dem Geschäft länger vorenthalten war. Blieb der Konteninhaber allzu lange im Verzug, so war der dadurch entstandene Gewinnausfall durch den Preis nicht mehr gedeckt. Die Firma mußte also sehen, daß sie auf ihre Rechnung kam. Zinsen zu nehmen hinderte sie das kanonische Verbot. Darum nahm sie den ganzen Betrag oder einen Teil davon bei einem Juden auf; und zwar zu Lasten des Konteninhabers. Denn dieser mußte dem Juden den aufgenommenen Betrag nebst Zinsen bezahlen; das zeigt der Eintrag ‚tenetur nos redimere supra Pasce ad Judeos lib. 16' (Z. 1264)."[493]) Es handelt sich also um eine Diskontierung der Forderung bei Juden, die allein die Zinsen erhalten, etwas anderes ist jedenfalls nicht erweisbar[494]).

Die Geschäfte der Juden ließen, wie aus den Beispielen zu ersehen war, im Laufe des 15. Jahrhunderts erheblich nach. Das Steigen der Warenpreise und das Sinken des Geldwertes machte den Geldleiher entbehrlicher[495]). Die Abnahme der Kapitalkraft der Judengemeinde läßt sich auch aus den von ihnen geleisteten Steuern ersehen. Die Stadt nahm von den Juden ein:

1382	1498	Pfund Heller
1391	439	Pfund Heller (nach den Schuldentilgungen von 1385 und 1390!)
1395	1112	Pfund Heller
1421	1113	Pfund Heller
1428	1087	Pfund Heller[496]).

Im Jahre 1453 klagt die Stadt in einem Brief an den Kaiser, die Juden hätten durch die Kriege und das große Sterben der letzten Zeit sehr gelitten, ihre Ver-

mögen seien klein geworden, etliche seien wegen ihrer Armut von der Stadt weggezogen; im gleichen Jahr schrieb der Rat an seine Gesandten am Kaiserhof, der Kaiser möge die Höhe der Krönungssteuer für die Juden herabsetzen, da jetzt nur noch die Hälfte von ihnen in der Stadt wohne wie früher[497]). Im Jahre 1476 gaben sieben Juden ihr Bürgerrecht auf, weil sie nicht mehr in der Lage waren, in der Stadt ihre Familien zu ernähren[498]).

Nur in bescheidenstem Maße gelang es den Juden im 15. Jahrhundert ihre Tätigkeit auf den Handel und das Handwerk auszudehnen. Zunächst mußte ihnen Gelegenheit gegeben werden, verfallene Pfänder zu verkaufen. 1413 wird ihnen dies nur am Montag und Freitag gestattet, vor und in ihren Häusern scheinen sie den Verkauf von „gewant und ander plunder und pfant" jedoch auch an anderen Tagen betrieben zu haben, denn 1444 wird ihnen dies an Feiertagen für die Mittagszeit verboten; der Judenrat mußte für die Einhaltung dieser Verordnung sorgen, Zuwiderhandelnde wurde mit der Polizei (dem Pfänder) bedroht[499]). Der jüdische Hausierhandel, den die ärmsten Schichten auch in späteren Jahrhunderten betrieben, um sich ihr Brot zu verdienen, taucht in Nürnberg schon im 15. Jahrhundert auf. Im Jahre 1468 wird einer „keuflin" der Handel für begrenzte Zeit zugestanden, auswärtige Juden erhielten zum Hausierhandel gelegentlich für ein paar Tage die Erlaubnis zum Betreten der Stadt. 1497 wird einer „kewfflin", die Weißzeug in die Häuser trug, ihr Gewerbe untersagt und ihr mit Gefängnis gedroht[500]). 1469 hatte die Jüdin Mendlein verbotenen Zwischenhandel betrieben und war entflohen, die Bürger beschlagnahmten daraufhin ihr Hab und Gut[501]). Neun Jahre später wird der Handel von Häuten durch Juden erwähnt, 1490 der mit Goldschmiedearbeiten[502]). Im Jahre 1494 wurde den Juden der Kauf und die Einlagerung von Getreide gestattet, die Käufe durften aber nur auswärts und nicht auf dem Markt der Stadt vorgenommen werden[503]). Im gleichen Jahr wird fremden Juden der Verkauf von Wein in der Stadt erlaubt, wenn sie sich eines christlichen Geschäftspartners bedienten, der für sie auf dem Weinmarkt die Ware feilhielt, Nürnberger Juden war möglicherweise der Weinhandel ohne diese Einschränkung gestattet[504]).

Beim Handwerk war es einigen Juden gelungen, als Goldschmiede tätig zu sein, 1490 wurde ihnen aber allgemein verboten, „gold, sylber oder kurnt" zu scheiden. Nur den beiden Söhnen des Moses von Schaffhausen gestattete man noch ein Vierteljahr als Goldschmiede zu lernen[505]). Bei dieser Gelegenheit versicherte man den Juden aber, sie dürften wohl ein Handwerk lernen, wenn sie auf den Geldhandel verzichteten; wie ernst dies gemeint war, läßt sich nicht ergründen, man würde sie aber sicher wieder erheblichen Einschränkungen unterworfen haben, da man Konkurrenz fürchtete. Wir haben viele Beschränkungen beim Fleischerhandwerk kennengelernt, das die Juden seit Jahrhunderten offenbar in größerer Zahl betrieben. Unter den 1489 in Nürnberg lebenden Juden wird auch ein Buchbinder genannt, 1464 hatte sich ein solcher mit Namen Meyerlein von Ulm für einige Zeit in der Stadt niedergelassen, dem der Rat auch einige Bücher für die Stadtbibliothek binden ließ[506]).

Die jüdischen Ärzte waren schon im Mittelalter als besonders tüchtig bekannt und trotz aller Verbote von kirchlicher Seite hielten sich Fürsten jüdische Leibärzte. Auch in Nürnberg werden jüdische Ärzte erwähnt; daß sie offiziell die

christliche Bevölkerung behandeln durften, ist unwahrscheinlich, 1442 gab man jedoch einem jüdischen Arzt Geleit, weil die Frau des Fritz Haubner den Rat gebeten hatte, daß er ihren Mann behandeln dürfe[507]). Ein jüdischer Zahnarzt aus Forchheim kam in die Stadt[508]), 1410 wurde ein Augenarzt für drei Monate zugelassen[509]). Der Augenarzt Josef Kasser arbeitete in den zwanziger Jahren des 15. Jahrhunderts einige Zeit in Nürnberg[510]). Im Jahre 1432 ließ sich der Arzt Marquard in Wöhrd nieder, übte jedoch zwei Jahre später seine Tätigkeit auch in Nürnberg aus[511]). Unter den wenigen getauften Juden, die in Nürnberg lebten, war auch der Arzt Wernher, der schon 1458 für einige Zeit hier seine Tätigkeit ausgeübt hatte und 1471 als Bürger aufgenommen wurde[512]).

9. Finanzielle Lasten der Juden unter Karl IV. und Wenzel

Wie erwähnt war ein Hauptgrund der Wiederzulassung der Juden die finanzielle Ausbeutung durch den König. In der großen Politik des Reiches gibt es kaum ein Ereignis, das nicht die Steuerlasten der Juden erhöhte (Konzilien, Kaiserkrönung, Hussiten- und Türkenkriege). In einem Privileg von 1360 war dem Rat der Judenschutz auf 15 Jahre übertragen und gegen Übergriffe des Königs und seiner Amtleute abgesichert worden[513]). Zwei Drittel der Judengefälle waren an den König und ein Drittel an die Stadt abzuführen. Im Jahre 1371 setzte der Rat eine für ihn und die Juden günstigere Regelung durch. Er bekam den Judenschutz auf weitere 20 Jahre verliehen; alle Leistungen der Juden sollten an die Stadt fließen, die den festen Satz von 400 Gulden jährlich an den König abzuführen hatte. Verpfänden konnte das Reichsoberhaupt nur noch diese 400 Gulden, die Juden hatten keine Besteuerung von zwei Seiten zu befürchten. Viel schwerer als die normale Judensteuer waren die Sonderleistungen zu ertragen. Im Jahre 1371 verlangte Karl IV. 4000 Gulden, die er an Bertold Haller und Paulus von Jenzenstein auszuzahlen gebot, von denen er offenbar Geld geborgt hatte; 1377 verlangte der Rat, daß sich die Juden an den 5000 Gulden, welche die Stadt wegen der Aufrichtung einer Mauer an den Burggrafen zu zahlen hatte, mit 800 Gulden beteiligten[514]).

Auch Karls Sohn Wenzel hielt sich an die Vereinbarungen seines Vaters und verlieh 1382 dem Rat den Judenschutz zu den oben genannten Bedingungen; die Juden schenkten daraufhin dem Rat für seine Verhandlungsführung und das erreichte Ziel 1700 Gulden[515]). Die Judensteuer von 400 Gulden zahlte die Stadt gewöhnlich in zwei Raten, eine am Walpurgis-, die andere am Martinstag, wiederholt forderte der König eine Vorauszahlung[516]), manchmal war die Stadt zur Zahlung nicht in der Lage und ein vermögender Bürger mußte einspringen, so Franz Haller, Kunzmann Stromer, Franz Pilgreim, Ulrich Stromer und Berthold Haller[517]).

Das Nürnberger Judenzinsbuch nennt 1381 18 eingebürgerte Juden, die Jahreszinsen in Höhe von 8—150 Gulden zahlten. Die Steuerbeträge wurden von Jahr zu Jahr neu festgelegt, 1382 gibt der Jude Sanwel von Basel mit Frau und drei Söhnen drei Jahre lang einen Jahreszins von 200 Gulden in zwei Halbjahresraten, Salman von Neumarkt 140 Gulden, Abram Sprinz 100 Gulden, Kalman von Pilsen 50 Gulden usw., bis herunter zu 1 Gulden[518]). Beim Kauf von Häusern hatten die Juden auch Abgaben zu entrichten: „Waz sie kauffen, daz sie den burgern

geben sullen von dem 100 12 fl, als von alter vor herkomen ist"[519]), so hatte z. B. Ysak von Freysingen 1383 26 Gulden, Kawfsmann für zwei Häuser 80 Gulden, Salman von Neumarkt 26 Gulden und Gotschalk 18 Gulden zu zahlen[520]).

Immer wieder aber kam es zu Sonderabgaben, die durch die Verhältnisse veranlaßt wurden. Als 1384 in Schwabach, Nördlingen, Windsheim und Weißenburg Judenverfolgungen und -massaker tobten[521]), „verehrte" die Jüdin Rapp dem Rat „ohne jeden Zwang" 1 000 Gulden, die Judengemeinde selbst brachte 2 200 Gulden auf und 1385 gab Meyr von Erfurt 800 Gulden[522]). Die Juden suchten sich dadurch den Schutz der Stadt gegen Übergriffe zu sichern, wozu diese aber ja von vornherein verpflichtet war!

Infolge der Verschuldung durch den Städtekrieg zahlte Nürnberg 1389 nur noch die Hälfte der herkömmlichen Judensteuer[523]). König Wenzel war von dieser Einbuße wenig erbaut und beabsichtigte „die Juden zu seinen Handen zu ziehen", d. h. den Städten den Judenschutz zu nehmen[524]). Nach der Schuldentilgung von 1390 stellte der König ein neues Privileg aus, der feste Betrag von 400 Gulden wurde abgeschafft, sämtliche Einkünfte aus der Judenschaft sollten zwischen König und Stadt halbiert werden, wie es schon nach der ersten Tilgung von 1385 der Fall war[525]). Außerdem führte Wenzel den „Goldenen Opferpfennig" wieder ein, der jetzt von allen männlichen und weiblichen volljährigen Juden am Dreikönigstag ohne Rücksicht auf das Vermögen der Besteuerten zu entrichten war. Früher wurde nur von männlichen Juden über 12 Jahren und von Witwen diese Abgabe erhoben, wenn sie ein Mindestvermögen von 20 Gulden besaßen.

Die Stadt schloß mit den einzelnen Juden immer wieder neue Abkommen über die Höhe der Steuer. Mit wem kein fester Betrag vereinbart war, mußte beim Losungsamt schwören, d. h. sein Vermögen zur Besteuerung angeben[526]), die Juden zahlten von jedem Pfund Heller ihres Einkommens 16 Heller (1 Pfund Heller = 240 Heller). Im Jahre 1406 wurden wieder neue Vereinbarungen getroffen, die eingenommenen Beträge waren wesentlich niedriger, bis zum Jahre 1408 waren 66 Gulden der Höchstbetrag für einen Steuerpflichtigen[527]). Wie sich die Verarmung der Juden in der Abnahme der jährlichen Steuereinnahmen durch die Stadt abzeichnete, wurde bereits dargelegt.

Auch nach der Schuldentilgung von 1390 sollten die Juden nicht zur Ruhe kommen. Der Rat, um seine Kreditgeber besorgt, sicherte ihnen verschiedene „Tröstungen" zu, die nicht zu verletzen 1391 auch König Wenzel versprach[528]). Er vergaß sie aber bald, als er zur Unterdrückung der böhmischen Wirren, die sogar zu seiner Gefangennahme geführt hatten, Geld brauchte. 10 000 Gulden wollte er von den fünf fränkischen Städten haben, die 1390 von der Schuldentilgung profitiert hatten. Er erreichte aber recht wenig, die verhandelnden Boten von Rothenburg, Weißenburg, Windsheim und Schweinfurt entschuldigten sich, daß sie keine ausreichenden Vollmachten hätten. Von Nürnberg bekam der königliche Rat Borziwoi ein stattlicheres Ehrengeschenk als sonst überreicht, bedrängte aber trotzdem noch die Stadt und erzielte 1397 von ihr eine außerordentliche Judensteuer von 300 Gulden[529]).

10. Die Schuldentilgungen von 1385 und 1390

Auch früher schon hat es immer wieder Tilgungen von Judenschulden gegeben, so waren die Kreuzfahrer grundsätzlich von ihren Schulden bei den Juden befreit. Auch in England und Frankreich wurden solche Annullierungen vorgenommen, in Deutschland führten sie die Territorialherren durch, die das Judenregal innehatten oder beanspruchten, so in Mainz, Trier, Bayern, der Pfalz, Österreich, Würzburg und Breslau[530]). Zu den Vorgängen von 1385 und 1390 kam es durch ein Zusammenspiel König Wenzels mit dem großen deutschen Städtebund, der 1380 aus dem Zusammenschluß der schwäbischen und rheinischen Städte entstanden war. Die Städte waren in der Goldenen Bulle benachteiligt worden, sie wehrten sich, und gegen sie mußte schon Karl IV. zu Felde ziehen. Nürnberg hatte sich 1378 dem fürstenfreundlichen Landfrieden von Franken und Bayern angeschlossen und war erst 1384 dem Städtebund beigetreten. Die Städte hatten in dem Landfrieden nur einen Waffenstillstand, aber keine Beilegung der Auseinandersetzung zwischen den Ständen gesehen und wollten über die Judenschulden die Mittel zu einem weiteren Kampf gewinnen. Ein erster Plan eines Anschlages gegen die Juden war in den Städten schon 1383 gefaßt worden, 1384 kam es dann zur Niedermetzelung der jüdischen Bevölkerung in Nördlingen und zu Pogromen in Weißenburg und Windsheim, die mit dem Vorgehen gegen die Patrizier in Zusammenhang standen. Wie erwähnt, ließen die Nürnberger Juden dem Rat erhebliche Geldsummen zukommen, um sich seines Schutzes zu versichern[531]). Der Städtebund wollte sein Prestige nicht gefährden und ging auf einer Versammlung in Nürnberg streng gegen die Judenmörder vor. Die Friedensbrecher wurden aus sämtlichen Bundesstädten ausgewiesen und mit der Todesstrafe bedroht[532]). Die Städte hatten es ja nicht auf das Leben der Juden, sondern auf deren Geld abgesehen. Dabei wollten sie keine einfache Schuldentilgung, von der die Fürsten zu viele Vorteile erlangt hätten, sondern ein Verfügungsrecht über die Judenschulden. Sie hofften auf Besitzentäußerung der Fürsten, wenn sie die Schulden nicht zurückzahlen konnten. Am 2. Januar 1385 schrieb Nürnberg an Speyer, man wolle sich überlegen, „wie man wege finde, das unser herre der kunig und die stette, die die juden hettent, derselben juden genussen, und wie man furqueme, das der schatz in der Christenheit von ynn als gar nyt entphremdet würde und als gar in ire hand nyt blibe"[533]). Um ein Entweichen der Juden mit ihren Schuldscheinen zu verhindern, beschlossen die Städte am 10. Juni 1385 in Ulm, die Juden in allen Städten festzunehmen. Den König wollte man bei seiner wundesten Stelle fassen, indem man ihm für die Zustimmung zu den Plänen des Bundes 40 000 Gulden versprach, auf Nürnberg fielen dabei 8 000 Gulden[534]).

Die Räte des Königs ließen sich auf die ominöse Sache ein, am 12. Juni kam man zu folgenden schmählichen Abmachungen: Von allen in den letzten Jahren aufgelaufenen Schulden sollte nur das Hauptgut ohne Zins von den Schuldnern verlangt und an die Städte abgeführt werden. Ältere Schulden und die rückständigen Zinsen wurden um 25 % ermäßigt, waren innerhalb bestimmter Fristen an die Städte zu zahlen und mit 10 % zu verzinsen[535]). Ohne die Zustimmung des Königs abzuwarten, setzte man die Juden am 16. Juni in allen Städten gefangen. In Nürnberg wurden in der Stadt und an den Toren Wachen aufgestellt, um ein Entweichen zu verhindern; die reichen Juden wurden auf die Burg gebracht, die

ärmeren in die Lochgefängnisse des Rathauses gesteckt[536]). Die Stadt nahm Schuldbriefe und Pfänder in Beschlag, dann begannen mit jedem einzelnen Juden die Verhandlungen. Gegen die Einwilligung, sich eine Pauschalsumme abziehen zu lassen, die im Verhältnis zu den Außenständen festgesetzt wurde, entließ man den Betreffenden aus der Haft. Für Jekel von Ulm mit seinen zwei Söhnen belief sich der Betrag z. B. auf 15 000 Gulden, für die Witwe des Sanwel von Basel auf 10 000 Gulden, die Gesamtsumme der Außenstände betrug 80 986 Gulden[537]). Die Stadt selbst hatte bei den Juden 7 000 Gulden Schulden, ihr verblieb nach Abzug aller Abgaben und Geschenke ein Reingewinn von 60 000 Gulden, der nach heutigen Verhältnissen ungefähr 4,5 Millionen DM entsprach[538]). Allerdings dauerte es bis 1390, bis alle Außenstände hereingebracht werden konnten[539]).

Den Adel trafen diese Zahlungen schwer, über den 2. Februar 1388 hinaus sollte keine Stundung gewährt werden, danach war er auf Gnade und Ungnade den Städten ausgeliefert[540]). Den mittelbaren und unmittelbaren Ständen in Bayern wurde durch Plakat mitgeteilt, daß diejenigen, welche den Vergleich nicht annähmen, der Tilgung von 25 % nicht teilhaftig würden[541]). Die Stadt Ulm vergrößerte mit den eingenommenen Summen durch den Kauf von Gütern ihr Landgebiet erheblich[542]), Nürnberg erwarb damit wichtige Rechte vom Burggrafen.

Im Jahre 1365 war es Burggraf Friedrich gelungen, sich in den Pfandbesitz des Nürnberger Schultheißenamtes und des Zollrechts zu setzen. Der dadurch mögliche Einfluß des Burggrafen auf das Nürnberger Stadtgericht und den Handel war den Bürgern ein Dorn im Auge. Als die Stadt durch Wenzels Privileg die Judenschulden an sich gebracht hatte, konnte sie die Burggrafen unter Druck setzen. Diese hatten 5 613 Gulden Schulden bei den Nürnberger Juden und waren nicht in der Lage, sie innerhalb der gesetzten Frist zurückzuzahlen. Nach dem königlichen Privileg mußten sie der Stadt Sicherheit leisten und sahen sich gezwungen, die Pfandschaft an Gericht und Zoll gegen eine Summe von 8 000 Gulden herauszugeben[543]). Aus dem ehemaligen Königshof besaßen die Burggrafen aber noch einen Hofstattpfennig, einen Schmiedezins und das Recht auf einen Schnitter zur Erntezeit. Wenn dies auch keine drückenden Lasten waren, so gemahnten sie den Rat aber immer wieder an eine gewisse Einschränkung seiner Herrschaft innerhalb der Stadtmauern. Die Mittel aus den Judenguthaben ermöglichten es der Stadt, diese burggräflichen Rechte um 4 000 Gulden abzulösen[544]). Der Burggraf war damit endgültig aus der Stadt verdrängt und auf seine Burg am Stadtrand beschränkt.

Der Rat suchte keine weitere Auseinandersetzung mit den Burggrafen; als aber 1388 der große Städtekrieg ausbrach[545]), und die Stadt Windsheim in die Gewalt der Burggrafen zu kommen drohte, zogen nürnbergische Truppen in burggräfliches Gebiet und nahmen schließlich auch die Burggrafenburg in Nürnberg ein[546]). Nach der Niederlage des schwäbischen Bundesheeres bei Döffingen stand es schlecht um die Sache der Städte, Nürnberg schloß Frieden mit den Burggrafen und den Herzögen von Bayern und erkannte den Egerer Landfrieden an, der den Bund der Städte aufhob[547]). Zu den Kriegskosten kamen Kriegsentschädigungen, die Stadtkasse war leer und die Verschuldung an die Juden gestiegen, diese hatten etwa 35 936 Pfund Heller Außenstände bei Nürnberger Bürgern[548]). Zur

Tilgung der Kriegsschäden hatten die Bürger durch außerordentliche Steuern beizutragen[549]).

Aber nicht nur die Bürger, sondern auch der Adel war bei den Juden verschuldet und betrieb eine neuerliche Tilgung, die diesmal vor allem ihm und nicht den Städten zugute kommen sollte wie die von 1385. Auf dem Reichstag zu Nürnberg wurde am 16. September 1390 die Nichtigkeitserklärung für die Judenschulden ausgestellt und dem König wie 1385 eine Summe von 40 000 Gulden zugesichert, auf die Stadt Nürnberg entfielen dabei 4000 Gulden[550]). Der Rat verlangte, daß 30 % der Schuldsumme der einzelnen Bürger an die Stadtkasse abgeliefert werden müßten, er bestritt dafür die Kosten der Eintreibung und die Abführung der Gebühren an den König. Die Stadt nahm 10 791 Pfund Heller ein, die Ausgaben betrugen 15 990 Pfund Heller[551]). Mit den Städten Rothenburg, Schweinfurt, Windsheim und Weißenburg wurden auch der Stadt Nürnberg ihre Schulden bei den Juden getilgt, erwähnt wurden dabei besonders die Juden Jekel von Ulm und die beiden Söhne des Ysack von Aichach, Ansel und Judel[552]). Dabei kamen auch Mißverständnisse vor. Am 10. Oktober 1392 verordnete der König von Prag aus, daß alle nach dem Tilgungsgesetz gemachten Schulden gültig seien. Dabei blieb ein Schuldposten der Stadt bei den Juden strittig, der bei den Stadtrechnungen weitergeführt wurde mit der Bemerkung, daß der Rat der Meinung sei, die Forderung sei nicht mehr gültig[553]). Königliche Judenschuldentilgungsverträge gab es auch mit anderen Städten, so mit Frankfurt, Mainz, Nordhausen, Erfurt, Regensburg und Zürich[554]). In der Zeit vor dem Tilgungsgesetz stieg der Haß gegen die Juden an verschiedenen Orten wieder besonders stark. 1389 wurde ein großer Teil der Prager Juden niedergemetzelt[555]), in der ersten Hälfte des Jahres 1390 wurden die Juden aus der Pfalz vertrieben[556]). Für Nürnberg trafen König und Rat bereits ein Abkommen über das liegende Judenvermögen, falls es zu einem Judenschlagen oder einer Vertreibung kommen sollte![557])

Für Nürnberg sollte die Schuldentilgung noch ein unangenehmes Nachspiel haben. Der Jude Jekel von Ulm, der in der Urkunde vom 16. September 1390 namentlich genannt war, scheint noch im gleichen Jahre die Stadt verlassen zu haben, denn er ist seit dieser Zeit in Nürnberg nicht mehr nachzuweisen. Er hatte dabei einen Teil der Schuldscheine mitgenommen, weswegen man die Häuser Jekels in Nürnberg beschlagnahmte. Die beiden Söhne des Jekel begaben sich auf österreichisches Herrschaftsgebiet und verbündeten sich zur Durchsetzung ihrer Ansprüche mit dem Ritter Ulrich von Ems, der eine Fehde gegen die Nürnberger Kaufleute begann[558]). Um die Sache beizulegen, vermittelten zuerst Herzog Leopold von Österreich und dann König Ruprecht einen Waffenstillstand[559]). Die Stadt suchte die Streitsache vor dem Hofgericht auszutragen, was aber ihr Gegner ablehnte. Der König überließ die Vermittlung dem schwäbischen Städtebund und nach einigem Hin und Her wurde der Streit vor einem Schiedsgericht in Ulm am 30. Januar 1403 beigelegt. Die Häuser Jekels wurden ihm zurückgegeben, mußten aber innerhalb von fünf Jahren an einen eingesessenen Bürger verkauft werden, dazu wurde den Eigentümern freies Geleit zugesichert. Die Söhne Jekels mußten die zurückbehaltenen Schuldscheine abliefern, nicht übergebene wurden für kraftlos erklärt. Die Stadt hatte eine Abfindungssumme von 500 Gulden zu zahlen, der Ritter Ulrich von Ems erhielt ein Drittel der Summe wie auch der

Häuser. Die Nürnberger Bürger, welche wegen fehlender Schuldscheine Judenschulden verschwiegen hatten (um nicht die 30% an die Stadt zahlen zu müssen), wurden einer strengen Untersuchung unterworfen, auch angesehene Männer wie Peter Groß und Martin Stromer wurden eidlich belangt[560]; schon 1393 war Hermann Ebner wegen Zurückhaltung von Briefen über die Judenschulden verklagt worden[561].

Viel komplizierter verlief noch ein anderer Prozeß, der ebenfalls durch verschleppte Schuldscheine ausgelöst worden war. Die Witwe des Juden Jakob Rapp verließ 1388 Nürnberg und siedelte nach Ancona über, die Geschäfte in Nürnberg führte ihr Vater Ansel von Nördlingen weiter, der 1390 einen Teil der Privatschuldbriefe nach Italien bringen ließ[562]. In der Urkunde zur Bestätigung der Schuldentilgung Wenzels durch König Ruprecht ließ der Rat die Klausel aufnehmen, daß zurückgehaltene Schuldscheine ungültig sein sollten[563]. Der Rat machte nun ausfindig, daß Jutta Rapp Scheine über 2000 Mark in Gold zurückbehalten hatte und auf ihre Ansprüche nicht verzichten wollte. Die Jüdin wurde dreimal vergeblich vor das Hofgericht geladen, vom König am 21. Januar 1410 in die Reichsacht erklärt und die Fürsten der Grenzgebiete wurden davon einzeln verständigt[564]. Am 16. April wurde der Stadt das gesamte Vermögen der Jutta Rapp und ihrer Kinder (ihr Vater war inzwischen gestorben) zugesprochen[565]. Die Familie Rapp war aber hartnäckig, die Enkel der Jutta, auf welche die Acht nicht überging, bedienten sich ihres Vetters[566] Jakob von Citadell, der 1444 auf Bitten Friedrichs III. in Nürnberg Bürger geworden war und bei seiner Aufnahme der Stadt ein Darlehen von 1000 Gulden gewährt hatte[567]. Neun Jahre später wurde er nach einer Gefängnisstrafe aus der Stadt gewiesen, weil er die übliche Krönungssteuer für Friedrich III. verweigert hatte[568]. Vergeblich bemühte er sich bei dem Ratsherrn Erhard Schürstab um freies Geleit zur Geltendmachung seiner Forderungen, auch ein Eintreten Markgraf Albrechts von Brandenburg für ihn blieb erfolglos[569]. Daraufhin klagte Jakob 1462 beim Hofgericht[570]. Da hier aber die Sache nicht vorwärts ging, sollte der Fall in beiderseitigem Einvernehmen in einem Güteverfahren vor dem Würzburger Domherrn Ulrich von Bibra beigelegt werden, man konnte sich aber nicht einigen[571]. Darauf wandte sich Citadell wieder an das Hofgericht und versuchte es später noch einmal mit einem Güteverfahren[572]. Im Jahre 1472, 82 Jahre nach der Tilgung von 1390, ging die Stadt endlich auf einen Vergleichsvorschlag des Juden ein, der beim Bankhaus Bernhardi in Venedig alle zurückgehaltenen Schuldbriefe hinterlegte und nach der Zahlung von 1333 Gulden durch die Stadt den einzelnen Bürgern Quittungen über alle entsprechenden Forderungen ausstellte[573].

11. *Ruprecht von der Pfalz, Sigmund und die Nürnberger Juden*

Der Nürnberger Rat verlangte bei den Verhandlungen über die Anerkennung König *Ruprechts* die Bestätigung der Judenverfügungen Wenzels[574]. Der bisherige Rechtszustand wurde von Ruprecht als auch für ihn verbindlich erklärt, seine Beamten hatten sich ebenfalls daran zu halten[575]. Um keine Zweifel aufkommen zu lassen, ließ sich der Rat auch das Privileg über die Tilgung der Judenschulden von 1390 bestätigen[576]. Der König hielt sich an die der Stadt gewährten Judenprivilegien und unternahm keine Aktionen nach Art Wenzels.

Er versetzte sogar sein Silbergeschirr, als er 1402 von den Nürnberger Juden 1000 Gulden aufnahm[577]). Da er immer wieder Geld brauchte, verpfändete er Judengefälle an die Juden Elias von Weinheim und Isak von Oppenheim[578]). Wie schon sein Vorgänger Wenzel bediente er sich bis zum Jahre 1405 zur Einziehung der Judensteuer und des „Goldenen Opferpfennigs" des Nürnberger Bürgers Berthold Pfinzing[579]). Pfinzing folgte in seinem Amt der Jude Meyer von Cronberg, nachdem Ruprecht schon seit 1402 jüdische Steuereinnehmer für die Judensteuer eingesetzt hatte, die offenbar neben Pfinzing tätig waren[580]). Er wollte durch die Betrauung von Glaubensgenossen mit diesem Amte den Juden vielleicht eine verständigere und gerechtere Behandlung sichern oder aber höhere Steuern erzielen, da sie die jüdischen Verhältnisse besser kannten[581]).

König Ruprecht versuchte aber auch noch regelnd in die Verhältnisse der Judengemeinden einzugreifen und kam dabei in Konflikt mit deren Tradition. Er wollte, wohl durch die westeuropäischen Staaten angeregt, allen Juden Deutschlands eine jüdische Autorität an die Spitze stellen, die vor allem in Rechtsfragen das letzte Wort haben sollte. In England gab es schon um 1200 den Träger eines solchen Amtes mit dem Titel „presbyterius omnium Judaeorum totius Angliae"[582]). Auch in Spanien und Portugal gab es Oberrabbiner, in Frankreich war im letzten Viertel des 14. Jahrhunderts der Jude Mathatia Joseph Provenci von allen Gemeinden zum Oberrabbiner und Oberrichter gewählt und vom König bestätigt worden[583]). Die deutschen Gemeinden waren bisher peinlich bemüht gewesen, ihre Autonomie zu wahren, gemeinsame Richtlinien wurden im Hochmittelalter auf den Synoden im Rheinland herausgearbeitet, die einen Ersatz für ein gemeinsames Oberhaupt bilden sollten.

Einen obersten Richter für die von den Rabbinern gebannten Juden bestellte Ruprecht 1406 für die Juden von Nürnberg und die in einem Umkreis von sechs Meilen vor der Stadt lebenden in seinem Amtmann Hartung von Egloffstein auf dem Rothenberg[584]). Nachdem Ruprecht bei Verhandlungen in Nürnberg um eine Einigkeit in der vom Schisma zerrütteten Kirche bemüht war, bestellte er am 3. Mai 1407 in Nürnberg einen „jüdischen Hochmeister über alle und jegliche Hochmeister, Juden und Jüdinnen" für das ganze Reich[585]). Er sollte die oberste Gerichtsbarkeit ausüben, konnte Bußen auferlegen und den jüdischen Bann verhängen, zugleich aber sollte er dem König für das jüdische Steuerwesen verantwortlich sein. Der König ernannte den Rabbiner Israel zum Hochmeister, der von 1403 bis 1406 Rabbiner in Nürnberg gewesen, hier aber in Konflikt mit seinem Kollegen Koppelmann gekommen war und dann nach Rothenburg übersiedelte[586]). Der König rühmte Israel als einen gelehrten und redlichen Juden, der auch bei der „Jüdischheit" einen guten Ruf besitze und noch niemals zu Unrecht einen Juden mit dem Bann oder sonstwie beschwert habe. Die jüdischen Gemeinden wollten den Eingriff in ihre Selbständigkeit nicht hinnehmen und gingen mit ihren Mitteln gegen Israel vor, wobei sie die finanzielle Seite hervorhoben und betonten, der Hochmeister habe es nur auf das Geld seiner Glaubensbrüder abgesehen. Man warf ihm auch vor, daß er sich von der christlichen Staatsgewalt ein religiöses Amt habe übertragen lassen, was als eine Verletzung des Judentums angesehen wurde. Israel wurde von verschiedenen Rabbinern, darunter auch von dem Nürnberger Koppelmann, gebannt, in Nürnberg wurden die

Bannbriefe öffentlich verlesen. Der König untersagte am 23. November 1407 jede Auflehnung gegen seine Anordnungen als Mißachtung seiner Autorität, Koppelmann wurde von Israel mit dem jüdischen Bann belegt und mußte seinen Widerstand mit 2000 Gulden büßen, von denen die eine Hälfte dem König, die andere der Nürnberger Stadtkasse zufiel[587]). Zur Beilegung des Konflikts sandte Ruprecht eine Kommission nach Nürnberg, die Koppelmann „miltiklich begnadete". Dieser bemühte sich auch um des Königs Gnade, die ihm im März 1408 zuteil wurde. Wie vor ihm Israel verließ er hierauf noch im gleichen Jahre Nürnberg und siedelte nach Augsburg über[588]). Er bemühte sich 1412 um die Wiederaufnahme in Nürnberg, die der Rat jedoch ablehnte[589]).

Der königliche Steuerdruck verschärfte sich zur Zeit des Hochmeisters Israel offenbar nicht, als Steuereinnehmer erscheinen weiterhin der Jude Meyer von Cronberg und der königliche Protonotar und Hofschreiber Johann von Kirchheim[590]). Die Funktion Israels wird sich auf das Vorgehen gegen säumige Steuerzahler beschränkt haben; sein eigentliches Ziel, den Juden eine höchste Autorität zu schaffen, hatte der König nicht erreicht, da Israel nicht allgemein anerkannt wurde. Im Oktober 1408 ließ er den Hochmeister fallen, dieser hatte seinen eigentlichen Zweck nicht erfüllt. In seiner Regierungszeit soll Ruprecht 20 000 bis 30 000 Gulden Strafgelder von den Juden eingenommen haben, ein Gutteil davon hat ihm sicher der Ungehorsam der Gemeinden gegen Israel eingebracht[591]). Mit der Einziehung der Judensteuer betraute Ruprecht später weiterhin seinen Hofschreiber, der bis zu des Königs Tod dieses Amt ausübte[592]). Sigmund ernannte 1426 drei Judenmeister, es scheint ihm aber dabei nur um die Gewinnung von Steuerorganen und nicht um eine höchste Instanz der deutschen Juden gegangen zu sein[593]). Die Bestimmung von Nachfolgern überließ er seinem Reichserbkämmerer Konrad von Weinsberg, einem gewandten, aber wenig beliebten Finanzmann[594]), der auch zwei oder drei Judenmeister ernennen konnte[595]). Im Jahre 1435 ernannte dieser aber dann doch nur einen „obersten Rabbi", nämlich Anselm von Köln. Die Einrichtung eines jüdischen Hochmeisteramtes ist bis 1551 nachzuweisen[596]).

König *Sigmund* hatte es wieder auf eine weitgehende Ausbeutung der deutschen Judenschaft abgesehen. Sein Verhältnis zu den Juden ist vor allem in der Zeit der Hussitenkriege dadurch gekennzeichnet, daß er ihnen gewährte Privilegien, die sie auf längere Zeit von Sondersteuern schützen sollten, zunächst hoch bezahlen ließ, sich dann aber doch nicht daran hielt und von seinen Kammerknechten immer wieder neue Abgaben forderte. Wie gegen die Schuldentilgungen zur Zeit Wenzels waren die Juden gegen diese Rechtsbrüche machtlos, sie waren dem König und seinen Beamten ausgeliefert. Kennzeichnend für Sigmund ist die Drohung, die er den Juden gegenüber äußerte, als er 1413 für seinen Aufwand und eine Reise von jedem seiner Kammerknechte eine Steuer verlangte: „Wenn ihr euch dawider setzet, so müssen wir euch an Leib und Gut strafen lassen, daß euch leid wäre, daß ihr euch wider dieses unser königliches Gebot setzet"[597]). In Nürnberg trat nur der Rat der Stadt manchmal für seine Juden ein, um sie nicht ganz verarmen zu lassen, was auch nicht in seinem Interesse war.

Sigmund war mit dem Burggrafen Friedrich VI. verwandt und verlieh diesem die Mark Brandenburg, da er bei Sigmunds Bewerbung um den Königsthron

wertvolle Dienste geleistet hatte. Er verschrieb ihm zunächst für zwei Jahre die Judenabgaben der Reichsstädte[598]). Mit der Anerkennung der städtischen Privilegien ließ sich der König Zeit, Nürnberg mußte sich nach mehrmaligem Bitten mit einer ganz allgemeinen Bestätigung seiner Rechte begnügen, auf eine Anerkennung der Judenprivilegien scheint er sich nicht eingelassen zu haben[599]). Zunächst zog er die Juden zur Deckung der Unkosten der Krönung und des Konzils von Konstanz heran, von seinen Kammerknechten in Franken verlangte er nicht weniger als ein Drittel der fahrenden Habe[600]), die Nürnberger brachten 12 000 Gulden auf[601]). Dafür bestätigte er ihnen ihre seit alters übliche Gerichtsbarkeit vor dem Stadtgericht[602]), wohl für die Gewährung der übrigen Privilegien mußten sie weitere 12 000 Gulden aufbringen[603]). Damit aber nicht genug! Ein Jahr später, im Jahre 1416 traten sie den Zehnten aus ihrer fahrenden Habe, ausgenommen „Kleidungsstücke, Leibeszierden und Hausgeräte", an ihn ab und erhielten dafür für drei Jahre ein weiter als üblich gehendes Privileg: Außer der gewöhnlichen Judensteuer durften keine weiteren Abgaben verlangt werden, die Tilgung von Judenschulden wurde untersagt. Der Zollsatz der Juden durfte nicht höher als der der Christen sein, bei der Geldleihe sollte es beim Herkommen bleiben. In Kriegen zwischen Herren und Städten dürften die Juden nicht als Pfand für einen Gefangenen gesetzt werden. Kein Judenkind sollte vor Erlangung des Vernunftgebrauchs zur Annahme des Christentums gebracht werden. Ladungen vor das Land- und Hofgericht blieben ausgeschlossen, wodurch noch einmal die Zuständigkeit des Stadtgerichts betont wurde[604]).

Die herkömmliche Judensteuer, die außer dem vereinbarten Zehnten erhoben wurde, verpfändete der König wiederholt und zum Teil gleichzeitig an verschiedene Personen. Neben dem Burggrafen seit 1414 lange Zeit an die Herrn von Colditz, von denen sie 1434 Kaspar Schlick kaufte, 1417 an Rudolf Sachse und Hans Hübner, 1418—1431 an den Schenk von Geyern, dann an Konrad von Weinsberg, 1434 an den Ritter Franz Rummel und schließlich an den Erbmarschall von Pappenheim, dessen Nachkommen sie bis zur Austreibung von 1498/99 bezogen[605]). Die Eintreibung des Judenzehnten lag in den Händen von Johann von Weinsberg und des Juden Löw aus Köln. Letzterer legte für die Nürnberger Juden den Jahreszehnten auf 6000 Gulden fest. Gegen seine Glaubensgenossen ging Löw sogar mit dem Bann vor, er war in Nürnberg so verhaßt, daß er um sein Leben fürchten mußte, so daß er sich um Hilfe an den Bischof von Würzburg wandte. Nun griff der Nürnberger Rat ein und brachte die Sache vor den König, der dem Bischof das Recht absprach, über seine Kammerknechte zu gebieten. Die Klage Löws über die Nürnberger Juden hielt der König für nicht gerechtfertigt[606]), im Jahre 1420 wurde Löw seines Amtes entsetzt[607]).

Ähnlich wie die Kreuzzüge begannen auch die Hussitenkriege mit Judenverfolgungen, so in den an den Böhmerwald angrenzenden bayerischen Städten, in Österreich und auch in Köln, wo Haßpredigten im Zeichen der Hussitenkriege 1426 zur Auflösung der wohl ältesten deutschen Judengemeinde führten[608]). Die Hussiten zogen für ihren „heiligen Krieg" Vergleiche aus dem Alten Testament heran, sie betrachteten die Katholiken als Heiden und sich sozusagen als Israeliten. Man behauptete, die Juden hätten die Hussiten mit Geld unterstützt[609]).

Die Nürnberger Juden bekamen vor allem die Geldnot des Königs zu spüren.

Nach Ablauf des Privilegs von 1416 übernahm Burggraf Johann die Verhandlungen und erhielt im Sommer 1419 die Zusage einer Pauschalsumme von 8000 Gulden für die nächsten drei Jahre. Den Juden wurde dafür Abgabenfreiheit mit Ausnahme der gewöhnlichen Judensteuer und des „Goldenen Opferpfennigs" gewährt[610]). Im Februar 1421 erhielten sie außerdem ein neues Privileg, das für zehn Jahre Geltung haben sollte und wieder die Freiheit von Sondersteuern versicherte. Hervorzuheben ist, daß die Juden darin völlig freies Geleit zugesichert bekamen und als Zeugen gegen sie nur „unversprochene" Christen und Juden zugelassen werden sollten, die ihnen nicht offensichtlich feindlich gesinnt waren. Auch fortziehende Juden sollten zehn Jahre lang die Rechte des Privilegs genießen, denn sie hatten ja auch mit dafür gezahlt[611]).

Nach der Niederlage des Königs bei Deutschbrod 1421 wurde auf dem Reichstag zu Nürnberg 1422 ein neuer Feldzug beschlossen, zu dem auch die Juden beisteuern mußten, sie sollten ein Drittel ihres Vermögens abtreten. Trotz des Privilegs von 1421 mußten auch die Nürnberger Juden diese Sondersteuer auf sich nehmen und Sigmund bestätigte dafür die Privilegien von 1390 (nach der Schuldentilgung), die auch schon Ruprecht anerkannt hatte[612]). Schon 1424 war der König wieder in Geldnöten und verlangte diesmal sogar die Hälfte des Judenbesitzes[613]). Den Nürnberger Gesandten gelang es aber auf dem Kurfürstentag zu Aschaffenburg, diese neuerliche Belastung der Juden ihrer Stadt zu verhindern, im Januar 1425 wurden diese dann von der Schatzung ausgenommen[614]), ebenso 1427, als auf dem Reichstag zu Frankfurt eine Reichssteuer für den Hussitenkrieg ausgeschrieben wurde, zu der jeder Jude und jede Jüdin einen Gulden zu leisten hatten[615]). Im Jahre 1429 verpfändete der König den „Goldenen Opferpfennig" an den Nürnberger Sebald Pfinzing und ließ seinen Rat Erkinger von Seinsheim abermals über Judenabgaben verhandeln, aber auch hier gelang es, wohl wieder durch geschicktes Eingreifen des Nürnberger Rates, von den Juden der Stadt eine Sondersteuer abzuwenden[616]).

Als der König 1430 die Vertreter der Juden des Reiches, darunter auch den Nürnberger Hochmeister, nach Straubing beorderte, empfahl der Rat Zurückhaltung und wollte zunächst eine bindende Zusage vermeiden, da er wegen der Hussitengefahr alle Mittel zusammenhalten mußte[617]). Wegen des Königs „großer flehentlicher Bitte, die manigfältig an den Rat geschah", gewährte er ihm dann doch, als der König selbst nach Nürnberg kam, 12 000 Gulden zum Hussitenkrieg, zu denen sicher auch die Juden beisteuern mußten, denn sie erhielten von ihm wieder für zwölf Jahre Befreiung von außerordentlichen Steuern[618]). Dem König direkt gewährten sie ein Darlehen von 6000 Gulden, wofür ihnen der Deutschordenskomtur Klaus von Redwitz als Bürge gestellt wurde, und dazu das Versprechen, bei einer geplanten Judenschuldentilgung verschont zu werden[619]). Die Sorge um eine solche war begründet, denn am gleichen Tage wurde eine Schuldentilgung für den Fall angedroht, daß Juden die geplante Schatzung verweigern sollten[620]).

Der neue Feldzug gegen die Hussiten führte am 14. August 1431 zu der schweren Niederlage bei Tauß. Wieder wurden die Privilegien der Juden mißachtet, der König versetzte in seiner Not seinem Hofmeister Ludwig von Öttingen und dem Reichserbmarschall Haupt von Pappenheim die Nürnberger Judenschaft und

einige Burgen um 10 000 Gulden[621]). Aber auch noch bei einem anderen Anlaß fand Sigmund Gelegenheit, von den Juden neue Abgaben zu erpressen. Er verlangte nach seiner Kaiserkrönung im Jahre 1433 von den Juden als Ehrengabe eine Krönungssteuer[622]). Eine solche ist bei den früheren Kaisern nicht nachweisbar, wenn sich auch Sigmund darauf berief[623]). Der Rat suchte den mit der Erhebung beauftragten Konrad von Weinsberg fernzuhalten und ließ die Nürnberger Gesandten auf dem Reichstag zu Basel über ein „Ehrengeschenk" verhandeln. Um die Unzulässigkeit der kaiserlichen Forderung zu beweisen, schickte der Rat nach Basel eine beglaubigte Abschrift der erst kürzlich bestätigten Freiheiten. Man hatte aber guten Grund zu der Annahme, daß dies bei den gegebenen Verhältnissen wenig nützen würde und wies die Gesandten an, über ein Angebot zwischen 500 und 3000 Gulden zu verhandeln, obwohl sich die Juden der Stadt nach „vielem Reden" nur zu einer Höchstsumme von 500 Gulden bereit erklärt hatten[624]). Die Vertreter der Stadt mußten aber schließlich auf 4000 Gulden hinaufgehen[625]). Dafür bekamen die Nürnberger Juden dann wieder einmal das Versprechen, für die nächsten zehn Jahre von außerordentlichen Steuern befreit zu sein!

In unserer Darstellung haben wir vor allem die außergewöhnlichen Judensteuern für den König herausgestellt, es ist aber auch aufschlußreich, welchen Anteil die Judensteuern bei den Gesamteinnahmen der Stadt ausmachten. Wir geben einen Überblick über die Jahre 1432, 1435 und 1438 (nach Michelfelder)[626]):

	In Pfund Heller		
	1432	1435	1438
Goldener Opferpfennig abzügl. Erhebungskosten	142,30	83,30	104,45
Judenzins bzw. -steuer	954,85	1 402,65	1 171,—
„Judenrat" d. h. a. o. Steuern[627])	—,—	—,—	5 500,—
Summe	1 097,15	1 485,95	6 775,45
abzügl. Abgaben als Anteile des Kaisers und seiner Gläubiger	313,15	622,65	514,35
Reineinnahmen der Stadt von Juden	782,—	863,30	6 261,10
Gesamteinnahmen der Stadt überhaupt	53 107,85	53 507,75	48 395,05
%-Anteil der Juden ca.	1,5	1,6	14
Abgaben pro Kopf und Jahr der christlichen Bevölkerung[628])	2,7	2,7	2,2
Abgaben pro Kopf und Jahr der jüdischen Bevölkerung	7,3	9,9	45,2

Die normale Steuerlast eines Judenbürgers war also durchschnittlich drei- bis viermal so groß wie die eines christlichen Bürgers.

12. *Die Habsburger und die Judengemeinde*

Albrecht II. bediente sich wie sein Vorgänger des erfahrenen Finanzmannes Konrad von Weinsberg, der auf die Ausbeutung der Juden spezialisiert war. Noch 1438, im Jahr seiner Wahl, ließ der König ein Schreiben an die Fürsten,

Herrn und Städte ausgehen, in dem er mitteilte, daß zur Besorgung der Reichsgeschäfte eine Beisteuer der Juden nötig sei, und zwar sollten sie den dritten Pfennig, also ein Drittel ihres Vermögens, abtreten. Für den 13. Juli wurden hierzu die Vertreter der Judenschaft nach Nürnberg beordert. Weinsberg stellte ein Verzeichnis derjenigen Herrschaften auf, deren Juden herangezogen werden sollten[629]). Natürlich war auch wieder Nürnberg dabei, der Rat gab aber zunächst eine ausweichende Antwort. Dabei behauptete Weinsberg, die Haltung Nürnbergs müsse als Vorbild dienen, da „die Judischheit hier bei Euch ein Haupt ist aller Judischheit deutscher Lande"[630]).

In Wien hatte bereits der Jude Nachem einen Plan für die Judenabgabe ausgearbeitet, dessen Verteilungsschlüssel bemerkenswert ist. Danach sollten z. B. die Juden in Österreich 12 000 Gulden beisteuern, die des Erzbistums Köln 10 000 und die Nürnbergs ebenfalls 10 000[631]). Die Leistungsfähigkeit der relativ kleinen Nürnberger Gemeinde wurde also noch sehr hoch eingeschätzt. Die Juden waren jedoch nach der Ausplünderung durch Sigmund an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt, der Schwamm war ausgepreßt, man hatte nicht genug Zeit gelassen, daß er sich wieder hätte füllen können. Die Betroffenen und ihre Herrn lehnten den Plan ab, die Verhandlungen in Nürnberg bezüglich der Judensteuer blieben ziemlich ergebnislos, die Forderungen waren schließlich auf die Gesamtsumme von 33 000 Gulden herabgesetzt worden[632]). Im Oktober wurde noch einmal der Versuch gemacht, mit den Vertretern der Juden eine Übereinkunft zu erzielen, doch wieder ohne Erfolg. Dabei hatten sich die Juden auch über neuerliche Verfolgungen in den Städten beklagt[633]). Im folgenden Jahre ließ der König durch Weinsberg wiederholt wegen einer Judensteuer verhandeln, deren Gesamthöhe auf 40 000 Gulden festgesetzt wurde. Der vom König Beauftragte wurde mit neuen Vollmachten ausgestattet und sollte in Nürnberg und Mainz Verhandlungen führen. Zum Tag in Mainz erschien niemand von der Judenschaft, Weinsberg berichtete, viele Juden seien aus dem Reiche ausgewandert oder vertrieben worden[634]). Zwischen 1418 und 1439 hatten die Juden z. B. folgende Städte verlassen müssen: Mainz, Köln, Speyer, Freiburg, Ravensburg, Augsburg und Wien.

König Albrecht, der am 24. Oktober 1439 starb, war es also nicht gelungen, eine außerordentliche Judensteuer einzutreiben, er mußte sich auf die herkömmlichen Abgaben beschränken. Seinem Kanzler Schlick hatte er für 2 000 Gulden die eine Hälfte der Nürnberger Judensteuer verpfändet, die andere war schon seit König Sigmund an die Pappenheimer verschrieben[635]); Albrechts Nachfolger *Friedrich III.* konnte daher aus den regelmäßigen Judenabgaben Nürnbergs keinerlei Nutzen ziehen, er hatte lediglich die Anweisungen für die Gläubiger seiner Vorgänger auszustellen[636]). Auch Friedrich III. sollte mit einer Sondersteuer zunächst wenig Glück haben. Im April 1442 erschien er zum erstenmal nach seiner Wahl in Nürnberg und forderte als Kronsteuer 20 000 Gulden, er mußte jedoch einsehen, daß sich diese Summe nicht beitreiben ließ und ging auf die Hälfte herunter, der Rat jedoch war nicht bereit, seine Juden zur Zahlung zu veranlassen. Durch seinen Kammermeister verlangte der König nun vom Bürgermeister der Stadt, „daz man die Juden ... alle, junk und alt, in ein haws vahen und versperren und sie bewaren solte, auch ir hewsser besettzen, daz sie nichts von hynnen

verrucken mochten". Der Rat mußte nun die Juden schwören lassen, daß sie die Stadt nicht verlassen und ihr Hab und Gut nicht wegbringen würden, der Gerichtsschreiber hielt diesen Vorgang fest[637]). Trotz dieser rigorosen Maßnahme bekam der König nur 8 000 Gulden, mehr scheint nicht zu holen gewesen sein, denn er bestätigte den Nürnberger Juden ihre Privilegien und gewährte ihnen acht Jahre Freiheit von außerordentlichen Abgaben, wenn auch mit dem Vorbehalt, daß von ihnen eine Steuer erhoben werden könne, wenn er inzwischen die Kaiserkrone empfange[638]). Auch anderwärts hatte Friedrich III. Schwierigkeit mit der Erhebung der Krönungssteuer. Den Juden in Sachsen drohte er schwere Strafen an, wenn sie sich nicht bereitwillig zeigten[639]); denen, die noch in den Städten Köln, Mainz und Trier verblieben waren, stellte er im Falle der Zahlungsverweigerung die Reichsacht in Aussicht[640]). Der Regensburger Rat mußte 5 000 Gulden Judensteuer eintreiben, doch hatte er damit solche Schwierigkeiten, daß er den Nürnberger Rat bitten mußte, ihm die Summe vorzustrecken. 1444 gingen von der Stadt 4 000 Gulden an den König und auf dessen Anordnung 1 000 Gulden an den Bischof Sylvester von Chiemsee[641]).

Friedrich III. wurde am 19. März 1452 zum Kaiser gekrönt und forderte nach dem Vorbild Sigmunds wieder eine Krönungsabgabe von den Juden, und zwar in der Höhe des „dritten Pfennigs". Nürnberg hatte gerade einen Krieg gegen Markgraf Albrecht Achilles hinter sich, der erst am 27. April 1453 durch den Friedensschluß im „Pfälzer Vertrag" beendet wurde. Der Rat wurde beim Kaiser vorstellig und wies seine Gesandten an, auf einer Herabsetzung der Krönungssteuer zu bestehen, da nur noch die Hälfte der Juden in der Stadt wohne wie früher. Dies war nun freilich eine Übertreibung, doch die Bemühungen scheinen nicht vergeblich gewesen zu sein. Die Juden der Stadt waren diesmal „gütlich" bereit, dem König die „Verehrung" von 4 000 Gulden zu entrichten, mit Ausnahme Jakobs von Citadell, der daraufhin die Stadt verlassen mußte[642]). In anderen Teilen des Reichs gab es wieder Schwierigkeiten, so daß 1454 der kaiserliche Rat Heinrich von Kappel ermächtigt wurde, die saumseligen Zahler vor das Kammergericht zu ziehen[643]). Den Regensburger Juden, die schon die 5 000 Gulden der ersten Krönungssteuer kaum aufbringen konnten, wurde 1456 wegen Zahlungsverzugs die Reichsacht in Aussicht gestellt[644]).

Die letzte außerordentliche Abgabe, die Kaiser Friedrich III. von den Nürnberger Juden verlangte, ging an den Markgrafen Albrecht Achilles von Brandenburg. Dieser kämpfte in einem Reichskrieg gegen Herzog Ludwig von Bayern, der sich 1458 die Reichsstadt Donauwörth unterworfen hatte. Die Stadt Nürnberg wollte es mit keinem der mächtigen Herrn verderben und hielt sich neutral, nur ihre Juden mußten zur Deckung der Unkosten des Hohenzollern mit einer Sondersteuer beitragen, dem außerdem die regulären Judensteuern des Reiches zugesprochen wurden[645]). Der Rat lieferte den geforderten Betrag an „Gold und Geld" an den markgräflichen Kastner Heinz Linck in Schwabach ab. Für diese Leistung wurde den Juden wieder einmal versichert, daß sie weiterhin von Sonderabgaben befreit sein sollten. Der Kaiser hielt sein Wort, zum Krieg gegen Burgund mußte zwar die Stadt Nürnberg ein Kontingent stellen und die ärmeren Regensburger Juden hatten 4 000 Gulden aufzubringen, die Nürnberger Judenschaft aber blieb verschont[646]).

Zweimal setzte sich der Kaiser bei Fürsten für die Nürnberger Juden ein: Im Jahre 1464 ersuchte er den Markgrafen von Baden, die Nürnberger Judenschaft „nit antzelanngen", und 1466 befahl er dem Grafen Ulrich von Württemberg, diese in ihren kaiserlichen Privilegien nicht zu kränken[647]). Über die Bemühungen Friedrichs III. um die Aufhebung des kirchlichen Zinsnahmeverbots für die Juden haben wir bereits berichtet.

Zu den ordentlichen Abgaben an den Kaiser zählten seit 1347 jährlich 200 Gulden zur Beschaffung von Heizmaterial für die Burg. Im Laufe der Zeit waren bei Königsbesuchen auch noch andere Abgaben für das Gefolge hinzugekommen. Die Juden lieferten schließlich bei einem Besuch Friedrichs III.: 28 Strohsäcke, 31 Federbetten mit Polstern, Kissen, Betten und Bettüchern, drei eiserne Kesselhaken, zwei Kupferkessel und vier große Bratspieße. Im Jahre 1485 war der Rat mit dem „Bettgewand" nicht zufrieden und verordnete: „Item dem Judenrate ernstlich zu sagen, das sie das bettgewandt uf dem sloss bass denne sie getan haben versehen und bestellen und naemlich in solicher mass, als inen durch die herren, dartzu geordent, angezaigt und bevolhen wurdett; und wa sie darinn ungehorsam und eynicher mangel oder geprechen daran erschyne, so wolt ein rate solich bettgewandt, wie des notdurfft sein wurde, selbs kauffen lassen und die Juden musten denselben costen bezalen, und dartzu die Juden daruber straffen"[648]).

Schon vor seiner Thronbesteigung hatte *Maximilian* von den Nürnberger Juden 600 Gulden entliehen[649]). Nach seinem Regierungsantritt im Jahre 1493 sollten der allmählich verarmten Nürnberger Judenschaft nur noch sechs Jahre vergönnt sein, in der Stadt zu leben. Viel war nicht mehr zu holen, als 1497 die Gemeinde das letzte Mal zu einer Sondersteuer herangezogen wurde. Der König hatte eine neue Reichssteuer, den „Gemeinen Pfennig" eingeführt, er hatte die Finanznöte des Reiches noch während der Regierung seines Vaters genugsam kennengelernt und deshalb diesen Sanierungsversuch unternommen. Sein Krieg in Italien kostete viel Geld und der Eintreibung des „Gemeinen Pfennigs" stellten sich große Schwierigkeiten entgegen. Um seine Unkosten zu decken, schrieb er eine Judenschatzung für 18 Reichsstädte aus. Der Nürnberger Rat wurde angewiesen, die eingehenden Beträge zu verwahren. Die Steuersätze für die einzelnen Gemeinden schwankten zwischen 6 und 400 Gulden, Worms hatte 400, Frankfurt 380, Nürnberg 340 Gulden zu entrichten[650]).

Der Rückgang der Forderungen Maximilians verglichen mit denen seines Vaters und Sigmunds ist auffallend, die Juden waren lange nicht mehr so leistungsfähig, wir haben auf die Krise der wirtschaftlichen Tätigkeit der Juden wiederholt hingewiesen. Aber nicht einmal diese geringen Steuerbeträge gingen ein. Die Frankfurter Juden weigerten sich zu zahlen, da sie nach ihren Privilegien nicht dazu verpflichtet waren, und die Wormser sandten auch kein Geld nach Nürnberg, womit die höchstbesteuerten Gemeinden bereits ausgefallen waren[651]). Zu Anfang des Jahres 1498 waren von den Reichsstädten 886 Gulden in Nürnberg eingegangen. Die Stadt zahlte 686 Gulden an den Reichsschatzmeister aus, da auf Anweisung des Königs dem Juden Mendel, der ihm Dienste geleistet hatte, bereits Ende 1497 200 Gulden aus dieser Kasse bezahlt worden waren[652]).

13. Die innere Organisation der Gemeinde

An der Spitze der Judengemeinde stand — wie in allen mittelalterlichen Gemeinden — der Judenrat und der Judenbischof oder Judenhochmeister, wie er seit dem 14. Jh. genannt wurde, der auch Rabbiner der Gemeinde war. In Nürnberg wurde der Judenrat jedesmal zu Beginn des Verwaltungsjahres neu gewählt. Die Juden wurden einzeln in die Losungsstube gerufen, wo jeder fünf seiner Glaubensgenossen bezeichnete, die er wählen wollte. Der Losungsschreiber zeichnete die Namen der Genannten auf und markierte mit Strichen jede abgegebene Stimme. Die fünf mit den meisten Stimmen galten als gewählt und wurden nach jüdischem Ritus eidlich verpflichtet, dem Rat gehorsam und untertänig zu sein, ihre Pflichten im Judenrat zu erfüllen und der Jüdischheit, Reichen und Armen, treu vorzustehen. Darauf gelobten auch die anderen Juden dem Rat untertänig und dem Judenrat gehorsam zu sein. Letzterer hatte den Meister Rabbi zu bestellen, Streitigkeiten zwischen jüdischen Parteien in erster Instanz zu entscheiden und dem Rat der Stadt gegenüber die Interessen der Juden zu vertreten. Als Werkzeug der Finanzverwaltung hatte er die außerordentlichen Steuern auf die einzelnen Glieder der Gemeinde umzulegen und einzutreiben. Ihm Bedarfsfall wurden ihm die Büttel der Stadt zur Verfügung gestellt[653]).

Das Verhältnis von Stadtrat und Judenrat haben wir bereits bei der Darstellung der Rechtsverhältnisse berührt.

Die Stellung des Rabbiners hatte sich im späten Mittelalter etwas geändert[654]). Ursprünglich war er ehrenamtlich tätig, vermutlich aber von Steuern und Abgaben befreit. Er wurde nicht „gewählt" im heutigen Sinn, sondern wegen seiner Gelehrsamkeit als Oberhaupt anerkannt. Nach den Ereignissen von 1348/49 trat hier eine Änderung ein. Da die Juden ärmer geworden waren, konnte das Studium und das Rabbineramt nicht mehr von wohlhabenden Juden als Ehrenamt übernommen werden, so wurden die Rabbiner jetzt besoldet, sie wurden zu Gemeindebeamten. Wie früher entschied der Rabbiner über religiöse Angelegenheiten und in Prozeßsachen, vor allem stand das Eherecht unter seiner Kontrolle. Eine seiner wichtigsten Aufgaben war die Lehrtätigkeit, dabei durfte er auch fremde Schüler um sich sammeln. Auch ein „gewählter" Rabbiner konnte die Niederlassung eines anderen nicht verhindern. Wenn er ordiniert war, hatte dieser grundsätzlich die gleichen Rechte. So wirkten in Mainz, in Regensburg und auch in Nürnberg eine Zeitlang zwei Rabbiner. Als Rabbiner konnten seit dem Ende des 14. Jhs. nur solche Juden wirken, die den Titel „Morenu" (= unser Lehrer) hatten, den sie von einem anderen Rabbiner verliehen bekamen. Da auch Unbefugte manchmal das Amt des Rabbiners ausübten, sollte die Einführung des Titels dies verhindern und zur Stärkung des Ansehens des Rabbinerstandes beitragen. Den Mangel an befähigten Inhabern des Amtes bekam auch die Nürnberger Gemeinde zu spüren, so mußte sie zu der Diskussion mit Peter Schwarz Rabbiner aus Erlangen und Prag rufen.

Beim alljährlichen Wechsel des Judenrates in Nürnberg blieb der berufene Rabbiner in seinem Amte, bis er wegzog oder bis einem anderen die Stelle übertragen wurde. Als Richter hatte er zwei Beisitzer, die jeden Monat wechselten. Bis 1382 wird Kaufmann von Bamberg als Rabbiner genannt, 1383 übernahm Meir

von Frankfurt dieses Amt. Zu Beginn des 15. Jh. kam es in Nürnberg zwischen dem Rabbiner Israel, der 1403 Bürger geworden war, und dem einheimischen Koppelmann, der auch als Rabbiner wirkte, zu Spannungen, so daß der Rat der Stadt eingreifen mußte[655]). Er verordnete, daß Israel und Koppelmann abwechselnd ihre Lehrvorträge hielten. Da es zu weiterem Streit zwischen den Rabbinern und ihren Anhängern kam, ernannte der Rat ein Schiedsgericht, bestehend aus dem Vorsteher Gotschalk Gans und je einem Deputierten aus beiden Parteien. Doch der Friede hielt nicht lange, denn am 31. August 1406 schloß der Rat der Stadt die Judenschule und ließ nur noch den privaten Unterricht in den Häusern zu. Israel mußte schließlich die Stadt verlassen, wurde aber dann von König Ruprecht zum Judenhochmeister erhoben[656]). (Über den Streit zwischen Koppelman und Israel vgl. S. 68 f.) Später wirkte in Nürnberg der berühmte Gelehrte Jacob Weil, der Schüler des bekannten Mainzer Rabbiners Jakob Möllin war. Er hielt sich aber zurück, um dem eingesessenen Rabbiner Salomo Kohen nicht zu nahe zu treten[657]), später wurde er dann Rabbiner in Erfurt. In Weils Nürnberger Zeit wurde hier ein Streit zwischen dem Ulmer Rabbiner Simelin und drei seiner Kollegen beigelegt. Entgegen seiner Zusage hatte sich dieser nicht an die Verpflichtungen der Nürnberger Rabbiner gehalten, die sie ihm in einer Streitsache auferlegt hatten[658]). Außer in diesem Fall fanden auch noch andere Rabbinerversammlungen in Nürnberg statt[659]).

Im Jahre 1448 hatten die Nürnberger Juden überhaupt keinen Hochmeister und baten den Rat der Stadt um Erlaubnis, einen solchen zu bestellen[660]). Der Rat stimmte zu, verlangte aber, daß es ein „richtiger fridlicher Jud" sein müsse, man hatte offenbar die früheren Streitigkeiten noch in lebhafter Erinnerung. Die Neuwahl fiel auf den Rabbiner David Sprintz, der vorher in Bamberg tätig war und in Nürnberg am 26. Mai 1449 als Bürger aufgenommen wurde. Im Jahre 1458 hatte Sprintz eine harte Auseinandersetzung mit dem Juden Jakob von Schweinfurt, in die auch andere Hochmeister hineingezogen wurden und die schließlich zur Bannung Jacobs führte[661]). Dessen Schwiegervater war David Frank, der rabbinische Funktionen ausübte und dadurch zu Sprintz in Gegensatz trat. Der Streit wurde in der Ratsstube durch die Ratsherrn Anton Tucher und Hanns Lemlein beigelegt. Außer den beiden Prozeßgegnern waren auch der Judenrat und die Freunde des Rabbiners, die während seiner wohl erzwungenen Abwesenheit seine Sache verfochten hatten, anwesend. Rabbiner Sprintz, der offenbar auf Betreiben der Mehrheit des Judenrates die Stadt hatte verlassen müssen, wurde wieder als Bürger aufgenommen und erhielt 250 Gulden Entschädigung, zu der Jacob von Schweinfurt 150 und der Judenrat 100 Gulden beisteuern mußten. Rabbiner Sprintz verließ um 1475 die Stadt und ging nach Polen. Der gelehrte Rabbiner Margoles konnte um 1480 der Nürnberger Talmudschule noch einmal größeres Ansehen verschaffen. An ihn wandte sich sogar der Humanist Reuchlin, der sich für das Studium des Hebräischen so sehr einsetzte; er befragte Margoles über die Kabbala, von deren Lehrtradition dieser zunächst beeinflußt war[662]). Später wandte Margoles sich dann der sophistischen Richtung zu, die vor allem die Disputierkunst betrieb. Sein Schüler Pollack führte diese Form des Talmudstudiums auf einen gewissen Höhepunkt und seine Methode wurde als „modus Norimbergensis disputandi" bekannt.

Die schwerste Strafe, die ein Hochmeister aussprechen konnte, war der Bann, der den Verurteilten von jeder Gemeinschaft mit Juden ausschloß. Es kam auch vor, daß ein Hochmeister Angehörige anderer Gemeinden bannte. Der Rat der Stadt Nürnberg suchte seine Judenbürger vor fremden Hochmeistern zu schützen. Als der Rothenburger Rabbiner Mendel über den Nürnberger Juden Isak von Aichach den Bann aussprach, verbat der Rat, daß bei Mendel weiterhin die Söhne Nürnberger Juden den Unterricht besuchten und ließ sie zurückrufen. Bei Strafe des Bürgerrechtsverlustes durften die Nürnberger Juden keine Verbindung mehr zu ihm aufnehmen[663]).

Bei Rechtsstreitigkeiten, die in die Kompetenz der Rabbiner fielen, war es üblich, einen fremden Hochmeister um die Entscheidung anzugehen. So war 1426 der Uffenheimer Jude Abraham, der mit den Nürnberger Juden Feif, Gumprecht und Smoel Sprintz wegen einer Geldschuld stritt, mit seinen Prozeßgegnern einig geworden, vor den Hochmeister in Mainz zur Entscheidung zu kommen[664]). Im Jahre 1442 schwört der Jude Manne aus Nürnberg, sich an den Richterspruch des Hochmeisters zu Bamberg zu halten, der seinen Streit mit dem Juden David aus Mannheim beigelegt hatte[665]). 1451 erklärt sich der Nürnberger Jude David bereit, seinen Rechtsstreit mit zwei auswärtigen Juden von dem Hochmeister in Worms entscheiden zu lassen[666]).

Bei dem Prozeß des Manne gegen David von 1441/42 gewinnen wir durch einen Eintrag im Nürnberger Briefbuch noch weitere Aufschlüsse über die Verfahrensweise. Die streitenden Parteien bedienten sich „Plädierer" oder „Fürsprecher". Um die Entscheidung konnten beliebige Hochmeister angegangen werden. Manne schlug als Richter die Hochmeister von Erfurt, Ulm oder Regensburg vor, unter denen sich David einen aussuchen sollte. Ausgetragen wurde der Streit dann aber vor dem Hochmeister von Bamberg[667]).

Urkunden konnten auch von Mitgliedern des Judenrates ausgestellt werden. So bezeichneten sich drei Juden, die den Verkauf eines Viertels des Hauses der Zaret, des Abraham Tochter, an Hayman, des Leob Sohn, besiegelten, als „jüdisches Gericht". In der Urkunde wurde festgestellt, daß der Verkauf weder durch jüdisches noch durch christliches Recht angefochten werden könne, und daß er „nach des Hochmeisters Ordnung" vor sich gegangen sei. Die Lage des Hauses wird dann genau bezeichnet und die Rechtslage für den Erbfall usw. geklärt[668]). Für eine Koordinierung des Judenrechts und der jüdischen Gebräuche waren im hohen Mittelalter die Synoden am Rhein von großer Bedeutung, da es keine andere übergeordnete Instanz gab. Die Versuche des Königs, eine solche Zentralinstanz durch die Ernennung eines Judenhochmeisters für Deutschland zu schaffen, waren im wesentlichen an dem Autonomiestreben der Gemeinden gescheitert. So erging es auch der Synode von Bingen von 1457, auf der sich der Rabbiner Seligmann aus Bingen als Autorität setzen und die Selbständigkeit der anderen Hochmeister beschneiden wollte[669]).

Neben dem Rabbiner hatte der „Vorbeter" oder „Vorsänger" wichtige Aufgaben in der Gemeinde wahrzunehmen, manchmal war sein Amt auch mit der Rabbinatswürde vereint. Im Jahre 1382 wurde der Rabbiner Jakob Halevi Sangmeister, 1396–1430 übte das Amt Michel von Weil aus, der mit dem Rabbiner Jakob

Weil verwandt war[670]), 1425—1427 wurde er von Wolfel vertreten, seit 1461 bekleidete Mosse das Amt des Vorsängers[671]). Der Vorbeter leitete den gemeinschaftlichen Gottesdienst und sprach die liturgischen Texte laut vor, die zum Teil von der Gemeinde mitgesprochen wurden. Er holte die Thorarollen aus dem Schrein und brachte sie wieder zurück, er verwaltete die Synagoge und die anderen gemeindlichen Räumlichkeiten[672]). Als Gemeindediener amtierte ein Mesner oder Schulklopfer. Mit einem Hammer schlug dieser am Vorabend des Sabbats an die Haus- und Ladentüren, um zum Besuch des Unterrichts oder des Gottesdienstes und zur Einstellung der Arbeit am Vorabend des Sabbats aufzufordern[673]). Der Schulklopfer erinnerte in Nürnberg auch vor jedem der halbjährigen Steuertermine, daß die Juden sich mit den nötigen Stadtwährungsgulden versehen sollten. Als Einnehmer fungierte dann der Gerichtsschreiber. Den Schulklopfer selbst ermahnte ein Stadtbüttel an die Abgabetermine und half auch bei der Eintreibung mit[674]). Friedhofsdienste versah ein eigener Gemeindediener, der auch die Toten begrub[675]). Außerdem war eine Leichenwärterin angestellt, die zugleich Wäscherin war[676]).

In der Gemeinde waren eine Reihe von Handwerkern tätig, die zum Teil auch aus religiösen Gründen nötig waren[677]). So gab es einen Metzger, der als Schächter die bestimmten Formen für das Schlachten einhielt, einen Bäcker, der die Mazzot für das Osterfest buk, außerdem einen Koch und einen Bartscherer. Von jüdischen Ärzten war bereits die Rede. Wegen der weiten Entfernung des Brunnens hatte man einen Wasserträger angestellt, ein Bote und ein Unterkäufel erledigten die notwendigen Besorgungen. Wegen der Kleinheit der Gemeinde konnten nicht alle Berufe im Ghetto vertreten sein, so daß die Juden sich viele lebensnotwendigen Dinge aus der Stadt außerhalb ihres Wohnviertels kommen lassen mußten.

14. Religiöse Verhältnisse und gesellschaftliches Leben

Über das religiöse Leben in der Gemeinde geben die Quellen nur sehr wenig Aufschluß. Für die Jahre 1373—1392 besitzen wir wieder eine Toten- und Spendenliste, die aber auch nur sehr bescheidene Auskünfte gibt. Wie auch in der ersten Gemeinde wurden wieder viele Spenden für das Hospital, den Friedhof, für Beleuchtung der Synagoge und für den Jugendunterricht gegeben[678]). Von letzterem wird einmal erwähnt, daß er „oben im Hause" stattfand, es wird sich dabei wohl um Privatunterricht gehandelt haben, der eine alte Tradition war. Neu ist, daß viele Spenden für „die Armen in Jerusalem" eingingen, oft heißt es auch nur „für Jerusalem", man fühlte sich der Hauptstadt des Landes der Väter eng verbunden. Im Gottesdienst und im häuslichen Kreis wurde gesungen, der Mainzer Rabbiner Jakob Möllin, Lehrer des Nürnberger Rabbiners Jacob Weil, forderte, daß Melodien, die zur Tradition geworden seien, beibehalten werden sollten[679]). In die Liturgie wurden auch poetische Teile aufgenommen[680]).

Wie weit die Anordnungen der rheinischen Synoden des Hochmittelalters noch befolgt wurden, ist nicht bekannt. Sie hatten u. a. verboten: das Schneiden des Haares nach nichtjüdischer Sitte, das Spielen um Geld oder Lebensmittel, das Vergeben von Ämtern auf Geheiß von Nichtjuden, das sich Entziehen von gemeind-

lichen Verpflichtungen durch die Hilfe von Nichtjuden, das Abhalten üppiger Gastmähler[681]). Die Synoden hatten auch Richtlinien für die wirtschaftliche Tätigkeit gegeben.

Die Unterweisung der Jugend fand in der Synagoge und in der Wohnung der Gelehrten statt. Es war auch üblich, sie von bekannten Rabbinern in anderen Städten unterrichten zu lassen, so z. B. bei dem Rothenburger Rabbiner Mendel[682]). Aber auch die Nürnberger Rabbiner unterrichteten fremde Schüler, so wurde 1382 Kaufman von Bamberg vom Rat gestattet, zwölf Schüler von auswärts zu haben und 1383 wurde Meister Meir von Frankfurt erlaubt, fremde Studenten zu unterrichten[683]).

Einige jüdische Feste sind im Mittelalter besonders ausgestaltet worden. Das Purimfest war fast zu einem jüdischen Karneval geworden, an dem man sich maskierte und Geschichten aus der Bibel zur dramatischen Darstellung brachte; Gästen bot man Süßigkeiten und alkoholische Getränke[684]). Fröhliche Spiele gab es am Chanuckafest; am Fest der Thorafreude, wenn die Lesung der Thora abgeschlossen war und eine neue begann, wurden Umzüge veranstaltet[685]). Zum Laubhüttenfest kamen mit Erlaubnis des Rates der Stadt auswärtige Juden ins Ghetto[686]). Im Jahre 1483 war der Stadtrat befremdet, daß der Judenrat auf eigene Faust fremden Juden Geleit zum Laubhüttenfest gegeben hatte, da solches nur dem Bürgermeister zustand[687]), 1493 mußten die auswärtigen Gäste in ein Verzeichnis aufgenommen werden.

Auch die Familienfeiern wurden festlich begangen. Eine solche war das Fest der Namengebung, bei dem das Kind neben anderen Zeremonien dreimal in der Wiege hochgehoben wurde (Holekreisch). Die Verlobung hatte mehr gesellschaftlichen als juristischen Charakter, die Hochzeit war eine besonders große Feierlichkeit mit einem umständlichen Ritual[688]). Geschenke wurden dargereicht und im Tanzhaus wurde getanzt. Auch zu Hochzeiten kamen fremde Juden mit Erlaubnis des Rates der Stadt ins Judenviertel. Das Verhältnis der Christen zu den Juden kann nicht allzu gespannt gewesen sein, denn wenige Jahre vor der Ausweisung tanzten sogar Nürnberger Patrizier auf einer Judenhochzeit. Der Rat ging allerdings mit empfindlichen Strafen gegen diese vor. Martin Behaim, der später berühmte Seefahrer, und Sebald Tucher mußten acht Tage in einem „versperrt kamerlin", Sebolt Deychsler und Martin Paumgartner vier Tage darin verbringen[689]).

Relativ wenig wissen wir über das Leben der jüdischen Frauen in den mittelalterlichen Ghettos. Es ist bekannt, daß jüdische Weberinnen, Strickerinnen und Putzmacherinnen auch von der christlichen Damenwelt in Anspruch genommen wurden. Jüdische weibliche Bankiers standen auch in Nürnberg an der Spitze bedeutender Handelshäuser. Die hohe Sittlichkeit der jüdischen Frauen haben wir bereits bei der ersten Gemeinde erwähnt. Von Ausnahmen abgesehen wurden die Mädchen für das Haus erzogen, sie konnten aber lesen und schreiben. Es entstand eine ganze Literatur, zum Teil in deutscher Sprache, die zur Belehrung und Unterhaltung der „Weiber und Meidlech" geschrieben war[690]). Die reicheren Frauen trieben einen gewissen Luxus, sie trugen seidene Gewänder und Schmuck[691]).

15. Die Ausweisung von 1498/99

Die Pläne zur „Ausschaffung" der Juden aus Nürnberg gehen schon auf das Jahr 1473 zurück. In diesem Jahr schrieb der Rat an seinen Gesandten Wilhelm Löffelholz, er möge dem Bischof von Bamberg „die mannigfeltigen beswerde, überlast und scheden" eröffnen, die Nürnberg von den Juden erleide. Es wird dabei auf die Absicht hingewiesen, vom Kaiser die Erlaubnis zu erhalten, sich der Juden — nach dem Vorbild anderer Städte — zu entledigen[692]). Der Bischof war schon lange bestrebt, seine Juden los zu werden und erreichte sein Ziel 1475; der Kaiser lehnte das Begehren Nürnbergs jedoch ab, er wollte auf die Finanzkraft seiner Kammerknechte nicht verzichten[693]). Daß im ausgehenden Mittelalter die wirtschaftliche Notwendigkeit des jüdischen Geldhandels immer mehr entfiel, haben wir schon am Eingang dieses Kapitels erwähnt. Als den Juden im Jahre 1478 bekannt wurde, daß die Stadt Einschränkungen ihres Geldgeschäfts beabsichtigte, wandten sie sich an den Kaiser um Hilfe[694]). In der Neufassung des Nürnberger Stadtrechts in der Reformation von 1478 wurde den Juden bereits das Zinsnehmen untersagt, wenn es auch stillschweigend weiter geduldet wurde.

König Maximilian war im Grunde nicht judenfeindlich, stand er doch „wie ein gewaltiger Staudamm vor den Regensburger Juden"[695]) und wehrte den dortigen Judenhaß, der auf die Ausweisung drängte, bis zu seinem Tode ab. Dem Drängen des Nürnberger Rates gab Maximilian aber im Sommer 1498 nach. Er verständigte am 5. Juli den Nürnberger Reichsschultheißen Wolfgang von Parsberg von seinem Entschluß und gebot ihm, die liegenden Judengüter zum königlichen Kammergut zu nehmen und bis auf weiteren Befehl zu verwalten[696]). Den Juden machte er sein Vorhaben ebenfalls bekannt und befahl ihnen unter Androhung der königlichen Mißgunst die genaue Beobachtung seiner Anordnungen[697]). Zwei Tage später beauftragte er den Nürnberger Rat, bei der Einziehung der Judengüter den Schultheißen zu unterstützen[698]). In seinem Privileg vom 21. Juli 1498 gab der König an, daß er die Aufhebung der früheren Privilegien aus königlicher Machtvollkommenheit, als Herr über seine Kammerknechte und aus eigener „Bewegnis" befohlen habe. Niemand sollte den Juden gegen die Stadt Hilfe leisten und er bestimmte, daß auch zukünftige Privilegien keinerlei Macht und Kraft haben sollten[699]). Welche Gründe der Rat für die Ausweisung der Juden vorschob, geht aus dem Privileg vom 21. Juli klar hervor. Der Kaiser schrieb, es sei „stattlich unnd glaubwurdiglich" an ihn gelangt, daß sich die Anzahl der Juden in der Stadt „mercklich gemehrt und ubergangen" habe. Dies konnte nicht richtig sein, da die Stadt alle Mittel hatte und sie auch anwendete, um die Zahl der Juden in der Stadt zu beschränken. Weiter gab der König an, die Juden hätten „manigfeltig böser gefährlicher unnd behender wucherlicher Händel gegen ewern mitburgern und andern geübt unnd darumb gefährlich, betrüglich verschreibung außbracht" und die Schuldner wären dadurch um ihre Ehre und ihr Hab und Gut gebracht worden. Die Juden wurden also für die Verschuldung der Mitbürger verantwortlich gemacht.

Hatte Friedrich III. bei seinem Vorgehen gegen das kirchliche Zinsverbot noch betont, daß in Nürnberg Handel und Gewerbe auf die jüdische Geldleihe angewiesen seien, so erlaubte Maximilian jetzt, wahrscheinlich auf Vorschlag des Ra-

tes, an „gelegenen Enden" Wechselbänke einzurichten und für „ewige Zeit" zu unterhalten. Sie sollten der Bevölkerung gegen „ziemlichen Zins" Darlehen gewähren, Pfänder und Bürgschaften sollten für Sicherheit garantieren. Dadurch war die Zinsnahme durch Christen in Nürnberg legalisiert, die Wirtschaftsentwicklung war über das langumstrittene Zinsverbot hinweggeschritten. Die Stadt Ulm interessierte sich zwei Jahre später für diese Nürnberger Einrichtung und der Rat berichtete, wie es in Nürnberg „der wechselbank halben" gehalten werde[700]).

Die Gründung öffentlicher Leihhäuser und Leihbanken war in Italien schon früher vom Barfüßerorden mit päpstlicher Genehmigung unternommen worden[701]). Der Barfüßer Bernhardin Thomitano gründete Darlehenskassen in Piacenca und Padua. Später entstanden solche in Ravenna, Cremona, Bologna und Florenz. Die Bank von St. Georg in Genua lieh Geld an Grundbesitzer aus. In Frankreich, besonders in Lyon, hatten die Italiener (Lombarden) die Juden verdrängt. Im Nürnberger Privileg Maximilians wurde auch die Organisation der Wechselbänke ins Auge gefaßt. Der Rat konnte sie mit Schreibern, Amtleuten und anderen Personen besetzen, die aus den Zinsen bezahlt werden sollten. Überschüsse sollten zum allgemeinen Nutzen der Stadt verwendet werden.

Die Stadt bemühte sich, wie bei der Ausweisung von 1349, die Liegenschaften der Juden in die Hand zu bekommen. Sie erwarb für 8 000 Gulden sämtliche Judenhäuser, die Synagoge, den Friedhof und allen liegenden Grund[702]). Von dem Kauf wurde der Reichsschultheiß verständigt und beauftragt, die liegenden Judengüter dem Rat der Stadt zu überlassen[703]). Am 31. Oktober wurden die Vertreter der Judenschaft auf die Fünferstube des Rathauses geladen. Der Rat verkündete durch die Ratsherrn Jacob Groland, Sebolt Schürstab und Wibolt (Willibald) Pirckheimer den 16 anwesenden Juden das königliche Mandat vom 21. Juli in Gegenwart von zwei Zeugen und einem Notar[704]). Jacob Groland warnte sodann die Juden, in den nächsten drei Monaten Habe, Leib und Gut zu „verändern, verrücken und zu verkehren", nach deren Ablauf sie die Stadt endgültig zu verlassen hätten. Die Juden mußten hierauf beeiden, das Mandat des Königs durchzuführen. Sie erhoben Einwände, fügten sich aber dann doch und leisteten den geforderten Eid[705]).

Der Einwohnerschaft wurde ein paar Tage später, am 4. November, die Ausweisung der Juden öffentlich bekanntgegeben und alle Bürger und Fremde darauf hingewiesen, daß sie ihre Pfänder bei ihnen einlösen könnten. Daraufhin wurde der Rat von ärmeren Bürgern gebeten, ihnen für die Auslösung der Pfänder finanzielle Hilfe zu leisten. Die Maßnahmen hierzu überließ der Rat den Losungern[706]). Der Rat gebot den Bürgern, daß niemand Hand an die Juden legen dürfe und drohte mit Strafen an Leib und Gut[707]). Um die Juden wirksam zu schützen, wurden Stadtknechte abgeordnet[708]).

Nun setzte der Rat sich auf Anraten der Rechtsgelehrten wieder mit Wolf von Parsberg in Verbindung und stellte ihm vor, er möge die Häuser der Juden „einnehmen". Der Notar Johann Murrner stellte über den Vorgang folgende Urkunde aus: Reichsschultheiß Ritter Wolf von Parsberg verkündet in der neuen Stube auf dem Rathaus zu Nürnberg den Juden Mosse von Schaffhausen, den

Brüdern Johel, Mardocheus und Mosse Mair, ferner Salman und Feufeß als Vertretern der Nürnberger Judenschaft das Mandat Maximilians vom 5. Juli 1498, worin der Reichsschultheiß zur Einziehung der Judenhäuser, der Synagoge und des Judenfriedhofs aufgefordert wird, da diese liegenden Güter königliches Kammergut seien. Darnach verlangt der Reichsschultheiß von den Juden die Übergabe dieser Güter samt den Schlüsseln. Die Juden erheben ausführliche Einwendungen und bitten sich eine kurze Bedenkzeit aus. Hierauf erscheinen sie wieder vor dem Reichsschultheißen und lassen durch den anwesenden Ratsherrn Anthon Tetzel, der mit dem Ratsherrn Willibald Pirckheimer den Nürnberger Rat vertritt, folgendes sagen: Der königliche Befehl komme ihnen zu überraschend, es sei zum Erbarmen, daß man sie so schnell von hier fortschicken wolle. Doch würden sie sich dem königlichen Willen fügen, nur möge man sie bis zu ihrem Abzug in ihren bisherigen Wohnungen lassen. Dieser Wunsch wird erfüllt, wenn eine entsprechende Wohnungsmiete bezahlt wird. Auch damit erklären sich die Juden einverstanden. Als endgültiger Auszugstermin wird Lichtmeß 1499 festgesetzt. In Gegenwart der Vertreter des Rats, des Notars und der Bürger Johann Krewter und Sigmund Huber liefern die Juden die Schlüssel zu ihren Häusern und sonstigen Gebäuden ab. Dabei betont Johel Mair, daß sein Haus an den Juden Abraham zu der Freyenstat verpfändet sei. Diese Urkunde wurde ausgestellt am Mittwoch, dem 7. November 1498[709]). Durch die Erklärung Johel Mairs wurde der Rat darauf aufmerksam, daß die Besitzverhältnisse einiger Judenhäuser unklar waren. Er bestellte deshalb am Nachmittag des 7. November die schon am Vormittag geladenen Juden noch einmal auf das Rathaus und ließ sie in Gegenwart des Schultheißen von seinen Beauftragten nochmals befragen[710]). Vor ihrer Aussage wurden die Juden wieder vereidigt. Es stellte sich heraus, daß Mosse von Schaffhausen überhaupt kein Haus in Nürnberg hatte, er wohnte im Hause seines Schwiegersohnes Israel, der von der Stadt abwesend war. Auch Salman besaß kein eigenes Haus, sondern nur ein Viertel am Haus des verstorbenen Johel Mair des Älteren und ein Viertel am Haus Seligman Sacks. Johel Mair der Jüngere erklärte, nur ein Einundzwanzigstel am Hause seines Vetters Seligman Sacks zu besitzen, das von ihm gekaufte und bewohnte Haus sei seinem Schwiegervater Abraham zu Freistadt verpfändet. An den beiden genannten Häusern besaßen auch Johels Brüder Mosse und Mardochäus Mair nur je ein Einundzwanzigstel. Auch Feufeß war nicht Eigentümer eines eigenen Hauses und war an dem Haus des verstorbenen Johel Mair nur mit einem Sechstel und am Hause Sacks nur mit einem Vierundzwanzigstel beteiligt. Die Juden wurden nach diesem Verhör wieder entlassen, es ist nicht bekannt, wie sich der Rat mit den schwierigen Besitzverhältnissen auseinandersetzte und ob auswärtige Eigentümer abgefunden wurden. Später befanden sich jedenfalls alle Judenhäuser im Besitz der Stadt[711]).

Die Gnadenfrist der Juden wurde über Lichtmeß 1499, dem 2. Februar, bis zum 10. März dieses Jahres verlängert. Die offizielle Übergabe der Judenbesitzungen an die Stadt erfolgte am 20. Februar 1499 auf der alten Kanzlei des Rathauses. Nachdem Georg Holzschuher zwei königliche Mandate verlesen hatte, das vom 5. Juli 1498 über die Ausweisung der Juden und die vorläufige Besitznahme ihrer Liegenschaften durch den Reichsschultheißen und das vom 26. Juli 1498 über

die Übertragung der Besitzungen an den Rat, übergab Wolf von Parsberg in Gegenwart der Bürger Georg, Ludwig und Conradt Schreck den Vertretern des Rats, Georg Holzschuher, Michel Behaim und Endres Geuder, die vom Rat dem König abgekauften Judenhäuser, die Synagoge und den Friedhof und die sonstigen Liegenschaften der Nürnberger Juden[712]).

Die Juden verließen zwischen dem 20. Februar und dem 10. März die Stadt. Der Rat erlaubte am 5. April noch einmal einigen von ihnen, sich hier aufzuhalten, wahrscheinlich zur Regelung von Pfandangelegenheiten. Um aber den Ernst seiner Absichten zu betonen, bedrohte der Rat alle die Juden mit der Einlieferung ins Lochgefängnis, die sich ohne Erlaubnis in der Stadt aufhielten. Auch sollten die Juden in Zukunft kein Geleit mehr zum Betreten der Stadt bekommen. Ein paar Tage später wurden die Stadtknechte angewiesen, Juden, die sich länger als zwei oder drei Stunden ohne Geleit in der Stadt aufhielten, ins Loch zu werfen, ebenso solche, die über Nacht in der Stadt geblieben waren. Den Wirt sollte die gleiche Strafe treffen[713]).

So wurden die Juden, die mindestens seit 1146 mit kurzen Unterbrechungen in Nürnberg gelebt hatten, aus der Stadt ausgetrieben, zu deren wirtschaftlichem Aufschwung sie ihr gutes Teil beigetragen hatten. Erst im Jahre 1850 wurde wieder ein Jude als Bürger in der Stadt aufgenommen. Sie teilten das Schicksal ihrer Glaubensbrüder, die im 15. Jh. viele deutsche Städte verlassen mußten. Im Jahre 1519 ereilte die Juden Regensburgs das gleiche Schicksal, 1520 die Rothenburgs. Von den bedeutenderen Judengemeinden konnten nur die in Worms, Frankfurt und Prag ihre Existenz retten. In Frankfurt fand auch ein Teil der Nürnberger Juden Aufnahme, ebenso in Prag und Regensburg, in letztgenannter Stadt konnten sie aber auch nur wenige Jahre bleiben[714]). Unter Vermittlung und Fürsprache der Markgräfin Anna von Brandenburg hatten die Nürnberger Juden gebeten, in der Reichsstadt Windsheim aufgenommen zu werden. Dies wurde ihnen wegen eines Gutachtens der Stadt Nürnberg verwehrt[715]), sie fanden aber Unterkommen in Neustadt an der Aisch, dem Witwensitz der Markgräfin[716]). Wahrscheinlich ließ sich ein Teil der Juden auch in kleineren Orten in Nürnbergs Umgebung nieder, die nicht der reichsstädtischen Hoheit unterstanden, wie Ottensoos, Schnaittach und Hüttenbach, wo sie später ansässig waren[717]). Die Ansiedlung von Juden in Fürth, wo sich später eine blühende Judengemeinde entwikkelte, war erst 1528 möglich, als Markgraf Georg der Fromme dort die Ansiedlung von Juden gestattete – übrigens gegen die Vorstellungen Nürnbergs bei dem Fürsten[718]).

Mit der Veräußerung der Judengüter beauftragte der Rat eine Abordnung, der Georg Holzschuher, Michael Behaim und Endres Geuder angehörten. Diese begann noch im Jahre 1499 ihre Tätigkeit. Die Synagoge mit dem Tanzhaus und andere Häuser erwarb Peter Imhoff[719]). Häuser des Johel Mair kauften die Bildschnitzer Veit Stoß und Veit Wirsperger, die übrigen Häuser gingen in die Hände anderer Bürger über[720]). Das Hospital der Juden (Seelhaus) wurde zur Schaffung einer Gasse abgerissen. Die Hausbesitzer in der Nähe des Judenfriedhofs erwarben Teile seines Geländes[721]).

Die endgültige Abrechnung über den Verkauf des Judenbesitzes legte Georg Holzschuher erst 1508 ab. Seiner Einnahme von 5 543 Gulden, 27 Pfund Heller

und 9 Pfennigen stand der Kaufpreis von 8 000 Gulden gegenüber, den die Stadt an Kaiser Maximilian gezahlt hatte[722]).

Einige wenige Grabsteine aus dem Judenfriedhof sind bis heute erhalten geblieben. Die meisten Steine wurden nach 1499 zum Grund des Salzhauses in der Nähe des Frauentors und der gegenüberliegenden sog. Steinhütte verwendet[723]). Einige wanderten auch an andere Plätze in der Stadt. Briegleb erwähnt solche am Eingang des Sebalder Pfarrhofes, in der Pfannenschmiedsgasse und am Weißen Turm[724]), sie sind heute nicht mehr erkennbar. Im 19. Jahrhundert wurde beim Abbruch des Gasthauses „Zum Roten Ochsen" Königstraße 81 (alt L. 78) in dem daran stoßenden Rest der alten Stadtmauer zwei eingemauerte Grabsteine aus den Jahren 1464 und 1477 gefunden[725]). Einer davon kam ins Germanische Nationalmuseum und ist dadurch erhalten geblieben, es ist der für Frau Peß aus dem Jahre 1477. Seine Inschrift lautet in der Übersetzung: „Dieser Stein, den ich gesetzt habe als ein Denkmal zu Häupten der Frau Peß, Tochter des Rabbi Menachem, die beerdigt wurde am 9. des Nisan am ersten (Wochen-)Tage des Jahres 237 nach der (gewöhnlichen) Rechnung. Es sei ihre Seele gebunden in den Bund des Lebens! Amen. Selah." Ebenfalls ins Germanische Nationalmuseum kam im 19. Jh. ein jüdischer Grabstein aus dem Eingang des Hauses Obstmarkt 20 (alt S. 984)[726]). Es ist ein Stein aus dem Jahre 1448 für die Jungfrau Sara, mit folgender Inschrift: „Hier ruht die würdige Jungfrau Sara — ihr Andenken sei gesegnet! Tochter des gelehrten Herrn Rabbi Baruch des Priesters, am ersten (Wochen-)Tage, den 13. (des Monats) Kislev des Jahres 209 nach der (gewöhnlichen) Rechnung im sechsten Tausend. Es sei ihre Seele eingebunden in den Bund des Lebens!" Beim Wiederaufbau der Mauthalle wurden im Jahre 1952 Bruchstücke von jüdischen Grabsteinen gefunden, ihre Inschriften ergaben aber nichts Aufschlußreiches[727]). Da die Mauthalle 1489—1502 errichtet wurde, stammen sie wahrscheinlich auch aus dem zweiten Judenfriedhof.

5. Kapitel

Nürnberg und die Juden in der Umgebung der Stadt vom Jahre 1500 bis zum Beginn des Absolutismus

1. *Die allgemeine Situation der Juden in der Zeit des Humanismus, der Reformation und der Gegenreformation*

Während die sich im 15. Jahrhundert häufenden Vertreibungen der Juden aus deutschen Städten und Gebieten zu Beginn des 16. Jahrhunderts sich auf weitere Territorien erstreckten (1509 Ausweisung der Juden aus Brandenburg, 1519 aus Regensburg, 1520 aus Rothenburg), hat im Bereich des Geisteslebens der Humanismus einen gewissen Umschwung in der Haltung gegenüber den Juden bewirkt. Reuchlin hatte — zunächst gegen den Widerstand der kirchlichen Autoritäten — dem Wert der hebräischen Literatur und des Studiums des Hebräischen Anerkennung verschafft. Er verfaßte eine hebräische Sprachlehre und wurde bei seinen Studien von dem jüdischen Leibarzt Kaiser Friedrichs III., Jakob Loans, unterstützt. Viele jüdische Flüchtlinge aus dem Norden fanden im Kirchenstaat Aufnahme und Toleranz. Einige von ihnen standen in enger Verbindung mit der italienischen Kultur der Renaissance, vor allem in Florenz. 1516 wurde im Reuchlin-Streit über die hebräische Literatur in Rom eine günstige Entscheidung gefällt. Päpste aus dem Hause Medici, Leo X. (1513—1521) und Clemens VII. (1523—1533), waren judenfreundlich, Leo X. erlaubte den Druck des Talmud. Von 113 hebräischen Inkunabeln entstanden 93 in Italien[728]).

Die reformatorische Bewegung war durch die Hinwendung zum Urtext der Bibel eng mit dem Humanismus verbunden, im weiteren Verlauf verbesserte sie die Lage der Juden in Deutschland aber in keiner Weise. Katholiken machten u. a. die Juden für die Entstehung des Protestantismus verantwortlich, Protestanten sahen im Juden „den potentiellen Papisten, Sektierer und Ketzer, der mit dem Teufel im Bunde" steht[729]). *Luthers* Stellungnahme zu den Juden wandelte sich. In seiner Schrift von 1523 „Daß Jesus Christus ein geborener Jude sei", in der er die Missionierung der Juden als Ziel sah, zeigt er viel Verständnis für ihre Lage. Sie seien behandelt worden „als waren es hunde" und unter solcher Missionierung wäre er selbst „ehe eyn saw geworden den ein Christen". Der Vorwurf des Wuchers müßte eigentlich die Christen treffen, die durch ihre Feindschaft und Gesetzgebung die Juden dazu getrieben hätten[730]). Luther glaubte, daß nach einem echten Gespräch mit den Juden, in dem ihnen das Alte Testament klar und von seinem in Christus erfüllten Ziel her ausgelegt werde, sie sich dem neuen Bunde anschließen würden[731]). Viele Juden empfanden Luthers Schrift als Anzeichen einer Wende. Holländische Juden schickten sie ihren gepeinigten Brüdern nach Spanien als Zeichen des Anbruchs einer neuen Zeit. Ab 1538 hören wir aber andere Töne von dem Reformator. In seiner in diesem Jahre erschienenen Schrift „Wider die Sabbater"[732]) und anderen Veröffentlichungen zur Judenfrage wendet er sich an die Obrigkeiten und empfiehlt neben der Predigt wieder die Ge-

waltanwendung. Der Jude wird vom Partner wieder zum Objekt herabgedrückt[733]). Den Höhepunkt von Luthers Judenfeindschaft zeigt jedoch seine Schrift von 1543 „Von den Juden und ihren Lügen"[734]). Er behauptet hier, Gott hätte ein Verdammungsurteil von letzter Gültigkeit über die Juden gefällt, und ruft zum Verbrennen der Synagogen, zum Zerstören ihrer Häuser, zur Wegnahme ihrer Bücher usw. auf. Das Alte Testament weise auf Christus, man solle es daher den Juden entwinden.

Luthers Haltung sollte für die Ausbreitung der Judenfeindschaft in der Neuzeit nicht ohne Folgen bleiben. Der Landgraf von Hessen und Luthers Landesherr, der Kurfürst von Sachsen, erließen Ausweisungsbefehle. Nur der „Befehlshaber" der deutschen Judenschaft, Josel von Rosheim, der von einer Versammlung von Abgesandten der deutsch-jüdischen Gemeinden in Günzburg 1529 als Anwalt der Juden gewählt worden war[735]), konnte durch sein Eintreten für seine Glaubensbrüder die Ausweisung verhindern[736]).

Luthers zeitgebundene Haltung wurde später von den Landeskirchen offiziell nicht übernommen und vertreten. Seine Schrift von 1543 wurde aber im Nazistaat verbreitet und kommentiert. Wenn auch die Nazis die Kirchen bekämpften, so scheuten sie sich doch nicht, Äußerungen von Kirchenführern in ihrem Sinn zu verwenden. Bei dem Verhör vor dem Internationalen Gerichtshof in Nürnberg am 29. April 1946 berief sich Julius Streicher ausdrücklich auf Luther[737]).

Der führende Theologe der Reformationszeit in Nürnberg, Andreas *Osiander*, folgte jedoch dem Reformator nicht in seiner Judenfeindschaft. Kurz nach 1529 bzw. 1540[738]) verfaßte er eine Schrift mit dem Titel: „Ob es war und glaublich sey, daß die Juden der Christen Kinder heymlich erwürgen und ihr Blut gebrauchen". Er trat damit auf christlicher Seite als erster gegen die Blutbeschuldigung l i t e r a r i s c h auf und deshalb kommt dem Büchlein, das damals anonym und ohne Nennung des Druckortes erscheinen mußte, besondere Bedeutung zu. Er geht darin vor allem auf den Fall zu Pösing in Ungarn ein, dessen Graf seine 30 Juden, denen er stark verschuldet war, unter der Anklage des Kindsmordes habe verbrennen lassen. Osiander führt 20 Beweisgründe auf, die zeigen sollen, wie ungerechtfertigt die Blutbeschuldigung gegenüber den Juden (auch im allgemeinen) sei und wo die wahren Mörder der Kinder zu suchen seien. Interessant ist vor allem seine Schlußbetrachtung, in der er ausführt[739]):

„Ich wil aber dannocht auch anzeygen / wann man die verdechtigen thaeter finden woelt / wo man sie ongeferlich solt suchen / Nemlich.

Zum ersten / wer fleyssig acht zuhaben / ob der oberherr nicht ein seer armer geytziger tyrann / oder ein vertruncken / verspilt / oder verhueret / streuss guetlein / oder sunst ein vnzeytiger Krieger were.

Zum andern / wann der oberherr ye ein frumm / redlich / gotfoertig man were / ob nicht sein raeth / ampleut / hoffgesind / richter oder schoepffen / eins teyls solch leut weren / wie oben angezeygt ist.

Zum dritten / ob nicht pfaffen / oder münch da selbst / den schein grosser heyligkeyt zu erlangen / grosse wunderwerck / vnd newe walfarten an zu richten / begirig / oder sunst die Juden zu vertilgen seer geneygt weren.

Zum vierdten / ob nicht etlich vnterthanen / durch wucher / so tieff hindter die Juden seyn kommen / das / wo die Juden nicht vnter gehen / sie von heusslichen ehren kommen vnd entlauffen müssen . . .

Zum sechsten / ob nicht / das / oder der gleichen kinder / durch ongefarlich geschicht / vmb das leben seyen kommen / als wann dem wagner / oder seinem knecht / ein holtzbeyhel / on seinen willen auss der handt / oder vom stil gefarn were / vnd het das kindt troffen / vnd sie dann auss forcht / das nicht hetten doerffen offenbaren / sonder vollend also zugericht / das es die Juden moechten gezigen werden.

Zum sibenden / ob nicht vater vnd muoter / vnfleyssige nachlessige leut seyen / also das auss jrer schuld vnd verwarlassung / das kindt sich selbst etwo an einem messer erstochen / zu todt gefallen oder in einem wasser ertrunken were / vnd so sie das am ersten vnd allein gewar worden / ob nicht die muoter den vater oder sie beide die obrigkeyt / darzu schand vnd nachred aller menschen haben muessen foerchten / vnd darumb lieber woellen die sach also anrichten / das es den Juden auffgelegt werde / dann das man solt sagen / sie weren selbs an jrem aygen kindt schuldig. Vnd dise letzte zwey stück / acht ich meiner einfeltigkeyt nach / fast für den rechten vrsprung / Daher / diser / vnd alle der gleichen hendel kerkommen sein moechten / wiewol moeglich ist / es moechten ye zu zeyten der Juden reichtumb / vnd die andern vrsachen auch etwas darzu thuon / dann die Juden selbs / auss langer erfarung / eyn sprichwort gemacht haben. Ein reicher Jud / und armer Edelman / sein nicht guot bey einander."

Osianders Schrift wurde bei dem Prozeß gegen die Tittinger[740]) Juden, im Jahre 1540, die angeblich einen 3½jährigen Knaben ermordet hatten und die später wieder freigelassen wurden, von zwei Sulzbacher Juden dem Gericht überreicht mit der Bemerkung, daß der Autor ein lutherischer Geistlicher sei. Daraufhin verfaßte Dr. Johannes Eck von Ingolstadt, der Disputationsgegner Luthers von 1519, eine Gegenschrift mit dem Titel „Ains Judenbüechleins Verlegung" (Ingolstadt 1541) und griff Osianders Darlegungen scharf an und beschimpfte den Verfasser maßlos[741]). In der Judenfeindschaft waren also Luther und Eck Gesinnungsgenossen.

Osiander, Prediger an der St. Lorenzkirche, hatte sich in seinen humanistischen Studien mit der Kabbala beschäftigt, korrespondierte mit dem Hebraisten Elia Levita und nahm mit Erlaubnis des Rates (!) den jüdischen Schulmeister Wölfflein aus Schnaittach bei sich auf, der ihn in der hebräischen Sprache unterwies[724]).

Auch der Nürnberger Volksdichter *Hans Sachs*, der bei der Abfassung des Büchleins von 1527 „Ein wunderliche Weyssagung von dem Babstum . . .", gegen das der Rat eine scharfe Zensuruntersuchung vornahm[743]), mit Osiander zusammengearbeitet hatte, trug nicht zum Judenhaß und zur Judenverhöhnung bei, wozu er in seinen Fastnachtsspielen genügend Gelegenheit gehabt hätte. Sein Messiasspiel „Comedia mit XII Personen, das Christus der war Messias sei", zeigt eine Haltung der Menschlichkeit und bringt keinen bösartigen Ausfall gegen die Juden. Es wird darin ein Jude gezeigt, der mit einem christlichen Gelehrten über die Messianität Jesu diskutiert. Der christliche Gelehrte ruft die Worte der Propheten gegen den Juden auf, welche dessen Einwände widerlegen.

Dieser gibt sich schließlich traurig geschlagen und bittet um die Taufe, was dem allgemeinen mittelalterlichen Wunschdenken entsprach[744]). Im Gegensatz zu dem Spiel des Hans Sachs brachte z. B. das Endinger Judenspiel (auch aus dem 16. Jahrhundert) die Blutbeschuldigung vor[745]). Im Geistesleben der Reichsstadt hatte also die Reformation zumindest keine Verschärfung der Judengegnerschaft bewirkt.

Im politischen und wirtschaftlichen Bereich verlagerte sich der Schwerpunkt des jüdischen Lebens am Beginn der Neuzeit von den Städten in die Gebiete der *Territorialherren*. „Politisch waren die Juden nun wieder aus den städtischen Verbänden herausgelöst und aufs neue mit den fürstlichen und adeligen Herrn verbunden, die ihnen Schutz und Aufenthalt gewährten. Die ganze judenpolitische Entwicklung der spätmittelalterlichen Jahrhunderte war damit wieder rückgängig gemacht"[746]). Die Fürsten legten den Juden nicht die engen wirtschaftlichen Schranken auf, wie das die Zünfte und die patrizischen Stadtregierungen getan hatten; sie konnten sich allmählich allen Zweigen des Handels zuwenden, Landbesitz und Landwirtschaft allerdings blieben ihnen im allgemeinen auch jetzt versagt. Der Humanismus hatte auch bei den Fürsten eine gewisse Aufgeschlossenheit dem Judentum gegenüber gezeitigt, sie begannen Synagogen zu besuchen und neugierig zu sehen, was dort vor sich ging. Die Gründung von hebräischen Druckereien wurde gestattet[747]).

Der *Geldumlauf* in Europa verachtfachte sich annähernd durch die Ausbeutung des amerikanischen Goldes und die Wiederaufnahme des Silberabbaus in Tirol und im Harz. Der Kapitalzustrom wurde aber nicht mehr von den Juden, sondern von christlichen Kaufleuten (Fugger) aufgefangen. Die Kreditlage entspannte sich. Die deutschen Reichstage nach 1540 gewährten den Juden an Kapitalzinsen „um ein weniges mehr" als die christlichen Geldleiher zu nehmen, da ihre Erwerbsmöglichkeiten eingeschränkt waren. Der Zins für Juden und Christen lag im allgemeinen zwischen 5 und 10 Prozent. Im Jahre 1543 erwog man in Regensburg, ob man die Vertreibung der Juden rückgängig machen solle. Der Kaiser begünstigte das Vorhaben, es kam aber zu keiner positiven Entscheidung[748]).

Die Fürsten sahen es gerne, wenn ihre Juden an den „Ausländern", den Städtern, verdienten und in den Streitigkeiten um den Judenhandel setzten sich die Fürsten mit zunehmender Ausbreitung des Absolutismus immer mehr durch. Freilich spürten die Juden die engen Grenzen. „Man kann von der Hofmark Fürth aus, die sich durch den Zuzug von anderwärts ausgewiesenen Juden langsam zu einer Stadt entwickelt, nicht ebenso gut handeln wie in dem volkreichen Nürnberg, von Deutz aus nicht ebenso gut wie in Köln"[749]). Viele Juden aber schafften den Aufstieg zum privilegierten *Hofjuden* nicht. Sie wandten sich dem Hausierhandel zu, der in der Behördensprache auch als „Nothandel" bezeichnet wurde. Unter den vielen Kriegen, von denen Mitteleuropa von 1600 bis 1800 heimgesucht wurde, ging auch ein Teil der ländlichen Juden zugrunde, oder sie verarmten mit der Verelendung des Bauernstandes. Manche von ihnen wurden zu Marodeuren der Wirtschaft und beteiligten sich an der Kipperei, indem sie den Mehrbedarf an Geld durch Beschneidung der Münzen zu befriedigen suchten.

Einige Juden waren an dem Handel von Gütern aus der *Neuen Welt* beteiligt. Spanisch-portugiesische Juden flohen vor der Inquisition nach den Niederlanden und brachten von dort Waren nach Köln und Frankfurt. Nach einem zeitgenössischen Bericht stammten die meisten Schiffe, die Waren aus Amerika brachten, von Portugal und waren Eigentümer von „Neuchristen", von denen manche später zum Judentum zurückkehrten. Um 1600 kam es zu einer Maranen- (span. Judenchristen-)Niederlassung in Hamburg. Es zeigt sich hier eine interessante Parallele zum Mittelalter: Juden schaffen Güter heran, welche die einheimischen Kaufleute noch nicht oder nicht so günstig hereinbringen können[750]).

Die *Maßnahmen des Reiches* gegenüber den Juden spiegelten die divergierenden Interessen der Reichsstände wider. Einerseits suchten die Städte die jüdische Konkurrenz zu unterdrücken und manche Reichsgesetze von 1500 bis 1551 wandten sich gegen die Juden[751]). Durch eine kaiserliche Polizeiordnung, die 1530 in Augsburg aufgestellt wurde, sollte der „Judenwucher" unterdrückt werden. Wuchernde Juden durften von niemand im Reich „behaust, gehalten und gehandhabt" werden, ihnen sollte kein Geleit gegeben werden, kein Gericht sollte ihnen zur Erlangung von Wucherschulden Hilfe leisten. 1532 bestätigte der Regensburger Reichstagsabschied die Augsburger Bestimmungen, 1548 und 1551 wurden sie in Augsburg erneuert. Bei der Verfassung des Reiches war aber die Durchführung von Gesetzen gegen die Juden aussichtslos, wenn die Fürsten nicht gewillt waren, sie durchzuführen. Manche kaiserlichen Erlasse führten auch die Tradition des Judenschutzes fort. Ein Privileg von 1530 bestimmte, daß sie mit in den Landfrieden eingeschlossen seien. Sie sollten in ihrer Habe und Wohnung in Kriegs- und Friedenszeiten unbekümmert sein zu Wasser und zu Land. Sie durften „mit großem Zoll" passieren wie andere. Sie sollten sitzen, wo sie bisher gewohnt. Weil sie so große Abgaben leisten mußten, wurde es ihnen gestattet, mehr Zinsen zu nehmen als die Christen[752]). Im Jahre 1541 ließ der Kaiser ein Mandat ausgehen, daß bei 10 Mark lötigem Gold Strafe die Privilegien der Juden nicht verletzt werden dürften. Niemand sollte sie mit Auflegung von Zeichen, neuen Zöllen, Geleit und Sperrung der freien Märkte „beengen". Dem Rat der Stadt Nürnberg wurde das Mandat am 12. Oktober insinuiert[753]). Im Jahre 1536 setzte sich König Ferdinand bei der Stadt Nürnberg in einem Intercessionsschreiben für drei Juden ein, um ihnen die Wahrnehmung ihrer Kaufmannsgeschäfte zu ermöglichen[754]).

Eine Verschlechterung der Lage der Juden brachte die *Gegenreformation* mit sich. Von der Kurie ging eine neue Unterdrückungspolitik aus, 1553 kam es zu Talmudverbrennungen. Papst Paul IV. (1555—1559) erneuerte 1555 in seiner Bulle „Cum nimis absurdum" die mittelalterlichen Einschränkungen (das Leben im Ghetto, die Vorschrift des Tragens von gelben Hüten zur Kennzeichnung, Ausschluß aus den akademischen Berufen, Verbot, Grundbesitz zu erwerben usw.). Die Vorschriften wurden in allen katholischen Ländern befolgt. Als Antwort auf die Beschlüsse einer Versammlung von führenden Juden aus dem ganzen Reich, die 1603 während der Frankfurter Herbstmesse stattgefunden hatte, und durch die sich der Kaiser in seinen Rechten mißachtet fühlte, setzte er am 16. Februar 1606 eine kaiserliche Kommission ein, als deren Leiter der Erzbischof von Mainz Johann Schweigkhardt berufen wurde. Sie sollte Untersuchungen über

Unrechtmäßigkeiten der Juden anstellen und dem Erzbischof wurde dabei volle Freiheit zum Zitieren der Juden, zur Gefangensetzung und zur peinlichen Befragung gelassen. Eine Appellation an den Kaiser wurde untersagt. Alle Stände mußten die Kommission unterstützen, sie durften ihre Juden nicht schützen, wenn diese vor die Kommission zitiert wurden. Das Gut der Juden wurde konfisziert, bis sie sich dieser gehorsam gezeigt hatten[755]).

2. *Das Aufblühen der Judengemeinde in Fürth und die Stellung Nürnbergs zu den Fürther Juden*

Nach der Ausweisung von 1498/99 war der Rat der Reichsstadt Nürnberg bemüht, die Festsetzung von Juden in der engeren und weiteren Umgebung Nürnbergs zu verhindern, ja er versuchte sogar, bei anderen Reichsstädten seinen Einfluß dahingehend geltend zu machen, daß diese ihre Juden vertreiben sollten. Auf sein Betreiben ging es zurück, daß die Ausgewiesenen in der Reichsstadt Windsheim keine Aufnahme finden konnten[756]). 1513 übermittelte der Nürnberger Rat der Stadt Weißenburg einen ausführlichen Bericht über die Vor- und Nachteile der Judenausweisung in Nürnberg und betonte, daß die Vorteile überwiegen würden. Er gab der Stadt den Rat, sich auch ihrerseits der Juden zu entledigen und gab im Jahre 1519 Empfehlungen, wie Weißenburg die Ausweisung am besten ins Werk setzen könne[757]). Als es 1520 in der gleichen Stadt zu Übergriffen gegen Juden kam und sie die Stadt verlassen mußten, schickte Nürnberg den Entwurf eines Schreibens an den König nach Weißenburg und empfahl, wie diesem die Ereignisse möglichst diplomatisch dargelegt werden sollten. Im gleichen Jahr fragte Weißenburg beim Nürnberger Rat an, was er von dem Plan halte, in die Synagoge eine Kapelle einzubauen[758]). Im Jahre 1519 nahm der Rat auf eine Anfrage Rothenburgs zu den Austreibungsplänen dieser Stadt Stellung und erteilte Ratschläge[759]). 1520 sandte Nürnberg Kopien seiner Ausweisungsprivilegien an Donauwörth und 1553 auch an Nordhausen, an Städte, die sich ebenfalls ihrer Juden entledigen wollten[760]).

Die in der Reformationszeit in Nürnberg abgehaltenen *Reichstage* mit ihrer großen Zahl fremder Fürsten, deren Gesandten und Anhang, die eine strenge Kontrolle sehr erschwerte, bereitete den judenfeindlichen Stadtvätern manche Sorgen. Beim Reichstag von 1522 wandte sich der Rat an den Marschall von Pappenheim mit der Bitte, dafür Sorge zu tragen, daß ohne Vorwissen der Stadtregierung keinem Juden Geleit in die Stadt gegeben werde, der nicht vor dem Reichsregiment oder dem Kammergericht Geschäfte zu erledigen habe[761]). Schließlich verlangte der Rat von jedem Juden, der in die Stadt wollte, einen vom König oder dem Regiment ausgestellten Ausweis. Wer ohne einen solchen angetroffen wurde, mußte die Stadt innerhalb von drei Tagen verlassen. Die anderen mußten einen Eid ablegen, daß sie während ihres Aufenthaltes sich „aller Hantierung, Wucherns und Wechsels" enthalten würden. Am 23. Januar 1523 forderte der Rat vom Regiment für jeden Juden in der Stadt ein Abzeichen, damit man sie besser beaufsichtigen könne[762]). Auch zum Reichstag von 1542 wurde die Stadt den Juden grundsätzlich nicht geöffnet[763]).

Fremden Untertanen konnte der Rat auch in der Stadt Geschäfte mit Juden nicht verbieten, 1527 untersagte er aber den eigenen Bürgern alle Verträge und

Zinsgeschäfte mit Straßburger Juden, die damals offenbar in die Stadt hereinkamen[764]). Alarmiert waren die Stadtväter jedoch 1528, als sie erfuhren, daß Markgraf Georg der Fromme Juden in *Fürth* aufnehmen wolle. Sie fürchteten, daß Juden in solcher Nähe unter einem Nürnberg nicht gerade gewogenen Fürsten ihren Bürgern eine bequeme Möglichkeit zum Judenhandel bieten würden, dem sie nicht ohne weiteres steuern konnten. Am 9. Juli machten sie den Versuch, den Fürsten durch Vorbringen ihrer Bedenken von seinem Vorhaben abzuhalten. Er blieb jedoch vergeblich, schon am 17. April hatte sich der Jude Perman und seine Familie mit Erlaubnis des Fürsten in Fürth niedergelassen[765]). Zunächst wurde sein Aufenthalt auf sechs Jahre beschränkt, nach Ablauf dieser Frist jedoch verlängert. Er durfte an die markgräflichen Untertanen Geld ausleihen, Fremden gegenüber sollte er jedoch zurückhaltend sein, Geldhandel mit ihnen wurde ihm jedoch nicht verboten, der Markgraf stellte lediglich fest, daß er in einem solchen Falle nicht zur Hilfe für die Juden verpflichtet sei[766]). Im gleichen Jahre wurde noch ein anderer Jude in Fürth zu ähnlichen Bedingungen aufgenommen: Uriel Wolf aus Schwabach. Außerdem ließ der Markgraf noch in vielen anderen Orten Juden zu, so z. B. in Ansbach, Crailsheim, Roth, Windsbach und Langenzenn[767]). Zehn Jahre später, 1538, versuchte Nürnberg die Niederlassung des Juden Michel von Dornberg in Fürth wieder rückgängig machen zu lassen. Er war 1537 von Markgraf Georg mit seiner Familie und einem Faktor in Fürth aufgenommen worden, wo er verpflichtet wurde, für 600 Gulden ein Haus zu bauen[768]). Der Rat suchte einen Bundesgenossen in dem Bischof von Bamberg, den er um Unterstützung gegen Ansbach bat, außerdem wandte er sich mit seinem Einspruch wieder direkt an die markgräfliche Regierung und wies auf die Polizeiordnung des Reiches hin, die den Wucher der Juden verbiete[769]). Auch gegen Michel konnte jedoch die Stadt nichts ausrichten, was um so weniger zu verwundern ist, da dieser Finanzmann in Geldverkehr mit dem Kaiser, dem Pfalzgrafen bei Rhein und dem Herzog von Baiern stand und somit mächtige Beschützer hatte.

Die Zahl der Fürther Juden nahm aber auch weiterhin nur langsam zu, 1540 wird wieder eine Aufnahme erwähnt, 1542 die der Brüder Sambson und David[770]). Erst seit 1553 wurden die Niederlassungen zahlreicher, was wohl mit der Judenvertreibung im Herzogtum Baiern in Zusammenhang stand. Bei der Erfolglosigkeit der Proteste der Stadt Nürnberg blieb dem Rat zunächst nur wieder der Weg des Verbotes des Handels mit Juden gegenüber den eigenen Untertanen. Am 5. Februar 1538 untersagte er ihnen den Kauf von Fleisch bei den Fürther Judenmetzgern und gab vor, daß das Verbot der Sorge um die Gesundheit der Bürger entsprungen sei; am 30. Juni 1539 untersagte er Geschäfte aller Art mit Juden. Innerhalb von zwei Monaten mußten bei Strafe an Leib und Gut alle Pfänder eingelöst und alle Verträge mit ihnen aufgehoben sein[771]).

Einen schweren Schlag für die Nürnberger Bemühungen bedeutete die Aufnahme des Juden Heimann aus Regensburg in dem Nachbarort im Jahre 1538 durch die Dompropstei *Bamberg*, die ebenfalls in Fürth Grundherrnrechte besaß. Heimann hatte eine namhafte Summe Geldes an Bamberg geliehen und dies war für den Bischof Grund genug, die Interessengemeinschaft mit Nürnberg in bezug auf die Juden zu lösen. Die Juden brachten Bamberg soviel Nutzen,

daß 1566 bereits vier Familien unter dompropsteilicher Herrschaft standen. Um 1582 zählte die Gesamtgemeinde der Juden in Fürth bereits 200 Glieder und sie besaß um diese Zeit wohl schon einen eigenen Friedhof, wenigstens für die unter Bamberg stehenden Gemeindeglieder[772]). Den Juden Fürths kam besonders zustatten, daß in diesem Ort Ansbacher und Bamberger Interessen aufeinanderstießen und keine der beiden Seiten der anderen Vorteile in bezug auf den Judenhandel gönnte. So kam es, daß die Fürther Juden von den verschiedenen Ausschaffungsverordnungen, welche die markgräfliche Regierung (vor allem auf Drängen des Landtags) in den sechziger Jahren erließ, ausgenommen wurden[773]).

Der Nürnberger Rat hatte in dieser kritischen Zeit wieder verschiedene Schritte unternommen, um den *Judenhandel* zu unterbinden. 1548 und 1550 wurden den Juden die Vorstädte Gostenhof und Wöhrd gesperrt[774]), 1551 wandte sich die Stadt an den Regenten und die Räte in Ansbach und beklagte, daß die Juden aus Fürth, Farrnbach und Zirndorf zu den Stadttoren hereinkämen um zu handeln, und forderte ein Verbot; 1552 und 1554 unternahm der Rat wieder vergebliche Versuche, von Markgraf Georg Friedrich die Entfernung der Juden aus Fürth zu erreichen[775]). In den Jahren 1558 und 1566 ließ der Rat erneut Mandate an die Bürgerschaft ausgehen, die den Judenhandel bei Strafe verboten, 1566 wurde die Buße auf zehn Gulden festgesetzt. Wie begehrt der Judenhandel war, zeigt die Tatsache, daß Nürnberger Bürger Juden in ihre Gärten vor den Stadttoren kommen ließen, um dort mit ihnen Geschäfte abzuschließen[776]).

In den Jahren 1564/65 kam es zu einer interessanten Kontaktaufnahme zwischen dem Fürther Gemeindepfarrer Fabricius und dem Nürnberger Rat[777]). Fabricius hatte an den Bamberger Dompropst und an den Markgrafen geschrieben und sich über das Verhalten der Fürther Juden und ihren Handel beschwert und außerdem judenfeindliche Predigten gehalten. Der Pfarrer wurde daraufhin von dem Amtmann Friedrich Joachim von Seckendorf scharf getadelt und ihm Anstiftung zum Aufruhr vorgeworfen. Fabricius suchte sich Rückendeckung beim Nürnberger Rat zu verschaffen und berief sich auf den Pfarrer von St. Lorenz, Schelhammer, der ihn zu seinem Tun ermuntert habe. Fabricius wandte sich nun um Hilfe an den Ratsherrn Hieronymus Paumgartner. In seinem Brief an diesen vom 23. Oktober 1564 beruft er sich auf Luther und greift den Vorwurf der Brunnenvergiftung durch die Juden wieder auf. Der Nürnberger Rat taktierte nun sehr vorsichtig. Am 24. Oktober wurde ein Schreiben an die Fürther Gemeinde entworfen und sie zur Geduld aufgefordert. Nürnberg wolle sich bei Gelegenheit der Sache annehmen, der Pfarrer von Fürth solle die Laster der Juden und der Christen angreifen, aber nicht zur Tathandlung auffordern. Am 6. November beschloß der Rat, die Angelegenheit den Rechtsgelehrten zur Begutachtung zu unterbreiten. Außerdem nahm sich Marx Tucher der Sache an und untersuchte die Verhältnisse der Fürther Gemeinde. Deren Pfarrer hatte sich vor allem auch darüber beklagt, daß er wie die Vertreter der Judengemeinde „zur Gemeinde gefordert" werde. Tucher erfuhr nun, daß die Juden deshalb Vertreter entsenden durften, weil sie Eigenhäuser hatten. Für die Verhältnisse der Zeit war es tatsächlich einmalig, daß zwei ständige Deputierte der Juden in der Gemeindeversammlung Fürths vertreten waren. Interessant sind auch das Schreiben der jüdischen Gemeinde an Pfarrer Fabricius vom 15. Oktober, in

dem sie sich gegen die von ihm erhobenen Vorwürfe verteidigte, und der Brief des Amtmanns, der am 16. Oktober den Pfarrer belehrte, er habe der Obrigkeit keine Vorschriften zu machen, wen sie in ihren Schutz nehmen dürfe. Im August 1573 gelang es dem Nürberger Rat gegen den Judenhandel einen gewissen Erfolg zu erzielen, indem er von Kaiser Maximilian II. ein *Privileg* erhielt, das eine neue Rechtsgrundlage schuf[778]). In Zukunft sollten nur mit Einwilligung des Rates gewährte Darlehen, Verpfändungen, Verschreibungen, Geschäfte auf Treu und Glauben, Tauschgeschäfte und jede Art von Verträgen mit Juden Gültigkeit haben. Durch Mittelspersonen getätigte Geschäfte wurden für rechtswidrig erklärt. Das Privileg nahm von dem allgemeinen Verbot des Judenhandels nur aus, „was zu täglicher Nahrung und Notdurft von fahrender Habe und barem Gelde erkauft wurde, auch die freien und aufrichtigen Hantierungen und Comercien in den freien und offenen Jahrmärkten". Im Gegensatz zur mittelalterlichen Praxis mußte gekauftes Diebsgut ohne Entschädigung zurückgegeben werden, wenn es als solches nachgewiesen wurde. Die Juden mußten außerdem alle Schulden Nürnberger Untertanen anmelden, taten sie dies nicht, sollten ihre Forderungen von keinem Gericht mehr eingeklagt werden können. Für alle in Zukunft gewährten Darlehen wurde die Nichteinklagbarkeit festgelegt, da Geldgeschäfte Nürnberger Untertanen mit Juden grundsätzlich für ungesetzlich erklärt wurden. Verstöße gegen die genannten Verordnungen sollten mit zehn Mark lötigen Goldes, die an die Reichskammer abzuführen waren, gebüßt werden. Den Nürnberger Untertanen wurde das neue Privileg durch Mandat bekannt gemacht und 1575 erneut eingeschärft. Von diesem Jahr ab wurde es jährlich von den Kanzeln verlesen, um es auch den des Lesens unkundigen Bauern einzuschärfen[779]).

Noch im gleichen Jahr der Ausstellung des Nürnberger Privilegs ließ sich die Dompropstei vom Kaiser das Recht der Judenaufnahme in Fürth bestätigen, ein Protest Nürnbergs bewirkte nur, daß dieses Privileg bis 1574 aufgeschoben wurde; ein ähnlicher Versuch vom Jahre 1582 mißlang ebenfalls, auch der Einspruch von 1585, durch den der Bau eines neuen Judenhauses in Fürth verhindert werden sollte[780]). Die Verhältnisse hatten sich inzwischen in gewisser Beziehung verkehrt. Hatten vorher die Nürnberger bei Bamberg Hilfe gegen den Markgrafen gesucht, so wollten sie nun mit Hilfe Ansbachs gegen den Dompropst vorgehen. Auf Drängen der Landstände hin, welche die jüdische Konkurrenz ausschalten wollten, sagte die markgräfliche Regierung 1584 und 1608 die Entfernung der Juden zu, 1609 wurde aber der Ausweisungsbefehl wieder zurückgenommen und seit dieser Zeit hatten die Juden eine bleibende Heimstätte im Fürstentum[781]).

Die Durchführung des Nürnberger Privilegs von 1573 begegnete großen Schwierigkeiten und noch im Jahr der Ausstellung kam es zu einer langwierigen Auseinandersetzung zwischen Stadt, Markgraf und Dompropst[782]). Die Beteiligten wandten sich dabei immer wieder an den Kaiser zur Durchsetzung ihres Standpunktes und zur Anerkennung ihrer Privilegien, die sich teilweise widersprachen. Der Propst erwähnte dabei, daß Darlehensnehmer von Nürnberger Bürgern viel mehr ausgesaugt würden als von den Juden, da sie bis zu 30 % Zinsen nähmen. Nürnberg pochte auf sein Privileg von 1573, die Juden auf ihre

älteren Rechte und die Reichskonstitution. Zur Untermauerung ihrer Position schickten die Fürther Juden Abschriften ihrer Privilegien an den Nürnberger Bürgermeister. Der dompröpstliche Amtmann, die Räte des Markgrafen und der Burggraf zum Rothenberg (für die Schnaittacher und Ottensooser Juden) verweigerten das Pfänder- und Schuldenverzeichnis ihrer Juden, das nach dem Nürnberger Privileg der Stadt hätte zugestellt werden müssen. Das Ergebnis der Verhandlungen ist nicht ganz klar, mit dem Dompropst scheint es im Jahre 1575 endlich zu einer gütlichen Einigung gekommen zu sein.

Im Jahre 1583 ergaben sich aber wieder Spannungen mit Bamberg wegen der Fürther Juden[783]). Diesmal suchte Bischof Marquard von Augsburg zu vermitteln und schlug dem Rat eine gütliche Regelung vor. Dieser forderte aber wieder die Ausweisung, die Polizeiordnung von 1577 und andere Reichskonstitutionen gäben eine Handhabe dazu. Der Bischof antwortete, die Juden wohnten seit alters in Fürth und hätten ihre Häuser nicht gemehrt; würden sie den Nürnberger Bürgern Schaden zufügen, so würde ihnen auf Beklagen sicher geholfen werden. Dem Rat war aber weniger an der Entscheidung in Einzelfällen, sondern an der Vertreibung der Juden aus dem ganzen Nürnberger Raum gelegen.

Immer wieder klagten Nürnberger Goldschmiede, daß ihnen Waren gestohlen und bei den Juden in Fürth versetzt worden seien, der Rat bemühte sich dann um die Rückgabe[784]). Der Fürther Amtmann verlangte aber die schriftliche Bestätigung, daß das entwendete Gut dem Kläger auch tatsächlich gehörte und er bestohlen worden war. So mußte Wenzel Jamnitzer 1577 erst Personen stellen, „welche umb disen diebstal eigentlich wissen tragen", bevor ihm der Rat die Urkunde ausstellen konnte[785]). Andererseits trat der Fürther Amtmann auch für die dortigen Juden auf, wenn ihnen ihre Schulden nicht bezahlt wurden[786]) oder wenn Juden betrogen worden waren, wie z. B. 1592 die Witwe des Juden Raphael Michel, der man vergoldete Becher für echt goldene versetzt hatte[787]). 1620 wurde im Rat verlassen, daß die „Aufbieter", welche die Juden in der Stadt begleiten mußten, besonders auf deren Edelmetallkäufe ein Auge haben sollten, damit „golt und silber bey gemainer statt bleibe", außerdem hieß es, „weil auch hiebey furkummen, das den juden viel silbers hinab gen Fürth getragen werde, soll man darauf gute kuntschafft machen"[788]).

Durch die Verhältnisse des *30jährigen Krieges* traten die Fürther Juden in besondere Beziehung zu Nürnberg. Die Stadt war unter dem Zwang der Umstände auf die Seite Gustav Adolfs getreten und erhielt dafür ihre Reichsfreiheit garantiert, dazu bekam sie eine Menge geistlicher Besitzungen zugewiesen, darunter auch die dompropsteilichen Güter und damit den Großteil der Fürther Juden. Diese wandten sich mit der Bitte um Schutz in der Stadt an den Rat, da sie sich den kriegerischen Verwicklungen besonders ausgesetzt fühlten[789]). Die „Älteren Herrn" der Stadtregierung waren dazu nicht ganz abgeneigt, da sie daraus Kapital zu schlagen hofften. Gegen ein Darlehen von 20 000 Gulden sollte den Juden Schutz gewährt werden, wegen der hohen Leistungen an den Schwedenkönig hätte man eine solche finanzielle Hilfe gut gebrauchen können. Der Ratskonsulent Dr. Richter warnte aber in seinem Gutachten vor einem solchen Schritt, die Stadt würde damit dem mit soviel Aufwand erreichten Privileg Kai-

ser Maximilians direkt zuwiderhandeln und außerdem ihre ganze bisherige Judenpolitik verleugnen. Der Rat öffnete sich diesen Argumenten und wies das Gesuch der Juden ab, nachdem diese am 23. Mai ihre Bitte wiederholt hatten und im äußersten Notfall wenigstens in Gostenhof und Wöhrd, den befestigten Vorstädten, eine Zufluchtsstätte zu finden hofften. Die Stadtregierung gestattete ihnen schließlich am 5. Juni, ihre Habe bei der Gefahr kriegerischer Verwicklungen in Gostenhof und Wöhrd unterzubringen, ihnen selbst wurde aber die Aufnahme verweigert. Jakob Tetzel, der Vertrauensmann des Rates beim Schwedenkönig, wurde angewiesen, darauf bedacht zu sein, daß die Juden nicht bei diesem selbst ihre Aufnahme in die Stadt erwirkten, er solle zu diesem Zweck mit dem königlichen Sekretär Sattler Verbindung aufnehmen.

Die schutzlosen Juden bekamen die Grausamkeiten des Krieges besonders zu spüren und einen Monat später, am 7. Juli 1632, erschien vor den Toren der Stadt eine besonders Mitleid erregende Schar. Dreißig Juden, Männer, Frauen und Kinder erbaten Unterkunft für eine Nacht. Sie waren von Kroaten überfallen und ausgeplündert worden, ein Teil von ihnen war getötet, ein anderer verschleppt worden. Die Bewohner Gostenhofs erbarmten sich der Armen und nahmen sie am Samstag, dem 7. Juli, auf. Der Unterpfleger Georg Sebastian Starck erstattete dem Rat am darauffolgenden Montag Bericht und bat um Weisung, was mit den Flüchtlingen weiter geschehen solle. Der Rat ließ sofort nachforschen, ob sich unter ihnen nicht solche Juden befänden, die er wegen ihrer angeblichen Umtriebe gegen die Stadt festnehmen lassen wollte. Dem Schwedenkönig gegenüber hatte er schon vorher behauptet, die Fürther Juden Koppel, Mosche und Schlenker hätten Anschläge gegen die Stadt unternommen. Deren Waren hatte der Rat bereits auf dem Zollhaus beschlagnahmen lassen[790]). Die Gesuchten waren aber nicht unter den Flüchtlingen und die Stadtväter ordneten daraufhin an, daß die Juden unverzüglich auszuweisen seien. Sie versprachen auch sofort aufzubrechen, nachdem es ihnen gelungen war, vom Schwedenkönig einen Geleitbrief nach Schnaittach zu bekommen, wo schon lange eine Judengemeinde bestand.

Da die Juden, welche ihre Habe in Gostenhof und Wöhrd untergebracht hatten, immer wieder einmal in die Vororte kamen, verdächtigte der Rat einige von ihnen 1634 der Spionage und ließ durch den Waagmeister am Zollhaus die Besitzer des Judeneigentums in einem Namensverzeichnis zusammenstellen. Der drohenden Festnahme konnten sich die Juden jedoch durch die Flucht entziehen, da sie gewarnt worden waren[791]).

Trotz der bisherigen Erfahrungen versuchten die Juden noch in den Jahren 1636, 1637 und 1641 in den Mauern der festen Stadt Schutz vor den Kriegsgreueln zu finden, doch alle Bemühungen waren vergeblich[792]). Nach dem abschlägigen Bescheid vom Oktober 1641 wandten sie sich im November des gleichen Jahres an den Komtur des Deutschherrnordens in der Stadt und baten, daß sie sich „auf der Teutschen Ordensblaich" (Deutschherrnbleiche, Weiler, im 19. Jahrhundert zur Gemeinde Sündersbühl gehörig) in seinen Schutz begeben dürften. „Weil die beklemmten Zeiten eine solche Nachbarschaft mißrieten, so wurden die Juden angewiesen, wie sie sich, gleich der Stadt und ihren Bürgern, in die Zeit zu schicken und das Uebel mit Geduld zu tragen hätten"[793]). Niemand wollte sich

in diesen Kriegsläuften mit Juden belasten, sie hatten keinen Ort, wo sie unter einigermaßen sicherem Schutz das Ende der Schrecken hätten abwarten können.

Nach dem 30jährigen Krieg entschied die Reichsfriedenskommission zuungunsten Ansbachs, das die Dompropstei Bamberg gerne aus Fürth verdrängt hätte. 1651 wurde entschieden, daß der Markgraf die Propstei in der Ausübung der vogteilichen Obrigkeit nicht hindern dürfe. Welche für die damalige Zeit in ganz Deutschland einzigartige Stellung die Juden sich in Fürth durch die Rivalität zwischen Bamberg und Ansbach erringen konnten, zeigt die Gemeindeordnung Fürths von 1652, die es für nötig hielt zu verbieten, daß ein Jude Bürgermeister wurde! Das Recht der Judenschaft, zwei Vertreter in den Gemeinderat zu entsenden, blieb unangetastet und zeigte die Möglichkeit, den Juden eine gewisse Gleichberechtigung als Bürger zu gewähren.

3. Nürnberg und die anderen Juden der Umgebung

Viel weniger Sorgen als die Fürther Juden bereiteten dem Nürnberger Rat die nach der Ausweisung aus Nürnberg in bayerischen Gebieten im Osten der Stadt untergekommenen Juden. Sie hatten sich in *Schnaittach, Ottensoos* und *Hüttenbach* niedergelassen und unterstanden dort dem Burggrafen vom Rothenberg[794]). Die Juden der genannten Orte gehörten zeitweilig zum Sprengel des Fürther Oberrabbiners[795]). Wegen der größeren Entfernung zu Nürnberg konnten die Bürger der Stadt mit ihnen nicht so leicht Geschäftsbeziehungen aufnehmen, dagegen waren die Nürnberger Untertanen in den Pflegämtern Lauf und Hersbruck Kunden der Juden, der Rat bemühte sich jedoch, auch diesen Judenhandel zu unterbinden oder mindestens zu erschweren. Schon im Jahre 1502 kam es zu einem Konflikt mit den Juden Ysaak und Feifelmann von Schnaittach, die Nürnberger Bürger wegen Schuldforderungen verklagt hatten. Der Rat verhörte seine Bürger und teilte dem Burggrafen zum Rothenberg, Christoph von Sparneck, die Ergebnisse der Untersuchung mit. — Da Lorenz Betz seine Güter den Schnaittacher Juden Gotz und Secklin verpfändet hatte, wollten diese nach seinem Tode die Besitzungen an sich nehmen. Der Rat erklärte 1518 gegenüber dem Burggrafen, daß er dies nicht zulassen werde. Die Juden könnten den Besitz von einem christlichen Anwalt zu ihrem Nutzen verwalten lassen, nach einem Jahr müßten die Güter aber auf jeden Fall verkauft werden[796]). Daß auch Nürnberger Handwerker bei Schnaittacher Juden Pfänder versetzten, geht aus Hans Sachs' Fastnachtsspiel „Die sechs Klagenden" hervor, in dem die einzelnen Stände ihre Sorgen vorbringen. Ein Handwerker klagt:

> Losung und Hauszins tut mich drucken,
> Deshalben mein Werkzeug und Beth
> Zu Sneitach untern Jüden steht.

Im Jahre 1532 versuchte der Rat den Juden das Betreten der Stadt Lauf zu verbieten und beauftragte den dortigen Pfleger, Wolf Stromer, die Stellungnahme dieser Stadt zu den Plänen des Rates einzuholen[797]). Sieben Jahre später fragte Nürnberg bei dem Stadtmeister und den geheimen Räten von Schwäbisch Hall an, wie sich diese Stadt durch ein kaiserliches Mandat der um die Stadt wohnen-

den Juden habe entledigen können, da sich der Nürnberger Rat durch solche ebenfalls beschwert fühle.

1535/36 kam es zu einem langen Rechtsstreit mit *Amschel von Ottensoos*, der gegen Hans Hofmann zu Engelthal geklagt hatte. Da Amschel nach Angabe des Rates im Ruf eines Aufkäufers von gestohlenem Gut stand, ging die Stadt selbst gegen ihn vor, wollte aber nichts mehr unternehmen, wenn der Jude sich nicht mehr strafwürdig mache[799]). Als der Burggraf auf dem Rothenberg 1536 die Streitsache an sich ziehen wollte, widersprach der Rat, da der Fall nach seiner Meinung in den Bereich der Nürnberger Jurisdiktion falle[800]). Am 17. Dezember 1537 wurde Amschel in Nürnberg gehängt. Man warf ihm vor, gestohlenes Gut gekauft zu haben und mit den Dieben auf der Frankfurter und Leipziger Messe, in Antwerpen und Bergen (Norwegen) gewesen zu sein und ihnen Vorschüsse für ihre Diebstähle gegeben zu haben. Der Hinweis Amschels, daß Juden beim Kauf von gestohlenem Gut Sonderrechte genössen (wie dies im Mittelalter tatsächlich der Fall war, wenn der Jude von dem Diebstahl nicht gewußt hatte), wurde als Entschuldigung nicht angenommen[801]).

Im Jahre 1540 war gestohlenes Gut aus Nürnberg zu einem Schnaittacher Juden gekommen. Ein Mesner hatte aus der Wöhrder Kirche Bildwerke und Kelche gestohlen, darunter auch den „silbernen Barthel", eine Silberstatuette (heute im Germanischen Nationalmuseum Nürnberg). Der Rat entsandte einen Goldschmied mit „Fürschriften" an den Rothenberger Burggrafen und ließ bei den Schnaittacher Juden nachforschen. Das Kirchengut wurde gefunden und wieder ausgelöst, und da der Rat annahm, daß der Jude von dem Diebstahl gewußt habe, ließ er ihm nachstellen, um ihn nach Nürnberg zur Bestrafung zu bringen[802]). Solche Vorkommnisse führten natürlich wiederholt zu Streitigkeiten mit dem Rothenberger Burggrafen, bei dem sich die Stadt beklagte. Dieser erklärte dem Rat gegenüber einmal, die Juden hätten eher Dank als Vorwürfe verdient, da man bei ihnen die gestohlenen Güter wieder auslösen könne, während sie sonst außer Landes getragen würden[803]). 1562 bemühte der Rat seine Rechtsgelehrten wegen des dem Melchior Schedl gestohlenen Silbers, das der Nürnberger Goldschmied Hieronimus Schweitzer von einem Schnaittacher Juden gekauft hatte. Der Rat wollte wissen, ob Schweitzer dem Bestohlenen das Silber zurückgeben müsse oder nicht[804]).

Auch 1558 hören wir von Verwicklungen mit dem Burggrafen auf dem Rothenberg. Der damalige Träger dieses Amtes, Hans Joachim Stieber zu Buttenheim, hatte 1558 in Vorra einen Juden auf seine Güter gesetzt, worüber sich der Rat auf Grund seiner Privilegien beschwerte[805]). Der Burggraf wollte sich jedoch von der Stadt in diesem Punkt keine Vorschriften machen lassen und erklärte, die Polizeiordnung des Reiches stehe seinem Tun nicht entgegen, da die Ritterschaft in Franken Juden halten dürfe. Nun entschloß sich der Rat, selbst zu handeln, und befahl dem Pfleger von Hersbruck, den Juden festzunehmen, wenn er das Gebiet der Nürnberger Obrigkeit betrete. Aber erst 1562 gelang es, des Juden in Hersbruck habhaft zu werden. Er wurde nach Nürnberg geschafft, hier ins Lochgefängnis geworfen und endlich auf ewig des Landes verwiesen.

Im Jahre 1566 nahm der Rat wieder zu einem Rechtsstreit Stellung, der zwischen Cuntz Pletl aus Hersbruck und dem Juden Jecklein aus Ottensoos schwebte. Er stellte dem Burggrafen gegenüber fest, daß beide Strafe verdient hätten, der eine, weil er gegen das Verbot des Rates von dem Juden Geld geliehen, der andere, weil er Wucherzinsen verlangt habe[806]).

Wann immer Juden sich auf *Nürnberger Gebiet* niedergelassen hatten, sorgte der Rat, wenn er davon erfuhr, sofort für die Ausweisung. Der Besitzer des Schloßgutes Reichenschwand, Hans von Seckendorf, hatte in seinem Dorfe Juden aufgenommen und wollte sie auch behalten. 1515 zog der Rat Erkundigungen bei seinen Ratskonsulenten ein, ob die Stadt berechtigt sei, die Juden aus Reichenschwand zu vertreiben, und da das Gutachten dies bejahte, tat er dies auch. Im gleichen Jahre wollte Johann von Egloffstein in seinem Dorf Henfenfeld Juden neu ansiedeln und bat den Rat für diese um Erlaubnis, in den „nürnbergischen Flecken" (den kleinen Städten des Landgebietes, z. B. Altdorf, Lauf, Gräfenberg usw.) Handel treiben zu dürfen. Der Rat lehnte ab, er wollte sie weder in Nürnberg noch in den Landstädtchen dulden[807]). 1549 verlangte er von Gramlieb und Conrad Waldstromer zu Reichelsdorf, daß sie für den Wegzug einiger Juden und Jüdinnen, die sich mit Genehmigung der Waldstromer auf der Forsthube in Reichelsdorf niedergelassen hatten, Sorge tragen müßten[808]). Am Anfang des 17. Jahrhunderts kam es dem Rat zu Ohren, daß der bambergische Jude David zu Dormitz in einem „Hofkasten" eine Wohnung mit Stube, Kammer und Feuerstätte errichtet hatte. Da Nürnberg die Landeshoheit über den Reichswald innehatte, lud der Rat den Juden vor das Forstgericht in die Stadt und forderte ihn zum Abbruch seiner Wohnung auf, was dieser am 18. Januar 1603 auch zu tun versprach[809]).

Aufschlußreich sind auch die Gesuche um *Geleit* an die Stadt, soweit wir sie in den Quellen erfassen können. Es ist dabei auffallend, daß den meisten Juden aus dem Herrschaftsbereich des Rothenbergs Geleit gewährt wurde, während es nur in einem einzigen Fall einem Juden aus der Markgrafschaft zugestanden wurde, nämlich Itzig von Erlangen, der 1513 für einen Tag nach Wöhrd kommen durfte[810]). Im Jahre 1526 wurden Frau und Sohn des Juden Symon aus Schwabach eine Zeitlang in Nürnberg festgesetzt, weil sie ohne Geleit in die Stadt gekommen waren und dort gegen Pfänder Geld geliehen hatten. Vorher hatten es die beiden legal versucht und durch den Pfleger von Schwabach Geleit erbitten lassen, das ihnen aber „auß vill ursach" abgelehnt worden war. Der Rat gab in seinem Antwortschreiben an, daß er nicht willens sei, geschäftliche „Gemeinschaft" seiner Bürger mit Juden zuzulassen. Bei der Entlassung aus der Haft mußten sich die beiden verpflichten, Stadt und Gebiet Nürnbergs nicht mehr Geschäfte halber zu betreten. Die Schwabacher Behörde wurde gebeten, ihren Juden bekannt zu machen, daß sie auf Nürnberger Gebiet nichts zu suchen hätten[811]). Im Jahre 1540 teilte man dem Amtmann von Schwabach mit, man wolle zwar dem Anwalt der Jüdin Abraham Unterstützung gewähren, ihr selbst könne man aber das Betreten der Stadt nicht erlauben[812]), 1560 mußte sich Jacob von Roth in Nürnberg auch durch einen Anwalt vertreten lassen[813]), dieselbe Mitteilung erhielt der Markgraf Georg Friedrich 1564 für denselben Juden[814]). Wenn Schnaittacher oder anderen Juden aus dem Herrschaftsbereich des Rothen-

bergs Geleit gegeben wurde, so doch im allgemeinen nur für einen Tag, wie z. B. Zacharias 1502, Samuel 1507, Salman 1507 (zum Arzneikauf), Seckle 1522, demselben 1525, Samuel und Joseph 1526 (für einen Gerichtstag), Perlein 1526, Joseph 1528 und 1529 (zum Bauerngericht) usw.; 1537 wurde Perlein das Geleit abgelehnt[815]). Außerdem wurde Geleit gewährt: 1506 zwei Juden des Dachsbacher Amtes (Neustadt/Aisch) zum Einkauf, 1510 für den Juden des Conrad Hutten (mit der Bitte, in Zukunft keine Aufenthaltserlaubnis für Juden mehr zu begehren), 1525 Selig und Leb zu Adelsdorf (Höchstadt/Aisch), 1564 Colman an der Pforten (unter der Herrschaft der Stadt Frankfurt), 1564 Mosche (auf Bitten des Landrichters in Sulzbach) und anderen[816]).

Aufschlußreich ist auch, aus welchen anderen Herrschaftsgebieten Juden kein Geleit gewährt wurde und mit welcher Begründung (wir beschränken uns dabei auf einige Beispiele): Ysrael Manko aus der Oberlausitz: Man habe zu viele schlechte Erfahrungen gemacht und andere Herren hätten Bitten um Geleit für Juden auch schon abgeschlagen. 1537 Ysrael und Abraham Manko (diesmal nach dem Geleitsbegehren des obersten Landrichters des Königreichs Böhmen): Man habe im vergangenen Jahr beschlossen, keine Juden mehr Nürnberg betreten zu lassen (was aber nicht durchgeführt wurde). 1552 dem Juden Haym (nach einem Geleitsgesuch des Grafen Philipp zu Eberstein). 1552 Salomon, Diener des Marschalls von Pappenheim: Er darf in der Stadt keine Rüstung für seinen Herrn kaufen. 1561 Schmiel (Gesuch Heinrichs von Pappenheim). 1566 Mendel: Der Freiherr zu Schwarzenberg möge durch andere Leute einkaufen lassen[817]).

4. Der Judenhandel im 16. und 17. Jahrhundert

Außer dem in dem Kaufverbot des Rates von 1538[818]) erwähnten Fleischhandel der Fürther Juden und dem Kauf eines Diamantringes durch den Nürnberger Leonhard Hofmann von den im Herrschaftsbereich des Burggrafen auf dem Rothenberg lebenden Juden Joseph und Samuel[819]), sind keine Zeugnisse vorhanden, daß die Geschäftstätigkeit der Juden im 16. Jahrhundert im Nürnberger Gebiet sich wesentlich über den *Geldhandel* hinaus entwickelt hatte. In einigen Briefen aus der Mitte des 16. Jahrhunderts schreibt der Rat zwar allgemein vom „Handel" der Juden, wenn man diese Fälle aber im Zusammenhang mit den übrigen Quellenzeugnissen sieht, so geht man sicher nicht fehl, auch hier Geldhandel anzunehmen. Die vom Kaiser 1498 angeregte Pfandleihbank wurde nicht realisiert, so daß weiterhin ein Bedürfnis für die Geldleihe der Juden bestand. Es ist auffallend, daß der Rat etwa bis 1540 durchaus gewillt war, sich für die ordentliche Begleichung der Schulden Nürnberger Bürger einzusetzen, wie er das auch im Mittelalter oft getan hatte, während er später zu keiner Hilfeleistung mehr bereit ist, was mit dem generellen Mandat von 1539, daß Nürnberger Untertanen mit den Juden keinen Geldhandel treiben dürfen, zusammenhängt. Im Jahre 1526 teilte er dem Seckle in Schwabach mit, daß der Nürnberger Bürger, der diesem Geld schuldig war, „sein leib und gut aus der stat nit verrucken" dürfe, bis er seine Schulden an den Juden bezahlt habe[820]). 1538 schreibt der Rat an Eustachius von Wirsperg zum Rauschenberg, er möge veranlassen, daß der Jude Mayr und die Jüdin Keel ein genaues Verzeichnis ihrer Außenstände bei

Nürnberger Bürgern senden, damit er diese anhalten könne, ihre Schulden zu begleichen[821]). Im gleichen Jahre übermittelte der Rat die Antwort der Erben des Verstorbenen Gabriel Nützel auf die Schuldforderung des Juden Salomon am Hof zu Regensburg[822]). 1540 erklärt der Rat gegenüber dem Statthalter und den Räten zu Neumarkt, daß er den Juden Abraham zu einer noch ausstehenden Geldsumme, die er von dem Nürnberger Bürger Hans Adelhart zu bekommen habe, verhelfen wolle[823]).

Auf den vom Rat angestrebten Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen zwischen seinen Bürgern und den Juden deutet der Brief an den Burggrafen auf dem Rothenberg aus dem gleichen Jahre hin, worin er diesen bittet zu veranlassen, daß die Schnaittacher Juden die versetzten Wertsachen gegen Erlegung der Pfandsumme herausgeben[824]). Im Jahre 1543 aber stempelt der Rat in einem Brief an Hieronimus Gregorius von Eyb zu Vestenberg den Fritz Schmidt von Immeldorf, der entgegen dem Verbot des Nürnberger Pflegers von Lichtenau mit den Juden „Handel" getrieben, kurzerhand als Betrüger ab und ist offenbar nicht gewillt, Hilfe zu leisten[825]). Schon 1541 sah sich der Amtmann zu Cadolzburg, Abel von Wolfstein, dazu veranlaßt, der Stadt Nürnberg Repressalien anzudrohen, wenn dem Juden Uriel von den Nürnberger Bürgern Georg Lintzler und Achatius Jacob seine Schuld nicht bezahlt werde[826]). Einige Bewohner des Nürnberger Landgebietes hatten Geld von dem Juden Levi, genannt Rotkopf, in Schnaittach entliehen und kamen mit der Rückzahlung in Schwierigkeiten. Vielleicht hofften sie auch, daß ihre Verpflichtungen aus den nicht amtlich protokollierten Verträgen nicht eingeklagt werden könnten, wie es ein Ratsmandat verordnet hatte. Der Jude wandte sich aber an seinen Schutzherrn, den Kurfürsten von Baiern, der unter Einschaltung des Burggrafen vom Rothenberg erzwingen konnte, daß die Nürnberger Behörden die Schulden ihrer Bürger eintrieben[827]). Ein ähnlicher Fall ereignete sich 1690, als der Schnaittacher Jude Perlein sich an seinen Schutzherrn wandte[828]).

Der Rat geht seit 1540 auch bei anderen Gelegenheiten gegen die Juden und deren Handel massiver vor. In diesem Jahre setzte er den Juden Joseph wegen „etlicher malefiz handel" fest und erklärte in einem Schreiben an Alexander Wiesenthau zu Hundshaupten (bei Forchheim), dessen Schutzherrn, daß er die Strafe gegen den Juden — Stadtverweis auf fünf Jahre und Verbot in Bruck zu wohnen — nicht mildern könne[829]). Als der Jude Hieronimus von Kirchehrenbach nach Meinung des Rates zu nahe dem Gebiet der Stadt „Handel" treiben wollte, nahmen ihm die Stadtknechte 1556 sein Hab und Gut ab. Später wurde es ihm allerdings wieder zurückgegeben[830]). Im Jahre 1550 ließ der Rat Neham von Georgensgmünd in Allersberg wegen „sträflichen bösen Handels" festnehmen und hielt ihn in Nürnberg gefangen; 1575 wurde Jacob von Ottensoos in der Stadt festgesetzt und später „auf Widerstallung" freigelassen und zur Verantwortung aufs Rathaus beordert[831]).

Immer wieder kam es vor, daß *Diebsgut* bei den Juden versetzt wurde. 1566 ließ der Rat Gregor Weis von „Kainsperg in Bayern"[832]) festnehmen, weil er Kleinodien der Erlbeckin an den Juden Mosche zu Fürth versetzt hatte[833]). In einer Zusammenstellung der Aktionen gegen die Fürther Juden und der Gravamina der Stadt gegen sie sind sieben Fälle zwischen 1583 und 1591 aufgezählt, in

denen gestohlenes Gut Nürnberger Bürger bei den Juden versetzt worden war. Es wurde dabei beklagt, daß man von dem dortigen Amtmann meist vergeblich Restitution gefordert habe. Die Stadtregierung bezog sich dabei auf ihr Privileg von 1573, nach dem Diebsgut unentgeltlich zurückgegeben werden mußte. Bei den gestohlenen Gegenständen handelte es sich meist um Kleidungsstücke[834]). Der Hofmeister des Lazaretts Hans Baumann büßte seine Stelle ein und wurde im Lochgefängnis inhaftiert, weil er Betten und andere Dinge des Lazaretts den Fürther Juden Abraham Löw und Gabriel Fränkel versetzt hatte[835]).

Begierig nahm der Rat der Stadt Nürnberg Nachrichten über durch Juden verbreitetes *Falschgeld* auf, um eine Handhabe gegen sie zu gewinnen, es ist jedoch kein Fall bekannt, daß in der Umgebung Nürnbergs wohnende Juden sich dieses schweren Vergehens schuldig gemacht hätten. Längere Zeit korrespondierte die Stadt im Jahre 1522 mit dem Juden Moses aus Schlesien, der von Nördlingen aus sich erbot, den Rat über die Methoden der Juden aufzuklären, die in Mantua geprägte falsche Münzen nach Deutschland herein brächten. Aus den erhaltenen Schriftstücken wird jedoch nicht ersichtlich, ob der Schriftwechsel zu konkreten Ergebnissen führte[836]). Im Jahre 1527 wurde die Bevölkerung durch Mandat vor Falschgeld gewarnt, „so etliche juden gemünzt haben sollen"[837]). 1533 bat der Rat Hieronimus von Absberg um genaue Nachricht über die zu Enkering (bei Eichstätt) wegen Falschmünzerei gefangengesetzten Juden und um Mitteilung, ob sie auch im Nürnberger Gebiet Falschgeld verbreitet hatten. Als sich herausstellte, daß die Juden 900 Gulden Falschgeld, darunter auch Augsburger und Nürnberger Gepräge, von Mantua nach Deutschland gebracht hatten, ließ der Rat bei der Stadt Augsburg anfragen, ob man sich nicht an den Markgrafen von Mantua wenden solle, um das Übel auszurotten[838]). Im Jahre 1566 sendet der Rat ein Schreiben an den Bischof von Würzburg und nimmt den Bericht über drei zu Würzburg wegen Münzfrevels festgenommene Juden zum Anlaß, eine grundsätzliche Stellungnahme über die Schädlichkeit der Juden abzugeben und fordert den Bischof auf, er möge die Angelegenheit vor den Reichstag bringen, um ein gemeinsames Vorgehen gegen die Juden zu erreichen. In derselben Sache schreibt der Rat auch an Gabriel Nützel, Jorg Volkamer und Thomas Löffelholz, seine Gesandten am Reichstag, und erwähnt dabei einen Münzfrevler David, der hingerichtet wurde[839]).

Bei der starren Haltung des Rates gegenüber Geldgeschäften seiner Untertanen mit Juden berührt es recht eigenartig, daß er in den Jahren 1554 bis 1556 selbst erhebliche Summen bei Juden entlieh! Der Jude Joseph stand mit der Stadt in regen Geschäftsbeziehungen, er diente ihr als Finanzier im Krieg gegen Markgraf Albrecht Alcibiades und stellte dem Rat in Aussicht, daß er gegen eine Beteiligung die Schuld des Kaisers an die Stadt hereinbringen könne. Joseph beabsichtigte, seine Unternehmung mit Hilfe der Fugger zu führen und verhandelte in Augsburg, Frankfurt und am Hof zu Brüssel. 1556 gingen die Nürnberger Gesandten nach dem Reichstag zu Augsburg mit Joseph einen Vergleich ein, an dem auch Jacob Fugger beteiligt war[840]). Im gleichen Jahre verhandelte die Stadt mit Heyman zu Mittelbibrach (Oberpfalz?) um ein Darlehen von 50 000 Gulden, das der Jude vermitteln wollte, 1558 um eine Anleihe von 10 000 Gulden. Die letztere kam jedoch nach einem Schreiben der Stadt an den Finanz-

mann nicht zustande[841]). Drei Jahre später verhandelte der Rat mit dem Abt des Stiftes Hersfeld, Michael, wegen der Rückzahlung einer Hauptsumme von 28 400 Gulden, die der Vorgänger des Abtes durch Vermittlung des Juden Joseph im Goldenen Schwan zu Frankfurt der Stadt geliehen hatte. Es handelt sich dabei sicher wieder um den gleichen Finanzmann, mit dem die Stadt 1554 bis 1556 in Geschäftsbeziehungen gestanden hatte[842]). Im Jahre 1562 bemühte sich der Rat bei Nathe zu Oberhausen bei Augsburg um ein Darlehen von 40 000 Gulden. Das Geschäft kam jedoch nicht zustande, da die Stadt das Geld von anderer Seite offenbar zu günstigeren Bedingungen bekommen konnte[843]). Drei Jahre später fragte die Stadt bei Jacob zu Roth an, ob sie die angebotene Summe von 40 000 Gulden zu 4 % Zins erhalten könne[844]). Bemerkenswert ist dabei das Absinken des Zinsfußes, in dieser Zeit waren 5 — 10 % üblich. Jacob war offenbar für die Vermittlung billigen Geldes bekannt und die Stadt suchte von dieser Möglichkeit ohne weitere Rücksichten Gebrauch zu machen.

Auch bei anderer Gelegenheit scheuten sich die Nürnberger Stadtväter nicht, sich der Hilfe eines Juden zu bedienen, wenn es ihnen nützlich schien. Im Jahre 1582 nahmen sie das erstemal den Juden *Michel* aus Humelshausen in Franken (wohl Humprechtshausen bei Haßfurt) für ein Vierteljahr zur Auskundschaftung der markgräflichen Wildpretschützen in Dienst[845]). Hierauf verbot man ihm die Stadt, holte ihn aber 1587 wieder zurück, als man einen Vertrauensmann „wider Hans Berthold von Rosenaw und den Hemmerlein, Wildmeister zu Erlangen" benötigte. Die Nürnberger Kriegsherrn stellten Michel eine Belohnung von 50 Gulden in Aussicht, wenn er seine Tätigkeit zu ihrer Zufriedenheit erfüllte. Dies war der Fall, und nach der Erledigung seiner Aufgabe gewährte man ihm das Sonderrecht, ohne Registrierung bei der Stadt ein- und ausgehen zu dürfen. Michels geheimen Informationen verdankte die Stadt auch, daß eine Bande von acht der Stadt schädlichen Leuten in Rückersdorf mit ihrem Führer Heinrich Haußmann gefangen genommen und nach Nürnberg eingeliefert werden konnte.

Der Ansbacher Regierung blieb Michels Tätigkeit nicht verborgen. Sie ließ ihn durch den Amtmann Wolf von Giech zu Cadolzburg und den Grafen Wilhelm von Mansfeld so unter Druck setzen, daß er in Ansbach, wohin man ihn gelockt hatte, versprach, die in Nürnberg aus- und eingehenden Wildpretschützen für die markgräfliche Regierung auszukundschaften. Der Jude blieb aber seinen früheren Auftraggebern treu und meldete den Vorfall auf der Kriegsstube zu Nürnberg. Da er für Ansbach keinen Wildschützen einbrachte und dort seine neuerliche Kontaktaufnahme mit dem Nürnberger Rat sicher nicht verborgen geblieben war, nahm man ihn bei der nächsten Gelegenheit fest, verurteilte ihn zum Tode mit dem Schwert und darauf folgender Vierteilung. Am 14. Juli 1596 wurde das Urteil in Langenzenn vollstreckt; Stücke seines Körpers wurden an vier Straßen auf Pfählen aufgerichtet, welche auf Blechtafeln folgende Aufschrift trugen: „Michel Jud, Nürnbergischer Verräter". Der Rat fühlte sich dadurch verhöhnt und nahm verschiedene Verhandlungen zum Vorgehen gegen den Markgrafen auf. Die Ratskonsulenten waren sich über die zu unternehmenden Schritte uneins und die Sache zog sich bis zum Juli 1597 hin. Inzwischen war die Aufschrift der Tafeln verblaßt und die Gemüter hatten sich etwas beruhigt, der Rat hielt es daher für richtig, die Angelegenheit nicht mehr weiter zu verfolgen.

Auch im 17. Jahrhundert wandte sich die Nürnberger Bevölkerung trotz der Verbote ihrer Obrigkeit an die Juden der Umgebung, wenn sie dringend Bargeld brauchte. Der Rat suchte nun diesen Geldhandel dadurch zu unterbinden, daß er am 1. August 1618 im ehemaligen Klarakloster ein *Leihhaus*[845a]) eröffnete, das nach italienischem und besonders augsburgischem Muster eingerichtet war. Schon im Ausweisungsbefehl Kaiser Maximilians I. war die Errichtung von Wechselbänken als Pfandleihanstalt angeregt worden, dieser Plan wurde damals jedoch nicht verwirklicht. Auf Drängen der Kaufleute errichtete der Rat 1621 einen *„Banco publico"*, der aber nicht als Kreditanstalt, sondern als Kontokorrentstelle diente[846]). Diese Einrichtungen scheinen sich aber nicht allgemein bewährt zu haben, die Bürger wurden wohl von den Juden besser und diskreter bedient. Dies beweisen die Mandate des Rats von 1619, 1628, 1647 und 1660, die immer wieder die Geldleihe bei den Juden — offenbar mit wenig Erfolg — zu unterbinden suchten[847]).

Auch in der Markgrafschaft war die Zinsleihe der wichtigste Tätigkeitsbereich der Juden, wenn auch hier schon im 16. Jahrhundert gelegentlich das Hausieren mit Tuch, Leinen und alten Kleidern erwähnt wird[848]). In einzelnen Schutzbriefen aus dem Ende des 16. Jahrhunderts wurde ihnen auch schon „Kaufmannschaft" gestattet[849]). Im 17. Jahrhundert dehnten nun die Juden ihren Handel mit Getreide, Kleidern und Leder auch in das Nürnberger Gebiet aus und der Rat suchte in einem Mandat von 1627 ihren *Getreidehandel* zu unterbinden[850]). In diesem Jahre war eine besonders gute Getreideernte eingebracht worden und sie sollte den Juden nicht in die Hand gegeben werden. Sie würden „ein verbotenes, hochsträfliches Monopol" betreiben, würden wohlfeil einkaufen und später teuer wieder absetzen. Für dem Verbot Zuwiderhandelnde wurde die hohe Strafe von 25 Gulden bei Einziehung des verkauften Getreides festgesetzt. Aus den Notjahren nach dem 30jährigen Krieg 1650 und 1651 ist uns ein Akt über den Judenhandel überliefert, aus dem wir auch Aufschlüsse über den Getreidehandel gewinnen können[851]). Die Pfleger in den Nürnberger Landämtern teilten dem Rat auf Befragen ihre Erfahrungen mit, nachdem die Aktion durch die Meldung des Pflegers zu Lauf ausgelöst worden war, der berichtet hatte, die Juden würden die Bauern mit Geld, Vieh und anderen notwendigen Dingen versorgen und sich mit Getreide bezahlen lassen. Durch den Wiederverkauf zu weit höheren Preisen (vor allem an Bierbrauer und Bäcker) würden sie sich an der Not des Landes bereichern. Die Pfleger von Hiltpoltstein und Betzenstein bestätigten im allgemeinen die Angaben ihres Laufer Kollegen. Wie Geschäftsleute zu allen Zeiten die Warenverknappung zu ihren Gunsten ausnutzten (wir haben in dieser Beziehung reichliche Erfahrung in der Kriegs- und Nachkriegszeit gewinnen können), haben eben auch die Juden nach dem 30jährigen Krieg ihren Vorteil zu finden gewußt. Der Rat plante nun wiederum ein strenges Verbot des Getreidehandels mit Juden, die dazu befragten Landpfleger (die Nürnberger Oberbehörde, deren Patrizier sich auch durch die Verhältnisse auf ihren eigenen Gütern ein Bild von der Situation machen konnten) warnten aber vor Übereilung. Ein Ratserlaß vom 31. Mai 1651 stellt fest: „Der Herrn Landpfleger gethane erinnerung, daß mit dem Verpott, daß die Unterthanen mit den Juden nit handeln sollen, etwas behutsam zu verfahren, weiln die Juden

den Unterthanen bißhero vihl gutes getan haben, soll man vor die vörderste Herrn Hochgelehrte zu bedenken bringen, waß disfals für eine moderation zu gebrauchen und ferner räthig werden." Die Meinung der Rechtsgelehrten ging nun dahin, es sei zu befürchten, daß sich das Unheil ausbreite, wenn man ihm nicht steuere. Man solle sich mehr um die eigenen Untertanen als die fremder Herren kümmern (damit waren wohl die Juden gemeint). Man würde sonst die Privilegien präjudizieren und das eigene Recht gleichsam „in alienum arbitrium" stellen. Man solle beim Verbot bleiben und die Moderation darin bestehen lassen, daß man den Juden bei bereits laufenden Verträgen zu ihrem Recht verhelfen wolle, in Zukunft sollten solche aber verboten werden. Am 19. Juli brachten die Landpfleger noch einmal ihre Bedenken vor. Die Steuer werde erheblich nachlassen, wenn die Bauern keine Taglöhner bezahlen könnten. Von den Bürgern in den Städten könnten sie kein Geld bekommen, weil diese durch die Kontributionen ganz erschöpft seien. Das Getreide müsse also ohne der Juden Hilfe verderben. Die Untertanen würden schon nicht mit den Juden handeln, wenn sie dabei zu sehr zu Schaden kämen. Von einem besonderen Verbot des Getreidehandels mit Juden war hierauf nicht mehr die Rede, erst in einem Mandat aus dem Jahre 1670 taucht es wieder auf.

Am Ende des 30jährigen Krieges scheinen besonders jüdische Händler aus den Gebieten des Deutschherrnordens und der Dompropstei Bamberg ins Nürnberger Gebiet gekommen zu sein. Den beiden Regierungen ließ der Rat 1648 Abschriften des Ausweisungsprivilegs von 1498 und des Privilegs von 1573 übersenden mit dem Zweck, einen Ausschluß des Judenhandels im Nürnberger Territorium zu erreichen[852]). Viel Erfolg haben diese Bemühungen offenbar nicht gehabt, denn drei Jahre später ließ der Rat ein Mandat bekanntmachen, das sich gegen fremde Hausierer und Juden wandte, die in Stadt und Land Gewürze, Leinwand, Barchent, Strümpfe, Tuche, fertige Kleider, Felle usw. feilboten. Der Rat ordnete an, daß diesen Händlern ihre Waren abgenommen werden sollten, nur noch auf öffentlichen Jahrmärkten und Kirchweihen wolle man sie dulden[853]).

In den Berichten der Pfleger aus dem Jahre 1650 spielte auch der *Kleiderhandel* der Juden eine Rolle. Aus Betzenstein wurde gemeldet, daß sich die Schneider darüber beklagt hätten. Am 29. August wurde dann durch Ratsverlaß verboten, den Juden Kleider abzukaufen und diese Verordnung von den Kanzeln verlesen. Ein Mandat vom 7. November 1651 untersagte nochmals, den welschen und jüdischen Hausierern Leinwand, Tuche und Kleider abzukaufen. Gegen diese Bestimmungen fand auch das Landpflegamt nichts einzuwenden. 1670 wurde das Verbot, den Juden Textilien abzukaufen, wiederholt[854]).

In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts wurde das *Warenangebot* der Juden immer reichhaltiger und die anderen Händler und die Handwerker suchten sich der Konkurrenz zu erwehren. 1660 beklagen sich die Rotgerber, Weißgerber und Sattler, daß die Juden durch den Zwischenhandel die rauhen Häute verteuerten[855]), worauf auch Häute und Lederwaren in die Liste der Güter aufgenommen wurden, mit denen Juden im Nürnberger Gebiet nicht handeln durften. Sie hatten sich als Reffträger und Schubkärrner von Dorf zu Dorf bewegt und dabei auch Schmalz angekauft, was ebenfalls verboten wurde[856]). Auf Betreiben des Nürnberger Rates verhörte der Fürther Amtmann Philipp Hayd

1661 die dortigen Juden und berichtete, diese hätten nur die Häute der geschächteten Tiere verkauft. Zugleich sandte er ein umfangreiches Rechtfertigungsschreiben der Fürther Judenschaft nach Nürnberg, worin sie zu den Vorwürfen, die in dem Mandat vom 20. April 1660 gegen sie erhoben worden waren, allgemein Stellung nahm. Sie hätten z. B. in Gostenhof nie Verbotenes getrieben, ihre ganzen Geschäfte gingen öffentlich vor sich und bräuchten das Licht nicht zu scheuen. Sie verdienten nur kärglich ihr Brot und hätten immer wieder Leuten geholfen, die ihre Steuern nicht bezahlen konnten und auf geringwertige Pfänder geborgt, für die das Leihhaus nichts mehr geboten habe. Man solle doch nur einmal ihre Pfänder einsehen, welch armselige Dinge sich darunter befänden, usw. Sie seien oft ihres Lebens nicht mehr sicher, da manche „bösen Zahler" ihnen statt Geld mit dem Hinweis auf das Nürnberger Mandat „Stöße" anböten[857]).

Einige Jahre später war wiederum die jüdische Konkurrenz auf dem Plan, als ein kaiserlicher Werber in der „Goldenen Gans" bei den Geschworenen des Schuhmacherhandwerks Reiterstiefel bestellen wollte[858]). Die Goldschmiede klagten über das angebliche Einschmuggeln von schlechten Steinen und geringwertigem Gold durch Juden[859]). In die Verbotsliste des Mandats vom 3. Juni 1670 wurden erstmalig auch Tabak und Vieh aufgenommen[860]).

Eine besondere Rolle spielte der jüdische *Viehhandel*, der noch im 19. und 20. Jahrhundert eines der wichtigeren Gebiete der jüdischen Geschäftstätigkeit war. Bis zum Jahre 1669 scheint ihn der Rat der Stadt hingenommen zu haben. Erst als in diesem Jahre durch eine langandauernde Hitzewelle Fleischknappheit entstand und die Gefahr nahe lag, daß Fleisch von krankem Vieh von auswärtigen, „verdächtigen" Orten durch die Juden hereingebracht würde, schränkte er den jüdischen Viehhandel ein. Er verschärfte die „Schau", verbot den Hausierhandel mit Fleisch und ordnete an, daß nur solches Vieh geschlachtet werden dürfe, das mindestens acht Tage im Stalle gestanden habe und gründlich untersucht worden sei[861]). Im nächsten Jahr wurde Vieh bereits in die Liste der Güter eingereiht, mit denen Juden im Nürnberger Gebiet grundsätzlich nicht handeln durften[862]). Als aber 1689 in einem neuen Mandat jeder Handel mit Juden und auch wieder deren Viehhandel verboten werden sollte, protestierten die Nürnberger Metzger und führten die Schwierigkeiten der städtischen Fleischversorgung ins Feld[863]). Banco-, Ochsen- und Unschlittamt widersprachen den Metzgern und brachten vor, daß es genug Bauern und Landmetzger gebe, die im Stande seien, den Fleischbedarf zu befriedigen. Als sich der Rat diese Meinung zu eigen machen wollte, sandte die ganze Meisterschaft des Metzgerhandwerks ein Memoriale ein, in dem sie die Notwendigkeit des jüdischen Viehhandels darlegte. Nun wurde die Angelegenheit dem Marktvorgehergericht unterbreitet, das sich im wesentlichen der Meinung der Metzger anschloß, vor allem, weil die Juden auch viel Vieh aus nicht nürnbergischen Gebieten in die Stadt hereinbrächten. Kriegs-, Banco-, Ochsen- und Unschlittamt blieben bei ihrer Ablehnung, als man sie aber um praktische Vorschläge bat, wie die Metzger beim Einkauf von Vieh ohne die Juden auskommen könnten, mußten sie zugeben, daß sie keine Alternative anzubieten hatten. Mastvieh war nur wenig vorhanden, aus Ungarn war überhaupt kein Vieh, aus Polen erst im Herbst

neuer Zutrieb zu erwarten. Bei einer Beibehaltung des Verbotes war zu befürchten, daß der Schwerpunkt des Viehhandels zum Schaden der Stadt nach Schweinau oder Fürth verlegt werden würde. Diesen Argumenten beugte sich schließlich der Rat und strich das Verbot des jüdischen Viehhandels aus dem Mandat, das aber in allen anderen Punkten aufrechterhalten wurde.

Kurz darauf mußte sich der Rat noch für einen anderen Handelszweig den Gegebenheiten des Marktes beugen. Die Rotgerber, die sich 1660 gegen den jüdischen *Häutehandel* ausgesprochen hatten, gaben zu bedenken, daß den Nutzen aus dem Verbot dieses Handels der Juden im Nürnberger Gebiet die Rotgerber von Schwäbisch Hall, Nördlingen, Dinkelsbühl und Crailsheim gehabt hätten. Außerdem sei das Verbot laufend durchbrochen worden, da die nürnbergischen Untertanen auf dem Land den Juden weiterhin rauhe Häute verkauft hätten. Der Rat sah sich gezwungen, auch den Rotgerbern den Handel mit den Juden zu gestatten[864]).

Auch auf dem Gebiet des Juwelenhandels waren Juden tätig, besonders die Fürther Juden Abraham Löw und Gabriel Fränkel und die Ansbacher Ulmann und Marx Model[865]). Der Nürnberger Johann Christoph Schmidt ging mit ihnen einen Handel mit Perlen und Edelsteinen ein, mußte aber einen größeren Verlust hinnehmen[866]).

Die Konkurrenz des jüdischen *Geldhandels* bereitete vor allem dem Bancoamt Sorgen, dessen Einnahmen nicht den Erwartungen entsprachen. Mit Bitterkeit wurde vermerkt, daß die jüdischen Gesellschaften Löw, Gabriel und Isaak Seligmann nur 16 Gulden Bancogebühr zahlten und das Bancoamt möglichst umgingen (ein Geleit für jüdische Geschäftsleute war nicht mehr notwendig, bei Geldgeschäften hatten sie sich des Banco publico zu bedienen). Außerdem warf das Amt den Juden vor, sie würden mindere Münzsorten einführen und hochwertige Geldsorten verschleppen. Die Deputierten des Bancoamts machten daher im Januar 1680 Vorschläge zur Einschränkung des jüdischen Geldhandels. Die Juden sollten in Zukunft nur noch am Montag und Freitag und nur durch das Tiergärtnertor die Stadt betreten dürfen. Nur drei oder vier Juden sollte man täglich in die Stadt lassen und diese sollten außerdem den Markt zwischen elf und dreizehn Uhr nicht besuchen dürfen. Strengste Überwachung der jüdischen Geldgeschäfte und des Warenzolls sowie der Nürnberger Einwohner, die zugunsten der Juden Waren aus der Stadt verschleppten, wurde für notwendig gehalten. Die Niederlagen der Juden in Gostenhof und an anderen Orten in der Nähe sollten aufgehoben werden[867]). Dieses radikale Vorgehen erschien den Stadtvätern nun doch nicht ratsam, da sie Verwicklungen mit den Schutzherrn der Juden fürchteten und nachdem man sich zwei Mandate von Augsburg hatte zuschicken lassen, mit denen dort gegen den Judenhandel vorgegangen wurde, begnügte man sich mit der Erneuerung eines früheren Mandates[868]). Erst im Jahre 1686 entschloß sich der Rat zu einem strengeren Vorgehen, nachdem der Bau eines neuen Hauses durch den reichen Juden Eyßig in Fürth mit Mißfallen zur Kenntnis genommen worden war. Gegen den Bau konnte man nichts unternehmen, wie man von früheren Fällen ähnlicher Art wußte. Nachdem verschiedene Gutachten sich über die Schädlichkeit des jüdischen Geldhandels ausgesprochen hatten und der Unterpfleger von Gostenhof von den dortigen jüdischen

Wechselgeschäften an Wochen- und Feiertagen berichtet hatte, untersagte der Rat den Juden den Zugang zum gewöhnlichen Handelsplatz am Herrenmarkt, dem westlichen Teil des Hauptmarktes, wo Geldgeschäfte abgewickelt wurden. Die Fürther Juden reichten hierauf eine Bittschrift ein und wiesen darauf hin, welche Vorteile die Stadt durch sie gewinne, z. B. durch die doppelten Judengebühren beim Zoll- und Bancoamt, den Tabakhandel, die Versorgung der Stadt mit Schlachtvieh und des Militärs mit Pferden. Der Fürther Amtmann suchte durch ein vermittelndes Schreiben der Sache der Juden zu nützen, diese wandten sich auch noch an den Bamberger Dompropst, ihren Schutzherrn. Bei der Beratung in Nürnberg scheiterte ein Einlenken vor allem an den Marktvorgehern und dem Bancoamt, so daß im Dezember 1687 dem Dompropst ein abschlägiger Bescheid gegeben wurde. Die Stadt wies dabei auf Frankfurt hin, wo man den Juden zwar Wohnrecht, aber auch keinen uneingeschränkten Zugang zum Markt gewähren würde[869]).

Der Schwerpunkt des Judenhandels verlagerte sich nun noch mehr nach *Gostenhof*, das man den Juden nicht zu sperren wagte. Beim Wirt „Zum wilden Mann" nahmen sie meist Herberge, unter ihnen auch so bedeutende Hofjuden wie der Ansbacher Model und der kaiserliche Hoflieferant Oppenheimer, der unter dem Schutz seiner Pässe seine Hoflieferungen nach Wien unter Umgehung Nürnbergs weiterleitete[870]). Das *Mandat vom 17. Juni 1693*, die schärfste Maßnahme gegen die Juden seit 1498, sollte Abhilfe schaffen, obwohl man ja allmählich hätte einsehen müssen, daß das Anrennen gegen den Judenhandel ziemlich zwecklos war, er gehörte zum Wirtschaftsleben der Zeit[871]). Alle früheren Verordnungen, besonders die in den Mandaten von 1660, 1670 und 1686 wurden wiederholt und eingeschärft und dazu weitere Schikanen hinzugefügt: Wirte, Gärtner und Beständer der Vororte, die den Judenhandel unterstützten, werden neben anderen Strafen mit Ausweisung bedroht. Bei Geschäften auf dem Lande müssen sich die Juden bei der Eigenherrschaft, in der Stadt bei der äußeren Wache melden, von wo ab sie überwacht werden. Die Zahl der Juden, die an Wochentagen in die Stadt kommen dürfen, wird auf sechs bis acht beschränkt (an Sonn- und Feiertagen war das Betreten der Stadt den Juden grundsätzlich verboten). Alles, was sie in die Stadt herein- und herausbringen, wird registriert, wer dies zu umgehen versucht, wird mit Geld- und Leibesstrafen, mit Stadtverweis und Warenkonfiskation bedroht. Der Viehmarkt in Gostenhof wird aufgehoben. Für auswärts bei den Juden gekaufte Ware muß der Judenzoll (d. h. die doppelten Gebühren) entrichtet werden.

Der erste *Protest* gegen das neue Mandat ging am 12. Juli 1693 von zwei Händlern, zwei Wirten und einem Bäcker aus Gostenhof ein. In ihrem Schreiben an den Rat brachten sie folgendes vor: Sie müßten Umgeld, Zoll und Gebühren entrichten, hätten aber nichts erlöst und wüßten sich nicht mehr zu nähren, da sie am Donnerstag, dem Viehmarktstag, an den Juden mehr verdient hätten als an den Christen die ganze Woche. Die Behauptung, in den Wirtshäusern werde mit den Juden schändlicher Handel getrieben, entbehre jeder Grundlage. Der Unterpfleger sei judenfeindlich eingestellt und wolle die Juden vertrieben haben. Es sei den Beschwerdeführern sehr schädlich, daß die Juden von überall her in Gostenhof nur passieren, dort aber nicht einkehren und keine Waren kaufen

dürften. Seit 50, 60 oder 100 Jahren wäre den Juden dies gestattet gewesen. Die „consilia" des Viehmarkts würden jetzt eben in Schweinau und Steinbühl abgehalten. Die Juden würden zu ihren Herren in Amberg, Schnaittach, Bamberg, Würzburg, Eichstätt, Bayreuth, Ansbach, Öttingen etc. gehässig reden, was den Nürnberger Bürgern auf verschiedene Weise zum Schaden gereichen könne. Die Ratsherrn würden nicht als „patres patriae" handeln, wenn sie die Unterzeichneten nicht von dem Mandat dispensieren würden[872]). Die Vorstellungen der Gostenhofer Bürger blieben aber erfolglos.

Zwei Jahre später gelang es dem Ansbacher Hofjuden Gabriel Fränkel, die erste Ausnahme zu erwirken. Er beantragte beim Kreisdirektorium für sich und seinen Sohn die Zulassung nach Nürnberg über die festgesetzte Zahl der jüdischen Besucher hinaus. Der Rat hatte zu bedenken, daß man es mit Fränkel „des Kreises erfordernder Notdurft nach immer zu tun habe", weil er mit seinen Diensten unentbehrlich geworden sei, deshalb mußte der Rat dem Ansuchen stattgeben. Von der Meldepflicht bei jedem Besuch der Stadt wurde Fränkel jedoch nicht entbunden[873]).

Die Forderung des Mandats, nur sechs bis acht Juden täglich in die Stadt zu lassen, war bei verschiedenen Gelegenheiten nicht durchführbar. Bei Kreistagen und der Anwesenheit von Fürsten und ihrem Gefolge konnte die Beschränkung nicht aufrechterhalten werden. Die Fürther Juden wandten sich mit der Bitte um unbeschränkte Zulassung an den Rat und ihr Schutzherr, der Bischof von Bamberg, setzte sich nachdrücklich für sie ein. Er schrieb an den Rat, das Mandat verstoße „gegen das allgemeine Völkerrecht und wider den freien Lauf alles im Reich erlaubten Handels und Wandels". In seiner Rechtfertigung wies der Rat auf seine wohlerworbenen Privilegien hin und darauf, daß die Juden innerhalb deren Grenzen handeln dürften, daß früher ihre Zahl in Fürth viel geringer gewesen sei, daß sie ungehinderten Zutritt zum öffentlichen Viehmarkt hätten (bei einer Beschränkung auf sechs bis acht Personen täglich!), daß der Rat entgegenkommend sei, wenn Juden in besonderem Auftrag ihrer Herrschaft die Stadt betreten wollten. Auf die Vorstellungen des Bischofs hin sah sich die Stadtregierung jedoch veranlaßt, die zugelassene Zahl der jüdischen Besucher auf zehn zu erhöhen und „ein oder zwei geweisten Subjekten", die in besonderem Auftrag des Bischofs und mit einer Legitimation versehen in die Stadt kommen wollten, den Zugang an Werktagen ungehindert zu erlauben. So ließ man 1698 den Fürther Juden Jacob Öttinger sechs Wochen lang zollfrei passieren. Auf Öttingers Paß war der Zweck seines Aufenthaltes nicht angegeben, so legte ihm der Rat nahe, nicht öfter mit einer solch ungenügenden Legitimation zu kommen. Wenn ein Jude im Auftrag seines Herrn über die festgesetzte Zahl hinaus die Stadt betreten wollte, mußten seine Geschäfte dem Rat genau bezeichnet werden[874]). Wie bemüht die Stadtväter waren, den Schein der Konsequenz aufrecht zu erhalten, zeigt die Anweisung an den Zöllner, er möge Öttinger ungehindert einlassen, doch so, als ob es ohne höheren Befehl geschehe, die Aufbieter sollten den Juden begleiten, ohne den Anschein einer Ausnahmeregelung zu erwecken!

Die Unzufriedenheit mit den absolutistischen Praktiken ihrer Herrn, der Wohlstand einiger privilegierter Juden und die alte Aversion gegen das Anderssein

des Fremden führten am Ende des 17. Jhs. zu der Neigung der Bevölkerung, wieder *Pogrome* gegen die Juden zu unternehmen. In über dreißig Orten liefen Pöbelhaufen zusammen, um in die Judenhäuser einzudringen und Schlösser zu plündern, in welche die Juden ihr Hab und Gut geflüchtet hatten. Zur Rechtfertigung wies man einen angeblich kaiserlichen Brief vor, der erlaubte, „alle Juden im Römischen Reich an Hab und Gütern, das Leben allein ausgenommen, aufs äußerste zu verfolgen und anzugreifen". Daraufhin sah sich *Kaiser Leopold* (der 1670 die Juden aus Wien und Niederösterreich vertrieben hatte!) veranlaßt, den Unruhestiftern durch ein Mandat entgegenzutreten und er forderte die Obrigkeiten auf, für den Schutz der Juden und für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Schon vorher hatten die Stände des Fränkischen Kreises dazu aufgerufen, Gesetzwidrigkeiten und Gewalttaten gegen die Juden zu unterdrücken und die Aufrührer festzunehmen[875]).

5. Warenzoll, Leibzoll und Bewachung

Am 5. April 1499, als die Juden nach dem Ausweisungsbefehl Maximilians I. die Stadt verlassen hatten, verordnete der Rat, daß sich ohne Erlaubnis keine Juden in der Stadt aufhalten durften und er gab seine Absicht kund, in Zukunft an Juden keine Geleitsbriefe mehr ausstellen zu wollen. Wer gegen die Anordnung verstieß, mußte mit hohen Strafen rechnen, sollte ein Jude ohne Erlaubnis über Nacht in der Stadt geblieben sein, so waren er und sein Wirt ins Lochgefängnis abzuführen[876]).

Wir haben bereits davon gesprochen, mit welchen Mitteln der Rat versuchte, das Betreten der Stadt durch Juden während der Reichstage in der ersten Hälfte des 16. Jhs. wenigstens zu kontrollieren, da er es nicht ganz verhindern konnte. Da Nürnberg einer der wichtigsten Handelsmittelpunkte des Reiches war und hier sich Kaufleute aus aller Herren Ländern trafen, die auch mit Juden in Geschäftsverbindung treten wollten, weil diese damals doch immer noch eine gewisse Bedeutung im Wirtschaftsleben des Reiches hatten, war es ja ein Unding, den Juden die Stadt gänzlich verbieten zu wollen. Im Gegensatz zu seiner Absicht mußte der Rat doch immer wieder Ausnahmen machen und Geleitsbriefe ausstellen. Ein einmaliger Sonderfall ist aus dem Jahre 1529 zu berichten, als die Stadt auf Ansuchen des Markgrafen Georg von Brandenburg, der die ersten Juden in Fürth aufnahm, dem Juden Mendel für ein Vierteljahr nach Nürnberg zu kommen erlaubte, wenn er sich nichts zuschulden kommen lasse und sich jedesmal nach dem Betreten der Stadt beim Bürgermeister melde[877]). Das Privileg von 1573, das den Nürnberger Untertanen alle Geldgeschäfte mit Juden verbot, enthielt, wie wir gesehen haben, auch wieder Ausnahmeregelungen[878]).

Den Juden auch den vorübergehenden Aufenthalt in Nürnberg und jeden Handel hier zu untersagen, widersprach den Reichsgesetzen, und so sann man auf andere Mittel, um den Juden den Aufenthalt in der Stadt zu verleiden. Man verlangte von ihnen doppelte Zoll- und Bankgebühren und unterwarf sie einer strengen Kontrolle an den Stadttoren. Sie durften nur beim Spittler- und Tiergärtnertor die Stadt betreten, auch die Juden aus den östlichen Gebieten, die da-

durch einen erheblichen Umweg in Kauf nehmen mußten. Beim Verlassen der Stadt hatten sie dasselbe Tor zu passieren wie beim Eintritt, um die Kontrolle zu erleichtern. Damit aber nicht genug. Die Juden wurden auch auf ihren Wegen in der Stadt überwacht. Vom Tore ab bekamen sie zwei oder drei Kriegsaufbieter als Begleitung mit, wofür sie auch Gebühren zu entrichten hatten. Bei der steigenden Zahl der Juden, die trotz der Schikanen in die Stadt wollten, wurde den Stadtvätern allmählich dieser Aufwand zu groß und man begnügte sich damit, sie durch die Frauen der Aufbieter oder andere zu diesem Zweck bestellte weibliche Personen, die auf eine gewissenhafte Durchführung der Vorschriften verpflichtet wurden, überwachen zu lassen.

Auch diese Maßnahmen hatten nicht immer den gewünschten Erfolg. Die Bezahlung der Begleiterinnen war gering und sie nahmen es daher mit ihren Pflichten nicht immer sehr genau. Auch andere Bürger suchten die Bestimmungen des Rates zu ihrem Vorteil zu umgehen, beherbergten heimlich Juden oder schmuggelten die Waren der Juden aus der Stadt und verkauften sie unter fremden Namen. Deshalb setzte der Rat im Jahre 1637 als Strafe für die Unterstützung von Juden und deren heimliche Beherbergung die hohe Summe von 50 Gulden fest, war der Schuldige zahlungsunfähig, mußte er ins Lochgefängnis. Wer Waren von Juden ohne den vorgeschriebenen Zoll verkaufte, wurde wie ein Meineidiger bestraft[879]).

Im Jahre 1686 wurde, wie erwähnt, die Sperrung des Herrenmarktes für Juden verordnet und 1693 die Beschränkung ihrer Zahl auf sechs bis acht Personen täglich festgesetzt, ein paar Jahre darauf jedoch auf Vorstellungen des Bischofs von Bamberg hin auf zehn erhöht[880]).

Die Verdrängung der Juden aus der Stadt und der überhöhte Zoll bewirkten, daß sich ihre Geschäfte mehr und mehr nach Gostenhof verlagerten und Nürnberger Bürger ihre Waren dorthin brachten, um den Juden die doppelten Zollgebühren zu ersparen, die den Handel mit ihnen, an dem den Bürgern offenbar gelegen war, beeinträchtigten. Beliebt war auch die Einschaltung von Mittelspersonen, die zunächst die Waren in der Stadt kauften und sie dann vor die Tore zu den Juden hinausfuhren. Diese brachten sie dann oft über weite Strecken an die Abnehmer, so z. B. bis nach Heilbronn, wohin sie Waren lieferten, die auf der „Nürnberger Messe" bestellt worden waren[881]).

Das Verhältnis Nürnbergs zum Judenhandel und die Überwachung der Juden in der Stadt fallen jedoch nicht sehr aus dem Rahmen der Zeitverhältnisse. Auch in *Köln* war nach der Ausweisung der Juden diesen nur ein kurzfristiger Aufenthalt am Tage gestattet und zwar auch hier nur unter Begleitung eines bestellten Ratsboten[882]). In *Augsburg* wurde ein ähnliches Verfahren praktiziert. Dort war der Aufenthalt im allgemeinen auch auf einen Tag beschränkt und nur nach Entrichtung einer Abgabe möglich. Stadtdiener begleiteten die Juden auf ihren Wegen[883]).

Auch im Nürnberger Landgebiet mußten die Juden Leib- und Warenzoll entrichten und zwar in unterschiedlicher Höhe. In Feucht, der Zollstätte an der Straße nach Regensburg, betrug der Leibzoll der Juden $3\,^1/_2$ Pfennig, in Lauf, an der Handelsstraße nach Böhmen, 7 Pfennig. Der Warenzoll der Juden war auch an diesen beiden Stellen höher als der der Nichtjuden[884]). Als 1807 der

Leibzoll aufgehoben werden sollte, stellte das General-Landes-Komissariat in Franken fest, daß für den Leibzoll auf dem Lande gar keine klaren Anweisungen bestanden, sondern daß er nach Gewohnheitsrecht eingezogen wurde. In den Pflegeämtern Engelthal, Hiltpoltstein, Reicheneck und Velden wurden demnach keine Abgaben von den Juden erhoben, in den Ämtern Betzenstein, Gräfenberg und Lauf betrug ihr Leibzoll 7 Pfennige, in Hersbruck 7 Kreuzer. Der Warenzoll war nirgends höher als der der Christen, wurde 1807 festgestellt[885]).

6. Judentaufen 1506–1694

Die Zahl der nachweisbaren Judentaufen in Nürnberg betrug im 15. Jh. sechs, im 16. Jh. vier und im 17. Jh. wieder sechs, sie ist also im wesentlichen keinen größeren Abweichungen unterworfen gewesen. Die Motive der Täuflinge, die sie zu ihrem Schritt bewogen haben, sind uns unbekannt, sie mögen in echter Überzeugung oder aber auch in der Erleichterung des wirtschaftlichen Aufstiegs bestanden haben. Die geringe Zahl der Übertritte mag verwundern, da jedoch die Zugehörigkeit zur mosaischen Glaubensgemeinde für den Juden religiöse, geistige und kulturelle Heimat bedeutete und er nach dem Übertritt in der Christengemeinde vor Argwohn nicht gefeit war, ist sie jedoch leichter verständlich. Bei den wenigen Fällen aus dem 17. Jh., bei denen der Eintrag im Taufbuch auch das Alter des Täuflings verzeichnete, ist es auffallend, daß es sich dabei um junge Leute handelte; 19, 22 und 23 Jahre werden angegeben. Sie werden sich zu Beginn ihres Lebensweges als Erwachsene zu dem Schritt entschlossen haben, um der Enge der Lebensumstände ihrer Eltern, deren Demütigungen durch Christen sie in ihrer Jugend erlebt haben werden, zu entgehen. Bei den Übertritten aus dem 17. Jh. werden als Herkunftsorte weiter entfernte Städte genannt: Glogau, Posen, Krakau, Amsterdam, Berlin. Die Täuflinge hatten offenbar die Brücken zu ihrer Heimatgemeinde vollständig abbrechen und ihr Leben als Christen dort beginnen wollen, wo sie niemand kannte und wo sie keine Vorwürfe der Angehörigen oder der Glieder der Heimatgemeinde zu befürchten hatten.

Bei der Taufe der Juden fällt vor allem die hohe Zahl der Paten oder Gevattern auf. Michael von Prag hatte deren 15, darunter Patrizier, Grafen, Prediger und Handelsleute. Um so peinlicher wird es den hohen Herrn gewesen sein, als ihr Patenkind ein Jahr später „zum Schelmen worden" und von Altdorf hinweg „ins Pabstumb geloffen" ist (s. u.).

An Kirchen, in denen Judentaufen vorgenommen wurden, sind folgende zu nennen: St. Sebald, St. Lorenz, die Egidienkirche und die Kartäuserkapelle. Neben den klar bezeugten Judentaufen seien noch zwei Fälle aus dem 16. Jh. genannt, bei denen der Rat über den Übertritt von Juden verhandelte. Im Jahre 1506 nahm er den Juden Johannes und seine Frau Anna in seinen Schutz auf, da sie zum Christentum übertreten wollten[886]). 1564 kam der Sohn des Juden Samuel zu Pfreumbdt (sicher Pfreimd in der Oberpfalz) nach Altdorf, um Taufunterricht zu nehmen. Sein Vater wollte ihn aber zurückholen und im folgenden Jahr berichtete der Rat nach Regensburg, daß der Junge wieder entlaufen sei[887]).

Die Einträge in den Kirchenbüchern (jetzt im Landeskirchlichen Archiv) über Judentaufen im 16. u. 17. Jh. (nach Schaffer):

1533 August 27: 1533 Joachim, ein Jude wird getauft. Die Gevattern: Herr Christof Kreß und Herr Lienhart Tucher; den 27. Tag Augusti (1533) (St. Sebald: Taufbuch 1533, Seite 146).

1539 November 10: Ursula, olim iudea, baptizata ad S(anctum) Egidium 10. November 1539 (St. Sebald: Taufbuch 1533/43, Seite 1).

1541 Juni 10: Kunegundis, olim iudea, baptizata ad divum Egidium decimo Junii 1541. Gevatterin: Kunegundt Ganserin (St. Sebald: Taufbuch 1533/43, Seite 1).

1556 Januar 30: Paulus von Prag, ein Jude, Moses genannt, getauft 30. Jänner 1556 (St. Sebald: Taufbuch 1556, Seite 320).

1629 April 12: Dominica Quasimodogeniti 12. April (1629) in der Kirchen getauft Chajim, David Schirmers, eines Juden Sohn von 19 Jahren, zu Großgloggau in der Schlesi bürtig; sind vierzehn zu Gevattern gestanden, nämlich: Herr Christof Fürer, Triumvir (Triumviri hießen die drei obersten Hauptmänner der Reichsstadt Nürnberg) und Kirchenpfleger. Herr Sigmund Gabriel Holtzschuher, Herr Ulrich Grundherr, Septemviri (so hießen die Mitglieder des Rates der sieben Älteren Herren). Herr Hans Christof Oelhafen, Ictus (= iuris consultus) et consiliarius primarius. M(agister) Johannes Saubertus, Prediger. Herr Hieronymus Peßler, facultatis Medicinae Senior. Herr Wolf Jacob Pömer, Losungsamtmann. Herr Cunrad Pair, Patritius. Christof Furleger, Paulus Fürnberger, Wolf Pröbst, Mercatores. Hans Fenitzer, der Ältere, Messerschmied. Georg Hän, Tuchgewander. Friedrich Kühn, Barbierer.

Ist der Täufling Christoph Gabriel Ulrich genennet worden (St. Lorenz: Taufbuch 1629/36, Seite 10 und 10').

1659 Dezember 21: Albrecht Volckhart (hat getauft) 21. Dezember (1659) Michael von Prag, ein geborner Jud von Posen in Polen seines Alters 23 Jahr, ist in der Kirchen zu S. Lorenzen getauft und Burckhard Christof Leonhard genennet worden. Gevattern waren:

Herr Jobst Christof Kreß, Septemvir und Scholarcha (= Schulpfleger) als Legatus eines E. E. Cammerer und Rats zu Regensburg. Herr Johann Septimus Jörger, Graf. Herr Christian von Dieterichstein, Baron. Herr Friederich Otto von Herberstein, Graf. Herr Burckhard Löffelholtz, Herr Christof Dörrer, Duumviri (so hießen die zwei Losunger der Reichsstadt). Herr Martin Beer, Prediger zum H. Geist, anstatt eines wohlerw. Ministerii zu Regensburg. Herr Johann Michael Dillherr, Prediger bei S. Sebald. Herr Christof Peller und Jacob Grassel, Marktsvorgeher. Herr Georg Fussel und Herr Georg Fierer, Bankiers. Herr Michael Edel und Herr Andreas Lemp, Handelsleute.

(Mit roter Tinte von einer anderen Hand): NB. Dieser getaufte Jud ist anno 1660 zum Schelmen worden und von Alltorfen hinweg, wie man nicht anderst weiß, ins Pabstumb geloffen (St. Lorenz: Taufbuch 1656/68, keine Zählung der Seiten und Blätter).

Über die *Zeremonien der Aufnahme des Judentäuflings* Michael von Prag unterrichtet uns eine Handschrift aus dem Jahre 1659[888]):

„Offentliche Fragen an einen Juden, welcher soll getauft werden. Weiln Du nun, Michael von Prag, begerst, als ein Glied der Christlichen Kirchen auffgenommen und getauft zu werden, so muß Du zuvor vor dieser Christlichen Gemein offentlich folgendes deutlich bekennen, worauff Du begerst getaufft zu sein. Frage dich also: 1. Ob Du von Grund deines Hertzens vor dem Allmächtigen Ewigen Gott, dem Gott Abrahams, Isaaks und Jacobs alle jüdische irrthumb und greuel und ihren Thalmud verwirffst und dero Lästerungen wider den Sohn Gottes und seine glaubigen ewiglich widersagest? Rp. (= Antwort): Ich verwerffe allen irrthumb . . .", usw. „2. Michael von Prag, begehrest du auch den Grund unseres glaubens und neben den H. Büchern deß Alten Testaments in ebreischer Sprach beschrieben, auch die Bücher des Neuen Testaments von Evangelisten und Aposteln in Griechischer Sprach beschrieben, als das recht wahrhafftige Wort Gottes anzunehmen? Rp. Ja, ich nehme sie an . . . 3. Was bewegt dich aber dazu, daß du von dem Judenthum abstehest und begehrest ein Christ zu werden? Rp. Daß ich mir in der jüdischen Religion nicht getraue selig zu werden und auß der erfüllung aller Prophezayunge gewiß bin, daß der Messias König ist, auch Jesus Christus derselbige ist, an welchem alles erfüllet worden. 4. Was liegt aber einem Christen ob, wenn er will selig werden? Rp. Er muß glauben und getauft werden. 5. Was glaubst du?" Antwort: Vorsprechen des Vaterunsers. „6. Was ist das? Rp. Ich glaube an einen Gott, der sich offenbart hat . . . , an Gott Vater, Gott den Sohn, Gott den Heiligen Geist. 7. Was glaubst du von der anderen Person der Gottheit? Rp. Ich glaube, daß Jesus Christus wahrhaftiger Gott vom Vater in Ewigkeit geboren . . ."usw. „8. Warum weenst du dich einen verlorenen und verdammten Menschen?" Antwort: Das Leben im Judentum und in der Erbsünde. „9. Wie wilt du denn für Gott gerecht und selig werden?" Antwort: Allein aus dem Glauben an die Erlösungstat Christi. „10. Was sollt du tun als ein rechtschaffener Christ? Rp. ich muß fromm sein und fleißig beten. 11. Woraus lernt man fromm sein? Rp. Aus den zehn Geboten. 12. Wie lauten die zehn Gebote?" Es folgt der Text. „13. Wie soll man beten? Rp. Also: Vater unser . . . 14. Weil du sagst, du müßest glauben und getauft sein, so sage mir, was ist die Tauff? Rp. Die Tauf ist . . . etc. 15. Jetzo kann die gantze außlegung von der Tauff gefragt werden und alsdann 16. Glaubst du dieses alles krafftiglich und wilst du auch darbey bestandig bleiben, solange du lebest, auch dich solches offentlich zu bekennen weder angst noch trubsal oder Verfolgung oder einige widerwärtigkeit abtreiben lassen, sondern getrost verharren biß ans Ende? Rp. Ja. Gott, der mir das Wollen gegeben, gebe mir auch das Vollbringen umb Christi willen, an den ich glaube."

Hierauf folgen Gutachten von sechs Predigern über die Würdigkeit des Täuflings und die Taufhandlung. Die verordneten Kirchenpfleger und Scholarchen machten dazu noch folgende Vorschläge: Als Tag der Taufe sei der 4. Adventssonntag zu empfehlen, dessen Text von der Taufe handelt, oder der Thomastag (21. Dezember, an diesem Tag fand dann auch die Taufe statt). Bei öffentlicher Taufe sei die Lorenzkirche vorzuziehen. Solle die Taufe aber privatim vorgenommen werden, dann sei die Kartäuser- oder die Augustinerkirche oder der Chor

eines Pfarrhofs der geeignete Ort. Es sei aber zu bedenken, daß bei einem solch kleinen Taufort „der Mutwille des gemeinen Volks" unangenehmer empfunden würde. Für die Bevölkerung scheint die Judentaufe demnach Sensation und Gaudium gewesen zu sein. Als Taufkirche wurde schließlich St. Lorenz gewählt. Die Kirchenpfleger schlugen weiter vor, daß in der Lorenzkirche Herr Wülfer die Predigt und der Schaffer bei St. Lorenz die Taufe halten solle. Bei der Taufe in einer anderen Kirche wurde als Prediger Pfarrer Dillherr und der Schaffer der betreffenden Kirche für die Taufhandlung empfohlen. Dann schlugen sie noch die Gevattern und die Kirchenlieder vor, die vor und nach der Taufe gesungen werden sollten.

Weitere Judentaufen aus dem 17. Jahrhundert nach den Kirchenbüchern:

1661 Oktober 16: Albrecht Volckhart (hat getauft) 16. Oktober 1661 zween geborne Juden, Mose von Franckfurt, der ander, Jacob von Cracau genannt, sind in der Kartäuser-Kapell getauft, und der erste Sigmund Georg Andreas, der ander Gall Christof Balthasar genennet worden. Gevattern waren:

1. Herr Sigmund Moritz von Welß; 2. Herr Otto Gall von Stubenberg, Freiherren; 3. Johann Georg Köchel, Marktsvorgeher; 4. Christof Lang; 5. Andreas Ammon; 6. Balthasar Mayr, Handelsleut. (St. Lorenz: Taufbuch 1656/68, ohne Seiten und Blattzählung).

1668 Dezember 21: De Pomis, ein geborner Jud bürtig von Amsterdam, Abunach de Pomis eines bereits daselbst verstorbenen Juden Sohn und Eliae de Pomis eines portugiesischen Juden nepos, aetatis 22. Demnach er durch Gottes Gnad vermittels fleißiger Lesung und Erwägung der prophetischen Schriften (des) Alten Testaments und emsige Durchsuchung derselben mit den rabbinischen Kommentaren, auch bedachtsamer Lesung und Erforschung Targums oder der chaldäischen Auslegung Jonathans sonderlich über das dritte Kapitel Genesis bevoraus vermittels begieriger Erforschung und Betrachtung (des) Neuen Testamentes, so ihm in syrischer Sprach mit hebräischen Buchstaben, gedruckt zu Amsterdam, in die Hände gekommen, zu ziemlicher Erkenntnis der christlichen Glaubenslehr gelangt, folgendes mit seinem Bruder Moses de Pomis, der zum Rabbi der Synagog zu Livorno in Italien berufen war, auf der Reise herauf ins Reich begriffen, als er zu Mergenthal angelangt, sich von demselben gewendet und nach Rothenburg an der Tauber gekehrt, woselbst ihn auf sein Ansuchen der Superintendent des Orts Johann Ludovikus Hartmann, an- und aufgenommen, in die fünf Wochen lang bei sich behalten und in Capitibus Christianae Religionis treulichst unterwiesen, nachmals an Herrn Johann Michael Dillherrn wohlehrw. rekommandiert, der praescitu incluti nostri Magistratus (= mit Vorwissen unsres hohen Rates) ihn als der hochdeutschen Sprache Unkundigen Herrn Christoph Arnolden zur ferneren Information in rebus fidei anvertraute, wurde nach Verlauf siebenwöchigen Unterrichts von selbem auf sein inständig Bitt und Begehren vermög obrigkeitlicher Vergünstigung und Verordnung am ermelten 21. Dezember, war der Gedächtnistag des hl. Apostels Thomä, in der Kirche am Augustienerkloster allhier von mir, M. Hieronymus Schultheiß, damaligem Dispos(itus) Collegii Sebaldini (= Schaffer bei St. Sebald), auf vorhergehend sein öffentliches christliches Glaubensbekenntnis und getanes Verspre-

chen, bei der erkannten göttlichen Wahrheit mit Verleihung göttlicher Gnaden bis an sein seligs End beständig zu verharren, getauft. Bekam in der Tauf den Namen Christian. Seine erbetenen Taufzeugen waren:

1. Herr Georg Sigmund Fürer, Reip(ublicae) Nor(imbergensis) Eccl(esiae) Praefect(us) et Scholarcha primarius. 2. Herr Gabriel Nützel, Senat(or) et Scholarcha. 3. Herr Georg Friedrich Böheim, Sen(ator) et Schol(archa). 4. Herr Hieronymus Wilhelm Schlüsselfelder, Sen(ator) et Schol(archa). Sämtliche von einem wohledeln, gestrengen und hochweisen Rat allhier zu diesem Taufakt deputati. 5. Herr Johann Georg Schuster, J.U.D. (= iuris utriusque doctor) und Advocatus, eines ehrenwerten, hochweisen Rats zu Rothenburg deputatus. 6. Herr Johann Michael Dillherr, Wohlehrw. 7. Herr Michael Edel, Georg Fierer, Christof Braun, Paul Martin Viatis, Hieronymus Guttäther, der sämtlichen H. H. Marktsvorgeher Deputierte. (St. Sebald: Taufbuch 1668, S. 688 u. 689)[888a]).

1667 März 3: Anna H a i n d l i n , eine Jüdin, in der Konventsstuben des Lorenzer Pfarrhofes auf Verordnung des Herrn Kirchenpflegers wohl Edlen, gestrengen und Herrlichen ist getauft (1676 März 3) und sind zu Gevattern gestanden:

Frau Elisabetha, Herrn Beermairs uxor; weil sie aber krank worden, ist (sie) verteten worden durch die Frau Doktor Wernbergerin. Frau Maria Rahel, Gabriel Nöttels uxor. Frau Maria, Johann Heinrich Bocks sel. vidua. Frau Anna Maria, Balthasar Mairs uxor. Frau Ursula, Christoff Götzens sel. vidua. Frau Susanna, Heinz Poppens uxor.

Die Jüdin ist mit 6 Namen getauft: Elisabeth, Maria, Rahel, Ursula, Susanna, Kunegunda, welch letzteren der Tag 3. März mitgebracht. (St. Lorenz: Taufbuch 1669/82, ohne Blatt- und Seitenzählung).

1694 Februar 12: Judentauf: 12. Februar (1694) ist M i c h a e l , des Samuel Wiener, eines Juden von Berlin Sohn, getauft und genennet worden Andreas Zacharias Heinrich Joseph. Taufzeugen:

Herr Andreas Ingolstetter, Marktsvorgeher. Zacharias Grüner, Bankier. Heinrich Martin Öder. Johann Joseph Ruland. (St. Sebald: Taufbuch 1694, S. 846).

Hier wäre auch noch Joseph (Paul) zu erwähnen, der 1611 nach Nürnberg kam und in Altdorf getauft wurde. Er hieß ursprünglich Joseph Bar Zadock, war Rabbiner und kam aus Polen. In Altdorf wirkte er acht Jahre als Lehrer des Hebräischen, ging dann nach Bamberg und trat in Würzburg zum katholischen Glauben über[888b]).

6. Kapitel

Nürnberg und die Juden der Umgebung im 18. Jahrhundert und bis zum Ende der Reichsstadtzeit im Jahre 1806

1. *Die Lage der Juden im Zeitalter des Absolutismus und der Aufklärung*

Schon gegen Ende des Zeitalters der Glaubenskämpfe konnten die Juden ihre Stellung in manchen Staaten Europas verbessern. Cromwell duldete Marranos, in England und Holland und deren Kolonien war ein jüdisches Gemeindewesen möglich. In Bordeaux und Bayonne wurden Juden aufgenommen, die nur formell katholisch waren, 1730 wurden sie öffentlich als Juden anerkannt. Seit 1671 durfte die jüdische Gemeinde in Hamburg ohne Ghetto leben, sie war bis zur Mitte des 19. Jhs. die zahlenstärkste in Deutschland. In Polen, das im späten Mittelalter und in der frühen Neuzeit viele Juden aufgenommen hatte, begannen 1648 die Judenmassaker der Kosaken. Viele Juden wanderten von dort nach Ungarn, Österreich, in das übrige Deutschland und nach England aus und vermehrten in diesen Ländern die Menge ihrer verarmten Glaubensbrüder.

Die *wirtschaftliche Lage* der meisten Juden in Deutschland blieb dürftig. Sie zogen im Land umher, um Handelsmöglichkeiten kennenzulernen und Waren zu vermitteln. Wo der Lebensraum eng war, wie etwa im Elsaß, wurde viel über den Geschäftseifer der Juden geklagt. In Norddeutschland wurden sie günstiger beurteilt, dort bildete sich allmählich ein nachbarlich-freundschaftliches Verhältnis heraus, wie es später Fritz Reuter schilderte[889]). Ein Teil der Stadtbürger stand im allgemeinen (und nicht nur in Nürnberg!) zu den Juden in scharfer Opposition. Die Händler waren auf den Absatz in der nächsten Umgebung angewiesen, die Juden aber brachten oft billigere Ware von weither. „Ein Bauer in der Nürnberger Gegend kann um 1700 leicht einen polnischen Pelz kaufen, den ein jüdischer Messebesucher aus Leipzig oder Breslau hergebracht hatte, ohne daß die Nürnberger Kürschner auch nur davon erfuhren"[890]). Da die Juden wegen des Widerstandes der Zünfte mit keinem Handwerk näher vertraut werden konnten, hatten sie auch keine näheren Beziehungen zu bestimmten Warengattungen und wechselten sie bei ihrer Handelstätigkeit häufig.

Wegen der wirtschaftlichen Tüchtigkeit der Juden hatten viele Fürsten ein großes Interesse an ihnen und machten sie zu *Hoffaktoren*. Der große Kurfürst nahm 89 Jahre nach der „für ewig" erfolgten Vertreibung der Juden aus Brandenburg 1671 Juden auf (aber nur wohlhabende!). Er versprach sich von ihnen eine Modernisierung der Wirtschaft seines Landes, die noch stark naturalwirtschaftlichen Charakter hatte, und dachte an das holländische Vorbild. Sie lebten in Preußen unter für die damaligen Verhältnisse relativ günstigen Bedingungen, durften Häuser kaufen und bauen und mit Wolle, Textilien und Fleisch in Läden und auf Jahrmärkten handeln, ohne höhere Abgaben und Zölle als die Christen zahlen zu müssen[891]). In Wien wirkte jahrzehntelang bis 1703 der Hoffaktor Samuel Oppenheimer, der nach den Worten des Prinzen Eugen durch seine un-

ermüdliche Tätigkeit dem Kaiser den Thron rettete. Er beschaffte Geld und Fourage für die Truppen, organisierte Militärtransporte auf der Donau usw. Dreißig Jahre lang machte er für die kaiserliche Kriegsführung Sachlieferungen im ganzen Reich mobil. Nach dem Krieg verhängte man den Konkurs über sein Vermögen, da allmählich eine Schuldsumme von 5 Millionen angewachsen war[892]). Auch die Ullmannschen Erben in München mußten prozessieren, andere Hoffaktoren kamen nach dem Tode ihrer Gönner ebenfalls in schwerste Bedrängnis, so wurde der Stuttgarter Hoffaktor „Jud Süß" im Jahre 1722 hingerichtet. „Es ist unmöglich, daß die Hände des Juden reiner bleiben konnten als die seiner Herrschaft"[893]).

In Deutschland kam es zu zahlreichen Gründungen *neuer Judengemeinden*, so z. B. in Mannheim, Karlsruhe und Glückstadt. Juden konnten in vielen Gebieten erstmals seit dem späten Mittelalter Grundbesitz erwerben. Besonders Erfolgreiche wurden geadelt, in Österreich etwa seit 1750; der Übertritt zum Christentum erleichterte allerdings diese Standeserhöhung.

Auch die Juden im *fränkischen Raum* hatten ihren Anteil am Aufschwung, zahlreich waren die Fälle der *Truppenverpflegung* durch fränkische Juden. Dafür einige Beispiele:

1702/03 werden die Kreistruppen durch die Bamberger Juden Marx und Fries versorgt[894]).

1703 Versorgung der preußischen Regimenter durch den Bayreuther Juden Samson Salomon[895]).

1704 Munitionslieferungen durch Bamberger Juden[896]).

1705 Kaiserliche Regimenter durch einen Würzburger Juden verpflegt[897]).

1706/11 Kreis- und Ansbacher Truppen durch Gabriel und Fränkel aus Fürth versorgt[898]).

1717/56 Fränkische Kreistruppen in Philippsburg durch Gabriel und Zacharias Fränkel und Erben aus Fürth verpflegt[899]).

1743 Mehl und Hafer für österreichische Truppen durch Fürther Juden geliefert[900]).

1758 Festungen Königshofen und Kronach durch Fränkel versorgt[901]).

1758, 1762 Pferde für kaiserliche Truppen durch Juden geliefert[902]).

1771/72 Isaak Marx aus Fürth versorgt fränkische Truppen in Philippsburg[903]).

Anfang des 18. Jh. wurde in Ansbach die Hofjudenfamilie Model gestürzt, hauptsächlich auf Betreiben der Fürther Judenschaft und der dort führenden Familie Fränkel. 1730 erhielten Gabriel Fränkels Erben in Ansbach und Fürth (Wolff und Abraham Fränkel, Salomon Löw und Michel Simon) von Markgraf Carl Wilhelm Friedrich ein umfangreiches Privileg für Militärlieferungen, 1739 der Resident Isaak Nathan vom gleichen Fürsten ein Privileg für den Handel mit Juwelen und anderen Waren, er durfte im Fürstentum Ansbach auch Läden errichten[904]). Unter Markgraf Joachim Ernst war ein Jude fürstlicher Münzverwalter, in Fürth wohnten der Kammerfaktor Moses Ullmann und die Hofmünzlieferanten Meier Berlin und Löw Cohn[905]).

Im Jahre 1719 erhielt die *Fürther Judengemeinde* ein neues Reglement, das ihre alten Rechte erweiterte[906]). Ihre Angehörigen durften in- und außerhalb des Marktes kaufen und verkaufen, der Handel mit Kram- und Spezereiwaren, Wein und Bier wird besonders erwähnt. Daneben wurde das Recht der Geldleihe gegen Zins oder Pfand bestätigt. Wie sehr man sich bemühte, einigermaßen wohlhabende Juden in Fürth anzusiedeln, zeigen folgende Bestimmungen: Heiratet der erste Sohn eine fremde Jüdin, so hat diese 400 Gulden, heiratet die erste Tochter einen fremden Juden, so hat dieser 500 Gulden Vermögen nachzuweisen. Brautpaare aus Fürth, als zweite Kinder, müssen wenigstens 700 Gulden zusammenbringen. Heiratet ein zweiter Fürther Sohn eine Fremde, so muß 800 Gulden, und heiratet eine zweite Tochter einen Fremden, 1050 Gulden Vermögen vorhanden sein. Bei dem dritten Kinde steigern sich die Vermögenssummen auf 1200 bzw. 1000 Gulden usw.[907]). Das alte Recht der Fürther Juden, zwei Deputierte in die Gemeindeversammlung Fürths zu entsenden, wurde nochmals bestätigt. Die Zahl der Fürther Gemeinde betrug 1716 etwa 400 steuerbare Familienväter, gegen Ende des 18. Jhs. etwa 2400 Mitglieder und 1807 2673[908]).

Nach den Exzessen der Religionskriege folgte die Neigung zur *Toleranz* und die Duldung Andersgläubiger griff auch auf die Stellung zu den Juden über. Die letzte Protestantenaustreibung (Salzburg 1732) und der letzte Versuch einer Judenaustreibung in Mitteleuropa (Böhmen 1744) liegen zeitlich nahe beieinander[909]). Der noch in der Zeit des 30jährigen Krieges lebende Daniel Schwenter (1585—1636), Professor des Hebräischen und Orientalist in Altdorf, stellte fest, daß der Talmud „eine Reihe guter und nützlicher Dinge" enthalte[910]). Der Altdorfer Polyhistor Johann Christoph Wagenseil (1633—1709), der sich in seinen zahlreichen Werken immer wieder mit den Juden befaßte, führte den „Wucher" der Juden auf den Geldbedarf der Christen zurück. Das jüdische Geldgeschäft sei von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung und seine Ausschaltung schädlich. Wagenseil war ein Verfechter der Naturrechtslehre des Hugo Grotius und übernahm den Gedanken von dem Vorzug des natürlichen Rechts aller Menschen vor dem historisch gewordenen Recht[911]).

Die Begegnung mit der *Aufklärung* bedeutete für das deutsche Judentum das Ende seines Mittelalters, einer Geisteshaltung, die durch das Leben im Ghetto konserviert worden war. Wegbereiter der Aufklärung war für die Juden Moses Mendelsohn, diese geistige Bewegung bedeutete für ihn Verbesserung der Bildung und Erziehung und eine Aussöhnung von Vernunft und Offenbarung[912]). Mendelsohn wurde das Vorbild für Lessings Schauspiel „Nathan der Weise" (1779) mit der edlen Gestalt des Juden, der hier das Ideal der Menschlichkeit verkörpert.

In der Praxis des Staatslebens waren die Verhältnisse der Juden in Deutschland in vielen Ländern und Städten zunächst noch traurig. In Frankfurt, dessen Stadtregierung bis 1807 weitgehend an der Ordnung von 1616 festhielt, lernte Goethe das Judentum noch in seiner alten, gedrückten Form kennen. Er äußerte sich 1812 in Karlsbad zu dem Prager Juden Simon von Lämel: „Der Eindruck, den ich in früher Jugend in meiner Vaterstadt empfing, war mir ein mehr erschreckender. Die Gestalten der engen und finsteren Judenstadt waren mir gar

sehr befremdliche und unverständliche Erscheinungen, die meine Phantasie beschäftigten, und ich konnte gar nicht begreifen, wie dieses Volk das merkwürdigste Buch der Welt aus sich heraus geschrieben hat. Was sich allerdings in meiner früheren Jugend als Abscheu gegen die Juden in mir regte, war mehr Scheu vor dem Rätselhaften, vor dem Unschönen. Meine Verachtung ... war mehr der Reflex der mich umgebenden christlichen Männer und Frauen. Erst später, als ich viele geistbegabte, feinfühlige Männer dieses Stammes kennenlernte, gesellte sich Achtung zu meiner Bewunderung, die ich für das bibelschöpferische Volk hege ..."[913]).

In *Preußen* waren die Könige Friedrich Wilhelm I. und Friedrich II. alles andere als judenfreundlich. Das „Revidierte General-Privilegium und Reglement" von 1750 gab enge Vorschriften: Juden durften kein Handwerk außer den wenigen, die nicht zunftmäßig organisiert waren, ausüben. Berlin durften sie nur durch das Prenzlauer und das Hallische Tor betreten, ihre Zahl durfte dort nicht vermehrt werden. Sie mußten minderwertiges Porzellan der königlichen Manufakturen kaufen und im Ausland absetzen, wobei für die Juden hohe Verluste entstanden. Für das Recht, auch ein zweites Kind anzusiedeln, mußten 70 000 Taler bezahlt werden[914]). In Preußen entstand 1781 die denkwürdige Schrift des Kriegsrats Christian Dohm „Über die bürgerliche Verbesserung der Juden". Er entwarf ein eindrucksvolles Bild der jüdischen Verhältnisse. Die intolerante Haltung gegen sie vertrage sich wenig mit einer modernen Auffassung und menschlichen Gesinnung. Die Erpressung von Abgaben, die Einengung ihres Tätigkeitsfeldes, der Widerstand der Zünfte seien besonders bedrückend. Nur seltene Genies unter ihnen besäßen noch „den Mut und die Heiterkeit", sich den Künsten und Wissenschaften zu widmen. Gegen Ende seiner Denkschrift kam Dohm zu der Feststellung: „Wer kann sich versagen, den Juden hochzuachten, den keine Marter bewegen konnte, von seiner Religionsvorschrift abzugehen und den Nichtswürdigen zu verachten, der um des Vorteils willen sich lossagte? Schon allein die Anhänglichkeit an den alten Glauben gibt dem Charakter der Juden eine Festigkeit, die auch zur Bildung ihrer Moralität überaus vorteilhaft ist ... Dem Staate sind sie überall ergeben und sie haben oft in Gefahren einen Eifer bewiesen, den man von so wenig begünstigten Gliedern der Gesellschaft nicht erwarten sollte." Er wünschte, daß den Juden die vollen bürgerlichen Rechte zuerkannt werden möchten, und wies unter anderem auf Fürth hin, wo bewiesen sei, daß eine Verbesserung der jüdischen Verhältnisse durchaus wünschenswert und durchführbar sei.

Dohms Schrift hatte nicht nur in Preußen eine große Wirkung. Die Versammlung des Fränkischen Kreistages warf 1792 die Frage auf: „Wie ist der sittliche und bürgerliche Zustand der Juden im Fränkischen Kreis zu verbessern?"[915]). Interessant ist die Denkschrift, welche die Fürther Juden dazu an den Kreistag sandten. Sie gestanden darin zu, daß es auch unter den Juden Betrüger und Arbeitsscheue gebe, aber die Menschen seien im Grunde überall gleich geartet. So gebe es auch unter den Juden Gelehrte wie Moses Mendelsohn, tüchtige Ärzte usw. Die Juden seien einseitig ausgerichtet, da sie praktisch nur handeln dürften. Sie müßten den Leibzoll entrichten, der sie, „politisch betrachtet, unter das Vieh herabwürdige" und ihren Verdienst fast wieder wegnehme. Sie müßten den

zahlreichen armen Teil ihres Volkes allein erhalten, denn, wer kein Vermögen habe, werde sofort zum Bettler, denn ohne Geld sei kein Handel möglich. Christliche Staatsmänner und Philosophen hätten den Übelstand bereits als solchen erkannt. Der Ruf des Gewissens werde bei manchen Juden von der Not erstickt. Dem wäre nicht so, wenn sie alle ehrliche Tätigkeiten ergreifen könnten. Jahrhunderte lange Unterdrückung verderbe Geist und Herz.

1792 setzten die ersten Reformen in Preußen ein, die Kollektivhaftung und teilweise auch der jüdische Leibzoll wurden aufgehoben. Viel weiter ging das Toleranzpatent Kaiser Josephs II. von 1781 und andere Erlässe. Die Juden sollten Handwerk (allerdings ohne Meisterrecht!), Ackerbau und Industrie betreiben dürfen. Sie wurden zu den Hochschulen zugelassen, Leibzoll, Kennzeichnung und Ausgehverbot wurden aufgehoben. Sie sollten sich in Sitte, Sprache und Bildung anpassen. Aus bestimmten Provinzen blieben sie jedoch noch ausgesperrt. In Wien lebten nur wenige Judenfamilien (1804: 119), das Wohnrecht blieb beschränkt. Schon 1780 hatte Österreich als erster Staat die Militärpflicht für Juden eingeführt[916]).

In Frankreich brachte die große Revolution für die Juden die Wende. Zum erstenmal in der neueren europäischen Geschichte wurden sie dort 1791 gleichberechtigte Bürger, 1796 in den Niederlanden, 1798 in Venedig, 1801 in Köln und im Rheinland, 1807 in Westfalen. In Polen jubelten die Juden Napoleon zu. Unter ihm wurden sie aber in Frankreich schon wieder gewissen Einschränkungen unterworfen, ihr Handel bedurfte der Bewilligung und ein Ortswechsel war nicht ohne weiteres möglich.

Im *fränkischen Gebiet* sprachen sich die Kreisdirektoren Cella in Schwabach und Fischer in Crailsheim für die Gleichberechtigung der Juden aus. Sie seien natürliche Bürger des Staates, daher müßte ihnen das Bürgerrecht gegeben werden. Der deutsche Jude habe bisher nicht sagen können, daß er ein Vaterland habe, daher sei von ihm auch keine Vaterlandsliebe zu erwarten gewesen[917]). Bei der Bekämpfung der Korsen brachten die Rothschilds Riesensummen für die Unterstützung der Festlandsmächte gegen Napoleon auf. Die Maßnahmen zur Befreiung ihrer Glaubensgenossen blieben aber auf halbem Wege stecken. In Preußen erhielten sie 1808 Ortsbürgerrecht, 1812 Landesbürgerrecht, in Bayern lockerte man die wirtschaftlichen Beschränkungen nur wenig. Bei der territorialen Umgestaltung fiel den Fürsten viel neuer Landbesitz zu, und da den Juden der Kauf von Grundbesitz gestattet wurde, konnten manche von ihnen größere Güter erwerben.

2. *Der Niedergang Nürnbergs*

Nach dem 30jährigen Krieg hatte sich die politische Situation für die Reichsstädte erheblich verschlechtert; deren große Zeit war endgültig vorbei. Wenn sie auch auf dem Reichstag Sitz und Stimme hatten, so traten sie doch als Machtfaktoren immer mehr hinter den Fürsten zurück. Der Niedergang der kaiserlichen Macht, der einzigen den Reichsstädten übergeordneten Instanz, die ihre Rechte garantierte, und der Aufstieg der absolutistischen Teilstaaten des Reiches verminderte die politische Machtstellung der Reichsstädte erheblich. Auch ihre wirtschaftliche Bedeutung war im Schwinden begriffen. Die absolutistischen

Staaten in- und außerhalb des Reiches riegelten sich nach Möglichkeit wirtschaftlich ab und erstrebten im Sinne der herrschenden Lehre des Merkantilismus die Autarkie. Die Reichsstädte hingegen waren zur Aufrechterhaltung ihrer wirtschaftlichen Stellung auf den Fernhandel angewiesen, auf die süddeutschen Reichsstädte wirkte sich außerdem die Umorientierung des europäischen Handels seit der Entdeckung Amerikas besonders negativ aus. Nur die norddeutschen Küstenstädte konnten ihre Stellung bewahren und weiter ausbauen, von den alten Reichsstädten hielt nur Frankfurt, die Finanzmetropole des Reiches, das auch durch seine Messe von großer wirtschaftlicher Bedeutung war, seinen Stand. Andererseits waren die Reichsstädte ergiebige Finanzquellen des Reiches und mußten für die Kriege des endenden 17. und des 18. Jh. schwere Lasten tragen. Um das Ansehen der Stadt zu wahren, zahlte der Nürnberger Rat wie bisher die alten Sätze an Steuern, Reichs- und Kreismatrikularbeiträgen für die zahlreichen Reichskriege, obwohl die Wirtschaftskraft der Stadt bereits erheblich gesunken war[918]).

Besonders bedenklich war die Regierungspolitik der Patrizier im Innern. Den Handel, der sie groß gemacht hatte, gaben sie auf und erstrebten das Leben adliger Grundherrn. „Der Mangel an eigener Betätigung im Kommerziellen verhinderte die Vertrautheit des Rates mit der politischen und ökonomischen Situation der Zeit und ließ auch die notwendige Erfahrung in der Finanzgebarung und Verwaltung einer modernen Großstadt vermissen. Die Administration war so geblieben, wie sie sich zufällig entwickelt hatte, und entbehrte der Zweckmäßigkeit und Übersichtlichkeit, ernährte aber zahlreiche Patrizier. Deshalb fehlten dem Rat Einsicht und Wille, die notwendigen Maßnahmen zur Vereinfachung der Verwaltung selbst in Angriff zu nehmen. So mußte der Anstoß dazu unter dem Druck der allgemeinen Not aus der Bürgerschaft kommen."[919]).

Aus Protest gegen die Steuerpolitik des Rates reichten die Kaufleute eine Klage beim Reichshofrat ein, doch die Regierenden saßen immer am längeren Hebel und nach 20 Jahren zog die Bürgerschaft 1754 die Klage zurück, da sie die Aussichtslosigkeit ihres Bemühens erkannt hatte. Kaiser und Rat hatten gemeinsame Sache gemacht, da sie gemeinsame Interessen hatten, der Kaiser wollte wie bisher die Steuern der Bürger in voller Höhe bekommen und die Patrizier wollten wie bisher ihre uneingeschränkte Macht behaupten.

Natürlich fehlte es nicht an einsichtsvollen Leuten, doch diese konnten sich nicht durchsetzen. So wurde schon 1695 der Reformplan des vordersten Losungers Paul Albrecht Rieter abgelehnt. Dieser legte daraufhin seine sämtlichen Ämter nieder und verzichtete auf das Bürgerrecht.

Die Engstirnigkeit der Stadtregierung zeigt sich z. B. auch auf religiösem Gebiet gegenüber den Reformierten, die zwar in der Stadt wohnen durften und als Geschäftsleute wohlgelitten waren, denen man aber die Ausübung ihrer Religion innerhalb der Mauern auch dann noch versagte, als dies aus politischen Gründen nicht mehr nötig war.

Gegen Ende des 18. Jh. erzwang jedoch die finanzielle Lage der Stadt eine gewisse Reform. 1794 wurde die Steuerhoheit des patrizischen Rates beschränkt, das Genanntenkollegium, welches in der Mehrheit aus nichtpatrizischen Stan-

desgruppen zusammengesetzt war, erhielt etwas mehr Mitspracherecht. Die Schuldenlast der Stadt war inzwischen auf über 10 Millionen Gulden angestiegen.

1796 bot die Bürgerschaft König Friedrich Wilhelm II. von Preußen wegen der hoffnungslosen politischen und finanziellen Lage den „Subjektions- und Exekutionsvertrag" an, den dieser aber nicht annahm. 1797 suchte eine kaiserliche „Subdelegationskommission" Ordnung in Nürnbergs Finanzen zu bringen, sie scheiterte jedoch im wesentlichen an der Schwierigkeit ihres Auftrags. Viele tüchtige Kräfte hatten Nürnberg verlassen. Die Reichsstadt zählte 1620 etwa 40 000 Einwohner, 1806 waren es nur noch 25 000.

Die Bewegung der Aufklärung, welche alle Bereiche des Lebens erfaßte und zur Grundlage auch der modernen staatlichen Welt wurde, hatte zwar Rückwirkungen auf die Reichsstädte, diese hinkten aber erheblich nach. War Nürnberg in früheren Jahrhunderten führend im deutschen Rechtsleben gewesen, so waren jetzt z. B. seine Zensur und seine Judengesetzgebung ausgesprochen rückschrittlich[920]).

Wenn wir die Judenpolitik der Stadt im 18. Jh. verstehen wollen, müssen wir die Gesamtlage der Stadt im Zeitalter der Aufklärung bedenken. Auf wirtschaftlichem Gebiet ist in dieser Zeit die Geschäftstüchtigkeit der Juden (die für diese ja eine Existenzfrage war) für die weniger tüchtigen Handelsleute bereits ein Grund zur Besorgnis.

Mit diesen Feststellungen über den Niedergang Nürnbergss ist über die kulturelle Bedeutung der Stadt, die ja noch eine ganz erhebliche war, nichts ausgesagt[921]).

3. Zurückdrängung des Judenhandels durch den Rat der Stadt Nürnberg

Wenn sich auch an der grundsätzlichen Haltung der Nürnberger Stadtväter gegenüber dem Handel der Juden nichts änderte, so wurden sie durch die Macht der Verhältnisse immer öfter gezwungen, gegenüber ihrer bisherigen Haltung nachzugeben oder *Kompromisse* zu schließen. Ein Gutachten über den Erlaß eines neuen Mandates aus dem Anfang des 18. Jhs. gibt dies deutlich zu erkennen: „Wie nötig auch der gleichen Mandat wider die Juden ist, so ist doch mit diesem Volk, das an allen Höfen sich patrones zu machen weiß, behutsam umzugehen, damit man auf Märkten gegen hiesige Bürger und Lieferanten nicht Repressalien brauchen möge, wie schon einmal geschehen ..."[922]). Im weiteren wird ausgeführt, daß die markgräfliche und die Bamberger Regierung Beschlüsse gefaßt hätten, die Bewegungsfreiheit der Nürnberger Kaufleute einzuschränken. In einem Ratsverlaß von 1764, der den Spitaluntertanen nahelegte, ihr Vieh nicht an die Juden zu verkaufen, wurde „Behutsamkeit" angeraten, damit man bei den Benachbarten keine „Viehsperre" provoziere[923]).

Im Jahre 1701 hoffte man auf eine Vertreibung der *Schnaittacher Juden*. Der kurfürstliche Proviantverwalter zu Schnaittach machte dem Rat von einem Befehl seiner Regierung Mitteilung, nach dem Bürgermeister und Rat dieses Ortes gehört werden sollten, unter welchen Umständen eine Ausweisung der Juden

unternommen werden könne. Die Schnaittacher forderten nun u. a., daß das Nürnberger Spitalamt eingeschaltet werde, welches eine größere Summe (4–5000 Gulden) vorschießen müsse. Der darüber befragte Nürnberger Ratskonsulent Dr. Scheurl befürwortete das Unternehmen. Man müsse zwar befürchten, daß die Schnaittacher Juden dann ins bambergische und markgräfliche Gebiet gingen, es sei aber schon ein Fortschritt, wenn man die Juden nicht auf allen Seiten um sich habe. Man müsse aber zu erreichen suchen, daß die Juden aus dem ganzen naheliegenden kurfürstlichen Gebiet (z. B. auch aus Ottensoos und Oberndorf) vertrieben würden[924]). Aus dem ganzen Plan wurde aber nichts, die Juden blieben in Schnaittach[925]).

Als sich 1702 beim Streit um die spanische Erbschaft Kurfürst Max Emanuel von Bayern auf die Seite Frankreichs schlug und Franken im Westen durch die Franzosen und im Süden durch Bayern bedroht war, bemühten sich die *Fürther Juden*, wie schon in der Zeit des 30jährigen Krieges, um die Aufnahme in den Schutz der Stadt Nürnberg. Im Februar 1703 baten sie darum, im Falle höchster Not sich in den Gärten und Vorstädten Nürnbergs aufhalten zu dürfen. Die Stadt lehnte ab und gestattete den Juden nur, ihre Habe in Nürnberg unterzubringen[926]). Im gleichen Jahr machte der Rat jedoch für Gabriel Fränkel und Lazarus Schlamm eine Ausnahme. Letzterer hatte auf der Leipziger Messe Pferde gekauft und sie in Gostenhof eingestellt. Er bat, bei sich nähernden kriegerischen Verwicklungen sich mit seinen Angehörigen zu seinen Tieren in einen Stall oder in ein „geringes Hüttlein" begeben zu dürfen. Fränkel konnte sich darauf berufen, dem Losungs- und Kriegsamt der Stadt Darlehen zu günstigem Zins gewährt zu haben und bat um ein Unterkommen für seine Familie. Mit der Begründung, daß man die Dienste der beiden Juden vielleicht einmal gut gebrauchen könne, gewährte ihnen der Rat für äußerste Notfälle eine Aufnahme in Gostenhof[927]).

Mit dem *Mieten von Räumen* zur Unterbringung der Habe machte ein Schwabacher Jude den Anfang. Dann mietete der Fürther Jude Eyßig ein Gewölbe in der oberen Waage, ließ es aber zunächst leer stehen. Der Rat gestattete deshalb anderen Juden, ihre Habe dorthin zu bringen. Er forderte aber, daß nicht „ein schlechte gemein Sach und Gerümpel, sondern Pretiosa hereingeflüchtet" werden sollten. Im Jahre 1707 bat die Ansbacher Regierung, daß man dem Hofjuden Marx Model gestatten möge, wegen der gefährlichen Kriegszeiten einige Waren nach Nürnberg zu bringen. Nach längeren Verhandlungen erlaubte dies der Rat, wies aber die durch Gönner und Verwandte vorgebrachte Bitte Models um Aufenthaltsgenehmigung in Gostenhof ab[928]).

In den nächsten Jahren liefen wieder verschiedene Klagen über Juden ein. Das Münzvisitationsamt gab an, daß die Juden falsche Taler unter die Leute brächten; um dies zu vermeiden, mußten nun die Juden vor Betreten der Stadt ihr Geld an den Toren vorweisen[929]). Auf Antrag des fürstbischöflichen Rates Scharff sollte der Fürther Jude Elkan Fränkel nicht mehr in die Stadt gelassen werden, weil er meineidig sei und die Untertanen gegen ihre Herren aufhetze. Bancoamt und Kriegsamt empfahlen gegen Fränkel ein bedächtiges Vorgehen, da er unter ansbachischen Schutz stand, trotzdem wurde er mit Inhaftierung bedroht[930]). Es scheint sich dabei um einen Konflikt zwischen Bamberg und Ans-

bach gehandelt zu haben, die beiden Regierungen lagen wegen der Fürther Juden wiederholt in heftigem Streit miteinander[931]).

Immer wieder baten die Juden um Herabsetzung ihrer Gebühren beim *Banco publico*, die doppelt so hoch waren wie die der Nichtjuden[932]). Da man ihnen nicht entgegenkam, suchten sie die Abgaben zu umgehen oder weigerten sich, sie zu entrichten[933]). 1723 wurde Salomon Levi Gumpertz aus Fürth zur Zahlung von 920 Gulden verurteilt, weil er einen Kassaposten von 9 200 Gulden nicht angegeben hatte[934]), 1724 mußten die Fürther Juden Gabriel und Fränkel 58½ Gulden Strafe wegen Hinterziehung der Bancogebühr bezahlen, die Strafe betrug auch hier 10 % der betreffenden Summe[935]).

Im Jahre 1707 hatte man in Nürnberg wieder ein *Mandat* gegen den Judenhandel beraten, 1709 holte man Gutachten von den einzelnen Ämtern ein, welche die vorgesehenen Einschränkungen des Judenhandels so sehr modifizieren wollten, daß der Ratskonsulent Scheurl feststellte, es bliebe dann von den Maßnahmen des Mandats bei der Berücksichtigung der Einwände fast nichts mehr übrig. Das Mandat vom 25. Oktober 1709 wies dann wieder auf frühere Verordnungen hin und bestimmte, daß die Wechsel der Juden (ausgenommen die von Kaufleuten und Wechselkundigen ausgefertigten) nur bei vorheriger Genehmigung und Zuziehung der Sensalen (amtlich bestellten Maklern) Gültigkeit haben sollten[936]). Im Laufe des 18. Jhs. wurden den Juden bei Wechselgeschäften noch weitere Beschränkungen auferlegt[937]).

Die Juden fanden immer wieder Gelegenheit, über die *festgesetzte Zahl* hinaus in die Stadt zu kommen: sie mußten mit Kreisabgesandten verhandeln, wiesen Vorladungen von Eigenherrn und Advokaten und Passierscheine von Standesherrn vor[938]). Als 1713 das weitgehende Einschränkungen des Judenhandels enthaltende Mandat von 1693 wiederholt wurde, beschwerten sich Gabriel und Zacharias Fränkel und nahmen Bezug auf ihre kaiserlichen und fürstlichen Empfehlungsbriefe und Pässe. Diese beiden und Lämmlein Schlamm erreichten nach längeren Verhandlungen, über die erlaubte Zahl hinaus die Stadt besuchen zu dürfen. Im übrigen bestand der Rat darauf, daß das Mandat „soviel wie immer möglich" beobachtet werde[939]). Damit gab die Stadtverwaltung offen ihre Ohnmacht zu, mochte sie auch immer wieder den Juden die Schuld an dem Rückgang von „Handlungen, Gewerben und Manufakturen" in die Schuhe schieben[940]). Man ließ Juden festnehmen und nach minderwertigen Münzen durchsuchen, man erwog, sie nur noch zu Fuß in die Stadt kommen zu lassen, aber auch mit Polizeistaatmethoden erreichte man herzlich wenig[941]).

Der Geldhandel der Juden stieg im Sommer 1718 nach dem Bericht der Leihhausbeamten auf einen neuen Höhepunkt, Mittelsleute brachten die Pfänder nach Gostenhof und Fürth, die Juden machten offenbar immer wieder günstigere Angebote als das Leihhaus. Von Amts wegen wurde die Frist zur Einlösung von Verträgen mit den Juden auf einen Monat herabgesetzt. Im Jahre 1732 forderte der Rat wieder die Einlösung aller Pfänder bei den Juden[942]).

Um die Stadtschützen an den Toren anzueifern, beteiligte man sie an beschlagnahmtem Gut mit einem gewissen Prozentsatz. 1719 verbot man sieben Juden den Gostenhof, ließ ihnen aber zur Regelung ihrer Geschäfte mit den Bürgern

zwei Monate Zeit. Im folgenden Jahr veranlaßte man, die Juden von den Grenzschranken zu weisen und drohte ihnen bei einem zweiten Versuch, sich der Stadt zu nähern, mit Gefängnis und der Konfiskation ihrer Waren, außerdem sollten die von den Bürgern angebotenen Pfänder beschlagnahmt werden[943]). Der Rat verdächtigte immer wieder die eigenen Untertanen der Unterstützung des Judenhandels. 1720 eröffnete man ein Verfahren gegen den Torschreiber Biermann, da er der Bestechung bezichtigt wurde; man durchsuchte Wohnungen und Lager nach Schmuggelware, ging dabei jedoch meist leer aus[944]).

In der ersten Hälfte des 18. Jhs. ging der Rat auch immer wieder gegen den *Hausierhandel* vor, den damals neben den Juden auch Zigeuner und Italiener im Nürnberger Landgebiet betrieben. Auf Bitten der Krämer ließ er 1711 das Hausieren durch den Pfleger von Lauf verbieten, 1718 ging eine Verordnung an alle Pfleger aus, diese Händler nur zu den Messen und Kirchweihen zuzulassen. Zwei Jahre später ließ der Rat für den Hausierhandel außerhalb der Marktzeiten im Gebiet des Pflegamts Lauf eine Buße von sieben Gulden erheben[945]). Am 6. Januar 1714 hatte der Fränkische Kreis strenge Polizeimaßnahmen gegen „Zigeuner, Italiener und Betteljuden" angeordnet. Sie sollten außer Landes geschafft oder in Zucht- und Arbeitshäuser eingeliefert werden. Sie hätten Scheunen angezündet und würden sich oft in den Wäldern umhertreiben, andere zögen als Geistliche verkleidet herum. Patroullien sollten sie aufstöbern, die Pässe fordern, und wenn solche nicht vorgewiesen werden könnten, umgehend die Ausweisung veranlassen[946]).

Handelsinteressen veranlaßten die Krämer von Altdorf 1730 eine Beschwerde an die Landpfleger einzureichen. Sie klagten über den Leinen-, Wolle- und Seidenhandel der hausierenden Juden, besonders über Moyses Löw aus Schnaittach. Die bisherigen Mandate hätten nur wenig genützt, man solle mit der Konfiskation des Judengutes endlich ernst machen. Würden sie, die Altdorfer Händler, ins baierische Gebiet gehen, würde man ihre Waren sofort beschlagnahmen und sie selbst ins Gefängnis werfen. Sie fordern: Konfiskation der Waren, Verbot an die Wirte, Judengüter aufzubewahren, keine Amtshilfe für die Juden zur Beitreibung der Schulden. Den Untertanen solle man andererseits zur Begleichung ihrer Schulden helfen, damit die Juden nicht mehr unter dem Vorwand, kassieren zu müssen, hereinkommen könnten[947]).

Zu Beginn des gleichen Jahres hatte sich der Rat von den Pflegern über die Verhältnisse des Judenhandels berichten und Vorschläge für ein neues Mandat einreichen lassen[948]). Johann Friedrich Pömer, Pfleger von Hersbruck, empfahl, den Juden an Sonntagen in den Grenzorten handeln und übernachten zu verbieten und alle Kauf- und Tauschgeschäfte mit Vieh beim Amt „auszutun" und quittieren zu lassen. Adam Rudolf Kreß von Kressenstein, Pfleger von Betzenstein, berichtete, daß man den jüdischen Geldhandel dadurch habe etwas steuern können, daß man den Untertanen Geld gegen Zins vorgestreckt habe. Es habe sich jedoch die Übung eingeschlichen, daß das Protokollieren der Geschäfte bei den Herrschaften der Juden vorgenommen werde. Wenn die Juden dann klagten, daß die Bedingungen nicht eingehalten würden, seien sie beim Amt nicht angehört worden, die betreffenden Untertanen habe man außerdem bestraft. Einen Juden, der zweimal im Ort übernachtet hatte, habe man eingesperrt und

den, der ihn beherbergte, mit Strafe bedroht. Gottlieb Tucher von Simmelsdorf, Pfleger von Engelthal, berichtete ebenfalls, daß man den Untertanen vom Amt aus helfe, wenn sie Geld borgen müßten.

Am 22. März 1737 sandte das Spitalamt einen Bericht ein. Die Juden von Schnaittach und Ottensoos würden immer wieder Geldhandel mit spitalischen Untertanen treiben, und man habe den Juden auch Rechtshilfe geleistet. Der Rat solle bei der kurfürstlichen Regierung in die Wege leiten, daß Geldvorschuß an die spitalischen Untertanen durch die Schnaittacher und Ottensooser Juden verboten werde. Notleidenden Untertanen solle man mit Geld aushelfen, damit sie nicht zu den Juden gehen müßten. Am 8. Dezember wiederholte das Amt seine Bitten[949]).

Im Jahre 1755 beschwerten sich die Goldschmiede über den Ankauf von Gold, Silber und Geschmeiden durch Juden[950]). 1757 liefen wieder Klagen über den Judenhandel auf dem Lande ein. Am 27. Juni dieses Jahres sandten die Richter und Assessoren des Stadtgerichts eine Anfrage ein und baten um Klarstellung, wie man sich bei Forderungen von Juden verhalten solle. Solche hätten sich z. B. bei den dompröpstlichen Juden Abraham Weinschenks Witwe auf 108 Gulden und Isaak Abraham auf 105 Gulden 30 Kreuzer belaufen. An sich hätten doch Forderungen fremder Juden an Nürnberger Untertanen nur dann Rechtskraft, wenn das Geldgeschäft von Amts wegen erlaubt worden sei. Das Spital- und Katharinenklosteramt berichtete unter Hinweis auf das kaiserliche Privileg und die Mandate von 1660, 1670, 1689, 1693 und 1709: „So bezeigt leider die Erfahrung, daß diese so heilsame Verordnung (kein Judengeschäft ohne obrigkeitliche Erlaubnis, d. Verf.) nicht hat zum Vollzug gebracht werden können, weil die Untertanen aller Bedrohung und Bestrafung ungeachtet, das Handeln mit den Juden nicht unterlassen". Die Juden würden sich an ihre Herrschaft und diese an den Rat wenden und mit Arrest und Pfändungen etc. drohen. Das Amt zählt Beispiele aus dem Jahre 1735 auf, wo Juden durch Eingreifen der kurfürstlichen Regierung abgefunden werden mußten. In bezug auf die markgräflichen Juden stellt es fest, daß diese „das hiesige forum gar nicht mehr agnostizieren". Dem Katharinenklosteruntertan Johann Paul Weber zu Barnsdorf bei Roth habe man wegen einer Schuld von 400 Gulden auf Befehl von Oberamtmann von Seckendorf in Roth eingesperrt und erst nach 14 Tagen frei gelassen mit der Drohung, ihm all sein Vieh wegtreiben zu wollen, wenn er seinen jüdischen Geschäftspartner nicht befriedige[951]).

Der Rechtsauffassung des Rates gemäß hatte sich der Spitalmeister im Jahre 1751 verhalten, als die Ansbacher Beamten zu Thalmässing und Stauf die „Stallung" Georg Amlers, Spitaluntertanen zu Moosbach, wegen einer Schuld bei dem Juden Abraham David von Thalmässing verlangten. Die Verhandlungen liefen über den Pfarrer zu Schwimbach, der das Spital zu vertreten hatte. Der Spitalmeister schrieb am 6. April 1751 an den Pfarrer: Nach dem kaiserlichen Privileg seien alle Kontrakte mit den Juden verboten, so auch die „Verhypothecirung" der Güter. Verschreibungen und Protokolle vor anderen Herrschaften hätten keine Kraft[952]).

Am 27. Januar 1764 fragte das Landpflegamt an, wie bei Konkursfällen mit

Juden-Hypotheken verfahren werden solle, wenn sich die Herrschaften der Juden ihrer annähmen. Am 22. Juni desselben Jahres meldet das Spitalamt zwei solche Konkursfälle. Die Juden waren dabei völlig befriedigt worden. Es handelte sich um die Schuldner Heinrich Kornauer und Frau, kressische Bestänaers-Eheleute, und Hans Steffan Floken, Katharinenkloster-Untertan in Barnsdorf. In beiden Fällen war keine obrigkeitliche Genehmigung zum Judengeschäft eingeholt worden, man wagte aber nicht mehr, dieses für rechtlos zu erklären[953]).

Von der Bedeutung des jüdischen *Viehhandels* für die Stadt haben wir bereits im vorhergehenden Kapitel gesprochen. Im 18. Jh. hatten sich die Verhältnisse im Vergleich zu denen des 17. Jh. geradezu verkehrt. War damals der Rat noch bestrebt, den Verkauf von Vieh durch Juden zu verbieten, so war er nun bemüht, diejenigen Juden, welche den Zoll und die Schikanen der Nürnberger Behörden vermeiden wollten und Vieh vor der Stadt verhandelten, zu zwingen, dieses in die Stadt zu bringen. Würfel, dessen Buch über die Fürther Juden 1754 erschien und der als Zeitgenosse diese Verhältnisse kannte, schreibt darüber: „Wann endlich die Fürther und andere Juden selbst den unterwegs gewesenen Vieh, als Rindern, Schafen und Schweinen entgegen gegangen oder ihre Knechte entgegengesendet, und dasselbe auf den Straßen aufgekauft und gar nicht auf den Viehmarkt vor Nürnberg gelangen, sonderlich sogleich weiter fort treiben lassen, so ist durch solche Fürkäufelei denen Burgern zu Nürnberg öfters eine unnöthige Fleischtheuerung verursacht worden. Solchen und anderen Unordnungen, welche die Juden auf dem Viehemarkt vor Nürnberg einführen wolten, suchte ein Hochedler Rath der Stadt Nürnberg durch einige Decrete vorzubeugen. Sie ließen darum 1720, den 16. September, folgende Befehle ergehen, nach welchem sich die Juden alle auf dem Viehemarkt vor Nürnberg bescheiden sollten ... Soll kein Jud sich unterstehen, theils ganze aus Böhmen, Bayern und anderen Orten anhero auf den Markt sollende Schweine auf der Straßen zu erkaufen, mit denselben aber hernach in dem Land herumziehen und einzelne in Dörfern und sonsten zu verhausieren oder auch wohl auf dem Markt vor Nürnberg erkaufen, und den Müllern, Becken, Branntweinbrennern und andern dergleichen Leuten, die Schwein zur Mastung einzustellen und vor die Thür zu treiben und fast in allen Dorfschafften einen Markt zu halten und dadurch den Landmann von dem Markt abzuhalten; item auch bey den Müllern und Becken die Schweine um die Helfte in Mastung zu geben, hernach dann noch die dem Müller oder Becken zukommende Helfte demselben ab- und hernach auf dem Markt wieder zu verkauffen. Welches, weil es nun alles eine öffentliche Vorkäufeley ist, durch welche der Böhmische, Bayrische und andere fremde Viehehändel von hiesigen Markt abgedruckt wird, deme zu entgegen sollen sich die Juden solcher Verzögelung allerdings enthalten: Dann, so einer oder der ander sich unterstehen würde, entweder auf der Straßen ehe und bevor er nach Nürnberg kommt oder nachdem er Markt gehalten, viel oder wenig magere Schweine zu verkauffen oder von den Müllern, Becken, Branntweinbrennern und anderen Leuten gemästete Schweine zu erkauffen, der soll zum erstenmal von jeden Schwein zween Gulden zur Straf unabläsig zu erlegen schuldig seyn, auf wieder Betretten aber mit nachdrücklicher Straf angesehen werden"[954]).

Da die Marktgewohnheiten der jüdischen Viehhändler dem Rat ein Dorn im Auge waren, versuchte er bei verschiedenen Gelegenheiten, ihnen Schwierigkeiten zu machen, so 1733 denen von Lonnerstadt[955]). Im Jahre 1764 wies der Rat seine Spitaluntertanen an, sie möchten ihr Vieh nicht an die Juden verkaufen, riet aber zur Vorsicht, damit keine Viehsperre nach Nürnberg provoziert werde[956]).

Da die *Mandate* gegen den Judenhandel dem Rat entweder als ausreichend, wahrscheinlicher aber als verhältnismäßig wirkungslos erschienen, stellte er die Veröffentlichung neuer Verordnungen für längere Zeit ein. Erst am 2. Juli 1774 erschien wieder eine solche, die u. a. „wucherliche Contrakte" mit Juden verbot[957]). Die Pfleger des Nürnberger Gebietes gaben Bericht über die Veröffentlichung. Das Mandat wurde an den Toren und an den Rathäusern angeschlagen, nach dem Gottesdienst verlesen, den Dorfhauptleuten zugestellt und den Juden in der Nachbarschaft (auch denen von Windsbach und Lehrberg!) zugesandt[958]). Die letzten Verbote des Judenhandels waren folgende:

1777 Verbot der Annahme der Louis blancs (franz. Silbermünze, 1641 zuerst geschlagen) von den Juden.

1780 Verbot des Schnittwarenhandels der Juden und des Eintauschens von Judenware (Samt, Seide, Wolle) gegen die an die Juden nach Fürth gelieferte Handwerksarbeit.

1787 Verbot für Soldaten und Offiziere, bei den Juden zu borgen.

1791 Einlaßverbot gegenüber den sog. Schnorr-Juden[959]).

1802 Auszug aus dem Mandat von 1693[960]).

Darnach wurden keine Verordnungen mehr erlassen, die den Judenhandel speziell angingen.

Obwohl der Rat den Handel seiner Bürger mit Juden mit allen Mitteln zu verhindern suchte, scheute er sich genauso wenig wie in früheren Jahrhunderten, selbst mit Juden Geschäftsbeziehungen zu unterhalten. 1703 konnte sich Gabriel Fränkel aus Fürth darauf berufen, daß er dem Losungs- und dem Kriegsamt Darlehen gegen geringen Zins gewährt hatte[961]), 1737 bezog der Rat von Fränkel in Fürth Heulieferungen[962]) und von einem anderen Juden 1741 Dragonerpferde[963]). Im Jahre 1787, als die Geldnot der Stadt bereits ein unerträgliches Maß erreicht hatte, wollte der Rat von dem Juden Marcus Buttenheimer in Fürth 17 000 Gulden zum Zinssatz von $3^1/_2$ % entleihen, geriet dabei aber an einen Betrüger. Der Rat hatte dem Almosenamtssubstitut Held die Schuldverschreibungen gegeben, dem aber Buttenheimer die Obligationen aus der Hand spielte, ohne ihm das Geld auszuhändigen. Später gab Buttenheimer an, er habe sie dem Holländer Müller cediert, der eigentlich das Geld beschaffen sollte. Die Stadt beabsichtigte, sich an das Reichskammergericht zu wenden, die Bamberger Behörden sollten aber inzwischen Buttenheimer in eine Falle locken und ihm die Schuldverschreibungen abnehmen, er wurde dann während eines Besuches bei dem Syndikus Bollo verhaftet. Das Bamberger Vicedomamt führte die Untersuchung und Buttenheimer wurde nach seiner Verurteilung in das Zuchthaus von Bamberg eingeliefert[964]).

4. Zoll und Begleitung

Vor dem Ende des 18. Jahrhunderts änderte sich die Praxis der Waren- und Leibzollerhebung und der Bewachung der Juden in der Stadt nur wenig. Um einen Eindruck von der judenfeindlichen Haltung mancher Kreise im Nürnberg des 18. Jahrhunderts zu geben, zitieren wir einige Abschnitte aus dem 7. Kapitel des Buches von Pfarrer Andreas Würfel aus dem Jahre 1754 über die *Fürther Judenschaft* und deren *Handel nach Nürnberg*, in dem er alle diesbezüglichen Verordnungen des Nürnberger Rats zusammenstellte[965]):

„§ 3. Hat aber in Nürnberg ein Fürther Jud etwas zu schaffen, so muß er gleich andern Juden bey der äußern Wach sich melden, und zwar nur allein bey dem Spitler und Thiergärtnerthor. Dann wird er durch einen Mousquetier zur Annehmung eines lebendigen Gelaits gebracht und von dem Wachtmeister des Stadtthors, wann zuvor der Mousquetier attestiret hat, wann es wie der Jud zu Roß, zu Fuß oder auf einem Wagen bey der äussern Posten passirt, angenommen, widrigenfalls und da derselbe erst beschriebener maßen nicht kommt, so gleich wiederum zuruck und abgewiesen.

§ 4. Ist der Jud in die Stadt eingelassen, so muß er für die Erlaubnis, des Tages über sich darinn zu enthalten, an den Stadtpfänder 45 Kreutzer bezahlen. Dem alten Weib, das ihn überall nachtritt, und das ein Kriegsaufbieter ihn zugiebet, muß er des Tages 15 kr. geben. Dieses schmerzet die Juden nicht wenig, daß sie ihren Wucher und Handelschafft in Nürnberg ohne Entgeld nicht treiben dörfen. Sie wünschen deswegen dieser Stadt alles Übel. Brennet es in der Stadt und sie sehens, so sagen sie, das können wir wohl leiden, wenn es nur die armen Jüdlich nicht trift.

§ 5. Die Sonn und Festtäge wird kein Jud nach Nürnberg gelassen. Daß doch solches unsere gnädige und Christliche Obrigkeit auch in der Charwochen nicht gestatten wollte! Es würde dieses zur Ehre Gottes gereichen. Sehen die Juden die Christen zu dem Hause des Herrn eylen, um die Passions Andacht zu unterhalten, so verlachen sie dieß Beginnen und wissen solche Beschäfftigung mit vielen hämischen und spöttischen Namen zu belegen. Doch, sie werden auch hier sehen, wen sie mit ihren Lästerzungen stechen!

§ 6. Die, welche in der Stadt gelassen sind, sollen zur Markzeit auf dem öffentlichen Handelsplatz nicht erscheinen und ihre Negotia daselbst treiben. Solches erhellet aus eines Hochedlen Magistrats der Stadt Nürnberg den 28. Febr. Ao. 1713 publicirten Decret in folgenden Worten: Und weiln mehr besagte Juden sich vermessentlich unterstanden, unter der Markzeit von XI. biß I. Uhr Nachmittags auf öffentlichen Platz zu erscheinen und gleich anderen Kauf- und Handelsleuten ihre Negotia zu treiben, als wird solches unzulässiges Beginnen ihnen abermahlen ernstlich verwiesen und sie bey empfindlicher Buß und Beschimpfung von solchen offentlichen Markplatz abgewiesen.

§ 7. Wie gut wäre es nicht auch, wann die Juden zu der Zeit, wann eine Leiche vorbey gesungen wird, in die Kräme oder eine andere Gasse sich zu begeben angewiesen! Denn, wieviel gottlose Reden sie dabey ausstossen kan man sich gar nicht vorstellig machen. Die incivilité und impertinence gegen die Geist-

lichen und Schuldiener können auch die Fremdlinge nicht ohne Aergerniß ansehen.

§ 8. Überhaupt ist verbotten, daß sich kein Nürnbergischer Burger und Unterthan mit denen Juden in einigen Handel, wie er auch Namen hat, einlassen soll. noch weniger ihnen die Fahrnuße, Kleinod oder Kleyder zu versetzen.

§ 9. Welcher Burger in Nürnberg den Juden in seinem Hauß beherberget, behausset oder übernachten läst, Unterschlaif giebt, in seinem Hauß ein Gewölb oder Schreibstuben einräumet, gegen einer gewissen Provision von ihm Commissiones oder Factorien übernimmt, den wird das Burgerrecht abgenommen. Dem Juden aber werden die Waaren, Gelder, oder was es sonst ist, eingezogen.

§ 10. Obschon nicht erlaubt ist, daß ein Jud über Nacht in der Stadt bleiben soll so kan (ich) doch ein merkliches Exempel des Ubertrettens anführen. Als der höchst glorwürdige und hochseelige Kayser Carolus der VI. in Nürnberg gehuldiget wurde, so plagte einen Fränkel die Neugierigkeit, die Solennitäten, welche des Nachts mit illuminiren und in andere Wege angestellet werden, auch zu observiren. Er ließ sich darum in die Stadt sperren. Nachdem solches kunt worden, so hat man ihn, seine Nachtherberg bey einem Kriegsaufbieter zu nehmen, Oberherrlich angewiesen.

§ 23. Gehen die Juden, welche von Fürth nach Nürnberg handeln, Abends zu Hause, so wird ihnen von Fürth aus eine Konvoi entgegengeschickt. Von liederlichen Landstreinern sind sie schon etlichmal angefallen worden. Der geschossen Lämmlein hat davon noch die Marque unter den Augen."

Den Geist der Aufklärung zeigt hingegen der Verfasser des 1806 im „Beobachter an der Pegnitz" erschienenen Artikels „Das Spittlertor"[966]). Vom Anblick des Leibzoll-Betriebes am Spittlertor angeregt, geht er auf das Schicksal der Juden ein:

„Armer — armer Israelit! — Mensch wie ich! — Wie Du da stehen mußt jetzt, um, wie das liebe Vieh, Deinen Leib verzollen zu lassen. Ein Überbleibsel der Barbarei aus jenen allerchristlichsten Zeiten, wo man nach dem gelobten Lande wallfartete, und zum erstenmal Geld von euch unter allen möglichen unchristlichen und — unmenschlichen Titeln erpreßte, um einen Theil davon den Mönchen in der Heimath hinterlassen zu können. — Sieh! solche Vorurteile pflanzten sich auf Menschen fort, die sich Christen nennen und aufgeklärt zu sein wähnen — auf Staatsaerarien, die nichts vom augenblicklichsten Gewinn fahren lassen wollen — auf viele, die sich besser zu seyn dünken als Du und Deine Glaubensgenossen, weil sie sich zur herrschenden Religion bekennen und deswegen ein Näherrecht zum Wucher zu haben sich einbilden."

Anschließend gibt der Verfasser einen kurzen Überblick über die Behandlung der Nürnberger Juden im Mittelalter (mit Irrtümern natürlich) und endet seinen Artikel mit den Worten:

„Die Wahrheit behauptet ihre Rechte früher oder später. Sollte es der Judenschaft in der Folge noch gelingen, ihre Wohnungen in Nürnberg aufschlagen zu dürfen, so wäre dieses nur eine kleine, äußerst unbedeutende Vergütung für das große Unrecht, das man ihr in ihren Vorfahren anthat."

Als am 1. Dezember 1797 die *kaiserliche Subdelegationskommission* zur Ordnung der zerrütteten Nürnberger Finanzverhältnisse ihre Tätigkeit aufnahm und eine Vereinheitlichung und Vereinfachung des Rechnungswesens anstrebte, beschäftigte sie sich auch mit dem jüdischen Leibzoll. Als die Fürther Juden davon hörten, sandten sie ein Schreiben an die Kommission, in dem sie auf die Entwürdigung durch den Leibzoll und die Begleitung der Mitgeherinnen hinwiesen, durch die sie „wie Vieh behandelt" würden, und baten um Herabsetzung der Gebühren, da diese ihren geringen Verdienst schmälerten. Seit dem letzten Jahrzehnt trügen sie einen Schimmer von Hoffnung auf die Besserung ihres Schicksals, und man möge auch in dem vorliegenden Falle günstig entscheiden[967]). Bei der Finanzlage der Stadt war an eine gänzliche Aufhebung des Leibzolls nicht zu denken, er wurde aber herabgesetzt und in *Passier- und Eintrittsgeld* umbenannt. Außerdem wurde das „lebendige Geleit" abgeschafft. Am Spittler- und am Tiergärtnertor (das Laufertor für die Juden aus den östlichen Gebieten zu öffnen, wurde abgelehnt) mußten Eintrittskarten gelöst und von der Behörde unterschrieben werden, beim Verlassen der Stadt waren diese wieder abzugeben. Verstöße gegen diese Verordnung wurden beim erstenmal mit 10 Gulden bestraft, im Wiederholungsfall mit dem Verbot zum Betreten der Stadt. Jeder Erwachsene hatte pro Tag 7 Kreuzer am Tor und 30 Kreuzer bei der Erhebungsbehörde zu zahlen. Viehhändler und Lieferanten zahlten nur 13 Kreuzer, ebenso Kinder und solche, die in Prozeßsachen hereinkamen. Nach Beendigung ihres Vorhabens mußten die Juden die Stadt sogleich wieder verlassen, Anwesenheit über die Torschlußzeit hinaus kostete 30 Kreuzer, Aufenthalt über Nacht einen Gulden[968]). Am 30. Januar 1800 wurde bestimmt, daß Juden, die mit Attesten ihrer Herrschaften versehen waren, dann vom Zoll befreit sein sollten, wenn in diesen die Ursache ihres Kommens vermerkt war[969]). In einem Schreiben an die Stadt sprachen die Fürther Juden den „toleranten Grundsätzen der Nürnberger" ihre Anerkennung aus[970]), die Fürther Judengemeinde ermahnte ihre Mitglieder, dieser „höchsten Gnade" sich durch sittliches Verhalten und gutes Betragen würdig zu zeigen[971]). So froh war man um ein relativ geringfügiges Entgegenkommen!

Die Ausnahmeregelung für Juden, die mit *Attesten hoher Herren* ausgestattet, gebührenfreien Eintritt haben sollten, führte zu manchen Schwierigkeiten. 1801 suchte Jonas Königswarter, der einen Paß vom Kaiser besaß, seiner Speditionsgeschäfte halber, Befreiung vom Eintrittsgeld zu erreichen, er gab an, in der Stadt eine Abrechnung über Militärlieferungen tätigen zu müssen. Da aber Königswarters Handelspartner, ein Kriegskommissar, nicht mehr in der Stadt weilte, wurde das Gesuch abgelehnt[972]). Mit einem Paß von Erzherzog Karl ausgestattet, forderte auch Jacob Lang aus Stuttgart Gebührenbefreiung, er wollte in der Stadt Monturen fertigen lassen. Er scheint sein Ziel erreicht zu haben. Im Jahre 1803 suchte der Fürther Glasfabrikant Benedikt Gabriel die Befreiung für seinen Sohn zu erwirken, der in der Stadt kaufmännischen Unterricht nehmen und in der englischen Sprache unterwiesen werden sollte. Der Registrator Kollner meinte, man solle es auf einen Versuch ankommen lassen und zusehen, ob der junge Gabriel Geschäfte tätigen würde. Das Gesuch wurde aber am 1. Dezember abgelehnt. Daß es auch Sonderregelungen anderer Art gab, wird bei einem Fall aus dem Jahre 1805 ersichtlich, als der königlich preußische

Schutzjude Löw Meyer um die Verlängerung seines Akkords bat, nachdem er während des Krieges jährlich den Pauschalbetrag von 4 Dukaten gezahlt hatte. Der Generalquartiermeister des Fränkischen Kreises, Stephan, bestätigte, daß der Jude sich sehr bewährt habe und Unterstützung verdiene; Meyer hatte auch die kaiserliche Armee beliefert. In seinem Gesuch berief sich Meyer auf andere Fälle, in denen man einzelnen Juden ebenfalls entgegengekommen war. Am 24. August lehnte der Rat mit der Bemerkung ab, daß Meyer nur private Geschäfte vorhabe. Entgegenkommen zeigte man jedoch dem Amtsfaktor Eißig, der für das königliche General-Landes-Kommissariat Bettücher lieferte. Er wurde für vier Wochen, der Zeit seines Akkords mit dem Kommissariat, vom Eintrittsgeld befreit.

Im Jahre 1805 schrieb der Bademeister des Wildbades an die Rentkammer, der zuständigen Behörde, man möge die Fürther Juden zur *Badekur* gebührenfrei in die Stadt lassen. Dem Gesuch wurde unter der Bedingung stattgegeben, daß ein „Freireiter" die Juden bis ins Bad begleiten müsse, in diesem Falle nahm man also wieder Zuflucht zu den alten Praktiken. Außerdem mußte beim Verlassen des Bades eine Bestätigung des Bademeisters vorgelegt werden.

Außer den genannten Fällen wurden noch weitere Gesuche um Eintrittsgeldbefreiung eingereicht. Als Begründung wurde von den Juden u. a. schlechter Verdienst oder die Notwendigkeit, einen Arzt aufzusuchen, angegeben, außerdem wurden wieder Empfehlungsschreiben von Standesherrn vorgelegt. Die Rentkammer beschied wegen der damit verbundenen Konsequenzen die Gesuchsteller meist abschlägig[973]).

Bald nach der Übernahme des Fürstentums Ansbach-Bayreuth durch das Königreich Preußen dehnte dieses seine Oberhoheit bis vor die Nürnberger Stadttore aus. Am 7. August 1797 wies das königliche Kreisdirektorium in Schwabach das Justiz- und Domänenamt in Gostenhof und Wöhrd an, von den Juden das Landesschutzgeld zu erheben[974]).

5. Judentaufen im 18. Jahrhundert

In dem einleitenden Abschnitt über die Lage der Juden im 18. Jahrhundert sprachen wir schon davon, daß erst mit der Aufklärung für das Judentum in Deutschland das „jüdische Mittelalter" zu Ende ging. Mendelsohn versuchte, das Judentum mit den neuesten Strömungen des Denkens in Einklang zu bringen, die wissenschaftliche Kritik wurde auch auf Bibel und Lehre angewandt. Aber da die Aufklärung selbst „einer reinen Religion der Vernunft huldigte, konnte sie für das endzeitliche Schicksal des jüdischen Volkes ... keinen Sinn haben"[975]). Viele Juden betraten den Weg der Assimilation, der für etliche von ihnen auch die Aufgabe ihres Judentums und den Übertritt zur christlichen Religion bedeutete. Die Judentaufen nehmen im 18. Jahrhundert zu, die Taufe war, nach einem Wort Heines, „das Entreébillett zur Kultur". Freilich spielten auch jetzt wirtschaftliche Motive eine Rolle, aber diesen Anlaß zum Übertritt gab es ja schon immer, er kann also kein neuer, ausschlaggebender Faktor gewesen sein. In Nürnberg traten in der Zeit von 1710 bis 1754 20 Juden zum Christentum über, in den vorhergehenden Jahrhunderten waren es durchschnittlich 5 gewesen. Im

Gegensatz zu früher stammten zwei Drittel von ihnen aus Franken, 4 waren in Fürth ansässig. Die Übergetretenen waren Anfeindungen durch ihre früheren Glaubensgenossen ausgesetzt[976]). Das Alter zur Zeit der Taufe ist uns in neun Fällen bekannt, es betrug durchschnittlich 22,6 Jahre (vier Kinder im Alter von 14, 8, 7 und 4 Jahren nicht mitgerechnet), die Gründe für das niedrige Alter dürften die gleichen gewesen sein wie die auf S. 112 dargelegten.

Um die Juden zu überzeugen, in welch hochansehnliche Gesellschaft sie mit der Taufe aufgenommen waren, stellten sich Patrizier (meist solche, die das Scholarchenamt bekleideten), Ratskonsulenten, Geistliche, Bankiers, Marktvorsteher und gelegentlich auch Handwerker als Gevattern zur Verfügung, ihre Zahl betrug zwischen 6 und 13. Bei den 6 übergetretenen Jüdinnen werden Ehefrauen der obengenannten als Patinnen genannt. Das Taufzeremoniell fand in einer der folgenden Kirchen statt: St. Sebald, St. Lorenz, St. Leonhard, Barfüßerkirche, Wöhrder Bartholomäuskirche.

Ein anschauliches Bild der Verhältnisse bei einer Judentaufe des 18. Jahrhunderts gibt der Eintrag im Taufbuch der Wöhrder Kirche über den Übertritt der *Brüder Christlebrecht* am 11. Juni 1721[977]): „Christoff und Christian, die Christlebrecht genannt, zwei aus dem Judentum zum Christentum bekehrte Brüder, davon noch zwei in Erlang am heiligen Dreikönigstag dieses Jahres getauft worden, vorhin Sekle Löw 27 Jahr alt, dessen noch im Judentum lebendes Weib und Söhnlein sich zu Crailsheim aufhalten soll, und Samson Löw, dessen verlobte Braut, Bela namens, ihm seine Ehpfänder willig wieder zurückgegeben, 22 Jahr alt. Sie sind gebürtig von Bruck, deren Vater Löw Salomon vor drei Jahren verstorben, die Mutter, Bayerle namens, aber noch im Leben ist. Sie kamen im vorigen Jahr im Augustmonat zu mir, worauf Herren Kirchenpfleger wohledl. Magnificenz auf ergangene Anzeig mir selbige gnädigst zur Information anvertraut. Sie sind bei dem h. Taufaktu in dem Examine gar wohl bestanden und haben unter vielen Tränen auch die Gemein(d)e, die sehr volkreich und ansehnlich gewesen, heftig beweget.

Die hochansehnlichen Herrn Taufpaten, die ich tags vorher erbeten, darzu meine Herrn Kirchenpfleger Gnaden eine Kutsche und ihren Schreiber mitgesandt, der vorher gehen mußte, waren 8 an der Zahl: 1.) Der wohledelgeborne Herr Gustav Georg Tetzel, wohlansehnlicher Kirchenpfleger und Triumvir, wie auch Scholarcha bei hochlöblicher des h. Reichs Stadt Nürnberg. 2.) Herr Johann Christoff Imhof, des älteren Rats und Scholarcha. 3.) Herr Leonhard Grundherr, des innern Rats und Scholarcha. 4.) Herr Hieronymus Wilhelm Ebner, des innern Rats und Scholarcha. 5.) Herr Jobst Wilhelm Tucher, wohlemeritierter Pfleger im löblichen Landalmosenamt. 6.) Herr Sigmund Jacob Holtzschuer, wohlemeritierter Kastner im löblichen Landalmosenamt. 7.) Herr Johann Wolffgang Bierzapff, des Rats und Gerichts, wie auch vörderster Gemeinmeister und Gotteshauspfleger allhier. 8.) Herr Johann Bauer, des Rats und Gerichts, wie auch Gemeinmeister allhier.

Herrn Kirchenpflegers Gnaden haben einen jeden Täufling einen Taufschilling, ein Goldstück, 5 Dukaten schwer, bei der Tauf umgehangen, darnach im Pfarrhaus, wo die Versammlung war, jedem einen dreifachen Lämmleins Dukaten,

und die 7 anderen Herrn Taufpaten einer wie der andere jeden einen doppelten Dukaten verehrt. Der Aktus war gar solenn, denn Herrn Kirchenpflegers Gnaden ließen in dem Chor ein Gerüst mit schönen Teppich(en) aufrichten, woselbst nach geendigtem Examine, das nach vorher gehaltener Predigt von der Kanzel geschah, der Aktus verrichtet worden. Das silberne Taufgeschirr und die Musikanten zur Musik kam alles aus der Stadt. Gott vergelte den Herrn Taufpaten alle Gnaden und Wohltaten, und erhalte die 2 Neubekehrten beständig im Glauben zum ewigen Leben!"

Christoph und Christian Christlebrecht lebten als Schutzverwandte in Wöhrd. Christoph, Vater eines sechsjährigen Jungen, wollte auch seinen Sohn taufen lassen, das Unternehmen war aber etwas schwierig. Die Mutter und das Kind hielten sich zunächst in Crailsheim auf, der Vater machte sie später in Schopfloch ausfindig. Er begab sich in Verkleidung dorthin und nahm mit Hilfe des dortigen Pfarrers das Kind „von der Straße weg" und fuhr dann nach Feuchtwangen, um Schutz zu suchen, „weil ihm soviele Juden nachgesetzt". In seinem Brief an den Nürnberger Rat schrieb der Vater, er habe an sich vor, wieder nach Wöhrd zurückzukehren, fürchte sich aber vor den Nachstellungen der Juden und wolle lieber in der Stadt wohnen. Sein Sohn solle von Diakon Munkert bei St. Sebald unterrichtet und auf die Taufe vorbereitet werden. Vater und Sohn kamen nach Nürnberg zurück, wohnten aber wieder in Wöhrd und im folgenden Jahr forderte der Rat Gutachten von Geistlichen über den Täufling an. Die Prediger Wülfer und Marperger rieten, noch etwas abzuwarten, der Verstand des siebenjährigen Jungen sei noch nicht recht entwickelt, wenn er auch schon einiges auswendig hersagen könne. Der Vater bat nun den Kirchenpfleger um eine Unterstützung von 400 Gulden, damit er sich eine Existenz aufbauen, den Unterricht des Jungen und die Taufe bezahlen könne. 6 Geistliche befürworteten seinen Antrag. Am 21. Juni 1724 empfahl das Vormundsamt die Taufe, nachdem der Junge Unterricht bei Pfarrer Hecker zu Wöhrd gehabt und die Glaubensfragen auswendig beantwortet hatte. Da auch sein Vater Christ und ohne Zweifel standhaft sei und Luther gesagt habe, daß die Kenntnis des Katechismus genüge, solle man das Kind taufen. Am 4. Juli wurde vom Rat verlassen, die Scholarchen möchten beschließen, wie man den Taufakt „mit denen geringsten Unkosten" vornehmen solle. Dann wurden noch die Taufzeugen und der neue Name des Täuflings (Paul Gottlieb) aufgenommen[978]). Die Taufe fand dann am 8. Juli 1724 in Wöhrd statt[979]).

Einen Renommier-Proselyten hatten die Nürnberger in dem am 28. September 1748 auf den Namen Adam Rudolph Georg Christoph *Matthaei* getauften Juden und ehemaligen Rabbiner aus Fürth, der nach einem Unterricht bei dem späteren Prediger Schönleben mit seinem Sohn die Taufe empfing[980]). Er wurde später Mesner an der Dominikaner-Kirche zu Nürnberg und verfaßte eine Reihe von Schriften gegen das Judentum und seine Gebräuche, so u. a. folgende: „Beschreibung des Jüdischen Sabbaths", Nürnberg 1751; „Verderbnis des heutigen Judenthums", Nürnberg 1752; „Sammlung talmudischer Lehrsätze"; „Beweisgründe von der Übereinstimmung der alten Israelitischen Cabbala mit der Lehre des Apostels Pauli, Ephes. 7/32"[981]). Lange Verhandlungen gab es dann 1756 um die Tochter des Matthaei mit Namen Kehla,

die kurz nach dem Religionswechsel ihres Vaters geboren wurde. Matthaeis Frau war in Fürth wohnhaft geblieben und die Juden hatten angeblich das Gerücht ausgesprengt, Mathaeis Tochter sei verschollen[982]). Als 1756 der Vater von ihrem Aufenthalt erfuhr, setzten er und der Nürnberger Rat alle Hebel in Bewegung, um die Tochter dem Vater zuzuführen und sie nach dessen Wunsch ebenfalls zu taufen, was am 28. Oktober 1756 auch geschah[983]). Vorher mußte Matthaei jedoch in Fürth vor dem Rabbiner seiner Ehefrau einen Scheidebrief überreichen und das Ritual einer jüdischen Ehescheidung erfüllen. In einem anonymen Büchlein aus dem Jahre 1766 wurde diese Zeremonie im Detail geschildert und auch andere, Matthaei betreffende Tatsachen und Berichte mit einer Zusammenstellung der Titel seiner Schriften mitgeteilt[984]). Matthaei studierte an der Universität Altdorf und war später als Erzieher in adligen Häusern tätig; 1777–93 wirkte er als Sekretär des Marquise Branconi[984a]).

Anläßlich der Taufe des Joseph *Hirsch* am 10. September 1773 gab der Pfarrer von St. Leonhard, Andreas Georg Lufft, eine kleine Schrift heraus, die dessen Predigt, das Gebet des Täuflings und die anläßlich der Taufe an den Täufling gerichteten Glaubensfragen und dessen Antworten enthielt[985]). Der Pfarrer war sehr stolz auf seine Leistung, einen Juden dem Christentum zugeführt zu haben, weshalb er wohl auch das Büchlein in Druck gab.

Die übrigen in Nürnberg getauften Juden des 18. Jahrhunderts (aus den Taufbüchern der jeweiligen Kirche, jetzt im Landeskirchlichen Archiv Nürnberg):

	jüdischer Name	Taufname
1710 Aug. 12	Esaias von Neuhauß	Christoph Gustav Christian — St. Lorenz
1710 Sept. 16	Salomon von Gunzenhausen	Johann Jacob Christoph Gustav — St. Lorenz
1712 Juli 27	Bunla Maier	Barbara Maria Jacobina — St. Lorenz
1712 Sept. 9	Jacob Abraham von Pürz	Christoph Gustav Johann Leonhard Barfüßerkirche (Taufbuch St. Lorenz)
1713 März 15	Elieser Maier	Gustav Johann Leonhard Gottlieb — Barfüßerkirche
1714 Jan. 24	Margem Läer	Sabina Maria Barbara — Barfüßerkirche
1715 Aug. 14	Wolf aus Brod in Polen	Wolf Bender — Barfüßerkirche
1717 Sept. 8	Jacob aus Fürth	Christoph Gustav Johann Leonhard Belgrader — Barfüßerkirche
1719 Nov. 22	unbekannt	Maria Sabina Katharina — Kirche nicht genannt (Taufbuch St. Lorenz)
1722 Juli 8	unbekannt	Paulus Gottlieb Christlebrecht — Wöhrd
1731 Nov. 19	Margham, Tochter des Samuel ben Mosse	Maria Magdalena Regina Jacobina Lehrbergin — St. Sebald

		jüdischer Name	Taufname
1734 Mai	19	Brendel, Tochter des Aaron Löw	Maria Anna Regina Margareta Gottliebin – St. Sebald
1748 Sept.	21	Simon Geithel	Adam Rudolph Georg Christoph Matthaei – Barfüßerkirche (Taufbuch St. Sebald)
1748 Sept.	21	Samson Geithel	Carl Johann Conrad Michael Matthaei – Barfüßerkirche (Taufbuch St. Sebald)
1754 Feb.	2	Jsaak Samuel	Carl Johann Adam Georg Simeon – Barfüßerkirche (Taufbuch St. Sebald)
1756 Okt.	28	Kehla (Gaithel)	Luisa Maria Anna Helena Margareta St. Sebald
1773 Sept.	10	Joseph Hirsch	Johann Conrad Georg Leonhard – St. Sebald

7. Kapitel

Auf dem Wege zur Emanzipation 1806—1871

1. Die Juden in Bayern und der Einfluß der bayerischen Gesetzgebung auf die Nürnberger Verhältnisse

Schon vor den Vergrößerungen des bayerischen Gebietes zu Beginn des 19. Jahrhunderts war die rechtliche Lage der Juden in den verschiedenen Landesteilen sehr unterschiedlich. Für das Herzogtum Bayern galt noch der Ausweisungsbefehl von 1553, auch aus dem Fürstentum Neuburg waren die Juden verbannt. Im Fürstentum Sulzbach genossen sie dagegen seit der Mitte des 17. Jahrhunderts Schutz, hier konnten sie es zu einem gewissen Wohlstand bringen. Auch in der Rheinpfalz hatte sich unter toleranten Landesherrn eine zahlreichere Judenschaft entwickeln können[986]). Aber auch in den oberen Erblanden Bayerns wurde das Judenverbot nicht mehr konsequent durchgeführt, am Ende des 18. Jahrhunderts lebten dort etwa 360 jüdische Familien. Kurfürst Max IV. Josef erklärte am 5. April 1799 die für die Kurerbstaaten bewilligten Hoffaktorenpatente für ungültig, er brachte aus der Rheinpfalz seine eigenen Leute mit; in einem Reskript vom 9. Oktober 1799 benannte er seinen Heereslieferanten und Darlehensgeber Aaron Elias Seligmann als Oberhofagenten, neben dem auch noch andere jüdische Kreditgeber wirkten, die den bayerischen Staat mit Darlehen unterstützten. Diese wirtschaftlich hervorragenden Juden bauten bei den Regierungsstellen manche Vorurteile ab.

Am 30. Mai 1799 gab jedoch die Verwaltung dem Drängen der Händler in den nördlichen Gebieten nach, erneuerte die Handelsprivilegien der Schutzjuden von Sulzbürg nicht mehr und verbot schließlich für die ganze Oberpfalz mit Sulzbach und Sulzbürg den jüdischen Güterhandel. Alle Eingaben der Oberpfälzer Juden, deren Existenz bedroht war, führten zu keiner Zurücknahme des Verbots, die Regierung sah sich aber veranlaßt, sich mit der Lage der Juden näher zu befassen. Das Reskript vom 26. Januar 1801 bedeutete den *Beginn der allgemeinen Reform.* In der Verfügung wurde festgestellt, „daß die Juden nach ihrer dermaligen Verfassung dem Staate offenbar schädlich seien", man sah aber ein, daß man sie nicht mehr verbannen könne, wollte ihnen „mehrere Nahrungsquellen ohne Nachteil der Churfürstlichen christlichen Untertanen" eröffnen und sie „zu nützlichen Staatsbürgern" erziehen. Diese Grundhaltung kennzeichnet die Maßnahmen, welche in den nächsten Jahren von der Regierung in der Judenfrage ergriffen wurden. Das Toleranzedikt vom 26. August 1801, nach dem die katholische Religion zur Ansässigmachung in den „heroberen Staaten" nicht mehr Bedingung war, erweckte trügerische Hoffnungen, bis in der Verordnung vom 21. September des gleichen Jahres der Kurfürst erklärte, daß es sich nicht auf die Juden beziehe. Wenn es jedoch dem Vorteil des Staates diene, dürften sich Juden ansässig machen, und zwar solche, „welche mit einem zureichenden Vermögen versehen sind und dasselbe in einem dem Staate nützlichen Gewerb anzulegen gedenken".

Zur Erarbeitung eines neuen Judenediktes ließ die Regierung Gutachten einholen. Das Hauptgutachten der Generallandesdirektion verfaßte Christoph Freiherr von *Aretin*, der 1803 auch eine „Geschichte der Juden in Baiern" veröffentlichte[987]). Er lebte ganz in der Gedankenwelt der Aufklärung und betonte in seinem Gutachten, die bisherige Judenverfassung widerstreite der Menschlichkeit, der Staatswohlfahrt und den Rechtsgrundsätzen. Andererseits forderte er von den Juden eine Modifikation ihrer Zeremonialgesetze und eine Unterwerfung unter den Staat. Solange dies nicht erreicht sei, könnte ihnen auch keine Gleichberechtigung zugestanden werden. In seinem Entwurf eines *Judenreglements* vom 25. März 1802 ist bereits ein großer Teil der Bestimmungen des bayerischen Edikts von 1813 vorweggenommen, das bis 1851 das Schicksal der Juden in Bayern bestimmte. Aretin schlug vor, die Juden in einer gewissen Zahl nur in den Gebieten zu dulden, wo sie schon bisher gewohnt hätten. Ausländische Juden seien von der Niederlassung ganz auszuschließen bis auf solche, die vermögend seien und dem Staate nützen könnten. Den einheimischen Juden sollten die Landwirtschaft und die nicht zunftmäßig organisierten Zweige des Handwerks zugängig gemacht werden. Die Kinder hätten die christlichen Schulen zu besuchen. Eine Überwachung der Juden sei durch die Führung von Matrikeln für Geburts-, Trauungs- und Sterbefälle zu erreichen. Die Ideen Aretins bewegten sich im Fahrwasser der alten Judenschutzordnungen, wenn sie auch in moderne Form gefaßt waren, im Vergleich mit den in anderen Ländern erlassenen Judenordnungen, etwa der Ordnung Josephs II. von 1782, waren sie rückständig.

Die Neuordnung Bayerns durch die Gebietserweiterungen von 1803 und 1806, die einen großen Zuwachs an bayerischen Judengemeinden mit sich brachten, gab einen neuen Anstoß zur Regelung der rechtlichen Stellung der Juden, wenn man auch über Teilfragen nicht hinauskam. Die Erziehung der neuen Judengeneration sollte eine Voraussetzung für die spätere Emanzipation schaffen. 1804 wurde den Juden erlaubt, alle höheren und niederen Lehranstalten des Landes zu besuchen. Den Judengemeinden wurde zwar auch gestattet, eine eigene Schule zu errichten, dies jedoch durch die daran geknüpften Bedingungen sehr erschwert. Die hohen Kosten für eine eigene Schule konnten die meist kleinen Judengemeinden nicht aufbringen. Fürth mit seinen über 500 Judenfamilien und seinem anerkannten jüdischen Schulwesen bildete eine Ausnahme. Die Regierung klagte, daß die neuen Rechte und Bildungsmöglichkeiten von den Juden nicht genügend wahrgenommen würden und erwog Zwangsmaßnahmen.

Eine Sonderregelung für die Juden der Residenzstadt brachte das Regulativ vom 17. Juni 1805. Im Bezug auf Niederlassung und Gewerbetätigkeit brachte es einige Fortschritte, rief aber auch sofort den Widerstand von Magistrat und Zünften wach, die „an der unerklärlichen und unerwarteten Begünstigung" Anstoß nahmen. Der Konkurrenzneid hinderte auch bei anderen Gelegenheiten immer wieder den Fortschritt der Reformgesetzgebung. Durch das „Allgemeine Reskript vom 31. Dezember 1806" wollte man den Reformen einen Schritt näher kommen, in ihm wurden alle untergeordneten Landesstellen angewiesen, Gutachten für die Verbesserung der Judenschaft in ihren Bezirken vorzulegen. Im Zusammenhang damit wurden für die neuerworbenen Gebiete vorläufige Regelungen erlassen, wie wir sie für *Nürnberg* in dem königlichen Reskript vom

15. Januar 1807 vor uns haben[988]). Es zeigt deutlich die Tendenz, die wir schon in den Vorschlägen Aretins kennengelernt haben, nämlich den Judenhandel in Gebieten, in denen sie nicht ansässig waren, zu verhindern oder zu erschweren und nur für wohlhabende Juden, von denen man sich Nutzen versprach, eine Ausnahme zu machen. Im Nürnberger Gebiet sollten „fremde" Juden grundsätzlich nicht Handel treiben dürfen, da es aber in Nürnberg keine „einheimischen" Juden gab, war damit festgelegt, daß nur unter Ausnahmeregelungen Juden in Nürnberg handeln sollten. Auswärtige Juden mit „beträchtlichem Vermögen" oder einer „ausgebreiteten Handlung" konnten von der „oberen Landesstelle" jährlich durch eine gewisse Summe Patente erwerben, die sie zum Handel in Nürnberg „und den dazugehörigen ritterschaftlichen Besitzungen" auf öffentlichen Märkten (aber nie zum Hausierhandel, wie bei wohlhabenderen Juden auch nicht zu erwarten war) berechtigten. Sonst war Juden der Durchzug mit Pässen, aber keinerlei Handel gestattet. Hielten sie sich nicht daran, sollten ihre Waren konfisziert werden. „Betteljuden" durften nicht eingelassen, sondern mußten über die Grenzen abgeschoben werden. Sollten die Verordnungen wegen der besonderen Verhältnisse in Nürnberg nicht durchgeführt werden können, so erwartete das General-Landeskommissariat hierüber eine „pflichtgemäße Anzeige".

Die Nürnberger Handelsvorsteher reichten daraufhin am 28. Februar eine Denkschrift ein, der ein Entwurf des Marktvorstehers Paul Wolfgang *Merkel* zugrunde lag[989]). Sie baten um eine Beibehaltung des bisherigen Zustandes, bei dem die Juden für den jeweiligen Tag ein Eintrittsgeld zu entrichten hatten, die Marktvorsteher wollten auf den Judenhandel im bisherigen Rahmen offenbar nicht verzichten, der dadurch besser ermöglicht wurde als durch die von der Regierung vorgeschlagenen jährlichen Patente. Eine völlige Freigabe des Betretens der Stadt wurde als nachteilig erachtet. Die Zahl der wohlhabenden Juden in der Gegend sei klein. Wegen ihrer Armut und großen Zahl würden die Juden die Stadt dann überschwemmen und aus Not unlautere Geschäfte machen. „Dagegen kann die Abgabe die ansehnlicheren nicht abschrecken, die ein bedeutendes Geschäft in die Stadt ruft, und die dem Handel derselben allerdings nicht selten nützlich sind." Die Abgaben seien bei weitem nicht so beträchtlich wie diejenigen, die sie entrichten müßten, wenn sie Nürnberger Bürger wären. Die Beschränkungen des Reskripts seien einerseits zu groß, andererseits zu gering. Wenn die Juden nur durch Patente für ein Jahr hereinkommen könnten, würden viele die Stadt meiden, weil ihnen die Ausgabe zu groß sei, dies wäre „nicht ganz ohne Nachteil des Handels der Stadt". Die Einschränkungen des Reskripts seien andererseits zu wenig, da die vielseitigen Geschäfte, welche die Juden mit Geld trieben, dadurch nicht erschwert würden. Mit Ausnahme des Hausierhandels würde die Tätigkeit der Juden im Handel den Eingesessenen „nicht leicht bedeutenderen Abbruch tun". Schließlich boten die Handelsvorsteher ein Entgegenkommen gegenüber den Juden an: Die geltende Bestimmung, nach der Juden die doppelte Bancogebühr zahlen müssen, könne fallen, den doppelten Warenzoll herabzusetzen überlasse man der „höchsten Entscheidung", er betraf ja Einnahmen des bayerischen Staates.

Wie weit die Eingabe der Handelsvorsteher die Maßnahmen der Regierung be-

einflußte, ist nicht klar ersichtlich, das Eintrittsgeld und die erhöhten Bankgebühren wurden jedenfalls erst im folgenden Jahr aufgehoben. Die Angaben der Handelsvorsteher sind aber in mehrfacher Beziehung aufschlußreich, sie bezeugen die *Armut* der Mehrheit der Juden in der Umgebung, denen nichts als der „Nothandel" zum Erwerb des Lebensunterhalts blieb, und andererseits die wirtschaftlichen Vorteile, welche die Geschäftstätigkeit der wohlhabenderen Juden für Nürnberg bedeutete, wenn dies auch nur verklausuliert zum Ausdruck gebracht wurde. Wie groß der Judenhandel trotz der Sondergebühren in Nürnberg war und welche erhebliche Einnahmequelle er für die Stadt darstellte, zeigt die Tatsache, daß Nürnberg von 1796 bis 1806 von den Juden 36 950 Gulden Sonderabgaben einnahm, von denen der Stadt nach Abzug der Lohnausgaben für die Torwache etc. 24 290 Gulden verblieben[990]).

Da durch das Judenedikt von 1813 und die anderen bayerischen Verordnungen die bestehenden Verhältnisse in bezug auf die Juden im allgemeinen noch konserviert wurden, kam es dazu, daß Nürnberg bis 1850 ohne Judenbürger blieb, während z. B. in Regensburg den Juden das „kleine Bürgerrecht" zugestanden worden war, und in Augsburg sieben Familien das volle Bürgerrecht besaßen[991]), obwohl die genannten Städte früher ihre Juden auch ausgewiesen hatten. Für die Juden des Nürnberger Gebietes war es ein besonderes Ereignis, als am 4. Juli 1808 der *Leibzoll* durch königliche Verordnung *aufgehoben* wurde[992]), eine Regelung, auf welche die Juden schon seit der Einsetzung der kaiserlichen Subdelegationskommission im Jahre 1797 gehofft hatten. Durch das Eintrittsgeld hatten sie sich herabgewürdigt gefühlt, außerdem wurden ihre Gewinne durch die Sondersteuer beschnitten. Nach der Eingliederung Nürnbergs in das Königreich Bayern hatten die Juden den König um die Aufhebung gebeten. Dieser hatte sich am 1. April 1808 dazu bereit erklärt, wenn die Fürther Juden für die Pension der ehemaligen, noch lebenden „Mitgeherinnen" aufkämen, später aber wurde diese Bedingung fallengelassen[993]). Die Befürchtungen des Handelsvorstandes, daß die Juden ohne das geforderte Eintrittsgeld die Stadt überschwemmen und mit ihren Praktiken viele Bürger ruinieren würden, traten nicht ein, bei den Nürnberger Handelsleuten wird es sich wohl um Zweckpessimismus gehandelt haben, sie fürchteten die Konkurrenz, die Münchner Zünfte hatten 1805 ja ähnlich reagiert.

Eine königliche Anordnung aus dem Jahre 1807 zeigt wiederum die Tendenz des späteren Edikts von 1813: Die Zahl der Judenfamilien sollte nicht vermehrt werden, eine Verehelichung von Juden wurde nur gestattet, wenn der Eintritt in eine erledigte Familienvaterstelle möglich war[994]). Von 1808 bis zum Edikt von 1813 erließ die Regierung keine neuen Judenverordnungen, sie war mit der Ausarbeitung einer grundlegenden Regelung beschäftigt, deren Entwicklungsstufen wir wenigstens skizzieren wollen, weil sie Aufschlüsse über die Haltung der oberen und mittleren Regierungsbürokratie gegenüber den Juden ermöglicht[995]). Das große Gutachten der Ministerialpolizeisektion, dem die Stellungnahmen der Generalkommissariate als Unterlagen dienten, lehnte in § 28 eine sofortige Gleichberechtigung der Juden ab. „Solange die Juden nicht freiwillig und aufrichtig erklären, alle Pflichten eines Bürgers mit Hintansetzung ihrer Religionsgrundsätze in Kollisionsfällen persönlich wie die übrigen Bürger zu erfüllen und

ihren Kultus so einzurichten, daß er sie nicht hindere, sich mit denselben in einem engen staatsbürgerlichen Verein zu verbinden, sei die gegenwärtige Judenschaft zur Gleichstellung mit den übrigen Untertanen wenigstens jetzt noch nicht qualifiziert." Zugleich stellte sie aber in § 30 fest: „Jener Grundsatz ihrer (der Juden) völligen Gleichstellung muß ihr (der Regierung) unverrückbares Ziel bleiben." Eine Schwierigkeit der gleichartigen Behandlung sah man in den *verschiedenen Rechtsnormen*, unter denen die Juden bisher lebten: Bayerisches Recht in Altbayern, das Allgemeine Preußische Landrecht von 1794 in Ansbach-Bayreuth, Österreichisches Recht in Teilen Schwabens usw. Das Generalkommissariat Franken sah in den Rabbinern die Wurzel allen Übels und der Verfassung der Juden und verlangte deren Entmachtung. Dieser Grundsatz wurde jedoch nicht in das Gutachten aufgenommen, das im Gegenteil die Errichtung einer religiösen Hierarchie der Juden vorsah. Ein großes Problem stellte der Hausier- oder *Nothandel* der Juden dar, zu dem die zahlreichen Armen unter ihnen mangels anderer Erwerbsmöglichkeiten gezwungen waren. Man sah ein, daß mit der bisherigen Unterdrückung dieses Erwerbszweiges nicht weiterzukommen war und forderte die Zulassung „zu allen bürgerlichen Nahrungszweigen" (Art. 15 § 57).

Im allgemeinen hätten die Grundsätze des Gutachtens der Ministerialpolizeisektion ein großes Stück der Gleichberechtigung der Juden entgegengeführt; am 10. Februar 1812 beauftragte Montgelas jedoch den Grafen *Welsperg* zum Vortrag in den Vereinten Sektionen (Justiz, Finanz, Inneres) und in der Plenarversammlung des Geheimen Rats, und durch diesen Judengegner wurde eine Modifizierung des Edikts im rückschrittlichen Sinne vorgenommen. Seine Überzeugung brachte er am Ende seines Vortrags vor den Vereinten Sektionen zum Ausdruck: „Zum Schlusse will ich nur einen aus der römischen Geschichte entlehnten Wunsch äußern, daß nämlich die Juden niemals von Pompeius und Titus unter das Joch gebracht und zerstreut sein möchten, weil diese Pest sich nur noch mehr verbreitete und die überwundene Nation nun ihre Überwinder und alle übrigen Völker drückt"[996]). Mit dieser Haltung stand Welsperg jedoch nicht allein, viele seiner Anträge wurden in dem genannten Gremium angenommen, darunter auch der Matrikelparagraph, der die Juden unerhört einengte und durch den sie deutlich zu Bürgern zweiter Klasse gestempelt wurden (s. u.).

In der Sitzung des Geheimen Rats des Königreichs Bayern wurde am 6. Mai 1813 der Entwurf des modifizierten *Judenedikts*, den auch hier wieder Graf Welsperg vortrug, mit geringfügigen Änderungen angenommen, und damit das Schicksal der Juden in Bayern auf Jahrzehnte hinaus in *rückschrittlichem* Sinne festgelegt, während in Preußen seit 1812 und auch in anderen deutschen Staaten die Gleichberechtigung der Juden bereits erheblich weiter fortgeschritten war. Freilich brachte das Edikt auch erfreuliche *Verbesserungen*, den Juden wurden nämlich bisher verschlossene Gewerbe zugänglich gemacht: Feldbau, Handwerk, Betrieb von Fabriken und Manufakturen; im Handel erhielten sie im allgemeinen gleiche Rechte (§ 15). Natürlich blieb der Handel die Haupterwerbsquelle der Juden, da sie seit Jahrhunderten fast alle darin tätig gewesen waren und wie bei allen anderen Bevölkerungsschichten auch bei ihnen die Familientradition weitergeführt wurde. Die Umstellung auf andere Erwerbszweige war erst in der nächsten Generation möglich, durch die bestehenden Verhältnisse waren sie aber in diesen

von vornherein benachteiligt. Ein Hauptziel des Edikts, die Verminderung des Hausierhandels, wurde nur teilweise erreicht. Auf dem Lande war für ihn ein echtes Bedürfnis vorhanden, da die Hausierer Waren führten, welche die Bauern sich sonst nur auf umständlichere Weise und oft zu höherem Preis verschaffen konnten. Dies wurde u. a. von dem katholischen Geistlichen Xaver von Schmid zu Langenmoosen in seiner Eingabe an die Kammer der Abgeordneten hervorgehoben, als 1819 das Verbot des Hausierhandels erwogen wurde[997]). Der Marktvorsteher Paul Wolfgang *Merkel*, der als Nürnberger Abgeordneter in der Kammer saß, äußerte sich in der Debatte zu diesem Punkt recht gemäßigt: „Die Nachteile des Hausierens und des Schacher-Handels der Juden seien allerdings begründet, sie treffen nicht bloß den Handel, sondern erstrecken sich noch weiter. Die vorliegenden Gesetze sollten zwar Einhalt tun, allein teils wurden sie nicht vollzogen, teils seien sie, wie das verehrliche Mitglied Herr Hofrat Behr sehr richtig bemerkt habe, von solcher Beschaffenheit, daß sie in der Stellung, in der sich die Juden gegen die übrigen Einwohner des Staates befänden, nicht ohne Härte und Unbilligkeit vollzogen werden könnten. Die Juden seien indessen so, als wie sie bei dem Drucke, in dem sie lebten, eben sein könnten. Wenn man ihre Verhältnisse verbessern wolle, so müsse von beiden Seiten dazu gewirkt werden. Er stimme also hier dem Antrag des Herrn Hofrats Behr bei, daß eine Anzahl aufgeklärter und verständiger Personen aus ihnen gewählt, und mit denselben ihre künftigen Verhältnisse beraten werden möchten . . ."[998]).

In den Paragraphen 4 und 5 des Edikts wurde verlangt, daß die Juden Familiennamen anzunehmen hätten, wenn sie nicht schon solche führten. Es wurden ihnen demnach von der Verwaltung keine Namen zudiktiert, wie das in Österreich der Fall war.

Die bedrückendsten Bestimmungen des Edikts betrafen die *Niederlassung* der Juden. Das Indigenat (Bürgerrecht) wurde durch Geburt erworben, Einwanderung „fremder" Juden war nicht gestattet. Alle Juden mußten in die *Matrikel* aufgenommen, die Zahl der Judenfamilien durfte nicht vermehrt werden. § 12 bestimmte sogar, daß ihre Zahl „nach und nach vermindert werden solle, wenn sie zu groß ist". Ansässigmachung an Orten, wo noch keine Juden lebten, konnte nur von der „allerhöchsten Stelle" unter bestimmten Voraussetzungen (Gründung von Unternehmen oder Handwerksbetrieben) genehmigt werden (§ 13). Die unbestimmte Fassung des § 12 forderte von den Mittel- und Unterbehörden laufend Entscheidungen, die der Willkür Tür und Tor öffneten. Beispiele aus der Umgebung Nürnbergs: 1813 gab es in Schnaittach 62 jüdische Haushaltungen, in Hüttenbach 83, in Ottensoos 32, darunter (in der gleichen Reihenfolge) 61, 66 und 22 Ehemänner. Die Zahl der nach dem Edikt endgültig zugelassenen Judenfamilien betrug für Schnaittach 58, für Hüttenbach 69 und für Ottensoos 26[999]). Eine natürliche Entfaltung der jüdischen Familien war nach der durch das Edikt vorgeschriebenen Einengung unmöglich. Die *Heiratserlaubnis* war von der Eintragung in die Matrikel abhängig, die Zahl der Matrikelstellen durfte jedoch nicht vermehrt werden, sie sollte sogar abnehmen. Deshalb hatten Juden, die in eine durch den Tod ihres Inhabers erledigte Matrikelstelle einrücken wollten, oft die größten Schwierigkeiten. Ein Beispiel aus dem Nürnberger Raum: Das Landgericht Nürnberg, das 1823 in einem Bericht an die Regierung des Rezatkreises

seine Absicht aussprach, die Zahl der Juden um ein Drittel zu vermindern[1000]), verweigerte 1826 dem Taglöhner Moses Salomon Veist die Aufnahme in eine freie Matrikelstelle, ebenso die Regierung des Rezatkreises, Kammer des Innern. Der Fall ging bis an das Innenministerium in München, das ihn an das Landgericht zurückverwies. Dieses genehmigte endlich am 11. Juni 1828 die Aufnahme[1001]). Viehhändler war „kein hinreichender Titel zur Ansässigmachung". Samson Österreicher, der diesen Beruf angegeben hatte, wurde in die Zirndorfer Matrikel erst aufgenommen, nachdem er dort einen Laden mit Bettfedernhandel eröffnet hatte[1002]). Es wurde immer wieder betont, daß Juden einen „stehenden" Laden haben müßten, wenn sie immatrikuliert werden wollten.

Es seien noch einige Bestimmungen des Edikts genannt, die das jüdische *Gemeindeleben* betrafen: Auflösung der Judenkorporationen (§ 21), Verbot der Rabbinergerichtsbarkeit (§ 30), Erlaubnis bei der Zahl von wenigstens 50 Familien eine kirchliche Gemeinde zu bilden (§ 24).

2. *Reaktion und Vormärz und die Lage der Juden*

In den Befreiungskriegen hatten viele Juden Preußens in patriotischer Begeisterung mitgekämpft.[1003]). Hier wurde den Juden im Edikt vom 11. März 1812 weitgehend Gleichberechtigung gewährt, Hardenberg und Wilhelm von Humboldt setzten sich auf dem Wiener Kongreß für sie ein. Vor allem Bayern und Württemberg verhinderten eine fortschrittliche Lösung, so daß im Artikel 16 der Bundesakte nur eine allgemeine Empfehlung zur Judenemanzipation an die Bundesversammlung gegeben wurde. Bei der Verfassung des Deutschen Bundes bedeutete dies die Erfolglosigkeit von Bemühungen in dieser Richtung, es blieb also den Einzelstaaten überlassen, wie weit sie den Juden Gleichberechtigung gewähren wollten. Die Bayerische Verfassung von 1818 kam über die den Juden im Edikt von 1813 gegebenen Verbesserungen nicht hinaus. Nach dem Wiener Kongreß machten sich auch in der Bevölkerung judenfeindliche Strömungen wieder stärker bemerkbar. Studenten machten neben Metternich auch das Haus Rothschild für die Karlsbader Beschlüsse verantwortlich[1004]), Fichte, der Turnvater Jahn und Ernst Moritz Arndt hatten die Jugend ebenfalls in judenfeindlichem Sinn beeinflußt, die Volkstümler bereiteten die Rassenhetze späterer Zeiten vor; gehässige Schriften wie „Die Judenschule" und der „Judenspiegel" (der in Preußen verboten wurde) blieben nicht wirkungslos. 1819 kam es zu bösen Tumulten in Würzburg, Frankfurt und Hamburg. Im Zeitalter des Nationalismus gerieten die Ideen der Aufklärung in Vergessenheit, Minderheiten galten nun als Störenfriede der nationalstaatlichen Entwicklung. Obwohl die Regierungen der meisten deutschen Staaten Gegner der Nationalisten waren, wurden von ihnen entrechtende Dekrete gegen die Juden erlassen, so in Preußen seit 1816. In einer Denkschrift des preußischen Staatsministeriums von 1840 wurde festgestellt, daß ein natürliches Menschenrecht auf bürgerliche Gleichstellung für die Juden nicht bestehe[1005]).

Es muß jedoch beachtet werden, daß auf seiten der Juden eine *Gleichstellung* nicht allgemein erstrebt wurde, ihre Orthodoxie sah darin eine Gefährdung der Tradition. Die jüdische Zeitschrift „Der treue Zionswächter" sah in dem bayeri-

schen Judenedikt eine „ehrende Anerkennung des unter den hiesigen Juden herrschenden religiösen und sittlichen Geistes" und hob hervor, daß die Juden in Bayern in ihrer Majorität dem „streng orthodoxen Judentum angehörig" seien[1006]). Die Wahrung des echten Judentums erschien wichtiger als „einige Brocken politischer Rechte". Eine gesellschaftliche Integrierung wurde von den orthodoxen Juden nicht angestrebt, ihre Zahl war in Süddeutschland prozentual erheblich größer als in Norddeutschland. Auch in der Fürther Judengemeinde spielten die Vertreter der Orthodoxie, die sich gegen Reformen stellten, eine nicht unerhebliche Rolle[1007]). Integriert bzw. assimiliert waren vor 1848 *nicht* (Schätzung nach Toury):

in Preußen von ca. 206 000 Juden 112 000
in Bayern von ca. 58 000 Juden 39 000.

Das deutliche Nachhinken Bayerns bei der Gleichberechtigung der Juden mag auch hierin eine Ursache unter anderen haben.

Die Ergebnisse der Erhebungen, die das bayerische Innenministerium 1834/35 von den Kreisregierungen über die Verhältnisse der Juden durchführen ließ, waren für den Rezatkreis im Sinne der Regierung wenig erfreulich, die meisten Juden waren noch im „Nothandel" tätig[1008]). In den Berichten der Landgerichte hieß es immer wieder, die Einschränkung des Hausierhandels sei überaus schwierig, die Juden würden mit und ohne Patente (= Berechtigungsscheine) handeln; in den Eingaben der Juden wurde immer wieder betont, daß sie nicht ohne den *Hausierhandel* leben könnten[1009]). Die Regierung des Rezatkreises glaubte 1825 feststellen zu müssen, daß „diese Judenpurschen, anstatt sich zu einem gesetzlich gebilligten Berufe ... vorzubereiten, vielmehr ihren Hang zur Untätigkeit auf gemeinschädliche Weise nähren und die auf Civilisierung der einheimischen Juden abzielenden Gesetzesbestimmungen gänzlich vereiteln"[1010]). Aber auch in anderen Handelszweigen suchte man die Juden zurückzudrängen. Um sie aus dem Immobilienhandel weitgehend auszuschalten, griff die Staatsregierung auf eine Verordnung von 1807 zurück und forderte wiederholt deren strengste Beachtung[1011]). Für den *Hopfenhandel* gab es keine verbindlichen Richtlinien, um hier die jüdische Konkurrenz auszuschalten, entzogen die Kreisbehörden Nordbayerns jüdischen Händlern die Konzession oder lehnten eine Neuzulassung ab[1012]). Als die Regierung 1833 erwog, in Nürnberg einen Hopfenmarkt einzurichten, um den Hopfenpreis zu drücken, warnte der Nürnberger Magistrat vor den jüdischen Zwischenhändlern[1013]). Im Jahre 1855 suchte der Jude Joseph Hopf aus Nürnberg um die Konzession zum Hopfenhandel nach, wurde aber abgewiesen[1014]).

An die Sonderrechte der Hoffaktoren erinnert der Status des Jakob von Hirsch auf Gereuth (Gut, Lkr. Coburg). Die Regierung des Rezatkreises wurde 1822 informiert, daß dieser in den Adelsstand erhoben wurde, Rittergutsbesitzer und als solcher auch Herr des Patrimonialgerichts sei[1015]). Hirsch gehörte der bekannten Hofbankierfamilie an, die in Ansbach, Würzburg und München tätig war. Jakob war schon am 23. August 1818 geadelt worden[1015a]). Im Jahre 1824 stellte das Justizministerium fest, daß in den Bezirken, in denen ansbachisches Provinzialrecht und preußisches Landrecht noch gesetzliche Kraft hätten, den Juden erlaubt sei, höheren Zins zu nehmen als die übrigen Untertanen[1016]). Dies waren aber rück-

schrittliche Verordnungen, die den Sonderstatus der Juden zur Voraussetzung hatten. Das Appellationsgericht in Ansbach hingegen empfahl 1834 den Abbau einer ganzen Reihe von Sondergesetzen, besonders bezüglich der Eheschließung, der Beweiskraft von Zeugnissen und des Erwerbs von Grundeigentum durch Juden[1017]). Daß es in der höheren Verwaltung Frankens auch einsichtige Männer gab, zeigt folgende Bemerkung des Ansbacher Beamten anläßlich der erwähnten Vorschläge: „Wenn der wohltätige Zweck der Civilisation der jüdischen Glaubensgenossen nach und nach erreicht werden soll, muß der Anfang damit gemacht werden, jene Ausnahms-Gesetze aufzuheben und es auf diese Weise den Israeliten möglich zu machen, sich zu guten Staatsbürgern zu erheben."[1018]) Bei dieser Gelegenheit verdient auch der Erlanger Professor Lips Erwähnung, der in der Zeit des Erscheinens der Hetzschriften von Hundt-Radowsky und Konsorten die Gleichberechtigung der Juden forderte.

Wenn wir kurz die Revisionsversuche des Edikts von 1813 bis zum Jahre 1850 überblicken, so ist auch hier deutlich zu erkennen, daß es an weitblickenden und aufgeschlossenen Männern nicht fehlte, die immer wieder Vorstöße unternahmen, auch König Ludwig I. sprach wiederholt seinen Willen zur Reform der Judengesetzgebung aus[1019]). Die Judengegner, vor allem in der Ministerialbürokratie und in der Kammer der Reichsräte, brachten jedoch alle Versuche zum Scheitern. Interessant ist dabei, daß z. B. bei den Gutachten des Jahres 1818 sich die Kreise, in denen die Masse der Juden wohnte, nämlich der Rezat- und der Untermainkreis, für Änderungen im liberalen Sinne aussprachen, während sich die älteren Kreise (das konservative Altbayern) für die Beibehaltung des ungeänderten Edikts einsetzten.

Nach den *Ausschreitungen* von 1819 ging man in Kreisen der Regierung mit echter Anteilnahme an dem Geschick der Juden an eine Reform. Um weitere Tumulte zu verhindern, wurden zunächst die örtlichen Regierungsstellen zu größter Wachsamkeit aufgefordert. Der Nürnberger Magistrat wurde angewiesen, unter Mitwirkung eines königlichen Kommissärs mit Klugheit und Vorsicht zu operieren. Der Referent des Staatsrats, Freiherr von Hartmann, befürwortete einen für die Juden günstigen Gesetzentwurf. Minister von Zentner setzte sich aber durch, er schlug vor, der Ständeversammlung kein neues Gesetz vorzulegen, da die Zeitverhältnisse eine Revision nicht gestatten würden. Eine Anweisung Ludwigs I. von 1827 sah die völlige Gleichberechtigung der Juden vor, auf das Gutachten eines Referenten hin verschwand der Entwurf aber in der Schublade. Ein Revisionsversuch der Jahre 1831/32 ging von der Ständeversammlung aus, ebenso der von 1834/35. In Zusammenhang mit dem letztgenannten Versuch steht der oben erwähnte positive Vorschlag des Ansbacher Appellationsgerichts von 1834. Die Bemühungen konnten ihr Ziel jedoch nicht erreichen, da die entscheidenden Männer der Regierung nicht willens waren, eine Änderung eintreten zu lassen.

Bei der *Märzrevolution* von 1848 beteiligten sich Juden in mehreren Städten an den Straßenkämpfen. Der Frankfurter Nationalversammlung gehörten 17 Juden an (getaufte eingeschlossen), von denen einige führende Stellungen innehatten. So Gabriel Rießer, Berichterstatter des Verfassungsausschusses und Vizepräsident, und Eduard Simson, der Präsident der Versammlung und Führer der Kaiserdeputation. In den „Grundrechten des deutschen Volkes", die allerdings nie

Reichsgesetz wurden, war die Gleichberechtigung der Juden enthalten. Aber trotz des Scheiterns der Revolution wurden in den neuen Verfassungen der Länder die alten Beschränkungen aufgehoben, mit einer Ausnahme: Bayern.

Hier war zwar nach dem Verfassungsgesetz vom 4. Juni 1848 das passive Wahlrecht nicht mehr an ein bestimmtes Glaubensbekenntnis gebunden, worauf im neuen Landtag von 1849 zwei Juden Mitglieder der gesetzgebenden Körperschaft werden konnten, an einem Emanzipationsgesetz laborierte man aber immer noch herum. König Max II. beschäftigte sich mit dem Gesetzentwurf, der eine Gleichstellung vorsah, im Staatsrat gab Minister von Kleinschrod aber zu bedenken, daß diese in Franken (Nürnberg, Schweinfurt etc.) Aufsehen erregen würde, am 29. Mai wurde der Entwurf aber einstimmig angenommen[1020]). Auch die Kammer der Abgeordneten stimmte zu. Als an die Kammer der Reichsräte jedoch 600 Eingaben mit 80 000 Unterschriften einliefen, versagte dieses Gremium in seiner Sitzung vom 16. Februar 1850 seine Zustimmung. So erhielt in Nürnberg 1850 Josef Kohn, seit der Vertreibung von 1498/99 der erste jüdische Bürger in der Stadt, sein Bürgerrecht noch unter den Bedingungen des Edikts von 1813.

3. Juden in Nürnberg von 1806 bis zur Niederlassung des ersten jüdischen Bürgers in der Neuzeit im Jahre 1850

Die Versuche, den Juden in Bayern die Gleichberechtigung zu gewähren, und die allgemeinen Verhältnisse besonders in Franken haben wir deshalb kurz dargestellt, um eine Isolierung der Vorgänge in Nürnberg zu dieser Zeit zu vermeiden, sie werden besser verständlich, wenn sie in größerem Rahmen gesehen werden. Nürnberg stellt mit seiner späten Aufnahme jüdischer Mitbürger zwar auch in Bayern wieder einen Sonderfall dar. Wenn wir aber bedenken, daß sie in der Zeit der Reaktion in Bremen und Lübeck ausgewiesen und in Hamburg so ziemlich wieder in den kümmerlichen Rechtszustand von 1710 zurückversetzt wurden[1021]), so ist Nürnbergs Stellung in diesem Zusammenhang gar nicht so einmalig.

Bevor wir zur Darstellung der Verhältnisse übergehen, unter denen Juden vor 1850 nach Nürnberg kamen und sich dort aufhielten, sei ein Kuriosum erwähnt, das zeigt, welche Rolle der Jude im Vorstellungsbereich der Bevölkerung einnahm. Der Nürnberger Prediger *Witschel*, der sich durch seine Gedichte einen Namen gemacht hatte, beschreibt in der Dedikation seines „Versuchs eines deutschen Zwetschgenmännleinlexikons" (1809) Figuren auf dem berühmten Nürnberger Christkindlesmarkt:

In Nürnberg auf dem Kindleinsmarkt,
Da gibt es der Sachen gar viele,
Gedrechselt, gebachen, gepappt und geleimt
Für Alte und Junge zum Spiele.
Da gibt es süßes Bauernbrot
Und hölzerne Bratwürst und Braten
Und wächserne Jungfern, schneeweiß und rot.
Und bleierne Soldaten,
Süßlockende Pfarrer aus Marzipan

Und silberne Äpfel und Nüsse,
Schlotfeger und Juden aus Porzellan,
Wer ist, der all das Ding wisse?
usw.[1022])

Der Jude galt offenbar als Typ eines Berufsstandes und wir dürfen annehmen, daß in der Karikatur als Porzellanfiguren Hausierer dargestellt waren, denn die weitaus größte Zahl der Juden der damaligen Zeit waren „Nothändler", wie wir aus den Statistiken wissen. Die Verhältnisse, unter denen die Juden leben mußten, ließen wahrscheinlich viele von ihnen zur komischen Figur werden.

Weniger harmlos sind die Büchlein des Landrichters von Gräfenberg, Friedrich Frhr. v. *Holzschuher* (1796–1861), der durch seine berufliche Tätigkeit viel mit der jüdischen Bevölkerung des Nürnberger Umlands in Berührung kam. In einem eigenen Idiom, das man etwa als „fränkisches Jiddisch" bezeichnen könnte, verfaßte er unter dem Pseudonym Itzig Feitel Stern Gedichte, Erzählungen, Anekdoten und Lustspiele aus dem jüdischen Volksleben. Seine Veröffentlichungen wurden in Nürnberg sicher viel gelesen (sein „Schabbes-Gärtle" erschien 1938 in der 7. Auflage!) und beeinflußten die Allgemeinvorstellung von den Juden. Ein besonders krasses Beispiel ist das Gedicht „Jüdensinn und Jüdenhoffening"[1023]).

In dem Stück „Der Kampf mitn Gesetz, ouder wie kummt der Jüd zo seinem Schutz"[1024]) (Schutzerlaubnis für Handelstätigkeit) wird gezeigt, wie ein Jude durch Bestechung des Amtsrichters mit einer Uhr und einer Haube aus Brabanter Spitzen für dessen Frau sich einen Schutzbrief erschwindelt. Ich glaube nicht, daß man diese Veröffentlichungen lediglich als „humorvolle Milieuschilderungen" bezeichnen darf, in der absoluten Einseitigkeit der Darstellung steckt eine gehörige Portion Judenfeindschaft. Schon 1819 war es zu den berüchtigten, gegen die Juden gerichteten „Hepp-hepp"-Exzessen in Frankfurt und u. a. auch zu Tumulten in Würzburg gekommen, und auf diesem Hintergrund sind die Büchlein des Landrichters von Holzschuher doch recht bedenklich[1025]).

Durch das königliche Reskript vom 31. Dezember 1806 sollte der *Judenhandel* in Nürnberg erheblich eingeschränkt werden. Wie wir gesehen haben, war aber diese erhebliche Behinderung gar nicht im Interesse der meisten Bürger, und es scheint, daß es bei der hergebrachten Regelung des „Eintrittsgeldes" bis zu dessen Aufhebung im Jahre 1808 blieb. Daß Juden in erheblicher Zahl nach 1806 in die Stadt kamen, zeigt das Gesuch der Jüdin Blum Mannes aus Fürth, die für die jüdischen Kaufleute in Nürnberg eine Garküche einrichten wollte[1026]). In ihrem Schreiben an den Magistrat brachte sie vor, daß die meisten (!) der Fürther Juden ihre Geschäfte mit Nürnberger Kaufleuten abschlössen, und daß für ein „Traiteur-Haus" mit koscheren Speisen ein echtes Bedürfnis bestehe. Solche Häuser gebe es auch in Augsburg, Ulm, Memmingen usw. Die bisherige Praxis, daß die Juden mitgebrachte Speisen essen oder sich aufwärmen lassen, sei doch recht beschwerlich. Die Stadtverwaltung sammelte nun Informationen und Gutachten über das Vorhaben der Gesuchstellerin. Die Polizeidirektion stellte fest, daß in der Bevölkerung eine Abneigung gegenüber den Juden bestehe und die jüdischen Kaufleute dem Handelsstand schaden würden. Durch die Erlaubnis

der Garküche würde man indirekt erklären, daß man den Juden „Vorteile" einräumen wolle, außerdem kämen dann noch mehr von ihnen. Die Mannes sei auch nicht vertrauenswürdig, sie habe übrigens nicht das nötige Kapital. Ihr Mann habe Konkurs gemacht und sei geflohen. Wohlhabende Juden würden bei ihr sicher nicht einkehren. Das Generalkommissariat in Franken, dem die letzte Entscheidung zustand, lehnte am 24. März 1807 das Gesuch der Jüdin ab.

Im nächsten Jahr suchte der Jude Koppel-Höchberg um die Erlaubnis nach, eine Garküche für seine Glaubensgenossen errichten zu dürfen[1027]). In seinem Gesuch führte er aus, daß sich die Israeliten nunmehr des Glücks erfreuen könnten, „in die menschliche Gesellschaft zurückgeführt zu werden", und sich infolgedessen die Vorurteile gegen sie von selbst legen würden. Er verfüge über das zu einer Garküche nötige Kapital, er besitze 5000 Gulden. In seiner ablehnenden Stellungnahme führte der Magistrat aus, daß eine solche Küche dem Geschäft der Wirte schaden würde, weil bisher die Juden mit ihren christlichen Geschäftspartnern in die Wirtshäuser gingen und letztere dort speisten, was sich bei der Errichtung einer jüdischen Garküche wohl ändern könnte. Außerdem seien schlechte Zeiten, die Wirte verdienten sowieso schon recht wenig und die meisten der in die Stadt kommenden Juden seien so arm, daß sie eine solche Garküche gar nicht aufsuchen würden.

In den folgenden Jahren wurden immer wieder Gesuche um die Erlaubnis, eine solche Küche einrichten zu dürfen, eingereicht, sie wurden aber alle abgelehnt; so 1809 das des Gumpert Pfeiffer aus Ansbach, im gleichen Jahre das des Isaak Emanuel Dispecker aus Fürth und 1811 das der Lea Friedberger. Im Gesuch der letzteren ist wieder die Feststellung interessant, daß sich täglich 300 bis 400 Juden in Nürnberg befänden! Nach der Aufhebung des Leibzolls hatte die Geschäftstätigkeit der Juden in Nürnberg zugenommen, wenn auch die Angaben Lea Friedbergers übertrieben sein mögen. Im Jahre 1818 wollte Hirsch Süßheim, „Gemeiner bei der 2. Escadron des kgl. 6. Chevauxleger-Regiments ‚Herzog Eugen' ", nach seiner Entlassung eine Garküche in Gostenhof errichten. Die dortigen Wirte gaben in ihrer Stellungnahme an, daß für die Juden, die zum Viehmarkt kommen, koschere Speisen und koscheres Geschirr zum Aufwärmen mitgebrachter Speisen vorhanden seien. Das Landgericht Nürnberg und die Regierung des Rezatkreises begründeten ihre Ablehnung mit dem Hinweis auf das Edikt von 1813, nach dem die Neuansässigmachung von Juden nur unter ganz bestimmten Umständen, die hier nicht vorlägen, möglich sei. 1827 wollte der Nichtjude Georg Körber, Bierwirt zum Weiherhaus, die Erlaubnis erreichen, für Juden koschere Speisen bereiten zu dürfen. Nachfragen der Behörde ergaben, daß in der Nähe von Körbers Bierwirtschaft sich Gasthäuser 1. Klasse befanden, in denen die Speisen der Juden in besonderen Tiegeln, welche der Wirt zur Verfügung stellte, aufgewärmt wurden. Manchmal kochten die Juden dort auch selbst, wobei aber die Leute des Wirts keine Hand reichen durften. In diesen Häusern pflegten die Juden auch zu übernachten, wobei der Gasthof „Zu den blauen Schüsseln" von ihnen bevorzugt wurde. Für Körbers Vorhaben bestand also kein Bedürfnis.

Nach dem Edikt von 1813 durften in Nürnberg keine Juden ansässig sein, es gab jedoch die Möglichkeit des *„temporären" Aufenthalts*. Seit 1807 lebte in

Nürnberg der kgl. Lottoeinnehmer Simon Wolfskehl, der als in München ansässig galt[1028]). 1821 wird unter der Bedingung, daß er später keinerlei Anspruch darauf erhebe, sich in Nürnberg niederlassen zu dürfen, der 16jährige Salomon Cohn aus Fürth als Lehrling bei dem Konditor Johann Albrecht Dürnhofer aufgenommen, er wurde 1824 als Gehilfe von der Lehre freigesprochen[1029]). Als im Jahre 1824 Caroline Levi in Nürnberg das Galanterieschneidern erlernen wollte, gab es in den Magistratssitzungen ein langes Hin und Her. Bürgermeister Johannes Scharrer war gegen die Aufnahme, „weil dadurch ein Beispiel gegeben, und es überhaupt nicht nötig sei, irgend einem Juden den temporären Aufenthalt von mehreren Monaten in der Stadt zu gestatten"[1030]). Die Mehrheit des Magistrats war aber doch für die Gewährung eines dreimonatigen Aufenthalts, der wiederholt verlängert wurde.

Eine Erhebung vom 1. Februar 1825 zählt außer Wolfskehl und Caroline Levi noch folgende Juden auf, die sich immer wieder einige Zeit in Nürnberg aufhielten[1031]):

Name	Handelsgegenstände
Moses Frauenfeld	Wechsel, Geldleihe
Gebrüder Simon	Tuch, Hopfen
Israel Gusthal	Geldleihe, Juwelen, Gold
Hirsch Scharrer	Horn, Klauen
Baruch	Schnittwaren
Neumann	Hopfen
Budenbacher	Manufakturwaren
Schnaitacher	Schnittwaren

Da diese Juden im allgemeinen nicht öfter als dreimal in der Woche in Nürnberg übernachteten, brauchten sie nach den geltenden Bestimmungen keine besondere Aufenthaltserlaubnis. Dies galt auch für Sara Frankfurter und Rosette Merzbach aus Fürth, die 1825 begannen, in Nürnberg die Putzmacherei zu erlernen; sie kehrten immer wieder nach Fürth zurück, wo sie ihren ständigen Wohnsitz hatten[1032]). 1826 hielt sich der Redakteur und Verleger der privilegierten Erlanger Zeitung, der Jude Dr. Coremans aus Brüssel, offenbar mit Erlaubnis, längere Zeit in Nürnberg auf[1033]). Seit 1839 war Josef Wassermann aus Demmeldorf bei Bamberg als Kondukteur beim Oberpostamt Nürnberg angestellt, er wohnte in der Stadt, jedoch ohne Bürgerrecht[1034]). Seit 1841 lebte wieder ein jüdischer Journalist in Nürnberg, cand. phil. Philipp Feust aus Bamberg, Mitarbeiter im Büro des „Correspondenten von und für Deutschland"[1035]); später siedelte auch sein Bruder, der Arzt Dr. med. Emanuel Feust, nach Nürnberg über[1036]).

Der verantwortliche Hauptschriftleiter des „Correspondenten", Dr. Henle, wird 1844 auch als in der Stadt wohnhaft genannt, sein Nachfolger wurde dann der inzwischen zum Dr. phil. promovierte *Philipp Feust*, der eine interessante Persönlichkeit war und aus dem Nachrichtenblatt ein Meinungsblatt machte[1037]). Er führte den politischen Leitartikel ein, den er als ständige Spalte dem politischen Nachrichtenteil voranstellte. Außerdem brachte er regelmäßig Börsenberichte der wichtigsten europäischen Börsen der Zeit, sie bildeten die Ansätze zu dem später

selbständigen Handelsteil des „Correspondenten". Feust schenkte seine besondere Aufmerksamkeit den Verhandlungen der Ständeversammlung. Im allgemeinen enthielt er sich dabei einer Stellungnahme, was dem Blatt den Vorwurf der Regierungshörigkeit einbrachte, doch in einem Leitartikel vom 1. August 1847 sprach er seine liberale politische Meinung nachdrücklich aus: „... Auf der anderen Seite konnte es aber ebensowenig überraschen, wenn auch das herangebildete Volk seine Kraft und Fähigkeit mehr und mehr zu betätigen strebte, wenn es — einmal zu der Überzeugung gelangt, daß die Regierung des Volkes, nicht das Volk der Regierung wegen da sei — diese Ansicht immer unverhohlener aussprach und ihre Anerkennung in den Regierungsmaßnahmen bestätigt sehen wollte ... Eine niedergehaltene öffentliche Meinung stirbt darum nicht, aber sie unterwühlt den Boden des Staates; eine frei sich äußernde reguliert sich selbst, treibt ihre kräftigen Wurzeln durch den gesamten Staatsboden und hält ihn in inneren und äußeren Stürmen zusammen ..."[1038]).

Der „Correspondent" unterstützte die Märzforderungen und vertrat eifrig eine Lösung der deutschen Frage in großdeutschem Sinn und verlangte von Bayern deshalb auch gewisse Opfer. „Allerdings war er mehr als alle anderen Nürnberger Zeitungen dem Königshause treu ergeben, streng ‚monarchisch-konstitutionell', d. h. nur gemäßigt liberal"[1039]).

Daß in Nürnberg zwischen 1826 und 1850 vier jüdische *Journalisten* lebten (auch Philipp Feusts Bruder Emanuel war zeitweise journalistisch tätig) demonstriert die Tatsache, daß dieser „freie" Beruf für Juden besonders attraktiv war und sie hier kommende Entwicklungsmöglichkeiten erahnten.

1844 wird auch noch der Lithograph Frauenfeld als in der Stadt wohnhaft genannt. Frauenfeld hatte die Nürnberger Kunstschule besucht, er war wohl der Sohn des 1825 genannten Bankiers. Es ist auffallend, daß unter den für längere Zeit in Nürnberg wohnenden Juden *kein einziger Kaufmann* war, gegen jüdische Händler war man besonders argwöhnisch, wie wir in folgendem sehen werden.

Ein Fall aus dem Jahre 1809 zeigt deutlich, wie negative Erscheinungen im Wirtschaftsleben den Juden in die Schuhe geschoben wurden. Eine Klage der Schwabacher Rotgerber über den Zwischenhandel der Juden, der das Rohmaterial verteuert habe, veranlaßte das Generalkommissariat des Pegnitz-Kreises zu einer Umfrage über die Verhältnisse dieses Wirtschaftszweiges[1040]). Die Nürnberger Rotgerber bezeichneten als Hauptgrund für die Verteuerung die Tatsache, daß wegen des bestehenden Kriegszustandes keine Importe aus Brasilien und England kommen könnten. Als Maßnahme empfahlen sie, den Juden den Zwischenhandel mit rauhen Häuten zu verbieten, als ob bei dem bestehenden Rohstoffmangel die Ware durch nichtjüdische Zwischenhändler nicht ebenfalls verteuert worden wäre!

Als im Zusammenhang mit den Tumulten des Jahres 1819 die Augsburger Gemeindebevollmächtigten ihren Nürnberger Kollegen Mitteilung über angebliche jüdische Handelspraktiken machten, stellte man fest, daß für Nürnberg vieles nicht zutreffe, doch es wurde vermutet, daß es auch in Nürnberg geheime Warenniederlagen jüdischer Hausierer gebe[1041]). Der Handelsvorstand empfahl, streng gegen geheime Niederlagen und nichtkonzessionierte Händler vorzugehen[1042]). Die

Polizei stellte Nachforschungen an, die aber keine Rechtswidrigkeiten an den Tag brachten: Die Juden logieren nur in den Gasthöfen, der Schwabacher Jude Süßlein, der mit alten Kleidern handelt, trägt alle seine Waren bei sich, Moses Seckel Frauenfeld aus Büchenbach liefert Fourage an das hiesige Militärmagazin und tätigt außerdem Geldgeschäfte[1043]). Nun gebot man den Gastwirten, Anzeige zu erstatten, wenn Juden länger als 48 Stunden in der Stadt blieben, sie sollten auch ein Auge auf die Geschäftstätigkeit ihrer jüdischen Gäste werfen. Am 24. Mai 1821 veröffentlichte der Magistrat ein Inserat im Intelligenzblatt, das in 14tägigem Abstand noch zweimal wiederholt wurde: Wer den jüdischen Hausierhandel durch Einräumung von Niederlagen oder sonstwie begünstigt, wird, wie der Hausierer selbst, mit 10—20 Reichstalern Strafe belegt.

Seit 1822 liefen an der Regierung in Ansbach Berichte verschiedener Landgerichte ein, welche die Schwierigkeit, den *Hausierhandel* einzudämmen, immer wieder betonten[1044]). Die Maßnahmen zur Eingliederung der Juden in das Wirtschaftsleben waren eben völlig unzureichend. Mit der Eröffnung bisher verschlossener Berufe war für die Gegenwart wenig erreicht und nur eine Voraussetzung für einen Wandel in der Zukunft erfüllt, man erwartete aber schon nach wenigen Jahren, was höchstens von der nächsten Generation erfüllt werden konnte.

In Nürnberg leitete man 1823 eine Untersuchung gegen Loew Baer Neumann aus Hüttenbach ein, weil die Polizei in einem Nebenraum seines Zimmers im Gasthaus „Zum weißen Rößlein" Stoffballen fand[1045]). Es stellte sich heraus, daß Neumann zum Hausierhandel in den Landgemeinden von Nürnberg, Altdorf und Hersbruck konzessioniert war und in der Stadt seine Waren nur zur Abholung bereit lagen. Zwei Jahre später wurde er wieder arretiert, weil er, nach Angaben der Polizei, Tuch an den Seifensieder Strunz in der Bindergasse verkauft hatte. Die Untersuchungen ergaben, daß Neumann für ein Paket Kerzen Tuch gegeben hatte, was nicht verboten war. Wegen dieser Sache war er 14 Tage in Untersuchungshaft gehalten worden! Wegen unberechtigten Detail-Verkaufs von nicht bestelltem Tuch im Wirtshaus „Zu den blauen Schlüsseln" wurde 1833 der Fürther Kaufmann Elias Kohn Königsberger bestraft, eine Warenniederlage ließ sich aber auch bei ihm nicht nachweisen. Um ihm etwas anhängen zu können, stellte ihm die Polizeibehörde eine Falle, indem sie den „verabschiedeten Gendarmerie-Rations-Kommandanten" Georg Sturm in das Wirtshaus schickte und vor Zeugen dem Juden ein Stück Tuch abkaufen ließ, das dieser gerade bei sich hatte[1046]). In den Jahren 1825 und 1826 ging man gegen Michael Heinrich Köhler vor, der mit Medikamenten handelte, eigentlich Samenhändler war, aber auch Kämme und Pomeranzenlikör mit sich herumtrug. Da Medikamente nur von Apotheken verkauft werden durften, nahm man sie ihm ab und übergab sie dem Armenpfleger, nachdem der Landgerichtsarzt Dr. Landmann ihre Unschädlichkeit festgestellt hatte. Wegen Rückfalls bekam 1826 Köhler zusätzlich drei Tage Arrest. Der Wirt, bei dem er genächtigt hatte, bezeichnete ihn als einen „armen Teufel", der gewöhnlich auf dem Stroh schlafe[1047]).

Nach einem Polizeisenatsbeschluß vom 22. April 1833 wurde eine Untersuchung gegen diejenigen Juden unternommen, welche in der Stadt *Zimmer gemietet* hatten, sie mußten ihre Matrikel und Konzessionen vorlegen[1048]). Es handelte sich um Meyer Nathan, Israel Gustahl und Benjamin Kohn Königsberger aus Fürth,

Juda Simonsfeld aus Ottensoos und Lippmann Scherer. Mit Ausnahme Königsbergers, der Tuchhändler war, und Scherers, der mit Horn handelte, betrieben sie Wechselgeschäfte und benötigten ihre Zimmer, welche die meisten schon mehrere Jahre gemietet hatten, und in denen sie sich in der Woche zwei bis drei Tage aufhielten, zu Verhandlungen, Schreibarbeiten und der Aufbewahrung von Schriftstücken. Der Verdacht der Polizei, daß sie geheime Warenniederlagen hatten, erwies sich als unbegründet. Einen Sonderfall stellte Lippmann Scherer dar, der außer einem Zimmer noch einen Stall und ein Gewölbe gemietet hatte. Er handelte mit Horn und Klauen, die er an Fabrikanten verkaufte. Die Kammacher brachten gegen ihn Klagen vor und bei Strafe von 10 Reichstalern wurde ihm verboten, eine Niederlage zum hiesigen Verkauf zu errichten. Da er aber zum Handel mit tierischen Abfällen konzessioniert war, erlaubte ihm der Magistrat am 3. Januar 1834 offiziell, einen Aufbewahrungsort in der Stadt zu haben.

Nur ein Bruchteil der Juden, die in Nürnberg handelten, hatte sich hier für einige Zeit eingemietet, vor allem der Großteil der Fürther Juden kam nur tagsüber nach Nürnberg. Wir kennen keine Verhältniszahlen über ihre Geschäftstätigkeit, sondern nur solche Fälle, bei denen es Schwierigkeiten irgendwelcher Art gab. Wiederholt sahen sich *Waren- und Wechsel-Sensale* (= Makler) durch die Juden beeinträchtigt. 1821 ging man das erstemal gegen Samuel Schlenker aus Fürth vor[1049]). Die Polizei hatte festgestellt, daß er Proben von Kaffee, Pfeffer, Safran und Zucker in verschiedenen Handlungen vorgezeigt und Bestellungen aufgenommen hatte, als Fürther durfte er aber zwischen Nürnberger Firmen nicht vermitteln. Wegen verbotswidrigen Sensarierens bekam er 24 Stunden Arrest. Im folgenden Jahre wurde er wieder festgenommen, konnte aber nachweisen, daß er nur für Fürther Kaufleute Bestellungen aufgenommen hatte. Als 1830 die „obrigkeitlich verpflichteten Sensalen" eine Beschwerde gegen nicht berechtigte Warenmakler einreichte, war unter den 12 genannten (meistens Nichtjuden) auch die Familie Schlenker (Vater, Mutter und Sohn), zu einer Untersuchung reichten die Angaben aber offenbar nicht aus.

In dem Zeitraum zwischen 1832 und 1850 kam es wiederholt zu *Prozessen* gegen jüdische Wechsel-Sensale. Schon 1822 hatten sich die Nürnberger Marktvorsteher an den Magistrat mit der Bitte gewandt, Fürther jüdische Sensale in Nürnberg nicht zuzulassen, da sie von ihnen Geschäftsschädigung zu erwarten hätten[1050]). Bei den sieben Prozessen, deren Akten vorliegen, trat als Kläger immer der Nürnberger Wechsel-Sensal Meißner auf, der in vier Fällen von seinem Kollegen Lindhardt unterstützt wurde. Viermal war der Beklagte der Fürther Samuel Aub. Im April 1832 mußte Aub wegen eines Postens von 1000 Gulden die Sensariegebühr von 6 Gulden 54 Kreuzer an die Kläger zahlen und die Kosten des Verfahrens tragen, im Juli des gleichen Jahres traf ihn dieselbe Strafe wegen der Vermittlung von wieder 1000 Gulden, im Dezember 1832 wurde er jedoch freigesprochen, da ihm nicht nachzuweisen war, daß er einen Wechsel von Nürnberg aus „negotiieren" wollte. Meißners Klage gegen den Sensal Rindskopf vom Jahre 1835 wurde ebenfalls abgewiesen, da er von einem Handelspartner nur allgemein befragt worden war, ob er Wiener Effekten besitze, solche aber nicht angeboten hatte. 1836 mußte Aub wieder einmal Sensariegebühr, Verfahrenskosten und wegen Rückfalls zusätzlich 10 Taler Strafe bezahlen. Im folgenden Jahr

klagten Meißner und Lindhardt gegen Alexander Löw Ansbacher, der ebenfalls verurteilt wurde, und 1843 gegen den gleichen Wechselmakler. Der letzte Prozeß zog sich über zwei Jahre hin, zweimal ging er an die Regierung von Mittelfranken. Schließlich wurde Alexander Löw freigesprochen, sein Sohn Samuel jedoch, der den Wechsel gekauft hatte, wurde mit 5 Talern Strafe belegt, weil er als Handelsmann nicht konzessioniert, sondern nur Commis war. Gegen Samuel Ansbacher ging Meißner 1850 noch einmal vor, jedoch ohne Erfolg.

Bei den 1825 in Nürnberg weilenden Juden gaben zwei als Beruf „Hopfenhandel" an, obwohl, wie bereits erwähnt, die Regierung bestrebt war, die Juden aus diesem Handelszweig zu verdrängen. Im Jahre 1845 wiesen das Innenministerium und die Regierung von Mittelfranken noch einmal besonders darauf hin[1051]). Die Ansbacher Behörde erklärte, daß der *Hopfenhandel* den Juden Gelegenheit zu „herumziehendem Leben" gebe, was nach den Bestrebungen der Regierung zu unterbinden sei. Die Nürnberger Polizeiorgane sahen sich nun veranlaßt, jüdische Händler dieser Branche zu überwachen. Am 14. Januar 1846 meldete der Polizeisoldat Frebes, daß Loew Fleischmann aus Kunreuth (bei Forchheim) zwei Säcke Hopfen ohne Lizenzschein gekauft hatte. Der Jude gab an, eigentlich Viehhändler zu sein und die zwei Säcke Hopfen nur „auf Spekulation" gekauft zu haben; daß dazu ein Lizenzschein nötig sei, habe er nicht gewußt. Er erklärte sich bereit, die Strafe von 3 Gulden zu entrichten.

Erwähnenswert ist ein Vorschlag, der 1831 im „Zuschauer an der Pegnitz" gemacht wurde[1052]). Um der Vorstadt Wöhrd wieder aufzuhelfen, sollten die Juden, welche nach Nürnberg ziehen wollten, dort zugelassen werden. Der Widerspruch der Nürnberger Kaufleute sollte beschwichtigt werden, indem man ihnen nur klarzumachen habe, daß dann bei den Wöhrder Juden auch nicht mehr Leute kaufen würden als bisher bei den Fürther Juden. „Übrigens ist gewiß nicht zu leugnen, daß die Stadt Fürth ihr Emporkommen größten Theils der Judenschaft und dem erleichterten Unterkommen der Künstler und Handwerker zuzuschreiben hat; so wie es anderer Seits Thatsache ist, daß die Stadt Nürnberg durch ihren vorigen Handwerkszwang, Religions- und Kasten-Geist ehehin viele geschickte Leute und Fabrikanten zu ihrem großen Nachtheil von sich entfernt hat, und sonach dieses in gegenwärtiger Zeit nicht mehr vorkommen sollte."

Von seiten der Kaufleute konnte aber keinesfalls eine Zustimmung erwartet werden, sie fürchteten die Konkurrenz und je näher diese sich niederließ, desto gefährlicher war sie. Immer wieder klagten Nürnberger Kaufleute gegen jüdische Händler wegen Beeinträchtigung ihres Geschäfts, so 1844 die Schnittwarenhändler Blank und Cons. gegen die Fürther Juden und 1847 die Lederhändler Weidmann und Cons. gegen Cromwell und Co. von Gunzenhausen[1053]). 1845 und 1853 wurden dem Stuttgarter Kaufmann Eckart, dem Mühlhausener Handelskommis Josef Friedmann und dem Schwabacher Handelsmann Moses Weinberg Eingriffe in die Befugnisse der hiesigen Kaufmannschaft vorgeworfen[1054]).

Aus einer *Statistik der Regierung* des Rezatkreises, Kammer des Innern, vom 17. Juli 1835 ist ersichtlich, daß im Bereich der Distriktspolizeibehörde Nürnberg 4 Juden die „Ökonomie" (= Landwirtschaft), 8 „ordentliche Gewerbe" und 31 den Hausierhandel betrieben[1055]). Die Erfolge der unzulänglichen Bemühungen

zur Umstrukturierung der wirtschaftlichen Tätigkeit der Juden waren also recht bescheiden. Für den Bereich des gesamten Rezatkreises ergaben sich die Zahlen 189 (Ökonomie), 595 („ordentliche Gewerbe"), 1441 (Hausierhandel).

Wie erwähnt, führten die Ereignisse des Jahres 1848 in den meisten deutschen Staaten dazu, daß den Juden die Gleichberechtigung gewährt wurde. In Bayern dauerte dies noch etliche Jahre, ein allmählicher Gesinnungswandel war aber auch hier deutlich festzustellen. Im Zusammenhang damit kam es in Nürnberg zur *Einbürgerung des ersten Juden seit der Ausweisung von 1498/99*. Der Großhändler Josef Kohn aus Markt Erlbach hatte schon am 16. November 1845 um den „temporären Aufenthalt auf unbestimmte Zeit" nachgesucht und als Hauptgrund die Erziehung seiner Kinder angegeben[1056]). Er erhielt auf Beschluß des Polizeisenats die Aufenthaltsgenehmigung, doch zunächst nur für ein Jahr. Sein Bruder Anton führte in Markt Erlbach den Großhandel weiter, siedelte aber 1848 auch nach Nürnberg über, womit deutlich wurde, daß die Brüder auch ihre Geschäftstätigkeit in die allmählich wieder aufblühende Handels- und Industriestadt zu verlegen gedachten. Das Jahr 1848 brachte aber für die beiden noch keine freie Niederlassungsmöglichkeit, so daß Josef Kohn seine dauernde Niederlassung als Bürger erst einmal beim Magistrat beantragen mußte. Nun befaßten sich mehrere Gremien mit dem Gesuch. Interessant ist, daß die Handelskammer „vom merkantilischen Gesichtspunkte aus" keine Erinnerungen zu erheben hatte. Die liberalen Kräfte hatten allmählich doch die Oberhand gewonnen und sich nach modernen Grundsätzen auch gegenüber den Juden ausgerichtet. Der Armenpflegschaftsrat verhandelte über den Antrag Kohns am 23. April 1850, 10 Armenpflegschaftsräte stimmten dafür, darunter der 1. Bürgermeister Dr. Binder und Pfarrer Rudel, dagegen 11 Mitglieder des Rates, darunter 7 Geistliche. Im Kollegium der Gemeindebevollmächtigten stimmten 22 Mitglieder für den Antrag Kohn, 10 dagegen.

Entscheidend war aber das Votum der Magistratsräte am 24. Mai 1850, bei dem 9 Ja-Stimmen 8 Nein-Stimmen gegenüberstanden. Die Voreingenommenheit gegenüber den Juden war also noch sehr groß. Der 1. Bürgermeister war wieder unter den Befürwortern der Aufnahme, ebenso 3 Rechtsräte, unter den Gegnern der 2. Bürgermeister Hilpert und ein Rechtsrat.

Interessant ist noch ein anonymer Brief, der in der Zeit der Verhandlungen den Gemeindebevollmächtigten zuging, in dem auf die „kaufmännische Konkurrenz", die durch die Aufnahme Kohns zu befürchten sei, hingewiesen wurde und in dem behauptet wurde, die Aufnahme des Juden werde durch eine „gewisse Partei" betrieben, außerdem sei Kohn eines der „tätigsten Mitglieder des demokratischen Vereins"[1057]).

Nach dem Edikt von 1813 mußte nun noch das Innenministerium seine Zustimmung erteilen, da in Nürnberg noch keine Juden als Bürger aufgenommen worden waren. Sie wurde am 21. Juli gegeben; Kohn erfüllte die Bedingung des § 13 des Edikts, er war vermögend und beabsichtigte die Gründung eines Unternehmens in der Stadt[1058]).

Mit der Aufnahme Kohns war ein Präzedenzfall geschaffen, die Ansässigmachung

weiterer Juden bot keine Schwierigkeiten mehr, 1855 wohnten bereits 21 Judenfamilien in Nürnberg. Der erste jüdische Abgeordnete in der bayerischen Kammer, Dr. David Morgenstern, vertrat zunächst den Wahlkreis Fürth und von 1849–1855 den Wahlkreis Nürnberg. Er gehörte der demokratischen Richtung an. Außer ihm hatten bei der ersten Wahl zum Landtag noch vier andere Juden in Nürnberg kandidiert, von denen jedoch nur noch Rechtsanwalt Fischel Arnheim gewählt wurde[1059]). Das Zusammenleben von Nichtjuden und Juden im Zeichen des Liberalismus hatte begonnen.

4. Die rechtliche Gleichstellung der Juden 1851–1871

Nach der Ablehnung des Gesetzentwurfes zur Gleichberechtigung der *Juden in Bayern* durch die Kammer der Reichsräte am 24. Januar 1850, legte in der Sitzung des Staatsrats vom 19. Februar 1851 Staatsrat von Pelkhoven einen neuen Gesetzentwurf vor, der von beiden Kammern des Landtags angenommen wurde[1060]). Das Gesetz hob alle Ausnahmebestimmungen für Juden auf, die „in Ansehung des bürgerlichen Rechts" bestanden, dazu auch die Bestimmung der bayerischen Gerichtsordnung „über die „Exceptionsmäßigkeit der Juden als Zeugen in Prozessen". Die Eheschließung blieb aber den Religionsgesetzen der israelitischen Glaubensgenossen unterworfen. Im folgenden Jahre wurden die Juden auch in dem „Gesetz die gewerbsmäßige Güterzertrümmerung betreffend" den Nichtjuden gleichgestellt. Sie wurde für alle Bürger, unabhängig von der Religionszugehörigkeit, verboten. Noch war aber nicht der berüchtigte Matrikelparagraph gefallen. 1855 reichte Mendel Rosenbaum beim König ein diesbezügliches Vorstellungsgesuch ein, das solch wesentliches Material enthielt, daß der König ein ausführliches Gutachten anforderte. Rosenbaum hatte festgestellt, daß zwischen 1830 und 1855 etwa 10–11 000 jüdische Glaubensgenossen mit einem Vermögen von insgesamt ca. 4–5 Millionen Gulden aus dem Königreich Bayern ausgewandert waren in Länder, in denen keine polizeilichen Ausnahmegesetze und kein Matrikelparagraph bestanden. Die bayerische Regierung habe wohl erkannt, daß die zivilrechtlichen Ausnahmegesetze dem Ziel der Eingliederung entgegengewirkt hätten, deshalb seien sie auch aufgehoben worden, mit den polizeilichen Sonderverordnungen habe es aber die gleiche Bewandtnis. Im Gutachten des Innenministeriums wurde wieder den Forderungen der Juden die Zustimmung versagt. 1860 wandte sich Dr. Dessauer im Namen der Kultusgemeinde Bamberg an den Führer der liberalen Landtagspartei, Freiherrn von Lerchenfeld, andere Gemeinden unterstützten die Bemühungen, die Fürther Gemeinde sandte eine Adresse an den König. Im Landtagsabschied vom 10. November 1861 wurden die Matrikelparagraphen 12 und 13 des Edikts von 1813 aufgehoben und zwar einstimmig, mit den Stimmen der Geistlichen beider Konfessionen. Die den Menschenrechten hohnsprechende Niederlassungsbeschränkung war aufgehoben. Fünf Jahre später trugen die Kultusgemeinden von München und Bamberg dem Innenministerium die Bitte um vollständige Gleichstellung vor, besonders in bezug auf die Zulassung der Juden zum Staatsdienst. Die Ministerialentschließung vom 24. Februar 1867 befürwortete das Ansuchen der Juden, sie wurde „das entscheidende Dokument für die Überwindung auch der letzten Hemmnisse und Schwierigkeiten zu einer völligen rechtlichen Gleichstellung"[1061]).

Im Gesetz vom 16. April 1868 fielen die letzten Beschränkungen. Das Gesetz des Norddeutschen Bundes vom 3. Juli 1869, das in Bayern durch das Reichsgesetz vom 22. April 1871 eingeführt wurde, bedeutete nur die Zusammenfassung eines bereits bestehenden Rechtszustandes: *„Alle noch bestehenden, aus der Verschiedenheit des religiösen Bekenntnisses hergeleiteten Beschränkungen der bürgerlichen und staatspolitischen Rechte sind aufgehoben"*[1062]).

Sehen wir uns im Deutschland und Europa des 19. Jahrhunderts in bezug auf die Befreiung der Juden um, so wird ein „Fortschrittsgefälle" deutlich[1063]). Holland und Frankreich behielten die Befreiung der Juden von Sondergesetzen seit der Französischen Revolution bei, in England hatten von vornherein nur wenig Beschränkungen bestanden, 1871 fielen die letzten. In Deutschland wurde die Emanzipation 1833 in Hessen-Kassel konsequent durchgeführt, 1847 in Preußen, 1862 in Baden, 1867 in Österreich, 1868 in Sachsen und Bayern. In Italien hatte die Reaktion besondere Rückschläge mit sich gebracht, 1848 wurden im Königreich Sardinien die Juden emanzipiert, erst 1870 in ganz Italien. In Rußland war die Unterdrückung der Juden noch besonders groß, immer wieder kam es zu Pogromen, erst unter Zar Alexander II. (1855—1881) wurden gewisse Erleichterungen spürbar.

Die Emanzipation der Juden charakterisierte Paul *Rieger* in seinem Rückblick von 1912 auf das preußische Judenedikt von 1812, das wesentliche Fortschritte mit sich gebracht hatte, mit folgenden Worten: „Hier wie auch in den meisten anderen Staaten Europas war die Emanzipation der Juden eine Konsequenz des modernen Staatsgedankens. Sie ist den Juden weder aus Liebe noch aus Dankbarkeit, sondern lediglich als eine politische Folgerung des von der Französischen Revolution geborenen Grundsatzes der allgemeinen Gleichheit und Gleichberechtigung gegeben worden"[1064]).

5. Die Entwicklung der jüdischen Gemeinde in Nürnberg bis 1871

Wenn auch zahlenmäßig schwer erfaßbar, muß die wirtschaftliche Tätigkeit der Juden in Nürnberg in der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht unbedeutend gewesen sein, wir konnten dies aus den verschiedenartigsten Angaben ersehen, die oben angeführt wurden. Richtig Fuß fassen konnten die Juden in der Stadt aber erst nach der Einbürgerung von Glaubensgenossen. Schon Jahrzehnte vor der Niederlassung Kohns wurden in Nürnberg auf dem Viehmarkt zur Zeit des Laubhüttenfestes Zedernäpfel und Palmzweige von Isaak Hess und Abraham Fränkl aus Fürth an ihre Glaubensgenossen aus der Umgebung verkauft; eine wenn auch minimale Erinnerung an jüdische religiöse Bräuche existierte also bereits in der Stadt[1065]). Nach der Einbürgerung Kohns konnten die Juden nun hier das erstemal wieder das große Fest einer *jüdischen Hochzeit* feiern, da nach einem Regierungserlaß vom 20. Juli 1844 dies nur dort erlaubt war, wo mindestens ein Jude dauerndes Ansässigkeitsrecht hatte. Am 7. August 1850, also nur 16 Tage nach der Genehmigung des Staatsministeriums für die Niederlassung Kohns, heiratete der israelitische Schul- und Religionslehrer Bernhard Brader aus München Karoline Gutmann aus Markt Sugenheim in einem Nürnberger Gasthaus, weitere Trauungen folgten 1851, 1853 und 1854[1066]). Diese Trauungs-

feierlichkeiten in der Stadt Nürnberg, die sicher unter großer Anteilnahme von Glaubensgenossen stattfanden, dürfen als eine Art Demonstration dafür verstanden werden, daß die Juden bestrebt waren, ihre Rechte in der Stadt voll wahrzunehmen. Sogleich traten aber auch die Gegner der Juden auf den Plan, so 1852 C. W. Engelhard, der im Kollegium der Gemeindebevollmächtigten den Antrag stellte, das Schächten, zu dem ein Schächter aus Fürth herüberkam, wegen Tierquälerei zu verbieten. Es komme dabei vor, daß Fleisch von dem jüdischen Gemeindebeamten nach den Vorschriften als für Juden unbrauchbar erklärt, aber dann an Christen verkauft werde. Es sei ein Skandal, eiferte Engelhard, daß für „das von einem schmutzigen Juden verworfene Fleisch" Christen ihr gutes Geld gäben. Der Magistrat stellte Nachforschungen an und ermittelte, daß gegen das Schächten keinerlei gesetzliche Handhabe bestehe und es bei den Metzgern Stoer und Heidolph gestattet sei. Ein bestellter Augenzeuge beschrieb den Vorgang des Schächtens und kam zu dem Schluß, daß es für das Tier vielleicht sogar eine leichtere Todesart als die übliche sei, sie sei lediglich etwas umständlicher[1067]).

Als am 10. September Hirsch Scherer, Löb Hopf und Joseph Friedmann vor dem Magistrat erschienen und darum baten, das jüdische *Neujahrsfest* und das Versöhnungsfest mit sieben anderen Glaubensgenossen und dem Religionslehrer Vorhaus aus Fürth im Hause der Weinwirtswitwe Bayer feiern zu dürfen, wurde dieses Gesuch unter der Bedingung genehmigt, „daß mit der Ausübung dieser Andacht kein nach außen dringendes Geräusch" verbunden sein dürfe[1068]). Die Haltung des Magistrats in dieser Frage war insofern typisch, als man auf die erheblichen judenfeindlichen Strömungen in der Bürgerschaft, die ja auch in den Stadtverwaltungsgremien stark vertreten waren, Rücksicht nehmen wollte. Das Zusammenleben mit den andersgläubigen Bürgern war noch zu keiner Selbstverständlichkeit geworden, wie es etwa 20 Jahre später bei der Einweihung der Synagoge zweifellos der Fall war.

Die zahlenmäßige Entwicklung der jüdischen Gemeinde ergibt sich aus Unterlagen des Statistischen Amtes der Stadt:

Jahr	absolut	Prozent der Gesamtbevölkerung
1812	3	0,01
1818	1	0,00
1825	11	0,03
1852	87	0,16
1867	1254	1,61
1871	1831	2,20

Der Zuzug der Juden erfolgte zum größten Teil aus Dörfern, Marktflecken und Kleinstädten des nordbayerischen Raumes. Weitaus an der Spitze liegt Fürth, aus dem etwa die vierfache Zahl an Juden nach Nürnberg zog wie aus je einem der Herkunftsorte, die auch häufig als Geburtsorte angegeben werden, etwa Bamberg, Ottensoos (Landkreis Lauf/Pegnitz), Adelsdorf (Landkreis Höchstadt/Aisch), Baiersdorf (Landkreis Erlangen), Burghaslach (Landkreis Scheinfeld), Schnaittach (Landkreis Lauf/Pegnitz)[1069]).

Einige Aufschlüsse gibt auch ein Überblick über die Trauungen und Geburten von 1857–1870[1070]):

Jahr	Geburten	Trauungen	Jahr	Geburten	Trauungen
1857	9	2	1864	33	16
1858	14	1	1865	39	19
1859	13	2	1866	47	24
1860	9	8	1867	52	30
1861	16	13	1868	56	27
1862	16	19	1869	77	38
1863	30	24	1870	75	23

Das Fehlen einer Organisation der schnell wachsenden Judengemeinde (1855 waren es bereits 21 Familien) brachte verwaltungstechnische Schwierigkeiten mit sich. Geburten und Todesfälle wurden nicht richtig angezeigt, da sich niemand verantwortlich fühlte, es kam vor, daß zwei jüdische Kinder auf dem Rochusfriedhof beerdigt wurden, wogegen sich die protestantische Kirchenverwaltung entschieden verwahrte[1071]). Erst seit 1857 wurden dann in Nürnberg Judenmatrikel geführt. Am 11. Dezember 1856 forderte die Regierung von Mittelfranken den Magistrat auf, mitzuteilen, welchem *Rabbinatssprengel* sich die Nürnberger Juden angeschlossen hätten, sei das noch nicht der Fall, so solle für die Kultusangelegenheiten ein Vertreter gewählt werden[1072]). Die sechs in Nürnberg eingebürgerten Juden erklärten sich bereit, sich dem Fürther Sprengel anzuschließen. Als der dortige Rabbiner Dr. Löwi zur Stellungnahme aufgefordert wurde, erklärte er sich mit dem Anschluß nicht einverstanden und gab als Hauptgrund den „ausgesprochenen religiösen Indifferentismus" der Nürnberger Juden an. Wie wir bei der Feier des Neujahrsfestes gesehen haben, hielten diese aber doch auf religiöse Tradition, dem Rabbiner waren sie aber offenbar zu assimiliert. Als sich dieser dem Drucke der Regierung fügen mußte, nahm er zwar den Vorwurf zurück, das weitere Schicksal der Nürnberger Gemeinde zeigte aber die Spannungen zwischen liberalen und orthodoxen Juden deutlich, eine Erscheinung, die seit der Aufklärung zum Bild des deutschen Judentums gehörte. Die Nürnberger Juden wollten sich aber eigentlich nur dem Rabbinat Dr. Löwis unterstellen und keinen Anschluß an die Fürther Gemeinde. Deshalb wurde am 29. März 1857 unter Mitwirkung Dr. Löwis in der Wohnung des Großhändlers Löw Hopf, des ältesten Gemeindemitgliedes, eine konstituierende Versammlung der Nürnberger Juden zur Bildung einer Kultusgemeinde einberufen. Hopf wurde zum Kultusvorsteher gewählt, Jakob Asyl sollte als Religionslehrer, Vorsänger, Schächter und Schreiber tätig sein. Nach den geltenden Gesetzen durfte aber eine Kultusgemeinde erst bei 50 ansässigen Familien gegründet werden, deshalb lehnten Magistrat und Regierung die Anerkennung ab. Die Gemeinde bestand damals aus 47 Familien, von denen aber nur 8 eingebürgert waren, zusammen waren es 219 Personen, darunter 52 schulpflichtige Kinder. Als sich Dr. Löwi am 9. Mai 1858 an das Staatsministerium wandte, die widerspruchsvollen Maßnahmen der Regierung herausstellte (es gab kleinere Gemeinden!) und eine befriedigende Lösung forderte, wollte man offenbar dem Ansbacher Regierungsentscheid nicht widersprechen, erkannte aber die Notwendigkeit eines engeren Zusammenschlus-

ses der Nürnberger Gemeindemitglieder an. So wurde am 1. Februar 1859 der *„Israelitische Religionsverein"* gegründet mit folgender Zweckbestimmung: „Alle selbständigen, in Nürnberg wohnenden Israeliten, gleichviel ob sie daselbst heimatberechtigt oder bloß mit einer Aufenthaltskarte versehen sind, vereinigen sich zu einem Verbande, der bestimmt ist, die religiösen Bedürfnisse dieser Gesamtheit zu befriedigen"[1073]). Nach zweijährigem Hin und Her wurde mit dem Verein ein Unikum geschaffen, wie es sonst nirgends in Bayern bestand, und wie es weder im Edikt von 1813 noch in anderen Regierungsverordnungen vorgesehen war.

Der Religionsverein bestand nur drei Jahre, da 1862 die Kultusgemeinde gegründet wurde, er leistete aber grundlegende Aufbauarbeit. Ziemlich bezeichnet ihn als die Sturm- und Drangperiode der Nürnberger Gemeinde[1074]). Noch im Juni des Gründungsjahres wurde eine Religionsschule eingerichtet, an deren Spitze der Lehrer und Vorsänger Gumpert Fried stand, Falk Vorhaus aus Fürth wurden die Schächterfunktionen übertragen.

Ein besonderes Problem stellte der *Beerdigungsplatz* dar. Für den 1. Oktober 1862 kündigte die Fürther Gemeinde die Mitbenützung ihres Friedhofes, so daß der Erwerb eines Grundstückes für einen eigenen Begräbnisplatz in Nürnberg unabweisbar wurde, um ihn mußte sich die Leitung des Religionsvereins bemühen.

Die Abhaltung des *Gottesdienstes* erforderte neue Räumlichkeiten. Seit 1858 wurde er im Gasthaus „Zum weißen Lamm" abgehalten, ein paar Jahre später erfolgte die Kündigung des Saales. Die Vorstandschaft des Religionsvereins setzte eine Baukommission ein, welche die Erwerbung eines Grundstücks für den Bau einer Synagoge vorbereiten sollte, die Mehrheit der Gemeinde wollte aber von einer solch kostspieligen Unternehmung nichts wissen, sie drohte sogar die Einheit der Gemeinde zu spalten[1075]).

Inzwischen war diese auf 95 in der Stadt ansässige Familien gewachsen, so daß am 12. August 1861 ein Ausschuß des Religionsvereins den Magistrat ersuchte, er möge höheren Orts die Genehmigung zur Umwandlung des Religionsvereins in eine *Kultusgemeinde* erwirken; am 28. Januar 1862 lief die Zustimmung des Innenministeriums ein[1076]).

Die Gemeinde stand zunächst unter einer provisorischen Vorstandschaft, deren wichtigste Aufgabe die Schaffung eines Gemeindestatuts war. Es gab Schwierigkeiten, da die anderwärts ansässigen Juden, die in Nürnberg nur mit polizeilicher Aufenthaltskarte wohnten (sog. Permissionisten) nach dem ersten Statutenentwurf nicht die gleichen Rechte, aber die gleichen Pflichten wie die in Nürnberg ansässigen Juden haben sollten. Wiederholt kam es vor dem Stadtmagistrat zu Vergleichsverhandlungen, die zu Zugeständnissen gegenüber den Permissionisten führten. Diese durften schließlich drei außerordentliche Mitglieder in den Steuerausschuß wählen und wurden nicht in voller Höhe zu den Gemeindelasten herangezogen. Am 17. Februar 1864 traten nach zweijährigen Verhandlungen die *Statuten* in Kraft und wurden 170 Mitgliedern zugestellt[1077]).

Am 30. Mai fand die Wahl der Vertreter der Kultusgemeinde statt, aus ihr ging Anton Kohn als Vorstand der Administration hervor. Neben dieser, die aus

drei Mitgliedern und zwei Ersatzleuten bestand, war der Gemeindeausschuß tätig, der 15 Mitglieder und 2 Ersatzleute umfaßte.

Die vordringlichste Aufgabe war die Schaffung eines Begräbnisplatzes, die Kündigung der Mitbenützung des Fürther Judenfriedhofs wurde zwar hinausgeschoben, aber dann endgültig auf den 1. November 1863 festgelegt[1078]). Am 9. April 1862 wurde der sog. Bleiweisacker in der Nähe des Reuter-Brünnleins erworben. Eine Kommission des Stadtmagistrats erklärte, daß der Errichtung eines *Friedhofs* an dieser Stelle in sanitätspolitischer Hinsicht nichts im Wege stehe, da der Platz von allen Seiten frei liege, den Besitzern der anliegenden Grundstücke müsse aber Gelegenheit zur Wahrung ihrer Rechte gegeben werden. Nun brachten der Industrie- und Kulturverein und vier andere Bürger Einwände vor, denen sich die Mehrheit der Gemeindebevollmächtigten anschloß. Das Hauptargument war, daß man in der Nähe Wohn- und Fabrikgebäude zu errichten gedenke. Die Stadtverwaltung übergab die Akten der Regierung von Mittelfranken, die ein Medizinal-Obergutachten einholte, in dem die Unbedenklichkeit des Vorhabens der Kultusgemeinde bestätigt wurde. Die Anlieger gaben aber noch nicht auf und wandten sich an das Innenministerium, die Kultusgemeinde reichte eine Gegenvorstellung ein und brachte darin die Vermutung der religiösen Intoleranz der Beschwerdeführer vor. Das Ministerium schloß sich der Meinung der Ansbacher Regierung an und so konnte am 28. Februar 1864 Jakob Hirsch Marschütz schon im neuen Friedhof beerdigt werden. Bei dieser Gelegenheit nahm der Rabbiner Dr. Löwi einen besonderen Weiheakt vor.

Große Schwierigkeiten hatte die Gemeinde bei der Beschaffung eines neuen *Betsaales* und eines Raumes für die Religionsschule, da die Räume im Gasthaus „Zum weißen Lamm" schon 1861 gekündigt worden waren. Daraufhin wurde im Hause des Anton Kleining (S. 1178) ein Saal für den Gottesdienst gemietet, dieser stand aber auch nur bis 1865 zur Verfügung. Die Gemeindeverwaltung wandte sich hierauf zweimal an den Magistrat mit der Bitte, im Augustinerkloster Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen, wurde aber abschlägig beschieden, da das Kloster für städtische Zwecke und öffentliche Notfälle reserviert bleiben müsse[1079]). In dem zweiten Gesuch kam das Selbstbewußtsein der bereits 1 000 Personen zählenden Gemeinde zum Ausdruck: Das Aufblühen der Stadt im letzten Jahrzehnt sei nicht zuletzt der Niederlassung so vieler Israeliten zu danken, wurde darin bemerkt.

Die Gemeinde mußte sich nun wieder an Privatleute wenden, seit 1864 fand der Gottesdienst im Saale „Zum goldenen Adler" statt und seit 1867 auch wieder in dem von der Gemeinde käuflich erworbenen Kleiningschen Haus. Die Administration zog sich bei dem Voranschlag für die Ausstattung der gemeindlichen Räumlichkeiten im Jahre 1865 die Kritik des Gemeindeausschusses zu, der sich gegen die „prunkhafte Vertretung" der Gemeinde wandte[1080]). In der Sitzung vom 18. April legte dann die Verwaltung ihre Grundsätze dar, die auch wieder Zeugnis von dem gestiegenen Selbstgefühl der Nürnberger Gemeinde ablegte. Das Ansehen müsse vor Behörden und Mitbürgern in allen Fällen gewahrt werden, die Administration der bedeutenden Kultusgemeinde der zweitgrößten Stadt Bayerns könne ihren Etat nicht allein auf der Wohltätigkeit ihrer Mitglieder aufbauen.

Auch sonst fehlte es in der jungen Kultusgemeinde nicht an Konflikten, die aber um so weniger verwundern, da alles noch im Aufbau war, in der Zeit der Emanzipation verschiedene Strömungen innerhalb der Judenschaft deutlicher sichtbar wurden und da keine so festen Bindungen wie in der vorhergehenden Zeit mehr bestanden. Als 1867 die Statuten revidiert werden sollten, kam es wieder zu einer Auseinandersetzung mit dem Fürther Rabbiner Dr. Löwi, der, vom Magistrat um seine Stellungnahme befragt, vor allem die geringen Kompetenzen des Rabbiners bemängelte[1081]). Die Gemeinde bat nun die Stadtverwaltung, die geänderten Statuten auch ohne die Billigung Dr. Löwis zu genehmigen. Der Magistrat stellte aber nun seinerseits die Bedingung, daß die Rechte des Rabbiners nach der Ministerialentschließung vom 29. Juni 1863 festzulegen seien, die diesem bestimmte Befugnisse und Aufsichtsrechte zuschrieben.

Ein schwerer Konflikt zwischen dem *orthodoxen* und dem *liberalen Flügel* der Gemeinde war schon 1865 aufgebrochen, als am 10. Juli eine kleine Gruppe strenggläubiger Juden unter der Führung Meier Bernstadts bei der Gemeinde die Einrichtung eines rituellen Quellenbades beantragte[1082]). Als die Vorstandschaft ablehnte, wandte sich die Gruppe an den Distriktsrabbiner in Fürth, der von der Administration binnen 14 Tagen einen positiven Beschluß verlangte. Als dieser unterblieb, riet Dr. Löwi den Strenggläubigen, das Bad einstweilen auf eigene Kosten einzurichten und hierauf die Auslagen von der Kultusgemeinde zurückzufordern. Als sich diese zu zahlen weigerte, wandte sich Meier Bernstadt an den Magistrat, dann an die Regierung von Mittelfranken und endlich an das Innenministerium, während das Bad inzwischen im Wildbad eingerichtet worden war. Vier Jahre zogen sich die Verhandlungen hin, in allen Instanzen wurde zugunsten Meier Bernstadts entschieden. Als die Gemeindeverwalter passiven Widerstand leisteten, wurden sie unter Androhung von 10 Gulden Strafe gezwungen, die Angelegenheit binnen sechs Wochen zu bereinigen. Hierauf traten die leitenden Männer der Administration, Anton Kohn und Rechtsanwalt Frankenburger, von ihren Ämtern zurück. In einer Gemeindesitzung vom 9. Januar 1869 wurde als neuer Vorstand der kgl. Advokat Gustav Josephthal und als erster Beisitzender Stephan Hopf gewählt.

In einer Eingabe an den Magistrat vom Jahre 1865 hatte die Gemeindeverwaltung darauf hingewiesen, daß die Ausgaben für den Friedhof in Höhe von 20 000 Gulden von der Gemeinde ohne Hilfe der Stadt aufgebracht worden seien, und daß man auch die Erbauung einer Synagoge aus eigenen Mitteln bestreiten wolle. Auch die Unterstützung der Armen und Kranken der Gemeinde geschah aus eigenen Mitteln. Schon 1860 war der „Israelitische Wohltätigkeitsverein für Krankenpflege und Sterbefälle" gegründet worden[1083]), im gleichen Jahre wurde der „Israelitische Hilfsverein" (Armenunterstützungsverein) ins Leben gerufen[1084]), 1862 der „Israelitische Frauenwohltätigkeitsverein"[1085]). Die Gemeindeglieder sorgten in vorbildlicher Weise füreinander.

Ein Beispiel für die Eingliederung der jüdischen Gemeinde in das Leben der Stadt kann darin gesehen werden, daß 1869 die Kultusgemeinde durch Verhandlungen mit den städtischen und staatlichen Behörden die Erlaubnis erlangte, den israelitischen *Religionsunterricht* an den Schulen selbst erteilen zu dürfen. Er wurde in den allgemeinen Schulunterricht eingeordnet[1086]).

Die Kultusgemeinde Nürnberg nahm auch im Rahmen der israelitischen Gemeinden Deutschlands den ihr gebührenden Platz ein. Der Vorsitzende nahm an den Synoden in Leipzig (1869) und Augsburg (1871) teil und half mit, den deutsch-israelitischen Gemeindebund zu gründen[1087]).

Im Jahre der Gründung des zweiten Deutschen Reiches war auch die Emanzipation der Juden Deutschlands vollständig abgeschlossen. Der Nürnberger Gemeinde harrten in den nächsten Jahren wichtige Aufgaben: die Berufung eines eigenen Rabbiners und der Synagogenbau.

8. Kapitel

Der Aufstieg im zweiten Kaiserreich

1. Der weitere Fortschritt der Assimilation des deutschen Judentums

Der jüdische Schriftsteller Berthold Auerbach, der Verfasser der „Schwarzwälder Dorfgeschichten", gab in einem Brief an seinen Vetter Jakob Auerbach, der in Frankfurt am Main das Philanthropin, eine höhere jüdische Schule, leitete, seiner großen Hoffnung mit folgenden Worten Ausdruck: „Das eine Deutschland wird entstehen, das liberale Deutschland, und in ihm wird für jede wertvolle Persönlichkeit, so wie die der Juden, auch Platz sein."[1088]). Diese Hoffnung schien nicht zu trügen, die Juden hatten die rechtliche Gleichstellung erlangt und es begann für sie die Möglichkeit einer Entfaltung, wie diese für sie in Deutschland bisher noch nie bestanden hatte. Weiteste Kreise des Judentums waren ihrerseits zur Assimilation bereit. Der Vorsitzende der Augsburger israelitischen Kultusgemeinde, Rosenbusch, erklärte in seiner Begrüßungsansprache zur Eröffnung der jüdischen Synode in Augsburg im Jahre 1871: „Wir wünschen und hoffen, daß Ihre (der Synodalen) Beratungen von dem Geiste der Eintracht und des wahren Fortschritts getragen werden mögen, damit sie unsere Religion mit den Bedürfnissen der Zeit in Einklang bringen".[1089]).

Das Interesse an den speziell jüdischen Belangen nahm ab, das deutsche Bildungsgut wurde den Juden vertrauter als das jüdische, Schriftsteller wie Berthold Auerbach vermieden immer mehr die Gestaltung jüdischer Stoffe. Als Graetz 1853 ff. seine Geschichte der Juden in elf Bänden veröffentlichte und den nationalen Charakter der jüdischen Geschichte herausstellte, widersprach dies dem Geist der Zeit[1090]). Über die Teilnahme der Juden am Krieg von 1866 schrieb Theodor Fontane: „Es war, als ob sie sich das Wort gegeben hätten, der alten Vorstellung von ihrer Kriegsunlust und -tüchtigkeit ein Ende zu machen". Levin Goldschmidt, seit 1869 Rat des Bundeshandelsobergerichts, wurde 1872 als ungetaufter Jude ordentlicher Professor; Simson, seit 1869 Präsident des Appellationsgerichtshofes, wurde 1879 Präsident des Reichsgerichts, der höchsten Justizbehörde des Reiches, „wohl nie zuvor und nachher hat in Deutschland ein Sohn jüdischer Eltern solche Würden bekleidet wie Simson"[1091]). Bismarck schaltete bei den Verhandlungen um die französische Kriegsentschädigung den jüdischen Bankier Bleichröder ein, auf dem Berliner Kongreß befürwortete er die Gleichberechtigung der Juden in Rumänien.

Der Rabbiner der Israelitischen Kultusgemeinde in Nürnberg, Dr. Levin, wurde 1888 hier mit der Festrede zum Sedanstag, dem nationalen Feiertag des neuen Reiches, beauftragt, und der „Fränkische Kurier" und der „Korrespondent" berichteten über die begeisterte Aufnahme seiner Ausführungen. Seine Rede war von dem nationalen Pathos der Zeit, wenn auch in gemäßigter Weise, erfüllt, und er hob hervor, daß der Sinn der Feier nicht in der „verletzenden Schadenfreude über des Gegners Niederlage und Vernichtung", sondern in der „Feier

unserer eigenen Kraft und Stärke, unserer eigenen Erhebung und Verjüngung" liege. „Die Werke des Friedens sind es, in denen wir uns auszuzeichnen und im Völkerleben eine ehrende Stelle einzunehmen trachten." Er betonte, daß „nur in der gegenseitigen Ergänzung ... ein volles, ganzes Leben zur Erscheinung gelangen" könne. „Achtung vor jeder Überzeugung, wenn sie eine ehrenhafte und rückhaltlose ist! Respekt vor jeder tüchtigen Gesinnung und Handlung, wenn sie auch mit der unsrigen nicht übereinstimmt!"[1092]). Die Juden glaubten darauf bauen zu können, daß diese Achtung auch ihnen gegenüber immer mehr entgegengebracht werde, es schien zunächst auch so; aber schon die Hetze gegen jüdische Bankiers bei den Gründerzeitskandalen ließ aufhorchen und Zweifel für die Zukunft aufkommen.

Die jüdische Bevölkerung nahm im Zuge der allgemeinen Entwicklung im Laufe des 19. Jahrhunderts stark zu, und zwar zunächst prozentual stärker als die übrige Bevölkerung. Ein Beweis für die Zunahme der Assimilation ist darin zu sehen, daß zu Beginn des 19. Jahrhunderts nur ca. 17% Juden nichtjüdische Partner wählten, vor 1914 waren es hingegen 30%. Der Berufsstand der armen Juden, der Hausierhandel, ging auf ein Minimum zurück, ein erheblicher Teil der jüdischen Bevölkerung wanderte in die größeren Städte ab, ein Vorgang, den wir auch in Nürnberg beobachten können, wenn wir den Prozentsatz der jüdischen Bevölkerung in ganz Deutschland mit dem in Nürnberg vergleichen:

	Deutsches Reich %[1093])	Nürnberg %[1094])
1871	1,05	2,20
1880	1,09	3,05
1900	0,98	2,28
1925	0,90	2,20

Das Anwachsen der Israelitischen Kultusgemeinde in Nürnberg machte die Lösung dringender Aufgaben erforderlich.

2. *Rabbinerwahl und Synagogenbau in Nürnberg*

Der Rabbiner der Fürther Gemeinde, Dr. Löwi, hat die Rechte der Nürnberger Juden gegenüber den Behörden nachdrücklich verteidigt und sich anerkannte Verdienste erworben, es war aber zwischen ihm und der Nürnberger Gemeindeverwaltung wiederholt zu Konflikten gekommen, da seine Anschauungen ziemlich orthodox waren und die Mehrheit in Nürnberg eine liberalere Richtung vertrat. Dr. Löwi scheute sich nicht, den Schutz der Behörden anzurufen, wenn er seine Rechte durch die Gemeindeverwaltung verletzt glaubte, und nach einer harten Auseinandersetzung mit den Nürnberger Gemeindevertretern beschlossen diese am 1. Januar 1866, bei der Regierung die Erlaubnis zur Berufung eines eigenen Rabbiners zu beantragen mit dem Hinweis, daß die Doppelbelastung Dr. Löwis in Fürth und Nürnberg kein Dauerzustand bleiben könne[1095]). In einem Regierungserlaß vom 18. März 1866 wurde die Genehmigung erteilt, nachdem Dr. Löwi sein Einverständnis gegeben hatte.

Nach der ersten *Ausschreibung* der Stelle liefen 37 Bewerbungsgesuche ein, die bereits zeigten, wie begehrt diese Stelle in der in lebhaftem Aufschwung begriffenen, zweitgrößten Stadt Bayerns war. Der Krieg des Jahres 1866 und die Spannungen in der Gemeinde verzögerten eine Entscheidung, und nach erneuter Ausschreibung im April 1870 meldeten sich 50 Bewerber. Manche von ihnen suchten durch den Fürspruch von Regierungsstellen ihrem Gesuch Nachdruck zu verleihen, einer schrieb an den König, ein anderer sollte durch Fürsprache des Kultusministers von Lutz gefördert werden, für einen dritten setzte sich der Abgeordnete Lasker ein. In der Gemeinde entstand eine allgemeine Beunruhigung, die noch zwei Jahre andauern sollte. Eine große Zahl Gemeindemitglieder befürwortete die Kandidatur Dr. Leopold Steins, des Predigers an der Emanuel-Westend-Union in Frankfurt am Main. Er schickte ein „offenes Sendschreiben" ein, in dem er seine Ansichten darlegte. Stürmische Versammlungen folgten, eine Petition wurde an die Verwaltung eingereicht, in der 180 Unterschriften für Stein, 149 gegen ihn gegenüberstanden, eine Spaltung der Gemeinde stand zu befürchten. Unter diesen Umständen zögerte die Verwaltung, ihn zu berufen, zumal auch Dr. Buchholz, Rabbiner in Stargard, und Dr. Levin, Rabbiner in Zürich, bei Probepredigten großen Beifall gefunden hatten.

Ein Schreiben des Rabbiners Dr. Aub aus Berlin, in dem er wegen der Streitigkeiten um die Rabbinerwahl in Nürnberg der hiesigen Gemeinde für die nächste Zukunft alle günstigen Aussichten absprach, scheint seinen Eindruck bei der Verwaltung nicht verfehlt zu haben. Am 28. Mai 1872 fand die Rabbinerwahl statt, aus der *Dr. Levin* mit 12 Stimmen der Vorstandsmitglieder gegenüber 7 Stimmen für Dr. Stein hervorging.

Moritz Levin wurde in Wongrowitz, Posen, geboren, war Sohn eines Rabbiners und hatte nach Studien in Berlin an der Universität Bern zum Dr. phil. promoviert und 1870 das neueingerichtete Rabbinat in Zürich übernommen, er hatte also Erfahrung im Neuaufbau einer Gemeinde. Er gehörte der Reformrichtung an und suchte moderne Bildung und modernes Wissen mit der jüdischen Tradition zu verbinden und entsprach damit den Anschauungen der Mehrheit der Gemeindemitglieder. Für die Nürnberger Gemeinde stellte Dr. Levin ein Gebetbuch zusammen, das auch außerhalb dieser Anerkennung und Verwendung fand. So wurde es in der Israelitischen Gemeinde St. Gallen (Schweiz) eingeführt und ist dort bis heute im Gebrauch[1095a]).

Die Nürnberger Gemeinde bestand erst seit 10 Jahren und war damit weniger mit Tradition belastet, ebenso wie ihre Mitglieder, deren Mehrzahl auch erst in den letzten Jahren in die Stadt gezogen war, in eine Stadt, die ihren neuen Aufschwung der industriellen Entwicklung zu danken hatte.

Anläßlich seiner Rede bei der Einweihung der Synagoge wurde Dr. Levin von Orthodoxen zum Vorwurf gemacht, daß er „Gottlose, Freigeister und weltliche Dichter auf der Kanzel zitiert" habe, „als ob sie neben den Propheten ständen und deren Weihe hätten"[1096]). Wie schon der Mikwe (= Tauchbad-)Streit gezeigt hatte, stand gegen die liberale Mehrheit der Gemeinde eine orthodoxe Opposition, die sich später in dem Verein Adas Israel organisierte.

Wir haben bereits oben von den Schwierigkeiten gesprochen, für die wachsende Gemeinde Gottesdienst- und Unterrichtsräume zu finden, und die Notlösungen erwähnt, zu denen man sich gezwungen sah. Schon 1860 hatte man den Ankauf eines Grundstücks zum Bau einer *Synagoge* erwogen und 1862, kurz vor der Umwandlung des Religionsvereins in eine Kultusgemeinde, machte die Verwaltung ernsthaftere Anstrengungen und bezifferte die Kosten für ein geeignetes Grundstück auf 10 000 Gulden, die durch Darlehen von Gemeindegliedern aufgebracht werden sollten[1097]). 1865 hielt man bereits 20 000 Gulden für nötig, konnte aber kein geeignetes Grundstück finden. Die Gemeinde wandte sich zweimal an die Regierung um Hilfe, dem Gesuch war aber abensowenig Erfolg beschieden wie einer neuerlichen Eingabe an den Magistrat, der um Überlassung der Katharinenkirche gebeten wurde, die damals als „Montour-Depot" an den Staat vermietet war. Die Gemeindeverwaltung mußte also wieder versuchen, von Privatleuten einen Platz zu erwerben und entschloß sich 1867, trotz größter Bedenken wegen der Nähe der Pegnitz, zum Ankauf des Kleiningschen *Anwesens am Spitalplatz*, das früher der Patrizierfamilie Harsdörfer gehört hatte, für den Betrag von 46 000 Gulden. Von den vier eingereichten Bauplänen wurde der des Architekten Wolff aus Stuttgart angenommen, der Kostenvoranschlag belief sich auf 108 905 Gulden. Obwohl die Gemeinde ständig wuchs und ihre Finanzkraft zunahm, bereitete die Finanzierung erhebliche Schwierigkeiten, zumal die Wasserlage des Bauplatzes nach dem Abbruch der alten Gebäude eine doppelte Betonfundamentierung nötig machte, welche die Kosten ansteigen ließ. 1870 kündigte die Witwe Kleining die Hypothekarschuld von 21 000 Gulden, worauf die Gemeindeverwaltung beim Magistrat um ein Darlehen von 50 000 Gulden nachsuchte und dabei auf die Unterstützung hinwies, welche die Stadt München der dortigen Kultusgemeinde gewährt hatte. Die Stadtverwaltung lehnte aber mit der Begründung ab, daß keine genügende Sicherheit gegeben sei, die Nürnberger Vereinsbank jedoch gewährte ein Darlehen von 90 000 Gulden. Der Verkauf der Synagogensitzplätze brachte ca. 100 000 Gulden ein, die Gemeinde hatte aber schließlich eine Schuldenlast von 250 000 Gulden zu tragen, der Rohbau allein kostete über 191 000 Gulden. Der Architekt kümmerte sich nur wenig um ökonomische Rücksichten, er konnte jedoch von der Gemeindeverwaltung die Zustimmung zu einer reichen Ausstattung des im maurischen Stil errichteten Monumentalbaues erlangen. Zur Zeit der Einweihung des Gebäudes war die Gemeinde auf ca. 2 000 Personen angewachsen, die 546 Männer- und 389 Frauenplätze (auf der Empore) reichten schon bald nicht mehr aus, da die Gemeinde dauernd wuchs.

Die *Einweihung* der Synagoge am 8. September 1874 stellte einen Höhepunkt im Leben der jüdischen Gemeinde dar und sie war zugleich ein Beweis für die Aufgeschlossenheit, mit der man den Juden von offizieller Seite begegnete, wie auch für das erfolgreiche Bemühen der Kultusgemeinde und ihres Rabbiners, ein gutes Verhältnis zu den anderen Mitbürgern herzustellen. Die Nürnberger Tageszeitungen, der „Fränkische Kurier" (9. 9. 1874) und der „Correspondent von und für Deutschland" (8. 9. und 9. 9. 1874) brachten ausführliche Würdigungen und Berichte über den Festverlauf. Der 1. Bürgermeister der Stadt, Otto Frhr. von Stromer, eine Deputation des Offizierskorps mit Oberst von Michels, Re-

gierungsrat von Morett als Vertreter des Regierungspräsidenten und zwei evangelische Geistliche zählten neben Vertretern der Industrie und des Handels zu den Ehrengästen. Ein Festzug bewegte sich von dem alten Betsaal zu der neuen Synagoge, auswärtige Rabbiner trugen die Thorarollen. Als der Zug das Portal der Synagoge erreicht hatte, wandte sich der Vorstand der Kultusadministration, Rechtsanwalt Dr. Josephthal, an den Bürgermeister und wies in einer kurzen Ansprache darauf hin, daß die Israeliten ihren Stolz darein setzten, „die staatsbürgerlichen und gemeindlichen Pflichten in vollstem Maße zu erfüllen". Darauf übergab Dr. Josephthal dem Bürgermeister den Schlüssel mit der Bitte, das Gotteshaus zu öffnen, „nachdem die Stadt den Israeliten in so freundlicher Weise eine Heimstätte geboten habe"[1098]). In seiner Weihepredigt über „Die Berechtigung des Gotteshauses"[1099]) setzte sich Rabbiner Dr. Levin mit philosophischen Strömungen der Zeit auseinander und ließ seine vom Geist des deutschen Idealismus getragenen Darlegungen in den Worten Schillers gipfeln:

„Diesen Kuß der ganzen Welt
Brüder — über'm Sternenzelt
Muß ein lieber Vater wohnen.

Gleichviel welche Sprache, welche Gesinnung, welche Welt- und Lebensanschauung — alle sollen im Gotteshause durch das Ewig-Göttliche erhoben werden, auf daß jene Verheißung erfüllet werde: „Mein Haus wird ein Haus sein für alle Menschen!"

In seiner Rede beim anschließenden Festmahl sprach Bürgermeister von *Stromer* davon, daß es ihn besonders gefreut habe, bei der Einweihung der Synagoge ihre Pforten zu eröffnen, nachdem vor Jahrhunderten (1349) einer seiner Vorfahren (Ulrich Stromer) die Juden aus Nürnberg vertrieben habe. „Gegenüber der mittelalterlichen Anschauung ist man jetzt allgemein zu der Erkenntnis gekommen, daß die Lösung der sogenannten Judenfrage gleichen Schritt mit der Entwicklung und Vermehrung der Gesittung und Humanität bei Nationen und Einzelnen hält." Der Glaube an den Fortschritt dieser Gesinnung hat in dieser Zeit viele Herzen erfüllt, und es ist unwahrscheinlich, daß es sich nur um Deklamationen gehandelt hat.

Über die Rolle der Kirchen im Wilhelminischen Deutschland, die von der regierenden Schicht als Stützen des bestehenden Herrschaftssystems gewertet wurden und sich auch selbst als solche empfanden, denken wir heute sehr kritisch, und wir können die Synagoge dabei nicht ganz ausschließen. Sie war aber von vornherein in einer völlig anderen Ausgangsposition. Die Anerkennung durch das regierende Herrschaftssystem war für sie ein Zeichen der erreichten Gleichberechtigung, um die sie solange hatte kämpfen müssen, und es ist nur zu verständlich, daß sie die in sie gesetzten Erwartungen nicht zu enttäuschen bemüht war. Deshalb verzeichnete es die Nürnberger Gemeinde mit Stolz und Genugtuung, daß Mitglieder des bayerischen und des deutschen Herrscherhauses die neue Synagoge besuchten. 1886 und 1896 kam Prinzregent Luitpold, 1913 Prinzregent Ludwig mit Gemahlin und Töchtern in das Nürnberger Gotteshaus, letzterer ließ sich dort aus der Thora vorlesen. Kaiser Friedrich III. besuchte als Kronprinz die Synagoge, im Jahre 1897 besichtigten diese Kaiser Wilhelm II. und seine Gemahlin Augusta Viktoria[1100]).

3. Das Gemeinde- und Vereinsleben

(Rabbiner, Verwaltung, Friedhof, Orthodoxie, Unterricht, Vereine, Stiftungen)

Der erste eigene *Rabbiner* der Nürnberger Kultusgemeinde, Dr. Levin, der 1872 sein Amt angetreten hatte, legte dieses bereits 1880 nieder, da er sich einige Jahre ganz seiner wissenschaftlichen Arbeit widmen wollte. Er folgte 1884 einem Ruf an die Reformgemeinde in Berlin, wo ihn 1914 während einer Predigt der Tod ereilte. Für das Nürnberger Amt liefen wieder sehr viele Bewerbungen ein, es gab diesmal aber keine langen Auseinandersetzungen. Aus der Wahl ging der in München als Rabbinatssubstitut wirkende *Dr. Bernhard Ziemlich* hervor, der u. a. von Professor Graetz in Breslau warm empfohlen worden war. Er vertrat eine gemäßigte liberale Richtung und fand sich darin in Übereinstimmung mit der Mehrheit der Gemeinde. Die temperamentvolle Art seines Vorgängers besaß er nicht, konnte sich aber in- und außerhalb der jüdischen Gemeinschaft durch seine Arbeit als Rabbiner, durch seine Veröffentlichungen, durch seine Mitarbeit bei der bayerischen Rabbinerkonferenz, als Vorstandsmitglied des Verbandes der deutschen Juden, wie durch seine Tätigkeit in verschiedenen Wohlfahrtsorganisationen hohes Ansehen erwerben. Über die Geschichte der neuen Nürnberger Gemeinde bis zur Einweihung der Synagoge gab er 1900 ein Bändchen anläßlich des 25jährigen Bestehens des Baues heraus. 1907 folgte ihm *Dr. Max Freudenthal* im Amt, der vorher in Dessau und Danzig als Rabbiner gewirkt hatte. Er gehörte mit zu den Begründern und Wortführern der Vereinigung für das liberale Judentum in Deutschland und der von ihr ausgehenden Richtlinienbewegung. Sein Ansehen bei der Stadtverwaltung beweist die Tatsache, daß ihm 1912 die Festrede im Rathaussaal anläßlich des Geburtstages Kaiser Wilhelms II. übertragen wurde und 1915 der Vortrag bei einer vaterländischen Feier aus Anlaß des Sieges der deutschen und österreichischen Truppen in Galizien; seine Ausführungen fanden großen Beifall. Wissenschaftliche Arbeiten veröffentlichte er in der „Monatsschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judentums" und lieferte Beiträge für jüdische Zeitschriften; er verfaßte auch eine Geschichte der Nürnberger Gemeinde für die Zeit von 1874 bis 1924[1101a]). Wegen eines schweren körperlichen Leidens mußte er 1934 sein Amt niederlegen, über seine tapfere Haltung gegenüber den Antisemiten in der Zeit der Weimarer Republik wird noch zu berichten sein.

Schon 1905 war beim Rabbinat das Amt eines Substituten als Hilfskraft eingerichtet worden, das bis 1909 von Dr. Chone und seit 1912 von Dr. Heilbronn bekleidet wurde, der 1938 in das Konzentrationslager Dachau eingeliefert wurde und im folgenden Jahr nach den USA auswanderte[1102]).

Daß die Gemeinde in der Öffentlichkeit großes Ansehen genoß, war aber nicht nur den Persönlichkeiten der Rabbiner, sondern auch dem ersten *Vorsitzenden Gustav Josephthal* zu danken, der seit 1869 40 Jahre lang an der Spitze der Gemeindeverwaltung stand und sich auch außerhalb als Jurist große Anerkennung verschaffte. Seit 1879 gehörte er dem Vorstand der Anwaltskammer an und war seit 1896 deren Vorsitzender, 1889 wurde er Justizrat und 1900 Geheimer Hofrat. Als Anhänger der fortschrittlichen Richtung des Judentums befand er sich in Übereinstimmung mit den Rabbinern. 1909 legte er wegen seines ho-

hen Alters sein Amt nieder, in das dann *Sigmund Held* gewählt wurde. Er war Rechtsanwalt wie sein Vorgänger, 1903 wurde er Vorstandsmitglied der Anwaltskammer und führte seit 1919 deren Vorsitz, ein Jahr später wurde er zum Geheimen Justizrat ernannt.

Die revidierten *Gemeindesatzungen* von 1868 wurden 1873 und 1888 unwesentlich geändert und ergänzt. Die Steuerumlagen setzte ein Ausschuß nach Steuerklassen fest, die Einschätzung wurde alle drei Jahre erneuert. Verwaltung und Kultus machten die Einrichtung einer Anzahl von Gemeindeämtern notwendig: Der Gemeindesekretär führte die Kanzlei- und Registraturgeschäfte und das Protokoll der Gemeindeverwaltungssitzungen. Seit der Einweihung der Synagoge war auch ein *Kantor* tätig, 1874 bis 1881 amtierte als solcher Josef Singer, der mit einem großartigen Bariton begabt war. Sogar der Judengegner Richard Wagner ließ ihn sich vorstellen und sprach sich höchst anerkennend über ihn aus. Die Ämter des Chordirigenten und Organisten lagen von Anfang an in den Händen von Nichtjuden, so übte sie von 1874 bis 1883 Georg Emmerling aus, der Begründer des Oratorien- und langjährige Direktor des Singvereins. Der Schächter waltete in dem 1887 errichteten städtischen Schlachthof seines Amtes.

Die zahlenmäßige Entwicklung der Gemeinde zeigt folgende Übersicht:

	Personenzahl der Gemeinde	v. H. der Gesamtbevölkerung
1871	1 831	2,20
1875	2 453	2,69
1880	3 032	3,05
1885	3 738	3,25
1890	4 307	3,02
1895	4 737	2,92
1900	5 956	2,28
1905	6 881	2,34
1910	7 815	2,35
1925	8 603	2,2 [1103])

Für die wachsende Gemeinde wurde der *Friedhof* an der Bärenschanzstraße bald zu klein, seit 1895 dachte die Verwaltung an eine Vergrößerung, mit der der Stadtmagistrat jedoch nicht einverstanden war, so daß sie sich um einen neuen Platz für einen Friedhof umsehen mußte. 1905 wurde schließlich ein hinter dem Westfriedhof gelegenes Grundstück an der Schnieglinger Straße erworben, das 1910 und 1916 erweitert wurde[1104]). Am 10. Mai 1910 fand die Einweihung des neuen Friedhofs in Gegenwart der Vertreter der städtischen und staatlichen Behörden statt. Um die neue Friedhofsordnung hatte es vorher Auseinandersetzungen mit Anhängern der orthodoxen Richtung gegeben, die besondere Grabflächen forderten, was aber abgelehnt wurde, dagegen wurde die Anlage eines Urnenhaines vorgesehen. Die rituelle Behandlung, Überführung und Beerdigung der Toten wurde den aktiven Mitgliedern des Israelitischen Wohltätigkeitsvereins, der sog. Chebra, übertragen. Blumenschmuck an der Bahre sowie das Mittragen von Kränzen und Blumen im Leichenzuge waren verboten. Der Stifter Ludwig

von Gerngros erhielt auf dem neuen Friedhof ein Ehrengrab, das Grabdenkmal ließ die Stadt Nürnberg für diesen, ihren Ehrenbürger, errichten.

Seit dem Anfang der Darstellung der Ereignisse in der neugegründeten Gemeinde hatten wir immer wieder von Auseinandersetzungen zwischen der *liberalen* Mehrheit und dem *orthodoxen* Flügel der Gemeinde berichtet; der erste große Konflikt war der wegen des rituellen Tauchbades, der von 1865 bis 1868 andauerte und zur Ablösung der Gemeindeverwaltung führte (s. o.). Im späteren Verlauf handelte die Leitung der Gemeinde nach einer von Rabbiner Freudenthal formulierten Einsicht: „Es ist eine geschichtliche Erfahrung, daß jede Unterdrückung geistiger oder religiöser Strömungen zur Stärkung ... der Minderheiten führt"[1105]). Den orthodoxen Mitgliedern wurde in der Ausübung ihres Kultus weitgehend freie Hand gelassen und das Ansinnen der städtischen Behörden abgelehnt, die anfangs gegen diese „Sekte" auf Grund der geltenden Gesetze einschreiten wollten. 1874 wurde den Orthodoxen der Betsaal im Gemeindehaus für ihren Gottesdienst überlassen. Die von Rabbiner Dr. Löwi in Fürth dort seit 1831 eingeführte orthodoxe Synagogenordnung für das Nürnberger Gotteshaus zu übernehmen, lehnte die Verwaltung ab. Der „linke" Flügel der Gemeinde wollte sogar noch mehr liberale Zugeständnisse eingeführt wissen und wandte sich u. a. gegen die hebräischen Gebete. Das Zahlenverhältnis zwischen Liberalen und Orthodoxen stand 1874 521 zu 32 Familien, letztere gründeten im folgenden Jahre den *Verein Adas Israel.* Abraham Grünbaum wurde sein Wortführer, der versuchte, die Gemeindeverwaltung zur weiteren finanziellen Unterstützung orthodoxer Wünsche zu bewegen, aber dabei ohne Erfolg blieb. 1902 wurde die von Mitgliedern des Vereins erbaute Synagoge in der Essenweinstraße eröffnet und dadurch die Spaltung der Gemeinde besonders deutlich. Um eine Revision des bayerischen Judenedikts, das nur die alleinige Autorität des jeweiligen Gemeinderabbiners kannte, wurde in der bayerischen Judenheit fast ein Jahrzehnt lang heftig gestritten, erst die Verfassung des Freistaates Bayern und der Republik machte den Fehden ein Ende. In München lagen die Verhältnisse dadurch etwas einfacher, da der dortige Rabbinatssubstitut der orthodoxen Richtung angehörte und auch der Gemeinderabbiner Dr. Werner konservativer war.

Am 12. Januar 1908 wurde ein Vertrag zwischen der Gemeindeverwaltung und dem Verein Adas Israel unterzeichnet, der diesem größere Selbständigkeit gewährte und die Bestellung eines eigenen Vereinsrabbiners vorsah, der aber dem Gemeinderabbiner verantwortlich blieb; 1909 wurde dann *Dr. Arnold Klein* zum Vereinsrabbiner ernannt. Durch den Vertrag wurde aber der Friede nicht wiederhergestellt, da die Orthodoxen nun den Kampf um den Religionsunterricht aufnahmen und den Vorwurf erhoben, daß der gemeindliche Unterricht auf unreligiöser Basis aufgebaut sei. Der Verein organisierte eine eigene *Religionsschule* und am 21. September 1908 wurde durch Ministerialerlaß deren Schülern Dispens von dem gemeindlichen Religionsunterricht in den Schulen gewährt. Im Jahre 1912, als die Richtlinien für das liberale Judentum erschienen, die auch von den Rabbinern der Nürnberger Gemeinde, Dr. Freudenthal und Dr. Heilbronn unterzeichnet worden waren, flammten die Auseinandersetzungen erneut auf, da die orthodoxen Rabbiner den Liberalen die Zugehörigkeit zum Juden-

tum absprachen. Das Kultusministerium holte Gutachten ein, Erklärungen forderten Gegenerklärungen heraus, der Nürnberger Verein verlangte eine Revision des Vertrages von 1908. Erst die republikanische Verfassung nach dem Ersten Weltkrieg löste den Konflikt, da nun die freie Gemeindebildung möglich war. Ein Vertrag vom 6. Januar 1922 grenzte das Verhältnis von Gesamtgemeinde und Verein neu ab, die orthodoxe Richtung konnte u. a. eine Anzahl von Vertretern in die Gemeindeverwaltung entsenden, die von den Mitgliedern des Vereins abgeführten Steuern für religiöse Zwecke wurden diesem zu 90% zur Deckung seiner Ausgaben für Kultus und Schule zurückerstattet.

Wie erwähnt, wurde auch die Gestaltung des *Religionsunterrichts* von dem Gegensatz zwischen Orthodoxen und Liberalen beeinflußt. Seit 1859 bestand bereits eine Religionsschule, deren Verhältnisse aber unbefriedigend waren. Seit 1869 wurde dann der israelitische Religionsunterricht an den städtischen und staatlichen Schulen abgehalten. Damit wurde aber die Frage der Finanzierung dieses Unterrichts akut. Die Gemeindeverwaltung folgerte aus der Gleichberechtigung die Pflicht des Staates und der Kommunen, für den israelitischen Religionsunterricht ebenso aufzukommen wie für den christlichen, was grundsätzlich anerkannt wurde. Der städtische Schulreferent wünschte bei den Verhandlungen mit Rabbiner Dr. Ziemlich die Abschaffung des Hebräischunterrichts, da er nur Sprachunterricht sei, was aber von Ziemlich und der Gemeindeverwaltung abgelehnt wurde. Da immer nur relativ wenig jüdische Schüler die jeweiligen Klassen besuchten, mußten beim israelitischen Religionsunterricht oft mehrere Jahrgänge der gleichen Anstalt zusammengefaßt werden, manchmal auch die verschiedener Anstalten (z. B. der beiden humanistischen Gymnasien). 1907 wurden insgesamt wöchentlich 104 Religionsstunden gegeben, in die sich der Rabbiner, sein Substitut, der gemeindliche Hauptlehrer, zwei Gemeindekantoren, ein Gemeindebeamter im Nebenamt, eine Volksschullehrerin und zwei Institutslehrer teilten[1106]). Insgesamt waren es 1060 Schüler, davon besuchten 680 die höheren Knaben- und Mädchenschulen. Daraus geht deutlich das große *Bildungsstreben* der jüdischen Bevölkerung hervor, das auch in den folgenden Jahrzehnten nicht abnahm. Im Jahre 1910 gelang es durch eine Beteiligung der Kultusgemeinde an den Kosten die Trennung eines Teils des zusammengelegten Unterrichts zu erreichen. Im Schuljahr 1923/24 wurden von der Gemeinde 125 Wochenstunden für 728 Schüler erteilt, 124 Schüler besuchten den Unterricht des Vereins Adas Israel. Eine von diesem Verein 1921 gegründete israelitische Volksschule zählte 145 Schüler. Die Einsparungsmaßnahmen ab 1922 machten die Übernahme der Hälfte der für den Religionsunterricht an öffentlichen Schulen anfallenden Kosten nötig, um eine Verringerung der Unterrichtsstunden zu vermeiden.

Schon kurz vor und nach der Gemeindegründung waren drei *Wohltätigkeitsvereine* ins Leben gerufen worden, die von den Gemeindegliedern durch reichliche Zuwendungen unterstützt wurden (s. o.). Später tat sich in der Bekämpfung des Wanderbettels Martin Lebrecht im Armenunterstützungsverein hervor. Die drei Vereine traten unter Vorsitz des Rabbiners zu gemeinsamen Beratungen zusammen, um die lokale Fürsorgetätigkeit zu koordinieren. 1873 wurde der „Verein zur Fürsorge für hilfsbedürftige Waisen israelitischer Konfession" gegründet[1107]),

1900 der „Verein für jüdische Krankenpflegerinnen"[1108]), den vor allem die Brüder Ludwig und Wilhelm von Gerngros förderten; die Schwestern pflegten unentgeltlich Kranke aller Konfessionen. 1927 erhielt der Verein ein neues Heim im Hause Wielandstraße 6, in dem heute ein jüdisches Altersheim und die Räume der Kultusgemeinde untergebracht sind. Das Ehepaar Lazarus und Berta Schwarz stiftete 1896 das Altersheim Johannisstraße 17, das Ehepaar Max und Elise Heim 1903 ein israelitisches Mädchenstift zur Aufnahme von Mädchen während der Berufsausbildung[1109]). Das Ehepaar Adolf und Julie Schwarz ermöglichte 1912 den Ankauf und Umbau des Schlößchens Büg bei Forth als Kindererholungsheim[1109a]). Von der jüdischen, vor allem auch wieder Wohltätigkeitsaufgaben wahrnehmenden Maimonidesloge (gegr. 1903) wurde der jüdische *Jugendverein*, der später den Namen „Esra" annahm, gefördert[1110]). Der an dem Leitbild der Jugendbewegung orientierte Bund der „Kameraden", der den Tendenzen des „Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" nahestand, hatte einen Gegenpart in der zionistischen Jugend, die sich im „Wanderbund Blauweiß" betätigte[1111]). 1913 wurde der Turnverein Bar Kochba gegründet[1112]), er gab 1927 den ersten Jahrgang der „Bar-Kochba-Blätter" heraus[1113]).

Eine besondere Aufgabe lag in der Unterstützung der *Ostjuden*, die größtenteils Anhänger der Orthodoxie und des Zionismus waren, sie lebten meist in dürftigen Verhältnissen, waren Klein- und Zwischenhändler und schon vor dem Ersten Weltkrieg mußten viele von ihnen dauernd unterstützt werden. Sie gründeten 1917 den Verein Achi Eser.

An dieser Stelle sollen auch die zahlreichen *Stiftungen* jüdischer Bürger Erwähnung finden, obwohl ein großer Teil von ihnen nicht nur für die israelitischen Glaubensgenossen bestimmt war, sondern ohne konfessionelle Bindung Verwendung finden sollten, so z. B. die „Anton Kohnsche Stiftung" (1883, 40 000 Mark) für notleidende Gewerbetreibende[1114]), die „Siegfried Hopfsche Unterstützungsstiftung" für bedürftige Witwen (1896, 25 000 RM)[1115]), die „David und Pauline Hesselbergersche Stiftung zu Gunsten verschämter Armer der Stadt Nürnberg" (1916, 20 000 RM)[1116]) und die „Justizrat W. Frankenburgersche Stiftung für ein Altersheim alleinstehender Personen männlichen Geschlechts" (1890, 20 000 RM)[1117]). Einen Sonderfall stellen die Stiftungen der Ehrenbürger der Stadt Nürnberg, Heinrich Berolzheimer und Ludwig von Gerngros, dar, der weiter unten gedacht werden soll.

Das geistige Leben der Gemeinde hatte seinen Mittelpunkt in der 1877 von Dr. Levin gegründeten Israelitischen *Gemeindebibliothek*. Seit 1899 wurden während des Winters dort Vorträge vor allem über jüdische Geschichte und Literatur abgehalten; Stadtarchivrat Dr. h. c. Ernst Mummenhoff sprach in den Jahren 1902, 1903 und 1904 über die Geschichte der Juden zu Nürnberg. Unter den auswärtigen Gästen, die dort Vorträge hielten, waren bekannte Namen wie die Professoren Hermann Cohen und Ismar Elbogen.

Eine solch aufgeschlossene und rührige Kultusgemeinde wie die Nürnberger arbeitete natürlich auch rege in den *Gemeinschaftsorganisationen der Juden* Bayerns und Deutschlands mit, in Bayern übernahm sie, obwohl sie eine sehr junge Gemeinde war, bald die Führung[1118]). Gemeindevorsitzender Gustav Jo-

sephtal übernahm 1906 den Vorsitz des „Landesvereins zur Unterstützung notleidender Kultusgemeinden in Bayern", über seine Teilnahme an den Synoden von 1869 und 1871 und seinen Anteil an der Gründung des „Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes" haben wir bereits berichtet. Er war auch Mitglied des Centralkomitees der „Alliance Israélite Universelle", die sich die Abwehr des Antisemitismus zum Ziel gesetzt hatte und in Nürnberg einen starken Stützpunkt besaß. Gegen die deutsche Spielart des Antisemitismus wandte sich besonders der „Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens", dessen Hauptvorstand Josephtal von Anfang an angehörte. Als die antisemitische Welle auch in Bayern hochging, wurde die Aufklärungsarbeit des Vereins immer wichtiger. An der Spitze der Nürnberger Ortsgruppe stand später Rechtsanwalt Dr. Walter Berlin.

In Nürnberg fand 1908 die erste Hauptversammlung der *Liberalen Vereinigung der deutschen Juden* statt, in der Rabbiner Dr. Freudenthal eine führende Stellung einnahm. Die Zeitschrift „Liberales Judentum" fand in Nürnberg eine Reihe wertvoller Mitarbeiter, neben Dr. Freudenthal und dem Gemeindevorsitzenden Josephtal, Else Dorn, Moritz Gombsch u. a.

Die bereits erwähnte, humanitären Zielen verpflichtete Maimonidesloge in Nürnberg war die 546. des ganzen Ordens und die 57. des deutschen Distrikts mit Hermann Öttinger als erstem Präsidenten. Sie gewann so viele Mitglieder, daß 1921 noch die Jakob-Herz-Loge (nach dem Erlanger Professor für Medizin genannt) gegründet wurde.

Die *Zionistische Bewegung* gewann in Nürnberg nur sehr langsam Boden, die Führung ihrer Ortsgruppe, die seit 1905 organisiert war[1119]), übernahm Dr. jur. Meinhold Nußbaum. Sie warb für den Aufbau in Palästina und war nach der Einführung des Verhältniswahlrechts nach dem Ersten Weltkrieg auch in der Gemeindeverwaltung vertreten.

4. Die Juden Nürnbergs im öffentlichen Leben
(Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Wohlfahrtspflege, Kunst)

Da die Gleichberechtigung der Juden mit der Entwicklung des Verfassungsstaates und der Ansätze demokratischer Einrichtungen in Deutschland parallel ging, war das politische Interesse und Engagement der emanzipierten Juden in Deutschland groß, von ihrer Mitwirkung bei der Bewegung von 1848 war bereits die Rede. Ihrer gesellschaftlichen Stellung entsprechend waren sie seit der Parteienbildung zum größten Teil in den liberalen Organisationen tätig. Interessant ist, daß dem ersten in Nürnberg 1850 eingebürgerten Juden Josef Kohn in einem anonymen Brief an die Gemeindebevollmächtigten seine Tätigkeit im „demokratischen Verein" zum Vorwurf gemacht wurde[1120]). Der erste jüdische Abgeordnete im Bayerischen Landtag, Dr. jur. *David Morgenstern*, Großvater von Dr. Max Süßheim, dem von den Nationalsozialisten im Stadtrat zur Zeit der Weimarer Republik heftig befehdeten Sozialdemokraten, vertrat zuerst den Wahlkreis Fürth und von 1849 bis 1855 den Wahlkreis Nürnberg. Er war ein aktiver Abgeordneter, der häufig das Wort ergriff und sich für die Belange seines Wahlkreises eifrig einsetzte, so z. B. 1852 bei der Beratung des Gesetzentwurfs über den Ludwigs-

Donau-Main-Kanal und bei einer Beschwerde des Abgeordneten Prell wegen Verfassungsverletzung, begangen durch das Stadtkommissariat Nürnberg[1121]). Er arbeitete intensiv bei den Haushaltsberatungen, der Gesetzgebung und dabei auch bei der Behandlung der Gewährung voller Bürgerrechte für die Juden mit. „Anfang 1855 beteiligte er sich lebhaft an der Bekämpfung des Entwurfs über die Neubildung der Zweiten Kammer, durch den die Regierung das Wahlrecht im ständestaatlichen Sinne rückwärts revidieren und auch die Wählbarkeit jüdischer Abgeordneter wieder aufheben wollte"[1122]). Der unbequeme oppositionelle Abgeordnete konnte nicht mit der Zulassung zur Anwaltschaft rechnen, und war, da keine Tagegelder gezahlt wurden, genötigt, aus der Kammer auszuscheiden und zur Erhaltung seiner Familie einen kaufmännischen Beruf zu ergreifen.

Von Bedeutung war auch Rechtsanwalt *Wolf Frankenburger*, der von 1869 bis zu seinem Tode im Jahre 1889 den Wahlkreis Nürnberg im Bayerischen Landtag als Mitglied der Fortschrittspartei vertrat und 1874—1878 auch Mitglied des Reichstages war. Er befürwortete die Teilnahme Bayerns am Krieg von 1870/71 und setzte sich bei der Beratung der Bündnisverträge für die deutsche Reichseinheit ein. In der bayerischen Kammer war er ständiger Referent für den Militäretat und beteiligte sich vor allem bei der Erörterung von Rechtsfragen. Bezeichnenderweise lehnte er die Verteidigung des Bismarckgegners Graf Harry von Arnim ab, gegen den ein vom Reichskanzler inspirierter Prozeß geführt wurde[1123]). Frankenburger war außerdem Nürnberger Gemeindebevollmächtigter, stellvertretender Vorsitzender der Anwaltskammer und Verwaltungsrat des Gewerbemuseums. Viele Auszeichnungen wurden ihm zuteil und seine Beisetzung war eine eindrucksvolle Kundgebung der Achtung und Hochschätzung, der sich dieser bedeutende Mann erfreuen konnte.

Seinem Glaubensbruder Sigmund Merzbacher wurde ebenfalls die Berufung in den Reichstag angeboten, welche dieser Vorkämpfer demokratischer Ideen jedoch ablehnte[1124]). Ein führendes Mitglied der Nationalliberalen Partei war Gustav Josephthal, der 1. Vorsitzende der Kultusgemeinde.

Von Anfang an waren Juden unter den Führern der *sozialistischen Bewegung*. „Die Welt der Gebildeten hatte nicht standgehalten; die Welt der Aufklärung schien zusammengebrochen ... Vielleicht wird die Welt derer, um derentwillen die Bibel ihre Gesetze gegeben hatte ... die Kleinen, die Geringen, die Bedrückten, die schwer Arbeitenden — vielleicht würden sie die neue Gemeinschaft bilden?!"[1125]) Marx hatte sich ganz von seinem Judentum gelöst und in seiner Jugendschrift „Zur Judenfrage" (1844) das jüdische Volk verworfen, weil es zu einem Volk der Händler geworden sei; über dieses Händlertum äußerte sich auch noch der alte Marx verbittert. Zum Kreise von Marx gehörte zunächst auch der Sozialist Moritz Heß, der wie jener nach Paris emigriert war. Er verleugnete jedoch sein Judentum nie und glaubte, daß in der neuen Gemeinschaft des sozialen Ideals auch die Juden ihren Platz finden würden.

Auch einer der bedeutendsten Sozialdemokraten Nürnbergs in der Zeit des Zweiten Reiches war Jude: *Gabriel Löwenstein*, Vertreter des Wahlkreises Nürnberg im Bayerischen Landtag von 1893—1905, der in seinem Nachruf als der Nestor der Arbeiterbewegung in Nürnberg-Fürth bezeichnet wurde[1126]). Er wurde in Fürth

als Kind einer armen Familie geboren und erlernte das Weberhandwerk. Schon 1848 nahm er lebhaften Anteil an den Ereignissen und spielte in den 60er Jahren in dem Fürther Arbeiterverein „Zukunft" eine führende Rolle. Die SPD war damals noch nicht organisiert, er vertrat mit einer kleinen Gruppe radikaler Demokraten die Rechte der Arbeiter, welche sie in Petitionen an die bayerische Abgeordnetenkammer forderten. Auf dem Arbeitertag von 1868 in Nürnberg, der die Trennung von den Demokraten brachte, hatte Löwenstein den Vorsitz neben August Bebel inne. Sein Spezialgebiet wurde die Kommunalpolitik, und als sich 1889 in Fürth eine demokratisch-sozialistische Mehrheit durchsetzte, konnte er erreichen, daß Fürth als einzige Gemeinde Bayerns den Zensus für das Gemeindewahlrecht abschaffte; auch die Aufhebung des Schulgeldes in seiner Vaterstadt war mit sein Werk. Er betätigte sich auch als Journalist und gründete 1871 mit anderen das „Fürther Demokratische Wochenblatt", eine Arbeiterzeitung, die später zeitweise unter dem Namen „Sozialdemokratisches Wochenblatt", „Nürnberg-Fürther Sozialdemokrat", zum Vorläufer der Nürnberger „Fränkischen Tagespost" wurde, in der Löwenstein dann Redakteur für kommunale Angelegenheiten war.

Bei der Reichstagswahl des Jahres 1871 wurde Löwenstein als Kandidat der vereinigten Sozialisten und Demokraten aufgestellt, es bestand damals aber noch nicht die Aussicht auf die Wahl eines Radikalen. 1884 verlegte er seinen Wohnsitz ganz nach Nürnberg. In der Zeit des Sozialistengesetzes mußte er wiederholt Prozesse und Strafen über sich ergehen lassen; 1884 wurde er zu zwei Monaten Gefängnis wegen angeblicher Beleidigung eines Magdeburger Leutnants verurteilt und mußte mit 73 Jahren noch einmal eine $2^1/_2$ Monate dauernde Gefängnisstrafe verbüßen, weil er gegen das freisinnige Stadtregiment in der Presse angeblich zu scharf vorgegangen war. 1893 in den Landtag gewählt, hat Löwenstein die Sache Nürnbergs und der Arbeiter dort eifrig bis 1905 vertreten. Anläßlich seiner Beerdigung im Jahre 1911, bei der Rabbiner Dr. Freudenthal amtierte, bezeugte ihm eine unübersehbare Menschenmenge ihre Dankbarkeit.

Von 1907 bis 1920 vertrat Dr. *Max Süßheim*, über den später noch zu berichten sein wird, Nürnbergs Belange in der bayerischen Abgeordnetenkammer. Vielfältig waren die Themen, zu denen er das Wort ergriff, so etwa 1913 zum Gesetzentwurf über die Regentschaft und bei der Beratung über das Verhältniswahlrecht. 1919 wurde er zum Mitglied des Staatsgerichtshofes gewählt[1127]).

Die mittelfränkische Kreisvertretung zählte als Landräte gleichfalls einige Nürnberger Israeliten in ihren Reihen, so Anton Kohn und Stephan Hopf, ferner Ernst Tuchmann 1900–1912, Ernst Kohn 1910–1912 und Jakob Saemann 1912[1128]). In den beiden städtischen Kollegien der Magistratsräte und der Gemeindebevollmächtigten, waren auch viele Juden tätig. In der Zeit von 1873 bis 1919 wirkten als Magistratsräte sieben Juden, als Gemeindebevollmächtigte von 1870 bis 1919 vierzehn[1129]). Schließlich sei an dieser Stelle auch noch Frau Elise Hopf genannt, die Tochter Gustav Josephthals, die in der Frauenbewegung eine führende Stellung gewann[1130]).

Der *wirtschaftliche Aufschwung* der Juden im 19. Jahrhundert, der bei ihrer Konzentration in den größeren Städten auch in Nürnberg deutlich sichtbar ist, war einer der Gründe zur Entstehung des Antisemitismus und bedürfte für Nürnberg einer eingehenden Untersuchung. Im Rahmen der vorliegenden Arbeit muß ich mit einer Skizzierung der Verhältnisse begnügen. Wir haben dargestellt, wie die Juden im Mittelalter und in den ersten Jahrhunderten der Neuzeit gezwungen waren, ihren Lebensunterhalt durch den von ihnen in verschiedener Form je nach den Möglichkeiten ausgeübten Handel zu erwerben. Da sie von Zünften und Kaufmannsgilden, den korporativen Formen des Wirtschaftens, ausgeschlossen waren, mußten sie zum Teil außerhalb der üblichen Formen ihre Kundschaft suchen. „Denn da die Juden nicht ... ihren festen Kundenkreis und ihre ‚Nahrung' hatten, da sie überhaupt außerhalb der Zunfttradition standen, gingen sie frühzeitig auf ‚Kundenfang' aus. Die Juden besaßen also von ihrer sozialökonomischen Stellung und der damit verbundenen Wirtschaftsauffassung her eine besonders günstige Ausgangsbasis für die Erringung einer Position in der kapitalistischen Wirtschaft"[1131]). In überspitzter Formulierung meinte Sombart sogar, ohne die Juden „wäre (es) niemals zu dem Knalleffekt der menschlichen Kultur: dem modernen Kapitalismus gekommen"[1132]). Sombart übertreibt zweifellos und mit dem Wort „Knalleffekt" ist auch noch keine Bewertung dieser Wirtschaftsform verbunden; es ist aber richtig, daß vor allem die Juden sich typischer Formen des kapitalistischen Wirtschaftslebens frühzeitig bedienten, da sie weniger traditionsbelastet und seit Jahrhunderten in der Anpassung an gegebene Möglichkeiten geübt waren. Es handelt sich vor allem um den Zwischenhandel und damit um die Entstehung des modernen Großhandels, den Massenhandel (Warenhäuser), die Massenkonfektion, die Reklame, die Ausbreitung des Konkurrenzprinzips bis in den kleinen Handel hinein, die Verringerung der Handelsspannen nach dem Prinzip „großer Umsatz — kleiner Nutzen" usw.[1133]). Die neue Wirtschaftsgesinnung des ökonomischen Rationalismus stand gegen die traditionalistisch-personalistische Wirtschaftsweise. „Kollissionen zwischen beiden Wirtschaftsauffassungen hatte es schon früher gegeben, nach der Judenemanzipation und der Einführung der Gewerbefreiheit aber wurden sie zur Massenerscheinung"[1134]). Die übrige Bevölkerung holte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Entwicklung allmählich nach und im imperialistischen Wirtschaftsaufschwung am Ende des Jahrhunderts minderten sich dann auch die Spannungen zur jüdischen Konkurrenz. Trotzdem lag der jüdische Anteil am Volkseinkommen zu Anfang der 20. Jahrhunderts noch relativ höher als bei den Nichtjuden[1135]). „Von einer ‚Überbesetzung' mit Juden konnte man nur in einigen Berufen und in wenigen — freilich zum Teil einflußreichen — Wirtschaftsbranchen sprechen, besonders im Privatbankwesen, an verschiedenen Börsen, im Metall- und Getreidehandel, in der Textilwirtschaft"[1136]).

Die Verhältnisse in Nürnberg spiegeln in etwa die in Gesamtdeutschland wider, die Juden konnten in verschiedenen Branchen einen großen und teilweise einen führenden Marktanteil gewinnen[1137]). Die *Privatbanken* in Nürnberg waren zum großen Teil in jüdischem Besitz, das Bankhaus Anton Kohn (Lorenzer Platz) war die größte Privatbank Bayerns, außerdem wären unter anderen die Banken Ottensooser und Ulmer zu nennen, die noch in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts

bestanden. Schon 1857 hatte der Ansbacher jüdische Bankier Gutmann für seinen Bruder Wolf in Nürnberg ein Bankgeschäft einrichten wollen. Die Regierung unterstützte Gutmann, doch der Magistrat lehnte lange ab, da „jedes Bedürfnis durch vorhandene Häuser befriedigt werden" könne[1138]). „Der Bankierstand hatte bis in die 50er Jahre hinein den Geldmarkt fast allein beherrscht und noch 1870 das stärkste Glied in der deutschen Bankverfassung gebildet"[1139]). Als 1869 der Nürnberger Handelsvorstand eine Handelsbörse einrichtete, saßen im Ausschuß eine Reihe jüdischer Bankinhaber, unter ihnen Meyer Cohn und I. E. Wertheimer[1140]). Einige jüdische Banken hatten jedoch nur eine kurze Lebensdauer, seit 1871 traten dann die Privatbanken mehr und mehr zurück. Als 1871 in Nürnberg die Vereinsbank ins Leben gerufen wurde, gehörte zu ihren Gründern der jüdische Bankier Moritz Bloch, in dessen Haus (Ludwigstraße 53) zunächst ihre Räumlichkeiten eingerichtet waren[1141]).

Fast ausnahmslos war in Nürnberg der *Handel mit Hopfen* in jüdischer Hand, der dieses begehrte Gut in alle Welt exportierte, hier seien unter vielen anderen Fleischmann und Weilheimer, Buchmann, Kohnstamm, Salman, Tuchmann und Söhne, Hopf und Söhne, Gerngros und Söhne und die Gebrüder Steinlein genannt. Um 1890 war Nürnberg der erste Hopfenhandelsplatz der Welt vor London und New York[1142])!

Für den wirtschaftlichen Aufschwung Nürnbergs entscheidend war die Entwicklung der *Metallindustrie*, der Nürnberger Handwerkerstand bildete dafür die Voraussetzung. Auch hier waren Juden maßgeblich beteiligt, freilich nicht dadurch, daß sie einen eigenen Handwerksbetrieb auf industrielle Produktion umstellten (sie waren ja früher vom Handwerkerstand ausgeschlossen gewesen). Sie setzten ihre Erfahrung als Handelsleute, ihr Kapital und ihren Wagemut ein, und es ist auffallend, daß sie die Bedeutung von Industrien erkannten, die erst in den Anfängen steckten. 1884 hatte Karl Marschütz an der Gründung der Expresswerke in Neumarkt, der ältesten Zweiradfabrik des Kontinents, mitgewirkt, zwei Jahre später gründete er in Nürnberg die Hercules-Werke, die bereits 1905 Motorräder bauten (heute gehört die Firma zur Sachs-Gruppe). Weitere Zweiradfabriken in jüdischer Hand bzw. mit jüdischer Beteiligung waren die Victoria- (Frankenburger — Ottenstein), die Triumph- (Adelung — Ringelmann), die Mars- (Jacobowitz) und die Ardie-Werke, also der Großteil von Werken dieser Branche in Nürnberg. Sie waren nicht nur auf die Herstellung von Zweirädern beschränkt, 1909 begann Triumph die Schreibmaschinenherstellung, die Marswerke brachten auch Werkzeugmaschinen usw. auf den Markt[1143]). Inhaber der 1855 von Johann Kayser gegründeten Maschinenfabrik (vor allem für die leonische Industrie) wurde später Dr. Heinrich Fuld, der den Betrieb zu einem bedeutenden Exportunternehmen ausbaute. Siegfried Mendle und Ingenieur Rosenthal wurden Inhaber der Armaturenfabrik Samuel Schatt, einer der ältesten Nürnberger Fabriken. An jüdischen Unternehmen nennen wir unter anderen noch: Löwi (Elektrometallurgie), Kahn und Söhne (Reißzeug, heute Gouda, Holland), Gebr. Goldschmitt (Metallwaren), Neu und Neuburger (Enn-Werke) und Gebr. Saemann (Nürnberger Schraubenfabrik).

Einen Sonderfall stellt die von *Ignatz Bing* gegründete Nürnberger Metallwarenfabrik Gebr. Bing dar, das Unternehmen konnte als „industrielles Warenhaus"

bezeichnet werden. „Die Gebrüder Bing haben Nürnberger Fabrikate verschiedenster Art – Küchen- und Hausartikel, Blechspielwaren, Gebrauchs- und Luxusgegenstände – in alle Welt getragen und den alten Spruch ‚Nürnberger Tand geht durch alle Land' aufs neue bestätigt"[1144]). Ignatz Bings Lebenslauf zeigt einen Mann, der, als zweiter Sohn eines Handwerksmeisters in Memmelsdorf (bei Bamberg) geboren, ganz von unten beginnen mußte und als Reisender und Einkäufer das mühselige Geschäft des Kleinhandels kennenlernte. In Nürnberg mietete er 1865 einen kleinen Laden für Kurzwaren in der Karolinenstraße, bald aber führte er auch Metall- und Galanteriewaren. 1868 spezialisierte er sich auf Metallwaren, die Krise von 1873 überwand er, indem er die Heimindustrie mit der Herstellung der neuen Metermaße und Gewichte beschäftigte, später führte er eine billige Petroleumlampe als Massenartikel ein. Am Eingang der Scheurlstraße entstand die erste Bingsche Fabrik. Er beschickte die Weltausstellungen in Chicago und Paris, wo er eine Kollektion hochqualifizierter Blechspielwaren zeigte. Bing wurde 1891 zum Kommerzienrat ernannt, erhielt die Silberne Bürgermedaille und 1910 den Titel eines Geheimen Kommerzienrats. Er zeigte sich für die soziale Frage aufgeschlossen und es war sein Stolz, daß seine Fabrik nie bestreikt wurde. Als Heimatfreund erschloß er eine große Tropfsteinhöhle in Streitberg, die nach ihm Bing-Höhle genannt wurde.

Mit Bing-Waren haben wir bereits die berühmteste Nürnberger Industrie, die *Spielwaren*herstellung, erwähnt. Außer Bing sind noch andere jüdische Spielwarenindustrielle zu nennen: Adolph Kahn: Schuco-Spielwaren, Dr. Erlanger: Trix-Spielwaren, Philipp Ullmann: Blechspielwaren aller Art (Tipp u. Co.).

Unter den Industrien, bei denen die Juden im allgemeinen keinen besonders großen Marktanteil, in Nürnberg aber bedeutende Werke besaßen, seien unter anderen genannt: Camelia-Werke (Papier): Gebr. Rosenfelder; Medicus-Schuhfabrik: frühere Inhaber und Gründer Heimann und Landenberger; Lederwerke Cromwell; Noris-Weinbrennerei: Gebr. Metzger; Vereinigte Margarinewerke: Lang und Wohl.

Im Einzelhandel der *Textilwaren*branche waren auch in Nürnberg Juden führend, vor allem bei der Konfektionskleidung, auch hier seien einige Namen genannt: Gebr. Manes (heute Sundermann), Adolf Stock (heute Fischer u. Co.), Sigmund Levinger, Ludwig Langstadt (Marmor-Ecke), Kahn u. Samuel. Seidenhäuser waren u. a. Lehmann und Bachmann.

Die Handelsform des *Kaufhauses*, in dem vor allem billige Waren angeboten werden, wurde in Nürnberg ebenfalls durch Juden eingeführt: Warenhaus H. Tietz Nachf. (Inh. Ludwig Levy, heute: Kaufhaus Weißer Turm) und der Grand Bazar (Warenhaus zum Strauß). Die Eröffnung des letzteren im April 1905 wurde von der Öffentlichkeit stark beachtet; die Presse berichtete ausführlich über den großen Bau in der Karolinenstraße 43, der durch den Umbau des ehemaligen Hotels Strauß entstanden war[1145]).

Bei dieser Aufzählung der jüdischen Industriebetriebe und Handelsfirmen, die schon vor dem Ersten Weltkrieg bestanden, haben wir natürlich nur eine ganz beschränkte Auswahl nennen können und zwar in Branchen, in denen der be-

sondere Anteil der Juden deutlich ist. Eine zahlenmäßige Aufstellung des Standes von 1930 bringen wir S. 202 f.

Die Zahlen über den relativ hohen Anteil der jüdischen Kinder in den höheren Schulen Nürnbergs zeigten bereits den Bildungswillen und die überdurchschnittliche Intelligenz der jüdischen Bevölkerung, die bald auch in ihrem hohen Anteil an akademischen Berufen in Erscheinung trat. So waren viele Juden als *Rechtsanwälte* tätig, Gustav Josephtal und Sigmund Held, nacheinander Vorstände der Kultusgemeinde, waren erste Vorsitzende der Anwaltskammer. Der erste jüdische Berufsrichter in Bayern war der spätere Oberlandesgerichtsrat Max Berlin in Nürnberg.

Auch in den Naturwissenschaften ragten Juden hervor. Die Stellung des Konrektors am Technikum bekleidete Isaak Bacharach[1146]). Viele Juden praktizierten als *Ärzte*, einige von ihnen waren auch als beamtete Schulärzte tätig, z. B. Oberschularzt Dr. Mainzer, der später einen Sonderkindergarten für psychisch geschädigte Kinder einrichtete[1147]). Hofrat Dr. Alexander Frankenburger (ein Neffe des Abgeordneten) nahm den Kampf gegen die damalige Volkskrankheit, die Tuberkulose, auf, gründete 1906 den Verein zur Bekämpfung der Tuberkulose und 1913 die Beobachtungsstelle für Lungenkranke, die er bis 1933 leitete. Er verstarb 1938, durch die Vorgänge in der „Kristallnacht" in den Tod getrieben[1148]). Sanitätsrat Dr. Steinheimer war Vorsitzender des Ärztlichen Bezirksvereins. Wilhelm von Gerngros war Mitbegründer der Heilstätte Engelthal für Lungenkranke, Hofrat Dr. Ferdinand Goldschmidt förderte die Ferienkolonien zur Erholung der Großstadtkinder[1149]).

Der Wissenschaft und der Volksbildung diente das von dem Bleistiftindustriellen *Heinrich Berolzheimer* gestiftete, 1911 eröffnete Luitpoldhaus am Gewerbemuseumsplatz, das nach dem Willen des Stifters der Naturhistorischen Gesellschaft, dem Ärztlichen Verein und dem Volksbildungsverein als Heimstätte diente und in dem heute noch die Naturhistorische Gesellschaft und die Stadtbücherei ihre Räume haben. Berolzheimer, der 1836 in Fürth geboren wurde und dort auch seine Fabrik besaß, stiftete in seiner Vaterstadt das „Berolzheimerianum", ein Volksbildungsheim. Wie andere Nürnberger Juden suchte er neben der Bildung auch die Kunst zu fördern, indem er durch Stiftung eines Teils der erforderlichen Mittel zum Bau des 1910 eingeweihten Künstlerhauses am Königstor beitrug. Als Anerkennung für seine Verdienste wurde Heinrich Berolzheimer 1905 zum Ehrenbürger der Stadt Nürnberg ernannt[1150]).

Ein besonderes Kunstdenkmal verdankt Nürnberg dem Stifter *Ludwig von Gerngros*. Er spendete die Mittel zur Nachbildung des 1797, in der Zeit der schlimmsten Finanzmisere der Stadt, an Zar Paul von Rußland verkauften Neptunbrunnens, die zunächst auf dem Hauptmarkt stand und später auf Betreiben der Nazis von dort verschwinden mußte. Heute hat der Brunnen im Stadtpark seine Aufstellung gefunden[1151]). Auch an der Finanzierung des Denkmals Kaiser Wilhelms I. am Egidienplatz hatte Ludwig von Gerngros hervorragenden Anteil, er förderte auch die städtische Kunstsammlung, den Albrecht-Dürer-Verein und das Germanische Nationalmuseum, dessen Verwaltungsausschuß er angehörte[1152]). 1901 wurde er zum Ehrenbürger ernannt und erhielt zu seinem 70. Geburtstag

die Goldene Bürgermedaille, die höchste Auszeichnung, welche die Stadt zu vergeben hatte; er und sein Bruder Wilhelm wurden auch geadelt. Neben Berolzheimer und Gerngros wären als Förderer der Künste u. a. auch Sigmund Pickert, die Ehefrau von Josef Bach und Siegfried Bach zu nennen.

5. Antisemitismus im zweiten Kaiserreich

Mit der Übernahme des zunächst sprachwissenschaftlichen Begriffs „semitisch" in die Rassenkunde konnte Wilhelm Marr 1879 Judengegner als „Antisemiten" bezeichnen. Der Begriff hängt also mit der rassischen Abwertung der Juden zusammen, die mit Gobineau begann. Wenn wir beim Aufflammen des Antisemitismus in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wirtschaftliche, politische und ideologische Komponenten erkennen können, die sich natürlich gegenseitig bedingten und durchdrangen, so sind wir bei dem Aufschwung der Juden in Nürnbergs Handel und Industrie geneigt, hier die wirtschaftlichen Ursachen zu betonen. Es muß aber herausgestellt werden, daß dieser Aufschwung allgemein war und daß die Juden zwar einen ihren Bevölkerungsprozentsatz überschreitenden Anteil gewinnen konnten, dabei aber nur in wenigen Branchen eine überragende Stellung innehatten. In diesem Zusammenhang auf die Statistik Bezug zu nehmen, ist eine problematische Angelegenheit. „Um überhaupt sinnvolle statistische Vergleiche anzustellen, müßte man Situationen untersuchen, in denen die Juden als weniger vorbelastete Gruppe neben anderen etwa vergleichbaren Bevölkerungsgruppen leben. Für Deutschland war das schon seit dem Mittelalter nicht mehr der Fall"[1153]). In Deutschland lag der jüdische Bevölkerungsanteil nie erheblich über 1 %, nach 1880 nahm er prozentual, nach 1925 auch absolut ab[1154]), in Nürnberg lag er 1885 bei 3,2 % und sank bis 1914 etwa auf 2,2 %. Für ihren prozentualen Anteil an der Wirtschaft liegt für Nürnberg kein statistisches Material vor, in Gesamtdeutschland lag er bei den Selbständigen und leitenden Kräften in der Wirtschaft immer nur bei 2 %, in der Industrie ungefähr bei 1,3 %, nur im Handel erreichte er 1895 10 % und sank seitdem[1155]).

Der Einfluß der Juden wurde immer überschätzt und der Antisemitismus war auch hier mehr an dem „Gerücht über die Juden" als an der Realität orientiert. Die Behauptung, daß die Juden zur Handarbeit unwillens oder unfähig seien, ist durch ihre Rolle in der Antike und ihre Aufbauleistung im neuen Staat Israel ad absurdum geführt; durch ihre Ausgangssituation zu Anfang des 19. Jahrhunderts und ihre Intelligenz und Anpassungsfähigkeit mußte ihnen im Wirtschaftsleben des 19. und 20. Jahrhunderts ein größerer Anteil zufallen, die Gründe dafür haben wir bereits dargelegt.

Der kleinbürgerliche Antisemitismus wurde durch die wirtschaftliche Position der Juden gestärkt, trotz Aufklärung und Liberalismus war er aber als Fremdheitsgefühl schon latent vorhanden, dazu war die religiöse Abwertung auch in dieser säkularisierteren Zeit zumindest unterschwellig noch wirksam. Hinzu kamen nun sozialromantische Strömungen. Die kompliziertere, ungesichertere Form des kapitalistischen Wirtschaftens mit internationalem Freihandel, Gewerbefreiheit, Reklame, Warenhaus, Börse, Spekulationen usw. förderte tiefgelagerte Ängste, und daneben Wunschträume nach einem natürlichen, sicheren oder heroischen

Leben, diese wurden dann durch die Kolporteure der völkischen Ideen genährt. Politiker forderten die Herstellung der alten Ordnung mit ihren wirtschaftlichen, geistigen und gesellschaftlichen Reglementierungen, die Gründerzeitskandale (die zuerst von dem Juden Eduard Lasker, dem Führer der Nationalliberalen, im preußischen Landtag am 14. Januar 1873 enthüllt wurden!) schienen sie unter anderem zu rechtfertigen. Gleichzeitig wurde auch der Sozialismus, die Gegenbewegung zum Kapitalismus und zukunftsweisende Konsequenz des modernen Wirtschaftslebens, als jüdische Erfindung deklariert. Der Mittelstand fühlte sich von zwei Seiten umstellt und gefährdet und antwortete mit Regression, einem Rückfall in Primitivreaktionen gegen eine Minderheit, der als Sündenbock die Schuld an allem Gefürchteten aufgehalst wurde.

Diese gesellschaftlichen Grundlagen spiegelten sich im Verhältnis der politischen Parteien zum Antisemitismus. Die Liberalen und die Sozialdemokratie lehnten ihn ab (Bebel bezeichnete einmal den Antisemitismus als den „Sozialismus der Dummköpfe"), dagegen schätzten „die Agrarier, Junker und andere Konservative die Juden wenig, deren kapitalistische Positionen ihnen genau so mißfielen wie ihre starke Wirksamkeit in der liberalen Presse und ihr Anteil an der Fortschrittspartei und später an der Sozialdemokratie"[1156]). 1875 machte die Zentrumszeitung „Germania" die Juden für die um sich greifende Säkularisation verantwortlich; Konstantin Franz, der konservative Gegenspieler Bismarcks, identifizierte die Juden mit dem von ihm angenommenen bösen Geist der nationalliberalen Ideologie Bismarcks[1157]). 1879 wurde von Marr in Berlin die „Antisemiten-Liga" gegründet; der Hofprediger Stöcker leitete die „Christlich-Soziale Arbeiterpartei", die der Sozialdemokratie den Wind aus den Segeln nehmen sollte; ihr Antisemitismus zog aber nur bürgerliche Wähler an, sie wurde deshalb später in „Deutsch-Soziale Partei" umbenannt. 1881 wurde eine Antisemitenpetition im Reichstag eingebracht, welche die Einschränkung der Einwanderung und des Wahlrechts, Verdrängung aus Staatsämtern und eine Sonderstatistik für Juden forderte. „Leider (war) auch ein Name aus Nürnberg unter den Petenten", wie der „Fränkische Kurier" am 13. November 1880 anläßlich eines (sehr objektiven) Berichtes über ein antisemitisches Vorkommnis in Berlin bemerkte. 1893 wurden 16 Judenfeinde in den Reichstag gewählt, im gleichen Jahr wurde der „Antisemitische Verein für Nürnberg und Umgebung" gegründet[1158]). Im Jahre 1913 gab es in Deutschland 17 Verbände, die von ihren Mitgliedern ein „Blutsbekenntnis nichtjüdischer Abstammung" forderten, der Antisemitismus fand auch in studentischen Kreisen Eingang[1159]).

Der Historiker Treitschke erklärte: „Die Juden sind unser Unglück!" Der Orientalist Paul de Lagarde schrieb 1888 in seinem Buch „Judentum und Germanentum" über die Juden im Sinne der Schädlingsbekämpfung: „Mit Trichinen und Bazillen wird nicht verhandelt, Trichinen und Bazillen werden auch nicht ‚erzogen', die werden so rasch und gründlich wie möglich unschädlich gemacht"[1160]). Es bedarf keines Hinweises, daß hier eine Verbindung zu der Ausrottungspraxis der Nationalsozialisten besteht. Es wäre jedoch irreführend zu vermuten, daß hinter diesen Extremisten im Kaiserreich eine größere Volksbewegung stand, es wurde aber stimmungsmäßig eine Saat bereitet, die unter bestimmten Umständen aufgehen konnte und schreckliche Früchte tragen sollte.

Das Kaiserhaus und die regierenden Kreise hielten sich von der Bewegung des Antisemitismus fern, und nach 1888 flaute dieser in der Hochstimmung der wirtschaftlichen Expansion etwas ab, auch ging der Anteil der Juden in der Wirtschaft zurück. Es ist bekannt, daß der Antisemitismus im 19. Jahrhundert nicht auf Deutschland beschränkt war, in Rußland trieb er schreckliche Blüten und die Affäre Dreyfus zeigte auch in Frankreich seine enge Verbindung mit dem Konservativismus, die Bewegung der Dreyfusards bewies aber eine starke moralische Gegenströmung, die sich schließlich durchsetzen konnte.

Auch in *Bayern* und Nürnberg war der Antisemitismus spürbar, im wesentlichen war er aber doch mehr im protestantischen Norddeutschland beheimatet. Die bayerischen Verhältnisse sollen an einem Beispiel aus den Landtagsverhandlungen vom 14. November 1901 und 13. Januar 1902 charakterisiert werden.

Der Zentrumsabgeordnete Dr. Heim und einige Gesinnungsfreunde stellten den Antrag, „die Staatsregierung zu ersuchen, in der Justizverwaltung Israeliten nur in einer Zahl anzustellen, welche dem Verhältnisse der Israeliten zur Gesamtbevölkerung entspricht". Die Wogen der Erregung gingen hoch, „nur die strenge Sachlichkeit der wenigen nicht antisemitischen Redner und die Mäßigung des einzigen israelitischen Abgeordneten, des roh insultierten Nürnberger Vertreters Gabriel Löwenstein (Sozialdemokrat), verhüteten faktische Skandale, zu denen übrigens die betreffenden Hetzapostel den Boden schön hergerichtet hatten"[1161]). Der Minister lehnte „gesetzliche oder administrative Konsequenzen des antisemitischen Antrags" ab, sagte aber „möglichste Rücksichtnahme auf die angebliche Volksstimmung in der Praxis" zu. Liberale und Sozialdemokraten sprachen sich gegen den Antrag aus, mit 77 gegen 51 Stimmen der Linken wurde er jedoch angenommen. Die Kammer der Reichsräte ging über den Beschluß der Abgeordnetenkammer zur Tagesordnung über, die Anstellung von Richtern war ein Recht der Krone. Die Mehrheit der Reichsräte wies jedoch dabei ausdrücklich darauf hin, daß der Justizminister eine gewisse Nachgiebigkeit im Sinne der (angeblichen) Volksmeinung zugesagt habe. Hervorzuheben ist, daß sich der Referent Ritter von Maffei und der zweite Präsident der Reichsratskammer, Ritter von Auer, „zu einer entschiedenen und nachdrücklichen Stellungnahme wider die Verunglimpfung einer staatlich anerkannten, gleichgestellten und in jeder Hinsicht staatsstützenden Religionsgemeinschaft" genötigt fühlten.

Das führende Blatt der deutschen Juden, die „Allgemeine Zeitung des Judentums" sah sich durch diese Ereignisse zu einer längeren Darstellung über „Die gegenwärtige Stellung der Israeliten in Bayern" veranlaßt[1162]). Das Blatt stellte fest: „Bis in die neueste Zeit war in den mittleren und niederen Schichten der Bevölkerung von wirklichem Antisemitismus kaum etwas zu verspüren, und gar unter den oberen Zehntausend begegnete jeder wahrhaft Gebildete dem gebildeten Israeliten nur mit vollster gesellschaftlicher Gleichachtung, soweit nicht fremde Einflüsterungen hineinspielten. Je mehr letztere wuchsen, je mehr begann ein wirklicher Antisemitismus Wurzel zu schlagen. Am stärksten haben da die Anlehnung der fränkischen orthodox-protestantischen Konservativen an die preußische Junkerpartei, das Vordringen des Bundes der Landwirte in Nordbayern und die vielfältige Verbindung der bayerischen bäuerischen Agrarier,

sowohl ultramontaner als unabhängig-katholischer Richtung, mit den verbrüderten Organisationen in den beiden Hessen und der Rheinprovinz Unheil gestiftet". Unter anderem hätten die importierte journalistische Hetze gegen die „Judenpresse", den „Judenwucher", die „jüdische Unsittlichkeit" und andere Schlagworte dazu geführt, daß im Bayerischen Landtag der Versuch unternommen wurde, ein Hauptergebnis der Gleichberechtigung, den freien Zugang der Juden zu den Staatsämtern, wieder einzuschränken. Soweit hatte sich bereits der „in Bayern latent gewähnte Antisemitismus norddeutschen Kalibers ... in die innere Politik eingefressen"[1163]).

Eine der Wurzeln des Antisemitismus in *Franken* mag auch darin zu suchen sein, daß früher in verschiedenen Besitzungen des Adels im politisch zersplitterten Franken zahlreiche Juden Aufnahme gefunden hatten, während z. B. in Altbayern sich keine Juden niederlassen konnten. In den fränkischen Landgebieten traten Juden dann häufig als Viehhändler und Kreditgeber auf, die bei in Schwierigkeiten geratenen Bauern oft als Urheber ihres Niedergangs angesehen wurden, zumal die Juden häufig auch die sog. Güterzertrümmerung vornahmen. Vielleicht mag in diesen Gegebenheiten auch die Anfälligkeit mancher fränkischer Gemeinden für den Nationalsozialismus zu sehen sein[1164]).

In *Nürnberg* spielte der Antisemitismus damals keine besondere Rolle, der „Antisemitische Verein für Nürnberg und Umgebung" gewann keine große Bedeutung und bestand nur bis 1901[1165]). Die „Allgemeine Evangelisch-Lutherische Kirchenzeitung" in Leipzig polemisierte 1874 über die Einweihung der Synagoge und behauptete in einem Artikel zweimal, daß in Nürnberg „die schönsten und stattlichsten Häuser bereits (sic!) in den Händen der Juden" seien und sprach von deren „Wolfsnatur"[1166]). Wenige Wochen vor der Eröffnung des Gotteshauses wurde auf dem gegenüberliegenden Platz das Denkmal des Volksdichters Hans Sachs eingeweiht, die jüdische Gemeinde hatte für die Feier die Freitreppe der Synagoge zur Verfügung gestellt und das Gebäude beleuchtet. Richard Wagner polemisierte gegen dieses Nebeneinander und der getaufte Jude Michael Bernays überbot ihn noch[1167]). Der Nürnberger Rabbiner Dr. Ziemlich hatte eine Pressefehde mit Paul de Lagarde auszufechten, und so tauchten schon im 19. Jahrhundert im Zusammenhang mit Nürnberg Namen bekannter Antisemiten auf[1168]). Als im Jahre 1900 Angriffe gegen das Schächten geführt wurden, fanden die Juden in dem evang. Pfarrer Dr. Johannes Jaeger (Ebrach) einen Verteidiger, der auch später, als er 1909 Religionslehrer an der Kreisrealschule in Nürnberg geworden war, sich als gerechter und vorurteilsloser Freund des Friedens in Wort und Schrift gegen die Judenhetze wandte[1169]). In seiner Abhandlung „Steht im Talmud etwas über Fleisch- und Fettbesudeln?" wies er nach, daß die Behauptung, jüdische Metzger würden durch den Talmud angehalten, das für Nichtjuden bestimmte Fleisch zu verunreinigen, völlig unrichtig und nur in dem „brutalen Fanatismus" der Judenhetzer begründet sei. Wegen seiner Haltung wurde Pfarrer Jaeger auch persönlich angegriffen[1170]).

Erwähnenswert ist auch, daß die Nürnberger Lokalhistoriker (besonders Reicke und Mummenhoff) in ihren Werken keine antisemitischen Gedanken vertraten, sondern objektiv berichteten, wenn sie auf das Schicksal der Juden in der Geschichte Nürnbergs eingingen.

6. *Nürnbergs Juden im Ersten Weltkrieg*

Albert Ballin, der jüdische Freund Wilhelms II. und Schöpfer der großen deutschen Handelsflotte, hatte sich jahrelang und noch am 25. Juli 1914 um die Abwendung des Krieges mit England bemüht. Als dann das Völkermorden begann, leisteten auf deutscher Seite ca. 100 000 Juden Kriegsdienst, davon 78 % an der Front[1171]). 10 000 rückten als Freiwillige ein, 30 000 wurden dekoriert, 2 000 zu Offizieren ernannt, 12 000 sind gefallen. Russische Juden mußten ihre Sympathien für Deutschland schwer büßen, in den USA wurden jiddische Zeitungen wegen ihrer Deutschfreundlichkeit vorzensiert[1172]). Der „Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" und die Wortführer der Zionisten forderten ihre Glaubensbrüder auf, ihre Pflicht für das Vaterland zu erfüllen. Der Jude Walter Rathenau organisierte die deutsche Kriegswirtschaft und der Jude Fritz Haber stellte durch sein Stickstoffverfahren die deutsche Munitionsfabrikation sicher.

Nürnberger Juden hatten bereits am Krieg von 1870/71 teilgenommen, viele von ihnen gehörten den Veteranenverbänden an[1173]). Als vom 11. — 13. Juli 1914 das Nürnberger 14. Infanterieregiment sein 100jähriges Jubiläum feierte, gedachte Rabbiner Dr. Freudenthal in seiner Sabbatpredigt des Ereignisses und wies darauf hin, daß die jüdischen Rekruten am Tage ihrer Vereidigung in die Synagoge kommen, wo ihnen die Treue zu König und Vaterland als religiöses Gebot eindringlich ans Herz gelegt werde[1174]). An Kriegsteilnehmern aus der israelitischen Kultusgemeinde Nürnbergs rückten im 1. Weltkrieg 1 543 Männer ein, unter ihnen befanden sich 26 Offiziere. 133 kehrten als solche heim. 38 erhielten das Eiserne Kreuz 1. Klasse, 553 das Eiserne Kreuz 2. Klasse, zwei die Goldene Tapferkeitsmedaille, 178 sind gefallen, darunter 20 Offiziere. Hugo Gutmann, Weltkriegsteilnehmer vom ersten Tag an, war der erste Nürnberger Jude, der mit dem EK I ausgezeichnet wurde. Er war Leutnant und Regimentsadjutant im 16. Reserve-Infanterie-Regiment, in dem auch Hitler Dienst tat[1175]). In dieser Eigenschaft verlieh er Hitler das EK I; Gutmann berichtete später Ernst Niekisch über den Vorgang, der ihn in seiner Autobiographie festhielt[1176]).

1920 gab Rabbiner Dr. Freudenthal das „Kriegsgedenkbuch der israelitischen Kultusgemeinde" heraus, in dem die Gefallenen der Weltkriegsjahre aufgeführt und Ausschnitte aus Briefen und Tagebüchern der Toten gebracht waren, die zeigen, daß sie alle Schrecknisse des Krieges durchlitten haben[1177]). Daraus einige Titel: Erster Ausmarsch ins Feld — Feuertaufe — Im Sturmangriff — Im Stellungskampf — Sich nicht drücken! — Die feindliche Übermacht — Gefangen — Im Lazarett — Warum Krieg? In seiner Predigt bei der Gedächtnisfeier für die im Weltkrieg Gefallenen sagte Rabbiner Freudenthal: „Denn als Deutsche und als Juden haben sie gekämpft, als Deutsche und als Juden sind sie gefallen. Es war in ihrem Innern kein Auseinanderfallen und Auseinanderlegen dieser beiden Lebensströme; sie alle haben das als eine organische Einheit, als ein geschlossenes, ganzes, harmonisches Sein empfunden. So viele Briefe aus dem Felde habe ich gelesen, in denen sich das immer wieder spiegelte: die Begeisterung, als Jude dem deutschen Vaterland dienen zu dürfen, die Freude, als Jude beweisen zu können, daß auch uns Deutschland alles gilt, das Höchste, dem all' unser

Gut und ganz ebenso all' unser Blut gehört, der Stolz, als Jude durch Tapferkeit und Treue alle törichten Vorurteile gegen uns endlich einmal gründlich über den Haufen werfen zu dürfen"[1178]). Und wie wurde den Juden gelohnt! In das auf dem Israelitischen Friedhof aufgerichtete Gedächtnismal, zu dessen Seiten die Namen der Gefallenen eingemeißelt sind, ist heute eine Metalltafel eingefügt, auf welcher der 1 626 jüdischen Opfer des Nationalsozialismus aus Nürnberg gedacht wird!

Kurz nach Beginn des Ersten Weltkrieges loderte in Nürnberg der Judenhaß auf, im Oktober 1914 setzten Hetzereien gegen die in der Nürnberger Kriegsfürsorge ehrenamtlich tätigen Männer jüdischen Glaubens ein, das antisemitische Blatt „Der Hammer" behauptete sogar, die öffentliche Wohltätigkeit in Nürnberg werde zum jüdischen Monopol ausgestaltet, da Oberbürgermeister Dr. Geßler sechs jüdische Juristen zu ehrenamtlichen Leitern der Kriegsfürsorge ausgewählt hatte. In der Sitzung des Stadtmagistrats vom 6. Oktober 1914 wies Dr. Geßler die Angriffe energisch zurück und betonte die Leistungen der von Juden geführten Organisationen[1179]). Ca. ein Viertel der Aufsichtsratsmitglieder der Nürnberger „Kriegskreditbank", die in Not geratenen Mitbürgern durch billige Kredite Hilfe leisten sollte, waren Juden, von einem „Monopol" konnte also keineswegs die Rede sein.

Die berüchtigte, vom Kriegsministerium angeordnete „Judenzählung" der jüdischen Kriegsteilnehmer weckte tiefste Erbitterung[1180]). Gemeinsam mit den Vertretern der Münchner Kultusgemeinde begaben sich am 22. November 1916 Rabbiner Dr. Freudenthal mit den Justizräten Dr. Held und Josephthal als Vertreter der Nürnberger Judenschaft zum bayerischen Kriegsminister Kreß von Kressenstein und berichteten über die Empörung, welche die Anordnung der Zählung und die Art ihrer Durchführung hervorgerufen hatte.

Gegen Ende des Ersten Weltkrieges wurden den Juden Lebensmittelwucher und Preistreiberei vorgeworfen und in einer 1918 in Berlin veröffentlichten Haßschrift wurde „den Juden" schließlich die Schuld am Kriege zugeschoben[1181]). Nach dem Krieg trat der Antisemitismus in eine neue Phase ein.

9. Kapitel

Die Krise in der Weimarer Republik

1. Die Lage der Juden nach dem Ersten Weltkrieg

Der Zusammenbruch des Kaiserreiches und seiner Ordnungen brachte der gesellschaftlichen Stellung der Juden in Deutschland zwar manche formale Verbesserung, ihre Mehrheit begrüßte die Revolution jedoch nicht, da ihre politische Einstellung bürgerlich-liberal war, ein Teil huldigte sogar konservativen Ideen. Trotzdem wurden die Juden von den Völkischen für die Revolution verantwortlich gemacht, eine neue Welle des Antisemitismus verbreitete sich über das Land. 1920 erschien Artur Dinters Buch „Die Sünde wider das Blut", in Berlin und Oberschlesien kam es zu judenfeindlichen Ausschreitungen, in der Reichshauptstadt besonders während des Kapp-Putsches. In den „Eisenacher Beschlüssen" von 1920 lehnten die studentischen Burschenschaften die Aufnahme von „Juden und Judenstämmlingen" ab, als Mischling galt, wenn einer seiner vier Großeltern getaufter Jude war[1]), mit dieser Kategorisierung wurde bereits eine Bestimmung der „Nürnberger Gesetze" von 1935 vorweggenommen.

In *Nürnberg* entsprach die Haltung der Juden gegenüber der Revolution der Mehrheit der Juden Gesamtdeutschlands. Rabbiner Dr. Freudenthal charakterisierte sie mit folgenden Worten: „Die freiheitlich Gesinnten begrüßten sie aus ehrlicher Überzeugung, in den monarchisch und politisch konservativ Gerichteten dagegen erweckte sie keine erhebenden Gefühle. Allgemein war das Bedauern mit dem Schicksal des bayerischen Königshauses, dessen Mitglieder seit einem Jahrhundert den Juden Gerechtigkeit und Wohlwollen erwiesen hatten"[2]). In einer Erklärung, die Rabbiner Freudenthal beim Hauptgottesdienst am ersten Sabbat nach dem Ausbruch der Revolution in der Synagoge abgab, und die dann auch in der Presse bekanntgegeben wurde, erklärte er, daß die Stellungnahme „bei den einzelnen Angehörigen unseres Glaubens eine ganz verschiedenartige ist" und „mit dem Glaubensbekenntnis nichts zu tun" habe. „Was sie alle als Juden einigt, ist der echt jüdisch-prophetische Wunsch nach Frieden und Gerechtigkeit im Vaterlande und auf Erden sowie die Sehnsucht, daß auch den Bekennern Israels endlich einmal voller Anteil daran in jedem Lande werde. Das Judentum als solches kann in die Stellungnahme seiner einzelnen Bekenner zu den politischen Fragen nicht eingreifen. Seine Ziele sind ausschließlich religiöse und sittliche. Den politischen Gestaltungen gegenüber befiehlt es, einfach die Worte der Heiligen Schrift zu erfüllen: ‚Sorget für das Wohl des Staates, darin ihr wohnet, und betet dafür, denn sein Wohl ist auch euer Wohl' und sich nach der Vorschrift des Talmuds zu richten: ‚Landesgesetz ist Religionsgesetz.'"[3]).

In Nürnberg war nur ein prominenter Jude bei den Kundgebungen für die Revolution beteiligt, der Gemeindebevollmächtigte Dr. *Max Süßheim*, der den Mehrheitssozialisten angehörte. Er war unter den Rednern, die bei der Kundgebung am 9. November 1918 im Luitpoldhain das Wort ergriffen. Er begrüßte

die Mitbürger und Soldaten als Angehörige der freien sozialistischen Republik Bayern, in der nun der Wille des Volkes das oberste Gesetz sei. „Wir, die wir seit Jahrzehnten unter der Knechtung zu leiden hatten, wollen nicht kurzsichtige Vergeltung an unseren Gegnern üben, sondern wollen die Überzeugung anderer auch dann achten, wenn sie nicht die unsrige ist, und so groß auch das Unrecht ist, das Männern von uns ... geschah, wollen wir doch nicht in den gleichen Fehler verfallen, sondern freie und fortschrittliche Volksgenossen sein und bleiben und alles tun, was nötig ist, um die Volksmassen zusammenzuhalten und einer würdigen Zukunft entgegenzuführen"[4]). Als am 11. November die Nürnberger Garnison auf die neue Regierung verpflichtet wurde, gehörte Süßheim zu den drei Beauftragten des Arbeiter- und Soldatenrats[5]). Und als dann am 15. Juni 1919 in Bayern die ersten Gemeindewahlen nach dem Kriege stattfanden, wurde Süßheim neben 20 anderen Angehörigen seiner Partei in den Stadtrat gewählt, dem er bis 1933 angehörte.

Im ersten Jahr nach Kriegsende erreichte der Antisemitismus schon einen gewissen Höhepunkt. Die Nürnberger Ortsgruppe des 1890 in Berlin gegründeten „Vereins zur Abwehr des Antisemitismus"[6]) sah sich bereits zu Beginn des Jahres 1919 veranlaßt, eine Presseerklärung abzugeben: „In den letzten Wochen sind gewissenlose Hetzer am Werk, um den konfessionellen Frieden in unserer Vaterstadt zu stören und zu untergraben. Bisher lebten sämtliche Konfessionen in Frieden und Eintracht miteinander und wirken zum Wohl des Ganzen. Jetzt werden Flugblätter, Zeitungsbeilagen niedrigsten Inhalts verbreitet. Artikel, in denen sich die Verfasser gegen den Vorwurf, als seien sie Antisemiten, verwahren, die aber von den rührigsten Antisemiten herrühren könnten und den Antisemiten nur Wasser auf die Mühlen treiben, erscheinen in den verschiedensten Zeitungen. Die christlichen Mitglieder des Vereins, die demselben in großer Zahl angehören und aus den verschiedensten Berufskreisen sich zusammensetzen, erachten es als ihre vaterländische Pflicht, gegen die unerhörte Verunglimpfung ihrer jüdischen Mitbürger hier und anderwärts entschiedenste Verwahrung einzulegen. Unsere jüdischen Mitbürger haben an der Front und in der Heimat ihre vollste Pflicht und Schuldigkeit getan, wie sie auch in Friedenszeiten auf allen Gebieten werktätiger Menschenliebe wetteiferten, wo immer sich hierzu ihnen Gelegenheit geboten hat. Mitbürger, laßt Euch durch dieses jeden rechtlich denkenden Menschen beschämende Treiben nicht beeinflussen: wahrt Eure Menschenwürde! Denkt an die hohe Kulturstufe, auf der bisher das deutsche Volk gestanden"[7]).

Zwei Monate später veranstaltete die zionistische Ortsgruppe im großen Saal des Hotels „Deutscher Hof" einen Vortragsabend, auf dem Dr. Blumenfeld aus Berlin einen Vortrag über den „Antisemitismus und seine Überwindung" hielt[8]). Er ging auch hier wieder zunächst von der Tatsache aus, daß eine antisemitische Welle Deutschland überflute, und setzte sich dann mit der Emanzipation auseinander und ihrer Erfolglosigkeit, den Antisemitismus zu überwinden. Die Emanzipatoren hätten damit gerechnet, daß die Juden durch ihr Bestreben, sich der europäischen Kultur anzupassen, bald als Juden verschwinden und in der übrigen Volksmasse aufgehen würden. Um vom Nationalstaat ganz aufgenommen werden zu können, hätten sich die Juden selbst um „Entjudung" bemüht und

ihre Internationalität geleugnet, um keine Angriffsflächen zu bieten. Diese Methode sei aber völlig falsch gewesen und habe Bankrott gemacht. Die religiösen, wirtschaftlichen und nationalen Ursachen für den Judenhaß seien vordergründig. „In Wirklichkeit ist er nichts als eine besondere Art der Abneigung, die der Mensch gegen alle andern Menschen hegt, wenn diese in ihrer Eigenheit so von der Eigenheit des ersten abweichen, daß sie für diesen zum Problem werden ... Diese Abneigung, die sich zum Hasse steigern kann, ist ein Spannungsgefühl, das auch zwischen den einzelnen Stämmen einer Nation, ja zwischen einzelnen Menschen von prononcierter Eigenart besteht. Am meisten werden davon die Minoritäten betroffen, die dann als Sündenböcke für alles dienen müssen." Besserung sei nur möglich durch nationale Einkehr, durch Zusammenschluß aller an eine gemeinsame Zukunft glaubenden Juden. Kurz darauf druckte der „Fränkische Kurier" die Gegenerklärung eines Nürnberger Juden (E. B.) ab, welcher der Meinung war, im Sinne von 90 % aller deutschen Juden zu sprechen. Der Zionismus und seine Argumentation und Zielsetzung werde von ihnen abgelehnt. Er sei sich seiner Abstammung so bewußt wie die Zionisten, fühle sich aber gleichwohl voll und ganz als Deutscher. „Ich fühle und handle deutschnationaler wie mancher, der dies ausschließlich für sich gepachtet zu haben glaubt; es ist mit Taten bewiesen. Ich führe den Kampf gegen den Antisemitismus im Sinne der Gleichheit aller Menschen. Die Achtung muß und wird jedem werden, der immer strebend sich bemüht. Der wahrhaft gebildete Mensch schätzt jede Persönlichkeit nach ihrem wahren inneren Werte. Darin sehe ich das Heil, und nicht in ‚nationaljüdischer Einkehr'"[9]).

Am 22. September 1919 mußte sich auch die Verwaltungssitzung der Kultusgemeinde mit dem Antisemitismus befassen[10]). Berichte über geplante Ausschreitungen an den jüdischen Feiertagen wurden verlesen. Die Gemeindemitglieder wurden gebeten, jedes Aufsehen zu vermeiden, Stehenbleiben und Gruppenbildungen im Hofe und auf der Straße vor der Synagoge sollten unterlassen werden. Der Rabbiner wies mit einigen Worten in der Predigt auf die Angelegenheit hin.

Auf Anregung der Ortsgruppe des „Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten" fand am 28. September, dem Bußsabbat, eine Feierstunde für die Gefallenen in der Synagoge und bei der Einweihung des Heldendenkmals auf dem Friedhof statt[11]). Wegen der Steigerung des Judenhasses wurden in der Gemeinde lebhafte Erörterungen darüber angestellt, ob es nicht richtiger sei, sich von allem, was die Grenzen der Kultusgemeinde überschreitet, so z. B. von der allgemeinen Wohlfahrtstätigkeit, zurückzuziehen, und die Kräfte ausschließlich innerjüdischen Aufgaben zuzuwenden.

Im Zusammenhang mit dem *Kapp-Putsch* im März 1920 zeigte sich wieder deutlich die Verflechtung von Nationalismus, Reaktion und Antisemitismus. Die Vorgänge in Berlin haben wir bereits gestreift, in Nürnberg trat bei der Abwehr des Putschversuches durch die Arbeiterschaft wieder Dr. Süßheim als Redner auf. Innerhalb der Nürnberger Reichswehr gab es ebenfalls Strömungen, die mit Kapp sympathisierten. In einem vertraulichen, hektographierten Rundschreiben vom 16. März gab Rittmeister Wolfgang Christian von Schuh die Bekanntmachungen der Kapp-„Regierung" vom 15. März kund und fügte hinzu: „Und

was nun in Bayern? Ist es wirklich so schwer zu erkennen, woher das Heil kommt? ... Wenn man das Programm und den Aufruf der neuen Regierung mit dem Lügenprogramm der MSP (Mehrheitssozialdemokraten d. Verf.) vergleicht, wundert man sich, daß die Arbeiter sich immer noch wie dumme Schafe an der Nase herumführen lassen von gewissenlosen, bezahlten egoistischen Verführern und — Juden. Möge die Landbevölkerung die richtige Antwort geben!"[12]) Obwohl der Kapp-Putsch auch in Bayern gescheitert war, benützte General Möhl die Verwirrung, um auf das Ministerium einen Druck auszuüben, der die Sozialdemokraten veranlaßte, aus der Regierung auszuscheiden. Auf das Ministerium Hoffmann folgte das Ministerium Kahr, das die völkische Bewegung förderte. Diese begann in Nürnberg im Jahre 1920 Zulauf zu gewinnen. „Gegen den Stadtrat, dessen sozialdemokratische Mehrheit das Angriffsziel aller reaktionären Kreise war, wurde eine wilde Agitation betrieben. Der ‚Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund, Ortsgruppe Nürnberg', reichte beim Stadtrat am ‚zweiten Jahrestag von Deutschlands Erniedrigung' (9. November) eine Denkschrift ein, die ungeheuerliche Beschimpfungen gegen die Juden und die Stadtratsmehrheit sowie die Aufforderung enthielt, ‚mit der Mißwirtschaft auf dem Rathause Schluß zu machen und neue Wahlen auszuschreiben' "[13]).

Am 20. September 1920 sprach auf einer Versammlung des „Vereins zur Abwehr des Antisemitismus" der Reichstagsabgeordnete Gothein über „Die Gefahren des Antisemitismus nach innen und außen"[14]). Zuvor hatte Bürgermeister Treu den Vortragenden begrüßt und die Opferfreudigkeit der jüdischen Mitbürger im Weltkrieg hervorgehoben, hierauf der Vorsitzende der Ortsgruppe Nürnberg des Vereins, Landtagsabgeordneter Häberlein, vor konfessionellen und Rassekämpfen gewarnt und nach ihm Apotheker Sparr, Vorsitzender der Deutschen Demokratischen Partei, dem Verein die Unterstützung seiner Partei zugesichert. Abg. Gothein widerlegte eine Reihe von landläufigen antisemitischen Vorwürfen, wie z. B. den der jüdischen Internationale zur Einkreisung und Vernichtung Deutschlands.

Der Fanatismus der Völkischen gipfelte schließlich in Morden an führenden Juden. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wurden 1919 ermordet, in Bayern Kurt Eisner und Gustav Landauer, und 1922 folgte der Mord an Außenminister Walter Rathenau. Auf welchem Niveau der Antisemitismus schon damals stand, zeigen Lieder, die in Kreisen nationalistischer Fanatiker in Nürnberg und anderswo gesungen wurden, und die zum Mord aufwiegelten[15]).

In dieser Zeit war in Nürnberg bereits Julius Streicher zum Anführer der Antisemiten geworden, schon 1920 erschien der Stürmer-Vorläufer „Deutscher Sozialist", später „Deutscher Volkswille", dann seit 1923 unter seinem endgültigen Namen. Als Erscheinungsort dieses Schmutzblattes begann die Stadt als Zentrum der Judenhetze berüchtigt zu werden.

2. *Völkische Gruppen, Streicher als Führer der Nationalsozialisten in Nürnberg und der Antisemitismus bis 1933*

In Münchner Polizeiberichten wurde schon 1919 die Befürchtung ausgesprochen, daß Judenpogrome nicht ausgeschlossen seien und deshalb manche Juden Mün-

chen bereits verlassen hätten[16]). In Nürnberg war vor allem der von dem Ingenieur Karl März gegründete „Deutsch-völkische Schutz- und Trutzbund" aktiv, in einer Versammlung im Kulturvereinssaal am 21. Januar 1920, die von ca. 800 Personen besucht wurde und bei der März den Vorsitz führte, konnte man erstmals Drohungen von Gewalttaten gegen das Leben der Juden vernehmen[17]). Bei polizeilichen Untersuchungen konnte festgestellt werden, daß verbrecherische Elemente in Beziehung mit der Bundesleitung standen[18]).

Schon in den letzten Monaten des Jahres 1918 nahm *Streicher*[19]) in Nürnberg an Versammlungen von Offizieren teil und hielt dort aufputschende Reden[20]). Bald darauf trat er dem „Deutsch-völkischen Schutz- und Trutzbund" bei, der ihm jedoch nicht aktiv genug war, deshalb wurde er Gründungs- und Vorstandsmitglied der „Deutsch-Sozialistischen Partei" (DSP). Auf eigenen Antrieb gab er 1920 das Wochenblatt „Deutscher Sozialist" heraus, das zum Parteiorgan wurde und in dem sich Streicher durch antisemitische Verleumdungen für die Reichstagswahl des Jahres 1920 empfahl, für die er als Kandidat aufgestellt wurde. Der deutschnationale Staatskommissar Gareis in Nürnberg erteilte am 3. Juni die Genehmigung für das Blatt und bereits am nächsten Tage erschien die erste Nummer![21]). In Nr. 16 (23. März 1921) argumentierte Streicher mit Hilfe der nachweislich gefälschten „Protokolle der Weisen von Zion", von denen die völkische Propaganda immer wieder Gebrauch machte. Streichers hemmungsloser Antisemitismus war den Führern der Partei zu radikal, so daß er 1921 zur „Deutschen Werkgemeinschaft" (DW) übertrat und sein Blatt unter dem Namen „Deutscher Volkswille" fortführte. Eine Parteiversammlung im Herkules-Velodrom am 12. April 1922, in der Streicher über „Die republikanische Reaktion" sprach, artete in eine wüste Schlägerei aus, so daß die Polizei den Saal räumen mußte[22]). Dieses Rabaukentum war den Leitern der DW zu unseriös, sie verstand sich als „Kulturgemeinde". Streicher verließ auch sie und schloß sich im Oktober 1922 Hitler an, was dieser in seinem Buch „Mein Kampf" besonders „ehrend" herausstellte[23]).

Am 20. Oktober 1922 wurde im Ludwigstorzwinger die Ortsgruppe der NSDAP in Nürnberg gegründet und Streicher sprach dabei ihr Ziel deutlich aus: „Das Ziel des Nationalsozialismus ist eine Umgestaltung Deutschlands von Grund aus, eine Revolution, nicht ein braver, frommstiller Aufbau. Uns geht der Kampf ums letzte. Die Kernfrage dieses Kampfes aber ist und bleibt die Judenfrage. An ihr ist die Werkgemeinschaft gescheitert. Die deutsche Frage ist nicht zu lösen ohne die Judenfrage"[24]). Wie es Streicher verstand, seine Zuhörer in den Versammlungen durch übelste Methoden aufzupeitschen, hatte er schon vorher gezeigt. Dem jüdischen Rechtsanwalt Rauh von Fürth wurde ungerechtfertigt vorgeworfen, zwei Arbeitermädchen vergewaltigt und mit Sublimatpastillen getötet zu haben. Er wurde später von der Anklage freigesprochen[25]). Streicher griff den Fall auf und zeigte, wie später in zahllosen Stürmer-Artikeln, daß ihm vor allem sexuelle Fragen geeignet erschienen, um seine Zuhörer vom Bereich des Trieblebens her anzusprechen und durch Zurückfallen auf Primitivreaktionen Aggressionsinstinkte freizusetzen. Außerdem behauptete Streicher schon damals, daß bei Juden der Ritualmord heute wie früher üblich sei. Wegen dieser Verleumdungen wurde er am 5. September 1922 zu einer Strafe von 14 Ta-

gen Gefängnis verurteilt, die jedoch in der Berufung in eine Geldstrafe umgewandelt wurde, da man ihm seine Überzeugung und sein Temperament zugute halten müsse![26]) Am 2. November 1922 wurde die erste Schändung des israelitischen Friedhofs in Nürnberg gemeldet[27]).

Im August 1923 erschien Streichers Zeitschrift das erstemal unter dem Titel *„Der Stürmer"*. Die erste Nummer benützte Streicher zu einer Auseinandersetzung mit seinen Gegnern innerhalb der Partei und der völkischen Gruppen (Bürger, Preßl, Baron von Schlieben). Das Ende von Streichers Artikel leitete aber wieder zum Antisemitismus über und zeigte zugleich die Primitivität seiner Sprache und Argumentation: „Solange der Jude im deutschen Hause sitzt, sind wir des Juden Knechte. Darum muß er hinaus. Wer? Der Jude!" In den folgenden Nummern war dann vor allem der demokratische Nürnberger Oberbürgermeister Dr. Luppe Zielscheibe der Angriffe und sollte es auch in vielen anderen Nummern der folgenden Jahre bleiben (z. B. 1926 Nr. 43, 44, 46; 1928 Nr. 42; 1929 Nr. 31, 33, 34, 38, 40 u. a.). Daneben wurde auch immer wieder gegen den jüdischen sozialdemokratischen Stadtrat Dr. Süßheim in übelster Weise polemisiert (z. B. 1923 Nr. 4; 1926 Nr. 46; 1928 Nr. 42 u. a.)[28]).

Im September 1923 bildete der *„Deutsche Tag"* in Nürnberg einen Höhepunkt des völkischen Rummels, dessen Anlaß die Erinnerung an die Siege von Sedan (1. September) und Tannenberg (2. September) war. „Abend um 8 Uhr begannen die Begrüßungsfeiern in den einzelnen Sälen. Im Kolosseum befand sich die NSDAP, im Deutschen Hof der Jungdeutsche Orden, im Musseumssaal der Blücherbund, in der Turnhalle der Bund Bayern und Reich, im Herculessaalbau der Bund Oberland, im Sebaldhotel die Vereinigung ehemaliger Angehöriger des k. b. Infanterie-Leibregimentes und in der Festhalle im Luitpoldhain sämtliche Abordnungen, die Vertreter aus dem Ausland, aus den besetzten und abgetretenen Gebieten und einige kleinere Verbände"[29]). Bei einem „Feldgottesdienst" des „Deutschen Tages" hielt Kaplan Joseph Roth (Indersdorf LK Aichach, Oberbayern) eine Ansprache, in der er u. a. ausführte: „Unsere öffentliche und private Moral, unser deutsches Volkstum, der Teil unserer Jugend, der heute von uns nichts wissen will, sie sind verseucht bis ins Mark vom herrschenden jüdischen Geist"[30]). Der „Völkische Beobachter" konnte hierauf schreiben, daß Kaplan Roth „unerschrocken den Juden als den Feind bezeichnete und mit markigen Worten zum deutschen Freiheitskampf aufrief"[31]).

„Im Kolosseum sprach der Führer zu seinen Parteigenossen über die politische Lage. Adolf Hitler stellte fest, daß die Entscheidung bevorstehe. Seine letzten Worte lauteten: ‚Die Uhr zeigt 5 Minuten vor 12'"[32]). Am 9. November hielt Hitler den Zeitpunkt zum Losschlagen in München bereits für gekommen, wohin auch Streicher geeilt war, der dann mit zur Feldherrnhalle marschierte. Nach dem Mißerfolg wurde er in Nürnberg für kurze Zeit in Haft genommen, bald darauf aber konnte er wieder mit seiner Agitation beginnen. Am 12. November fanden schon wieder völkische Kundgebungen in Nürnberg statt, die Verbände erschienen auf den Straßen in Uniformen[33]). Schon kurz vorher war es in Nürnberg zu antisemitischen Ausschreitungen in den Schulen gekommen. Jüdische Mitbürger wurden überfallen, sie fühlten sich rechtlich nicht ausreichend geschützt[34]). Interessant ist, daß in dieser Atmosphäre in Nürnberg einem jungen

Mann entscheidende Eindrücke vermittelt wurden, der später den Antisemitismus „wissenschaftlich" untermauern wollte. Es war dies Walter Frank, der 1919 bis 1923 in Nürnberg bis zum Abitur das Melanchthon-Gymnasium besuchte. Schon als Schüler schrieb er antisemitische Artikel für „Das Erbe", die Zeitschrift des „Deutsch-Nationalen Jugendbundes" und nahm an Massenversammlungen teil, auf denen Streicher und Hitler sprachen. 1927 promovierte Frank in München über den Hofprediger Stöcker und wurde später Leiter des „Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands", dem er 1936 in München eine „Forschungsabteilung Judentum" angliederte. Frank erfuhr wichtige Hilfestellung durch Streicher, den er auf Tagungen der Forschungsabteilung vor Wissenschaftlern sprechen ließ[35]).

Im folgenden können wir auf die Entwicklung der Partei in Nürnberg nicht näher eingehen, wir wollen nur auf einige bezeichnende Ereignisse hinweisen. Als Ehrabschneider und gemeiner Verleumder gegenüber Oberbürgermeister Dr. Luppe und einigen Stadträten wurde Streicher 1924 mit zwei Monaten Gefängnis bestraft[36]). Hitler kam vor und nach seiner Festungshaft wiederholt nach Nürnberg, als Saalschutz wirkte die SA und knüppelte jeden Widerspruch nieder[37]). Am 30. Dezember 1924 zogen neben Streicher fünf Völkische in den Stadtrat ein, später wurde Streicher dann auch noch Landtagsabgeordneter. Schon die erste Sitzung des Stadtrats schloß Oberbürgermeister Luppe wegen Streichers Flegeleien vorzeitig, in der zweiten mußten Streicher und zwei Stadträte seines Anhangs, Holz und Gradl, die Sitzung verlassen, weil sie Radauszenen veranstalteten. Die führende bürgerliche Zeitung Nürnbergs, der „Fränkische Kurier" nahm für die Streichergruppe Stellung: „Dr. Luppe erntet also jetzt, was er gesät hat"; am 3. März begeisterte sich das Blatt für eine Hitlerrede[38]). Im Januar zogen nach einer Versammlung Nazihaufen brüllend durch die Königsstraße, drangen in Kaffeehäuser ein und belästigten solche Gäste, die sie für Juden hielten[39]). Am 18. März warf Holz Dr. Luppe und Oberfinanzrat Dr. Fleischmann im Stadtrat vor, daß sie Juden seien (Luppe war nachweislich Nichtjude), und erklärte später am gleichen Ort, man brauche nur Gesichter wie das des Stadtrats Süßheim anzusehen, um Antisemit werden zu können[40]). Im Mai 1925 wurde Stadtrat Holz seines Amtes enthoben, da er im „Stürmer" über geheime Sitzungen des Stadtrats berichtet hatte[41]). Eine Bande von bewaffneten Nazis drang in die Wohnung des jüdischen Fabrikdirektors Max Guckenheimer ein und terrorisierte dessen Familie und anwesende Gäste. Ein Schöffengericht verurteilte einen Teil der Bande zu Gefängnisstrafen[42]).

Der *„Stürmer"* kommentierte die Ereignisse im Stadtrat ausführlich, außerdem blieb die Judenhetze seine Hauptaufgabe. Eine Titelüberschrift der Nr. 37 des Jahrgangs 1925 sei als Einzelbeispiel angeführt: „Gallinger und Kohn — Das Geheimnis einer Nürnberger jüdischen Anwaltskanzlei." Untertitel: „Familienglück — Die Frau beim Juden — Der unwissende Ehemann — Die Nachtarbeit — Die Sonntagsarbeit hinter der verschlossenen Tür — Die erschöpfte Angestellte — Die bedenkliche Gehaltserhöhung — Eine Familie zerstört — Der Jude höhnt und grinst"[43]). Streicher wurde auf Grund dieses Artikels wegen Beleidigung und falscher Beschuldigung verurteilt[44]), aber viele ähnliche Fälle blieben straffrei. Ein Richter, der 1929 Streicher und Holz auf Grund einer Klage des Cen-

tralvereins wegen Religionsvergehens zu mehreren Monaten Gefängnis verurteilen mußte, erklärte, daß die beiden „nicht aus verwerflichen Gründen gehandelt" hätten und der Kampf gegen die jüdische Rasse „ihr gutes Recht" sei[45]). Der Stürmer hatte behauptet, daß es sich bei dem in Manau (Unterfranken) ermordeten Knaben Karl Keßler um einen Ritualmord gehandelt habe, weil in der Leiche nur noch wenig Blut gewesen sei, der Ansatz eines Schächtschnittes zu erkennen gewesen sei und das Verbrechen vor dem Osterfest stattgefunden habe. Der Staatsanwalt erklärte, daß jeder Anhaltspunkt für einen Ritualmord gefehlt habe. Das Kultusministerium hielt es wegen der umgehenden Rassenhetze für nötig, die Lehrer des Haßgaues anzuweisen, in den Schulen gegen die Greuelmärchen Stellung zu nehmen[46]). Auch die Kultusgemeinde Nürnberg und die Vorstandschaft der bayerischen Rabbinerkonferenz befaßten sich mit dem Fall. Die Konferenz ließ eine öffentliche Erklärung im „Boten vom Haßgau" erscheinen, die Gemeinde stiftete 1000 Mark für Aufklärungsarbeit[47]).

„Der Stürmer" fuhr mit seiner Haß-, Furcht- und Neidpropaganda fort, die seit Dezember 1925 durch die berüchtigten Karikaturen von Philipp Rupprecht (Pseudonym „Fips") „bereichert" wurde[48]). Er zeichnete den berüchtigten „Stürmer-Juden" in den verschiedensten Rollen mit seinen bekannten Kennzeichen: „‚Fips' bediente sich der ... Typisierung des sogenannten Charakterjuden, dem er weitere abwertende Merkmale hinzufügte, die die Häßlichkeit der Figur und damit den beabsichtigten Haß steigern sollten. Dabei hatte die überdimensionale Nase gewissermaßen die Funktion eines Kainszeichens der jüdischen Rasse zu erfüllen. ‚Fips' verlieh seiner schematischen Kreatur ... eine immense Leibesfülle, krumme, kurze Beine, übergroße Plattfüße und lange, dicht behaarte Arme und Hände, die durch eine bucklige Körperhaltung nach vorne hingen. Auf dem halslosen Körper war ein dicker Kopf mit aufgedunsenen, faltigen Gesichtszügen aufgepfropft, dessen hervorquellende Augen, riesige Hängeohren, aufgeworfene Lippen und gekräuseltes Haar als Ekelerreger gedacht waren"[49]). Meistens wurde er als Neureicher dargestellt, umgeben von Geldsäcken, Aktienpaketen, einem Talmudband und häufig in erotischen Szenen mit „arischen" Mädchen. Daneben wurden dann germanische Recken mit dem Hakenkreuz am Koppelschloß gezeigt. Und immer wieder dasselbe Thema: Unter der Überschrift „Das alte Lied" war auf der Titelseite der Nr. 19 des Jahrgangs 1931 ein totes Mädchen zu sehen, das von zwei Männern aus dem Fluß getragen wird, darunter stand zu lesen: „Gott im Himmel, dem Apotheker sein Gretchen. Sie hat auch büßen müssen, daß sie mit dem Juden gegangen ist. Der Schuft hat heute a reiche Jüdin geheiratet"[50]).

Überall wurden von den Parteiorganisationen „Stürmerkästen" aufgestellt, in denen dieses üble Blatt ausgehängt wurde. Der „Briefkasten" des Blattes brachte Denunziationen aus ganz Deutschland, zu denen Streicher immer wieder aufforderte. In Wort und Bild wurden dann Leute angeprangert, die sich nicht den Parolen des Antisemitismus beugten; Namen und Adressen von Juden, jüdischen Geschäften und „Judenfreunden" wurden aufgezählt. Mitarbeiter des Blattes waren bereits vor 1933 u. a. der Mediziner (?) Fritz Hülf, der spätere Gauleiter Karl Holz (bis 1925 Stadtratsassistent), der Volksschullehrer Fritz Fink, später Leiter des Nürnberger Schulwesens[51]). Texte und Bilder brachten Fälschungen

jeder Art. Retusche und Montage gehörten zu den wichtigsten Aufgaben der Stürmer-Chemigraphie. Themen wurden vor allem aus Deutschland, aber auch aus anderen europäischen Ländern und der übrigen Welt gesammelt. Fast die Hälfte der ersten Seite war meist mit den riesigen Lettern der Titelüberschriften gefüllt, auf der untersten Zeile derselben stand regelmäßig in dicken Lettern Treitschkes Spruch: „Die Juden sind unser Unglück". Die Zeitschrift erschien, abgesehen von Sonderausgaben, wöchentlich, ihre Auflage stieg bis kurz vor der „Machtergreifung" auf 20 000 an[52]).

Nach üblicher antisemitischer Methode wurden Verbrechen, die von einzelnen Juden begangen wurden (welche größere Bevölkerungsgruppe wäre frei von solchen!), der jüdischen Gesamtheit angelastet, was natürlich auch der Stürmer ausgiebig betrieb. So wurde der Fall des Nürnberger Louis Schloß hochgespielt, und unter der Beamtenschaft wurde von Völkischen kostenlos eine Broschüre verteilt, die den Prozeß gegen den Genannten zum Inhalt hatte[53]). Auch nicht-völkische Parteien übernahmen wiederholt ungeprüft Nachrichten aus völkischer Quelle, die gegen Juden gerichtet waren. So wurde ein Antrag gegen das Fürstenenteignungsgesetz bekannt gemacht, der von folgenden „undeutschen" Leuten unterschrieben worden sei: Kuscinski, Levi, Landsberger, Nathan, Katzenstein, Rosenfeld. Ein Antrag *mit diesen Unterschriften* hat jedoch nie existiert[54]).

Immer wieder wurden die jüdischen Frontsoldaten beleidigt, so behauptete „Der Stürmer" anläßlich der Einweihung eines Kriegerdenkmals in Regensburg, auf dem auch die Namen gefallener Juden verzeichnet waren: „Wenn auch hie und einmal ein Jude gefallen ist, so ist er für ein anderes Ziel gestorben, nämlich für die Errichtung der jüdischen Weltherrschaft und für ein weiteres Ziel der Juden, nämlich die Vernichtung Deutschlands"[55]). Eine irrsinnigere Argumentation läßt sich kaum denken.

Werfen wir mit Bezug auf den Antisemitismus einen kurzen Blick auf die in Nürnberg erscheinenden *Tageszeitungen*, die die Nürnberger Presse in der Weimarer Republik repräsentierten. Das vom nationalen Bürgertum am meisten gelesene Blatt war der „Fränkische Kurier", der dem Nationalsozialismus im allgemeinen Wohlwollen entgegenbrachte. In der Ausgabe vom 5. Dezember 1928 z. B. berichtete die Zeitung ausführlich und positiv über eine Hitlerrede, seine Haßtiraden gegen das Judentum wurden jedoch unterschlagen, es hieß lediglich, daß Hitler „in längeren Ausführungen seine Stellung zum Judentum umriß". Beim Nürnberger Parteitag der NSDAP im Jahre 1929 forderte der „Kurier" zur Beflaggung der Häuser auf[56]). Das Blatt der Bayerischen Volkspartei, die „Bayerische Volkszeitung" lehnte den militanten Antisemitismus ab[57]), für die sozialdemokratische „Fränkische Tagespost" war dies von vornherein eine Selbstverständlichkeit, ebenso für die unabhängige „Nürnberger Zeitung", deren Chefredakteur bis 1933 der Jude Neumann war. Dem Antisemitismus eindeutig ablehnend stand auch die demokratische „Nürnberg-Fürther Morgenpost" gegenüber. Als Beispiel scheint uns hier eine Würdigung der 25jährigen Tätigkeit des Hauptpredigers an St. Sebald, D. Dr. Geyer, in der Ausgabe vom 25. August 1927 geeignet: „... Da hat er auch schon oft wahrlich wohltuende Worte gefunden über die verrückten Rassenkämpfe der Gegenwart; er läßt kaum ein Jahr vorübergehen, in dem er nicht einmal in seinen Predigten die Judenfrage berührt und zeigt, wie sie sich

dem wahren Christen darstellt. In einer Kirche, in der man nicht selten glaubt, echtes Christentum und Antisemitismus gehören zusammen und es gebe nur eine bestimmte patentierte Vaterlandsliebe, ist darum eine Erscheinung wie Dr. Geyer in seiner großzügigen gegensätzlichen Auffassung doppelt erfreulich und notwendig."

Interessant ist bei diesem Artikel auch die Charakterisierung der *evangelischen Kirche*. Daß diese Kennzeichnung durch den Verfasser nicht aus der Luft gegriffen war, zeigt eine Artikelserie („Die evangelische Gemeinde und die Judenfrage"), welche im Evangelischen Gemeindeblatt Nürnberg im Jahre 1926 erschien[58]). Ihr Verfasser war Hans Meiser, damals Direktor des Evang.-Luth. Predigerseminars in Nürnberg:

„Unter dem Gesichtspunkt des Rassenkampfes ist auch die Judenfrage zu rükken . . .

Ohne Übertreibung kann man sagen, daß sie (die Juden) sich den Löwenanteil an unserem Volksvermögen gesichert haben . . .

Wenn wir diese wenigen Andeutungen überschauen, so müssen wir es erstaunlich finden, mit welcher Geschicklichkeit es die paar hunderttausend Juden, die in Deutschland leben, verstehen, auf fast allen Gebieten des öffentlichen Lebens zu dominieren und sich maßgebenden Einfluß zu sichern . . .

Es ist etwas durchaus Ungesundes, wenn immer mehr Volksgenossen den wenigen Juden tribut- und zinspflichtig werden . . .

Was dieser Geist schon gesündigt hat an unserem Volk, welch furchtbares Unwesen er in der jüdisch beeinflußten Presse, in unserer Unterhaltungsliteratur, auf deutschen Bühnen treibt, ist kaum auszusagen . . .

Es liegt etwas durchaus Berechtigtes in der Forderung nach Reinerhaltung des Blutes. So wenig wir Mischehen etwa mit naturalisierten Slaven gutheißen, so wenig können wir Mischehen zwischen Deutsch-Stämmigen mit Juden billigen . . .

Darum können wir uns mit den völkischen Idealen weithin einverstanden erklären und halten es für einen Gewinn, wenn unser Volk durch die völkische Bewegung wieder an seine Pflicht gegen die eigene Art und das eigene Blut erinnert wird . . ."

Vom radikalen Antisemitismus distanzierte sich jedoch Meiser: „Vor allem können wir denen keine Gefolgschaft leisten, die den Juden bloß um ihrer Rasse willen von vornherein und ohne Ausnahme als minderwertige Menschen ansehen . . ."

1933 wurde Meiser in das Amt des bayerischen Landesbischofs berufen und zeigte in der Zeit des Kirchenkampfes eine feste Haltung gegenüber den neuen Machthabern. Er stellte sich in Gegensatz zum „Reichsbischof" und verhinderte die Gleichschaltung der evangelischen Kirche Bayerns. Im Oktober 1933 wurde er inhaftiert und galt seitdem in Bayern als Symbolgestalt des Selbstbehauptungswillens der evangelischen Kirche[58a]).

Nicht nur durch Streicher und seinen „Stürmer", auch durch die in Nürnberg abgehaltenen *Reichsparteitage* von 1927 und 1929 wurde die Stadt als ein Zentrum des Nationalsozialismus und des Antisemitismus angesehen, obwohl die

Mehrzahl der Einwohnerschaft keineswegs zu Hitlers Parteigängern zählte, wie aus den Stimmenzahlen für die Reichstagswahlen hervorgeht (Zahlen für 1930 S. 198). Schon 1927 war die massenwirksame Inszenierung des Parteitags ziemlich komplett: Aufmärsche, Fahnen, Standartenweihe am Luitpoldhain, Fackelzug, Musikkapellen etc. und immer wieder Reden der Parteiprominenz: Hitler, Goebbels, Rosenberg usw. Dr. Dinter sprach ausführlich über die Rassenfrage, sie sei Grundlage und Kernpunkt der nationalsozialistischen Weltanschauung[59]). Ein Streiflicht von diesem Parteitag erhellt die Stimmung deutlich: Während der kurzen Stockung eines Aufmarsches rief ein Sturmtruppführer zu seiner Gruppe: „Wo ist Alljuda?" darauf antwortete diese: „Im Keller! Huh, huh, huhuuu!" Darauf Führer und Truppe: „Deutschland erwache! Alljuda verrecke, verrecke, verrecke!"[60]). Bei der Versammlung der Frauengruppe der NSDAP am 20. 8. 1927 trieb Frl. Zanders (Berlin) wilde Rassenhetze[61]).

Beim Parteitag 1929 wünschte der „Fränkische Kurier" zwar die Beflaggung der Häuser, aber die wüsten antisemitischen Auslassungen der Parteiführer wurden in dieser bürgerlichen Zeitung, die noch etwas auf Reputation hielt, einfach nicht erwähnt, der „nationale Aufschwung" genügte zur wohlwollenden Berichterstattung[62]). Dabei war die aufkommende Pöbelherrschaft deutlich erkennbar. Eine Mehrzahl von Nazis in einem Straßenbahnwagen verlangte, daß jüdische Mitfahrer den Wagen verlassen sollten, was nur am Widerstand des Schaffners scheiterte. Bei einem weiteren Fall wurden mehrere Straßenbahnscheiben eingeschlagen und eine brennende Fackel in den Wagen geworfen. Ein Standkonzert auf dem Spitalplatz beendeten die Nationalsozialisten mit dem Ruf: „Ganz Juda soll verrecken!" Polizeibeamte wurden schwer verletzt, das Gewerkschaftshaus wurde gestürmt und Straßenpassanten terrorisiert[63]).

Um diese Zeit hatte die antisemitische Bewegung in Nürnberg schon soweit um sich gegriffen, daß es für jüdische Familien schwer wurde, eine Wohnung zu finden[64]). Ein Großteil des Bürgertums segelte bereits im Fahrwasser des antisemitischen Nationalsozialismus. Der Boykott jüdischer Geschäfte wurde dadurch organisiert, daß von seiten der Nazis ein Verzeichnis „arischer" Geschäfte herausgegeben wurde[65]).

Der Vorstand der Kultusgemeinde erörterte die Vorgänge im Saal des Kulturvereins, in dem auch jüdische Filialgottesdienste stattfanden. Als dort Parteiversammlungen abgehalten wurden, waren Juden am Betreten des Saales gehindert worden. Der Vorstand der Gemeinde sah sich aber nicht in der Lage, den Vertrag vor dem Ablauf (August 1930) zu kündigen[66]).

Die bayerische Rabbinerkonferenz, an ihrer Spitze Dr. Freudenthal, gab im Dezember 1929 anläßlich einer Verhandlung vor dem Nürnberger Schwurgericht eine Erklärung an die Tageszeitungen, in der sie auf die sittlichen Forderungen des rabbinischen Schrifttums hinwies, das u. a. eindeutig die absolute Verpflichtung zur Wahrhaftigkeit, die Unverbrüchlichkeit des Eides und niemals die Erlaubnis oder gar Verpflichtung zum Ritualmord enthielt[67]). In diesem sog. Talmud-Prozeß durften Streicher und Holz vor Zuschauern und Schöffen lange Haßtiraden halten, der jüdische Sachverständige wurde abgelehnt. Die Darlegungen des nichtjüdischen (katholischen) Sachverständigen Prof. Goettsberger bestätigten

den Standpunkt der jüdischen Anklage. Dieser wies nach, daß der sog. Ritualmord in keiner Weise eine Grundlage im Talmud habe; seine Ausführungen wurden aber im „Völkischen Beobachter" völlig entstellt wiedergegeben, so daß sich Prof. Goettsberger noch einmal richtigstellend in der Presse äußerte („Bayer. Kurier", Nr. 301, 5. 11. 1929). Das Gericht verurteilte Holz zu $3^1/_2$, Streicher zu 2 Monaten Gefängnis[68]).

Im März 1930 klagten Vorstandsmitglieder der Kultusgemeinde, daß die Abwehrtätigkeit des Centralvereins gegen den Antisemitismus ungenügend sei, und der Verein besonders in Nürnberg versagt habe. „Vor allem in Nürnberg wächst die nationalsozialistische Welle, von der wirtschaftlichen Krise begünstigt, von Monat zu Monat"[69]). Der Vorsitzende betonte, daß die Gemeinde nur in Einzelfällen Abwehrtätigkeit leisten könne. „Plakatierung und öffentliche Versammlungen könne die Gemeinde niemals veranlassen, weil sie als Körperschaft des öffentlichen Rechts vollständig neutral bleiben müsse." Die antisemitische Welle wuchs in ganz Deutschland. Zwischen 1923 und 1932 kam es zu 128 Friedhofs- und 50 Synagogenschändungen[70]).

Das Anwachsen der NSDAP zeigen die Nürnberger Wahlergebnisse bei den Reichstagswahlen vom September 1930 und vom Juli 1932 (kleinere Parteien blieben hier unberücksichtigt):

	1930	1932
SPD	96 000	84 275
NSDAP	60 104	95 100
Bayerische Volkspartei	20 740	21 073
KPD	20 000[71])	31 609[72])

Der Vorstand der Kultusgemeinde, der in seinen Sitzungen im allgemeinen sehr wenig auf den Antisemitismus einging, mußte sich im Jahre 1932 wiederholt damit befassen. Im April wies Dr. Bamberger auf den „einer Kulturstadt unwürdigen Mißstand" hin, daß jüdische Kinder bedroht und geschlagen wurden[73]). Lehrer Müller, der an der Uhlandschule unterrichtete, stellte fest, daß an dieser Anstalt Leitung und Lehrkörper den Simultan-Gedanken förderten und auf die Schüler im Geist der Duldsamkeit einzuwirken bemüht seien; in jüdischen Kreisen hütete man sich sehr wohl vor Verallgemeinerungen. Wie schwierig die Lage jüdischer Kinder in den staatlichen Schulen war, in denen sie teilweise schon richtig boykottiert wurden, zeigt ein Artikel in Nr. 3 des Nürnberg-Fürther Gemeindeblattes von 1932 (Auszug S. 208). Im Juli berichtete Dr. Bamberger von Straßenüberfällen auf Teilnehmer einer zionistischen Veranstaltung. Dr. Berlin, Ortsvorsitzender des Centralvereins, sprach mit dem Polizeireferenten und stellte den guten Willen der Behörde, aber nicht der untergeordneten Organe fest[74]). Der Vorsitzende der Gemeinde berichtete in der gleichen Sitzung von Anpöbelungen jüdischer Krankenschwestern und empfahl diesen, ihr Abzeichen nicht mehr zu tragen. Im letzten Eintrag des Protokollbuches vom 27. März 1933 ist der Bericht von Frau Erlanger aufgezeichnet, die auf Grund eines „peinlich verlaufenen Zwischenfalles" forderte, daß in dieser „politisch bewegten Zeit" die Teilnehmerinnen an Veranstaltungen im Gemeindehaus eines Schutzes versichert

sein müßten[75]). Im Juli 1932 wurde ein aus Jerusalem stammender Rabbiner, der Gast bei Dr. Klein war, auf der Straße von Nazis schwer mißhandelt[76]).

Die Nr. 3 des Gemeindeblattes des Jahrgangs 1932 zeigt, daß die Juden in der Stadt die Lage richtig erkannten: „Seit Jahren ist Nürnberg eine Hochburg des Nationalsozialismus, seit Jahren manifestiert sich der Nationalsozialismus hier weniger als eine politische Partei, denn als eine politische Hetzbewegung"[77]). Streicher kündigte an sämtlichen Anschlagsäulen an, daß er zur Landtagswahl 1932 über das Thema „Die Juden sind unser Unglück" sprechen werde. Der Vorstand des Centralvereins wurde bei der Polizeidirektion vorstellig. Obwohl das Bayerische Oberste Landesgericht die Plakatierung des obigen Satzes als Störung der öffentlichen Ordnung und groben Unfug bezeichnet hatte, lehnte die Polizeidirektion „aus rechtlichen Gründen" ein Einschreiten ab[78]). Fast gleichzeitig schlachtete der Stürmer einen Mordfall in Paderborn für die übelste Ritualmordhetze aus[79]). Der Centralverein erstattete wegen Religionsvergehens Anzeige, worauf Staatsanwaltschaft und Gericht dem Beschlagnahmeantrag entsprachen.

Das Ende eines von Theo Benesch verfaßten „Stürmer"-Artikels vom Juli 1932 lautete: „Der Jude glaubt sich schon auf eine neue Mordnacht, auf ein neues Purimfest freuen zu können. Er wartet auf die Stunde, in der von seinen Knechten die nationalsozialistischen Führer beseitigt werden. In der der Nationalsozialismus in einem Massenblutbad untergehen soll. Er wird sie nie erleben. Adolf Hitler wird nicht untergehen. Er wird siegen. Die lauernden Mordjuden aber werden etwas anderes erleben, da wird ihnen das Feiern vergehen"[80]). Der Centralverein stellte Strafantrag, die Staatsanwaltschaft begründete die Einstellung des Verfahrens u. a. mit folgenden Worten: „Das Verfahren gegen Theo Benesch wegen Anreizung zum Rassenkampf habe ich eingestellt, da der Artikel, insbesondere der Schlußsatz, nicht als geeignet erscheint, die naheliegende Möglichkeit einer Friedensstörung zu schaffen . . ." Theo Benesch wurde im September 1932 Landtagsabgeordneter[81]).

Der „Stürmer" goß Haß und Verleumdung über Richter und Staatsanwälte aus, die eine ihm nachteilige Haltung vertraten. Streicher beschimpfte 1927 als Abgeordneter im Landtag die in Nürnberg tätigen jüdischen Richter. Unmittelbar darnach ergriff Justizminister Gürtner das Wort, er vermied aber eine Erwiderung auf Streichers Rede und wies dessen Anschuldigungen nicht zurück[82]). In der gleichen Rede griff Streicher auch nichtjüdische Juristen an und zog die Richtigkeit des Eides eines Landgerichtsrats in Zweifel. Er erörterte die Ehe eines Amtsgerichtsdirektors mit einer Frau jüdischer Abstammung, der den Schriftleiter des „Stürmer" zu 3 Monaten Gefängnis wegen schwerster Beleidigung verurteilt hatte. Streicher nannte das Urteil Rechtsbeugung und behauptete, daß der Richter schlecht qualifiziert sei. Ein andermal urteilte er über einen Staatsanwalt: „Entweder ist der Mann nicht gesund oder eben ein Jude"[83]).

Dies waren keine Einzelfälle. „Der Terror, der von Herrn Streicher und seinen Genossen durch Verunglimpfung der Richter und Staatsanwälte unter nachsichtiger Duldung der Justizverwaltung ausgeübt wird, berührt die Grundlagen der Rechtspflege. Das richterliche Urteil ist nicht mehr frei. Der Richter,

der Staatsanwalt, der gegen einen Nationalsozialisten scharf zugreift, muß gewärtig sein, daß er in der Presse, im Landtag in gehässigster Form angegriffen, daß seine persönliche und seine amtliche Ehre in den Schmutz getreten werden, ohne daß er den Schutz findet, den er seiner Person und seines Amtes halber, mehr aber noch um des Rechtes willen sollte erwarten können. Die Richter wären keine Menschen, wenn nicht auf die Dauer ihre Schutzlosigkeit Einfluß auf sie gewinnen könnte"[84]).

Am 4. Juni 1932 lud die Ortsgruppe des Centralvereins zu einer Versammlung ein, auf der Rechtsanwalt Dr. Bruno Weil, Berlin, über die innenpolitische Entwicklung seit 1870 und die Eingliederung der NSDAP in das soziologische und kulturelle Gefüge sprach[85]). Nach der Versendung der Einladungen zu dieser Veranstaltung erschien an den Nürnberger Anschlagsäulen das Plakat „Fertigmachen nach Palästina!". Auf einer der Versammlung folgenden Protestkundgebung wurde eine Entschließung angenommen, mit der gegen die judenfeindliche Hetze Einspruch erhoben und diese als mit einem Rechtsstaat unvereinbar bezeichnet wurde. Die Entschließung wurde der gesamten Nürnberger Presse sowie den zuständigen Behörden zugeleitet. Am 1. September ermahnte das Rabbinat zu größter Ruhe innerhalb und außerhalb des Gottesdienstes. „Ansammlungen in der Vorhalle, auf der Treppe im Hof, ganz besonders aber auf dem Gehsteig vor der Synagoge sind unter allen Umständen zu vermeiden"[86]). Die Verhältnisse in Nürnberg zu dieser Zeit veranschaulichen auch Aufzeichnungen Kolbs: „Mit dieser Zeit wuchs bereits vor dem 30. Januar 1933 der Einfluß der Propaganda Streichers und seiner Anhänger so, daß die Juden sich vom öffentlichen Leben, vom Besuch von Lokalen, Konzerten etc. immer mehr zurückziehen mußten. Es waren schon in jener Zeit in Nürnberg und Franken die Verhältnisse so schlimm wie kaum in einem anderen Bezirk im Deutschen Reich ... Wie besonders schlecht die Verhältnisse für die Juden in Nürnberg und im Gau Franken waren, geht u. a. daraus hervor, daß schon im Jahre 1923 kurze Zeit, nachdem ich Geschäftsführer der jüdischen Gemeinde geworden war, infolge der Hetze, die Streicher mit den angeblichen Ritualmorden betrieb, während des Passah-Festes dieses Jahres ein Angriff auf die Synagoge befürchtet wurde. Diese Furcht war so groß, daß ich und andere Juden während einer ganzen Woche nachts im Keller der Synagoge blieben. Auch während der hohen Feiertage im Herbst 1923 mußte in den Synagogen ein ständiger Alarm- und Wachdienst eingerichtet werden. Diese Vorsichtsmaßnahmen wurden dann auch noch in den folgenden Jahren ständig ausgeführt"[87]).

Den meisten Juden in Nürnberg war es wohl bewußt, was eine Machtübernahme durch die Nationalsozialisten zu bedeuten habe (wenn auch wohl kaum deren letzte Konsequenz), sie hatten genügend Anschauungsmaterial. Ein Antrag der NSDAP im Reichstag vom März 1930 hatte aber schon allgemein deutlich gemacht, was zu befürchten war: „Wer es unternimmt, deutsches Volkstum und deutsche Kulturgüter fremdrassigen Einflüssen auszuliefern, wird wegen Kulturverrats mit Zuchthaus bestraft. Wer durch Vermischung mit Angehörigen der jüdischen Blutgemeinschaft oder farbiger Rassen zur rassischen Verschlechterung und Zersetzung des deutschen Volkes beiträgt oder beizutragen droht, wird wegen Rassenverrats mit Zuchthaus bestraft"[88]). „Es ist unzutreffend, daß Deutsch-

land und seine Juden Anfang 1933 ahnungslos und unvorbereitet vom institutionellen Judenhaß des nationalsozialistischen Staates überrascht worden wären[89]). Der bekannte Romancier Jacob Wassermann (aus Fürth) hatte bereits 1921 in seinem Buch „Mein Weg als Deutscher und Jude" erklärt: „Es ist vergeblich, das Gift zu entgiften. Sie brauen frisches. Es ist vergeblich, für sie zu leben und für sie zu sterben. Sie sagen: er ist ein Jude"[90]). 1933 stellte Leo Baeck fest: „Die tausendjährige Geschichte der Juden Deutschlands ist beendet"[91]).

3. Nürnbergs Juden im öffentlichen Leben

Die „Verjudung" der Weimarer Republik war ein völkisches Märchen und eine Wahnvorstellung. Den 19 Regierungen der Weimarer Republik bis 1932 gehörten nur zwei Juden an: Hugo Preuß, der Schöpfer der Weimarer Verfassung, und Walter Rathenau; keiner der 12 Oberpräsidenten, 35 Regierungspräsidenten und 400 Landräte in Preußen war Jude[92]). In Bayern spielte Kurt Eisner nur kurze Zeit eine hervorragende Rolle, da er schon im Februar 1919 ermordet wurde. Von Stadtrat Dr. Süßheim in Nürnberg war wiederholt die Rede, neben ihm sind noch Bürgermeister Freund und der Chefredakteur der „Fränkischen Tagespost" Dr. Adolf Braun zu nennen. Dr. Braun wurde 1918 zuerst als Abgeordneter in die Nationalversammlung, dann in den Reichstag gewählt[93]). Auch E. E. Neumann war Jude, bis 1922 war er als Redakteur beim „Sozialdemokrat" tätig und nach dessen Vereinigung mit der „Fränkischen Tagespost" bei diesem Blatt[94]). Von einem unverhältnismäßigen Anteil der Juden am politischen Leben kann also auch hier nicht gesprochen werden. „Der Stürmer" hingegen deutete jeden Eintritt eines Juden oder einer Jüdin in die Stadtverwaltung als einseitige Bevorzugung dieser Bevölkerungsgruppe und suchte bei der Einwohnerschaft den Anschein zu erwecken, als ob in den Ämtern der Stadt fast überall Juden säßen. In dem Luppe-Streicher-Prozeß von 1925, bei dem Streicher zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt wurde, wurde festgestellt, daß unter 3000 städtischen Beamten und Angestellten nur sechs Juden waren[95]).

Im Bereich der deutschen *Wirtschaft* läßt sich in *Gesamtdeutschland* ein erheblicher Rückgang des jüdischen Anteils an allen Handelssparten (außer dem Verlagsgewerbe) zwischen 1895 und 1933 feststellen, der in dieser Zeitspanne von 10 % auf 6 % sank. In einzelnen Branchen war ihr Anteil jedoch noch sehr hoch, in der Textilwirtschaft betrug er 1930 an der Herstellung rund 23 %, am Großhandel rund 40 %[96]). Im allgemeinen hatte ihre wirtschaftliche Angleichung aber erheblich zugenommen, so daß Zielenziger 1930 feststellen konnte: „Die wirtschaftliche Assimilation der Juden ist stärker denn je geworden und damit auch ihre soziale Angleichung"[97]). Die früher als „typisch jüdisch" bezeichneten Geschäftspraktiken waren immer weniger feststellbar. Auch die Statistik der Eheschließungen zeigt ein Fortschreiten der gesellschaftlichen Assimilation, 1927 standen 100 volljüdische Ehen 64 gemischte gegenüber[98]), auch die Taufen mehrten sich. Diese Tatsachen wurden von den traditionsbewußten Juden natürlich bedauert.

Die von Eva G. Reichmann getroffene Unterscheidung zwischen „echter" und „unechter" Judenfrage[99]) trifft besonders auf die Fortentwicklung des Antisemitismus auf wirtschaftlichem Gebiet zu. „Die ‚echte' Judenfrage beruht auf objektiven Unterschieden und realen Interessengegensätzen zwischen Juden und Nichtjuden, in unserem Falle also etwa auf der unterschiedlichen Wirtschaftsstruktur beider Gruppen und auf der unterschiedlichen Wirtschaftsauffassung und Praxis. Je mehr diese objektiven Unterschiede schwinden, desto mehr schwinden die sachlichen Gegensätze, und nur die ‚unechte' Judenfrage bleibt zurück, deren Begründung ideologisch-emotional ist, und die in erster Linie als Verschiebung gesellschaftlicher Aggressivität auf ein Objekt — die Juden —, das mit den Ursachen dieser Aggressivität — Wirtschaftskrise, Inflation usw. — unmittelbarbar nichts zu tun hat, erklärt werden kann"[100]).

Um einen Überblick des jüdischen Anteils am Nürnberger Wirtschaftsleben im Jahre 1930 zu gewinnen (dessen Bedeutung aber nicht über Nürnberg hinaus verallgemeinert werden darf!), stellen wir in folgendem die Zahl der jüdischen Firmen der Gesamtzahl der jeweiligen Branche in Nürnberg gegenüber, wobei allerdings die Größe der einzelnen Firmen und damit der genaue Marktanteil unberücksichtigt bleiben müssen[101]). Wir führen nur solche Branchen auf, von denen mindestens 10 Firmen in Nürnberg bestanden und der jüdische Anteil mindestens 10 % betrug.

	jüdisch:gesamt		jüdisch:gesamt
Abzahlungsgeschäfte	2:10	Juweliere	3:30
Altmetalle	6:37	Kaufhäuser	5:10
Ausstattungsgeschäfte	3:12	Kleiderfabriken	7:13
Bankgeschäfte	12:35	Herrenkonfektion	10:26
Blattgold	3:22	Damenkonfektion	8:14
Darmhandlungen	6:21	Kunstverlage	2:10
Eisen und Stahl	11:93	Kurz- und Galanteriewaren	34:127
Exportgeschäfte	17:50	Leder	17:74
Fahrradfabriken	4:21	Lederwaren	9:47
Fettwaren	2:15	Lithographische Kunstanstalten	5:41
Friseurbedarfsartikel	2:12	Lotterie-Geschäfte	2:12
Futtermittel	3:23	Manufakturwaren	17:27
Futterstoffe	8:11	Maschinenhandlungen	10:26
Galalithwaren	5:26	Metalle	10:20
Gardinen	2:12	Metallgroßhandlungen	6:14
Getreide	6:21	Metallwaren	11:108
Häute und Felle	4:11	Möbelhandlungen	8:52
Herrenausstattungen	4:12	Ölgroßhandlungen	8:41
Hopfenhandlungen	99:141	Pinsel	12:87
Hopfenkommissionen	19:25	Säcke	4:20
Hopfenmakler	5:8	Schneidereiartikel	3:16
Hornwaren	7:17		
Damenhüte (Einzelhandel)	3:22		
Herrenhüte (Einzelhandel)	3:27		

	jüdisch:gesamt		jüdisch:gesamt
Schuhwaren:		Tuche	19:42
Fabriken	5:22	Versandgeschäfte	2:11
Handlungen (Groß- und Einzel-)	20:89	Viehhandlungen	10:79
Schuhvertretungen	5:15	Webwaren	14:35
Spielwaren	29:273	Weine	14:69
Strumpfwaren und Trikotagen	8:34	Weißwaren	6:32
Textilwaren	18:61	Zelluloidwaren	4:12
		Ziegeleien	3:11

Bei der Berufsstatistik der Juden in Deutschland von 1933 fällt auf, daß hier nicht so einseitig, wie man hätte erwarten können, kaufmännische Tätigkeiten an der Spitze stehen, sondern auch solche, die eine wissenchaftliche Begabung und Ausbildung erfordern[102]). In Nürnberg wie in anderen Städten fällt die hohe Zahl der jüdischen Ärzte und Rechtsanwälte auf, unter ersteren waren 1930 bei einer Gesamtzahl von 742 (mit Zahnärzten) 140 Juden, bei den letzteren von 215 97[103]). Die Neigung zur Anwaltstätigkeit mag mit der jüdischen Fähigkeit zur Dialektik zusammenhängen, die durch jahrhundertelange religiöse Schulung gefördert wurde. Ein Großteil der nichtjüdischen Juristen strebte die Beamtenlaufbahn an und betrachtete die Anwaltspraxis fast als deklassierend. Unter den jüdischen Ärzten sei als besondere Kapazität Obermedizinalrat Prof. Dr. Nathan, Direktor der Hautklinik am städtischen Krankenhaus (bis 1933), genannt.

Die deutschen Juden waren die geistig Führenden unter ihren Glaubensgenossen in der Welt. Von 24 deutschen Nobelpreisträgern bis 1933 waren 7 Juden, 4 Halbjuden, dazu 3 Juden aus Österreich[104]). Revolutionen im Geiste wurden in der Psychologie und Psychiatrie von Sigmund Freud, in der Physik von Albert Einstein heraufgeführt. Diese Tatsachen veranlaßten wohl unter anderem Sartre zu dem Wort: „Für den Antisemiten ist der Verstand eine typisch jüdische Angelegenheit"[105]).

Der einzige Nobelpreisträger, der einen Teil seiner Ausbildung in Nürnberg erfahren hat, war der 1872 in Karlsruhe geborene Jude Richard Willstätter. Er kam elfjährig nach Nürnberg und besuchte erst das Melanchthon- und dann das Realgymnasium, wo er 1890 das Abitur ablegte. Rektor und Prüfungskommission schlugen ihn für das Maximilianeum vor, was aus konfessionellen Gründen abgelehnt wurde. Er studierte Chemie in München, habilitierte sich 1896, erhielt 1902 seine erste Professur und 1915 den Nobelpreis für seine Forschungen über Photosynthese und Enzyme. Er emigrierte 1939 in die Schweiz, wo er 1942 verstarb. Am 12. November 1965 erhielt das Nürnberger Realgymnasium den Namen Richard-Willstätter-Gymnasium nach seinem berühmtesten Schüler. Den Hauptvortrag bei der großen Feier der Namensgebung hielt Nobelpreisträger Dr. Richard Kuhn, Heidelberg, der Schüler Willstätters ist. Im Neubau des Realgymnasiums wurde eine Büste Willstätters aufgestellt[106]).

Viele Juden bereicherten das *Geistesleben* Nürnbergs als Dozenten an der neugegründeten Nürnberger Volkshochschule. Einige Beispiele: E. E. Neumann las

über Geschichte und Wirtschaft, Julius Eisenstädter über Gesellschaftswissenschaften, Julie Meyer über Politik, Leo Benario, Dozent an der Handelshochschule, behandelte Banken- und Zeitungsfragen, Bürgermeister Freund sprach über gemeindliche Selbstverwaltung, Justus Bier über Kunst, Anna Steuerwald-Landmann über sozialwissenschaftliche, Mendelssohn-Bartholdy über weltanschauliche Fragen und die Ärzte Flatau, Mainzer und Kassel über solche aus dem Bereich der Medizin[107]).

Prof. Georg Bergler erwähnt in seinem Büchlein „Student in Nürnberg" den Dozenten der Handelshochschule Hugo Cahn: „Da wäre dann weiter zu berichten, daß in jenen ersten Semestern das Privatrecht von dem in der Nürnberger Fachwelt hochangesehenen Rechtsanwalt Geh. Justizrat Dr. Hugo Cahn vertreten wurde ... Der dicke, massige Mann mit einem übermäßig großen Kopf auf seiner Körperfülle war von einer geistigen Beweglichkeit, die den Unvorbereiteten bestürzen konnte. Die Provinzen des Geistes und der Bildung waren ihm eine Heimat, in der er jeden Weg und Steg kannte ... Sein Seminar vermittelte Einsichten, um die den Teilnehmer viele spätere Studentengenerationen neidisch sein konnten. Schon zu den Dozenten der Handelshochschul-Kurse gehörig, war er für die Hochschule bis zum Ende der zwanziger Jahre tätig. Als der Unmensch seine Herrschaft antrat, verschwanden die Lebensspuren des verdienten jüdischen Bürgers und Dozenten ..."[108]). Einige jüdische Wissenschaftler veröffentlichten anerkannte Arbeiten über Nürnberger Kulturgeschichte. Justus Bier brachte u. a. verschiedene Schriften über das alte Nürnberger Stadtbild heraus, Paul Johannes Rée übernahm in der Reihe „Berühmte Kunststätten" den Band Nürnberg, Julie Meyer arbeitete über das Nürnberger Patriziat und Hannah S. M. Amburger über die Familiengeschichte der Koeler. Einen großen Einfluß übte der Arzt Dr. Siegfried Flatau, der Vorstand des Philharmonischen Orchesters, auf das Musikleben der Stadt aus. Der jüdische Bevölkerungsteil nahm eine geachtete Stellung im Kulturleben der Stadt ein.

Aber auch an den negativen Seiten des wirtschaftlichen und sozialen Lebens in der Zeit der Weimarer Republik hatten Juden ihren Anteil.

Die *Arbeitslosennot* in Nürnberg betraf auch den jüdischen Bevölkerungsteil. In den Sitzungen des Vorstandes der Kultusgemeinde wurde immer wieder die Hilfe für die Arbeitslosen neben der für die Ostjuden erörtert, und es wurde viel zur Linderung der Not getan[109]). Das Nürnberg-Fürther israelitische Gemeindeblatt berichtete 1932 über die Einrichtung von Kursen für Erwerbslose. In fast jeder Nummer dieses Jahrgangs des Gemeindeblatts war ein Artikel der Not der Arbeitslosen und den Versuchen, sie zu lindern, gewidmet. Ein Beitrag in Nr. 3 endet mit folgenden Worten: „Doch die Jugend hat auch gezeigt, daß sie ihre Not und die Gefahr zu erkennen weiß. Und was mehr ist: sie hat einen Ausweg gesucht und mit Erfolg beschritten. Die Parole ist: Selbsthilfe! Sport, Fortbildungskurse, gemeinsames Wandern und vor allem: gemeinsames Bemühen in der Beschaffung von Arbeit. Das ist ein Anfang. Doch jetzt, da die Jugend gezeigt hat, daß sie nicht träge wartet, bis die anderen ihr helfen, ist es die Pflicht aller, uns in unserer Arbeit zu unterstützen. Helft uns! Ruft uns, wenn ihr Arbeit habt, damit aus dem täglichen Gang zum Arbeitsamt ein täglicher Gang zur Arbeit werde"[110]).

4. Die Kultusgemeinde bis 1933

In der Zeit der Weimarer Republik traten im Nürnberger *Rabbinat* keine Veränderungen ein, Dr. Freudenthal versah sein Amt bis 1934, Dr. Heilbronn bis zu seiner Emigration im Jahre 1939. Anläßlich Freudenthals Jubiläum seiner 25jährigen Amtstätigkeit in Nürnberg, das 1932 gefeiert wurde, konnte er von vielen Seiten höchste Anerkennung entgegennehmen. Das Gemeindeblatt widmete diesem Ereignis eine Festnummer, die das Lebenswerk des Rabbiners würdigte, Freunde und jüdische Autoritäten aus ganz Deutschland lieferten Beiträge, darunter Prof. Elbogen und Leo Baeck[111]). Freudenthal trat dem Antisemitismus mutig entgegen, dafür ein Beispiel: Als bei einer Versammlung in Nürnberg einige Antisemiten die wüstesten und verlogensten Anklagen vorbrachten und u. a. behaupteten, der Nürnberger Rabbiner habe es durch dunkle Machenschaften fertiggebracht, daß viele Juden vom Frontdienst befreit wurden, sprang Freudenthal inmitten der johlenden Menge auf einen Tisch, gab sich als Rabbiner der Nürnberger Gemeinde zu erkennen und widerlegte die Anschuldigungen[112]).

Die Nürnberger Hauptsynagoge genügte schon längst nicht mehr den Bedürfnissen der zahlreichen Judenschaft. Schon im Jahre 1900 wurde daher ein Antrag zum Erwerb eines Grundstückes zum Bau einer zweiten Synagoge eingebracht und 1925 kam es zu konkreten Vorschlägen. Man dachte an einen Raum, der für 2000 Personen ausreichen sollte und hielt 1½ Millionen Mark dafür erforderlich. An der Stromerstraße wurde bereits ein Bauplatz erworben, durch die schwierige Finanzlage der Gemeinde bedingt, konnte jedoch die Errichtung des Baues nicht verwirklicht werden[113]). Die Gemeinde war gezwungen, für Filialgottesdienste Säle zu mieten, so zeitweilig den Herkules- und den Kulturvereinssaal[114]), auch im gemeindlichen Betsaal wurden Gottesdienste abgehalten[115]).

Schwierigkeiten bei der Einhaltung der rituellen Speisevorschriften ergaben sich durch die Einführung des Schächtverbots in Bayern, das 1930 in Kraft trat. Schon 1926 hatte Rabbiner Freudenthal darüber berichtet, daß in diesem Sinne Bestrebungen im Gange waren; die Rabbinerkonferenz beriet über die Anwendung der Betäubung, die dann später durch staatliches Gesetz gefordert wurde. Die Gemeinde mußte rituelles Fleisch von Orten außerhalb Bayerns kommen lassen, es wurde hauptsächlich aus Ulm bezogen[116]).

Die republikanische Verfassung brachte für die Gemeinde wesentliche Veränderungen. Die Vorstandswahlen fanden nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechts statt. 16 Sitze erhielt die liberale Richtung, 8 jeweils die gemäßigte, die orthodoxe und die zionistische Richtung[117]).

Dr. Sigmund Held blieb Vorsitzender, bis ihn 1926 Ludwig Rosenzweig in diesem Amt ablöste. Dieser erwies sich vor allem bei der Bewältigung der finanziellen Bedrängnis der Gemeinde in den Notjahren als besonders befähigt, er fungierte auch als Finanzberater des Verbandes bayerischer israelitischer Gemeinden[118]). Die Zeit der Inflation konnte nur dadurch einigermaßen überstanden werden, daß Inhaber von Industrie- und Exportfirmen wertbeständige Valuta zur Verfügung stellten, trotzdem mußten 1923 Anleihen aufgenommen und für einige Zeit das Erscheinen des Gemeindeblattes eingestellt werden[119]).

Ende 1927 wurde eine Satzungsänderung vorgenommen, die Gemeindevertretung bestand nun aus 27 Mitgliedern, die auf 10 Jahre gewählt wurden, nach fünf Jahren schied die Hälfte aus. 1930, 1932, 1934 und 1937 wurden weitere Satzungsänderungen vorgenommen; ein Antrag, den in Mischehe lebenden Gemeindegliedern, die ihre Kinder nichtjüdisch erziehen ließen, das passive Wahlrecht abzusprechen, wurde 1930 abgelehnt, Ausländern wurde die Wählbarkeit in den Vorstand zugebilligt[120]). Die Verwaltung setzte Ausschüsse für bestimmte Aufgaben ein, 1932 gehörten u. a. dazu: Finanz-, Friedhofs-, Synagogen-, Schul-, Ritual-, Sozial-, Jugend- und Stiftungsausschuß[121]). 1927 war das erstemal in dem Gemeindevorstand eine Gruppe unter dem Namen „Freie Linke" vertreten, die öfter radikale Anträge einbrachte, die aber meist der Ablehnung verfielen[122]).

Mit der Möglichkeit einer neuen Gemeindeverfassung in der Republik begann auch ein neues Verhältnis der Kultusgemeinde zum *Adas Israel*, dem Verein der Orthodoxen. Nach langem Ringen trat 1922 ein neuer Vertrag in Kraft, der in § 1 festlegte, daß die äußere Vertretung in Gemeinschaft mit der Kultusgemeinde zu erfolgen habe, die übrigen Bestimmungen haben wir schon auf S. 172 gestreift. Der Verein entsandte auch einige Vertreter in den Gemeindevorstand (1928 zusammen mit den Ostjuden 4 von insgesamt 29)[123]). Besondere Schwierigkeiten mit der Orthodoxie traten nicht mehr auf, da der Verein grundsätzlich selbständig war. Der Rabbiner der Orthodoxen, Dr. A. A. Klein, der 1930 zum Mitglied des Deutschen Rabbinischen Landesrates gewählt wurde[124]), entfaltete weiterhin eine eifrige Tätigkeit. Einige Beispiele: Am 6. September 1931 fand im Luitpoldhaus ein Vortragsabend des Verbandes der gesetzestreuen Jugendvereine in Bayern statt. Dr. Klein sprach dabei zu dem Thema „Was sagt uns jetzt Agudas Jisroel?" und Redakteur S. Schachnowitz gab einen Reisebericht über osteuropäische Länder und deren Judengemeinden („An den Kraftquellen jüdischen Lebens")[125]). 1932 hatte Dr. Klein einen Rabbiner aus Jerusalem zu Gast, der bei einer Veranstaltung der Gemeinde im Marientorzwinger über die Lage in Erez Jisroel sprach[126]). Das 25jährige Amtsjubiläum von Rabbiner Dr. Klein bot 1933 zu einer größeren Feier Anlaß, zu der auch seine Amtskollegen aus der Umgebung nach Nürnberg kamen[127]).

Nach dem Ersten Weltkrieg entfaltete der *Zionismus* eine besondere Aktivität und die zunehmende Judenfeindschaft ließ eine „nationaljüdische" Lösung interessanter als früher erscheinen. Blicken wir kurz auf die Tradition der Zionisten in Nürnberg zurück. Im Jahre 1905 war ihre Ortsgruppe in Nürnberg gegründet worden, hatte aber nie einen besonderen Zulauf[128]). Eine Versammlung im Juni 1911, auf der Dr. Mossinsohn, Direktor des hebräischen Gymnasiums in Jaffa, sprach und von den Verhältnissen in Palästina ein anschauliches Bild entwarf, hatte jedoch große Teilnahme erweckt[129]). Nach dem Kriege erregten zionistische Veranstaltungen wieder besondere Aufmerksamkeit. Im Frühjahr 1919 organisierte die zionistische Ortsgruppe im großen Saal des Hotels „Deutscher Hof" einen Vortragsabend, auf dem Dr. Blumenfeld aus Berlin über den „Antisemitismus und seine Überwindung" sprach[130]).

Den Vorsitz der Nürnberger Ortsgruppe hatte Dr. Liebstädter inne; Dr. Meinhold Nußbaum aus Nürnberg nahm u. a. am 17. Zionistenkongreß als Vertreter der allgemeinen Zionisten teil, er war auch Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft

der Jewish Agency in Nürnberg[131]). Die Nürnberger Zionisten veranstalteten außer den 14tägig stattfindenden Ortsgruppenabenden auch viele Vortragsabende, bei denen oft prominente Persönlichkeiten zu Vorträgen gewonnen werden konnten, einige von ihnen seien in folgendem genannt. Vorher ist noch erwähnenswert, daß im September 1932 die Generalversammlung beschloß, daß zu Beginn der Vorträge immer ein kurzes Referat in hebräischer Sprache gehalten werden solle[132]).

1925 veranstaltete die Ortsgruppe einen Festakt zur Einweihung der jüdischen Universität in Jerusalem, im Dezember des gleichen Jahres sprach der Präsident der zionistischen Vereinigung für Deutschland, Kurt Blumenfeld, über den „Kampf um den Zionismus", im Oktober 1932 Nahum Goldmann, Berlin, über „Das jüdische Volk in der Weltkrise". Er betonte nach einer Schilderung der Lage der Juden in Europa und den USA, daß nur ein Abstehen von der Assimilation und der Aufbau Palästinas Besserung bringen könnten[133]). Im gleichen Jahr referierte Prof. Theodor Lessing über Eindrücke bei seiner Palästinareise und lobte den dortigen Aufbau[134]). In Nürnberg war auch eine Ortsgruppe des Verbandes jüdischer Frauen für Palästinaarbeit tätig, bei der 1932 ein Vortrag über „Die arbeitende Frau in Palästina" gehalten wurde. Auch ein jungzionistischer Kreis bestand; der Jugendverein Hechaluz (Der Pionier) widmete sich der Vorbereitung für die Auswanderung nach Palästina[135]). Auch die Vereinigung Keren Hajessod warb für Palästina und veranstaltete Vorträge über das Schicksal der Juden[136]). Die Gemeindeverwaltung distanzierte sich von der Agitation der Zionisten, sie fürchtete wohl auch negative Auswirkungen auf das Verhältnis zur nichtjüdischen Umgebung, die liberale Mehrheit lehnte z. B. 1926 einen Antrag zur finanziellen Unterstützung des Keren Hajessod ab[137]). Der Anteil der zionistischen Gruppe bei der Gemeindeverwaltung zeigt, daß trotz des Interesses, das der Zionismus erweckte, nur ein relativ geringer Teil der Nürnberger Juden sich mit dieser Richtung identifizierte. 1919 errang sie von 40 Sitzen 8, 1931 von 31 nur 3[138]).

Ein großes Problem bildete für die Kultusgemeinde die *Ostjudenfrage*. Die Ostjuden standen der orthodoxen und zionistischen Richtung nahe. Bereits vor dem Kriege mußten viele von ihnen durch die Wohltätigkeitsvereine unterstützt werden, und die schwere Nachkriegszeit traf sie besonders hart. Sie hatten sich in den Vereinen Achi Eser, Esras Noschim, Gemillus Chassodim, Ahawas Scholaum und Talmud-Thora organisiert und hielten in eigenen Betsälen Gottesdienste nach östlichem Ritus ab[139]). Die Verbände waren fast ständig in finanziellen Nöten und mußten immer wieder unterstützt werden[140]). Ein weiteres Problem stellten die Ausweisungsbestrebungen nach 1918 dar. Die Kultusgemeinde trat für ihre Gemeindemitglieder ein und erreichte, daß aus Nürnberg keine Juden ausgewiesen wurden[141]).

Neben der Unterstützung der Ostjuden spielte in der Not der Nachkriegszeit die Hilfe für die ärmeren Bevölkerungsschichten eine große Rolle, die durch die Entwertung der Mittel der *Wohlfahrtsverbände* und Stiftungen sich besonders schwierig gestaltete. Dafür ein paar Beispiele: 1925 bewilligte die Verwaltung eine Notstandshilfe von 5 000 Mark, für 1926 wurden im Haushalt für Wohl-

fahrtszwecke 45 000 Mark eingesetzt, 1930 wurde für den Armenunterstützungsverein ein Zuschuß von 9 000 Mark gewährt[142]). 1931 wurde der Zuschuß für die Nothilfe um 5 000 Mark erhöht, eine Sammlung für den gleichen Zweck ergab 1932 20 000 Mark[143]). Schon gegen Ende des Jahres 1924 wurde eine Mittelstandsküche eingerichtet, 1930 erhielten alle Bedürftigen zum Chanukka-Fest einen Geldbetrag von 100 Mark, dazu Lebensmittel und Heizmaterial[144]). 1932 organisierte der jüdische Jugendbund eine große Wohlstandsveranstaltung mit Musikdarbietungen etc. zugunsten der zentralen Wohlfahrtsstelle[145]).

Der *Religionsunterricht* wurde wie früher von den Beamten der Gemeinde und eigens verpflichteten Religionslehrern erteilt. Über die Bekenntnisschule des Adas Israel hinaus, in der bereits damals in den oberen Klassen Fremdsprachenunterricht gegeben wurde, wurde 1928 die Gründung einer jüdischen Volksschule beraten[146]). Im Zeichen des Aufbaus in Palästina wurde eine Sprachschule für Neu-Hebräisch eingerichtet[147]). Wie gedrückt die Lage der *jüdischen Schüler* an den staatlichen Schulen in der Zeit des erstarkenden Nationalsozialismus war, wird an einem Artikel des Gemeindeblattes aus dem Jahre 1932 deutlich: „Der größte Teil unserer Mitschüler dagegen ist, bis herab zu den Jüngsten, vom Nationalsozialismus ergriffen und behandelt die Juden als Menschen zweiter Klasse, gegen die man mit Sticheleien oder bestenfalls geistigen Auseinandersetzungen vorgeht. Dieser Kampf, der sich tagtäglich erneut und um jede Kleinigkeit wieder entbrennt, diese Gehässigkeit, die in jeder Lebensäußerung des Juden Stoff zum Angriff sieht, bedeutet für Menschen zwischen 12 und 17 Jahren eine kaum zu ertragende seelische Belastung. Die ständigen Anfechtungen drohen den moralischen Widerstand des jungen Juden zu brechen, ihn haltloser Verzweiflung preiszugeben. Gerade in einem Alter, in dem die Gemeinschaft Gleichaltriger für die Entwicklung eine dringende Notwendigkeit ist, werden die Juden in den Kreis ihrer Mitschüler nicht aufgenommen, ja sie sind sogar teilweise einem völligen Boykott ausgesetzt. Es gab und gibt noch Klassen, in denen mit den jüdischen Schülern überhaupt nicht gesprochen wird. Man stelle sich vor, wie ein solches Vorgehen sich in Klassen mit wenigen oder nur einem jüdischen Schüler auswirken muß!"[148])

Im Laufe unserer Darstellung war immer wieder von jüdischen *Vereinen* der verschiedensten Art die Rede, so daß hier nur noch weniges nachzutragen ist. Die Jugendvereine blühten weiter, 1921 wurde der „Turn- und Sportverein Bar Kochba" gegründet, in dem die verschiedensten Sportarten ausgeübt wurden, in der „Hochburg" des Fußballs Nürnberg natürlich auch diese Sportart. 1929 wurde ein Jugendheim in der Treustraße eingerichtet, im gleichen Jahr tagten die bayerischen jüdischen Jugendvereine in Nürnberg[149]). Die Ortsgruppe des „Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens", geleitet von Dr. Berlin, bemühte sich um die Abwehr des Antisemitismus und stellte wiederholt Strafantrag gegen Streicher wegen der Rassenhetze im „Stürmer", der sog. Talmud-Prozeß von 1929 ging auf eine Klage des Centralvereins zurück. Er veranstaltete auch Vortragsabende, so sprach z. B. am 4. Juni 1932 Dr. Bruno Weil über das Thema „Vor den Reichtagswahlen", im Dezember des gleichen Jahres Rabbiner Dr. Eschelbacher über „Judentum, Staat, Menschheit"[150]).

Die Veranstaltungen des Centralvereins, der Jugendverbände, der Wohlfahrtsorganisationen usw. wurden im „Nürnberg-Fürther israelitischen *Gemeindeblatt*" angezeigt. Dieses Blatt, 1921 gegründet und von einem Redaktionskomitee geleitet, erschien allmonatlich. Neben lokalen Nachrichten über die Vereinstätigkeit, Aufrufen zur Linderung der Arbeitslosennot usw. nahm es in längeren Artikeln zu verschiedenen Fragen des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens Stellung. Ein paar Beispiele aus dem Jahr 1932: „Huldigung an Goethe" zu seinem 100. Todestag von Rabbiner Dr. Freudenthal; „Die wirtschaftliche Krise der deutschen Juden" von Dr. Bamberger, Nürnberg; „Max Liebermann"; „Nationalismus und Antisemitismus" von R. N. Coudenhove-Kalergi; „Spinozas Wirkung"[151]). Nr. 3 des Jahrgangs war ganz den Nöten und Hoffnungen der Juden gewidmet, Nr. 7 war als Festnummer zur Feier der 25jährigen Rabbinatstätigkeit Dr. Max Freudenthals in Nürnberg ausgestaltet. Am Ende jeder Nummer war das Mitteilungsblatt des Sportvereins „Bar Kochba" beigeheftet.

Die kulturelle Aufgeschlossenheit der Gemeinde zeigen auch andere Unternehmungen. Den Plan eines deutsch-jüdischen Museums, das dem Germanischen Nationalmuseum angegliedert werden sollte, hatte Jakob Seifensieder (der später in Nürnberg eine Privatschule leitete) schon 1912 angeregt und damit bei dem Direktorium des Museums Interesse gefunden. Autoritäten wie Prof. Berliner, Hermann Cohen, Dr. Elbogen u. a. hatten damals schon einen Aufruf unterzeichnet. 1927 wurde der Plan von Seifensieder wieder aufgenommen, allerdings ohne konkretes Ergebnis[152]). Die Gemeinde gab auch Musikern aus ihren Reihen Gelegenheit, ihr Können zu zeigen. Besonders erwähnenswert ist ein Klavierabend vom 27. September 1932 mit Franz Reizenstein, einem modernen Komponisten der Hindemith-Schule, der 1964 den Kulturpreis der Stadt Nürnberg erhielt[153]).

Die Tradition der wohlhabenden Juden, als großzügige *Stifter* für das Wohl der jüdischen Gemeinde und der Bürgerschaft der Stadt zu wirken, setzte sich auch in der Zeit der Weimarer Republik fort. Durch die Inflation war allerdings der Großteil der älteren Stiftungen wertlos geworden, für die Zeit von 1924 bis 1931 zählt aber Kolb wieder 48 Stiftungen mit Beträgen zwischen 1 000 und 47 000 Mark (August Ney) auf[154]). Trotz der Opferfreudigkeit der Gemeindemitglieder gelang es der Verwaltung nicht, einen lang gehegten Plan zu verwirklichen, nämlich den Bau eines Krankenhauses. 1926 betrug der Krankenhausbaufond zwar bereits 80 000 Mark, trotzdem konnte der Bau nicht errichtet werden, da die Mittel nicht ausreichten[155]). Wegen der Errichtung einer rituellen Küche stand die Gemeindeverwaltung lange in Verhandlungen mit dem Theresienkrankenhaus und dem Martha-Maria-Heim, sie führten aber zu keinem Ergebnis[156]). In Bad Kissingen unterhielt die Gemeinde schon länger ein Kinderheim[157]), in der Hochstraße besaß sie ein Mädchenheim.

Günstiger lief der Neubau eines *Altersheims*, für das steigender Bedarf vorhanden war. Im Januar 1925 beriet die Verwaltung Mißstände im Schwarz'schen Altersheim, im Januar 1929 stand der Um- und Erweiterungsbau dieser Altersversorgungsanstalt zur Debatte, nachdem 1928 schon ein Ausschuß für diesen Zweck eingesetzt worden war[158]). Der Kostenvoranschlag sah Aufwendungen in Höhe

von 200 000 Mark vor, der Bau wurde noch im Jahre 1929 begonnen und das Heim am 27. Oktober dieses Jahres eingeweiht[159]).

Die *Bevölkerungszahl* der jüdischen Bürger Nürnberg entwickelte sich in dem behandelten Zeitabschnitt folgendermaßen:

1922	: 9280 Personen
1925	: 8603
1933 (16. VI.)	: 7502[160]).

Für die Abnahme der jüdischen Bevölkerung Bayerns in dem Zeitraum von 1910 bis 1925 wurde eine Statistik erarbeitet, deren Ergebnis die C. V. Zeitung 1926 veröffentlichte[161]). Darnach war die Abnahme in Niederbayern am stärksten (25,7 %), in Mittelfranken am geringsten (3,5%). Die Gründe hierfür sollen hier nicht erörtert werden, sie können großteils in allgemeinen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Gegebenheiten gesehen werden.

10. Kapitel

Verfolgung der Nürnberger Juden seit 1933

1. Der Auftakt: das Jahr 1933

Der Rat des Verbandes israelitischer Gemeinden beschloß in seiner Sitzung vom 26. März 1933, folgende Erklärung an den kommissarischen Ministerpräsidenten in Bayern v. Epp (Reichskommissar) abzugeben: „Wir sind uns bewußt, daß die Einstellung breiter nationaler Kreise, von unrichtigen Vorstellungen geleitet, sich gegen uns richtet. Wir, als die öffentlich-rechtliche Vertretung der bayerischen Juden, halten es darum für notwendig, Ihnen, Herr Ministerpräsident, als dem Leiter des bayerischen Staates, folgendes darzulegen. Wir wenden uns gegen die Angriffe, die sich gegen die Juden in ihrer Gesamtheit richten und uns in unserer vaterländischen Einstellung herabzuwürdigen suchen. Unsere Religion gebietet uns, Achtung und Ehrfurcht der Regierung zu erweisen und dem Staate zu dienen. Wir werden diese religiöse Verpflichtung auch weiter mit vollem Herzen erfüllen. Verbunden sind wir, nicht nur staatsbürgerlich, sondern tiefinnerlich, dem bayerischen Boden, den wir als unsere Heimat lieben. Wir fühlen uns eins mit dem deutschen Volk, dessen Schicksal wir geteilt haben. Auch wir haben mit Stolz für unser deutsches Vaterland gekämpft und ihm unser Blut geopfert; unsere Sehnsucht und Hoffnung und unermüdliche Arbeit gilt seinem Wiederaufstieg. Wir glauben, daß Deutschlands Erneuerung eine so schwere und heilige Aufgabe ist, daß sie die Mitarbeit aller Kräfte erfordert, die willens sind, sich voll einzusetzen für die Größe des Reiches. Darum gebietet es uns unsere vaterländische Pflicht, Ihnen, Herr Ministerpräsident, von unserem Wunsch und festen Willen Kenntnis zu geben, dem großen Werk des deutschen Aufbaus zu dienen und zu unserem bescheidenen Teile mitzuhelfen, die deutsche Zukunft in Ehren zu gestalten"[162]). Das Schreiben war unterzeichnet von Dr. Neumeyer, München, und dem Nürnberger Rabbiner Dr. Freudenthal. Glaubten die Juden wirklich noch, bei dieser „Erneuerung Deutschlands" mitarbeiten zu können? Eher ist anzunehmen, daß sie jedenfalls ihren guten Willen versichern wollten. Gleich unterhalb der obigen Erklärung war im Gemeindeblatt bereits eine Stellungnahme der deutschen Juden zu dem von Propagandaminister Goebbels befohlenen Boykott vom 1. April 1933 abgedruckt! Bezeichnend für die Stimmung, welche die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler auslöste, ist ein Erlebnis des Nürnberger jüdischen Rechtsanwalts Dr. Fred Blum, welches dieser in seinen Erinnerungen festhielt: „Im Januar 1933, als Papen und Schröder[163]) den unseligen Bund mit Hitler schlossen, war ich auf einem 14tägigen Ski-Urlaub in der Schweiz ... Meine Freunde in dem Ski-Ressort waren ein katholischer Fabrikant aus Frankfurt und ein protestantischer Rechtsanwalt aus Regensburg. Wir saßen in der Bar des Hotels, als das Radio die Nachricht brachte, daß Hitler, unterstützt von Papen und Schröder, von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt wurde. Ich erblaßte bei dieser Nachricht, während meine zwei Freunde versuchten, mich zu beruhigen und zu überzeugen,

daß dies die beste Lösung gewesen sei, weil Hitler nunmehr in der Hand des konservativen Flügels des Reichtages wäre. Sie konnten mich nicht überzeugen und ich überlegte die Konsequenzen, die dieser Schritt Hindenburgs haben könnte, vor allem in meiner Heimatstadt Nürnberg. Ich war zu jener Zeit überzeugt von der Unbestechlichkeit der Richter und von ihrem Willen, jede Ausschreitung der Hitlerhorde zu verhüten. Ich kehrte nach Hause zurück und fand zunächst das Bild in Nürnberg unverändert. Meine Sprechstunden waren überladen und die meisten Mandanten waren nicht jüdisch. Ich will hier einschalten, daß unsere Kanzlei bis 1933 einen großen Teil der Nürnberger Groß-Industrie vertreten hat"[164]).

In Nürnberg blieb in den ersten Monaten des Jahres 1933 noch alles relativ ruhig, man suchte das Gesicht zu wahren, solange Hitler noch nicht fest im Sattel saß. Wegen parteiinterner Gegnerschaft (Esser, Frick) und wohl auch aus taktischen Gründen wurde Streicher nicht zum Staatskommissar von Franken ernannt, eine Sonderstellung, die er anstrebte, um auch formal die Staatsgewalt in die Hand zu bekommen[165]); seine Ernennung zum Oberbürgermeister von Nürnberg bzw. zum Polizeipräsidenten der Stadt verhinderte der Reichskommissar (seit 7. April 1933 Reichsstatthalter) in Bayern, Ritter von Epp[166]). Als Gauleiter von Franken konnte Streicher aber im Laufe der Zeit seinen unheilvollen Einfluß immer stärker zur Geltung bringen und zum „braunen Zar" von Franken werden. Schon am 26. März 1933 wurde die Geschäftsstelle des Ärztlichen Bezirksvereins Nürnberg einer gründlichen Durchsuchung unterzogen. Alle jüdischen Ärzte, die der Vorstandschaft angehörten, mußten mit sofortiger Wirkung ihre Verwaltungsposten niederlegen. Als Kommissar wurde Dr. Stökker (Träger des goldenen Parteiabzeichens) bestellt[167]).

Der erste schwere Schlag gegen die Juden wurde mit dem *„Boykottag"* vom 1. April 1933 geführt, nachdem es schon im März 1933 zu Boykottmaßnahmen in verschiedenen Städten, u. a. auch in Nürnberg, gekommen war. Als auf die März-Boykotts Gegenkundgebungen im Ausland erfolgten, proklamierte Goebbels für den 1. April einen allgemeinen Judenboykott als „Abwehrmaßnahme". Ein „Zentralkomitee zur Abwehr jüdischer Greuel- und Boykottpropaganda" wurde gebildet und zu dessen Leiter Streicher berufen, der am 30. März 14 Punkte zur Durchführung des Boykotts als Richtlinien erließ. Darin wurde u. a. festgelegt: Die Leiter des Gaukomitees sollen die Gauführer des „Kampfbundes des gewerblichen Mittelstandes" sein, da sie die notwendigen Unterlagen und Erfahrungen haben. Der Boykott richtet sich gegen Angehörige der jüdischen Rasse, die Religion spielt keine Rolle. Wenn der Mann einer nichtjüdischen Geschäftsinhaberin Jude ist, dann gilt auch das Geschäft als jüdisch. Ebenso wenn die Inhaberin Jüdin ist und ihr Mann nicht. Die Aktionskomitees übergeben ein Verzeichnis der Geschäfte an die SA und SS, damit am Samstag, den 1. April 10 Uhr Wachen abgestellt werden können. Die Wachen haben die Aufgabe, bekanntzugeben, daß das Geschäft jüdisch ist und vor Einkauf zu warnen. Es ist verboten, tätlich vorzugehen, Geschäfte zu schließen oder Sachschaden anzurichten. Die Kenntlichmachung der Geschäfte geschieht durch Plakate an den Eingangstüren oder Tafeln mit gelbem Fleck auf schwarzem Grund. Jüdische Geschäfte dürfen keine Entlassungen nichtjüdischer Angestellter vornehmen. Am

Freitag, den 31. März, sind Massenkundgebungen abzuhalten. Demonstrationszüge führen folgende Transparente: ‚Zur Abwehr der jüdischen Greuel- und Boykotthetze', ‚Boykottiert ab morgen vormittags 10 Uhr alle jüdischen Geschäfte'. Am Samstag ist bis 10 Uhr der Boykottaufruf an den Anschlagstellen zu veröffentlichen. Lastautos oder noch besser Möbelwagen führen Transparente durch die Ortschaften in folgender Reihenfolge: Zunächst wieder die beiden obengenannten, und hierauf: ‚Boykottiert alle jüdischen Geschäfte', ‚Kauft nicht in jüdischen Warenhäusern', ‚Geht nicht zu jüdischen Rechtsanwälten', ‚Meidet jüdische Ärzte', ‚Die Juden sind unser Unglück'[168]).

In Nürnberg sammelten sich die Verbände der SA, SS, des Stahlhelms, der Krieger-, Sport- und Jugendorganisationen und zogen mit Fackeln, Fahnen und Kapellen zum Hauptmarkt, wo sie um 20.30 Uhr anlangten. Oberbürgermeister Liebel begrüßte die dort versammelte Menge, der stellvertretende Gaupropagandaleiter Zimmermann stellte in seiner Rede fest, daß keine Wohlfahrtsstelle mehr Krankenscheine für einen jüdischen Arzt und bei Juden zu kaufende Medikamente ausstellen werde, und betonte, daß es von dieser Stunde an keinen Deutschen mehr geben dürfe, der in ein jüdisches Geschäft, zu einem jüdischen Arzt oder Rechtsanwalt gehe. Anschließend sprach wieder Liebel und verkündete, daß „Verräter im Bilde fest gehalten" würden. Nach einem „Sieg Heil" auf den „Judenschreck" Julius Streicher, auf Hitler und Hindenburg und nach Absingen des Horst-Wessel- und des Deutschlandliedes endete die Kundgebung. Nachts arbeiteten dann die Klebekolonnen, bei denen 900 SA und 100 SS-Männer beteiligt waren. Am folgenden Morgen hängten „deutsche" Geschäfte schwarz-weiß-rote und Hakenkreuzfahnen hinaus. Ein Teil der jüdischen Geschäfte hielt die Läden geschlossen. Der Verkehr nahm ungeheuer zu. Gewaltige Mengen Neugieriger stauten sich vor den Warenhäusern. „Da und dort kam es auch zu erregten Auseinandersetzungen, wenn einzelne den Boykott durchbrachen. Beim Verlassen der Geschäfte wurden Leute, die trotzdem in den vom Boykott betroffenen Geschäften ihre Einkäufe tätigten, von den Außenstehenden mit lauten Pfui- und Schmährufen empfangen"[169]). Von den Ausschreitungen meldete die Presse natürlich nichts. „Die Kolonnen der SA und der Hitlerjugend durchzogen unter Absingung der blutrünstigen Lieder die Straßen und wehe, wenn sich eine jüdisch aussehende oder als Jude bekannte Person bei Annäherung nicht schnellstens in eine Nebenstraße retten konnte. Beschimpfungen, Bewerfen mit Steinen und Schmutz und auch Angriffe, die mehr oder weniger schwere Verletzungen zur Folge hatten, wurden als Volksbelustigungen aufgeführt"[170]).

Nach dem Boykottaufruf betonten die großen jüdischen Organisationen, daß sie sich gegen den angeblichen Grund des Boykotts, die Aktionen des Auslands, gewandt hätten, wiesen auf die Blutopfer für Deutschland in den Kriegen und ihre enge Verbundenheit mit ihrem Vaterland hin und versuchten dadurch den Boykott aufzuhalten[171]). Nach dessen Beendigung erhielten die israelitischen Kultusgemeinden in Nürnberg und Fürth die Aufforderung, die Kosten für die Verpflegung und sonstige Aufwendungen der SA-Posten zu bezahlen, eine Zumutung, welche die besondere Unverfrorenheit der Nürnberg-Fürther Nazimachthaber zeigt[172]).

Der Boykott vom 1. April stellte in gewisser Weise eine nationalsozialistische „Musteraktion" dar. „Sie zeigt bereits in anschaulicher Weise typische Merkmale, die wir bei vielen späteren antisemitischen Aktionen bis hin zur ‚Kristallnacht' wiederfinden werden: z. B. die propagandistische Verkleidung und Leitung der Aktion, ja die vorwärtstreibende Wirkung der Propaganda und ihrer Institutionen; das Gegeneinander von radikalen Kräften — vornehmlich bei den mittleren und unteren Parteiinstanzen — und retardierenden Kräften — vornehmlich in Regierung und Verwaltung —, wobei sich die Partei bereits in diesem frühen Stadium (mindestens vorübergehend) als die energischere und stärkere erweist; die Haltung Hitlers, der die Aktion billigt und mit seinen Mitarbeitern (hier Goebbels) bespricht, aber im Hintergrund bleibt und daher den Eindruck erweckt, als stehe er ‚über den Dingen'; die abwartende Haltung der eingeschüchterten Bevölkerung, von der kleine Gruppen freilich noch etwas unvorsichtiger als in späteren Jahren, aber nicht mit größerem Erfolg ihre Opposition zeigen; schließlich die Komplikationen mit ausländischen Staaten. Allerdings zeigen sich im Grad der Rücksichtnahme auf Ausland und Bürgertum auch Unterschiede zur späteren Zeit. Durchführung und Abbruch des Boykotts lassen deutlich erkennen, daß die NSDAP im Frühjahr 1933 noch nicht unumschränkter Herr der Lage war"[173]).

Der nächste Schritt der nazistischen judenfeindlichen Aktionen war die *Ausschaltung der jüdischen Beamten.* In der Stadtverwaltung Nürnberg wurde man vor dem entscheidenden „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" vom 7. April 1933 aktiv. Auf Grund des Art. 3 Abs. 1 Satz 2 der Bayerischen Gemeindeordnung wurden bereits am 1. April einige Ärzte vorläufig (ab 7. April endgültig) des Dienstes enthoben. In Nürnberg war der prominenteste unter ihnen Prof. Dr. Nathan, Vorstand der Dermatologischen Abteilung des Allgemeinen Städtischen Krankenhauses[174]). Nach seiner Zwangspensionierung praktizierte Prof. Nathan bis 1939 noch in Nürnberg und wanderte dann in die USA aus. Trotz allem, was geschehen ist, hat er heute noch viele gute Erinnerungen an Nürnberg und viele Menschen bewahrten ihm ihre Freundschaft und Anhänglichkeit[175]). Dienstenthoben wurde außerdem der Stadtschularzt Stadtmedizinalrat Sanitätsrat Dr. Mainzer[176]). Er genoß ebenfalls hohes Ansehen und hatte als äußerst sozialer Arzt mit eigenen Mitteln einen Sonderkindergarten für psychisch geschädigte Kinder in Nürnberg errichtet[177]). Er ging nach seiner Entlassung nach Frankfurt am Main, wo er sich bei Einsetzen der Deportationen in die Konzentrationslager das Leben nahm[178]). Außer den Genannten wurde das Dienstverhältnis mit dem 2. Vertrauensarzt beim Stadttheater, mit acht Ärzten, die nebenberuflich als Schulärzte oder Fürsorgeärzte in der Säuglings- oder Kleinkinderfürsorge tätig waren, und mit einigen Kindergärtnerinnen gekündigt[179]). Wie rüde man bei der Entlassung vorging, zeigt das Erlebnis von Frau Dr. Georgi, die Leiterin der Amtsvormundschaft und der Familienfürsorge und stellvertretende Leiterin des Jugendamtes war: „Im Frühjahr 1933, — nach meiner Erinnerung Mitte März — wurde ich eines Abends vom damaligen Leiter des Wohlfahrtsamtes, Stadtrat Dr. Plank, telefonisch angewiesen, unverzüglich die Amtsvormundschaft zu verlassen und mich dort nicht mehr blicken zu lassen, ansonsten man für nichts garantieren könne. In der Folge wurde ich beur-

laubt und später auf Grund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums in den Ruhestand versetzt."[180]) Dieser Fall der telefonischen Anordnung war keine Ausnahme, ähnlich erging es dem damaligen Stadtschularzt Medizinalrat Dr. Oster (Nichtjude), der während seiner Tätigkeit in der evangelischen sozialen Schule angewiesen wurde, diese unverzüglich einzustellen, nachdem es zu Spannungen zwischen der nationalsozialistischen Stadtverwaltung und den Kirchen gekommen war[181]).

Wie schon Prof. Nathan, berichtet auch die jüdische Politologin Frau Anna Steuerwald-Landmann (prominentes SPD-Mitglied in Nürnberg, u. a. Dozentin an der Volkshochschule), deren Ehemann Dr. Richard Steuerwald (Nichtjude) am 7. April 1933 als Direktor des Städtischen Knabenheimes wegen seiner politischen Tätigkeit ebenfalls zwangspensioniert wurde, daß ihr bis zur Emigration ihrer Familie nach Chile viele Freunde geholfen und zu ihr gehalten haben, trotz der Gefährdung die damit verbunden war[182]). Sie veröffentlichte in der deutschen Emigrantenzeitung „Deutsche Blätter" 1943 einen Aufsatz mit dem Titel: „Nach der Verbrecherliste die Guttäterliste", in dem sie u. a. schrieb: „Endlos ist die Zahl derer, die den vom Nazismus Verfolgten Hilfe leisteten. Man frage einmal eine größere Anzahl Geflohener: jeder von ihnen, er mag so verbittert sein wie er will, gibt zu, daß er viele, viele persönliche Freundschaftsbeweise von Menschen aller Bevölkerungskreise erfahren hat. Wenn mir von Ausgewanderten gesagt wird, das ganze deutsche Volk sei schlecht und müsse bestraft werden, so pflege ich zu fragen: ‚War niemand gut zu Ihnen selbst?' Ich habe noch nie eine andere Antwort bekommen als die: ‚Ja, ich hatte persönliche Freunde und Kameraden, die nicht nur gut, sondern aufopfernd zu mir waren' ... Ich habe eine ... Liste aufgestellt und habe nur die Namen derer verzeichnet, die mir bei der Vorbereitung unserer Auswanderung von November 1938 bis Januar 1939 — also in nur zwei Monaten — tätige Hilfe geleistet haben. Es ist niemand dabei, der mir nur gute Worte gesagt hat. Meine Liste trägt 106 — einhundertsechs — Namen[183])!" Hier ist der Ort, einige hochgestellte Persönlichkeiten und Ämter zu erwähnen, die sich u. a. gegenüber Nürnberger Juden nach 1933 entgegenkommend verhalten haben: Die Nürnberger Finanzbehörden, Landgerichtspräsident Konrad Helm, Oberlandesgerichtspräsident Friedrich Burkhardt, der Direktor des Städtischen Krankenhauses Prof. Dr. Müller[184]).

Nach der Ausschaltung der Beamten folgte die eines Großteils der jüdischen *Rechtsanwälte*. Das „Gesetz über die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft" vom 7. April 1933[185]) verbot Juden die Anwaltspraxis und nahm nur diejenigen aus, die bereits seit 1. August 1914 tätig waren oder im Weltkrieg an der Front gekämpft hatten oder deren Väter bzw. Söhne im 1. Weltkrieg gefallen waren. Als Anwalt weiterarbeiten durfte z. B. Dr. Fred Blum, über die Vorgänge in Nürnberg berichtet er in seinen Erinnerungen: „In Nürnberg empfing mich die Nachricht, daß die örtliche Parteileitung allen jüdischen Rechtsanwälten und Richtern den Eintritt ins Justizgebäude verboten hatte. Um dies verständlich zu machen, muß ich erwähnen, daß die Hälfte der Nürnberger Rechtsanwälte Juden waren und daß jüdische Richter an allen Gerichten einschließlich dem Oberlandesgericht tätig waren. Die jüdischen Richter zeichneten sich durch be-

sondere Kenntnisse und Objektivität aus, wie selbst ihre Kollegen zugaben. Die jüdischen Rechtsanwälte waren die Vertreter des Großhandels und der Großindustrie, nicht weil sie Juden waren, sondern weil sie sich in wirtschaftliche Probleme besonders gut eingelebt hatten. Ich erinnere mich heute noch an die Worte des von mir hochgeschätzten Senatspräsidenten Knopf: ‚Die jüdischen Anwälte werden von der Nürnberger Industrie sehr vermißt werden'. Ich selbst hatte in dieser Zeit zwei christliche Anwälte als Assistenten. Einer von ihnen war bereits ein zugelassener Rechtsanwalt, der andere noch in der Vorbereitung begriffen. Die Hilfsarbeiter gingen zu Gericht und ließen die meisten Sachen vertagen, soweit sie sie nicht selbst verhandeln konnten"[186]). Dieser Zustand dauerte nur einige Tage, nach der Erlassung des oben genannten Gesetzes wurden Dr. Blum und u. a. auch sein Schwager Dr. Hans Teutsch, die Frontkämpfer waren, wieder zum Gericht zugelassen.

Am 22. April waren die jüdischen *Ärzte* an der Reihe. In der „Verordnung über die Zulassung von Ärzten zur Tätigkeit bei den Krankenkassen" wurde festgelegt, daß ab 1. Juli 1933 die kassenärztlichen Vereinigungen die Zulassung nichtarischer Ärzte für beendet zu erklären hätten, dasselbe galt auch für Zahnärzte[187]) wie bei den anderen Gesetzen auch hier mit der oben genannten Einschränkung. Als nichtarisch galt, „wer von nichtarisch, insbesondere jüdischen Eltern oder Großeltern abstammt. Es genügt, wenn ein Elternteil oder Großelternteil nicht arisch ist".

Auch in anderen Bereichen des Erwerbslebens mußten Juden entlassen werden. Den nationalgesinnten, liberalen Chefredakteur der „Nürnberger Zeitung" Neumann mußte der Verlagsbesitzer Spandel nach dem Umsturz unter Druck entlassen: „Der Spuk wird bald vorbei sein. Dann sind Sie mit Ihren alten Rechten bei mir wieder engagiert", äußerte Spandel. Neumann war anfänglich zuversichtlich. Er zog in ein Miethäuschen der Loher-Moos-Siedlung, um vor Belästigungen sicher zu sein. Auf Wilhelm Riepekohls (ehem. Hauptschriftleiter der „Fränkischen Tagespost") und Karl Brögers Anraten setzte er sich etwa im Frühjahr 1934 nach Amerika ab[188]).

Die Partei griff im Sinne der „Gleichschaltung" auch in das Leben der *evangelischen Kirche* ein und suchte auch dort dem Arierparagraphen Geltung zu verschaffen. Vom 29. bis 31. Mai 1933 fand die Bekenntnissynode in Wuppertal-Barmen statt, die sich diesen Bestrebungen widersetzte. Die bayerische Landeskirche schloß sich den „Deutschen Christen" nicht an. Am 14. September 1933 setzten 16 Nürnberger Pfarrer durch einen an alle Amtsbrüder gerichteten Brief diese davon in Kenntnis, daß sie zusammen mit 9 weiteren Pfarrern Landesbischof Meiser in München darum gebeten hätten, gegen die Übernahme des Arierparagraphen in das kirchliche Leben, wie dies die preußische Landessynode beschlossen hatte, zu protestieren. „Die Kirche hat ihren Pfarrern durch die Ordination das Predigtamt übergeben. Sie kann es nicht zurückziehen um eines außerkirchlichen Gesichtspunktes willen ... Der Arierparagraph bedeutet, daß in unserer Kirche weder Petrus, noch Paulus, noch der Herr Christus selber predigen dürften ... 25 Pfarrer aus Nürnberg und Umgebung haben an den Herrn Landesbischof die ehrerbietige Bitte gerichtet, kraft seines bischöflichen

Amtes, das ihn zum Hüter des Bekenntnisses bestellt, gegen diese Bekenntniswidrigkeit zu protestieren, eben vom Bekenntnis aus und haben ihm sagen lassen, daß sie der Überzeugung sind, unter diesen Umständen komme es für die Kirche zum status confessionis"[189]). Um Schwierigkeiten aus dem Weg zu gehen, half sich die Landeskirche dadurch, daß sie gefährdete Pfarrer aus den Pfarrämtern zurückzog und anderweitig einsetzte, so z. B. wurde Pfarrer Jordan (Halbjude) in die Innere Mission übernommen[190]).

Am 1. Mai 1933 meldete das Nürnberg-Fürther israelitische Gemeindeblatt: „Die Israelitische Zentrale *Wohlfahrtsstelle*, die bisher gleich allen anderen Wohlfahrtsverbänden dem Nürnberger Hilfswerk angehörte und an dessen Arbeiten wie auch an dessen Vergünstigungen teilhatte, ist aus demselben ausgeschlossen worden. Die Bestimmungen, wonach Rabbiner und sonstige Vertreter der Kultusgemeinde in der öffentlichen Wohlfahrtspflege Sitz und Stimme hatten, sind aufgehoben worden. Die jüdischen Wohlfahrtsstellen sind in ihrer Hilfstätigkeit fortan ganz allein auf sich angewiesen"[191]). Der „Verein Merkur", der kaufmännische Nachwuchskräfte ausbildete, schloß sämtliche jüdischen Mitglieder aus[192]). Ab August durften die Juden keines der städtischen *Schwimmbäder* mehr besuchen. Die fadenscheinige Begründung des städtischen Nachrichtenamtes hierfür lautete, daß sich „in letzter Zeit Unzuträglichkeiten ergeben" hätten[193]). Im September wurde in einer geheimen Stadtratssitzung beschlossen, daß den Juden die Teilnahme an Versteigerungen im städtischen *Leihamt* zu untersagen sei[194]).

Die meisten Juden ertrugen die ihnen auferlegten schweren Einschränkungen mit Würde. Ihre Haltung faßt ein Artikel des Gemeindeblattes vom 1. Mai 1933 zusammen: „Die politische Umwälzung in unserem Vaterland hat uns deutsche Juden vor eine Situation gestellt, der wir nur mit dem Höchstmaß von Selbstbesinnung und Selbstkritik, von Gemeinschaftsgeist und Verantwortungsbewußtsein begegnen können. Freilich nicht zum ersten Male in der Geschichte hat das Schicksal uns harte Prüfungen auferlegt; gar viele Stürme sind im Laufe der Jahrtausende über uns hinweggebraust. Die Lebenskraft und der Lebenswille des Judentums, von einer hohen Daseinsaufgabe erfüllt, gingen zuletzt doch immer ungebrochen aus den Kämpfen hervor. Und so soll auch das bittere Leid der Gegenwart kein schwaches Geschlecht finden. Es soll uns nicht verbittern und kleinmütig machen. Voll Glaubensstärke wollen wir mit dem Blick auf unsere Ahnen in der Überwindung des Leids eine sittliche Aufgabe unseres Judeseins erblicken. Vor allem heischt das Gebot der Stunde Einheit und Friede in den eigenen Reihen. Gilt es doch alle Kräfte, die materiellen wie die geistigen, zusammenzufassen, um bereits zertrümmerte Existenzen zu stützen, um die seelisch gebrochenen zu ermutigen und sie vor dem Abgleiten in Verzweiflung und Fatalismus zu bewahren. Mit aller Energie müssen die schwierigen Fragen der Berufsumschichtung, etwa notwendigen Berufswechsels und der Schule zur bestmöglichen Lösung gebracht werden. Dieser Stempel der Geschlossenheit, repräsentiert durch eine großzügige Organisation, muß der gesamten Hilfstätigkeit der Juden aufgeprägt sein, wenn ihr ein greifbarer Erfolg beschieden sein soll. Mehr denn je verlangt endlich unsere schicksalsgegebene Gemeinschaft von ihren Gliedern starkes Verantwortungsbewußtsein im Privat- wie auch Berufs-

leben. Die gesamte Lebensführung sei gekennzeichnet durch Zurückhaltung, bescheidenes und taktvolles Auftreten, treue Pflichterfüllung und Würde"[195]).

Um den Glaubensgenossen in den Wirrnissen der Zeit soweit wie möglich zuverlässigen Rat erteilen zu können, wurde, wie auch in anderen Städten, in Nürnberg eine Auskunftsstelle geschaffen[196]). Leiterin der Stelle war Frau Dr. Julie Meyer. (Über die besonderen Umstände dieser Institution siehe S. 226).

Die bisher dargestellten Vorgänge waren die wichtigsten „legalen" Maßnahmen der Nationalsozialisten gegen die Juden im Jahre 1933, einige Nürnberger Juden gerieten aber bereits in die Willkür der Parteiorgane und waren schlimmsten Mißhandlungen und teilweise bereits dem Mord der Nazi-Schergen ausgeliefert. Wir zitieren zunächst aus den Aufzeichnungen Bernhard Kolbs, des Sekretärs der Nürnberger Kultusgemeinde: „Schon im März 1933 wurde eine große Anzahl der Gegner Streichers, darunter vor allem denunzierte oder aus sonstigen Gründen besonders mißliebige Juden, verhaftet. Ich erinnere mich besonders an den Fall des Nürnberger Rechtsanwalts Rosenfelder, der wiederholt in Beleidigungs- und Verleumdungsprozessen gegen Streicher aufgetreten war. Bald nach seiner Verhaftung wurde Rosenfelder nach Dachau überführt und dort umgebracht. Außer Rosenfelder wurde im gleichen Monat auch eine Anzahl anderer jüngerer Juden verhaftet und nach Dachau gebracht. Unter ihnen war ein gewisser Benario (Dozent an der Nürnberger Handelshochschule, d. Verf.), Arthur Kahn, Dr. Theodor Katz von Nürnberg, Goldmann von Fürth und Kahn von München. Auch diese wurden im Lager später getötet. Ich wurde in meiner Eigenschaft als Geschäftsführer der israelitischen Kultusgemeinschaft stets davon verständigt, daß die Leichen der Getöteten im Lager Dachau abgeholt werden könnten. Ich habe auf solche Mitteilungen hin den Leichenwagen nach Dachau geschickt und die Leichen auf den hiesigen jüdischen Friedhof bringen lassen. Obwohl die Särge verschlossen waren, habe ich sie öffnen lassen. Ich habe die Leichen identifiziert und außerdem festgestellt, daß die Verstorbenen durch Schüsse getötet worden waren . . .

Im Laufe des Jahres 1933 sind noch wiederholt Fälle vorgekommen, in denen die Leichen jüdischer Gefangener aus Dachau abgeholt werden mußten. Von ungefähr 1935 an geschah dies nicht mehr, weil in Dachau ein Krematorium eingerichtet wurde. Von dieser Zeit an wurde der Friedhofsverwaltung nur die Asche der Getöteten überschickt"[197]). Die Angaben Kolbs wurden durch die anderer Verfolgter und von Dachauhäftlingen bestätigt. Dr. med. Theodor Katz war praktischer Arzt und Träger des EK I. Im Frühjahr 1933 wurde er vom Untersuchungsgefängnis aus nach Dachau verschleppt, war dort Lagerarzt und wurde später brutal erschlagen[198]).

Als in Dachau 1933 inhaftierte Nürnberger Juden nennt Hugo Burkhard außer Dr. Katz, Dr. Rosenfelder und Benario noch Hans Max Cohn (dort auch ermordet), Norbert Katz, Siegfried Reiter, Richard Sterndecker, Schönfärber, Manfred Steinhäusser, Erich Gans (dort ermordet)[199]). Keiner der genannten Juden hat die Verfolgungen überlebt.

Die Juden in Dachau wurden von vornherein schärfer behandelt als andere Häftlinge und die SS benutzte alle erdenklichen Anlässe, um sie zu kujonieren[200]).

Bei der Ankunft war Aufspannen auf einen Bock und Durchpeitschen üblich, wonach etliche Häftlinge mit schweren Verletzungen für längere Zeit ins Revier gebracht werden mußten. Manche Häftlinge mußten ihren eigenen Kot verzehren und Urin trinken, viele wurden zu Tode geschunden[201]). Burkhard schildert auch den Besuch Streichers und Himmlers in Dachau 1933[202]), nach der „Kristallnacht", im Dezember 1938, kam Streicher noch einmal in dieses Konzentrationslager[203]).

Im Juli 1933 erging eine Verhaftungswelle über die Mitglieder der Nürnberger jüdischen Logen, die Maimonides-Loge und die Jacob-Herz-Loge, die beide der internationalen B'ne B'rith Logenvereinigung angehörten. Kolb berichtet: „Am 20. Juli 1933 wurden ungefähr 300 Juden, meistens Mitglieder der Loge B'ne B'rith, aus den Häusern geholt und verhaftet. Sie wurden durch die Straßen geführt, geschlagen und schließlich nach einem SA-Sportplatz im Süden Nürnbergs gebracht. Unter ihnen waren mehrere mit 70 Jahren und mehr. Sie wurden zu den erniedrigendsten Arbeiten gezwungen und schließlich mußte eine Anzahl mit den Zähnen Gras ausrupfen. Es wurde den Juden verboten, etwas darüber zu sagen. Dies wurde mir von mehreren erzählt, die an diesen Vorkommnissen beteiligt gewesen waren . ." [204]). Diese Angaben Kolbs wurden durch Hinweise Ernest A. A. Noyners bestätigt, der sich auch erinnert, daß die Verhafteten Hundekot lecken mußten und noch anderen Mißhandlungen unterworfen wurden[205]). Der Pogrom-Impresario war der SA-Oberführer v. Obernitz[206]).

Streichers Vorliebe für Sexuelles entsprang noch eine weitere Aktion: „Ebenfalls noch im Jahre 1933 geschah es, daß nichtjüdische Frauen und Mädchen mit geschorenem Kopf durch die Straßen Nürnbergs geführt wurden; es waren ihnen Plakate umgehängt, aus denen in diffamierender Weise hervorging, daß sie Beziehungen zu Juden hatten. Bilder hiervon wurden im Stürmer veröffentlicht"[207]). Aus der Verfolgung des Jahres 1933 zogen viele Juden bereits die Konsequenzen. Lebten am 1. Februar 1933 noch 8 266 Juden in der Stadt, so waren es bereits bei der Volkszählung vom 16. Juni nur noch 7 502, die erste Auswanderungswelle hatte also schon beträchtlichen Umfang[208]).

Das Jahr 1933 hatte das verbrecherische Gesicht des Nationalsozialismus bereits in aller Deutlichkeit enthüllt, die schlimmsten Ereignisse scheinen jedoch der Allgemeinheit unbekannt geblieben zu sein; entlassene Häftlinge wurden zu strengstem Stillschweigen bei Androhung der Wiedereinlieferung verpflichtet. Die Vorgänge in den Konzentrationslagern gingen mehr als Gerüchte um, sie wurden teilweise nicht geglaubt und indirekt Mitschuldige — soweit sie das Geschehene nicht direkt guthießen — wollten sie auch nicht glauben.

2. *Die weitere Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft und ihr Schicksal bis zur „Kristallnacht" 1938*

Die Boykottmaßnahmen des Jahres 1933 brachten für die jüdischen Geschäfte und Unternehmungen Nürnbergs schwere Einbußen. Hugo Gutmann, der alleinige Gesellschafter und Geschäftsführer der Hugo Gutmann GmbH (Großhandel von Büromaschinen und Büroeinrichtungen) z. B. erklärte am 30. Oktober 1955 eidesstattlich: „Die Beschränkungen meiner wirtschaftlichen Tätigkeit verschärf-

ten sich im Jahre 1933 derart, daß die Fabriken, wie Mercedes Büromaschinenwerke, Zella-Mehlis/Thüringen; Adrema Maschinenbaugesellschaft, Berlin; Francotype Gesellschaft, Berlin, etc., gezwungen waren, mir sofort die Vertretungen zu entziehen, ebenso verlor ich alle Behördenaufträge"[209]). Nachteilig wirkte sich auch die Inseratensperre bei nationalsozialistischen Zeitungen und die Tätigkeit des „Kampfbundes des gewerblichen Mittelstandes" aus. Die nat.-soz. Betriebsorganisation (NSBO) übte einen Druck auf nichtjüdische Firmen aus, die daraufhin leitende und untergeordnete jüdische Angestellte entließen[210]). Um eine Schädigung des Wirtschaftsgefüges zu vermeiden, griff der Reichswirtschaftsminister wiederholt ein und untersagte weitere Aktionen. Trotzdem mischten sich untere Parteistellen wiederholt ein. Nationalsozialistische Angestellte in jüdischen Firmen intrigierten und verschafften sich lukrative Stellungen.

Immer wieder wurden Streicher und seine Gauleitung aktiv. „In den ersten Tagen des Reichsparteitages vom September 1934 kam es zu einem großen Exzeß vor der Synagoge am Hans-Sachs-Platz in Nürnberg. Mehrere geschlossene Abteilungen von uniformierten SA-Männern, im ganzen etwa 300—400, erschienen vor der Synagoge, belästigten die Juden, die anläßlich des Neujahrstages die Synagoge aufsuchen wollten, hefteten an den geschlossenen Toren eine Anzahl Stürmerbilder an und versuchten, über die geschlossenen Tore zu klettern, um in die Synagoge einzudringen. Der Aufruhr, der hierdurch verursacht wurde, war so groß, daß ein Gestapo-Beamter, der in der Synagoge zugegen war, die Polizei zur Wiederherstellung der Ordnung herbeirufen mußte. Der Exzeß war organisiert; es kann auch kein Zweifel darüber bestehen, daß er auf Anordnung der Gauleitung zurückzuführen war"[211]). Bis zur Röhm-Affäre im Januar 1934 hatten Streichers Spannungen zur SA seinen Unternehmungen manchmal eine gewisse Grenze gesetzt, darnach aber hatte er freies Feld. Indem er SA-Oberführer v. Obernitz, der zeitweilig Polizeipräsident von Nürnberg war, vor der weiteren Verfolgung im Zusammenhang mit der Röhm-Affäre rettete, bekam er diesen und damit die SA in Nürnberg völlig in seine Hand[212]).

Bei der Behandlung der Juden in der Wirtschaft arbeiteten teilweise zentrale und auch untere Stellen gegeneinander, etwa bei der Frage, ob Beamte in jüdischen Geschäften einkaufen dürften. „Zusammenstöße zwischen den Intentionen der Reichsbehörden und der unteren Parteistellen blieben natürlich nicht aus und brachten manchen Parteifunktionär in Verlegenheit. Entgegen einer Anordnung des Reichswirtschaftsministers gab es auch 1934 wieder einen ausgedehnten Weihnachtsgeschäftsboykott"[213]). Dieser war eine der Spezialitäten Streichers, außer dem von 1934[214]) zog er einen solchen in der Weihnachtszeit des Jahres 1937 in großem Stil auf, es war ein „Privatfeldzug" gegen jüdische Geschäfte und Nürnberger Warenhäuser. Am 16. Dezember 1937 erschien in der „Fränkischen Tageszeitung" und an den Anschlagsäulen ein Boykottaufruf. Über die Vorgänge beim Boykott sind wir gut unterrichtet[215]): „Das größte lokale Ereignis in Nürnberg war in den letzten Monaten der Weihnachtsboykott. Die Geschichte begann damit, daß die jüdischen bzw. ehemals jüdischen Geschäfte am Kupfernen Sonntag einen über alle Maßen großen Erfolg hatten. Die großen Warenhäuser waren den ganzen Tag über belagert. Es mußte wiederholt Polizei aufgeboten werden, um die eindrängenden Käufermassen zu ordnen, und wiederholt

mußten die Geschäfte geschlossen werden, damit die darin befindlichen Kunden erst einmal bedient werden konnten ... Die Gegenwirkung blieb nicht aus. Einige Tage später erschien in den Nürnberger Zeitungen ein Aufruf des Gauleiters Streicher. Es hieß darin, daß ein jüdisches Blatt in Bukarest ‚Drohungen' gegen den Gauleiter ausgestoßen und gleichzeitig auf die Tatsache aufmerksam gemacht habe, daß es immer noch Bukarester Firmen gebe, die Nürnberger Spielwaren kauften usw. Streicher forderte unter Bezugnahme auf die Drohungen auf, die jüdischen Ladengeschäfte zu boykottieren. Schlagartig setzte zwei Tage später die Boykottaktion ein. Vor allen jüdischen Ladengeschäften wurden große, etwa 2 Meter hohe rote Plakate aufgestellt, die auf Holztafeln befestigt waren und auf Ständern standen, die weithin sichtbar waren. Die Plakate gaben den Aufruf Streichers wieder, in dem es u. a. hieß, daß ‚wir Nationalsozialisten den Juden bisher Gastrecht gewährt haben und daß auf die unverschämte Drohung des Bukarester Blattes erfolgen müsse: ‚Kein Deutscher kauft bei Juden!' Gleichzeitig marschierten vor allen jüdischen Geschäften Zivilposten auf, die die Eingänge der Geschäfte überwachten, so daß es unmöglich war, diese zu betreten ... Am nächsten Sonntag, dem ‚Silbernen Sonntag', mußten die jüdischen Geschäfte ebenfalls, genau so wie die arischen, geöffnet bleiben. Die Angestellten mußten ins Geschäft kommen. Nur die Kunden hatten keinen Zutritt ... Die Polizei hat in keinem einzigen Fall eingegriffen ... Vor dem Warenhaus Schocken waren in den ersten Tagen ebenfalls die erwähnten roten Plakate angebracht, die nach 8 Tagen durch andere ersetzt wurden. Diese Umstellung hatte folgende Ursache: Schocken, eine früher vorwiegend jüdische Firma und Kommanditgesellschaft, ist seit einiger Zeit in eine AG umgewandelt worden, und es heißt, daß sehr viel englisches Kapital in dieser Firma investiert worden ist ... Diese Milderung sah allerdings so aus, daß an Stelle des einheitlichen Boykottplakates bei Schocken ein anderes Plakat angebracht wurde, das etwa folgenden Text hatte: ‚64 % des Aktienkapitals der Firma Schocken befindet sich in englischen Händen, der Rest ist in jüdischem Besitz. Deshalb bekämpfen wir dieses jüdische Geschäft!' ..."

„Während dieser systematischen Boykottierung mit Hilfe von Sperrposten, Plakaten und hemmungslosen Drohungen wurden Angestellte und Kunden mißhandelt, Lieferdienste kontrolliert, deren Fahrer geschlagen und die Ware auf die Straße geworfen"[216]). „Die im Hause befindlichen Kunden wurden beim Verlassen des Geschäfts (Schocken) beschimpft und zum Teil sogar angespuckt. Gegen Kunden, die sich zur Wehr setzten, wurde zum Teil sogar handgreiflich vorgegangen"[217]). „Das Nürnberger Polizeipräsidium weigerte sich, auf die Hilferufe der Betriebsleitung von Schocken hin einzugreifen und Ruhe und öffentliche Ordnung zu schützen. Die wegen Ausschreitungen am 21. Dezember angerufene Gauleitung der NSDAP ließ mitteilen, daß Gauleiter Streicher bis 11. Januar 1938 keine Sprechstunde mehr habe (!). Schritte bei der Reichsleitung der NSDAP in München blieben ebenso erfolglos"[218]).

Die durch solche Maßnahmen geförderten Auswanderungsbestrebungen der Juden wurden durch verschiedene Maßnahmen erschwert. Die zentrale Nachrichtenstelle des Präsidenten des Landesfinanzamts Berlin überwachte die Schuldverschreibungen, um Kapitalverschiebungen zu verhindern, so z. B. auch bei der Nürnberger Firma Josef Levinger[219]). Die Juden mußten als „Reichsfluchtsteuer"

ein Viertel ihres Gesamtvermögens entrichten, bei Josef Levinger z. B. betrug diese am 14. Juli 1936 51 613 Reichsmark[220]).

Welche Schwierigkeiten besonders in Nürnberg bestanden und wie die „schleichende" Arisierung vor dem Herbst 1938 vor sich ging, zeigen anschaulich die Erinnerungen des Nürnberger Rechtsanwalts Dr. Fred Blum. So legte z. B. Streicher das „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 20. Januar 1934" auf seine Weise aus[221]). „Gemäß diesem Gesetz war auch der jüdische Eigentümer Herr seiner Gefolgschaft. In Nürnberg hätte dies zur Folge gehabt, daß die jüdischen Eigentümer der Geschäfte und Fabriken mehr Macht über ihre Arbeiter gehabt hätten als vorher. Aber entgegen dem Wortlaut des Gesetzes verkündeten Streicher und seine Gesinnungsgenossen in Nürnberg, daß kein Jude der Betriebsführer eines jüdischen Geschäftes sein könne. Den jüdischen Geschäftsinhabern wurde auferlegt, einen nationalsozialistischen Vertreter zu bestellen, der selbständig zu entscheiden hatte. Dies war eine spezielle Regelung für Nürnberg . . ."

Konnten damals Streichers und seiner Trabanten Eigenmächtigkeiten manchmal noch abgewehrt werden, so wurde dies in der Folge immer schwieriger. Blum schreibt: „Um als Vertreter großer Firmen zu verkaufen, war in Deutschland in dieser Zeit eine Identitätskarte notwendig. Bis zum Jahre 1937, oder besser bis zum Rücktritt von Schacht, war dieser Ausweis für jüdische Vertreter ohne weiteres erhältlich. Nach dem Rücktritt Schachts waren Streicher und seine Freunde überzeugt, daß sie die Juden aus dem Handel ganz verdrängen könnten und daß sie letzten Endes die Juden auf diese Weise aus Deutschland vertreiben könnten. In Nürnberg wurde zum erstenmal die Ausstellung der Identitätskarte verweigert, obwohl dies ungesetzlich war.

In den Jahren 1937 und 1938 hatte die Partei die Kontrolle über den Verkauf jüdischer Betriebe übernommen[222]). Dagegen konnten sich die jüdischen Industriellen in Nürnberg nur dadurch schützen, daß sie an einen Konzern außerhalb Nürnbergs verkauften und dazu die Genehmigung des Reichswirtschaftsministeriums erhalten. Ich war in diesen Jahren oft in Berlin und konnte für die jüdischen Verkäufer wenigstens bessere Bedingungen durchsetzen als in Nürnberg . . ."

In folgendem schildert Blum einen typischen Fall:

„Die Firma Dr. Walter Lessing, die, wie ich früher schon erwähnte, die älteste Fabrik galvanischer Kohle in Deutschland war, war in der Hitlerzeit unter Leitung von Dr. Walter Lessing, eines meiner besten Freunde . . . In Nürnberg engagierte Dr. Walter Lessing einen Dipl.-Ingenieur, Corps-Studenten und Bundesbruder des Polizeipräsidenten in Nürnberg, Herrn Muschi. Die Firma blühte und gedieh, vor allem der Export war erheblich. Muschi war einer der höchstbezahlten Fabrikleiter in Nürnberg und benahm sich zunächst als der intimste Familienfreund, der dem Inhaber treu ergeben war. Erst im Jahre 1937 bekam er den Ehrgeiz, das Unternehmen selbständig zu übernehmen. Wenn er die nötigen Mittel selbst gehabt hätte, oder sie durch Dritte beschafft hätte, hätten weder Dr. Lessing noch ich dagegen Einspruch erhoben. So aber verschaffte er sich eine Schätzung, auf Grund deren er 100 000 Mark für das Unternehmen bot, das

kurze Zeit vorher von der Bayer. Treuhandgesellschaft auf 1 Million 400 000 Mark geschätzt worden war.

Diese Schätzung war erfolgt, als der Geschäftsführer des „Stürmer" die Firma erwerben wollte. Der Polizeipräsident sowohl wie sein Vertreter Dr. Kiesel sagten mir zu — offenbar auch nach Besprechung mit Muschi — daß wir nicht gezwungen würden, die Firma an den Stürmer zu verkaufen. Ich fuhr mit Frau Dr. Lessing nach Berlin, um mit einem Konkurrenten der Firma wegen Übernahme zu verhandeln. Sie offerierten einen angemessenen Preis und kamen 10 Tage später nach Nürnberg, um den Vertrag abzuschließen. In Nürnberg nahmen sie Fühlung mit den Parteileitern und teilten mir mit, daß sie am Kauf der Firma kein Interesse mehr hätten. Die Firma blieb in Händen von Dr. Lessing, bis sie im Jahre 1938 unter Druck seitens der Partei an Muschi und seine Freunde verkauft wurde. Dieselben Leute, die vorher die Firma mit 1 400 000 Mark bewertet hatten, schätzten sie jetzt auf 400 000 Mark. Der Kaufpreis war ca. 500 000 Mark, ungefähr ein Drittel des tatsächlichen Wertes. Dr. Walter Lessing und seine Frau Emmy hatten nicht mehr den Mut auszuwandern. Dr. Walter Lessing starb bald. Seine Frau beging Selbstmord, als die SS sie abholen wollte, um sie in eines der Vernichtungslager abzutransportieren. Die Firma wurde später an die in Amerika lebende Frau des verstorbenen Mitinhabers, Frieda Lessing, zurückgegeben, die natürlich die Fabrik nicht mehr leiten konnte und an Dritte weiterverkaufte"[223]).

Zeigen die Aufzeichnungen Blums die Vorgänge bei der Arisierung von Betrieben, so sei in folgendem noch ein Beispiel eines bekannten Nürnberger Geschäfts, der „Marmorecke" am Josephsplatz, erwähnt. Ich zitiere aus der Urteilsbegründung der Wiedergutmachungskammer vom 15. Juni 1950, da in dieser auch die Argumente des Käufers dargestellt sind, der nicht von der üblen Sorte war und nach dem Kriege sich natürlich zu verteidigen suchte. Aus den Akten geht auch die Rechtslage bei gewissen Rückerstattungsverhandlungen hervor, auch aus diesem Grunde sei der etwas längere Aktenauszug zitiert:

„Die Antragsteller, Vater und Sohn, waren die Teilhaber der offenen Handelsgesellschaft ‚Marmorecke Julius Langstadt' in Nürnberg, die bis zum Jahre 1938 das dann vom Antragsgegner erworbene Herrenartikel- und Modewarenspezialgeschäft am Josephsplatz 34 in Nürnberg betrieben hat ...

Beide Antragsteller sind Juden.

Sie verkauften mit Vertrag vom 14. 1. 1938 das Geschäftsunternehmen mit dem Firmenzusatz ‚Marmorecke' an den Antragsgegner ... Das Grundstück war nicht Gegenstand dieses Kaufes, sondern folgte erst 1940/41 in die Hand des Antragsgegners. Dieser hatte im Kaufvertrag über das Geschäftsunternehmen lediglich ein Vorkaufsrecht eingeräumt erhalten; dieses übte er aus, als im Zuge der weiteren Judenverfolgungen nach dem 8./9. 11. 1938 deren Grundstücke zum Verkauf kamen ...

Der Anspruch auf Rückgewähr des Geschäftes ist aus Art. 2 REG begründet. Es besteht nicht nur die Vermutung, daß die Veräußerung des Geschäftes auf Maßnahmen der rassischen Verfolgung beruht, sondern es sind die konkreten Gründe

für die Veräußerung im Sinne von Verfolgungsmaßnahmen klar bewiesen. Auf die Antragsteller ist nicht nur durch die vom Antragsgegner nicht bestrittenen, im übrigen durch eidesstattliche Versicherungen bewiesenen Boykottmaßnahmen, die insbesondere vor Weihnachten 1937 durchgeführt worden waren, sondern auch durch Verhaftung und ausdrückliches Verlangen der Veräußerung von seiten der Geheimen Staatspolizei ein individueller sittenwidriger Zwang ausgeübt worden. Das ergibt klar die eidesstattliche Versicherung des Antragstellers Julius Langstadt vom 17. 2. 1950. Danach sind die Antragsteller am 6. 1. 1938 von der Gestapo verhaftet worden und mußten dabei, nachdem ihnen angebliche mißfällige Äußerungen bei Durchführung der Boykottmaßnahmen vorgehalten worden waren, zu Protokoll der Gestapo erklären, daß Verkaufsabsicht bestehe und R. als Käufer in Frage komme. Diese eidesstattliche Erklärung des Antragstellers Julius Langstadt wird gestützt durch diejenige des damaligen Rechtsberaters des Antragstellers Dr. Leopold Landenberger vom 8. 6. 1949, und durch die ihr innewohnende Wahrscheinlichkeit. Nur so ist es in der Tat zu erklären, daß die Antragsteller ihr blühendes Geschäft veräußerten ...

Der entsprechende Punkt aber, nämlich die für diese Entscheidung tragende Schlußfolgerung, das Geschäft habe dem freien Willen des Veräußerers entsprochen, läßt sich aber gerade im vorliegenden Fall unter gar keinen Umständen feststellen, mögen die Verhandlungen mit dem Antragsgegner noch so loyal geführt worden sein, angesichts der bewiesenen Kausalität zwischen Verfolgung und Verkaufsentschluß ..."[224]).

Über den Wert des Objekts und das Entgelt stellte die Kammer fest:

„Der Kaufpreis wurde von R. in der Weise festgesetzt, daß er für die gesamte Geschäftseinrichtung 15 000 RM bezahlte, und daß das Warenlager zum Verkaufspreis mit einem Abschlag von 42 % übernommen werden sollte. Dieser Abschlag wurde später auf Verlangen von R. durch Nachtragsvertrag vom 21. Februar 1938 auf 47 % erhöht. Es kam hinzu, daß diese schon an und für sich ungünstige Vereinbarung sich nur auf die gängigen Warenbestände beziehen sollte. Was gängig war, bestimmte Herr R. Die Herren Langstadt mußten sich unter dem Druck der Verhältnisse dieser Bestimmung fügen. Die im Dezember 1937 und im Januar 1938 eingelaufenen neuen Waren, die vor der Arisierung nicht mehr in den Verkauf eingeräumt wurden, wurden von Herrn R. zum Fakturenpreis ohne Abzüge übernommen. Diese Waren beliefen sich auf ca. 20—30 000 Reichsmark.

Nach der von Herrn R. gefertigten Aufstellung ergab sich folgender Kaufpreis:

An Waren laut der von ihm aufgestellten Inventur	RM	234 263,49
Einrichtung laut Vertrag		15 000,—
Verpackungsmaterial		500,—
	RM	249 763,49

Das Entgelt war kein angemessener Kaufpreis. Abgesehen von der Tatsache, daß die Inventur von Herrn R. selbst aufgenommen wurde, der also selbst bestimmte, was er als gängige Waren bezeichnete, war der Abschlag von 47 % außergewöhnlich hoch. Ferner war die Geschäftseinrichtung erheblich mehr wert und

war mindestens auf 30 000 RM zu bemessen. Die Geschäftseinrichtung war mit einem Kostenaufwande von 75 000 RM eingebaut worden. Für das Geschäftslager nebst Einrichtung war ein Kaufpreis von mindestens 450 000 RM angemessen, da das Lager damals mit ca. 400 000 RM zu bewerten war. Vor allem aber fehlte es an einer Vergütung für den Geschäftswert des Unternehmens, obwohl der Käufer sich das Recht zur Fortführung der Firmenbezeichnung „Marmorecke" ausdrücklich ausbedungen hatte, und das Geschäft auch in den alten Räumen und unter Benutzung des Goodwill das Unternehmen fortführte. Bei den erheblichen, im Geschäft erzielten Gewinnen (in den Jahren 1930/31 ca. 80 000 RM jährlich) ist der Geschäftswert des Unternehmens mindestens mit ca. 250 000 RM zu veranschlagen[225])."

Über das geringe Entgelt konnte Langstadt aber nicht verfügen: „Der von R. gezahlte Kaufpreis wurde bei der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank eingezahlt und wurde von der Nazistelle gesperrt. Von Zeit zu Zeit wurden geringe Beträge für Lebensunterhalt und sonstige Spesen freigegeben. Außerdem wurde der Betrag für Zahlungen von Kapitalflucht, Judenabgabe und Auswanderungsabgabe fast ganz aufgebraucht ..."[226]).

Es ist zu betonen, daß alle diese Vorgänge vor der „gesetzlichen" Zwangsarisierung durch die „Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben" vom 12. November 1938 stattfanden, also noch in der Zeit der „schleichenden" Arisierung.

Besonders nach den „Nürnberger Gesetzen" wuchs die seelische und wirtschaftliche Bedrängung der Juden in der Stadt, sie standen von seiten der verschiedenen Behörden und vor allem der Parteiorganisationen unter solchem Druck, unter solchem psychischen Terror, daß sie in tiefe Verzweiflung und dauernde Angst versetzt wurden. Aber eigenartigerweise kam es in der Machtsphäre Streichers vor der Kristallnacht relativ selten zu physischen Gewaltmaßnahmen. Der ehemalige Ortsvorsitzende des Zentralvereins, Dr. Walter Berlin, soll sich folgendermaßen über die Verhältnisse geäußert haben: „Im Bereiche Streichers sind wir Juden vielleicht mehr unseres Lebens sicher als sonst wo im Reiche. Aber nirgendwo ist unsere seelische Bedrängnis und unsere Verfemung schlimmer und untragbarer als in Franken"[227]).

Was unternahmen nun die Mitglieder der Kultusgemeinde außer der Auswanderung, was unternahmen die jüdischen Organisationen, um die Not zu lindern? Eine am 1. Oktober 1933 im Gemeindeblatt veröffentlichte Zuschrift zeigt den Willen der Juden, das Beste aus der schlimmen Situation zu machen: „Es wird ein trüber Winter werden, der uns bevorsteht. Seelische Not drückt uns zu Boden, Sorge und Leid haben in vielen Familien unserer Gemeinde Einzug gehalten, finanzielle Bedrängnis herrscht überall in unseren Kreisen, zahlreiche junge Menschen wandern ab, da sie keine Zukunftsmöglichkeit mehr im Lande für sich sehen. Innige Bande wurden jäh zerrissen, Eltern sahen ihre Kinder, Geschwister ihre Brüder und Schwestern ziehen, Freunde müssen sich von Freunden trennen. So vieles, was fest gegründet unwandelbar dastand, ist zerstört. Ist es darum verwunderlich, wenn Mutlosigkeit, oft sogar Verzweiflung bei vielen unter uns herrscht? Da ist es Pflicht, diesen gebrochenen und verstörten Menschen

Mut zuzusprechen und sie zum Durchhalten in dieser so schweren und harten Zeit aufzurütteln. Dazu muß freilich einer dem anderen Freund und Berater werden, müssen die Beziehungen unter uns enger werden. Wie eine große Familie sollten die Mitglieder unserer Kultusgemeinde zusammenleben und einer beim anderen Trost und Beistand finden. Schon die äußeren Verhältnisse drängen dazu, sich stärker aneinander anzuschließen und dem öffentlichen Getriebe fernzubleiben"[228]).

Interessant sind die Verhältnisse der *Beratungsstelle*, von deren Errichtung wir bereits berichteten. Wir zitieren aus einer eidesstattlichen Erklärung Dr. Walter Berlins vom 11. Januar 1956[229]). „Die Aufgaben, die für die jüdische Gemeinschaft in Nürnberg zu erledigen waren, waren aber nicht geringer, sondern größer geworden. Sie hatten sich gegenüber früher umgestaltet. Es handelte sich, soweit nicht der Aufgabenkreis der Kultusgemeinde in Betracht kam, vor allem um juristisch wirtschaftliche Tätigkeit, um Beratung über Verhalten bei Vernehmungen, Entlassungen aus dem KZ, drohende oder erfolgte Berufsverluste und Einschränkungen, Umsiedlung nach Orten außerhalb und selbst innerhalb Frankens unter Räumung von Orten, die judenfrei gemacht wurden, Umschulung, Auswanderung, Paß- und Visaangelegenheiten, Vorsorge für die in Deutschland bleibenden Vermögenswerte — seelische Betreuung der jüdischen Bevölkerung. Alle diese Aufgaben fielen in den Bereich der Reichsvertretung der deutschen Juden, der allumfassenden Institution, die 1933 von den jüdischen Körperschaften gegründet wurde. Die Reichsvertretung hatte im Reich keine ausführenden Organe. So ergab es sich, daß Dr. Julie Meyer, die bisherige Leiterin der Geschäftsstelle des CV (Centralverein), diese Arbeit übernahm. Die Arbeit konnte nur geleistet werden und wurde geleistet im engsten Einvernehmen und steter Zusammenarbeit mit der Berliner Zentralstelle der Reichsvertretung." Dr. Hans Reichmann berichtete über Dr. Julie Meyers Tätigkeit: „Es darf nicht vergessen werden, daß diese Beratungs- und Hilfsarbeit in der Stadt und in dem Gau Julius Streichers erfolgte, wo Juden noch schutzloser waren als anderwärts. Die Aufrechterhaltung einer juristischen und wirtschaftlichen Beratungsstelle in Nürnberg und Franken war eine Tat, die höchsten Mut erforderte, weil Frau Dr. Julie Meyer-Frank gegen das Betätigungsverbot der Geheimen Staatspolizei verstieß und bei jedem Schritt in der Stadt des Stürmers noch stärker gefährdet war als die Frauen und Männer, die in den juristisch-wirtschaftlichen Beratungsstellen im übrigen Reich tätig waren. Die Duldung durch den örtlichen Polizeipräsidenten war bei den im nationalsozialistischen Deutschland üblichen Spannungen zwischen Partei und Staat (Streicher-Polizeipräsident) keine absolute Sicherung gegen ein Einschreiten und schwerste persönliche Folgen"[230]).

Wie bereits von Dr. Berlin erwähnt, wurden 1934 die Geschäftsstellen der jüdischen Organisationen durchsucht. Der Befehl der Staatspolizei lautete: „Geschäftsstellen und Heime jüdischer Organisationen, sowie Wohnungen der Vorstände, ausgenommen Synagogen-, Betsaal-, Schul-, Wohltätigkeits- und Wohlfahrtsvereine sind zu durchsuchen und das gesamte Vermögen und Schriftenmaterial dieser Verbände zu beschlagnahmen. Die Geschäftsstellen usw. sind zu schließen, Schutzhaft gegen Vorstände ist zu verlängern, sofern diese auf Grund

vorgefundenen Materials staatsfeindlicher Umtriebe verdächtig. Das Staatsministerium des Innern, Politische Polizei (Heydrich)"[231]).

Unter Bruch des Postgeheimnisses wurde die Korrespondenz von Juden und jüdischen Organisationen überwacht, in der Polizeidirektion wurden Kopien der Briefe hinterlegt[232]). Unter anderem schnüffelte man nach der *Sammlungstätigkeit* jüdischer Organisationen. Dabei ging es vor allem um die Feststellung, ob die Sammlungen als „öffentlich" zu deklarieren seien, war dies der Fall, so waren sie nach den geltenden Bestimmungen verboten bzw. bedurften sie polizeilicher Genehmigung, die aber meist nicht erteilt wurde. Interessant ist der Vergleich mit der Regelung in anderen Städten. So hatte z. B. die Reichsleitung am 3. September 1934 eine Sammlung der jüdischen Gemeinde Hamburg genehmigt, da sie nur in einem bestimmten Personenkreis, nämlich bei den Angehörigen der jüdischen Gemeinschaft, durchgeführt werden sollte, also nicht öffentlich war[233]). Anders in Nürnberg. Wiederholt hatte in der Zeit von Juli bis Oktober 1934 der Vorsitzende der Nürnberger Kultusgemeinde, Rosenzweig, um die Erlaubnis gebeten, einen Aufruf zur Sammlung für notleidende Gemeindemitglieder im Gemeindeblatt veröffentlichen und die Sammlung durchführen zu dürfen. In seinem Gesuch vom 16. Oktober an die Regierung von Ober- und Mittelfranken bemerkte er: „Jeder versäumte Monat — das Blatt erscheint nur monatlich — bringt dem Sammlungswerk größten Schaden, weil die Wegzüge unserer Glaubensgenossen noch immer fortdauern"[234]). Die Polizeidirektion Nürnberg-Fürth und die Regierung lehnten ab, die Sammlung sei als öffentlich anzusehen, da die Gemeinde ein zu großer Personenkreis sei. Ebenso widersprach die Gauamtsleitung und bemerkte u. a.: „Außerdem erlaube ich mir auf die staatsschädigende Art des Notrufes im Nürnberg-Fürther israel. Gemeindeblatt vom 1. 8. 1934 hinzuweisen." Der „Notruf" hatte die Sammlung vorbereiten sollen. Erst im folgenden Jahr, am 18. Mai 1935, genehmigte die Regierung Aufruf und Sammlung. Im Anschluß an die Öffnung des Briefes von E. Rueck, Gunzenhausen, an die Zion-Vereinigung für Deutschland, Ortsgruppe Nürnberg, wies die Bayerische Politische Polizei die Polizeidirektion Nürnberg-Fürth am 2. März 1934 an: „Auch auf die zionistische Organisation findet das Betätigungsverbot Anwendung. Es ist anzunehmen, daß die Erträgnisse der erwähnten Büchsensammlung in die Hände der Leiterin der zionistischen Ortsgruppe Nürnberg, Frl. Braun, zurückfließen. Es wird anheimgestellt, die Büchsensammlungen wie auch die 260 000 RM-Sammlung zu beobachten und zur gegebenen Zeit die Gelder zu beschlagnahmen"[235]).

Nach der Öffnung eines Briefes des Keren Hajessod (jüdisches Palästinawerk), Berlin, an die Nürnberger Ortsgruppe, meldete die Polizeidirektion Nürnberg an die Politische Polizei am 26. August 1934: „Die Polizeidirektion Nürnberg-Fürth betrachtet die ganze Palästina-Auswanderungsarbeit weniger als eine Wohlfahrtsangelegenheit, als vielmehr als eine innerjüdisch-politische Angelegenheit. Ich bitte um Entscheid, ob von der Bayerischen Politischen Polizei dieser Ansicht beigetreten wird und ein beabsichtigtes Verbot aller jüdischen Sammlungen gebilligt wird. Die Heranziehung und Beteiligung der neuerdings zur Betätigung wieder zugelassenen Sport-, Jugend- und RIF-Organisationen zu Sammlungen habe ich verboten"[236]). Die Antwort enthielt ein Telegramm der SS-München:

„Sämtliche jüdische Sammlungen sind auf Grund § 14 der VO des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes vom 4. 2. 1933 (RGBl. I S. 35) zu verbieten ..."[237]).

Außer durch Sammlungen suchte die Kultusgemeinde die Not eines Teils ihrer Mitglieder durch weitere Bemühungen zu lindern. Ein jüdisches *Hilfswerk* wurde gegründet, das vielfältige Aufgaben zu bewältigen hatte. Ein Aufruf aus dem Jahre 1935: „Wir vertrauen, daß das jüdische Hilfswerk ein tätiges Echo in den kommenden ernsten Tagen in unserer Mitte finden wird, die immer sich durch echte Humanität ausgezeichnet hat. Wir vertrauen aber auch, daß dieser Ruf viele hilfreiche Hände in Bewegung setzen und viele müde Hoffnungen neu beleben wird. Die Not soll die Herzen und die Hände zu edlem Tun verbinden und die Quellen reichen Segens uns allen erschließen, wie das alte Wort der rabbinischen Weisheit uns sagt: Der Geist Gottes ruht auf dem Menschen — nicht in der Trauer und nicht in der Klage und Sorge, sondern allein in der Freudigkeit der Pflichterfüllung"[238]). Die in ganz Deutschland eingeführte jüdische Winterhilfe inserierte für 1935/36 im Gemeindeblatt: „... Neben Barspenden werden im guten Zustande befindliche Bekleidungsgegenstände aller Art dringendst benötigt, insbesondere Herrenmäntel und Anzüge, sowie Damenbekleidung, Bett-, Leibwäsche und Schuhwerk. Die in der letzten Woche von der Schuljugend überreichten Tüten bitten wir gefüllt baldmöglichst an die beiden Pfundsammelstellen ... abzugeben"[239]).

Bereits 1933 bemühte man sich um die Berufsumschichtung, ein Bestreben, das man in den folgenden Jahren und vor allem auch im Hinblick auf die Auswanderung, die immer aktueller wurde, mit großem Eifer betrieb[240]).

Seit 1933 gewann die *zionistische Bewegung* größeren Zulauf, da durch die Entwicklung der Verhältnisse deren Ansichten offenbar bestätigt wurden. Neben der allgemeinen Beratungsstelle und im Zusammenwirken mit ihr fand eine Spezialberatung für Palästina-Interessenten statt[241]). Der Jugendbund Habonim schulte jugendliche Auswanderer: „Die Einordnung der aus Deutschland in Erez Eingewanderten, deren Aufnahme um ihrer akuten Notlage willen bedingungslos erfolgen mußte, in das im Aufbau begriffene Gemeinwesen in Palästina bereitete vielfach Schwierigkeiten, weil den Einwandernden die wissensmäßigen und seelischen Voraussetzungen für eine solche Eingliederung abgingen. Diese Erkenntnis verpflichtet einen palästinozentrisch orientierten Bund, wie der Habonim es ist, dazu, über eine naturverbundene Freizeitgestaltung hinaus den ihm anvertrauten jungen Menschen alles an Kenntnissen und Werten zu vermitteln, was sie einmal in den Stand setzt, vollwertige Mitglieder des jüdischen Gemeinwesens in Palästina zu werden ..."[242]). Bei der zionistischen Ortsgruppe sprach Dr. Bamberger am 11. Juli 1935 über das Palästina der Gegenwart. Er berichtete von seiner Palästinareise, das Thema interessierte so sehr, daß die Turnhalle der jüdischen Volksschule, in welcher der Vortrag stattfand, die Zuhörer kaum fassen konnte[243]). Am 28. Oktober hielt Dr. H. Pomeranz einen Vortrag über „Neugestaltung jüdischen Lebens — unsere Aufgabe hier und in Palästina"[244]). Rechtliches zur Auswanderung im allgemeinen teilte Dr. S. Kupfer mit[245]). Die Leiterin der allgemeinen Beratungsstelle, Dr. Julie Meyer, erörterte innerhalb der gemeind-

lichen Unterrichtskurse das Thema: „Die wirtschaftliche und soziale Lage in den europäischen und außereuropäischen Auswanderungsländern"[246]).

Die C. V.-Zeitung meldete, daß die west- und süddeutschen Mittel- und Großstädte die meisten Verluste an jüdischer Bevölkerung zu verzeichnen hätten. Nürnberg habe bis 1937 fast die Hälfte seiner jüdischen Einwohner eingebüßt. 1933 lebten hier 7 502, 1937 also nur noch ca. 3 800[247]). Rabbiner Dr. Klein vom Adas Israel erklärte im Mai 1936 in Riga gegenüber einem Pressevertreter, daß 3 000 Nürnberger Juden ausgewandert seien[248]). 1930 waren in Nürnberg 120 jüdische Ärzte tätig, 1937 nur noch die Hälfte[249]). Die restliche jüdische Bevölkerung war überaltert, da sich vor allem jüngere Leute zur Auswanderung entschlossen und die Geburtenziffer nicht nur relativ, sondern auch absolut abnahm.

3. Die Nürnberger Gesetze

Bereits im Frühjahr 1935 begann eine antisemitische Welle, deren Höhepunkt der Erlaß der „Nürnberger Gesetze" im Herbst des Jahres darstellte. Im März schlugen Reden und Presseerklärungen einen schärferen Ton gegen die Juden an. Ende März und Anfang April folgten lokale Boykottaktionen in verschiedenen Gegenden Deutschlands, darunter auch in Franken[250]). Goebbels' „Angriff" vom 26. April sagte „eine neue antisemitische Welle" voraus, und Reichsinnenminister Frick kündigte eine Neufassung des Staatsbürgerrechts an, wie es dann auf dem Reichsparteitag in Nürnberg beschlossen wurde. Bei den Boykottaktionen Ende Mai, die in verschiedensten Teilen Deutschlands stattfanden (besonders wilde Ausschreitungen in München!), wird Nürnberg nicht genannt[251]); wie der Verlauf der weiteren Ereignisse bestätigt, scheint Streicher keiner der d i r e k t e n Veranlasser dieser Aktionen und der „Nürnberger Gesetze" gewesen zu sein. Im Juli breiteten sich die antijüdischen Ausschreitungen weiter aus, Parteileitung und Regierung untersagten nur Exzesse. Reichsbankpräsident Schacht wandte sich gegen die wirtschaftsschädigenden Maßnahmen. Im Protokoll einer Chefbesprechung der zuständigen Ministerien über die Judenbehandlung in der Wirtschaft vom 20. August 1935 heißt es: „Reichsbankpräsident Dr. Schacht führte aus, daß das gesetzlose Treiben gegen das Judentum bald ein Ende haben müsse. Andernfalls werde ihm die Lösung der vom Führer und Reichskanzler gestellten Aufgabe, die für die Wehrhaftmachung notwendigen Rohstoffe zu beschaffen und die zur Arbeitsbeschaffung notwendigen Devisen hereinzuholen, völlig unmöglich gemacht. Von zahllosen Einzelfällen gesetzloser Art wolle er einige anführen: z. B. würden jüdische Auslandsvertreter arischer deutscher Firmen von Streicher namentlich festgestellt und den Firmen werde dann nahe gelegt, die Juden zu entlassen. Nun dürfe man nicht vergessen, daß in manchen Ländern jüdische Vertreter sehr am Platze seien und sich als besonders geschickt erwiesen. Außerdem hätten die Firmen häufig, um die jüdischen Angestellten aus Deutschland zu entfernen, diese zu Auslandsvertretern gemacht. Der jüdische Vertreter der Allianz-Versicherung in Ägypten sei von Parteiangehörigen aufs schwerste schikaniert worden; infolgedessen gehe das große Geschäft jetzt an England"[252]). Als Ergebnis der Sitzung nennt das Protokoll unter c): „Staatsminister Adolf Wagner wird sobald als möglich neue Anregungen dem Reichsbank-

präsidenten unterbreiten, die ein legales Fortschreiten der Bekämpfung des Judentums ermöglichen."

Der bisherigen Entwicklung nach hätte man vermuten können, daß es bei den zu erwartenden Gesetzen um die Stellung der Juden in der Wirtschaft gehen werde, es scheint aber Schacht gelungen zu sein, Hitler davon zu überzeugen, daß solche Gesetze zur Zeit zu großen Schaden in der Wirtschaft stiften könnten. Hitlers Entschluß, auf dem Parteitag Judengesetze zu verkünden, scheint ziemlich plötzlich gekommen zu sein, denn erst zwei Tage vor der Reichtagssitzung in Nürnberg, auf der sie bekanntgegeben werden sollten, wurde Ministerialrat Lösener in Berlin telefonisch mitgeteilt, er solle am nächsten Morgen nach Nürnberg fliegen, um mit Staatssekretär Stuckart ein Judengesetz zu entwerfen. Das zu verkündende Flaggengesetz sei Hitler zu mager für die pompöse Reichstagssitzung, er wolle ein Gesetz, das Ehen zwischen Juden und „Ariern" verbiete, ebenso wie den außerehelichen Geschlechtsverkehr zwischen ihnen und die Beschäftigung „arischer" Dienstmädchen durch Juden[253]). Lösener wurde vom Polizeipräsidium Nürnberg ins Quartier Fricks geschickt, wo dann verschiedene Entwürfe in aller Eile zusammengeschustert wurden, die Frick, der an den Beratungen nie teilnahm, Hitler vortrug, wobei er „mangels jeder Information nicht in der Lage (war), auf die Bemängelungen Hitlers etwas Sachliches zu erwidern".

Einen Tag vor der Verkündigung verlangte Hitler dann noch die Ausarbeitung eines Reichsbürgergesetzes, das eine Art Vorrechtsstellung für rein Deutschblütige enthalten sollte. „Wir hatten nur etwas über eine Stunde Zeit gehabt, um dieses Phantom eines Grundgesetzes zu entwerfen", schreibt Lösener.

Welche Fassung des „Blutschutzgesetzes" Hitler verkünden wollte, erfuhren die Verfasser erst während der Reichstagssitzung. Lösener will während der Verlesung der Gesetze „das ostentativ wütende und verachtungsvolle Gesicht Julius Streichers" beobachtet haben, dem diese Art der Behandlung der „Judenfrage" nicht zusagte. In welcher Richtung seine und der Radikalen Bestrebungen gingen, zeigen u. a. seine Ausführungen vor Frick und Lösener im Jahre 1934[254]). Als „böse Parteiforderungen" nennt Lösener die Einbeziehung der Mischlinge bis zum Achteljuden in den Judenbegriff, Sterilisierung oder Todesstrafe für „Blutschänder", Sterilisierung der Juden und Halbjuden schlechthin, Zwangsscheidung der rassischen Mischehen. Anfang 1935 hatte „Der Stürmer" besonders wild gegen „Juden und Judenstämmlinge" und ihr Geschlechtsleben losgelegt, Parteiorgane folgten. Standesbeamte wurden von Parteistellen unter Druck gesetzt, Aufgebote zu Ehen zwischen jüdischen und „arischen" Partnern abzulehnen. „Auf dem Gebiet der Eheschließung zwischen Juden und Ariern trat in einigen Gegenden ein völliger Stillstand der staatlichen Rechtspflege ein, die Strafrichter sollten Blutschande ahnden, fügten sich auch in einigen Fällen unter den übelsten Verdrehungen des Strafgesetzbuches, und die Partei übte ‚Justiz' auf eigene Faust." Durch den Erlaß der „Nürnberger Gesetze" glaubten Lösener und Stuckart einen Erfolg darin sehen zu können, daß der völligen Willkür gesteuert und Normen festgelegt wurden. Die Judenverfolgung der folgenden Jahre sei nicht infolge, sondern trotz der „Nürnberger Gesetze" zur schaurigen Wirklichkeit geworden.

Um die Ausführungsverordnungen[255]) setzte ein wilder Kampf der Partei- und Regierungsstellen ein. Sie waren deshalb in gewisser Beziehung ein Kompromiß. Als Erfolg der Gemäßigten konnte gelten, daß die Mehrzahl der Halbjuden den Volljuden nicht grundsätzlich gleichgestellt wurde. Was aber eine gesetzliche Regelung in einer Parteidiktatur bedeutete, ist z. B. daraus zu ersehen, daß § 6 der „Ersten Verordnung des Reichsbürgergesetzes vom 14. November 1935", in dem über die Gesetze hinausgehende Arierparagraphen (z. B. der verschiedenen Vereine) ab 1. Januar 1936 wegfallen sollten und neue der Genehmigung des Innenministers und des Führerstellvertreters bedürften, auf Hitlers mündliche Anordnung einfach nicht angewendet werden durfte, obwohl er ihn 14 Tage vorher unterschrieben hatte[256]).

Die „Nürnberger Gesetze" haben im Ausland großes Aufsehen erregt, im allgemeinen gelten sie dort bis heute als der Anfang der systematischen Judenverfolgung des Nationalsozialismus, die Juden waren jetzt eindeutig Bürger minderen Rechts. Durch die Namengebung der Gesetze wurde die Stadt Nürnberg in unmittelbaren Zusammenhang damit gebracht, obwohl sie nur Schauplatz der Verkündung war.

Über die Auswirkung der neuen Gesetze in Nürnberg schreibt Bernhard Kolb: „Wie bereits . . . erwähnt, beeinflußte Streicher nicht nur die Gesetzgebung, sondern durch seine uneingeschränkte Macht auch die Gerichtsurteile. In der Person des seinerzeitigen Vorsitzenden des Sondergerichtshofes[257]) (Rothaug, d. Verf.) fand er eine solch niedrige Kreatur. Im Stürmer hatte er die schwersten Strafen bis zur Todesstrafe für den nach den Nürnberger Gesetzen verbotenen Verkehr zwischen Juden und Deutschen verlangt. Vor dem Nürnberger Landgericht[258]) wurden dementsprechend gleich nach dem 15. September 1935 oft unter den dürftigsten Beweisen bis zu 10 Jahren Zuchthaus verhängt. Nicht einer der Verurteilten hat den Mai 1945 erlebt. Zwei besonders krasse Fälle, die ein Schlag gegen jede Rechtsprechung sind, sollen kurz erwähnt werden. D. L. erhielt vier Jahre Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren, weil er angeblich eine Frauensperson 2—3 mal an der Brust abgegriffen und einige Male geküßt hatte. Die Zeugin hat dies unter Eid verneint. Original des Urteilstenors liegt vor. — L. K. (Leo Katzenberger), ein angesehener Nürnberger, wurde monatelang bespitzelt. Endlich konnte man einen Zeugen beibringen, der gesehen hatte, wie K. die Wohnung eines deutschen Ehepaares verließ. In der Verhandlung sagte sowohl der Ehemann, als auch die mitschuldige Ehefrau unter Eid aus, daß eine jahrzehntelange Freundschaft zwischen den Familien bestand und daß es nie zu Intimitäten gekommen sei. Doch im „Stürmer" war die Todesstrafe verlangt worden und es mußte ein Opfer gesucht werden. Gegen die Ehefrau wurde ohne jedes Beweismaterial Anklage wegen Meineids erhoben, dadurch wurde ihre Aussage ungültig und der Angeklagte zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde an allen Anschlagsäulen veröffentlicht"[259]). Auf den Fall Katzenberger und den Vorsitzenden Rothaug soll weiter unten nochmals eingegangen werden.

Über die Verschärfung der Gesamtsituation und den allgemeinen Stimmungsumschwung berichtet Rechtsanwalt Dr. Blum in seinen Erinnerungen: „Die Verkündigung der deutschen Rassengesetze erlebte ich während eines kurzen

Aufenthaltes in Locarno in der Schweiz, da ich dem Getriebe des Nürnberger Parteitages entgehen wollte. Noch im Juli 1935 hatte ich vor dem Oberlandesgericht Bamberg den Prozeß einer nichtjüdischen Bleistiftfabrik vertreten. Der Referent war ein jüdischer Landgerichtsrat. Ich vertrat immer noch die I. G. Farben-Industrie vor dem Oberlandesgericht Bamberg und der Leiter ihrer Patentabteilung war mein Gast, wenn er in Nürnberg war. Im Sommer 1935 vertrat ich die Aluminiumwerke Nürnberg in einem großen Patent-Prozeß in Stuttgart. Mit den Nürnberger Gesetzen änderte sich dies alles. Die letzten jüdischen Beamten, selbst die nach dem Gesetz unabsetzbaren Richter wurden entlassen ... Die jüdischen Familien mit christlichen Freunden wurden beobachtet, ob nicht irgendwo verbotene geschlechtliche Beziehungen bestünden. Meinen christlichen Mitarbeitern in meiner Kanzlei wurde nahegelegt, auszuscheiden. Ich fand Ersatz in einem entlassenen jüdischen Oberlandesgerichtsrat, der nicht mehr auswanderte, sondern mit seiner Frau abtransportiert und erschossen wurde. Das letztere geschah zwei Jahre, nachdem ich Deutschland verlassen hatte.

Bis zu den Nürnberger Gesetzen hat Schacht seinen früheren jüdischen Freunden, zu denen der jüdische Bankier Dr. Richard Kohn in Nürnberg gehörte, empfohlen, auszuhalten. Nach den Nürnberger Gesetzen riet er dem Bankier Kohn und anderen Juden, die ihn in seiner Laufbahn unterstützt hatten, zu retten, was noch zu retten war und auszuwandern. Leider war ich selbst noch der Meinung, daß die Juden nur mit legalen Mitteln aus dem deutschen Leben ausgeschaltet würden. Ich glaubte nicht an die Möglichkeit von Pogromen. Einer der markantesten Fälle, der mir die Augen hätte öffnen sollen, war folgender. Ich vertrat eine nichtjüdische Frau in ihrer Ehescheidungssache vor dem Oberlandesgericht Nürnberg. Der Anwalt ihres Mannes, dessen Familie ich früher vertreten hatte, brachte als Ehescheidungsgrund vor, daß meine Mandantin von einem jüdischen Anwalt vertreten sei. Das Gericht erwähnte in seinem Urteil dieses Vorbringen nicht. Aber von da an nahm ich keine neuen Sachen von nichtjüdischen Parteien zur Vertretung vor Gericht an. Die laufenden Sachen behielt ich bei. Ich schickte meinen Sohn, der gerade das Einjährige gemacht hatte, zum weiteren Studium nach Italien und ich empfahl sogar persönlichen Freunden, die nichtjüdisch waren, vor Gericht einen anderen Anwalt zu nehmen. Dazu gehörte z. B. mein langjähriger Freund Generalkonsul Wilhelm Klein"[261]).

Bei dem zweiten von Kolb erwähnten Fall eines Rasseschandeprozesses handelte es sich um Leo Katzenberger, der von dem gefürchteten Vorsitzenden des Nürnberger Sondergerichts Rothaug 1943 zum Tode verurteilt wurde. Der Verlauf des Prozesses geht aus den Urteilsgründen hervor, die 1947 im Nürnberger Prozeß gegen führende Juristen des Dritten Reiches („Juristenprozeß") für die Verurteilung Rothaugs zu lebenslänglichem Zuchthaus[262]) angegeben wurden. (Rothaug wurde bald wieder in Freiheit gesetzt und von den Amerikanern, die den „Juristenprozeß" geführt hatten, begnadigt und verstarb 1967.) Wir zitieren aus den erwähnten Urteilsgründen:

„Der dritte zu erörternde Fall ist der des Leo Katzenberger. Das Beweismaterial zeigt, daß Lehmann Israel Katzenberger, gemeinhin Leo Katzenberger genannt, ein Kaufmann und Vorsitzender der Israelitischen Kultusgemeinde in Nürnberg

war; daß er wegen eines Verbrechens nach § 2, rechtlich zusammentreffend mit einem Verbrechen nach § 4 der Verordnung gegen Volksschädlinge in Verbindung mit einem Verbrechen der Rassenschande zum Tode verurteilt wurde. Der Prozeß wurde in öffentlicher Sitzung am 13. März 1943 durchgeführt. Katzenberger war damals über 68 Jahre alt."

„Die entscheidenden Tatsachen in diesem Falle sind im wesentlichen die folgenden: Im ersten Halbjahr 1941 erließ der Zeuge Groben einen Haftbefehl gegen Katzenberger, der beschuldigt war, intime Beziehungen mit der Photographin Seiler gehabt zu haben. Auf Grund der polizeilichen Erhebungen war tatsächlicher Geschlechtsverkehr nicht bewiesen und Katzenberger bestritt die Beschuldigung. Auf Grobens Rat hin willigte Katzenberger ein, daß er vorläufig keine Schritte gegen den Haftbefehl unternehmen, sondern weitere Untersuchungsergebnisse abwarten würde. Diese weiteren Erhebungen zogen sich sehr in die Länge, obschon Groben bei der Staatsanwaltschaft auf Eile drängte. Trotz der Bemühungen der Polizei gelang es dieser nicht, weiteres erhebliches Beweismaterial zu erlangen, und es wurde offensichtlich, daß der einzige Weg zur Klärung der Lage war, von der Seiler eine Erklärung unter Eid zu erlangen, was auch getan wurde.

In ihrer beschworenen Erklärung sagte sie, daß Katzenberger sowohl sie als auch ihre Familie schon jahrelang gekannt habe, bevor sie nach Nürnberg gekommen war, daß seine Beziehung zu ihr eine freundliche und väterliche war, und sie stritt Geschlechtsverkehr ab. Das Beweismaterial zeigte ebenfalls, daß Katzenberger die Seiler bei verschiedenen Gelegenheiten geldlich unterstützt hatte und daß er Verwalter des Grundbesitzes war, auf dem die Seiler lebte, und welcher das Eigentum einer Firma war, an der er Teilhaber war. Auf Grund der Seiler-Erklärung unterrichtete Groben Katzenbergers Anwalt Dr. Herz vom Ergebnis und gab zu verstehen, daß jetzt die Zeit gekommen sei, gegen den Haftbefehl vorzugehen.

Nachdem Rothaug von diesem Geschehnis gehört hatte, ordnete er an, daß der Fall Katzenberger vom Strafgericht zum Sondergericht überwiesen werden solle, die erste Anklageschrift wurde zurückgezogen und eine neue wurde für das Sondergericht vorbereitet."

„Im Einklang mit Rothaugs Anordnung wurde die Anklageschrift für das Sondergericht verfaßt, und in dieser neuen Anklageschrift wurde Katzenberger nicht nur der Rassenschande beschuldigt, sondern eine neue Anschuldigung wurde unter der Volksschädlingsverordnung erhoben, welche letztere die Todesstrafe statthaft machte. In die neue Anklageschrift wurde auch Frau Seiler unter der Beschuldigung des Meineids einbezogen. Die Wirkung der Verkopplung der Beschuldigung gegen Seiler mit der gegen Katzenberger war ihre Ausschaltung als Zeugin für den Angeklagten, und ein solches Zusammenfügen widersprach den bestehenden Übungen. Damals sagte Rothaug zu Markl, daß ausreichendes Beweismaterial für Geschlechtsverkehr zwischen Seiler und Katzenberger vorliege, um ihn zu überführen, und daß er bereit sei, ihn zum Tode zu verurteilen. Markl unterrichtete das Justizministerium von dem Verfahren, das Rothaug gegen Katzenberger beabsichtigte, und ihm wurde erwidert, daß, wenn dies Rothaugs Wünsche seien, das Verfahren gebilligt würde."

„Vor Prozeßbeginn besuchte der Angeklagte Rothaug Dr. Armin Baur, medizinischen Berater des Gerichts zu Nürnberg, als den medizinischen Sachverständigen im Falle Katzenberger. Er erklärte Baur gegenüber, er wolle ein Todesurteil fällen und darum sei es notwendig, den Angeklagten zu untersuchen. Rothaug bemerkte, diese Untersuchung werde eine bloße Formsache sein, da Katzenberger ‚ohnehin geköpft werden würde'. Auf die Vorhaltung des Arztes hin, Katzenberger sei ein alter Mann und es sei fraglich, ob man gegen ihn den Vorwurf der Rassenschande erheben könne, erwiderte Rothaug: ‚Für mich reicht es aus, daß dieses Schwein gesagt hat, ein deutsches Mädchen hätte ihm auf dem Schoß gesessen'."

„Viele Zeugen haben ausgesagt, daß der Prozeß den Charakter einer politischen Kundgebung hatte, hohe Würdenträger der Partei waren anwesend, darunter Reichsinspekteur Oexle. Ein Teil der Gruppe der Parteifunktionäre erschien uniformiert."

„Wir haben mit einiger Ausführlichkeit das Beweismaterial dieses Falles erörtert, um die Art dieser Verfahren und die Gesinnung des Angeklagten Rothaug darzutun. Eine unbestrittene Tatsache jedoch reicht aus, um zu zeigen, daß jener Fall im Verfolg des Naziprogramms, die Juden zu verfolgen und auszurotten, lag. Es ist die Tatsache, daß nur ein Jude wegen Rassenschande vor Gericht gestellt werden konnte. Katzenberger wurde nur deswegen verurteilt und hingerichtet, weil er Jude war"[263]).

Über Rothaugs Prozeßführung führte Landgerichtsdirektor a. D. Dr. Ferber, Beisitzender im Katzenberger-Prozeß, in einer eidesstattlichen Erklärung vom Jahre 1947 u. a. folgendes aus: „Die Bemühungen Rothaugs waren erkennbar darauf abgestellt, unter dem Schein des Rechts einen Vorwand zu geben und die Voraussetzung zu schaffen, Katzenberger als Juden zu vernichten . . .

Nach Form und Inhalt seiner Vorhalte an Angeklagte und Zeugen während der Verhandlung verwirklichte Rothaug die NS-Programmforderung der rücksichtslosen Judenbekämpfung im Dienste des Reichssicherheitshauptamtes. Jedem aufmerksamen, politisch unverbildeten Zuhörer — auch die Behördenchefs der Nürnberger Gerichte waren anwesend — mußte klar werden, daß hier im Falle Katzenberger formelles Recht im Dienste politischer Gewalten sich durch den Mund Rothaugs kundgab. Der Bewertung des Sachverhalts im Sinne einer Urteilsfindung griff Rothaug während der Dauer der Beweisaufnahme durch seine eigene Meinungsäußerung ständig vor. Dadurch bereitete er den Boden, der ein anderes Urteil als ein Todesurteil gegen Katzenberger gar nicht mehr erwarten ließ . . .

Es war deutlich geworden, wie stark Rothaug als Willensvollstrecker für den Vernichtungswillen der Parteiinstanzen aufzutreten, gesonnen war"[264]). Über den führenden Parteigenossen Haberkern, den Freund Rothaugs, führte eine direkte Verbindung zu Streicher.

(Am 5. April 1968 wurden in Nürnberg die beiden ehemaligen Landgerichtsräte Dr. Josef Ferber und Dr. Heinz Hugo Hoffmann, die Beisitzer im Katzenberger-Prozeß gewesen waren, wegen Totschlags zu drei bzw. zwei Jahren Gefängnis verurteilt.)

Das Vorgehen Rothaugs wird auch noch aus einem Fall vom Jahre 1940 deutlich, den ebenfalls das Sondergericht zu verhandeln hatte, zu den „Nürnberger Gesetzen" jedoch in keinem Zusammenhang stand. Der Prozeß zeigt, wie Juden bei solchen Verfahren behandelt wurden, wenn auch Rothaugs Urteile gegen Nichtjuden ebenso verrufen waren[265]). Der Prozeß wurde ausgelöst durch eine Aktion der Gestapo, die meldete: „Gelegentlich einer Durchsuchung der Wohnung des Juden Eisemann, Leo Israel . . . wohnhaft Nürnberg, Burgschmietstraße 6/0 wurden zwei Briefumschläge, eine Postkarte ... etc. ... vorgefunden, auf welcher der Jude Aufzeichnungen über Sendezeiten der Auslandssender und über Nachrichten solcher Sender machte ... Der Radio wurde gelegentlich der Juden-Aktion am 23. 9. 39 bereits eingezogen." Zu Eisemanns Aufzeichnungen stellte die Gestapo fest: „Es dürfte sich dabei dem Inhalt nach um Sendungen handeln, die bereits vor dem 1. 9. 39 erfolgt sind." Bis zum 1. 9. 1939 war das Abhören von Auslandssendern nicht verboten, durch seine Aufzeichnungen und das Abhören vor diesem Datum hatte sich Eisemann also noch nicht strafbar gemacht. Der Elektroinstallateur L. sagte jedoch aus, daß Eisemann am 9. und 13. September zu ihm gekommen sei und erklärt habe, daß er nicht mehr alle Auslandssender hereinbekomme. Außerdem hatte der Beklagte bei seinem ersten Verhör, nachdem ihm der vernehmende Beamte mit der Übergabe der Sache an die Spionageabteilung gedroht hatte, zugegeben, bis zum 11. September Auslandssender gehört zu haben. Wie oben ersichtlich hatte Eisemann seit 23. September überhaupt kein Radiogerät mehr, konnte also seitdem auch keine Auslandssender mehr hören. Als „Beanstandungen in polizeilicher Hinsicht" lagen dem Gericht folgende Meldungen vor: 1934 war Eisemann verdächtig, „Lichtbilder von Angehörigen nationaler Verbände zur Schädigung der nationalen Bewegung im Ausland gefertigt" zu haben. 1938 war er aufgefallen, weil er, wie behauptet wurde, „Greuelnachrichten über angebliche Mißstände im Gau Franken" verbreitet hatte.

Leo Eisemann wurde zu der hohen Strafe von drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Wir zitieren aus der Urteilsbegründung, die deutlich Rothaugs Haltung zeigt:

„Der Feind, der mit dem Weltjudentum Hand in Hand arbeitet, hat sich zum Ziele gesetzt, das deutsche Volk zu vernichten. Da ihn die Geschichte lehrt, daß er mit Waffengewalt das nie erreichen wird, geht seine Absicht dahin, das deutsche Volk aufzuspalten und dann das Reich zu zertrümmern und in ungezählte, bedeutungslose Einzelstaaten aufzuteilen ... Dem Angeklagten war es darum zu tun, sich mit dem feindlichen Propagandamaterial zu versorgen, um dann da und dort dieses Material bei geeigneten Gelegenheiten zu verwerten (was in keiner Weise nachgewiesen war, d. Verf.) und so seinen Teil zur Aufspaltung des deutschen Volkes beizutragen und sich damit für die Ziele des Weltjudentums einzusetzen ..."

Leo Eisemann kam später in ein Konzentrationslager und wurde dort ermordet[266]).

4. Die Zerstörung der Nürnberger Hauptsynagoge

Die meisten deutschen Synagogen wurden bekanntlich in der „Kristallnacht" (9./10. November 1938) zerstört. Auf Betreiben der Nürnberger Behörden kam es in Nürnberg bereits im August 1938 zum Abbruch der 1874 eingeweihten Hauptsynagoge am Hans-Sachs-Platz. Die „gesetzliche" Grundlage bildete die „Erste Anordnung über die Neugestaltung der Stadt der Reichsparteitage Nürnberg" vom 27. Juli 1938, welche die Enteignung und den Abbruch der Synagoge und des jüdischen Gemeindehauses ermöglichte[267]). Über die Einleitung des Abbruch-Vorhabens berichtet Gemeindesekretär Kolb:

„Der 18. Juni 1938 ist der schicksalschwerste Tag für das religiöse Leben in Nürnberg. Mit einem Telefonanruf wurde ein Vorstandsmitglied zum Stadtrat befohlen, um eine Erklärung entgegenzunehmen. Herr Fechheimer kam mit folgender, mündlicher Anordnung zurück: Die Gemeindeverwaltung hat sofort freiwillig dem Abbruch der Synagoge zuzustimmen. Alle Anwesenden waren sich der Schwere der Entscheidung bewußt, und nach einer eingehenden Aussprache wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, daß keine jüdische Verwaltung freiwillig ihr Gotteshaus aufgeben werde und man nur der Gewalt weichen würde. Dieser Entschluß der Verwaltung wurde der Stadtverwaltung schriftlich mitgeteilt. Die nächsten Tage waren alle Beteiligten von schwerer Sorge erfüllt, denn man mußte ggf. mit einer Festnahme aller Verwaltungsmitglieder rechnen. Die Gemeindemitglieder hatte man von dem bevorstehenden Ereignis noch nicht verständigt, doch war man schon durch den einige Wochen vorher in München begonnenen Synagogenabbruch nicht unvorbereitet. Noch einige Male im Laufe der nächsten Wochen wurde von der Stadtverwaltung versucht, die Stellungnahme der Gemeinde zu ändern, man wollte wie in München durch einen freiwilligen Verzicht das Odium der Gewalt vertuschen. In der Sitzung der Stadtverwaltung vom 3. August 1938 wurde nun das Enteignungsverfahren beschlossen"[268]).

Wie die Stadtverwaltung die Angelegenheit betrieb und mit welch hohlen Phrasen und mit welcher Genugtuung der Oberbürgermeister sich über das Thema erging, zeigt die Niederschrift über die öffentliche Sitzung mit den Ratsherren vom 3. August 1938, in dem sich Liebel über die „historische Bedeutung" des Synagogenabbruchs ausließ[269]).

Hierauf übermittelte der Ratsherr Haberkern als „Sprecher der Ratsherrn und der gesamten Bevölkerung Nürnbergs" dem Oberbürgermeister „für diese Tat den gebührenden Dank". Ein Vermerk zur Tagesordnung hielt fest, daß „das Bild des damaligen judenfreundlichen Bürgermeisters von Stromer (im Amtszimmer des Oberbürgermeisters, d. Verf.) ... dem Bilde des Bürgermeisters Johannes Scharrer ... Platz gemacht habe".

Für den Abbruch der Synagoge wurde ein Betrag von 550 000 RM veranschlagt, der aus der Rücklage für außerordentliche Baumaßnahmen gedeckt wurde[270]). Am Mittwoch, den 10. August 1938, fand vor der Synagoge eine groß aufgezogene „Kundgebung" statt. Um einen Eindruck von dem Phrasenschatz der Redner zu geben, zitieren wir aus der parteiamtlichen „Fränkischen Tageszeitung"[271]):

„In den gestrigen Vormittagsstunden wurde der Abbruch der Nürnberger Synagoge auf dem Hans-Sachs-Platz im Rahmen einer Kundgebung des nationalsozialistischen Nürnberg begonnen. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand eine grundlegende und richtungweisende Ansprache Julius Streichers. Die begonnenen Arbeiten werden bis zum Beginn des kommenden Reichsparteitages bereits vollendet sein. Das Recht zu dieser notwendigen Säuberung des ehrwürdigen Nürnberger Altstadtbildes gab das Gesetz, das Nürnberg in die Reihe der deutschen Städte einordnet, deren Ausbau und Wiederherstellung im Namen des Reiches geschieht.

Oberbürgermeister Liebel eröffnete die Kundgebung mit einer Ansprache, der wir das folgende entnehmen:

‚Mein Gauleiter! Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Als der Gauleiter von Franken, unser Frankenführer Julius Streicher, mich 1933 nach den Jahren des Kampfes im Nürnberger Rathaus mit der Führung dieser Stadt beauftragt hatte, da gab ich ihm und der ganzen Nürnberger Einwohnerschaft das Versprechen, daß wir alles tun würden, aus dieser Stadt wieder eine wahrhaft deutsche Stadt, das Schatzkästlein des Deutschen Reiches, zu machen. 5½ Jahre haben wir uns bemüht, dieser uralten, dieser deutschesten aller Städte ihren Charakter wieder zurückzugeben ... Wenn am Reichsparteitag Hunderttausende von Menschen aus dem In- und Auslande hierher gekommen sind und die Formationen der Bewegung hier in dieser alten deutschen Stadt marschierten, da mußten wir oft die unangenehmen Fragen hören: Alles habt ihr gemacht, nur diesen alten, staubigen orientalischen Bau da unten, wollt ihr den immer stehen lassen? Da mußten wir sagen, die Zeit ist noch nicht reif. Nun aber, Volksgenossen und Volksgenossinnen, ist die Zeit reif geworden. Die Kleinarbeit ist vorüber. Die Stadt Nürnberg hat ihren alten Charakter wieder erhalten. Nun haben wir den letzten Stein in das Bauwerk der Wiederherstellung Nürnbergs einzufügen und dieser letzte Stein ist nicht ein Stein zum Aufbauen, er ist ein Stein, der herausgerissen werden muß. Ich meine die Synagoge, die mit Recht in diesen Wochen wieder und wieder als die Schande von Nürnberg bezeichnet worden ist ... Ich bin stolz darauf, daß ich Ihnen, mein Gauleiter, heute sagen kann, daß wir die Voraussetzungen, die gesetzlichen Voraussetzungen, geschaffen haben zur Beseitigung dieses Baues. Seit wenigen Tagen bin ich als Oberbürgermeister der Stadt der Reichsparteitage Besitzer dieses Platzes und der Synagoge, die hier aufgebaut ist, und ich habe die Anweisung gegeben, diese Synagoge, diesen Schandfleck zu beseitigen. Und wenn ich Sie, mein Gauleiter, heute bitte, den ersten Handgriff zum Beginn dieses Werkes zu tun, so tue ich es mit einem Gefühl tiefer Dankbarkeit Ihnen gegenüber, der sie vor nunmehr 20 Jahren begonnen haben, hier in Nürnberg den Kampf gegen die Juden zu führen. Ich bitte Sie, das Wahrzeichen der Judenherrschaft in Nürnberg, die Hauptsynagoge, nunmehr dadurch dem Erdboden gleichzumachen, daß Sie das Zeichen zum Beginn des Abbruches geben, und ich verspreche Ihnen, daß bis zum Beginn des Reichsparteitages 1938 die Synagoge verschwunden sein wird.‘

Hierauf sprach der Gauleiter: ‚... Als am 8. September 1874 zur Einweihung der Synagoge, an der die hochstehendsten Persönlichkeiten der Stadt und des Staa-

tes teilgenommen hatten, ein Festmahl stattfand, da stand der damalige Bürgermeister Freiherr von Stromer, ein Nachkomme des alten Ratsherren Ulrich Stromer, auf und brachte folgenden Trinkspruch aus: Ich habe mich besonders gefreut, bei der heutigen Einweihung der Synagoge die Pforten derselben zu öffnen, nachdem vor Jahrhunderten einer meiner Vorfahren die Juden mit Feuer und Schwert aus Nürnberg vertrieben hatte. Wie mag damals der Rabbiner Levin, dem dieser Trinkspruch galt, innerlich gegrinst haben! Dieser Freiherr von Stromer brachte es fertig, so schamlos vor den Juden seinen Vorfahren, der einst die Stadt vom Judenjoch befreit hatte, ins Grab hinein zu beschimpfen. — Ich frage Euch nun heute, wer war größer, jener Ulrich Stromer, der 1349 die Juden aus der Stadt hinaustrieb oder jener Freiherr von Stromer, der 500 Jahre später die Pforten der neuen Synagoge öffnete? — Jeder von uns weiß, welcher dieser beiden Männer für Nürnberg und für das deutsche Volk der Wertvollere war.' Auf die Frage des Gauleiters an die Nürnberger Volksgenossen, ob das Haus mit seinem orientalischen Stile in diese deutsche Stadt hineinpasse, antwortete ihm ein tausendfaches ‚Nein'. Nachdem Julius Streicher noch auf die Stellung des Vatikans zur Rassenpolitik des Faschismus sich geäußert hatte, sagte er wörtlich: ‚Ich prophezeie hier: Es wird niemals der Augenblick kommen, auch nicht in 500 Jahren, an dem jemand, der meinen Namen trägt, den Juden die Pforten zu einer neuen Synagoge öffnen wird, wie es 1874 jener Freiherr von Stromer tat. Es kommt die Zeit, in der einmal die Judenfrage in der ganzen Welt radikal gelöst werden wird, weil die Menschheit keinen anderen Ausweg mehr findet. Heute brechen wir hier eine Synagoge ab und niemals wieder wird sie errichtet werden. In dieser Stadt wollen wir arbeiten und darüber wachen, daß das deutsche Blut und die deutsche Seele rein erhalten bleiben; denn wenn der Jude in Deutschland noch einmal die Macht erringen würde, dann wäre es mit dem deutschen Volke für immer vorbei. — Wir leben in einer großen Zeit. Die Saat, die wir gesät haben, geht auf. Die Würfel sind gefallen ...

Ihr Nürnberger Arbeiter, die ihr einst Sklaven der Juden gewesen seid, und die ihr jetzt freudig mithelft, das neue Reich Adolf Hitlers zu bauen, nun gebe ich Euch den geschichtlichen Befehl: Fanget an!' — Mit dumpfem Schlag fielen die Kandelaber, die zu beiden Seiten des Eingangs gestanden waren. Zugleich setzte sich der Kran in Bewegung, um als nächstes Zeichen des Abbruchs den großen Judenstern von der mittleren Kuppel herabzuholen."

Noch bevor die amtliche Verfügung des Abbruchs der Kultusgemeinde zugestellt wurde, begannen Bauarbeiter das Einplanken des Gebäudes. Da die Gemeinde durch die Presse Kenntnis von dem kurz bevorstehenden Abbruch erhalten hatte, konnte man in der vorhergehenden Nacht wertvolles Kultusgut retten. In den ersten Morgenstunden drangen Plünderer in die Synagoge ein und warfen alles, was nicht niet- und nagelfest war, in die um das Gebäude versammelte, johlende Menge[272]). Die mit dem Abbruch beauftragte Baufirma ging mit acht Luftdruckhämmern zu Werke, sie konnte aber nicht, wie vorgesehen, bis zum Reichsparteitag ihr Werk vollenden. Schließlich wurde eine Pioniersprengkompagnie eingesetzt, die das massive Bauwerk zu Fall brachte[273]).

Im Zusammenhang mit der Rettung des Kultusgutes vor dem Abbruch ist über eine interessante Episode zu berichten, die zunächst einen kurzen Rückblick er-

forderlich macht: Aus der zweiten mittelalterlichen Synagoge Nürnbergs in der Judengasse wurde der steinerne Aufsatz des Thoraschreins gerettet, der in hebräischer Schrift die Worte „Kether Thora" (= Krone des Gesetzes) enthält. Der Name leitet sich daher, daß früher über die Gesetzesrollen Krönchen zur Verzierung gesetzt wurden, später wurden dann die genannten Worte auch manchmal an dem Schrein angebracht[274]). Nach dem Abbruch der Synagoge nach 1499 wurde der Stein in das Haus Wunderburggasse 8 eingemauert, das in den Besitz des Bildschnitzers Veit Wirsperger überging, „der ideales Interesse daran (an dem Stein) gefunden haben mochte"[275]). An diesem Haus war mindestens seit dem 17. Jahrhundert eine Inschrift angebracht, die auf die Vertreibung der Juden im Jahre 1499 hinwies.

Der Stein blieb in dem Hause, bis er 1908 der Israelitischen Kultusgemeinde angeboten wurde. Archivdirektor Mummenhoff gab damals ein Gutachten darüber ab, und Rabbiner Dr. Freudenthal regte den Ankauf an, der in der Gemeinderatssitzung vom 15. Oktober 1908 aber zunächst abgelehnt wurde[276]). Der Stein wurde von Moritz Rosenbaum angekauft, von dem ihn dann die Gemeinde später doch für 520 RM erwarb mit der Absicht, ihn in die Synagoge einzumauern und an ihm eine Inschrift anzubringen[277]). Er wurde in die Westwand der Synagoge eingesetzt und an ihm die von dem Rabbiner gewählte Inschrift angebracht: „Eine Zeit kommt, da Steine verworfen und wieder eine Zeit, da Steine gesammelt werden, Pred. 3,5"[278]). Beim Abbruch der neuen Synagoge am Hans-Sachs-Platz im August 1938 spielte sich nun folgendes ab: „Der berühmte Judenstein von der Synagoge ... war in der Nacht unbeobachtet auf den israelitischen Friedhof geschafft worden. Doch bevor ich (Gemeindesekretär Kolb, d. Verf.) früh ins Büro kam, hatte es die Gestapo erfahren und verhaftete mich. Zuerst ein langes Verhör, warum und weshalb dieser Stein entfernt worden sei; es wurde die Beschuldigung ausgesprochen, der Stein (300 kg) sollte von mir nach Amerika verschoben werden. Nun war unterhalb dieses Steines in einem Kästchen der vergoldete Schlüssel, mit dem im Jahre 1874 die Synagoge aufgesperrt wurde, angebracht. Die Fremdenführer hatten im Laufe der Jahre einen historischen Kranz darum gewoben und die Gestapo machte ein großes Aufheben wegen dieses fehlenden Schlüssels. Ich hatte auf diesen wertlosen Gegenstand gar nicht acht gegeben, aber ich mußte so lange in Haft bleiben, bis er glücklicherweise unter anderem Gerümpel gefunden wurde"[279]).

Als Kolb 1945 aus dem KZ Theresienstadt zurückkam, fand er den Stein im Frühjahr 1946 in einem Keller des zerstörten Polizeipräsidiums[280]). Das wertvolle Kulturdokument ist noch heute erhalten und wurde im Hof des Altstadtmuseums (Fembohaus) aufgestellt.

5. Die „Kristallnacht" in Nürnberg

Die aus wirtschaftlichen und politischen Rücksichten bis Ende 1937 von offizieller Seite in manchen Bereichen noch etwas zurückhaltende Judenhetze und -verfolgung wurde seit dem Frühjahr 1938 intensiviert. Der Umschwung wurde sofort auch in Nürnberg spürbar. Im Januar verbot die Stadtverwaltung den

Juden die Benützung sämtlicher Bäder, auch die der Wannen- und Brausebäder der Stadt[281]).

Durch das Reichsgesetz vom 28. März wurde den Kultusgemeinden die Eigenschaft von Körperschaften des öffentlichen Rechts entzogen, sie wurden bürgerlich-rechtliche Vereine.

Die Vorbereitung für die allgemeine Zwangsarisierung stellte die „Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden" vom 26. April 1938 dar[282]). Weitere, die Berufstätigkeit der Juden einschränkende Erlasse und andere Schikanen folgten. Im Juni kam es zu einer großangelegten Verhaftungswelle aller vorbestraften Juden, sie wurden in Konzentrationslager geschafft. Im Oktober begann eine Ausweisungswelle, von der die Juden, die ehemals in Polen gelebt hatten, betroffen wurden.

Eine Beschleunigung erfuhr diese Entwicklung durch die sog. Reichskristallnacht vom 9./10. November 1938. Obwohl der Gauleiter Frankens durch seine maßlose Judenhetze mit die psychologischen Voraussetzungen für das Geschehen geschaffen hatte, war hier, wie bei den „Nürnberger Gesetzen", nicht er der Initiator der Aktion, sondern der Reichspropagandaminister. Die Verschärfung der Situation war aber in Franken schon im Oktober deutlich geworden. Aktionen in Leutershausen bei Ansbach nahmen die Ausschreitungen der „Kristallnacht" gewissermaßen vorweg. Am 15. Okt. wurden dort die Fenster jüdischer Häuser eingeworfen, am 17. und 18. Okt. kamen SA-Männer auch aus anderen Orten hinzu und halfen beim Stürmen von Häusern; die Synagoge wurde geplündert und Feuer angelegt, die Polizei griff nicht ein. Die Kultusgemeinde Nürnberg wurde telefonisch durch Betroffene von den Vorgängen verständigt, die jüdischen Einwohner Leutershausens wurden hierauf nach Nürnberg gebracht[283]).

Nach dem Attentat auf den deutschen Gesandtschaftsrat Ernst vom Rath in Paris am 7. November 1938 nahm Goebbels bei der Gedenkfeier der „Alten Kämpfer" am 9. November in München das Attentat zum Anlaß, um das Startzeichen zu dem allgemeinen Pogrom zu geben. Außenpolitische Rücksichten glaubte man vernachlässigen zu können. „Die Haltung Chamberlains und Daladiers in München, der Empfang, der ihnen nach ihrer Rückkehr bereitet wurde, ließen es als gewiß erscheinen, daß eine Ausnützung des Attentats zur Verschärfung der Judenpolitik die außenpolitische Situation vielleicht kurzfristig stören, jedoch kaum nachhaltig verändern würde. Also konnte gehandelt werden"[284]). Trotzdem sollte die Partei nach außen hin nicht als Organisator auftreten, aber die meisten Partei- und SA-Führer wußten, was ihre obersten Herren wünschten[285]). Am 9. Nov., zwischen 23 und 24 Uhr, liefen die Weisungen an die SA durch, um 1 Uhr gab Heydrich den Befehl: „Die Staatspolizeistellen haben sich nach den Wünschen der Propagandaämter zu richten"[286]). Nach diesen Instruktionen lief dann auch in Nürnberg der Pogrom ab, die SA führte ihn durch, die Polizei griff nicht ein. Die SA, die ja seit der Röhm-Affäre an Einfluß und Betätigungsmöglichkeit erheblich eingebüßt hatte, sah eine willkommene Gelegenheit, sich im Stil der „Kampfzeit", aber ohne jedes Risiko, austoben zu können. Nach der Darstellung des SA-Gruppenführers v. Obernitz war die Gauleitung Franken auf den Po-

grom nicht vorbereitet, der von ihm im Bett angetroffene Streicher habe geäußert: „Wenn es Goebbels so will, soll es mir recht sein." Streicher übernahm bei dem Pogrom keine aktive Rolle[287]).

Über den Verlauf der „Kristallnacht" in Nürnberg besitzen wir verschiedene Augenzeugenberichte, Bernhard Kolbs Darstellung ist die umfassendste[288]):

„Sämtliche SA-Männer waren am 9. November nachts 12 Uhr auf den Hauptmarkt in Nürnberg zu einem Appell befohlen. Es waren auch aus allen umliegenden Orten die SA dazu beordert. Dann erfolgte durch die Führer die Belehrung bis zur eindeutigen Mordanstiftung. Es ist bekannt, daß mancher dieser seit Jahren einexerzierten Terrorbanden sich seitwärts in die Büsche schlug, um hier nicht mitmachen zu müssen. Zuerst kamen die großen Ladengeschäfte dran, mit mitgebrachten Stangen wurden die Schaufenster eingeschlagen und der am Abend vorher schon verständigte Pöbel plünderte unter Anführung der SA die Läden aus. Hierbei kam es, wie nicht verwunderlich, auch zu Schlägereien zwischen den Räubern selbst. Dann ging es in die von Juden bewohnten Häuser. Schon vorher bestellte nichtjüdische Hausbewohner öffneten die Haustüren. Wurden auf das Läuten die Wohnungen nicht sofort geöffnet, wurde die Wohnungstüre eingeschlagen. Jeder Teilnehmer war mit Revolver und Dolch ausgestattet; auch hatte jede Gruppe die nötigen Einbrecherwerkzeuge, wie Äxte, große Hämmer und Brechstangen dabei. Selbstverständlich trug jeder SA-Mann einen Brotbeutel zur Sicherstellung von Geld, Schmuck, Photos und sonstigen Wertgegenständen, die auf einen Mitnehmer warteten.

Wer der Horde als erster in der Wohnung entgegentrat, ganz gleich ob es sich um Männer, Frauen oder halberwachsene Kinder handelte, wurde schwer mißhandelt. Dann wurde die Wohnung angeblich nach Waffen durchsucht, weil am Tage vorher ein Waffenverbot für Juden veröffentlicht worden war. Hierbei wurden sämtliche Behältnisse, wenn sie nicht sofort geöffnet waren, aufgesprengt, alle Glastüren, Spiegel, Bilder eingeschlagen, Ölbilder mit den Dolchen zerschnitten; im Hause Lindenaststraße 21 wurde ein echtes Böcklingemälde und im Hause Campestraße 10 ein Gemälde im Werte von RM 80 000,— vollständig vernichtet. Die Polstermöbel und Betten wurden aufgeschnitten, in die letzteren wurden Marmeladen oder die zerschlagenen Eier geschüttet. Was an Porzellan und Glas vorgefunden wurde, wurde restlos zerstört, die betroffenen Familien hatten am Morgen des 10. November meistens keine Kaffeetasse mehr. Vorgefundene größere Geldbeträge wurden konfisziert; auch Wertpapiere und Sparkassenbücher wurden mitgenommen. Nachher schien der eine oder andere doch Bedenken gehabt zu haben, denn beim Finanzamt wurden einige Beträge abgeliefert. Sparkassenbücher kamen ohne Absenderangabe mit der Post zurück. Das schlimmste waren aber noch die schweren Ausschreitungen gegen die Wohnungsinhaber, wobei anwesende Frauen oft ebenso mißhandelt wurden, wie die Männer. 160 Männer wurden von den SA-Männern unter ständigen Mißhandlungen und unter dem Gejohle der Menge zum Polizeigefängnis getrieben. Die ebenfalls dorthin geschleppten Frauen wurden von den Polizeiorganen nach einigen Stunden wieder entlassen. Die Männer, darunter Knaben unter 14 Jahren, wurden in großer Zahl eng aneinandergepreßt

in Zellen gesperrt. Nachdem so mehr als 100 Männer eingeliefert waren, wurden sie mit Polizeilastwagen nach dem Gerichtsgefängnis gefahren und in der dortigen Turnhalle untergebracht. Die Unterkunft selbst war für die nach und nach auf 160 Personen angewachsene Belegung zur Not ausreichend, aber die hygienischen Verhältnisse waren katastrophal. Gegen Abend kam auch noch eine Anzahl Fürther Juden dazu. Am anderen Morgen gegen 4 Uhr wurden alle Personen unter 60 Jahren nach dem Konzentrationslager Dachau transportiert ... Ich selbst wurde in der Nacht von Gestapo-Beamten verhaftet und von SA-Männern, die vorher gewaltsam in meine Wohnung eingedrungen waren, durch Schläge ins Gesicht und auf den Kopf verletzt und im Kraftwagen in das Büro der Israelitischen Kultusgemeinde gefahren. Ich kam dann mit den anderen männlichen Verhafteten ins Zellengefängnis, wo nach und nach noch andere gefangene Juden eintrafen. Viele trugen Spuren schwerster Mißhandlungen. So sah ich einen Sigmund Oppenheimer aus Nürnberg, einen Mann von über 80 Jahren, der vollkommen mit Blut überströmt war; seine Kopfhaut war gespalten. Ein gewisser Dingfelder, 77 Jahre alt, wurde auf die Straße ohne Schuhe geführt und mußte, nur mit einer Hose bekleidet, barfuß in der Kälte gehen. Ich sah ferner einen gewissen Albert Heimann und Josef Saemann, welche beide schwer mißhandelt waren. Heimann hatte einen Bluterguß, der durch Schläge auf die Schädeldecke entstanden war; sein Gesicht war schwarz gefärbt. Ebenso habe ich schwer mißhandelte Frauen gesehen. Ich erinnere mich weiter eines Fritz Lorch, der am Tage vorher im jüdischen Krankenhaus Fürth operiert worden war, in der Nacht aus dem Bett gezogen und so schwer geschlagen wurde, daß er bald danach verstarb. Ein Paul Astruck aus Nürnberg wurde ebenfalls aus seinem Bett geholt, in einen Wald nahe bei Nürnberg verschleppt und später nahezu tot aufgefunden. Ein Paul Lebrecht, wohnhaft in Nürnberg, Mittlere Pirckheimerstraße 20, wurde erschlagen; man versuchte, ihn hierauf in den Hof zu werfen, er blieb aber mit seinen Kleidern an dem eisernen Gitter des Balkons hängen, wo er tot aufgefunden wurde. Nathan Langstadt, in Nürnberg, Rankestraße 47 wohnhaft, wurde mit durchschnittener Kehle im Badezimmer seiner Wohnung aufgefunden. Simon Loeb, wohnhaft in Nürnberg, Mittlere Pirckheimerstraße 22, wurde ebenfalls in seiner Wohnung tot aufgefunden. Jakob Spaeth, Nürnberg, Hochstraße 33 wohnhaft, wurde die Treppe hinunter geworfen, so daß er unten tot liegen blieb.

So sind am 10. November 1938 eines gewaltsamen Todes gestorben außer den bereits genannten

Fritz Lorch
Paul Lebrecht
Simon Loeb
Jakob Spaeth
Nathan Langstadt

noch

Willi Behrends
Friedrich Katz
Emma Ullmann und
Siegfried Selling.

Am gleichen Tage wurde vom Leichenbeschauer der Selbstmord der folgenden Juden und Jüdinnen beurkundet:

Martin Herrmann
Zion Eichbaum
Mathilde Schülein
Berta Schülein
Hedwig Süßheim (Witwe des 1933 verstorbenen Stadtrats)
Marie Schloss
Luise Hartner
Isidor Sturm
Geh. Sanitätsrat Dr. Frankenburger
Geh. Justizrat Dr. Frankenburger

Alle diese Tatsachen sind mir in meiner Eigenschaft als Geschäftsführer der Israelitischen Kultusgemeinde bekanntgeworden. Die Leichen der Getöteten wurden auf dem israelitischen Friedhof in Nürnberg beerdigt."

Oberbürgermeister Liebel soll vor den Ratsherrn in einem Bericht angegeben haben, daß 26 Juden die Pogromnacht nicht überlebten, die betreffenden Familien durften keine Traueranzeigen veröffentlichen[289]). Diese Zahl und die Namensangaben Kolbs werden durch die Eintragungen in den Standesamtsregistern bestätigt, die Zahl der kurz nach der „Kristallnacht" verstorbenen Juden liegt sogar noch beträchtlich höher, da aber keine Todesursachen genannt sind, kann nicht genau angegeben werden, wer von diesen als direktes Opfer der „Kristallnacht" anzusehen ist. Durch Hilfe nichtjüdischer Freunde gelang es einzelnen Juden, sich in der Pogromnacht verborgen zu halten. So z. B. Hugo Gutmann (der 1937 bereits für einige Zeit inhaftiert war), der vor dem Pogrom gewarnt wurde. Es gelang ihm und seiner Familie, einige Tage im Theresienkrankenhaus Zuflucht zu finden[290]).

Ein Bericht über die Zerstörung der zweiten Nürnberger Synagoge in der Essenweinstraße, die ursprünglich nur für die orthodoxe Gemeinde errichtet worden war, ist uns aus der Feder des Mitarbeiters der „Nürnberger Zeitung", Otto Fischer erhalten[291]). SA-Obergruppenführer von Obernitz leitete den Einsatz. In der Mitte des Gebäudes wurde aus zerbrochenem Gestühl und rituellem Gerät ein Haufen errichtet, der entzündet wurde und dann das Gebäude in Flammen aufgehen ließ. Die Feuerwehr war bereits vorher verständigt und hatte die Aufgabe, die angrenzenden Häuser zu schützen. In der Nähe wohnende jüdische Familien wurden vor ihr brennendes Gotteshaus getrieben, eine hysterische Stimme forderte dazu auf, sie hineinzuwerfen, was jedoch nicht geschah.

Wie verfälschend und verharmlosend die Nürnberger Bevölkerung über das Vorgefallene unterrichtet wurde, zeigt die Pressemeldung, die am 11. November im „Fränkischen Kurier" erschien:

„Die Nachricht von dem Tode des deutschen Gesandtschaftsrates vom Rath, der den Kugeln eines jüdischen Verbrechers zum Opfer fiel, löste in Nürnberg und Fürth, wie im ganzen Reiche, die stärkste Erregung der gesamten Bevölkerung aus. Diese Empörung steigerte sich im Laufe des Abends und der Nacht zu Aktionen gegen die in Nürnberg und Fürth wohnenden Juden. Die Synagoge in

der Essenweinstraße in Nürnberg und die Synagoge in Fürth wurden in der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag in Brand gesteckt. Die beiden Synagogen sind im Innern völlig ausgebrannt; die sofort herbeigeeilte Feuerwehr verhinderte jede Ausdehnung des Brandes. Die Judengeschäfte wurden demoliert, die Scheiben wurden eingeschlagen und der Inhalt der Läden wurde durcheinandergeworfen. Zu Plünderungen ist es nirgends gekommen. Noch jetzt liegen die Waren zerstreut in den jüdischen Geschäften. Den ganzen Donnerstag über herrschte in der Innenstadt Nürnbergs und Fürths lebhafte Bewegung unter der Bevölkerung, die immer wieder ihrer Empörung über den jüdischen Meuchelmord lauten Ausdruck gab. Die Aktion des fränkischen Volkes war die Antwort auf die Schüsse des jüdischen Verbrechers, die nicht nur den Gesandtschaftsrat, sondern mit ihm das ganze deutsche Volk trafen"[292]).

Zu den Übergriffen, die von der Partei und ihren Gliederungen nicht direkt befohlen, später aber auch nicht gesühnt wurden, erklärte das Oberste Parteigericht: „Die Nachprüfung der Befehlsverhältnisse hat ergeben, daß in all diesen Fällen ein Mißverständnis in irgendeinem Glied der Befehlskette entstanden ist, insbesondere dadurch, daß es dem aktiven Nationalsozialisten aus der Kampfzeit selbstverständlich ist, daß Aktionen, bei denen die Partei nicht als Organisator in Erscheinung treten will, nicht mit letzter Klarheit und in allen Einzelfällen befohlen werden. Er ist infolgedessen gewohnt, aus einem solchen Befehl mehr herauszuholen, als wörtlich gesagt ist, wie es auch auf der Seite des Befehlsgebers vielfach Übung geworden ist, im Interesse der Partei, — gerade wenn es sich um illegale politische Kundgebungen handelt — nicht alles zu sagen und nur anzudeuten, was er mit dem Befehl erreichen will"[293]).

Zur Kräftigung der Staatsfinanzen ließ Göring die Juden nach dem Pogrom noch eine „Buße" von einer Milliarde Mark zahlen. Die „Verordnung zur Wiederherstellung des Straßenbildes bei jüdischen Gewerbebetrieben" vom 12. November 1938 zwang die Juden, die „durch die Empörung des Volkes über die Hetze des internationalen Judentums" entstandenen Schäden auf eigene Kosten zu beseitigen[294]).

Daß in Nürnberg der Pogrom vom 9./10. November 1938 besonders brutal durchgeführt wurde, geht aus den Zahlen der Ermordeten hervor, bei 91 Getöteten im ganzen Reich[295]) fielen nach Kolb auf Nürnberg allein neun Opfer.

Heydrich hatte ein Blitzfernschreiben an die Staatspolizeistellen gesandt, in dem „die Verhaftung einer ziffernmäßig festgelegten Anzahl von Juden und Einweisung derselben in ein KZ unter Umständen angeordnet (war), welche die Festgenommenen als Geiseln erscheinen ließ"[296]). Der um eine Rehabilitierung seines Chefs, des Nürnberger Polizeipräsidenten Dr. Martin, nach 1945 bemühte Polizeiarzt Dr. Wegner berichtet über die Durchführung dieses Heydrich-Befehls in Nürnberg: „Im Vollzug dieser Anordnung mußte, wie überall, so auch in Nürnberg, eine kleinere Anzahl Juden festgenommen und zur Einlieferung in das KZ Dachau nach Berlin gemeldet werden. Ich erinnere mich noch, wie uns der Chef erzählte, daß mit der Errechnung der Kopfzahl ‚die Berliner tüchtig übers Ohr gehauen' worden seien und außerdem hat Dr. Martin zweifellos auch diese Maßnahme vorher mit Dr. Berlin (dem ehemaligen Ortsvorsitzenden des C.V.-Ver-

eins, mit dem Martin wiederholt bei Juden-Aktionen konferierte, d. Verf.) besprochen. Die in das KZ eingelieferten Juden kamen auf wiederholte eindringliche Anträge unserer Gestapo hin, teils nach zwei bis drei Wochen, teils nach einem Vierteljahr wieder nach Nürnberg zurück"[297]).

Nach dem Pogrom setzte der Polizeipräsident ein „Kriminalkommando zur Verfolgung der Roheits- und Eigentumsdelikte" ein, das jedoch wegen der zentralen Anweisungen an die Staatsanwaltschaften wenig Erfolg haben konnte. Aber immerhin wurde der Streicher-Günstling, Ehrenzeichenträger und SA-Sturmführer Hering zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt, nachdem sich Martin an den Reichsjustizminister gewandt hatte[298]).

Bei den bestehenden Verhältnissen war ein Protest des großen Teils der Nürnberger Bevölkerung, der den Pogrom mißbilligte, nicht zu erwarten, ein solcher hätte für die Betreffenden zu schwerwiegenden Folgen geführt. Erwähnenswert ist jedoch, daß an dem Sonntag, der dem Pogrom folgte, Pfarrer Wilhelm Geyer in der Lorenzkirche von der Kanzel aus deutlich gegen das den Juden angetane Unrecht Stellung nahm. Sämtliche Geistliche der Pfarrei St. Lorenz traten hierauf vor den Altar, wo die Zehn Gebote laut vorgesprochen wurden[299]).

6. Weitere Arisierungen, die „Holz-Aktion" und die vollständige Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben

Daß die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft in Franken besonders frühzeitig, rücksichtslos und häufig entgegen den Weisungen des Reichswirtschaftsministeriums durchgeführt wurden, war schon aus den oben dargestellten Fällen ersichtlich geworden. Die wichtigsten Akteure waren dabei die Mitarbeiter Streichers in der Gauleitung, die einen Druck auf alle Behörden Frankens ausüben konnten. Der Gauwirtschaftsberater Strobl, zugleich Präsident der Industrie- und Handelskammer, war die zentrale Figur. Entgegen den gesetzlichen Vorschriften mußten in seinem Büro alle Arisierungsanträge eingereicht werden und wurden auch dort bearbeitet, die Regierung in Ansbach blieb ausgeschaltet, sie war nur noch formell beteiligt, nach dem 9. November 1938 auch dies nicht mehr. Streichers Adjutant, SA-Oberführer König, schaltete sich seit August ein und ließ sich die Anträge vorlegen[300]).

Über die Vorgänge in Franken sind wir deshalb so gut unterrichtet, weil die Korruption und die Eigenmächtigkeiten der Streicher-Leute solche Ausmaße annahmen, daß Göring eine Kommission beauftragte, welche die Zustände untersuchen sollte. Vorsitzender war der Gestapo-Beamte SS-Obersturmbannführer Meisinger, neben ihm wirkten Beamte des Reichsfinanz- und des Reichswirtschaftsministeriums; sie nahmen am 10. Februar 1939 ihre Arbeit auf. Wenn die Kommission auch nur den Auftrag hatte, die zwischen dem 9. November 1938 und dem 9. Februar 1939 vorgenommenen Arisierungen zu untersuchen, so wurde bei einzelnen Fällen doch die ganze Arisierungspraxis im Machtbereich Streichers aufgerollt. Als anschauliches Beispiel greifen wir den Fall „Kaufhaus Weißer Turm" heraus. Dessen Besitzer, Theo Hartner, machte vor der Untersuchungskommission am 20. Februar 1939 eine zusammenfassende Aussage, die durch die weiteren Ermittlungen bestätigt wurde[301]). Hartners Frau war Jüdin

und maßgeblich an den Kaufhäusern „Weißer Turm" und „Strauß" beteiligt. Obwohl der spätere stellvertretende Gauleiter Karl Holz Hartner 1933 erklärt hatte, daß gegen ihn keine politischen Bedenken bestünden, hatte dieser immer wieder, vor allem während der Reichsparteitage und der Zeit des Weihnachtsgeschäfts, unter Boykottmaßnahmen zu leiden. Um 1934 einem Zugriff der Nürnberger SA zu entkommen, die ihn „verhaften" wollte, begab er sich nach München zum Reichsstatthalter, dessen Stellvertreter ihm den Rat gab, sich in München verborgen zu halten, da er ihm keinen Schutz gewähren könne. Später schaltete sich der Nürnberger Polizeipräsident Dr. Martin ein und ermöglichte Hartner die Rückkehr. Obwohl das Reichswirtschaftsministerium 1936 und 1938 wiederholt feststellte, daß sein Unternehmen „Kaufhaus Weißer Turm" als arisches Unternehmen zu gelten habe, wurde Hartner weiter von Nürnberger Parteistellen belästigt und das Kaufhaus boykottiert. 1938 ließ sich Hartner auf Druck der Partei hin von seiner Frau scheiden. Im September dieses Jahres wurde er von Gauwirtschaftsberater Strobl gezwungen, einen Herrn Leissing als „Kommissar" mit einem Monatsgehalt von 1250 RM einzusetzen. Leissing (der von der Leitung eines Kaufhauses keine Ahnung hatte) erklärte Hartner, er habe den Auftrag, ihn aus dem Unternehmen hinauszudrängen. Er müsse etwas finden, um ihn ins KZ zu bringen. (Schon im August 1938 hatte Strobl Hartner mit Dachau gedroht, wenn er sich nicht gefügig zeige.) Hartner mußte dann noch einen Vertrag abschließen, in dem Leissing außer seinem Monatsgehalt 4 % des Reingewinns zugesichert wurden. Er wurde als Geschäftsführer eingesetzt und übernahm die Leitung des Unternehmens.

Zur Charakterisierung der Verhältnisse seien noch einige Einzelheiten erwähnt. Zur Person des Leissing: Dieser hatte vor 1933 ein eigenes Geschäft besessen, war aber in Schwierigkeiten geraten und mußte es aufgeben, außerdem hatte er das Vermögen seiner Frau durchgebracht. Nach der Machtergreifung wurde er Führer der Gruppe Einzelhandel in der DAF (Deutsche Arbeitsfront) in Nürnberg. Als er sich den Eintritt in die Geschäftsleitung des Kaufhauses erzwang, war sein Gehalt bei der DAF bis auf 65 Mark monatlich gepfändet. Es lagen Wechselproteste, ein Vollstreckungstitel, ein Haftbefehl und ein protestierter Scheck auf das jüdische Bankhaus Kohn vor (alle diese Angaben kamen durch Rechtsanwalt Dr. Frisch I am 4. 9. 1938 an Göring). Leissing war Mitglied der SS und beim Einmarsch in die Tschechoslowakei bei der Bewachung eines Konzentrationslagers tätig. Solche Nazikreaturen sicherten sich also einträgliche Posten bei völliger fachlicher Unfähigkeit.

Für die Verhältnisse in Franken ist besonders Leissings Aussage vom 14. August 1939 typisch: „Frage: Ihnen war doch zu dieser Zeit schon bekannt, daß Herr Hartner Dokumente besaß, aus denen einwandfrei hervorging, daß sein Unternehmen arisch war? Antwort: Diese Tatsache war mir zwar bekannt, aber für mich war die Anerkennung der Gauleitung bestimmend"[302]).

Der Fall „Kaufhaus Weißer Turm" stellt einen Grenzfall der Arisierung dar, der jedoch besonders aufschlußreich für die Verhältnisse in Nürnberg ist. Noch viel rücksichtsloser und ergiebiger bereicherten sich die Nürnberger Parteigrößen bei eindeutigen Arisierungsfällen jüdischer Betriebe. Bereits einige Wochen vor der „Kristallnacht" wurde das Arisierungsverfahren bei den Lederwerken Cromwell

eingeleitet (2. 8. 1938). Ihr Verkehrswert wurde auf 4,9 Millionen beziffert, der „vereinbarte" Kaufpreis auf 1,5 Millionen festgesetzt. Der Jahresgewinn des Betriebes betrug 1937 852 000 RM! Die Kreisleitung Nürnberg behielt vom Kaufpreis 174 360 RM ein, die DAF erhielt 9306 RM, der Gauwirtschaftsberater bekam von der Käufergruppe 22 500 RM ausbezahlt[303]). Weniger kraß war z. B. der Fall „Benedict und Dannheißer", der Betrieb wurde auch noch kurz vor der Kristallnacht (am 2. 11. 1938) arisiert. Verkehrswert 364 328 RM, „vereinbarter" Kaufpreis 234 328 RM, Spende an den Gau Franken 7000 RM[304]).

Interessant ist unter vielen anderen wieder die Arisierung der Dampfwattefabrik M. Stern. Ihr Verkehrswert betrug 161 250 RM, der „vereinbarte" Kaufpreis nur 1244 RM, da die Außenstände von 28 756 RM von dem ursprünglich festgesetzten Kaufpreis von 30 000 RM abgezogen wurden. Der Betrieb wurde von einem Strohmann Königs erworben und für 30 000 RM weiterverkauft, dabei ließ sich ein Vertrauter Königs in einem „Beratungsvertrag" für drei Jahre je 10 000 RM zusichern[305]). Einen solchen „Beratungsvertrag" schloß mit dem zweiten Erwerber auch der Strohmann ab, der zuerst die Transformatoren- und Apparatefabrik Magnus erwarb. Seine Vertrauten, Streichers Adjutant König, Kreiswirtschaftsberater Lang (Direktor der Auto-Union Nürnberg) und Brigadeführer Wurzbacher kassierten 3750 RM für ihre guten Dienste. Der Strohmann hatte den Betrieb mit einem Verkehrswert von 65 500 RM für 5 000 RM erworben![306]).

Die Juden konnten aber meist nicht einmal über den „vereinbarten Kaufpreis" verfügen, da das Geld auf Sperrkonten überwiesen werden mußte, für die Besitzer wurde nur ein monatlicher Betrag freigegeben. Im April 1939 lagen ca. 800 000 RM auf Sperrkonten fest, die Sonderabgaben für den Gau, die Kreisleitung Nürnberg-Stadt und den Fürther Oberbürgermeister und Kreisleiter betrugen ca. 347 000 RM[307]). Die hohen Bestechungsgelder und „Beratungsgebühren" waren in ihrer Summe nicht mehr genau zu erfassen.

Nach der Kristallnacht nahm die Zwangsarisierung noch brutalere Formen an, vor allem bei der Arisierung von Häusern und Grundstücken. Einige Augenzeugenberichte: Rechtsanwalt Dr. Fred Blum, der in der Kristallnacht verschont blieb, begab sich am nächsten Tag auf das Polizeipräsidium, um dort im Interesse mehrerer seiner verhafteten Mandanten vorzusprechen[308]): „In der nächsten Nacht (10./11. November, d. Verf.) erschienen in meiner Wohnung einige SS-Männer, die ich vorher nie gesehen hatte. Sie zerstörten viele Möbel und Kunstgegenstände, zwangen mich, das Bargeld, das ich schon für die Auswanderung zuhause hatte, ihnen auszuliefern und führten mich mit ihrem Wagen ab. Ich wurde zunächst in der gemeinsten Weise geschlagen. Sie fuhren mich in die Nähe des Polizeipräsidiums und erklärten mir, ich solle da Schutz suchen, wo ich mich heute morgen beklagt habe. Mein Kopf war blutüberströmt, als ich das Polizeipräsidium betrat. Dort wurde ich von einem Polizisten empfangen, den ich früher in einem Zivilprozeß vertreten hatte. Er brachte mich in eine Zelle, in der bereits mein Kollege Dr. Walter Berlin sich befand, der ebenso wie ich blutüberströmt war. Wir baten den Polizisten, Polizeipräsident Martin darum zu bitten, daß er uns einen Arzt schicke. Die Bitte wurde erfüllt und der Arzt erklärte uns transportunfähig. Sonst wären wir in jener Nacht nach Dachau verschickt worden. Man behielt uns mit einigen anderen alten, jüdischen Gefange-

nen für einige Wochen in der Turnhalle des Gefängnisses. Nach etwa 14 Tagen ließ Polizeipräsident Martin mich kommen und fragte mich, ob ich keine Möglichkeit habe, sofort auszuwandern. Ich erklärte ihm, daß alle Vorbereitungen zur Auswanderung getroffen seien. Ich wurde dann noch im Gefängnis gezwungen, um 10% des Einheitswertes Herrn Streicher meinen Grundbesitz notariell anzubieten. Das gleiche Angebot mußten alle Juden, die noch Grundbesitz hatten, an Streicher machen."

Martha Hutzler, die ebenfalls in den Keller des genannten Gebäudes gebracht wurde, sagte am 30. Juni 1939 vor der Gestapo u. a. aus: „Der Jude Friedmann mußte sich eine zeitlang in eine Ecke stellen, dann mußte er bei den Übungen (Kniebeugen etc., d. Verf.) mitmachen. Dann mußte er sich über einen Schemel legen und der Jude Heilbronner mußte ihn meines Wissens mit einer Rute auf das Gesäß schlagen. Die ersten Schläge, die Heilbronner ausführte, kamen dem Aufsichtsführenden zu leicht vor, weshalb er die Rute nahm und einen Schlag auf das Gesäß des Friedmann ausführte. Als Heilbronner wieder zuschlug ist der Stock zerbrochen ... Durch die vielen Übungen und das stundenlange Stehen war ich derart zermürbt, daß ich nicht nur den Vertrag, sondern auch einfach alles unterschrieben hätte, was mir die Herren vorgelegt hätten."

Josef Heilbronner sagte u. a. am gleichen Tage über seine Erlebnisse im DAF-Keller und über das sog. Kreiselspiel aus: „... Man muß mit durchgedrückten Knien mit dem ausgestreckten Zeigefinger der rechten Hand den Boden berühren, während man mit der linken Hand, bzw. einigen Fingern derselben, das rechte Ohrläppchen anzufassen hat. Daraufhin wird rasches, fortlaufendes Drehen kommandiert, und zurück an den Platz, Marsch, Marsch! Durch die geschilderten Bewegungen verliert man das Gleichgewicht und wird von starkem Schwindel erfaßt. Eine andere, mir neuartige Übung war folgende: Es wurde befohlen, einen Fußbreit von der Wand zurückzutreten, Kopfhaltung wurde nach rechts oder links befohlen, sodann wurde befohlen, den Kopf an die Wand fallen zu lassen. Eine weitere Übung war, sich mit ausgestreckten Händen auf den Boden fallen zu lassen, dann mußten die Fingerspitzen ausgestreckt und der Körper tief gehalten werden. Die Korrekturen wurden bei mir durch einen SA-Mann in der Weise vorgenommen, daß er in robuster Weise mit seinem Marschstiefel in mein Gesäß stieß"[309]).

Stil und Niveau von Hitlers Herrenrassevertretern in Nürnberg werden aus diesen Beispielen, die um viele vermehrt werden könnten, recht deutlich. Bernhard Kolb, selbst nicht Augenzeuge, berichtet nach Angaben seiner Glaubensgenossen ebenfalls über diese Vorgänge[310]). — Rechtsanwalt Dr. Schloß hatte sein Haus schon vor der „Kristallnacht" verkauft und von einem Arzt einen den Verhältnissen entsprechenden, jedoch anständigen Preis erhalten. Nach der Kristallnacht wurde er immer wieder vorgeladen und u. a. unter der Androhung von KZ-Haft bedrängt, den Kaufpreis herauszugeben. Er weigerte sich mit dem Hinweis, daß es dafür keine gesetzliche Handhabe gebe und er das Geld zur Auswanderung brauche. Er war der einzige, der den Verbrechern im Zusammenhang mit der „Holz-Aktion" widerstand, seine Auswanderung wurde verzögert, am 9. November 1939 verhaftete man ihn und brachte ihn ins KZ Buchenwald, wo er im Frühjahr 1940 von SS-Schergen ermordet wurde[311]).

Bei den Grundstücks- und Hausarisierungen mit den erwähnten Methoden lag die Leitung bei dem stellvertretenden Gauleiter und Schriftleiter des „Stürmer", Karl Holz, Streicher stimmte zu, er wollte mit dem durch Wiederverkauf gewonnenen Geld eine Gauschule bauen[312]). Holz gab an, daß seiner Meinung nach seit der „Kristallnacht" eine völlig neue Phase in der Behandlung der „Judenfrage" eingetreten sei und Franken, das sich beim Vorgehen gegen die Juden besondere Verdienste erworben habe, auch jetzt wieder führend vorangehen müsse. Daß es sich für ihn aber eigentlich darum handelte, nur für die Tasche seiner Gauleitung zu arbeiten, zeigt sein Vorgehen, als er im Dezember von den zu erwartenden Verordnungen des Reichswirtschaftsministeriums erfuhr. Er verschaffte sich schnellstens die betreffenden Grundstücke und die Regierung in Ansbach konnte sich ihm gegenüber nicht durchsetzen[313]). die beurkundeten Notare strichen bis zum 25. Februar 1939 über 91 000 RM Gebühren ein[314]). Den zu erwartenden Reingewinn durch die Weiterveräußerung der Grundstücke schätzte die Göring-Kommission auf 12 bis 15 Millionen Mark[315]). Die Kommission stellte 569 auf die erwähnte Art arisierte Grundstücke fest[316]).

Streicher ließ für sich von einem Juden, den man ins KZ Dachau gebracht hatte, durch seinen Finanzberater Max Fink für 5 600 Mark Aktien der Mars-Werke im Nennwert von 112 500 RM kaufen, er brauchte damals eine größere Summe Geld für seine Besitzungen Nonnenhof und Pleickershof[317]). Streichers Günstlinge halfen ihm, Oberstaatsanwalt Denzler vom Landgericht war gleichzeitig Gaurechtsberater und persönlicher Rechtsberater des SA-Oberführers König[318]).

Eine Parallelaktion zu der Zwangsarisierung der Grundstücke und des Hausbesitzes war der Ankauf von Einrichtungsgegenständen und Kraftwagen. Angesehene Firmen kauften Klaviere zu billigem Preis und zogen dazu dem Verkäufer 25 % oder 50 % vom Kaufpreis ab und überwiesen diesen Teilbetrag auf das Sperrkonto Arisierung 14 770. Für ein Piano und einige Möbelstücke bekam z. B. Frau Metzger, Bucher Straße 20, 120 RM ausbezahlt, der ankaufende Möbelhändler gab an, daß der Ankauf „in freier Vereinbarung mit den Juden" erfolgte. Eine Pianofirma kaufte 17 Klaviere zu Preisen zwischen 60 und 800 RM (durchschnittlich 369 RM), dabei soll der Gauwirtschaftsberater Schröder dem Prokuristen, der die Einschätzung vornahm, noch den Vorwurf gemacht haben, daß er zu hohe Preise bezahle; nach unten gäbe es bei Juden keine Preisgrenze, gab Schröder an. Auch hier gingen 25 % auf das genannte Sperrkonto[319]). Noch toller ging es bei dem „Ankauf" von Kraftfahrzeugen zu. Dr. Lessing bekam für seinen „Wanderer" mit dem Verkaufswert von mindestens 2000 RM ganze 80 RM ausbezahlt. Hauptschriftleiter und SA-Obersturmbannführer Liebscher kaufte einen Wagen für 130 RM, der einen Schätzwert von 1250 RM hatte. Auf diese Weise gingen ca. 60 Personenwagen an „bewährte" Parteigenossen[320]). Der Entziehungsvorgang spielte sich folgendermaßen ab: „Die Juden erhielten eine Vorladung, sich am soundsovielsten bei der betreffenden Stelle einzufinden, wo man ihnen z. T. erklärte, daß Feststellungen über ihre Wagen zu treffen seien, und daß zu diesem Zweck ein Formular ausgefüllt werden müsse, das die Marke, polizeiliches Kennzeichen, gefahrene Kilometer, Baujahr und andere automobilfachliche Fragen enthielt. Dann unterschrieben die Juden in der Regel ein Kaufangebot, wonach sie ihren Wagen an den von dem Beauftragten der NSDAP

genannten Käufer verkauften und fernerhin versicherten, daß das Fahrzeug voll und ganz bezahlt sei und ihr alleiniges, unbeschränktes Eigentum darstelle. Das Kaufangebot enthielt weiterhin die Summe, die der Jude von dem bezahlten Betrag des neuen Erwerbers zu erhalten hatte"[321]).

Ziel der Göring-Kommission war nun nicht etwa, die durch die Parteiwillkür praktisch zwangsenteigneten Juden in fairer Weise zu entschädigen und der Gerechtigkeit zum Siege zu verhelfen. Sie machte zwar die erzwungenen Verkaufsangebote von Grundstücken zu 10% des Wertes wieder rückgängig, die Juden konnten aber nicht darüber verfügen, da die Grundstücke in die „normalen" Bahnen der Arisierung zu „mäßigem Verkehrswert" übergeführt wurden. Streicher und seinen Spießgesellen geschah nichts, nur während der Tätigkeit der Untersuchungskommission saßen einige von ihnen in Untersuchungshaft. Der Kommission ging es lediglich darum, daß die Ausbeutung (wie schließlich dann auch die Vernichtung der Juden) wohlorganisiert vor sich gehen sollte, man verlangte dann später ja auch von den KZ-Massenmördern ein Mindestmaß an Disziplin. Die Enteignung sollte eben im wesentlichen dem Reich und nicht den kleinen Nazis zugute kommen. „... Die Arisierung war ihrer Natur nach eine Quelle der Korruption, und die Vorgänge in Nürnberg-Fürth zeigen, in welcher Richtung sie sich auch in anderen Teilen des Reiches entwickelt hätte, wenn sie nach den Vorstellungen des größten Teils der mittleren und unteren Parteiführerschaft durchgeführt worden wäre. Das Beispiel Franken ist über seinen Bereich hinaus tendenziell gültig und führt besonders drastisch vor Augen, in welchem Maße die Juden der Willkür der Partei ausgeliefert waren. Daß sie unter solchen Umständen jeden Versuch des Widerstandes oder auch nur der Beschwerde für aussichtslos und gefährlich ansahen, liegt auf der Hand"[322]).

Die zentral gelenkte, *allgemeine Zwangsarisierung* des jüdischen Besitzes wurde bei der von Göring geleiteten Besprechung der Ressortchefs vom 12. November 1938 beschlossen, als „Sühneabgabe" wurden danach 25% des Gesamtvermögens von Juden eingezogen. Da die Versicherungen zur Wahrung ihres geschäftlichen Renommees ihre jüdischen Kunden nicht im Stich lassen würden, wurde auf Vorschlag Heydrichs beschlossen, die Versicherungen das Geld für die Zerstörungen der „Kristallnacht" auszahlen zu lassen, dieses dann aber für das Reich zu beschlagnahmen[323]). Die wesentlichsten Erlasse waren dann die „Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben"[324]) und die „Verordnung über den Einsatz jüdischen Vermögens"[325]), auf die weiteren Einzelverordnungen kann hier nicht eingegangen werden. Den Juden wurde ein äußerst niedriger Kaufpreis geboten, über den sie im allgemeinen nicht verfügen konnten, da alle wesentlichen Werte auf Sperrkonten eingetragen bzw. dafür Reichsschuldbuchforderungen ausgestellt wurden. Von der Differenz zwischen Verkehrswert und Kaufpreis gingen 70%, bei Grundstücken 100% als „Entjudungsgewinn" an das Reich, alle Wertpapiere mußten in das Depot einer Devisenbank eingelegt werden, die Juden konnten nur mit Sondergenehmigung darüber verfügen[326]). Viele der jüdischen Geschäfte wurden gar nicht arisiert, sondern aufgelöst.

Die Folgen für die Juden waren verheerend. Es blieben ihnen nur geringe Mittel für die Auswanderung, bei vielen reichten sie nicht einmal mehr dazu. Die jüdi-

sche Bevölkerung Deutschlands (mit Österreich) betrug bei der Volkszählung vom 17. Mai 1939 noch 329 000 „Rassejuden", der selbständige Anteil ohne Familienangehörige betrug 215 000, davon lebten 28 % vom eigenen Vermögen, 43 % waren kleine Rentner etc., 20 % waren noch berufstätig, die Hälfte als Arbeiter, der Rest ist nicht eindeutig erfaßt[327]). Einige jüdische Ärzte durften noch als „Krankenbehandler" für Juden tätig sein, so z. B. in Nürnberg Dr. Leo Seidenberger, als „Rechtskonsulent" (ausschließlich für Juden zugelassen) arbeitete hier noch Rechtsanwalt Max Stern. Die Arbeitslosigkeit unter den Juden nahm ungeheuer zu, die materielle Not konnte durch die jüdischen Verbände kaum mehr gelindert werden, da diese keinen finanziellen Rückhalt mehr besaßen.

Nach den „gesetzlichen" Vorschriften blieb in Nürnberg nicht mehr allzuviel zu arisieren übrig, die Göring-Kommission nahm ja erst im Februar 1939 ihre Tätigkeit auf. Wie erwähnt, geschah dabei zugunsten der Juden nur noch sehr wenig, sie fristeten hier ein besonders kümmerliches Dasein und viele von den noch verbliebenen betrieben ihre Auswanderung jetzt intensiv. Einige Nürnberger Juden glaubten noch, außerhalb von Streichers Machtbereich erträglich leben zu können und siedelten nach anderen Städten außerhalb Frankens um, wo sie meinten, vor den wütenden Judenfressern sicher zu sein. Statt der Auswanderung sich mit der Umsiedlung innerhalb Deutschlands begnügt zu haben, wurde manchem Nürnberger Juden zum Verhängnis, da sie dadurch nicht der Mordmaschinerie der Konzentrationslager entgingen.

Eine Anzahl Nürnberger Juden war, wie erwähnt, schon im Zusammenhang mit der „Kristallnacht" in ein KZ verschleppt worden[328]), eine Praxis, die auch in anderen Teilen des Reiches geübt wurde. Ihre Gesamtzahl in Deutschland belief sich auf etwa 20 000, unter ihnen befanden sich vorwiegend vermögende Juden[329]). Das weitere Schicksal der Juden deutete Göring bereits auf der Konferenz vom 12. November 1938 an: „Wenn das deutsche Volk in irgendeiner absehbaren Zeit in außenpolitischen Konflikt kommt, so ist es selbstverständlich, daß auch wir in Deutschland in allererster Linie daran denken werden, eine große Abrechnung mit den Juden zu vollziehen!"[330]).

7. Aus- und Abwanderung der Nürnberger Juden 1933/1940

Ein Überblick über den Wegzug der Juden aus Nürnberg bis zum Beginn des Jahres 1940 ergibt sich ziemlich umfassend aus der Aufstellung des Vorstandes des Statistischen Amtes Nürnberg, Prof. Dr. Maximilian Meyer, im Amtsblatt der Stadt vom 28. März 1940[331]). Wir zitieren wörtlich unter Weglassung der einleitenden und abschließenden Phrasen, die damals bei der Behandlung eines solchen Themas mehr oder weniger rituell waren.

„Zu Anfang des Jahres 1933 wurden in Nürnberg noch etwas mehr als 8000 Juden gezählt. Wenn wir einige Städte im In- und Auslande zum Vergleich heranziehen, so ist das Bild das folgende: In Warschau wurden 299 Juden auf 1000 der Bevölkerung gezählt, in New York 229 und in Moskau 61. Unter den deutschen Städten standen nach der Volkszählung vom 16. Juni 1933 Frankfurt am Main mit 47 Juden auf 1000 der Bevölkerung an erster Stelle, es folgten

Berlin mit 38, Breslau mit 32, Mannheim mit 23, Nürnberg mit 18 und Leipzig mit 16.

Im Deutschen Reich ohne Österreich fielen im Jahre 1937 auf 1000 der Bevölkerung 6,2 Juden, mit Österreich 8,3. In England und Frankreich lagen die Verhältnisse ähnlich; es kamen in England auf 1000 der Bevölkerung 7,2, in Frankreich 6,7 Juden, in den Vereinigten Staaten waren es 34,5 auf 1000, im früheren Polen 96,4 und in Palästina 302,2.

Wir beschränken uns im folgenden auf die Stadt der Reichsparteitage Nürnberg. Die Zahl von 8000 Juden bleibt hinter der Wirklichkeit etwas zurück, da nur Glaubensjuden und nicht Rassejuden zur Anschreibung gelangten.

Es ist nicht ohne Interesse, die Entwicklung zu verfolgen, die die jüdische Bevölkerung in der Stadt der Reichsparteitage Nürnberg seit der Übernahme der Macht durch den Nationalsozialismus genommen hat. Wir wissen, daß eine Reihe von Juden sich dadurch tarnte, daß sie zu einem christlichen Glaubensbekenntnis übertrat und damit ihr Judentum nach außen abzuleugnen versuchte.

Die Zahl der am 1. Februar 1933 in Nürnberg ansässigen Juden verminderte sich:

vom	1. 2. 1933	bis	31. 3. 1934	um	1476 Juden
vom	1. 4. 1934	bis	31. 3. 1935	um	837 Juden
vom	1. 4. 1935	bis	31. 3. 1936	um	352 Juden
vom	1. 4. 1936	bis	31. 3. 1937	um	409 Juden
vom	1. 4. 1937	bis	31. 3. 1938	um	298 Juden
vom	1. 4. 1938	bis	31. 3. 1939	um	1409 Juden
vom	1. 4. 1939	bis	31. 12. 1939	um	857 Juden
				Zusammen	5638 Juden,

so daß am 1. 1. 1940 in Nürnberg noch 2628 Juden ansässig waren. Sofern die Juden nicht auswanderten, also nach fremden Ländern übersiedelten, sondern nur nach anderen Städten im Deutschen Reich verzogen, waren die von ihnen bevorzugten Städte Berlin, München, Frankfurt am Main und Leipzig.

Auslandspässe wurden ausgestellt im:

2.–4. Vierteljahr	1933	351
	1934	127
	1935	46
	1936	52
	1937	180
	1938	600
	1939	1391
	Zusammen	2747

Wenn bei der vorletzten Volkszählung am 16. Juni 1933 7502 Juden in Nürnberg gezählt wurden, so müßten nach Abzug der 2747 Juden noch 4755 hier ansässig sein. In Wirklichkeit sind aber nur noch 2500 Juden hier, so daß eine Differenz von rund 2200 Juden vorliegt. Diese Differenz erklärt sich aus der großen Zahl der Juden, die in den ersten Jahren der nationalsozialistischen Staatsführung, also in den Jahren 1933, 1934, 1935 usw. auf Grund der in ihrem Besitz befindlichen Auslandspässe, die eine Gültigkeit von fünf Jahren hatten,

Deutschland verließen. Zum anderen Teile haben viele Juden Nürnberg verlassen, um zunächst in anderen Orten des Deutschen Reiches Aufenthalt zu nehmen. So bestätigt sich im Hinblick auf die oben genannte Zahl der Juden die Summe von 2500 Juden, die hier noch ansässig sind.

Unsere Untersuchung über Geschlecht, Alter und Familienstand, Beruf und Zielland der abgewanderten Juden stützt sich auf 2539 Meldungen, die sich aus 1164 Männern und 1375 Frauen zusammensetzen. Von 208 Personen fehlten nähere Angaben.

Die 2539 Personen verteilen sich nach dem Alter wie folgt:

Jahre	Männer		Frauen	
	Effektiv-Zahl	Prozent-	Effektiv-Zahl	Prozent-
— 20 Jahre	268	23,03	274	19,93
21 — 30 Jahre	137	11,77	184	13,38
31 — 40 Jahre	174	14,95	251	18,25
41 — 50 Jahre	222	19,07	266	19,35
51 — 60 Jahre	202	17,35	182	13,24
61 — 70 Jahre	111	9,54	161	11,71
71 — 80 Jahre	41	3,52	52	3,78
über 80 Jahre	9	0,77	5	0,36
zusammen:	1164	100,00	1375	100,00

Dem Familienstand nach waren:

	Männer		Frauen	
	Effektiv-Zahl	Prozent-	Effektiv-Zahl	Prozent-
ledig	516	44,33	495	36,00
verheiratet	614	52,75	633	46,04
verwitwet	25	2,15	227	16,51
geschieden	9	0,77	20	1,45
zusammen:	1164	100,00	1375	100,00

Folgenden Berufen gehörten an:

Berufe	Männer	Frauen
Kaufmann, Händler	603	16
Kaufmännische Angestellte	130	78
Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure	109	10
Rabbiner	2	—
Lehrer, Kindergärtnerinnen	22	25
Landwirte	5	—
Gewerbetreibende (Metzger, Installateure usw.)	25	14
Arbeiter	22	3
Hausangestellte	2	59
Übertrag:	920	205

	Übertrag: 920	205
Krankenpflegerinnen	—	20
In Ausbildung begriffen	76	59
Ehefrauen	—	615
ohne Beruf	49	343
Kinder	119	133
zusammen:	1164	1375

Nehmen wir die selbständigen Kaufleute und die kaufmännischen Angestellten zusammen, so ergeben diese 733 Männer, d. s. 62,97 Prozent der ausgewanderten Männer. Daneben spielten noch eine gewisse Rolle die freien Berufe mit 9,36 Prozent. Zusammen mit den Kaufleuten und kaufmännischen Angestellten sind das fast 3/4 aller ausgewanderten Männer. Bei den Frauen handelt es sich, entsprechend dem geringen Anteil berufstätiger Juden überhaupt, in der Hauptsache um Ehefrauen und Frauen ohne Beruf, die zusammen 958 = 69,67 Prozent ausmachten, daneben sind noch mit einer höheren Zahl vertreten „kaufmännische" (78) und „Hausangestellte" (59).

Über das Zielland wird in der folgenden Zusammenstellung berichtet:

Zielland	Ausgewanderte Juden in den Jahren 1933 — 1939		
	männlich	weiblich	zusammen
Afrika (Süd)	15	18	33
Argentinien	22	40	62
Belgien	21	24	45
Brasilien	12	13	25
England	227	345	572
Australien	3	9	12
China	8	6	14
Frankreich	61	57	118
Holland	56	62	118
Italien	13	14	27
Jugoslawien	7	5	12
Luxemburg	6	6	12
Mittelamerika	21	32	53
Nordamerika (USA)	493	537	1030
Palästina	114	112	226
Schweden	12	20	32
Schweiz	17	17	34
Südamerika	23	31	54
Sonstiges Ausland	8	6	14
Tschechoslowakei	7	6	13
Andere Länder mit je unter 10 Personen	18	15	33
zusammen:	1164	1375	2539

Aufgesucht wurden am meisten die Länder:

	Personen	Prozent der Gesamtzahl
Vereinigte Staaten von Amerika	1030	40,57
England	572	22,53
Palästina	226	8,90
Frankreich	118	4,64
Holland	118	4,64

Die Einwanderungszahl nach den übrigen Ländern bleibt unter 100. Nach den fünf vorgenannten Ländern wanderten im ganzen 81,28 Prozent sämtlicher von Nürnberg abgewanderten Juden."

Die Auswanderungsbemühungen der Nürnberger Juden wurden durch den Polizeipräsidenten Dr. Martin unterstützt, der sich wiederholt mit dem ehemaligen Nürnberger C.V.-Vorsitzenden Dr. Berlin darüber besprach[332]). Rechtsanwalt Dr. Fred Blum wurde nach den Ereignissen der Kristallnacht von Dr. Martin persönlich aufgefordert, seine Auswanderung intensiv zu betreiben[333]).

Den auswandernden Juden wurde auf die raffinierteste Weise ihr Vermögen abgenommen, hohe Steuerstrafen wurden für angeblich zu niedere Wertangaben auferlegt und dann für die mitzunehmenden Wäsche- und Kleidungsstücke Abgaben an die Golddiskontbank gefordert, den Juden blieb von ihrem Vermögen fast nichts mehr übrig.

„Nach Ausbruch des Krieges gab es keine Auswanderung aus deutschen Häfen mehr, nur noch über Holland und Belgien. Dies bedeutete neue Schwierigkeiten, da erst die Durchreisevisa besorgt werden mußten. Nach dem Überfall auf Holland und Belgien war auch dieser Weg verschlossen. Der noch offene Weg über Rußland—Japan war mit großen Kosten und allen möglichen Fährnissen verbunden, wurde aber trotzdem von vielen benutzt. Als auch Südfrankreich von den Deutschen besetzt war, wurde anläßlich einer Besprechung bei der Gestapo vom Verfasser (Kolb) der Vorschlag gemacht, plombierte Züge an die spanisch-portugiesische Grenze für die Auswanderung bereitzustellen. Die Gestapo Nürnberg gab diese Anregung an das Reichssicherheitshauptamt weiter und schon bald gelang es auf diese Weise noch vielen Tausenden, aus Deutschland wegzukommen. Mit dem November 1941 wurde plötzlich diese Auswanderungsmöglichkeit verboten. In Nürnberg waren zu dieser Zeit noch etwas über 1800 Juden (einschließlich ungefähr 50 Nichtglaubensjuden) ansässig"[334]).

Wie sich die in alle Teile der Welt ausgewanderten Nürnberger Juden durchzuschlagen hatten und schließlich wieder eine neue Existenz gründen konnten, wäre einer eigenen Untersuchung wert. Hier nur ein kurzer Hinweis auf einige Emigranten, die im späteren Staat Israel eine neue Heimat fanden:

Als 1964 Oberbürgermeister Dr. Urschlechter als „Botschafter des neuen Nürnberg" am Weltkongreß für Wohnungsbau und Städteplanung in Jerusalem teilnahm und in Israel auch einige jüdische Familien besuchte, konnte er darunter auch eine Reihe von Nürnberger Emigranten begrüßen[335]). „Sie nehmen die Hand, die man ihnen reicht. Das ist mehr, als ich erwartet hatte, nach all dem,

was in Nürnberg geschehen ist", berichtete er. „Wie sehr diese Menschen – trotz allem – an ihrer Heimat hängen, hat der Oberbürgermeister an drei Tagen erfahren, an denen Dr. Vorchheimer, Rechtsanwalt und Notar in Tel Aviv, die Nürnberger Gemeinde zusammengetrommelt hatte. Da kamen nicht nur Dr. M. E. Lorch, Rechtsberater des Bürgermeisters von Jerusalem, und der Jurist Hans Bergmann aus Tel Aviv, sondern auch viele Handwerker, die schon in Nürnberg als Tischler oder Schlosser gearbeitet und sich ‚drüben' nach einem Kampf von mehr als 20 Jahren wieder selbständig gemacht hatten. Dr. Urschlechter sah ‚abgearbeitete Menschen, die sich aber durchgebissen haben . . .' Trotz dieses Interesses für Einzelheiten in seiner Vaterstadt zählt Dr. Vorchheimer zu jenen, die nicht mehr heimkehren wollen. Gar mancher von den Juden, denen Dr. Urschlechter begegnet ist, war nach dem Kriege schon einmal in Deutschland gewesen, hatte in Nürnberg jedoch nur eine Stippvisite gemacht, weil er in dieser Stadt einfach nicht wohnen mochte. Der Oberbürgermeister erklärt eine solche Haltung damit: ‚Jede Familie hat mindestens einen Angehörigen im KZ verloren'! . . .

Die besondere Rolle Nürnbergs in der Judenverfolgung hat manchen heutigen Israelis das Leben gerettet. In dieser Stadt hatten viele Menschen schon zeitig erkannt, daß mit dem Naziregime nicht zu spaßen war. Dr. Urschlechter traf einige Familien, die schon in den Jahren 1934/35 ausgewandert sind. Ein Schreinermeister war 1932 bereits nicht mehr aus seinem Urlaub in Pörtschach heimgefahren, sondern hatte sich seine Sachen nachschicken lassen. ‚Wäre Streicher nicht gewesen, wären wir vielleicht geblieben!', bekam der Oberbürgermeister oft zu hören." Unter den aus Nürnberg stammenden und nach Israel emigrierten Juden ist besonders Giora Josephthal, der Sohn des ehemaligen Vorsitzenden der Nürnberger Kultusgemeinde Justizrat Gustav Josephthal, hervorzuheben, der als Aufbauminister im Staat Israel an bedeutender Stelle für seine neue Heimat tätig war.

8. Die Abschiebung Streichers und „Der Stürmer" bis 1944

Zum Sturz Streichers trugen außer der Durchführung der Arisierung in seinem Gau und die damit verbundene Korruption seine Brutalität, die auch nicht vor Nazis haltmachte, und seine sexual-pathologischen Neigungen bei. Er nahm z. B. einigen Stürmer-Redakteuren, Parteiführern und Regierungsbeamten einmal die Eheringe ab mit der Erklärung, daß ein „echter Kerl" so etwas nicht brauche. Aus dem Gold ließ er sich dann ein Schmuckkästchen machen, das er der mit ihm befreundeten Schauspielerin Anni Seitz schenkte, andere von ihm „verehrte" Schauspielerinnen erhielten von der parteiamtlichen „Fränkischen Tageszeitung" „Mitarbeiter"-Honorare[336]).

Inhaftierte prügelte er blutig, nach einer solchen Gewalttat sagte er einmal zu seinem Adjutanten König: „Jetzt bin ich erlöst, das habe ich wieder einmal gebraucht"[337]).

Obwohl sie sich auf Grund der bestehenden Verhältnisse immer wieder mit Streicher eingelassen und seine Aktionen unterstützt hatten, brachten Polizeipräsident Dr. Martin und Oberbürgermeister Liebel Klagen und Beweisstücke

gegen Streicher vor, der im Dezember 1938 bei einer von Göring einberufenen Gauleitersitzung gemaßregelt wurde[338]). Der Göring-Kommissions-Bericht hatte für Streicher noch keine ernsteren Folgen, erst im Herbst 1939 erhielt er von Hitler Redeverbot, das Streicher aber ignorierte, worauf sich Hitler zu einem Parteigerichtsverfahren entschloß. Das Parteigericht trat am 13. Februar 1940 in München zusammen, unter Vorsitz von Reichsleiter Buch sollten sechs Gauleiter über ihren Kollegen richten. Auf Befehl Hitlers hatten sie aber nur ein Gutachten zu erstellen. Hitler verfügte daraufhin die Amtsenthebung Streichers, sein Komplice Holz wurde als „stellvertretender Gauleiter" mit der Führung des Gaues beauftragt, nominell blieb also Streicher Gauleiter. Es wurde ihm jedoch jede politische Tätigkeit untersagt, er lebte auf seinem Gut Pleickershof bei Fürth. Das Internationale Militärgericht in Nürnberg klagte Streicher als einen der 22 Hauptkriegsverbrecher an und verurteilte ihn zum Tode durch den Strang. Am 16. Oktober 1946 fand die Hinrichtung im Nürnberger Justizgebäude statt[339]).

Der ehemalige Polizeiarzt Dr. Wegner stellte in seiner Schrift „Kurs Martin — Polizei einmal anders", die der Apologie Dr. Martins dienen sollte, den maßgeblichen Anteil seines Vorgesetzten an dem Sturz Streichers dar, mit dem dieser dauernd in Konflikt gelegen sei. Martin hat im Rahmen seiner Möglichkeiten u. a. Aktionen Streichers und seiner Komplicen gegen die Kirchen und die Juden abgeschwächt. Im Zusammenhang mit Martins Bemühungen zugunsten der Juden führt Wegner u. a. an: Wiederholte Besprechungen mit Dr. Berlin, vor allem über die reibungslose Auswanderung; wiederholtes Ansuchen der Juden um den in Nürnberg wirkungsvollen Schutz der Polizei; die Bitte von 100 Glaubensjuden, überbracht von Dr. Berlin und dem Gemeindevorsitzenden Rosenzweig, Dr. Martin möchte auf seinem Posten ausharren und seine Versetzung nicht weiter betreiben; Schutz der jüdischen Gottesdienste durch Polizei in Zivil, um den jüdische Kreise gebeten hatten[340]). Wegner betont, daß Martins Möglichkeiten sehr begrenzt waren, da „alle Maßnahmen gegen die Juden bis in die letzten Details hinein von den Berliner Zentralstellen, namentlich vom RSHA, festgelegt waren, so daß die Polizeipräsidien und später die örtlichen Stapo-Stellen an den generell festgelegten Geschicken nicht das geringste ändern konnten, also einfache Vollzugsautomaten waren ... Diese klare Verteilung der Verantwortlichkeiten hätte Dr. Martin, zumal er ja zur Zeit des Einsetzens der schlimmsten Maßnahmen gegen die Juden die Stapo-Leitung bereits abgegeben und nur noch eine rein persönliche Traditions-Autorität über die Stapo besaß, zur Gewissensberuhigung dienen können. Dies um so mehr, als er sich sagen konnte, seine Stapo doch fort und fort dazu erzogen zu haben, das jüdische Einzelschicksal durch Umfärben des Tatbestandes, durch uferlos dilatorische Behandlung, durch Abgabe unvollständiger Listen usw. zu retten oder doch wenigstens weitgehend zu entschärfen"[341]).

Nach dem Sturz Streichers blieb diesem jedoch sein Schmutzblatt „Der Stürmer" erhalten, das nicht im Besitz der Partei war, sondern Streicher persönlich gehörte. Einigen Parteigrößen war es klar, daß der unflätige, pornographische „Stürmer" manche Kreise mit Abscheu erfüllen mußte und dem Ansehen des „Dritten Reiches" auch im Ausland Schaden brachte, zumal er als Parteiorgan galt[342]). Goebbels und Bormann strebten ein Verbot des Blattes an, ebenso Reichspresse-

chef Otto Dietrich und der von seinen Rundfunkkommentaren her bekannte Hans Fritsche[343]). Viel größer ist aber die Zahl der Prominenten, die sich lobhudelnd über den „Stürmer" ergingen und deren Äußerungen „Der Stürmer" mit Genugtuung abdruckte, zu ihnen gehörten unter vielen anderen: Max Ammann, Reichsleiter der Presse und Präsident der Reichspressekammer[344]), Reichsjugendführer Baldur von Schirach[345]), Reichsärzteführer Dr. Wagner[346]), Reichspostminister Ohnesorge[347]) und — obwohl sonst ein persönlicher Gegner Streichers — Himmler[348]).

Entscheidend blieb jedoch der Segen des „Führers", in Rauschnings Buch „Gespräche mit Hitler" wird dessen Haltung gegenüber dem Blatt seines „Kampfgenossen" deutlich: „Der Antisemitismus sei fraglos das bedeutungsvollste Stück seines (Hitlers, d. Verf.) propagandistischen Arsenals und fast überall von todsicherer Wirkung. Darum habe er auch dem Streicher freie Hand bei seiner Arbeit gelassen. Es sei zudem eine amüsante Weise und sehr geschickt. Wo der Streicher bloß immer wieder das neue Material hernehme. Er sei auf jede neue Nummer des Stürmers geradezu gespannt. Es sei das einzige Blatt, das er gerne von der ersten bis zur letzten Zeile lese"[349]).

Solange sich Streicher noch allgemeiner Gunst der Parteigrößen erfreute, erhielt er Material auch von Gestapo-Dienststellen. Das Geheime Staatspolizeiamt Berlin gab am 14. März 1938 an alle Gestapo-Leitstellen folgenden Befehl durch: „1. Das bei den Dienststellen der Geheimen Staatspolizei anfallende Material, das zur Auswertung im ‚Stürmer' geeignet erscheint, ist unmittelbar an die Schriftleitung des ‚Stürmer' z. H. von Schriftleiter E. Hiemer in Nürnberg, zu übersenden. 2. Gleichzeitig ist eine Abschrift hiervon dem Geheimen Staatspolizeiamt vorzulegen." Am 9. Dezember 1941 widerrief Heydrich diese von ihm selbst unterschriebene Anordnung und gab als Begründung Überlastung der Dienststellen an und bemerkte dazu, daß „Der Stürmer" kein parteiamtliches Organ sei[350]). Schon am 23. Dezember 1940 hatte Goebbels die Schriftleitereintragung Hiemers gelöscht[351]).

Auch nach 1933 hat es immer wieder beherzte Leute gegeben, die den Greuelmärchen des „Stürmer" in Briefen und Karten an die Schriftleitung entgegentraten. Selbsverständlich mußten die Schreiber anonym bleiben, da sie sonst mit KZ-Haft rechnen mußten. Eine Karte vom März 1939 hat folgenden Wortlaut[352]):

„Im November v. J. trugen die roten Bauchbinden des ‚Stürmer' die Aufschrift: ‚Wie sich die Berliner Juden nach den Volkskundgebungen verhielten!' Es wurde Ihnen darauf im Auftrage von vielen tausend männlichen und weiblichen Arbeitern und Angestellten mitgeteilt, daß in Berlin überhaupt keine Volkskundgebungen gegen Juden stattgefunden haben, sondern das November-Verbrechen planmäßig von Hitler, Goebbels und Göring ausgearbeitet und von der SA und z. T. sogar von der Hitlerjugend ausgeführt worden ist. — Der Aufforderung, die freche Lüge richtig zu stellen, sind Sie in drei Monaten nicht nachgekommen. Das deutsche Volk ist also in der gemeinsten Weise von Ihnen verleumdet und seine Ehre in ekelhafter Art besudelt worden. Daraufhin waren wir verpflichtet, der ganzen Welt den wahren Sachverhalt mitzuteilen. Soweit Verbindungen vor-

handen waren, wurden auch diese ausgenutzt. Und so ist es zu einigen tausend Einzelaktionen gekommen. Jetzt weiß man in der Welt ganz genau Bescheid, daß Volk und Regierung in Deutschland nichts gemein haben mit einander. Auch ‚die Raubzüge des Führers' unter Mißbrauch der deutschen Soldaten haben nichts daran geändert. Das deutsche Volk will seine Freiheit zurück haben und braucht dazu die Hilfe der Welt. Wer so feige ist, seine Verbrechen auf andere zu schieben, ist so ja schon halb erledigt. Siehe auch die Reichstagsbrandstiftung." Die anonymen Schreiben wurden der Nürnberger Geheimen Staatspolizei übergeben, welche die Verfasser ermitteln sollte.

In Streichers Verlag kamen außer dem „Stürmer" auch noch einige andere Schriften heraus, in deren Zentrum der haßerfüllte Antisemitismus stand:

Von dem Berliner Dozenten Dr. Peter Deeg:

Hofjuden, 1938
Die Judengesetze Großdeutschlands, 1939
Vor 50 Jahren, für und wider den Russenpakt, 1940

Von Dr. Richard Wilhelm Stock:

Die Judenfrage durch fünf Jahrhunderte, 1939

Von Dr. Rolf Kummer:

Rasputin, ein Werkzeug der Juden, 1939

Von Ernst Hiemer:

Der Jude im Sprichwort der Völker, 1942

In dem letztgenannten Werk waren Sprichwörter gesammelt, von denen ein Großteil als „fränkisch" oder „süddeutsch" bezeichnet wurde, die aber unbekannt sind und ihren Ursprung in der „Stürmer"-Redaktion gehabt haben dürften. Bekannte Sprichwörter wurden auf die Juden bezogen, obwohl keinerlei Hinweis dafür vorhanden war[353]). Von Julius Streicher selbst erschienen Artikel und Reden aus der Zeit vor 1933, die der ehemalige Stadtvikar an der Christuskirche in Nürnberg und spätere Kulturhauptstellenleiter des Gaues Franken, Dr. Heinz Preiß, herausgab:

Ruf zur Tat, 1937
Kampf dem Weltfeind, 1938

Auf folgende Druckerzeugnisse des „Stürmer"-Verlages wird im nächsten Abschnitt noch näher eingegangen werden:

Elvira Bauer: Trau keinem Fuchs auf grüner Heid und keinem Jud bei seinem Eid, 1935, mit Bildern der Verfasserin.

Ernst Hiemer: Der Giftpilz, 1938, mit Bildern von Philipp Rupprecht (Fips).
Fritz Fink: Die Judenfrage im Unterricht, 1937.

9. Antisemitismus für Kinder in- und außerhalb der Schule und die Schulverhältnisse der jüdischen Schüler in Nürnberg

Für alles Schreckliche, das den deutschen Juden bis zum Kriegsausbruch geschah und ihnen besonders danach noch geschehen sollte, trägt einen guten Teil der Schuld auch die nationalsozialistische Erziehung seit 1933, die von einzelnen Lehrern auch schon vorher praktiziert wurde. Außerhalb der Schule besorgten

die systematische Rassenhetze Jungvolk, Hitler-Jugend und BDM (Bund Deutscher Mädel) bei den sog. Heimabenden; innerhalb der Schule wurden die Lehrer aller Schulgattungen streng verpflichtet, im Sinne der Nazilehren zu unterrichten, sämtliche Schulbücher waren in diesem Sinne abgefaßt. Wie sehr für das noch bildsame Kind und den leicht beeinflußbaren Jugendlichen frühe Eindrücke für das kommende Leben bestimmend bleiben, hat die Psychologie deutlich genug bewiesen, und für den Nationalsozialismus war es zu einer Hauptaufgabe geworden, davon Gebrauch zu machen und entgegenstehende Einflüsse des Elternhauses soweit wie möglich aufzuheben. Darüber hinaus wurden die Kinder direkt aufgefordert, ihre Eltern zu bespitzeln und deren regimefeindliches Verhalten anzugeben. Zunächst über die Verhältnisse in den Volksschulen:

Es ist erschütternd zu lesen, wie viele Lehrer den unflätigen, pornographischen „Stürmer" für die antisemitische Erziehung heranzogen, aus ihm vorlasen und seine Bilder zur Schau stellten. Manche Lehrer sandten eine Auswahl von Schüleraufsätzen an die Redaktion des Blattes mit einem Begleitschreiben, das die Bitte enthielt, doch den einen oder anderen „zur Ermunterung" zu veröffentlichen. „Der Stürmer" tat dies reichlich, einige unveröffentlichte Arbeiten liegen außerdem heute noch im „Stürmer"-Archiv[354]). Die Lehrer betonten, daß sie nur die besten Arbeiten einsandten und wenn wir nun einige Beispiele aus ihnen bringen, so sind diese also von den Lehrern ausgesucht worden, sie haben den Inhalt für gut und zur Veröffentlichung empfehlenswert gefunden. Es läßt sich daraus ersehen, auf welchem Niveau der vorbereitende Unterricht gestanden haben muß:

„... Ein anderer Spruch aus dem Alten Testament lautet: ‚Sehet die Vögel unter dem Himmel an, sie säen nicht, sie ernten nicht, und Gott der Herr erhält sie doch!' oder: ‚Sehet die Lilien auf dem Felde ...' So richtet sich der Jude nach diesen alten Sprüchen, weil er eben nicht arbeiten will ..."

„Der Jude wurde im 16. Jahrhundert durch die regierenden Fürsten nach Deutschland gebracht ..."

„Im nordischen Blut sieht der Jude seinen größten Gegner. Er war schuld, daß über Frankreich die Revolution ausbrach. Alle blauäugigen und blonden Menschen ließ er enthaupten, denn diese gehörten der nordischen Rasse an ..."

„Die Juden wollten die Soldaten aufhetzen. Aber das gelang den Juden nicht. Auch in der Heimat fingen sie an zu wühlen. Nun traten die Munitionsarbeiter, von Juden verhetzt, in den Streik. Da mußte das deutsche Heer die Waffen strecken. Darauf brach die Revolution aus. In der Regierung saßen lauter Juden, die das Volk bis auf das Letzte aussaugten ..."

Interessant ist folgendes im Dialekt geschriebene Stück, das die wahre Haltung vieler Menschen in dieser Zeit zeigt:

„Aber oft genug hört man: ‚Das ist doch ä arms Jüdle, das hot doch a no nes kot, dar is überall rüm gelaffä, dar hot sich ja nit amol a gscheitä Housä könn geleist, dar is doch a sou useli dro wie mir, un in übrichä sen dös doch a Menschä; die könnä doch a nes dezu, des se Jüdä sen. Un des mit darä Sudetädeutsche, des kommer a nit alles geglä, do wöt mer a viel ufgelochä, do is a

erst die Helft wor'. Da könnte einem die Galle überlaufen, wenn man so ein barmherziges Geschwätz hört"[355]).

Im „Stürmer" veröffentlicht wurden u. a. folgende *Leserbriefe* von Kindern: „Lieber Stürmer! Alle Montage in der Früh wird von unserer Lehrerin aus dem Stürmer vorgelesen. Manchmal möchte man gar zu gern die Leute, welche die Schandtaten und Gemeinheiten der Juden noch nicht begriffen, mit im Unterricht haben. Dann würden sie wenigstens einmal einsehen, wie frech sich diese Bande in unserem Vaterlande noch hervorhebt ..." Darunter stand der Vers:

„Der Jude läßt sein Maul nicht ruhn,
Drum muß man ihn nach Dachau tun"[356]).

„... Wir Kinder in Roth helfen auch dabei mit. Etliche von unserer Klasse stellen sich oft ans Kaufhaus B. hin; wenn dann die Leute dort hineinwollen, dann schreien sie hin: ‚Schämt Euch, beim Juden kauft Ihr ein. Pfui Teufel!' Dann werden die Frauen ganz rot im Gesicht und gehen wieder fort. Gelt, Stürmer, das gefällt Dir!"[357])

Wie es in dem NS-Jugendheim Groß-Möllen zuging, zeigt folgender Brief: „... Wir lesen mit großem Interesse jede Woche Deinen Bericht. Der Stürmer ist und bleibt ein gern gesehener Gast in unserem Hause. Durch ihn lernen wir den Juden kennen, wie er ist. Wir besitzen auch einen einfachen Stürmer-Kasten. Wir schneiden die Bilder aus dem Stürmer aus und nageln sie in unserem Tagesraum an eine besondere Tafel. Da können die Jungen und Mädchen die Juden in ihrem Ansehen genau kennenlernen ... Jeden Abend spielt uns unser Heimleiter mit seinem Handpuppenspiel ein Stück vom Juden vor. Wir besitzen eine Puppe, die einen richtigen Juden darstellt. Sie hat eine Nase wie der Satan. Wenn dann der Kaspar kommt, da rufen wir ihm zu, er möge den bösen Juden vertreiben ... Nun spielen wir regelmäßig Stücke vom Juden, die unser Heimleiter aus dem Stürmer herausliest ... Wir grüßen Dich, lieber Stürmer, mit einem kräftigen Heil Hitler!"[358])

Eine beliebte Methode war es, Stürmer-Bilder im Klassenzimmer aufzuhängen, er wurde zum Lehrmittel[359]). Über dem Bild eines so „geschmückten" Klassenzimmers in Nr. 35, 1935, des „Stürmer" stand der Titel „Lehrer an die Front" mit dem Leserbrief eines Lehrers an den „Stürmer", in dem der Verfasser seine antisemitische Aktivität im Unterricht herausstellte.

Der Lehrer schrieb, daß „eine kleine Schar" seiner Kollegen diese Art von Propaganda betrieb. Es gab eben doch eine große Zahl von Lehrern, welche die Nazipropaganda auf ein Mindestmaß beschränkten oder sie ganz unterließen, bei einigen Schulfächern war dies ja relativ leicht möglich. Wer in dieser Zeit in Deutschland die Schule besucht hat (dazu gehört auch der Verfasser), wird dies bestätigen können.

Natürlich gab es auch Eltern, die ihre Kinder mit Hilfe des „Stürmer" im gewünschten Sinne beeinflußten. Ein Bild in Nr. 2 vom Januar 1937 zeigt einen Vater und seinen Sohn mit dem „Stürmer". Als Text waren die Worte beigefügt: „Vater klärt seinen Sohn in der Judenfrage auf." Anderen „Stürmer"-Lesern waren die Verordnungen der Regierung nicht scharf genug, sie wollten die Kinder auch in den Kinderhorten rassisch getrennt wissen: „Die Juden sollen

jüdische Kinderhorte errichten. Dann ist ihre Brut unter sich ... Wenn die Leitung des Dortmunder Kinderhortes die Entfernung der Judenkinder mit der Begründung ablehnt, daß kein diesbezüglicher Ministererlaß vorliegt, so ist dies eine wohlfeile Ausrede. Wo Erlasse fehlen, handeln deutsche Menschen nach ihrem gesunden deutschen Empfinden. Dieses Empfinden sagt, daß Judenkinder aus deutschen Kinderhorten zu verschwinden haben"[360]).

Ein besonderer Einpeitscher des Rassenunterrichts war der *Nürnberger Stadtschulrat* und „Stürmer"-Redakteur Fritz Fink. In seiner im „Stürmer"-Verlag herausgekommenen Schrift „Die Judenfrage im Unterricht"[361]) wies er die Lehrer darauf hin, wie den Kindern die Rassenideologie einzutrichtern sei und schrieb in der Einführung u. a.:

„In den Schulungslagern und Arbeitsgemeinschaften des Nationalsozialistischen Lehrerbundes wird ... wertvolle Arbeit geleistet. Die Erfahrung lehrt aber, daß viele Erzieher die in der Rassen- und Judenfrage gewonnene Erkenntnis in ihrer Schule nicht so verwerten und auszulegen vermögen, daß unsere Jugend für ihr ganzes Leben Gewinn davon hätte. Wer der Rassenkunde und der Judenfrage in seiner Schule jede Woche eine Stunde widmet und sie gewissermaßen zu einem eigenen, selbständigen Fache stempelt, geht den Weg der Unnatur. Die Erkenntnisse in der Rassen- und Judenfrage müssen organisch aus dem gesamten Unterricht unserer Schulen herauswachsen. Rassenkunde und Judenfrage müssen sich durch den Unterricht aller Altersstufen wie ein roter Faden hindurchziehen. Es gibt unter den Unterrichtsfächern unserer Schulen keines, aus dem sich nicht für die Judenfrage wertvolle Erkenntnisse in ungeahnter Fülle schöpfen ließen"[362]).

Fink war mit vielen seiner Nürnberger Lehrer gar nicht zufrieden: „Trotzdem fehlt manchem Erzieher der Mut, die Judenfrage im Unterricht herzhaft anzupacken. Schüchtern und scheu geht er ihr aus dem Wege. Damit er aber bei Visitationen ‚gedeckt' ist, streift er die Judenfrage so dann und wann im Fluge. Das sind jene Erzieher, denen die vom Juden propagierte und eingebläute ‚Sachlichkeit, Anständigkeit und Menschlichkeit' noch in den Knochen sitzt. Es sind solche Erzieher, die dem Geheiß der Kirche folgend dem Todfeind Mitleid und Nächstenliebe entgegenbringen, wenn sie auch sehen und spüren, wie ihr eigenes Volk von diesem Todfeind zu Grunde gerichtet wird. Es sind die Schwächlinge, die Feigen, die noch von volksfremden Mächten Verdorbenen unter der deutschen Erzieherschaft, die der Judenfrage im Unterricht aus dem Wege gehen, statt dem Wunsche des Kindes nach Aufklärung entgegenzukommen und damit zugleich eine ihrer wichtigsten Aufgaben zu erfüllen"[363]). Zur Veranschaulichung, wie man es gut machen kann, sind in Finks Schrift von Kindern gemalte Bilder abgedruckt, die den „verbrecherischen" Juden in angeblich typischen Situationen darstellten. Einige Kapitelüberschriften Finks: Der wahre Jude, Judentum ist Verbrechertum, Die verbrecherischen jüdischen Geheimgesetze, Der Jude in der Weltgeschichte, Wie große Männer den Juden sahen.

Schließlich müssen noch zwei farbig bebilderte Kinderbücher des „Stürmer"-Verlages genannt werden, die das Gift des Antisemitismus den Kindern einimpfen sollten. Verse und Bilder von Elvira Bauers Buch „Trau keinem Fuchs

auf grüner Heid und keinem Jud bei seinem Eid"[364]) waren für die Kleineren gedacht und in Schulschrift gedruckt. Es fand große Verbreitung und erschien bereits im nächsten Jahr in der 4. Auflage. Das Buch wandelte die bekannten „Stürmer"-Themen in noch primitivere Form ab und stand unter dem Thema: „Der Vater des Juden ist der Teufel." Am Ende standen unter einem Bild, das den von Kindern umjubelten Streicher zeigte, folgende Schlußverse:

„Ein Kämpfer durfte uns entstehen
Im deutschen Gau der Franken
Ihm müssen wir es danken
Daß kerngesund bleibt unser Land
Und frei von jüdischem Bestand!
Er hat die Juden all gelehrt
Was ein gesundes Volk ist wert
Und ließ sie spüren deutschen Geist,
Was Jude und was Deutscher heißt,
Das ist der Streicher!"

Des „Stürmer"-Redakteurs Ernst Hiemers Buch „Der Giftpilz" mit farbigen Illustrationen des „Stürmer"-Zeichners Philipp Rupprecht (Fips) war auf die älteren Schülerjahrgänge abgestimmt[365]). Die Eingangsgeschichte, die auch den Titel erklärt, zeigt eine Mutter mit ihrem Sohn beim Pilzsuchen im Wald. „. . . ‚Schau Franz, genau so wie es bei den Pilzen im Walde ist, so ist es bei den Menschen auf der Erde. Es gibt gute Pilze und gibt gute Menschen. Es gibt giftige, also schlechte Pilze und es gibt schlechte Menschen. Und vor diesen schlechten Menschen muß man sich ebenso in acht nehmen wie vor Giftpilzen. Verstehst du das?' ‚Ja, Mutter, das verstehe ich', sagt der Franz, ‚wenn man sich mit schlechten Menschen einläßt, so kann das ein Unglück geben, wie wenn man einen Giftpilz ißt. Man kann daran zugrunde gehen!' ‚Und weißt du auch, wer nun diese schlechten Menschen, diese Giftpilze auf der Welt sind?' fragt die Mutter. Franz wirft sich stolz in die Brust. ‚Jawohl, Mutter! das weiß ich. Es sind die — Juden. Unser Lehrer hat das schon oft in der Schule gesagt.' "

Einige Beispiele der Titel der hierauf folgenden Geschichten: Was ist der Talmud? Warum sich die Juden taufen lassen. So betrügen die jüdischen Händler. So behandelt der Jude sein Dienstmädchen. Die Juden sind Kinder des Teufels. Gibt es anständige Juden?

Wie auch bei den Jugendlichen die Sexualität in brutaler Form angesprochen wurde, zeigt die hierauf folgende Geschichte „Wie es einem deutschen Mädchen bei einem Judenarzt erging":

„. . . Inge sitzt im Vorzimmer des Judenarztes. Sie muß lange warten. Sie blättert in den Zeitschriften, die am Tische liegen. Aber sie ist viel zu unruhig, als daß sie nur einige Sätze lesen könnte. Immer kommen ihr die Warnungen ihrer BDM-Mädelschaftsführerin in den Sinn: ‚Ein Deutscher darf nicht zum Judenarzt gehen! Und ein deutsches Mädchen erst recht nicht! So manches Mädchen, das beim Judenarzt Heilung suchte, fand dort Siechtum und Schande!' Als Inge das Wartezimmer betreten hatte, hatte sie ein sonderbares Erlebnis gehabt. Aus

dem Sprechzimmer des Arztes klang ein Weinen. Sie hörte die Stimme eines Mädchens:

‚Herr Doktor! Herr Doktor! Lassen Sie mich in Ruhe.' Dann hörte sie das Hohngelächter eines Mannes und dann war es auf einmal ganz still. Atemlos hatte Inge zugehört. ‚Was mag das alles zu bedeuten haben?' fragte sie sich, und ihr Herz klopfte bis zum Hals hinauf. Und wieder dachte sie an die Warnungen ihrer BDM-Führerin. Inge wartete nun schon eine Stunde lang. Wieder greift sie nach den Zeitschriften und versucht zu lesen. Da öffnet sich die Türe. Inge blickt auf. Der Jude erscheint. Ein Schrei dringt aus Inges Mund. Vor Schreck läßt sie die Zeitung fallen. Entsetzt springt sie in die Höhe. Ihre Augen starren in das Gesicht des jüdischen Arztes. Und dieses Gesicht ist das Gesicht des Teufels. Mitten in diesem Teufelsgesicht sitzt eine riesige, verbogene Nase. Hinter den Brillengläsern funkeln zwei Verbrecheraugen. Und um die wulstigen Lippen spielt ein Grinsen. Ein Grinsen, das sagen will: ‚Nun habe ich dich endlich, kleines deutsches Mädchen!' Und dann geht der Jude auf sie zu. Seine fleischigen Finger greifen nach ihr. Nun aber hat sich Inge gefaßt. Noch ehe der Jude zupacken kann, schlägt sie mit ihrer Hand in das fette Gesicht des Judenarztes. Dann ein Sprung zur Türe. Atemlos rennt Inge die Treppe hinunter. Atemlos stürzt sie aus dem Judenhaus."

Nach diesen Kostproben erübrigt es sich wohl, Hiemers Geschichten noch weiter zu charakterisieren; „der Jude" wurde als verbrecherisches Scheusal dargestellt, gegen den die Aggressionsinstinkte freigesetzt werden sollten. Auch dieses Buch hatte großen Erfolg und ging in den Schulklassen von Hand zu Hand.

Daß eine solche Erziehung einen günstigen Nährboden für die Heranbildung künftiger SS-Schergen bildete, braucht wohl nicht besonders hervorgehoben zu werden. Sie waren nicht alle „Berufsverbrecher", denen eine günstige Gelegenheit geboten wurde, sondern auch Produkte einer systematischen Erziehung zur Unmenschlichkeit.

Die Verdrängung der jüdischen Schüler von den *höheren Schulen* begann bereits im Jahre 1933 durch das „Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen"[663]). Aber auch in den Volksschulen wurde der Druck der Nationalsozialisten so groß, daß die Errichtung jüdischer Volks- und Berufsschulen angezeigt erschien.

In Nürnberg wurde die bereits seit 1921 bestehende jüdische Bekenntnisschule der Orthodoxen, die von Dr. Bamberger geleitet wurde, zur Aufnahme der übrigen jüdischen Volksschüler ausgebaut und um eine Berufsschule erweitert. Zunächst stießen diese Bestrebungen bei dem am 7. Dezember 1933 abgehaltenen Elternabend auf heftige Widerstände, da die Gesamtgemeinde jetzt Schulträger werden sollte, und die verschiedenen Richtungen innerhalb der Gemeinde die Trennung des Religionsunterrichts in einen solchen für Orthodoxe und für Liberale erforderlich machten[367]). Auf der ersten Seite des Gemeindeblatts vom 1. März 1934 erschien folgende Ankündigung:

„Die gemeindliche jüdische Volksschule, in welche auch die bisherige jüdische Volksschule des Vereins Adas Israel einbezogen wird, wird zu Beginn des neuen Schuljahres mit acht selbständig gegliederten Klassen ins Leben treten. Das Lehr-

personal wird sich aus Lehrern der Kultusgemeinde und den derzeitigen Lehrern der Volksschule des Vereins Adas Israel zusammensetzen . . ." Da die Gemeinde noch über bedeutende Mittel verfügte, konnte die neue Schule großzügig ausgestattet werden. Mit welcher Freude und welchen Hoffnungen an die Arbeit gegangen wurde, zeigt die Beschreibung der Schule im Gemeindeblatt:

„Aus einem Fabrik- und Bürogebäude in der Oberen Kanalstraße 25 wurde nach kurzer Umbauzeit ein Schulhaus erstellt, das allen Erfordernissen der Neuzeit in räumlicher, hygienischer und lichttechnischer Hinsicht entspricht. Die Eltern werden ihre Kinder mit viel Freude in die schönen Räume der neuen Schule schicken können und Lehrer und Schüler werden mit neuem Eifer an die Arbeit gehen . . . In jedem Stockwerk befindet sich eine Garderobe, so daß die Kleidungsstücke außerhalb der Unterrichtsräume aufbewahrt werden können. Zwei Treppen und helle Gänge verbinden Stockwerke und Zimmer. — Im Kellergeschoß befinden sich neben einem Fahrradunterstand Räume zur praktischen und theoretischen Ausbildung der Fortbildungsschüler . . . Zum Schluß sei dann noch auf das Schmuckstück der neuen Schule, auf die dem Hause vorgebaute Turnhalle hingewiesen . . . Neben allen möglichen Turngeräten verdienen die Wasch- und Duschräume und die Garderoben eine besonders lobende Erwähnung. Die Halle dient nicht nur den Zwecken der Schule, sondern sie steht auch dem jüdischen Turn- und Sportverein Nürnberg für den Hallensport zur Verfügung . . .

Mit der Eröffnung der Gemeindeschule in Nürnberg wurde ein langgehegter Wunsch verwirklicht. Es ist zu hoffen, daß die Schule die ihr gebührende Unterstützung von seiten aller am Erziehungswerk Interessierten erfährt, insbesondere auch seitens derjenigen, die bisher dem jüdischen Schulwerk fern standen. Möge aus dieser Schule eine frohe und lebenstüchtige Jugend hervorgehen, dies wird der beste Dank für dieses großzügige Werk der Nürnberger Gemeinde sein"[368]).

Über den Aufbau der Schule, die Aufwendungen und die vielseitige Ausnützung auch für Erwachsenenunterricht und Auswanderungsvorbereitung berichtet Gemeindesekretär Kolb: „Die Schule hatte 8 Klassen Volksschule, 3 Klassen Berufsschule und 3 weitere Aufbauklassen. Von der 5. Klasse ab wurde der Unterrichtsstoff den Mittelschulen gleichgestellt und besonders Fremdsprachen — Iwrith, Englisch und Französisch — gefördert. Für die Schule wurde ein fünfstöckiges Fabrikgebäude mit einem besonderen Bau für eine Turnhalle um einen jährlichen Mietzins von 7800 RM gemietet. Die Gebäude selbst wurden mit einem Kostenaufwand über 80 000 RM für die Schulzwecke umgebaut und der notwendige Lehrbedarf an Büchern, chemischen und physikalischen Apparaten, naturwissenschaftlichem Anschauungsmaterial usw. angeschafft, sowie eine Turnhalle mit den modernsten Turngeräten eingerichtet. Der Schule waren ferner angegliedert: Erwachsenenkurse für alle Fremdsprachen, Schreibmaschinenschreiben, Kurzschrift, weibliche Handarbeiten u. a. In zwei eingerichteten Lehrwerkstätten wurden die Knaben theoretisch und praktisch in der Holz- und Metallverarbeitung unterwiesen. Diese Lehrwerkstätten fanden eine große Erweiterung durch Umschulungskurse für Erwachsene, die so starken Zuspruch hatten, daß nicht alle Aufnahmegesuche berücksichtigt werden konnten . . . Die Volks- und Berufsschülerzahl stieg rasch auf über 500, und obwohl das Schulhaus über 1 Physiksaal, 1 Aula, 1 Handarbeitszimmer, 1 Schreibmaschinenzimmer und außer 1 Schul-

leiter- und 1 Lehrerzimmer über 12 große Schulräume verfügte, reichte oft der Platz nicht aus"[369]).

Der düstere Hintergrund, der zur Errichtung der Schule zwang, wird in den Worten des 1. Vorsitzenden der Kultusgemeinde, Rosenzweig, deutlich, die dieser bei der Einweihungsfeier am 13. September 1934 sprach: „Im allgemeinen ist die Errichtung eines solchen Schulhauses ein erfreuliches Zeugnis für die Zunahme der Schülerzahl, dies trifft aber bei uns nicht zu. Die Schülerzahl hat abgenommen und wird noch weiter absinken. Im herkömmlichen Sinne ist es kein Anlaß, besonders frohe Feiern abzuhalten. Dieses Haus ist ein Asyl für unsere jüdischen Kinder, welche aus den allgemeinen Bildungsstätten mit sichtbarer und unsichtbarer Gewalt hinausgedrängt, aus einer Umwelt, mit der wir durch tausenderlei Fäden verbunden, herausgerissen wurden . . ."[370]).

Das Schuljahr 1934/35 schloß mit einer Schülerzahl von 350 Volks- und Berufsschülern, seit der Gründung war sie also bereits um 150 gesunken, was vor allem auf die Auswanderung und den Rückgang der Geburtenziffer in den 20er Jahren zurückzuführen war[371]).

Wie bereits im Bericht Kolbs erwähnt, war die Oberstufe der gemeindlichen Schule als Mittelschule ausgebaut; die Verhältnisse der jüdischen Schüler an den städtischen und staatlichen höheren Schulen sollten sich im Laufe der Zeit immer schwieriger gestalten. Nach dem oben erwähnten Gesetz durften nur 1,5 % der Schüler Juden sein, darüber hinaus durften Kinder von Frontkämpfern die höheren Schulen besuchen. Für die jüdische Bevölkerung bedeutete dies eine schwere Einbuße ihrer Ausbildungsmöglichkeiten, da sie ja durch ihre, durch die Emanzipationsverhältnisse bedingte Berufsschichtung zu einem erheblichen Teil eine höhere Schulbildung anstrebte. Nach der Statistik lag der Anteil der Juden an den höheren Schülern vorher bei 3 %[372]).

Die gesetzliche Regelung war den Scharfmachern in der Partei aber lange nicht ausreichend, sie strebten eine völlige Vertreibung der jüdischen Kinder von den höheren Schulen an. Schon im Mai 1935 hatte Fritz Fink im „Stürmer" einen diesbezüglichen Artikel mit dem Titel „Säubert die deutschen Schulen!" erscheinen lassen [373]), und ein Jahr später äußerte sich Dr. Walther Scharrer in der Zeitschrift „Weltkampf" ausführlich zu diesem Thema[374]):

„Zu fordern ist, solange eine völlige Judenfreiheit noch nicht erreichbar scheint, wenigstens die Herabsetzung des Hundertsatzes auf ausnahmslos 1,5 Prozent; ferner Anrechnung sämtlicher nichtarischer Schüler auf diesen Satz, wobei die zur Verfügung stehenden Plätze den Frontkämpferkindern in erster Linie offenstehen müßten; schließlich genauen Abstammungsnachweis sämtlicher Schüler der Anstalt, so daß eine Tarnung in Zukunft ausgeschlossen ist. Eines aber möchte ich mit aller Deutlichkeit aussprechen: auch die gewünschte Verschärfung der Gesetze würde die Frage nicht im Kern lösen. Nehmen wir an, es gäbe fortan in den einzelnen Klassen nur noch je *einen jüdischen* Schüler: schon dieser eine Jude ist für den nationalsozialistischen Unterricht vollkommen untragbar. Seine Anwesenheit stellt den Takt des Lehrers fortgesetzt auf eine geradezu abscheuliche Probe, ja sie macht unter Umständen das ganze Ergebnis seiner Arbeit fragwürdig . . .

Der Junglehrer, sagen wir, zieht mit Feuereifer frisch vom Leder und nennt die Dinge beim richtigen Namen, zitiert den Talmud, erörtert die Geschichte der Erzväter, hebt bei allen sich bietenden Gelegenheiten die Verbrecherrolle des Juden in der Geschichte und Politik hervor, hängt Stürmerbilder aus, kämpft gegen das Märchen vom sogenannten ‚anständigen Juden', pflanzt allenthalben Haß und Verachtung für den fremdrassigen Schmarotzer in die Kinderseelen: Wenn er das nicht mit großer Überzeugungskraft und erzieherischem Geschick anfängt, kann sich die beabsichtigte Wirkung nur allzu leicht in ihr Gegenteil verkehren . . .

Der sogenannte ‚anständige', das heißt mit den Vorurteilen gestriger Erziehungsgrundsätzen behaftete Lehrer hingegen wird auf diesem Wege überhaupt nicht vorwärtskommen. Im Gegensatz zu seinem begeisterten Berufsgenossen windet er sich im gegebenen Falle verzweifelt, umschreibt seine Meinung, weil er sie nicht wörtlich über die Lippen bringt, und verstummt plötzlich mit einem entschuldigenden Blick auf die letzte Bankreihe vollkommen (auf der der angenommene, einzige jüdische Schüler sitzt, d. Verf.), indem er auf die antisemitische Auswertung des Stoffes gänzlich verzichtet."

Daß bei diesen Verhältnissen den jüdischen Schülern das Leben in ihrer Schule zur Hölle werden konnte, ist offensichtlich. Wie sehr der auf ihnen lastende Druck teilweise schon vor 1933 zugenommen hatte, war aus dem S. 208 zitierten Beitrag eines jüdischen Schülers im Gemeindeblatt zu ersehen. Freilich waren die Umstände von Fall zu Fall verschieden, es kam auf Lehrer und Mitschüler und eben überhaupt auf den Klassengeist an.

Über das Ergebnis dieser Art von Schulpolitik teilt Bernhard Kolb mit: „Die skrupellose Verhetzung von Lehrern und Schülern, besonders in den höheren Lehranstalten, brachte es fertig, daß die jüdischen Kinder nach und nach ausschieden und als am 10. November 1938 ein volles Verbot erlassen wurde, war nur noch die Tochter des Verfassers (Kolb) die einzige Schülerin der letzten Klasse des Lyzeums, die auszuscheiden hatte"[375]). Bei der endlich durch Gesetz angeordneten Auflösung der jüdischen Schulen am 1. Juli 1942 waren in der Nürnberger Anstalt nur noch ein Lehrer und wenige Kinder aus Mischehen übriggeblieben[376]).

10. Die Kultusgemeinde 1933 — 1945

Wesentliche Bereiche der Tätigkeit der Kultusgemeinde in der Zeit von 1933 bis 1945 haben wir bereits dargestellt, so neben der Einrichtung der Beratungsstelle und der Auswanderungshilfen die Unterstützung Notleidender (S. 227 f.) und die gemeindliche Schule (S. 264 ff.). Schwierigkeiten ergeben sich dadurch, daß die Protokollbücher der Kultusgemeinde nur bis 1932 erhalten sind, und das Gemeindeblatt nur bis 1938 erscheinen konnte. Bei dem fast vollständigen Fehlen anderer Quellen sind wir vor allem für die Kriegszeit wieder vornehmlich auf die Ausführungen Bernhard Kolbs angewiesen. Die C.V.-Zeitung erschien noch bis 1938, sie brachte aber immer weniger Nachrichten über das Leben innerhalb der einzelnen deutschen Gemeinden und ist besonders für Nürnberg in dieser Zeit unergiebig, sie erörterte meist Auswanderungsfragen.

In der Ausgabe vom 24. Januar 1935 berichtigte sie eine Auslassung Streichers, der in einer Rede behauptet hatte, daß „der Jude Matz Braun", „das Unglück an die Saar" gebracht habe, Matz Braun war Nichtjude. Unter der Überschrift „Nürnberger Humor" brachte das Blatt am 7. März 1935 ein Zitat aus der „Fränkischen Tageszeitung" über den Nürnberger Faschingszug, bei dem ein Wagen mitgeführt wurde, auf dem Juden dargestellt waren und zu dem die Nürnberger Nazizeitung bemerkte: „ . . . am heitersten . . . wurde die ausziehende Judensippschaft, die in naturgetreuen Nachbildungen zu sehen war, aufgenommen". Daß die C.V.-Zeitung kaum mehr Meldungen über die Nürnberger Gemeinde brachte, mag auch dadurch begründet sein, daß diese bei ihrer besonderen Gefährdung im Herrschaftsbereich Streichers möglichst wenig auf sich aufmerksam machen wollte.

Im *Rabbinat* der Nürnberger Gemeinde trat im Jahre 1934 eine Veränderung ein. Wegen eines schweren körperlichen Leidens legte Dr. Freudenthal am 31. Mai sein Amt nieder, er verstarb am 11. Juli 1937 in München. Seine Nachfolge trat Dr. Andorn aus Karlsruhe an, der am 15. Juni in sein Amt eingeführt wurde[377]). Er wirkte in Nürnberg bis 1938, nahm aber dann eine Berufung nach Den Haag an. Dort ereilte ihn und seine Familie das Schicksal der Verschleppung in das KZ Celle, er erlebte das Ende des Krieges nicht mehr[378]). Nach einem KZ-Aufenthalt in Dachau siedelte der 2. Rabbiner der Nürnberger Gemeinde, Dr. Heilbronn, im Frühjahr 1939 in die USA über, wo er in New York mit Dr. Baerwald eine Gemeinde gründete, die vor allem ehemalige Münchner und Nürnberger Juden zu ihren Mitgliedern zählte[379]). Am 11. Februar 1939 übernahm der aus Nürnberg stammende Dr. Kurt Metzger das Amt des Nürnberger Gemeinderabbiners, der nach der „Kristallnacht" aus seinem Wirkungskreis in Landau/Pfalz gerissen worden war. Er wurde später in das KZ Buchenwald verschleppt, tat hierauf noch einige Zeit seinen Dienst in Nürnberg und wanderte im September 1939 ebenfalls in die USA aus[380]). Im gleichen Jahre verließ der Rabbiner des Adas Israel, Dr. A. A. Klein, das unter dem Terrorregime stehende Deutschland.

Die Nürnberger Gemeinde hatte darnach keinen eigenen Rabbiner mehr, seine Funktionen übernahm Lehrer Neuberger, über dessen und seiner Familie Schicksal Bernhard Kolb berichtet: „Lehrer Julius Neuberger, dem die Einrichtung eines gemeinsamen Gottesdienstes für die orthodoxen und liberalen Mitglieder zu verdanken ist, übernahm die rabbinischen Funktionen im Gottesdienst und konnte durch seine fesselnden Ansprachen und seine tiefe Religiosität der durch die im November 1941 beginnenden Verschleppungen immer kleiner werdenden Gemeinde die innere Ruhe und dem schicksalsschweren Geschehen gegenüber eine äußere würdevolle Haltung vermitteln. Neuberger wurde mit seiner 19jährigen Frau (Erna, der Tochter Bernhard Kolbs, d. Verf.), seiner betagten Mutter und der Familie seiner Gattin nach Theresienstadt deportiert. Dort konnte er noch seine große Befähigung als Erzieher in einem Jugendheim und auch als Vorbeter unter Beweis stellen. Aber der Mordbefehl der Nazibanditen erreichte auch ihn. Am Jomkipur 1944 — 28. September — konnte er noch den ganzen Tag am Gottesdienst teilnehmen und wurde in der gleichen Nacht von Theresienstadt nach Auschwitz weiterverschleppt. Ob er dort oder in einem anderen Lager den Tod

erleiden mußte, wird niemals mehr festgestellt werden können. Seine junge Frau, die ein Kind unter dem Herzen trug, wurde drei Wochen später ebenso verschickt und ist zwei Tage, nachdem sie einem Knaben das Leben geschenkt hatte, mit ihrem Kinde im Konzentrationslager Bergen-Belsen bei Hannover im März 1945 eines unbekannten Todes gestorben"[381]).

Seit 1933 standen für den jüdischen *Gottesdienst* keine Säle mehr für Filialgottesdienste mehr zur Verfügung, so daß in der Hauptsynagoge nacheinander zwei Gottesdienste abgehalten werden mußten, an hohen Feiertagen zusätzlich noch einer im Saal des Gemeindehauses[382]). Selbstverständlich wurde nach 1933 (wie schon wiederholt vorher) unauffälliges Verhalten in der Nähe der Synagoge gefordert, der Hinweis auf den „großen Verkehr" in der Mahnung des Gemeindeblattes dürfte nur der Optik halber eingerückt worden sein[383]). Nach der Zerstörung der Synagogen und des Gemeindehauses im Jahre 1938 wurden die Gottesdienste in der Turnhalle der Schule abgehalten. Über die Schwierigkeiten, die sich hier ergaben, berichtet Bernhard Kolb:

„Das Haus Obere Kanalstraße 25 war im Zuge der Zwangsarisierung an ein benachbartes Fabrikunternehmen übergegangen; die Gemeinde mußte sofort die Souterrainräumlichkeiten zur Verfügung stellen. Um auch der Orthodoxie nach der Niederbrennung ihrer Synagoge im November 1938 entsprechende Beträume zur Verfügung zu stellen, wurde ein Teil des ersten Stockwerkes von der Schule freigegeben. Nach Verlegung der Verwaltungsräume in die Schule wurde hierfür ein Raum im III. Stockwerk benutzt. Der Hauseigentümer versuchte schon gleich nach dem Hauskauf durch entsprechende Eingaben an die Parteistellen die Freigabe der Turnhalle zu erreichen. Die Gemeindeverwaltung konnte dies durch Vorstellungen bei der Gestapo immer wieder vereiteln. Auf Veranlassung der Gestapo durfte schon vom Herbst 1941 ab nur noch in der Turnhalle Gottesdienst gehalten werden; man half sich, indem man die beiden Gottesdienste hintereinander abhielt.

Nach der ersten Evakuierung mußte durch die bedeutende Verminderung der Gemeinde und der Schule der Widerstand auf Benützung der Turnhalle aufgegeben werden; der Hausbesitzer mußte aber dafür als Ersatz zwei größere Werkstättenräume im Schulhaus, die früher schon als Lehrwerkstätten verwendet waren, freigeben. Noch in der Turnhalle war ein einheitlicher Gottesdienst ohne Harmonium abgehalten worden. Die Verwaltungsräume im I. Stock mußten bis auf den Gottesdienst- bzw. Turnhallenraum ebenfalls geräumt werden. Kaum war der zweite Transport abgegangen, mußte auch dieser Raum freigegeben werden und die ‚Heilige Lade' wurde in ein Bürozimmer des II. Stockwerkes verbracht . . . Seit dem Herbst 1942 war in ganz Deutschland der jüdische Gottesdienst verboten. Im Benehmen mit der Gestapo Nürnberg konnte aber ein Zimmer in den Büroräumen als ein würdiger Gebetraum geschaffen und durch die Treue der in Nürnberg verbliebenen Mischehepartner regelmäßig Freitagabend und Samstagvormittag Gottesdienst abgehalten werden. Lehrer Julius Neuberger, der an Freitagen von Lehrer Isaac Wormser unterstützt wurde, sorgte für gesetzestreue, würdevolle Durchführung, der Neuberger jedesmal durch eine aktuelle Ansprache noch eine besondere Note gab"[384]).

Von den finanziellen Schwierigkeiten der Gemeinde nach 1933, die ihre Ursachen hauptsächlich in den gestiegenen Hilfsverpflichtungen für verarmte Mitglieder hatten, war bereits die Rede. Die Etatlage im Jahre 1935 zeigt ein kurzer Bericht im Gemeindeblatt über die Sitzung der Gesamtverwaltung vom 16. April dieses Jahres: „Der Vorsitzende erläuterte in ausführlicher Weise die einzelnen Titel des Etats, sowie die Auswirkung der neuen religionsgesellschaftlichen Steuergesetze, nach denen für die Gemeinde nur noch 7 % durch das Finanzamt erhoben werden; dies ergibt von selbst größte Sparsamkeit in den Ausgaben. Die Wohlfahrtslasten konnten nicht gemindert werden, sie betragen allein 33 1/3 % der Gesamtausgaben. Die neugegründete Volksschule stellt auch einen wesentlichen Ausgabeposten dar (11 %). Die Beiträge an den Verband (der Kultusgemeinden, der Verf.) belaufen sich auf nahezu 30 %. Durch die in den günstigeren Jahren angesammelten Reserven konnte der Etat ausgeglichen werden, doch ist hierdurch ein bedeutender Substanzverlust nicht zu verhindern"[385]).

Nach Kommerzienrat Rosenzweig übernahm Herr Fechheimer den *Vorsitz* der Gemeindeverwaltung. Dieser mußte aber nach seiner Verhaftung durch die Gestapo im Frühjahr 1942 sein Amt aufgeben, das hierauf auf Anordnung der Reichsvereinigung der stellvertretende Vorsitzende Adolf Krämer kommissarisch übernahm. Am 10. Juni 1942 wurde Bernhard Kolb durch die Reichsvereinigung zum Vorsitzenden der Gemeinde bestellt, bis dieser am 10. Juni 1943 durch die Gestapo verhaftet und dann nach Theresienstadt abtransportiert wurde, nachdem am gleichen Tage die Reichsvereinigung der deutschen Juden, deren letzte Gesamtorganisation, aufgelöst worden war[386]). Über die Verwaltungsräume berichtet Kolb: „Das Haus Lindenaststraße 6, in dem sich die Verwaltungsräume befanden, wurde am 1. Dezember 1941 von der Reichsbankdirektion angekauft. Obwohl vor dem Verkauf, um das Einverständnis des Vorstandes zu erreichen, versichert wurde, daß vorerst die Verwaltung noch im Haus verbleiben könne, wurde am gleichen Tag, an dem der Verkauf perfekt wurde, noch vor dem Eintrag beim Amtsgericht, der Gemeindeverwaltung mit einer Frist von wenigen Tagen gekündigt. Durch Einschaltung der Gestapo konnte erreicht werden, daß doch erst Ende Dezember geräumt werden mußte. In den Räumen der Israelitischen Volks- und Berufsschule, Obere Kanalstraße 25, waren durch die Evakuierung des größten Teils der Schüler und Lehrer Räume frei geworden und die Verwaltung wurde in das I. und II. Stockwerk dieses Gebäudes verlegt"[387]). Aus den Aufzeichnungen Kolbs wird an mehreren Stellen deutlich, daß seltsamerweise die Gestapo in Nürnberg manchmal einen mäßigenden Einfluß ausübte. Dies mag auf die Haltung Dr. Martins zurückzuführen sein.

Auch nach dem Umsturz von 1933 fanden im Rahmen der Gemeinde *Vorträge* über verschiedene Themen des jüdischen religiösen und kulturellen Lebens statt, welche die Tradition dieser Veranstaltungen fortsetzten. So sprach am 20. November 1933 Rabbiner Dr. Salzmann aus Frankfurt/Main über „Hiob, ein Gleichnis für Israels Leid und Trost" und führte u. a. aus: „Israel weist gleich Hiob seine Freunde darauf hin, daß es sich gewiß nicht für schuldlos halte, aber nicht mehr Schuld trage wie die anderen Völker. Wenn es trotzdem mehr leide und Gott als sein Bürge und Zeuge schweige, so werde es unter diesem bedrückenden Rätsel den Glauben an Gott nicht verlieren. Habe einst Hiob sein Gottvertrauen

dadurch zurückgewonnen, daß ihn der Allmächtige durch den ganzen Kreis der Weltschöpfung führte, dann müsse das Wunder der Geschichte Israel seinem Gotte nahebringen. Wir müßten erkennen, daß Gott uns in die Geschichte hineingestellt habe. Wir müßten unsere Stelle darin ahnen, sie begreifen und es würde gewiß für uns Segen aus dem schweren Schicksal hervorquellen"[388]). Der Vortrag fand in der Synagoge statt und wurde durch Darbietungen der neugegründeten Jüdischen Orchestergemeinschaft Nürnberg umrahmt. Bei der Chanukkafeier am 17. Dezember 1933 hielt Rabbiner Dr. Baeck, Berlin, einen Festvortrag über das Thema „Tage und Zeiten", in dem er der griechischen Geschichtsschreibung und -auffassung die jüdische gegenüberstellte[389]).

Suchten diese Vorträge den Juden vom Religiösen her Halt zu geben, so wollte Dr. Bruno Weil, Berlin, mit seiner Darstellung der „Wellenlinie jüdischen Schicksals" (Februar 1935) damit trösten, daß auf das gegenwärtige Wellental auch wieder eine Aufwärtsbewegung kommen werde[390]).

Die Vorträge von Prof. Dr. Guido Kisch, Halle, (4. November 1933), über „Die Verknüpfung der deutschen Juden mit der Wissenschaft" und des bekannten Literaturhistorikers Dr. Arthur Eloesser, Berlin, (10. November 1935) über „Jakob Wassermann und sein Weg" sprachen besonders die gebildeten Kreise des Nürnberger Judentums an[391]). Am 23. Januar 1936 hielt im Rahmen der Jüdischen Winterhilfe-Veranstaltungen der Berliner Kunsthistoriker Dr. Max Osborn einen Lichtbildervortrag über Max Liebermann[392]).

In den folgenden Jahren konzentrierte sich die Tätigkeit der Kultusgemeinden auf die Erleichterung und *Förderung der Auswanderung*, da eine Besserung der Verhältnisse in Deutschland nicht mehr erwartet werden konnte. 1937 schrieb Dr. Margarete Edelhein im Gemeindeblatt unter dem Titel „Gedanken zur Auswanderung": „Es gibt wohl keine Familie, in der nicht die Frage der Auswanderung heftig diskutiert wird. Bei den wenigsten geht es noch um das Ob, die meisten überlegen nur noch das Wie und das Wann"[393]). Außer diesem wurden noch in vielen anderen Artikeln des Blattes Auswanderungsfragen erörtert. Ebenfalls im Jahre 1937 nahm die „Auswanderer-Beratungsstelle für Nordbayern des Hilfsvereins der Juden in Deutschland" in Nürnberg (Neue Gasse 12) ihre Tätigkeit auf[394]). Die Gemeinde richtete Unterrichtskurse ein, in denen Englisch, Französisch, Spanisch, Buchführung und Maschinenschreiben gelehrt wurden, die Zionistische Ortsgruppe führte Unterrichtskurse in Hebräisch durch[395]). Bei den Vorträgen der Ortsgruppe spielten der Aufbau in Palästina und die Auswanderungsmöglichkeit dorthin eine immer größere Rolle[396]). Die letzte Veranstaltung dieser Vereinigung, die wir feststellen konnten, war im Juli 1938 eine Gedenkstunde anläßlich der 34jährigen Wiederkehr des Todestages von Theodor Herzl[397]).

Auch die jüdische Schule in Nürnberg habe ihren Unterricht auf die Bedürfnisse der „zukünftigen Heimatländer" abgestellt, erklärte Dr. Bamberger, der Leiter der Anstalt, auf einem Elternabend im Dezember 1937[398]). Fremdsprachen und Technik standen im Vordergrund. Im April 1938 wurde in einer Gemeindeveranstaltung der Film „Schaffender Wille" gezeigt, der von den Bemühungen der Reichsvereinigung um Umschulung und Auswanderungsvorbereitung handelte[399]). Da die Juden von den allgemeinen *kulturellen Veranstaltungen* ausgeschlossen

waren, suchten sie im Rahmen der Kultusgemeinde soweit wie möglich Ersatz zu bieten. Bereits am 26. Oktober 1933 wurde ein Kulturausschuß gegründet, der sich um die Wahrnehmung der Bildungsaufgaben bemühte. Neben einer Chorgemeinschaft wurde auch eine von Dr. Stern geleitete Orchestergemeinschaft ins Leben gerufen, die Konzerte gab und Veranstaltungen umrahmte[400]). Die Kultusgemeinde trat dem am 4. Februar 1934 in München gegründeten Jüdischen Kulturbund in Bayern bei, in dessen Rahmen unter Aufsicht des Staatsministeriums die religiösen, wissenschaftlichen und kulturellen Veranstaltungen durchgeführt wurden[401]). Von 1934 an fanden zahlreiche durch den Kulturbund organisierte Synagogenkonzerte statt, die auf hohem künstlerischen Niveau standen. Hier konzertierten unter vielen anderen Kammersänger Hermann Schey, das Klaviertrio Walter Goldmann, die Geigerin Ilse Sorenn und der Pianist Ludwig Grünbaum, das Bassermann-Streichquartett Frankfurt, und das Orchester der Stuttgarter Jüdischen Kunstgemeinschaft[402]). Die Konzerte und die anderen Veranstaltungen des Jüdischen Kulturbundes in Nürnberg können wir bis zum Ende des Jahres 1938 im Gemeindeblatt verfolgen. Für die Schuljugend fanden an Sonntagvormittagen musikalische Darbietungen statt.

Da es nicht die Eigenschaft der Jugend ist, zu resignieren, so können wir 1933 und in den folgenden Jahren eine besonders eifrige Tätigkeit der jüdischen *Jugend- und Sportvereine* feststellen. Nürnberg war wiederholt Tagungsort großer Treffen. Am 4. und 5. Februar 1933 fand hier die Tagung des Gaues Bayern der deutsch-jüdischen Jugend statt, am 17. Dezember des gleichen Jahres versammelten sich in Nürnberg nahezu 60 Jugendvertreter Bayerns zur Konstituierung des Landesausschusses der jüdischen Jugendverbände. In den Dreierrat wurden Dr. Hans Teutsch (Nürnberg), Dr. Georg Josephthal (München) und Adolf Kohn (Nürnberg) gewählt[403]). Im Mai 1933 gab es in Nürnberg noch mindestens 8 Jugendvereine[404]); im Januar hatte der Hechaluz ein Winterlager im Odenwald durchgeführt und die Esra-Gruppe beabsichtigte das Landheim in Sulzbürg (Oberpfalz) weiter auszubauen und neben Schulkindern auch vorschulpflichtige Kinder im Alter von 5—6 Jahren aufzunehmen[405]). Nachdem aber deutlich geworden war, wohin sich die Verhältnisse in Deutschland entwickelten, erstrebten immer mehr Jugendliche die Auswanderung. Zu diesem Zweck schloß sich die Ortsgruppe Nürnberg des jüdischen Pfadfinderbundes (JPD) mit der Jugendgemeinschaft Habonim zusammen, der Hechaluz bereitete schon seit Jahren Jugendliche für die Auswanderung nach Palästina vor[406]).

Im April 1935 bezifferte die Gemeindeverwaltung die Zahl der auf andere Berufe umgeschulten jungen Leute auf 220, von denen ein namhafter Teil bereits ausgewandert war. 1935 waren in Bayern an 25 Orten noch ca. 2 000 jüdische Jugendliche in Vereinen zusammengeschlossen, 950 davon aus Nürnberg-Fürth![407])

Der Nürnberger jüdische Sportverein Bar Kochba feierte im März 1933 sein 25-jähriges Bestehen mit Schauturnen und anderen Veranstaltungen[408]). Im April dieses Jahres durchsuchte die Kriminalpolizei die Wohnung des Vereinsmitglieds Herbert Levin, weil man bei ihm Unterlagen für unerlaubte Geldsammlungen vermutete[409]). Mit Verfügung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern (Politischer Polizeikommandeur) vom 19. 7. 1933 und 20. 3. 1934 wurde dem

Verein Betätigungsverbot auferlegt, die Nachfolge übernahm der „Jüdische Turn- und Sportverein Nürnberg" (Itus), der das Vereinsvermögen und die Turngeräte übernahm[410]). David Katz war 1. Vorstand, 2. Vorstand Rechtsanwalt Dr. Hans Teutsch. Der Verein beteiligte sich an den in München ausgetragenen bayerischen Leichtathletikmeisterschaften der jüdischen Sportvereine und belegte 1935 12 erste, 8 zweite und 10 dritte Plätze[411]). Auch dieser Verein wurde im Frühjahr 1939 behördlich aufgelöst[412]). Als nach 1933 neugegründeter Verein sei noch der Gemilus Chasodim genannt, er wurde bei der Polizeidirektion seit 15. Juni 1936 geführt, 1. Vorstand war Ludwig Schwarz, 2. Vorstand Sally Feuchtwanger. Auch diese Vereinigung mußte am 15. November 1938 ihre Tätigkeit einstellen[413]).

Im Gemeindeblatt, das bis zur „Kristallnacht" im November 1938 erschien, können wir auch noch die Veranstaltungen des *„Reichsverbandes jüdischer Frontsoldaten"* bis Ende 1938 verfolgen. Vorsitzender des Nürnberger Ortsverbandes war Dr. Landenberger; mehrmals im Jahr wurden Mitgliederversammlungen abgehalten, alljährlich fand eine Gedenkfeier für die Gefallenen auf dem Friedhof statt[414]).

Nachdem der jüdische Privatbesitz enteignet und die Synagogen und das Gemeindehaus zerstört waren, streckten die Nazis natürlich auch ihre Hände nach dem der Kultusgemeinde und ihren Organisationen verbliebenen Besitz aus. Das ehemalige Schwestern-, dann *Altersheim* Wielandstraße 6 war schon bei der „Holz-Aktion" 1938 arisiert worden[415]). Nach der Tätigkeit der Göring-Kommission wurde es der Gemeinde wieder zurückgegeben, im Juni 1943, nach dem Abtransport der alten Leute und der Auflösung der Kultusgemeinde, nahm es die SS in Besitz. 1945 diente es als Unterkunft für die Rückkehrer aus den Konzentrationslagern, es war stark beschädigt und vollständig ausgeplündert[416]). Aus der Gemeindebibliothek wurden nach 1933 wiederholt Bestände beschlagnahmt. Umfangreiche Reste (im Haus Knauerstraße 27), deren wertvollster Bestandteil die von Rabbiner Dr. Ziemlich gestiftete Hebraica-Sammlung war, wurden in das Friedhofsgebäude in der Bärenschanzstraße verlagert, ein anderer Teil in das Schulhaus in der Oberen Kanalstraße gebracht[417]). Über das weitere Schicksal der Bibliothek berichtet Kolb: „Die Restbestände bei Auflösung der Gemeinde im Juni 1943 wurden ... von der Gestapo übernommen. Nach Rückkehr aus dem Konzentrationslager konnte in vieler Kleinarbeit nicht nur ein Teil der früheren Bibliothek in verschiedenen Räumen des Stürmer aufgefunden werden, sondern es wurden auch in diesem ‚Streicherarchiv' mehrere Tausend hebräische Bücher, die aus ganz Europa zusammengestohlen waren, entdeckt und sichergestellt. Dazwischen befand sich auch wertvolles jüdisches Kultusgut, wie Thorarollen, -Schmuck, -Vorhänge, Megilloth, Schofarim usw."[418]).

Im Jahre 1942 verdrängte die Partei die Juden aus dem Schwarz'schen Altersheim: „Durch ein — einige Jahre vorher im Grundbuch eingetragenes — Vorkaufsrecht für das Cnopf'sche Kinderspital konnte es um RM 120 000 verkauft werden. Hierdurch wurde die sofortige Räumung aufgeschoben. Aber es war nur eine Galgenfrist, denn schon Ende Mai wurde das Cnopf'sche Kinderspital gedrängt, in dem sehr gut mit allen sanitären Anlagen eingerichteten, geräumigen Haus und einer neuzeitlichen Baracke ein Behelfskrankenhaus einzurichten"[419]).

Im Juni 1943 wurde endlich das gesamte Gemeindevermögen von der Gestapo beschlagnahmt[420]).

Über die *Friedhofsschändungen* haben wir bereits berichtet, aber auch die Bombenangriffe setzten den beiden jüdischen Friedhöfen schwer zu: „Der schwere Luftangriff auf Nürnberg am 2. Januar 1945 hat auch in den beiden Friedhöfen schwere Schäden angerichtet. In den Gebäuden an der Schnieglinger Straße waren bei vorhergehenden Angriffen durch Luftdruck die meisten Fenster und auch die herrlichen Buntglasscheiben in der Versammlungshalle zerstört und die Dächer schwer beschädigt worden. Am 2. Januar hat eine Bombe 6 Gräber vollständig vernichtet und eine erhebliche Anzahl von Grabsteinen beschädigt. In der Bärenschanzstraße wurde das Verwaltungsgebäude restlos zerstört und 3 weitere schwere Bombentreffer haben mehrere hundert Grabstätten vollständig zerstört. Mehr als tausend Grabsteine waren umgeworfen und zum Teil schwer beschädigt"[421]).

Zwischen den deportierten und den noch in Nürnberg verbliebenen Juden konnten nur in seltenen Fällen Nachrichten übermittelt werden. Von den nach Riga und Izbica Deportierten waren nur ganz wenige Einzelnachrichten zu den in Nürnberg verbliebenen Gemeindemitgliedern gelangt, seit dem Herbst 1942 hörten diese ganz auf[422]). Nur von dem großen Theresienstadt-Transport vom September 1942 bekamen die wenigen noch in Nürnberg verbliebenen Juden wiederholt Nachrichten durch die Post, und sie konnten den Lagerinsassen auch geringe Lebensmittelsendungen zukommen lassen. „Gegen Mitte Dezember 1942 trafen einige kurze Nachrichten aus dem Konzentrationslager Theresienstadt ein, aus denen die traurige Lage der Deportierten unschwer zu lesen war. Durch die scharf durchgeführten Rationierungen konnte man nur den allernächsten Angehörigen hie und da ein Kilo Brot zusenden. Es war noch besonders dadurch erschwert, daß nach Anordnung der Reichsvereinigung im Monat nur 1 Päckchen (1 kg) abgesandt werden durfte; außerdem wurde die aus Theresienstadt kommende Post von der Gestapo streng überwacht, besonders solche an Nichtjuden. Der Verfasser mußte andererseits der Gestapo von jeder Post, die zu seiner Kenntnis kam, Rechenschaft ablegen. Schon nach wenigen Wochen kamen vom Reichssicherheitshauptamt Berlin an die Nürnberger Gestapo Anzeigen, der Leiter der Kultusgemeinde Nürnberg hätte einen illegalen Postbetrieb mit Theresienstadt arrangiert. Nur dem Umstand, daß die Gestapo zu der einwandfreien Führung der Kultusgemeinde Vertrauen hatte, war es zu danken, daß die Empfänger von Postkarten von der Inhaftierung verschont blieben. Auch sonst liefen ständig bei der Gestapo Anzeigen ein, daß wertvolle Kulturgegenstände nach dem Ausland verschoben oder sonst versteckt und daß an die Konzentrationshäftlinge im Ausland Geldbeträge übermittelt würden. Fast tägliche Vernehmungen bei der Gestapo oder deren Besuche in unseren Verwaltungsräumen bereiteten allen Beteiligten schwere Stunden der Aufregung und Bedrängnis"[423]).

Nach der Rückkehr der wenigen Juden, welche die Konzentrationslager überstanden hatten, konnte der Aufbau einer neuen Kultusgemeinde begonnen werden.

11. Kapitel

Die Vernichtung der Nürnberger Juden im Zweiten Weltkrieg

1. Verschärfte Maßnahmen seit Kriegsbeginn

Nachdem die Nationalsozialisten bis zum Beginn des Jahres 1939 die deutschen Juden aus dem Wirtschaftsleben ausgeschaltet hatten, folgte bei Kriegsbeginn durch viele neue Verordnungen die Einschränkung ihrer Existenzgrundlagen auf ein Minimum, parallel dazu verliefen die Deportationen und die Vernichtung. Ab 1. September 1939 erhielten die Juden ab 20 Uhr (im Sommer ab 21 Uhr) Ausgehverbot, die rationierten Lebensmittel durften sie nur in besonderen Geschäften und zu begrenzten Zeiten einkaufen. Mit dem 1. Oktober 1942 wurden den Juden Lebensmittelmarken für folgende Artikel entzogen: Fleisch, Fische, Geflügel, Obst, Eier, Milch und Konserven. Gemüse konnten sie kaum mehr erhalten, da Juden nur nachmittags zwischen 15 und 17 Uhr einkaufen durften, weil die nichtjüdische Bevölkerung vorher befriedigt werden mußte. Die Wohnungen der Juden wurden scharf überwacht, damit ihnen Mitfühlende keine Lebensmittel bringen konnten[424]).

Im September 1939 mußten die Juden ihre Rundfunkgeräte abliefern, Mithören bei Nichtjuden war verboten. Die Fernsprechanschlüsse der Juden wurden gekündigt, sie durften keine Zeitungen mehr kaufen, keine Kriegsauszeichnungen tragen und keinen Friseur in Anspruch nehmen[425]), seit 1940 erhielten Juden grundsätzlich keine Kleiderkarte mehr.

Ab 7. März 1941 wurden sie zur Zwangsarbeit verpflichtet. „Sie befanden sich meist im Arbeitseinsatz für die Rüstungsindustrie und erhielten, soweit möglich, in einer von der Kultusgemeinde eingerichteten Notküche ein Mittagessen"[426]).

Ab 15. September 1941 mußten alle über 6 Jahre alten Juden den „Judenstern" offen an der linken Brustseite tragen. Über die Kontrolle dieser Verordnung in Nürnberg schreibt Bernhard Kolb: „Es ist bekannt, daß die Partei ihren Mitgliedern aufs schärfste einprägte, jeden Juden, der seinen Stern nicht offen trage, zur Anzeige zu bringen; ein edler Wettstreit begann unter den Parteigenossen. Die Polizei bekam fast täglich solche Anzeigen, glücklicherweise beachtete die Gestapo diese Denunziationen in den meisten Fällen nicht"[427]).

Wer von den Juden nicht in der Rüstungsindustrie tätig sein konnte (das waren bei der Überalterung der jüdischen Bevölkerung sehr viele), war infolge der „gesetzlichen" Maßnahmen praktisch ohne Einkommen, Bargeld durften sie nur bis zu 200 RM in ihrer Wohnung haben, ihre Bankkonten waren gesperrt, sie durften monatlich nur 150 RM abheben[428]). Ab 15. April 1942 mußten die Wohnungen von Juden durch „Judenstern" gekennzeichnet sein (der Mieterschutz für Juden war schon am 17. Januar 1939 aufgehoben worden). Ab 24. April 1942 durften sie keine Verkehrsmittel mehr benützen. Eine Sondergenehmigung

wurde nur selten erteilt, so z. B. für Paul Baruch, den Betreuer des israelitischen Friedhofs in Nürnberg[429]).

Ab 15. Mai 1942 durften Juden keine Haustiere (Hunde, Katzen, Vögel) mehr halten, im Juni des Jahres mußten sie „alle entbehrlichen Kleidungsstücke" abliefern. In Nürnberg wurden von den jetzt noch ca. 1 100 Juden 10 000 brauchbare Stücke abgeliefert. Hierauf wurde die Ablieferung aller Pelzbekleidungsstücke gefordert[430]). Da das Gemeindeblatt nicht mehr erscheinen konnte, mußte der Vorstand der Kultusgemeinde durch hektographierte Mitteilungen die neuen Verordnungen erläutern, auf die gleiche Weise wurden die Gemeindemitglieder auf Gottesdienste usw. hingewiesen[431]).

Im folgenden ein Beispiel vom September 1941, in dem allgemeine Verhaltensmaßregeln gegeben wurden; die Situation der Juden wird daraus besonders deutlich:

Zur strikten Beachtung!

Die Einführung der Kennzeichnung der Juden macht in noch weit höherem Maße als bisher ein möglichst *unauffälliges* Verhalten von uns allen notwendig und zwar im Interesse jedes Einzelnen wie der jüdischen Gemeinschaft. Wesentlich erscheint uns besonders die Beachtung folgender Punkte:

1. Zeige Dich in der Öffentlichkeit so wenig wie möglich!
2. Suche Dein Ziel schnellstens auf dem kürzesten Wege zu erreichen unter möglichster Vermeidung der Hauptverkehrszeiten!
3. Gehe nach Möglichkeit nur allein, *höchstens zu zweien,* auf der Straße!
4. Bleibe nicht auf der Straße stehen!
5. Nimm in der Straßenbahn nur einen Sitzplatz, wenn Du gebrechlich oder körperbehindert bist!
6. Bleibe nicht an Schaufenstern stehen! Beschränke Deine Einkäufe auf die notwendigsten Fälle!
   Die Beachtung der Einkaufszeiten in den vorgeschriebenen Lebensmittelgeschäften wird in Erinnerung gebracht!
7. Das Rauchen in der Öffentlichkeit — auf der Straße und in den Geschäften ist *unbedingt* zu unterlassen!
8. Gehe in Deinem eigensten Interesse *so unauffällig wie nur möglich* gekleidet!
9. Beachte *genauestens* alle Verkehrsvorschriften!
10. Innerhalb der Wohnungen und Häuser ist *unter allen Umständen* für größte Ruhe zu sorgen! Laute Gespräche auf den Treppen und Gängen sowie bei geöffneten Fenstern sind unbedingt zu vermeiden! Das längere Heraussehen aus den Frontfenstern ist zu unterlassen! Auf die schwerwiegenden Folgen, die aus Mietsstreitigkeiten und Unruhen in den Wohnungen entstehen, wird nochmals nachdrücklichst hingewiesen!
11. Bedenke, daß Du jetzt auf jede Kleinigkeit Deines Verhaltens hin beobachtet wirst, auch dann, wenn Du Dich unbeobachtet glaubst!

17. September 1941.

Der Vorstand
der Israel. Kultusgemeinde Nürnberg e. V.

Über die Auswirkung der Bombenangriffe auf Nürnberg für die Juden berichtet Bernhard Kolb: „Bei den erfolgreichen Bombenangriffen auf Nürnberg Ende Februar und Anfang März 1943 wurde die antisemitische Hetze dadurch geschürt, daß in den Sprechabenden der Nazis behauptet wurde, ehemalige Nürnberger Juden würden den Flugzeugen die besten Ziele zeigen, mit unglaublicher Frechheit wurden sogar die Namen dieser Emigranten genannt . . .

Der Flugzeugangriff auf die Edertalsperre wurde in allen Zeitungen als die Tat eines emigrierten Juden bezeichnet und es wurden Gerüchte ausgestreut, die Juden hätten auf den Grabsteinen in hebräischen Buchstaben den Flugzeugen wichtige Mitteilungen und Bombenziele angegeben, was zu neuen Zerstörungen auf den Friedhöfen Veranlassung gab. Auf dem alten Friedhof an der Bärenschanzstraße waren mit den durch Bomben beschädigten über 1 000 Grabsteine, auf dem Friedhof Schnieglinger Straße über 400 vernichtet oder stark beschädigt . . . Nach den bereits eingetretenen schweren Bombenschäden war es für ‚gezeichnete' Juden eine Gefahr, sich auf der Straße blicken zu lassen, besonders konnte man es nicht wagen, sich in zerstörte Stadtgebiete zu begeben, da dies sofort als Ausdruck der Schadenfreude gewertet wurde"[432]).

Im Juni 1943 wurde die Rest-„Evakuierung" der Juden nach Theresienstadt durchgeführt, nur wenige blieben zurück, die Kultusgemeinde hatte aufgehört zu bestehen.

2. *Die Deportationen*

Wir haben uns oben im wesentlichen mit einer kommentarlosen Aufzählung der schändlichen Maßnahmen begnügt, die alle Juden in Deutschland betrafen. Vor der Darstellung der Deportationen der Nürnberger Juden und der „Endlösung" halten wir jedoch ein paar grundlegende Bemerkungen zu diesem, für viele heute noch unglaublichen Phänomen für notwendig. Man ist immer wieder geneigt, die Judenvernichtung aus dem Gesamtphänomen Nationalsozialismus auszuklammern und sie nur einigen Verbrechern in der Leitung der SS zuzuschieben. Sie habe dem deutschen Volk, das bereits sieben Jahre lang der uneingeschränkten und im allgemeinen erfolgreichen Propaganda der Nazis ausgeliefert war, trotzdem verheimlicht werden müssen, sie habe den Kriegsanstrengungen geschadet, indem sie wertvolle Arbeitskräfte vernichtete und kriegswichtiges Eisenbahnmaterial und zahlreiche Bewachungs- und „Bedienungs"-Mannschaften beanspruchte, kurz: sie sei ganz und gar irrational gewesen. Aber der Irrationalismus war dem Nationalsozialismus und Antisemitismus von Anfang an eigen.

Hitler erklärte als das Ziel seiner Volkserziehung: „So merze ich Tausende von Jahren der menschlichen Domestikation aus"[433]). Die Bewußtseinslage des Volkes war bei Beginn der Vernichtungsaktionen aber noch nicht „fortschrittlich" genug. Die bisherige Geschichte wurde als Entartung angesehen und die „Endlösung der Judenfrage" sollte die Endlösung aller Probleme ergeben[434]).

Was die Handlanger des Massenmords angeht, so scheint uns die Psychoanalyse einige wertvolle Aufschlüsse geliefert zu haben.

Alexander Mitscherlich schreibt: „In der Folterung des Feindes — sei es Fremder oder Entfremdeter — wird ein Stück der Natur der ‚Primärprozesse' sichtbar.

Unter ihnen versteht Freud jene Abfolge seelischer Leistungen, die sich unter der ‚Herrschaft der unbewußten Denkgesetze' vollziehen. Im ... Reifungsfortschritt zu realitätsvertrauten Über-Ich- und später zu Ich-Leistungen werden diese primären durch Sekundärvorgänge gehemmt, die ihnen den Zug zur Motorik, zur Handlung vorlegen. In der erschreckendsten Weise treten sie wieder hervor, wo die Gesellschaft in der Bezeichnung eines Sündenbockes übereinstimmt, demgegenüber alle Milderungen der Affektäußerung durch Sekundärleistung der Gesittung außer Kurs gesetzt werden[435]). Die volle Wirklichkeit ist nämlich, daß die Konformitätszwänge – so wie unsere Erziehung sich nun einmal abspielt – die Struktur des individuellen Charakters häufig so festlegen, daß die Widerstandskraft des Ichs gegen ‚Kollektivstimmungen und -handlungen' wie gegen die eigenen Triebneigungen keine nennenswerten Resultate erbringt"[436]).

Eine Kurzformel für den „sadistisch-antisemitischen Aberwitz" könnte lauten: „Anfachung alles zu kurz Gekommenen in unserer animalischen Natur, Rache für alle Unterdrückung von klein an, Freigabe aller heruntergeschluckten Aggressionen mit Zielrichtung auf einen vogelfrei gegebenen Feind: Die Weltpest, das Urgift . . ."[437]). Was auf dem „Felde der Ehre" gegen einen hart kämpfenden Feind nicht möglich war, besorgte man am entwaffneten Feind, an der Zivilbevölkerung des Ostens und vor allem an den Juden. Die Judenvernichtung war ein integraler Bestandteil des Nationalsozialismus von Anfang an (wenn auch zunächst in offiziellen Verlautbarungen verdeckt), das „Juda verrecke!" der Reichsparteitage schon vor 1933 war deutlich genug. Daß bis 1940 die Auswanderung der Juden im Vordergrund stand und darnach die Vernichtung heimlich betrieben wurde, hatte rein taktische Gründe.

Himmler hatte einmal geplant, die Juden nach Madagaskar zu deportieren und damit einen Vorschlag Lagardes (für die rumänischen Juden) wieder aufgenommen, aber seit der Wannsee-Besprechung führender Regierungs- und SS-Vertreter am 20. Januar 1942 war die physische Vernichtung der Juden im Osten das erklärte Ziel[438]).

Wie erwähnt, wurden schon vor Kriegsbeginn Nürnberger Juden ins KZ Dachau gebracht, größere Gruppen 1933 und nach der „Kristallnacht" 1938, ihre Zahl belief sich auf ca. 200[439]). Eine erhebliche Anzahl von ihnen wurde wieder frei gelassen, andere kamen nach Buchenwald und Auschwitz, Kolb führt in einer (unvollständigen) Liste 67 namentlich auf, von ihnen wurden nur 10 gerettet[440]). Unter diesen Opfern befinden sich auch Rechtsanwalt Dr. Martin Frankenburger, den Hugo Burkhard in Buchenwald noch lebend antraf[441]), und Heinrich Schneebalg; eine Benachrichtigung über dessen Tod am 7. Juli 1940 an die israelitische Friedhofsverwaltung in Nürnberg ist noch erhalten[442]).

Durch einen Zufall gerieten zwei Nürnberger Jüdinnen, die Frau Adolf Schuhmanns und Selma Weil, in eine frühe Verschleppungsaktion im Oktober 1940, die zunächst nur die Juden Frankreichs betreffen sollte, von Heydrich dann aber auf die Juden Badens und des Saarlands ausgedehnt wurde. Die beiden Frauen befanden sich zu dieser Zeit in Mannheim und mußten den Weg in die Lager im Inneren Frankreichs antreten, von denen die Überlebenden im Novem-

ber 1942 nach Auschwitz gebracht wurden[443]). Die Juden Nürnbergs ahnten jetzt, was ihnen bevorstand, zumal schon im Februar der Abtransport der Juden Stettins nach Polen bekannt geworden war, doch zunächst blieb es noch für ein Jahr ruhig.

Am 18. Oktober 1941 erfuhr der Nürnberger Gemeindesekretär Kolb das erstemal von der Gestapo, daß auch in Nürnberg eine große Deportation von Juden vorgenommen werden sollte. Vom Ablauf dieser Tragödie gibt Kolb einen erschütternden Bericht, wir zitieren einen längeren Abschnitt aus seinen Aufzeichnungen[444]).

„Es war von den Reichsstellen die Verschickung von 1 000 Personen aus Nürnberg vorgesehen. Für diesen Transport sollten nur Personen unter 65 Jahren, d. h. Arbeitsfähige, eingeteilt werden. Bei der damaligen Seelenzahl von 1 835 bedeutete dies die restlose Evakuierung dieses Personenkreises. Durch Verhandlungen mit der Gestapo konnte eine Verminderung auf 500 erreicht werden. Die Liste wurde von der Gestapo aufgestellt, von der Gemeindeverwaltung mußten aber in wenigen Tagen alle Vorbereitungen getroffen werden. Von seiten der Reichsvereinigung (der Juden, einer am 4. Juli 1939 durch Verordnung eingerichteten Gesamtorganisation der dt. Juden, d. Verf.) konnte nicht die geringste Unterstützung erwartet werden. Durch Rundschreiben wurden die Gemeindemitglieder verständigt. Die Auswahl erfolgte in der Hauptsache nach Wohnvierteln, die vordringlich von Juden geräumt werden sollten. Um die gleiche Zeit wurde von seiten der Nazipartei eine eigene Evakuierung in die Wege geleitet. Es war beabsichtigt, alle arbeitsfähigen Männer in der chemischen Fabrik Conradty in Röthenbach a. d. Pegnitz, die Frauen in die elektronische Fabrik von Reiniger, Gebbert & Schall, Erlangen, in Zwangsarbeit unterzubringen. Für die Unterkunft sollten Baracken aufgestellt werden. Die Älteren und Arbeitsunfähigen sollten in ein Lager nach Buckenhof bei Erlangen kommen, entsprechende Vorbereitungen mußten bereits getroffen werden.

Es war der Parteileitung natürlich nur um den Raub der Wohnungen und deren Einrichtungen zu tun, denn jeder sollte nur ein kleines Handgepäck mitnehmen dürfen. Die Lazarus und Bertha Schwarz'sche Altersversorgungsanstalt, Johannisstraße 17, als modernst eingerichtetes Altersheim, stand als Raubobjekt im Vordergrund. Die Verwaltung bot alle Mittel auf, um diese Aktion zu verhindern; der Verfasser sprach deshalb beim Reichssicherheitshauptamt in Berlin vor und konnte mit Unterstützung der Gestapo diese Aktion verhindern. Es geschah nicht der Juden wegen, sondern der Konkurrenzkampf zwischen staatlicher Macht und den örtlichen Parteistellen um die jüdischen Vermögen hatte den Juden eine Atempause verschafft. Die Teilevakuierung nahm ihren Fortgang. Nach Ausscheidung von einigen nicht transportfähigen Kranken wurden 512 Personen eingeteilt; jeder bekam einen Evakuierungsbefehl mit der Abholzeit und einen Paket-Anhängezettel mit seiner Nummer; der letztere mußte am obersten Kleidungsstück befestigt werden. Am 25. und 26. November wurden die befohlenen Personen mit Polizeikraftwagen von Gestapobeamten aus der Wohnung abgeholt. Je nach der Dienstauffassung war dieser Akt mehr oder minder entehrend und auch mit körperlichen Mißhandlungen verbunden. Das Verhalten der Bevölkerung war ebenfalls sehr verschieden. Während manche Leute in einem un-

bewachten Augenblick unter Tränen rührenden Abschied nahmen, ergingen sich Passanten auf der Straße in wüsten Beschimpfungen und Beleidigungen. In der Evakuierungsanordnung war eine große Liste mitzunehmender Gegenstände angeführt, auch genaue Vorschriften, was persönlich mitgenommen werden durfte. Angeblich käme der Transport in neu aufgestellte Baracken, die aber noch keinerlei Einrichtungsgegenstände aufwiesen. Es wurden verlangt: mehrere hundert Quadratmeter Fensterglas nach vorgeschriebenen Maßen; eiserne Öfen und Kochkessel, Stacheldraht für die Umzäunung, alles erdenkliche Handwerkszeug und landwirtschaftliche Geräte. Für jede Person war ein Rucksack und ein Koffer bis 50 kg freigegeben, es sollten die Matratzen, Koch- und Reinigungsgeräte sowie die Nähmaschinen mitgenommen werden. Während der letzten 72 Stunden vor der Abholung gab es für die meisten jüdischen Familien keine Nachtruhe. Wer nicht selbst betroffen wurde, half schnell noch Kleidung und Wäsche in Ordnung zu bringen und in der Hauptsache soviel wie möglich in dem erlaubten Gepäck unterzubringen. Welch trügerische Hoffnung, wenn wir hören, wie es den Bedauernswerten später ergangen ist. Die Gestapo erlaubte, daß das große Gepäck vorher mit Möbelwagen von den Wohnungen abgeholt und soweit nicht Koffer und Rucksack gleich in Güterwagen — durch von der Gemeinde gestellten Arbeitsdienst — verladen wurde. Manche schöne Nähmaschine fand hier schon einen Liebhaber bei den Aufsichtsbeamten. Außer den von den Personen selbst mitgenommenen Lebensmitteln wurden die für die nächsten 14 Tage zustehenden Lebensmittel von der Gemeinde beschafft und mitgegeben. Für jede Person mußten 50,— RM über die Gemeinde bei der Gestapo eingezahlt werden. Nach Angabe im Evakuierungsbefehl sollte dieser Betrag an der Empfangsstation in der dortigen Währung an jeden ausgezahlt werden. (Dazu noch 10,— RM für die Spesen). Alles Bargeld, das sich bei der Abholung im Besitze dieser Juden befand, mußte an die Gestapobeamten abgeliefert werden[445]).

Im Reichsparteitagsgelände waren 5 größere Baracken für die Unterbringung bis zur Abfahrt bereitgestellt. Nach Ankunft in diesem Lager wurden alle Personen mit ihrem schon bereitgestellten Gepäck einer gründlichen Untersuchung unterzogen. Diese Aktion wurde ganz verschieden ausgeführt. Die Beamten der Gestapo beschlagnahmten alle als Bannware erklärten Artikel: Alkohol, Seifen, Schmuck und Gegenstände aus Edelmetall, Konserven und alle Schriftstücke; die Behandlung war streng, aber nicht entwürdigend. Anders die Untersuchungen, die von Zivil-SS-Leuten durchgeführt wurden. Alles, was diesen Gangstern irgendwie verwendbar erschien, wurde abgenommen, dabei die Menschen beschimpft und sogar mißhandelt. Zur Leibesvisitation der weiblichen Personen wurden die Reinemachefrauen des Polizeipräsidiums herangezogen, die ihren männlichen Kollegen in entehrender Behandlung und Wegnahme von Gegenständen nicht nachstanden. Viele Personen hatten sich kleine tragbare Handwagen angeschafft, weil in der Evakuierungsaufforderung angegeben war, daß damit gerechnet werden muß, das Gepäck größere Strecken selbst tragen zu müssen. Die für ältere oder kranke Personen sehr praktische Erleichterung wurde niemand gelassen, alle Wagen wurden abgenommen.

Zu den 500 Personen aus Nürnberg kamen noch 500 aus Fürth, Bamberg, Bayreuth und Würzburg. Zwischen den Baracken wurde sofort eine Notküche er-

richtet. Die notwendigen Lebensmittel wurden schnell beschafft und aus den Transportteilnehmern selbst das benötigte Küchenpersonal zusammengestellt. So konnte bereits wenige Stunden nach Eintreffen der ersten Polizeiautos warmes Essen abgegeben werden. Trotz der ungeheuren seelischen Erschütterungen durch den Abschied von allen lieben Angehörigen bewahrten Männer, Frauen und Kinder eine mustergültige Haltung. Kein Jammern, keine Tränen; wurde einer schwach, so halfen die andern ihn aufzurichten. Selbst die gestrenge Gestapo mußte dies anerkennen.

Der Aufenthalt in diesem Sammellager währte drei Tage. Während dieser Zeit wurden ständig Filmaufnahmen von dem Leben im Lager, von Gruppen und Einzelpersonen gemacht. Dabei kam es zu einem aufregenden Zwischenfall, als sich ein Transportteilnehmer weigern wollte, vor den Aufnahmeapparat zu treten. Er wurde von Gestapobeamten in der rohesten Weise mißhandelt, ihm die Zähne eingeschlagen und bis zur Abfahrt in eine finstere, ungeheizte Kammer eingesperrt. Am zweiten Tag, Freitag, gegen Abend kommt eine etwas wehmütige Stimmung auf. Ich erreiche von der Gestapo die Genehmigung zur Abhaltung eines Gottesdienstes auf der Lagerstraße; auch die SS-Posten werden aus dem inneren Lager zurückgezogen. Die Lagerinsassen strömen aus den Baracken herbei, stehen in tiefer Andacht, viele mit kleinen Gebetbüchern versehen, in breiter Kolonne und lauschen den alten Melodien des Freitagabend-Gottesdienstes. Über das Feld tönt, vom Kantor Ludwig Willner vorgetragen und von der Gemeinde leise mitgesungen, unser bekannter ‚Lecho Dodi'. Selbst die am Lagerzaun entlang stehenden Polizeibeamten werden von der weihevollen Stimmung beeindruckt. Ein ernster und ruhiger Abend senkt sich auf das Lager nieder. Am Mittag des 29. November 1941, nach dreitägiger Vorbereitung, wurde der Abtransport betätigt. Der Einladebahnhof lag ungefähr 1 km vom Lager entfernt. Alte und kranke Personen durften auf einem Wagen abtransportiert werden. Die übrigen mußten mit ihrem Handgepäck in Zehnerreihen, bei glücklicherweise gutem Wetter, zum Bahnhof marschieren. Die Straßen entlang standen die SS-Posten mit hohnlachenden Gesichtern, Filmapparate hielten den „Auszug der Juden" für die Nachwelt fest. Für diejenigen, die Zeugen dieses Auszugs waren, bedarf es keiner mechanischen Festhaltung dieser Tragödie.

Unauslöschlich wird allen dieser Zug im Gedächtnis bleiben. Das Gelände war für die Zivilbevölkerung während der Lagerzeit auf mehrere Kilometer im Umkreis abgesperrt. Außer dem Schreiber dieses Berichts hat kaum eine Zivilperson dieses Drama beobachten können . . .

Abgezählt vor jedem Abteil, genau nach Nummern geordnet, stehen sie vor den Wagentüren. Das Einsteigesignal wird gegeben, da wird schon mit den KZ-Methoden angefangen. Es ist keine Einsteigerampe vorhanden, Frauen und Kinder und ältere Personen müssen hinaufgehoben werden, und wer nicht schnell genug in einem Abteil verschwindet, wird mißhandelt."

Der Abtransport aus Nürnberg verlief im wesentlichen nach der Gestapo-„Organisationsanweisung zur Durchführung der Juden-Evakuierung am 29. 11. 1941"[446]). Die Gesamtleitung hatte SS-Brigadeführer Dr. Martin, mit der Durch-

führung war Kriminalrat Dr. Grafenberger betraut, die Referatsleitung der Gesamtorganisation lag in den Händen von Kriminalkommissar Woesch. Aus der Anweisung zitieren wir einige bezeichnende und ergänzende Passagen im Wortlaut:

„Fotografische Aufnahmen sind grundsätzlich zu verhindern, soweit nicht die von der Staatspolizei mit besonderen Kennzeichen und Ausweis eingesetzten Erkennungsdienstbeamten tätig werden. Besuche von Angehörigen der Juden als auch von Neugierigen irgendwelcher Behörden und Dienststellen sind unter allen Umständen zu verhindern . . . Nach der Wiederankleidung (nach der körperlichen Durchsuchung, d. Verf.) wird dem Juden (oder der Jüdin) im Raum IV die Einziehung und Beschlagnahmung seines (ihres) Vermögens durch Zustellungsurkunde (Gerichtsvollzieher) bekanntgegeben und gleichzeitig auf seiner (ihrer) Kennkarte der Stempel ‚Evakuiert' aufgedruckt. Hierauf wird er (sie) der SS-Wache übergeben, die ihn (sie) nunmehr in das endgültige Sammellager verbringt . . ."

Einer der wenigen Überlebenden dieses Transports, Julius Ceslanski, gab über das weitere Schicksal dieser ersten großen Deportiertengruppe aus Nürnberg folgenden Bericht[447]):

„In den Eisenbahnwaggons hatte wohl jeder einen Sitzplatz (10 Personen in ein Abteil), aber für die Dauer der Reise wurde es ungemütlich, wenn man bedenkt, daß wir 3 Tage und 3 Nächte so zusammengepfercht bleiben mußten. Zu Beginn der Reise eilten viele an die Fenster, denn jeder wollte wissen, welche Strecke wir fuhren. Der Zug fuhr am jüdischen Friedhof vorbei und das war für alle, wenn auch keiner es aussprach, ein böses Vorzeichen, das nur allzu traurig in Erfüllung gehen sollte. Von den ca. 600 Nürnberger Juden dieses Transports sind keine 10 Personen am Leben geblieben!

Am 2. Dezember wurde die Bestimmungsstation erreicht: Verschiebebahnhof Skirotava bei Riga. Nun begann ein anderer Wind zu wehen. Im Eiltempo mußten die Waggons verlassen werden. An den Abteiltüren verabreichten die SS-Männer mit Gummiknüppeln wahllos Prügel. Während die Männer die schweren Frachten ausluden, die man zu „Umsiedlungszwecken" mitgenommen hatte, mußten die Frauen die Abteile sauber machen. Besen waren keine da, also mit den Händen, bestenfalls mit schnell zusammengesuchten Kartons. Ein besonderes Vergnügen hatten die deutschen Helden, die Mädels auf das Hinterteil zu schlagen. Alles mußte in größter Hast gemacht werden. Eine ältere Frau fiel auf den dort bereits gefrorenen Boden hin, ein jüdischer Dentist aus Nürnberg wollte ihr zum Aufstehen behilflich sein, wurde aber dafür ins Gesicht geschlagen. Noch nicht im klaren darüber, mit welchen Bestien er es nun zu tun hatte, glaubte er eine Bemerkung machen zu dürfen. Dieser Dentist wurde zur Seite geführt und war niemals wieder zu sehen. Abends gegen 9 Uhr (Hunger, Trauer und Müdigkeit überwältigten einen bereits) mußten wir nach dem 2 km entfernten Lager marschieren, wobei jeder noch eine schwere Last auf den Rücken nehmen mußte. Stolperte jemand, so brachten ihn die Fußtritte und Gewehrkolben schnell wieder hoch. Kurz vor dem Eingang zum Lager brach die Frau eines Hauptlehrers tot zusammen. Herzschlag!

Das Lager hieß Jungfernhof, es war ein früherer Bauernhof. Man fand in den Stallungen selbstgezimmerte Kojen (6 Schlafstellen übereinander) und schlüpfte irgendwo hinein. Es war ja so egal, wie und wo man sich hinlegen konnte, schlafen konnte man doch nicht.

Am nächsten Morgen sah man sich mal um. Vor uns mußte ein Berliner Transport dagewesen sein. Die Menschen hatte man schon weitergeschafft, nur die Koffer mit Berliner Adressen lagen ausgeplündert umher. Auch die von uns mitgebrachten Koffer, die wegen Platzmangels im Freien lagern mußten, wurden jede Nacht von den Wachmannschaften aufgebrochen und ausgeraubt. Aber was lag schon daran! Aus den von uns mitgebrachten Lebensmitteln — soweit sie nicht gestohlen waren — wurde Essen bereitet. Juden waren die Köche und Juden waren die Ofensetzer, Maurer, Schreiner, Schneider, Schuster usw. So wurden die Stallungen im Laufe der Zeit besser hergerichtet, neue Baracken erstellt und die Juden bemühten sich, durch bestmögliche Organisation eine kleine Siedlung zu errichten. Das änderte aber nichts daran, daß frühmorgens beim Aufstehen mancher Tote gefunden wurde, der im Schlaf erfroren war. Nach und nach wurden dann verschiedene Arbeitskommandos für die erforderlichen Arbeitsplätze zusammengestellt und verteilt. Laufend kamen neue Judentransporte aus allen möglichen Richtungen, wie Hamburg, Stuttgart, Rheinland, Wien usw. an. Das Lager zählte bald ca. 5000 Juden. Aber täglich wurden es weniger: Die Sterbefälle (durchschnittlich 20 Tote täglich) bildeten ein schweres Problem; denn der Boden war derart hart gefroren (minus 30—35° C), daß man kaum mit dem Pickel arbeiten konnte. Tag und Nacht arbeiteten wir daran, eine große Grube auszuschaufeln. Es ging nicht. Wir wurden geprügelt, auch das half natürlich nichts. Endlich, als die deutschen Hunde schon selbst einsahen, daß Händearbeit allein menschenunmöglich ist und schon ca. 300 Leichen umherlagen, die durch den gefrorenen Zustand wie eine Wachsfiguren-Ausstellung wirkten, wurde die Erde gesprengt. Dadurch konnten wir endlich den Leichenberg vergraben und für die weiteren Toten die Grube erweitern.

SS kam fast jeden Samstag mit Omnibussen und Lastwagen angefahren, um eine größere Anzahl Menschen abzuholen. Die älteren Leute kamen zuerst und dann ging die Altersgrenze immer weiter herunter. Es war schrecklich mit anzusehen, wie verladen wurde. Bis die Fahrzeuge nacheinander kamen, mußten die Bedauernswerten stundenlang im eisigen Wind stehen, Mäntel und Stiefel mußten sie ausziehen, so daß man bei vielen sehen konnte, wie sich ihre Nasen und Ohren weiß färbten und abfroren. Stiegen sie nicht schnell genug ein, so wurden sie auf die gefrorenen Hände mit Stöcken geschlagen. Die Kranken wurden aus den sogenannten Revieren schlimmer wie geschlachtetes Vieh auf die Wagen geworfen. Dann kam der 26. März 1942.

Etwa 1600 Personen wurden auf einmal zusammengestellt (darunter sämtliche anwesenden Mütter mit ihren Kindern), um nach „Dünamünde" umgesiedelt zu werden. Man hat niemals später von einem Lager in Dünamünde etwas gehört, man hat niemals wieder etwas von all den Menschen gehört, die auf jene Weise abtransportiert wurden und nur zu bald wußte man, daß sie alle in dem nahegelegenen Hochwald erschossen wurden, in dem gleichen Wald, der Ende November 1941 Zeuge der Massenerschießungen von 30 000 lettischen Juden war

(Reitlinger spricht von ‚zumindest 24 000' Opfern, d. Verf.[448]). Es hat den Deutschen nichts geholfen, wenn sie im Frühjahr 1944, als die Russen immer näher kamen, diese Leichen ausgraben und verbrennen ließen, um die Beweise ihrer Grausamkeiten zu vernichten. Die lettische Bevölkerung konnte den Russen bei ihrer Ankunft erzählen, wie die Juden von den Deutschen umgebracht worden waren. Viele Juden kamen nach dem nahegelegenen Vernichtungslager Salaspils. Dort verlangte der Kommandeur der Sipo und des SD für Lettland, ein Dr. Rudolf Lange, daß täglich Juden erhängt werden mußten. Teilweise wurden sie vor dem Erhängen auf den nackten Hinterteil mit schweren Prügeln halb bewußtlos geschlagen. Andere Juden kamen nach dem Ghetto in Riga, die dort ebenfalls schwere Leiden durchzumachen hatten. Aus irgendeinem Vorwand mußten dort einmal die jüdischen Polizisten antreten und auseinanderlaufen, während Maschinengewehrfeuer auf sie eröffnet wurde. Über 30 junge, besonders kräftige Männer fielen den Mörderkugeln zum Opfer. Auch vom Ghetto aus erfolgten laufend Abtransporte zu Massenerschießungen. Nur kurze Beispiele der SS-Grausamkeiten sind hier erwähnt. Es ist unmöglich, in kurzer Zusammenfassung alle Leiden und die unmenschlichen Behandlungen der Juden bis zu ihrer Vernichtung zu schildern."

Die Angaben Ceslanskis decken sich mit den Untersuchungen Reitlingers. Als besonders wesentliche Tatsache seien die Abkommandierung eines nur geringen Teils der Häftlinge zum Arbeitseinsatz, von größeren Teilen in das Vernichtungslager Salaspils, den Hinrichtungsstätten im Hochwald und in das Ghetto von Riga genannt, dessen Bewohner vorher in den Wäldern zu Tausenden ermordet wurden, um Platz für Juden aus dem Reich zu schaffen[449]).

Neben dem Bericht Ceslanskis besitzen wir noch den von Frau Rosa Kaufmann aus Nürnberg, die ebenfalls dem ersten Transport angehörte und am Leben blieb. Er deckt sich mit dem Ceslanskis und schildert darüber hinaus wieder andere Seiten des Lebens in „Jungfernhof", wir wählen einen Abschnitt über die Todestransporte aus[450]):

„Schon im Februar 1942 haben sog. Transporte begonnen. Zuerst kamen die Geistesgestörten fort. Wir hatten keine Ahnung, daß sie getötet werden sollten. Es wurde gesagt, sie kämen nach Riga, es wurde auch gerüchtweise von Krankenhäusern gesprochen. Es gingen dann noch mehrere Transporte fort, meistens handelte es sich um kranke, ältere und schwächliche Leute. Man hat auch bei diesen Transporten zunächst an nichts Böses gedacht.

Am 26. 3. 1942 kam dann ein großer Transport fort. Wie uns der Lageräl teste sagte, waren es 1700 Menschen. An diesem Tag war großer Appell, alle Lagerinsassen mußten antreten . . .

Ich weiß, daß die ganze Familie Leopold an diesem Tag mitabtransportiert wurde. Gesehen habe ich, wie Frau Leopold und ihre Tochter Edith herausgesucht und zu denen hingestellt wurden, die abtransportiert wurden . . . Franz Leopold habe ich aber an diesem Tag unter einer großen Zahl von Kranken im Schnee liegen sehen, bevor sie eingeladen wurden.

Es hatte vor dem Transport geheißen, die Leute kämen in Konservenfabriken nach Dünamünde. Deshalb haben sich die Leute gegen den Abtransport nicht

gewehrt. Sie waren vielleicht ganz froh, weil sie hofften, daß es ihnen in den Konservenfabriken besser gehe, vor allem verpflegungsmäßig.

Neben mir stand damals bei dem großen Appell, bei dem die Leute herausgesucht wurden, ein junges Mädchen mit dem Namen Lore Kleemann aus Würzburg. Als sie hörte, daß ihre Eltern fortkommen, verlangte sie auch mitzugehen. Der SS-Kommandant des Lagers, der neben uns stand, sagte zu Lore Kleemann dem Sinne nach, sie solle lieber dableiben. Daran kann ich mich nicht mehr so genau erinnern. Aber als sie darauf beharrte mitzugehen, sagte er, und daran kann ich mich genau erinnern: ‚Lore, Du wirst noch an den Jungfernhof denken, und zwar noch am heutigen Tag.' Durch diese Äußerung ist mir ein Licht aufgegangen, daß die Leute umgebracht werden. Unsere Unterkunft ist durch diesen Transport vom 26. 3. 1942 sehr leer geworden. Im ganzen Jungfernhof waren damals nur noch ca. 450 Menschen, und fast lauter arbeitsfähige. Etwa 3 bis 4 Wochen nach diesem 26. 3. ist dann bei uns durchgesickert, daß die ganzen abtransportierten Leute noch am gleichen Tag in einem Hochwald bei Riga erschossen worden sind.

Wie die Nachricht in das Lager gekommen ist, weiß ich zwar nicht genau. Aber ich erinnere mich, daß die arbeitsfähigen jüdischen männlichen Häftlinge, die auf den Feldern arbeiten mußten, mit den Bauern zusammengekommen sind und von diesen erfahren haben, daß die am 26. 3. abtransportierten Leute noch am gleichen Tag bei Riga im Hochwald erschossen wurden. Ihre Kleider seien gesammelt worden und nach Deutschland geschickt worden. Sie hätten sich vorher alle nackt ausziehen müssen. Es seien große Gräben gesprengt worden; über diese Gräben seien Stege gebaut worden. Diese hätten die Häftlinge nackt entlang gehen müssen und seien dann von dort in die Gräben geschossen worden. Es war damals im Lager bei uns die größte Aufregung. Es wurde tagelang unter uns von nichts anderem gesprochen.

Ich möchte hier bemerken, daß mit diesem Transport vom 26. 3. auch meine Schwägerin, Frau Frieda Hausmann, mit ihren beiden Kindern, Heinz und Rosi Hausmann, abtransportiert und am gleichen Tag ermordet wurde.

Wenn ich mich jetzt an die schrecklichen Tage erinnere, so erinnere ich mich auch daran, daß unter den SS-Bewachungsmannschaften doch einer oder vielleicht auch zwei waren, die sich etwas menschlicher verhielten. Ich weiß, daß einer von ihnen aus dem Männervernichtungslager Salaspils Nachrichten von dort untergebrachten Männern an die Frauen und Kinder in unserer Unterkunft vermittelt hat. Es kann auch die Nachricht von der Ermordung der 1700 Menschen, die am 26. 3. 1942 nach Riga abtransportiert wurden, möglicherweise durch Bewachungsmannschaften zu uns gekommen sein.

Ich war nach dem schrecklichen 26. 3., an dem auch die ganze Familie Leopold mit den ca. 1700 anderen ermordet wurde, noch bis Juli 1942, also noch 3 bis 4 Monate, in Jungfernhof. Dann kam ich mit 150 anderen Frauen und Männern ins Ghetto von Riga."

Von den 512 Personen des ersten Transports überlebten nur 16, Opfer und Überlebende sind bei Kolb namentlich verzeichnet[451]). Restlos ermordert wurden die Mitglieder der *zweiten großen Deportationsgruppe* aus Nürnberg, die

Mitte März 1942 zusammengestellt wurde. Sie umfaßte alle restlichen Juden unter 65 Jahren mit Ausnahme einiger Gemeindeangestellten, im ganzen waren es 426 Personen[452]).

Gemeindesekretär Kolb, dem man bereits die Auswahl für den ersten Transport überlassen hatte und der durch diese schreckliche Aufgabe in schwerste Konflikte gestürzt wurde, mußte diesmal auch eigene Verwandte mit auf die Liste setzen. Es war natürlich, daß seine Tätigkeit bei manchem Betroffenen böses Blut machen mußte, es gelang ihm aber, daß Familienangehörige beieinanderbleiben konnten (durch Hereinnahme von Angehörigen über 65 Jahren, die ja erst später nach Theresienstadt abtransportiert werden sollten), was bei einer schematischen Auswahl durch die Gestapo nicht möglich gewesen wäre.

Izbica bei Lublin war der Zielort des zweiten Transports, der Ort wurde auch als „Transferstelle" bezeichnet, von dem aus es dann in die Vernichtungslager ging. Nach Izbica kamen auch Transporte aus Düsseldorf, Kassel und Theresienstadt, eine Übersicht über diese Transporte ist aber nur sehr schwer zu gewinnen. Nach den Untersuchungen Reitlingers müssen mit den französischen und slowakischen Deportierten zusammen weit über 50 000 Menschen nach Lublin-Land gebracht worden sein[453]).

Dieser zweite große Judentransport aus Nürnberg verlief im wesentlichen nach den „Richtlinien zur technischen Durchführung der Evakuierung von Juden in das Generalgouvernement (Izbica bei Lublin)" der Gestapo[454]). Auch hier seien einige Anweisungen im Wortlaut zitiert: „Bei Abmeldung der Juden ist in den Melderegistern der Meldeämter nicht der Zielort, sondern lediglich ‚unbekannt verzogen' bzw. ‚ausgewandert' anzuführen . . .

Die evakuierten Juden verlieren mit dem Verlassen der deutschen Reichsgrenze die deutsche Staatsangehörigkeit. Ihr Vermögen verfällt gleichzeitig auf Grund der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz dem Deutschen Reich"[455]).

Da von Nürnberg niemand überlebte, sind keine Zeugnisse über das weitere Schicksal dieser Menschen erhalten, auch Bernhard Kolb konnte nur über die Umstände beim Abtransport und über die erste Zeit in Izbica berichten. Letzteres war möglich, da er Einsicht in einen Brief des Transportführers Hugo Kolb hatte[456]):

„Die Einberufung wurde wie bei der ersten Deportierung durchgeführt. An Gepäck durfte nur je 1 Koffer und 1 Rucksack mitgenommen werden . . . Drei Tage vor dem Abgangstermin wurden die Personen durch Polizeikraftwagen und Gestapobeamte abgeholt und ebenfalls wieder in das Lager Langwasser verbracht. Alle anderen Formalitäten, wie Durchsuchung, Unterkunft und Verpflegung, waren genau wie beim 1. Transport. Kurz vor Abgang des Transports genehmigte die Gestapo einigen Personen, für die Freistellung zu Abwicklungsarbeiten der Gemeindeverwaltung beantragt war, den Rücktritt vom Transport. Doch das dreitägige Zusammenleben im Lager hatte schon eine Schicksalsgemeinschaft geschaffen. Alle 5 Personen lehnten ab, zurückzubleiben. Der Transport, der wieder 1000 Personen — mit Fürth, Würzburg und Bamberg — umfaßte, wurde nach Izbica, Kreis Krasnystaw, Bezirk Lublin, abgefertigt. Nach

wenigen Tagen wurde die Ankunft ohne Zwischenfälle von der Gestapo gemeldet.

Bei diesem Transport waren noch einige Personen versehentlich bzw. wegen Transportunfähigkeit zurückgeblieben; diese 23 Männer und Frauen wurden am 23. April 1942 einem Transport von Würzburgern und Bambergern nach Krasnizyn, Kreis Krasnystaw, Bezirk Lublin, angeschlossen.

Bei den letzten beiden Transporten war es der Gestapo aufgefallen, daß die abzuholenden Personen nur ganz geringe Barbeträge zur Ablieferung brachten. Es wurde vermutet, daß entweder das übrige Geld in den letzten Stunden verschenkt oder durch Beeinflussung von seiten der Gemeindeverwaltung auf andere Weise beiseite geschafft wurde.

Der Verfasser war mit den 23 Personen am 23. 4. nach Bamberg gefahren, um bei der Abfertigung des Transportes behilflich zu sein. Einige Stunden nach der Ankunft wurde er festgenommen, einer rigorosen körperlichen Durchsuchung unterzogen und unter Bewachung nach Nürnberg geschickt, wo er wieder freigelassen wurde. Zwei Tage später erschien vor den Verwaltungsräumen der Israelitischen Kultusgemeinde ein großes Aufgebot der Gestapo, alle Privatpersonen, die sich in den Geschäftsräumen aufhielten oder die noch nach und nach dort eintrafen, wurden festgehalten, die in den Büroräumen beschäftigten Angestellten in einem Zimmer unter Redeverbot und polizeilicher Aufsicht zusammengestellt. Die Vorstandsmitglieder mußten sich mit dem Gesicht zur Wand aufstellen und wurden dann einzeln einem peinlichen Verhör unterzogen. Eine genaue Durchsuchung aller Räume und eine vorgenommene Kassenkontrolle konnte zu keiner Beanstandung Anlaß geben. An diesem Tag war ein Brief aus Izbica von dem Transportführer Hugo Kolb, der dem dortigen Judenrat angehörte, eingetroffen. In einem anschaulichen Bericht werden die Verhältnisse im Ghetto Izbica geschildert. Die Ortschaft sei vollständig verwahrlost; es fehle an allem, nur nicht an Ratten, Mäusen und besonders gut entwickelten Flöhen und Wanzen. Keine Kanalisation, kniehoher Schmutz auf allen Straßen. Vor allem Mangel an allen Lebensmitteln. Die von dem Nürnberger Gestapobeamten an die SS-Lagerleitung übergebenen 50 000,— RM kamen nicht zur Auszahlung, so daß bittterste Not herrschte. Das mitgenommene Gepäck war nicht ausgehändigt worden, so daß auch sofort Mangel an Wäsche und Bekleidungsstücken eintrat. Durch Zwangsarbeitspflicht wurde versucht, die schlimmsten Zustände zu beseitigen. Nichtarbeitenden mußte von der geringen Tagesbrotration von 50 g noch abgezogen werden. Dieser Originalbericht wurde von der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Berlin, angefordert, da dies der erste ausführliche Bericht aus Polen war. Leider ging der Brief dort zu Verlust, eine Abschrift war nicht vorhanden. In den Akten der Gestapo Würzburg wurde vom gleichen Absender folgender Notschrei aufgefunden:

Judenrat Izbica n/W Kreis Krasnystaw, Distr. Lublin
General-Gouvernement. Izbica, 29. März 1942.

an die löbl. Israelitische Kultusgemeinde, Würzburg.

Weitere 2000 Juden, diesmal zum größten Teil aus Würzburg, Kitzingen, Nürnberg, Fürth, Aachen, Düren und Koblenz, sind hier angekommen.

Die deutschen Behörden kommen uns entgegen und werden die Arbeitsfähigen in den Arbeitsprozeß einschalten. Für den Lebensunterhalt der Arbeitsunfähigen — zum größten Teil kranke und überalterte Frauen und Männer — brauchen wir dringend Mittel, weshalb wir an Sie die höfliche und dringende Bitte richten, uns nach Erhalt dieses Schreibens den größtmöglichsten Geldbetrag zukommen zu lassen. Ferner bitten wir Sie, schon jetzt Vorkehrungen zu treffen, damit uns regelmäßig Geldsendungen, evtl. Bekleidung, Wäsche und erlaubte Nahrungsmittel zukommen.

Für die gerechte Verteilung wird der Juden-Älteste Sorge tragen, dem ein Komitee, gebildet aus den neu angekommenen Juden aus dem Reiche und dem Protektorate, zur Seite steht. Wir bitten sehr, unserem Ansuchen sofort Folge zu leisten und danken Ihnen im voraus herzlichst für alles, was Sie für uns tun.

Für den Judenrat:
Dr. A. Lob Pauner

Transportleitung der deutschen Juden:
Dipl.-Kaufmann Ludwig Israel Weinheber
Dr. Nathan Rosenthal
Hugo Israel Kolb.

Der erstgenannte Bericht wurde auf dem Schreibtisch von der Gestapo entdeckt und beschlagnahmt, später allerdings zurückgegeben. Außerdem war bei Erscheinen der Gestapo gerade ein Brief vom Vorsitzenden Fechheimer an seinen Amtsvorgänger Kommerzienrat Rosenzweig in der Schreibmaschine, in dem die allgemeinen Verhältnisse geschildert waren. Die ominösen Worte ‚es ist ein Wettlauf zwischen Macht und Zeit' erregten ebenfalls die Aufmerksamkeit der Polizei und veranlaßten die Festnahme des Briefschreibers. Beim Weggang der Gestapo wurde der Geschäftsführer Kolb mitgenommen, doch nach einem stundenlangen Verhör wieder freigelassen. Auch die Haftentlassung des Vorsitzenden konnte nach 24 Stunden erreicht werden, allerdings nur unter Aufgabe seines Amtes."

Mitte Juli 1942 wurde bekannt, daß die Evakuierung der Nürnberger Juden über 65 Jahre nach Theresienstadt in Kürze vorgenommen würde. In welch gemeiner Weise mit den alten Leuten umgegangen wurde, und wie man sie unter verlogenen Angaben um den Rest ihres Vermögens brachte, ist der Schilderung Kolbs zu entnehmen[457]):

„Bei der Gestapo konnte erreicht werden, daß wegen der Alterszusammensetzung eine vorherige Einlieferung in ein Sammellager nicht angeordnet wurde. Zur Durchführung sollten die beiden Altersheime Knauerstraße und Wielandstraße als Stammlager für die Insassen und das geräumte Altersheim Johannisstraße für den Transporttag als Auffanglager der noch in ihren Wohnungen untergebrachten Juden verwendet werden. Am 28. August 1942 traf Nürnberg ein Bombenangriff, der auch erhebliche Schäden an Wohngebäuden anrichtete. Auf Befehl der Gestapo mußten alle nicht in den Heimen untergebrachten und zur Evakuierung eingeteilten Personen am nächsten Tag innerhalb weniger Stunden ihre Wohnungen verlassen und sich im Altersheim Johannisstraße einfinden. Dort mußte dann sofort eine Notküche im Freien aufgerichtet werden und die Vorbedingungen zur Unterbringung und Verpflegung von etwa 350 Personen auf 10 Tage geschaffen werden. Um den alten Leuten ihre Lage so gut wie mög-

lich zu erleichtern, wurde die Belegung der Zimmer schnell vorher nach der alphabetischen Transportliste festgelegt. Mit den aus den Wohnungen mitgebrachten Matratzen und Bettstücken konnte für jeden eine Lagerstätte geschaffen werden. Die Belegung war sehr eng, bei Tage wurden die Matratzen usw. an einer Stelle im Zimmer aufeinandergelegt, um etwas Raum zum Aufenthalt während des Tages zu gewinnen. Für jedes Zimmer konnten auch einige Stühle beigebracht werden, doch war der Mangel an Tischen sehr unangenehm. Glücklicherweise war gutes Wetter und die Mahlzeiten konnten an den großen Tischen im Garten eingenommen werden. Die Verpflegung konnte durch Beisteuerung der Lebensmittelvorräte aus den Wohnungen zufriedenstellend durchgeführt werden. Es wurden täglich drei warme Mahlzeiten abgegeben. Hilfsbereit halfen die wenigen Nichtbetroffenen beim Packen der Koffer und Rucksäcke wie bei den früheren Transporten. Diesmal durften die Koffer nicht mit Namen beschriftet werden und nicht umsonst gab dies zu großen Befürchtungen Anlaß.

Am 9. September wurden die drei Lager von jedem Verkehr mit der Außenwelt abgesperrt und unter scharfe Kontrolle der Gestapo gestellt. Außer den bereits bestehenden Anordnungen bezüglich Einzahlung von RM 50.— und RM 10.— gab es für die Evakuierung nach Theresienstadt eine besondere Regelung. Angeblich seien in Theresienstadt Alters- und Siechenheime, für die Einkaufsverträge abgeschlossen werden mußten. Es wurde von jeder Person, soweit Vermögen vorhanden, der Betrag von RM 1800.— für jedes Jahr bis zum 75. Lebensjahr, mindestens 5 Jahre, verlangt, auch bei höherem Lebensalter. Von dem übrigbleibenden Vermögen wurden weiter 25 % dazu berechnet. Die Vertragschließenden mußten dann aufgefordert werden, den ganzen Rest ihres Vermögens *freiwillig* dem gleichen Zweck zuzuführen. Nach echter deutscher Gründlichkeit wurde schon von der 1. Evakuierung an jeder erwachsenen Person durch den Gerichtsvollzieher ein Schreiben mit Zustellungsurkunde übergeben des Inhalts, daß sein Vermögen wegen staatsfeindlicher, kommunistischer Betätigung unter Anführung von einer Anzahl Gesetzesparagraphen beschlagnahmt sei. Nachdem durch Unterschrift der Empfang bestätigt war, wurde das ominöse Schriftstück durch den Gestapobeamten wieder abgenommen, so daß außer den Betroffenen und dem bei allen Evakuierungen anwesenden Verfasser niemand ein solches Schriftstück zu Gesicht bekam. Bei Abschluß der Heimeinkaufsverträge für Theresienstadt war es daher ein leichtes, die obengenannte *freiwillige* Aufgabe zu erreichen, nachdem man auf die bevorstehende Beschlagnahme aufmerksam gemacht hatte. Auf diese Weise wurden von ungefähr 265 Personen — von 533 Transportteilnehmern aus Nürnberg — über RM 6 000 000,— an die Reichsvereinigung Sonderkonto Theresienstadt überwiesen[458]).

Bei diesem Transport wurde noch ein privater Fischzug der Gestapo arrangiert. Am Tage vor Abgang wurde von der Gestapo eine besondere Erlaubnis an die Banken hinausgegeben, daß die Transportteilnehmer nochmals ihren monatlichen Freibetrag abheben können. Dies löste bei allen große Freude aus, weil auch angegeben worden war, daß dieser Betrag mitgenommen werden dürfe. Am Transporttag früh erschien ein großes Gestapoaufgebot in allen drei Lagern zur Durchführung der Gepäckkontrolle. Hierbei wurden außer den üblichen Beschlagnahmungen die ganzen Geldbeträge ungezählt abgenommen; wohin das

Geld gekommen ist, ist niemals festgestellt worden. Es dürften RM 75 000.— bis 100 000.— auf diese Weise erbeutet worden sein. Ein Fußmarsch zur Einladestelle Güterbahnhof Finkenstraße konnte vermieden werden. Von der Johannisstraße wurden die Transportteilnehmer mit Straßenbahnkraftwagen, von den zwei anderen Heimen mit Möbelwagen zur Bahn gebracht. Das Einsteigen in die Personenwagen ohne Rampe machte zwar bei den vielen alten und gebrechlichen Leuten ziemlich Schwierigkeiten; für die kranken Personen waren in geschlossenen Güterwagen mit Matratzen entsprechende Lager hergerichtet worden. Vom Ernährungsamt wurden Lebensmittel für weitere 8 Tage zur Verfügung gestellt. Die Vorräte, die sich in den Heimen befanden, und alles, was die Evakuierten zur Verfügung stellen konnten, sowie mehrere hundert Matratzen wurden in 3 Güterwagen gepackt. Der Transport — Transportleiter Adolf Rosenthal — konnte dann am 10. 9. 1942 nachmittags gegen 2 Uhr abgefertigt werden."

Einer der Überlebenden des Theresienstädter Transports, Adolf Krämer, berichtet über die Fahrt und die ersten 9 Monate in diesem Lager[459]):

„Wenn auch, wie alles, was die Gestapo zum Zwecke des Bösen und in ihrer Absicht zu vernichten tat, gut organisiert war, so vollzog sich die Abfahrt der 533 meist alten und teilweise kriegsbeschädigten und körperlich behinderten Menschen auf dem Bahnhof Finkenstraße in Nürnberg unter der Begleitmusik einer johlenden Jugend teilweise unter dramatischen Umständen. Man muß sich vergegenwärtigen, daß ein großer Prozentsatz von Menschen über 75 Jahre einen wesentlichen Bestandteil dieses Transportes ausmachte — eine Frau war 94 Jahre alt —, um sich die Umstände bei der Verladung von solchen Leuten auszumalen, die wußten, wohin die Reise ging.

An einem der nächsten Vorortbahnhöfe wurde der anschlußbereite Transport aus Bamberg angehängt, so daß, nachdem die Reiseteilnehmer aus Fürth bereits am Bahnhof Finkenstraße Nürnberg angeschlossen worden waren, der Gesamttransport Nürnberg-Fürth-Bamberg rund 1000 Personen umfaßte.

Die Reise ging verhältnismäßig glatt vonstatten. Der Zug wurde von einem Kommando Schutzpolizei begleitet, deren Kommandant den jüdischen Transportleiter, Adolf Rosenthal, der bereits nach 6 Wochen Aufenthalt in Theresienstadt einer Lungenentzündung erlag, in scharfen Worten darauf aufmerksam gemacht hat, daß das Öffnen der Türen, ebenso wie das Verlassen des Zuges bei Todesstrafe verboten sei; die Wachmannschaft habe Befehl, bei Übertretung dieser Anordnung ohne Warnung zu schießen.

Tatsächlich patrouillierten auch bei Aufenthalt des Zuges, sowohl auf freier Strecke wie in Bahnhöfen, die Mannschaften mit scharf geladenen und geschulterten Gewehren die Waggons entlang.

Unauslöschlich und unvergeßlich prägte sich der Begriff Theresienstadt schon bei der Ankunft ein. Bereits wenige Kilometer vor dem Bahnhof Bauschowitz — dem Ausladebahnhof, da zu jener Zeit die Verbindungsstrecke Theresienstadt - Bauschowitz noch nicht bestand — sahen wir halbnackte, ausgemergelte Gestalten, nur mit Arbeitshose bekleidet und dem Davidstern geschmückt, wie sie unter der Aufsicht von SS-Mannschaften Gleisarbeiten verrichteten. Daß wir nun daselbst in dem oft debattierten und viel gefürchteten Theresienstadt angekommen

waren, spürten wir schon beim Ausladen. Schreien und Schimpfen des uns erwartenden Lagerkommandanten, Hauptsturmführer Dr. Seidel, der Marsch in das etwa 2½ km entfernte eigentliche Lager — nur wenige gehunfähige, alte und gehbehinderte Leute wurden auf einem Lastkraftwagen dorthin gebracht — bewiesen uns, was uns bevorstand. Trotzdem war die Wirklichkeit der ersten Zeit eine Hölle gegen das, was wir uns ausmalten.

An jenem unvergeßlichen 11. September 1942 — dem jüdischen Neujahrsfest — kamen außer unserem Transport noch 2 weitere Transporte aus Berlin und Wien mit je 1000 Menschen — also 3000 Menschen — an, die registriert und in dem bereits überfüllten Lager untergebracht werden mußten.

Ebenso wie jeder neuankommende Transport bekam auch der unsrige eine sogenannte Registrier-Nummer. Sämtliche Transporte aus Bayern wurden mit II bezeichnet, der unsrige, der der 25. Transport aus Bayern war, erhielt daher die Nr. II/25, der dann noch die für die betreffende Person geltende Personalziffer angehängt war. Diese Zahl war nicht nur in Kleidern und Wäsche, sie war auch zeitlebens in Herzen und Seelen eingegraben.

Nahezu 60 000 Menschen wohnten zu jener Zeit auf einem Areal, auf dem normalerweise nur 5000 lebten. Die Folge blieb nicht aus. Auch die Dezimierung unseres Transportes begann unmittelbar nach Ankunft. Außer einigen Selbstmorden erhöhte sich die Sterbeziffer in steigendem Maße. Nach dem ersten Schrecken über die täglich bekanntgewordenen Todesfälle alter Menschen, die die Entwurzelung und die Umstellung auf unerträgliche Wohnverhältnisse und auf eine völlig unzureichende und ungewöhnlich einseitige Verpflegung nicht ertragen konnten, begannen auch schon die Abtransporte nach Polen, d. h. nach Auschwitz. Bereits am 16. September ging der 1. Osttransport als ein sogenannter Alterstransport ab, dem eine ganze Reihe alter Leute aus dem Transport II/25 angeschlossen waren. In erschreckender Schnelle und in fortschreitendem Maße wurde auf diese Weise der Transport II/25 dezimiert. Mit Bangen und Sorgen sahen wir diese Zahl auf der alltäglich erscheinenden Todesliste. Es war kein Wunder, daß wir gerade in der ersten Zeit der furchtbaren Überbelegung, durch den Mangel an Betten, an Medikamenten, infolge der furchtbarsten Umstellung auf eine völlig unzureichende Verpflegung, bei dem Schmutz und überhandnehmenden Ungeziefer die meisten Verluste auf diesem Schlachtfelde hatten. Da die abgehenden Transporte nach dem Osten die ankommenden überwogen, trat bald eine Abnahme der Bevölkerung ein, die sich für die nächsten Monate auf etwa 40 000 senkte. Die Verhältnisse, obwohl ernährungsmäßig und in hygienischer und sanitärer Beziehung nach wie vor furchtbar, wurden zur Gewohnheit und man gewöhnte sich allmählich an diese."

Die Verhältnisse im Lager Theresienstadt sind vor allem durch H. G. Adler umfassend dargestellt worden, so daß wir hier auf eine weitere Charakterisierung verzichten können. Theresienstadt wurde als „Reichsaltersheim" getarnt und Ausländern als „Musterlager" vorgeführt. Daß von dort für viele der Weg direkt in die Vernichtungslager führte, wurde schon aus dem Bericht Krämers deutlich. Für die vor allem aus dem Protektorat stammenden Theresienstadt-Insassen bedeutete die Überfüllung des Lagers durch die Transporte aus Deutsch-

land eine schwere zusätzliche Belastung: „Der Ansatz zu einer Konsolidierung des Lagers wurde durch die ‚Alterstransporte' vom September und Oktober 1942 erschüttert. Die arbeitsunfähigen Menschen belasteten den Aufbau unerträglich, aber statt die rücksichtslose Zufuhr immer neuer Transporte nach Theresienstadt wenigstens zeitweise zu verzögern, entschied sich die SS zu einer ihr viel lieberen ‚Lösung': Verschickung ‚in ein anderes Versorgungsghetto' — so hieß es offiziell — also zum Massenmord in den Vernichtungslagern"[460]).

Von dem Theresienstädter Haupttransport blieben nur 27 Nürnberger Juden am Leben[461]). Als am 18. Juni 1943 ein weiterer kleinerer Transport in dieses Lager abging, fanden seine Mitglieder bereits nur noch 175 Nürnberger lebend vor[462]). Der zweite Theresienstadt-Transport umfaßte Nürnberger Juden, die auf Befehl der Gestapo nach Fürth hatten übersiedeln müssen, und noch in Nürnberg wohnhafte Juden, dabei auch den Geschäftsführer und Gemeindesekretär Bernhard Kolb, der 14 Mitglieder dieses Transports aufzählt, von denen nur 4 gerettet wurden[463]). Kolb war schon am 10. Juni in Zusammenhang mit der Beschlagnahme des gesamten Gemeindevermögens inhaftiert worden.

Parallel zu dieser Verschickung lief eine solche von 16 Personen direkt nach Auschwitz, von denen niemand lebend davonkam[464]).

Über das Zusammentreffen des zweiten Theresienstädter Transports mit dem Rest des ersten berichtet Kolb noch: „Wir wurden bei unserer Ankunft mit allen möglichen Fragen bestürmt, hauptsächlich beschwerten sich alle Leute, daß in der schärfsten Weise von der Gestapo die ankommende und abgehende Post kontrolliert wurde und jeder Nichtjude, der ein Paket absandte, sich in Gefahr begab, vor die Gestapo zitiert zu werden. — Die Sterblichkeit hatte nach und nach etwas abgenommen, aber die Osttransporte gingen weiter"[465]).

Am 17. Januar 1944 wurden noch einmal 10 Nürnberger Juden nach Theresienstadt verschickt, es handelte sich dabei um jüdische Mischehenpartner, die geschieden oder deren nichtjüdische Ehepartner verstorben waren, von ihnen kamen 5 mit dem Leben davon[466]). Zum Verhalten der Nürnberger Juden in den Deportationsjahren bemerkt Kolb noch, daß im Gegensatz zu anderen Orten, wo direkt von Selbstmordepidemien gesprochen werden konnte, unter den Nürnberger Juden sich nur einer das Leben nahm[467]).

Nach einer Mitteilung Paul Baruchs, heute Vorstand der Israelitischen Kultusgemeinde Nürnberg, der als Mischehepartner nicht deportiert wurde, haben nur zwei Juden in Nürnberg-Fürth in den Jahren der Deportation versucht, durch Untertauchen sich dem Abtransport zu entziehen. Der eine, Dr. Daniel, zuletzt leitender Arzt des jüdischen Krankenhauses in Fürth, wurde jedoch entdeckt und nahm sich darauf im Fürther Polizeigefängnis das Leben. Nur eine Krankenschwester, die sich bei einer befreundeten Familie auswärts versteckt aufhielt, konnte sich retten.

Die ca. 40 in Mischehen lebenden Juden Nürnbergs konnten in der Stadt bleiben, über die näheren Umstände berichtet Paul Baruch: „Im Februar 1945 ging die Kunde durchs Land, daß nunmehr alle jüdischen Partner aus einer Mischehe in das KZ-Lager Theresienstadt verbracht werden müssen, dem geschah auch so. Es war dies eine Anordnung des Reichssicherheitshauptamtes. In Nürnberg jedoch

als einziger Stadt (?) unterblieb diese Aktion. Nach dem Zusammenbruch erfuhren wir den Grund . . . Herr Macht (der Leiter des Judenreferates bei der Nürnberger Gestapo, d. Verf.) entnahm im Gestapobüro die Anschriftenliste der noch in Nürnberg lebenden Juden und verbarg sie. Der damalige Leiter der Gestapo namens Pulmer, ein Judenfresser erster Ordnung, machte Herrn Macht dafür verantwortlich und wollte ihn zur Rechenschaft ziehen. Nur durch seine Flucht in den letzten Tagen vor der Besetzung durch US-Truppen konnte Macht selbst sein Leben retten"[468]). Adler schreibt den Kirchen das Verdienst für die Rettung vieler Mischehenpartner zu[469]). Auch Reitlinger bemerkt, daß nur ein Teil der Mischehenpartner nach Theresienstadt deportiert wurde[470]). Nach Kolb wurden die Nürnberger Mischehenpartner deshalb vor der Verschickung bewahrt, weil die schweren Bombenangriffe im Januar und Februar 1945 und die dadurch angerichteten Zerstörungen der Gestapo die Auffindung ihrer Opfer unmöglich machten[471]), da er aber zu dieser Zeit nicht in Nürnberg weilte, mögen ihm die näheren Umstände nicht bekannt geworden sein.

Der vom nazistischen Judenhaß nicht angesteckte Teil der Nürnberger Bevölkerung, soweit er die Deportation der Juden wahrnehmen konnte oder von ihr erfuhr, war über die Behandlung der jüdischen Mitbürger empört, wenn dies auch nach außen nicht gezeigt werden konnte. Für die Juden offen Stellung zu nehmen, war äußerst gefährlich; daß ihnen im privaten Bereich manche Hilfeleistung gewährt wurde, ist sicher. Was die Kenntnis der Judenvernichtung angeht, so glauben wir H. G. Adler beipflichten zu können: „Wurden von den Anstiftern und Exekutoren der ‚Endlösung' die nichtdeutsche Umwelt und auch die Juden selbst derart durch eine möglichst weitgehende Geheimhaltung der Maßnahmen getäuscht, so muß man auch zubilligen, daß die psychologischen Gründe für die Unkenntnis und schon die Neigung und der Wille zu ihr unter der deutschen Bevölkerung noch stärker wirkten. Man hatte sich an das Fortissimo der unermüdlichen judenfeindlichen Hetze gewöhnt, war von ihr abgestumpft, empfand sie als peinlich und wandte sich von allem ab, was mit ihr zusammenhing. Man wandte sich damit auch oft von den Juden selber ab und wollte nicht wissen, was mit ihnen geschah, man fragte lieber nicht nach den Zielen der Deportation und deren Folgen — es konnte einen in Konflikt mit der Gestapo, vor Gericht und ins Konzentrationslager bringen"[472]).

Über das Schicksal der noch überlebenden Nürnberger Deportierten im letzten Jahr des Krieges bis zur Befreiung besitzen wir wieder einige Berichte. Frau Rosa Kaufmann, die beim ersten Transport (Zielort Riga) dabei war, erinnert sich: „Etwa im Mai 1944 kam ich nach Grottingen in Litauen, ein Lager, in dem ich wieder für die Wehrmacht arbeiten mußte, von dort nach Stutthof bei Danzig, wo es entsetzlich war, von Stutthof bei näherrückender Front etwa im Februar 1945 in einem Elendsmarsch von etwa 2 bis 3 Wochen nach Strellenthin in Pommern[473]). Dort wurden wir nochmals fortgetrieben, und zwar nach einem Ort Schienow in Pommern, wo dann die Russen kamen und wir befreit wurden"[474]). Julius Ceslanski, ebenfalls zum ersten Transport gehörig, berichtete: „Im Frühjahr 1944 schleppte man die Übriggebliebenen wieder ‚heim ins Reich', nicht ohne vorher noch viele Menschen durch Erschießen und Vergasen liquidiert zu haben.

Unsägliche Leiden mußten in den verschiedenen Lagern bestanden werden. Man wurde immer nur kurze Zeit untergebracht und wieder weiterverschleppt. In Buchenwald und im nahegelegenen SS-Arbeitslager gingen daher auch viele Juden an Hunger und Entkräftung zu Grunde. Man brauchte die Menschen nicht mehr zu erschießen. Die schlechte Häftlingskleidung im Winter, die kahlgeschorenen Schädel in der Kälte, das miserable Steckrübenwasser als dauerndes Mittagessen, die schwere körperliche, mit Prügel verbundene Arbeit u. a. m. trugen dazu bei, daß die Gefangenen weder Kraft noch Mut zum Weiterleben hatten. Der Tod hielt eine grausige reiche Ernte unter den inzwischen aus allen möglichen europäischen Ländern zusammengewürfelten Juden. Im April 1945 brachte man 2500 Häftlinge aus einem Arbeitslager in Marsch, um sie nicht in die Hände der anrückenden Amerikaner gelangen zu lassen. Zum Essen gab es fast gar nichts mehr und auf dem über 100 km langen Fußmarsch brachen viele auf der Landstraße zusammen. Sie wurden rücksichtslos von dem begleitenden SS-Transportmann abgeknallt und liegengelassen. Von diesen 2500 Häftlingen kamen am 20. April 1945 nur noch ca. 800 Menschen in Theresienstadt an. Von diesen starben aber auch noch viele an den ausgestandenen Strapazen, obwohl sie in Theresienstadt sofort in ärztliche Behandlung kamen"[475]).

Bernhard Kolb berichtet über das Ende in Theresienstadt und die Rückkehr nach Nürnberg[476]): „Kurz vor der Befreiung durch die russische Armee am 9. Mai 1945 war wiederum die Vernichtung des ganzen Lagers vorgesehen. In einer der Kasematten waren bereits alle Ausgänge für eine Vergasung luftabgedichtet. Während der ganzen Zeit hat eine Seuchengefahr nicht bestanden. Erst im April 1945 kamen aus den anderen aufgelösten Konzentrationslagern etwa 15 000 halbverhungerte Menschen, unter denen sich 6000 Fleckfieberkranke befanden. Es bedurfte der größten Anstrengung der russischen Armee und der Lagerinsassen, die Gefahr der Verseuchung des ganzen Lagers hintanzusetzen. Den Neuangekommenen wurden die doppelten Verpflegungsrationen zugeteilt, was aber nur dadurch möglich war, daß alle Arbeitenden auf die Sonderprämien verzichteten. Er gelang auch die Typhusgefahr nach wenigen Wochen vollständig zu bannen.

In Theresienstadt befanden sich zu dieser Zeit noch 37 Nürnberger, von denen 29 nach Nürnberg zurückzukehren wünschten. 8 entschieden sich für ein Durchgangslager und 7 waren am 5. Februar 1945 mit dem Austauschtransport von Theresienstadt nach der Schweiz gefahren.

Der Abtransport in Theresienstadt war in den ersten Wochen nur für Personen innerhalb der Tschechoslowakei möglich. Dann versuchten Reichsdeutsche mit Lastwagen die deutsche Grenze zu erreichen und kamen unter vielen Mühsalen und meist unter Verlust ihres Gepäcks oft erst nach wochenlanger Reise an ihr Ziel. Anfang Juni kamen die ersten Omnibusse aus deutschen Städten. Die Nürnberger schickten zwei Kuriere — Julius Ceslanski und Herbert Kolb — mit Fahrrädern auf den Weg, um die Rückreise der meist alten Leute von Nürnberg aus in die Wege zu leiten. Die beiden Kundschafter hatten auch mit Schwierigkeiten zu kämpfen, denn das Überschreiten der verschiedenen Besatzungszonen war nicht ohne Gefahr. In ungefähr 8 Tagen erreichten sie Nürnberg. Hier gab es aber keinen einzigen fahrbaren Kraftwagen. Im Verein mit den noch in Nürn-

berg lebenden Glaubensgenossen konnte erreicht werden, daß die amerikanische Militärregierung am 1. Juli drei große Lastwagen zur Fahrt nach Theresienstadt bereitstellte. Die Wagen trafen am gleichen Tag spät abends dort ein; alle Bitten, die Abfahrtszeit auf den übernächsten Tag zu verlegen, waren vergebens, der amerikanische Offizier hatte Order, am 2. Juli wieder in Nürnberg einzutreffen.

Noch in der Nacht mußten die Beteiligten ihr Gepäck fertigmachen, und es war kein Wunder, daß 7 Personen bis zur Abfahrt um 12 Uhr nicht reisebereit waren. In einer Non-stop-Fahrt kamen die 22 Personen abends ½ 10 Uhr in Nürnberg an. Die 7 Personen wurden einige Tage später mit einem Kraftwagen des Roten Kreuzes abgeholt.

Der Ausrottungsbefehl des größten Massenmörders aller Zeiten ist für die Nürnberger Juden schauerliche Wirklichkeit geworden: Von den 1631 Männer, Frauen und Kindern haben nur 72 Personen die Zerschmetterung des Naziterrors und die Befreiung durch die alliierten Truppen erleben dürfen.

Die Zahlen der 1631 Deportierten (darunter 200 Kinder, von denen nur zwei mit ihrer Mutter zurückgekehrt sind) und 72 Geretteten setzen sich folgendermaßen zusammen:

Transport vom	nach	Transp.-Teiln.	Gerettete
29. 11. 1941	Riga	512	17
25. 3. 1942	Izbica, Kreis Lublin	426	0
23. 4. 1942	Krasnicyn, Kreis Lublin	23	0
10. 9. 1942	Theresienstadt	533	26
18. 6. 1943	Theresienstadt	14	4
18. 6. 1943	Auschwitz	16	0
17. 1. 1944	Theresienstadt	10	5
Personen, die inhaftiert und dann in andere Konzentrationslager (Dachau, Buchenwald etc.) verbracht wurden:		67	10
Personen, die an einen anderen Ort innerhalb Deutschlands verzogen und von dort deportiert wurden und solche, die nach Holland ausgewandert und von dort verschickt wurden:		30	10
	zusammen:	1631	72[477])

Die Kultusgemeinde und das Nürnberger Einwohnermelde- und Paßamt errechneten eine *Gesamtzahl* von 1626 jüdischen Opfern des Nationalsozialismus in Nürnberg[478]).

Nachwort

Nürnberg war als Stadt Streichers und der Reichsparteitage in solchen Verruf geraten, daß sich nur wenige Juden zu einer Rückkehr in ihre weitgehend zerstörte Heimatstadt entschließen konnten und auch nur wenige sich hier neu niederließen. Im Verhältnis zu den anderen wiedergegründeten jüdischen Gemeinden in den deutschen Großstädten und der früheren Kopfzahl der jüdischen Bevölkerung in Nürnberg müßte die Kultusgemeinde hier mindestens 600 Mitglieder zählen, 1966 gehörten ihr aber nur 230 an.

Zunächst wurde der Wiederaufbau von jüdischen Gemeinden in Deutschland überhaupt in Frage gestellt. Auf dem jüdischen Weltkongreß 1948 in Montreux wurde festgestellt, daß eine neue Gemeinschaft auf dem blutgetränkten Boden nicht mehr denkbar sei[479]). Trotzdem erforderten die Verhältnisse eine neue jüdische Organisation in Deutschland; in Altersheimen lebten bejahrte jüdische Menschen, die aus den KZ-Lagern zurückgekehrt waren, die alle Angehörigen verloren hatten und für die deshalb eine Auswanderung unmöglich war. Eine gewisse Bevölkerungsbewegung war auch durch die materielle Wiedergutmachung begründet, die Juden in Deutschland einige Vorteile bot[480]). Andererseits luden Bundesbehörden und Politiker jüdische Emigranten zur Rückkehr ein, wie überhaupt neben der durch direktes oder indirektes Mitverschulden oder durch die Erschütterung über das Geschehene bedingten Zurückhaltung teilweise eine besondere Aufgeschlossenheit gegenüber den Juden, eine gewisse „überkompensierte Sympathie" (van Dam, Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland) bestand. All dies änderte aber nichts daran, daß der Großteil der deutschen Juden alte Menschen waren, zeitweise hatten sie ein Durchschnittsalter von 57 Jahren, das jedoch bis 1965 auf 47 Jahre sank. Auch hier zeigt sich wieder die Ausnahmestellung der Nürnberger Gemeinde, bei der 1966 noch 50 % der Mitglieder über 60 Jahre alt waren, ihr gehörten nur ca. 30 Kinder und Jugendliche im Alter von 3 bis 19 Jahren an[481]).

60 % der jüdischen Bürger sind schon vor 1939 in Nürnberg ansässig gewesen oder Kinder von Ansässigen, die übrigen 40 % sind überwiegend deutsche Juden, nur wenige stammen aus den Ostländern. Zu beachten ist, daß zu den 230 Mitgliedern der Kultusgemeinde auch einige wenige Juden der weiteren Umgebung gehören, an deren Wohnort sich keine jüdische Gemeinde befindet, und die nach ihrem Ableben in Nürnberg bestattet werden. Sie wohnen u. a. in Erlangen, Ansbach, Weißenburg, Wassertrüdingen und Pegnitz.

Den *Vorsitz* der Gemeinde führten seit 1945 folgende Herren: Dr. Nürnberger (bis 1952), Adolf Hamburger (bis 1966), seitdem Paul Baruch. Da in der kleinen Gemeinde kein Rabbiner tätig ist, hält Paul Baruch, wie vor ihm andere Laien, die Ansprachen bei den Gottesdiensten und Beerdigungen. Seit 1956 hat die Kultusgemeinde wieder einen hauptamtlichen Religionslehrer und Vorbeter, bis 1959 übte das Amt Wolf Blau aus, bis 1965 David Warczawski, seitdem ist Hermann Herz als Kantor und Lehrer tätig.

Als *Betsaal* diente zunächst der frühere Speisesaal des ehemaligen Schwesternheims Wielandstraße 6, der 1955 erweitert wurde. Seit 1966 steht an den hohen Herbstfeiertagen ein größerer Saal in dem gleichen Anwesen zur Verfügung, der 120 Personen Platz bietet. Seit 10 Jahren besitzt die Gemeinde wieder eine Laubhütte, die im Hof des Anwesens aufgestellt wird und 40 Personen aufnehmen kann.

Im Jahre 1954 reifte der Gedanke eines neuen *Synagogenbaus*, Architekt Goldschmied, Köln, wurde mit der Ausarbeitung von Plänen beauftragt. Wegen der hohen Kosten (Voranschlag 200 000 DM) und dem Fehlen einer zwingenden Notwendigkeit wegen der geringen Mitgliederzahl wurde der Plan aufgegeben. Die Gemeinde hat sich damit an die Empfehlungen der jüdischen Zentralinstanzen gehalten, die Zurückhaltung auf diesem Gebiet nahelegen. „Der Bau von Synagogen stellt noch keine Gewähr für ein geistiges oder religiöses Leben dar" (van Dam)[482]. Die IRSO (Jewish Restitution Successor Organisation), der Zentralrat der Juden und der Landesverband der Israelitischen Kultusgemeinden in Bayern trafen mit dem bayerischen Staat ein Entschädigungsabkommen über die in Bayern zerstörten Synagogen. Die Zinsen der hohen Entschädigungssumme, welche die Nürnberger Gemeinde für die beiden 1938 zerstörten Synagogen erhielt, decken einen Teil des Etats der hiesigen jüdischen Religionsgemeinschaft. Das Gemeindegebäude Wielandstraße 6 dient in 3 Stockwerken mit 18 Zimmern als Altersheim, im Parterre sind die Räume der Kultusgemeinde untergebracht.

In Nürnberg bestehen weiterhin zwei jüdische *Friedhöfe*. Der alte in der Bärenschanzstraße mit ca. 3 000 Gräbern erlitt durch Bombenwurf im Kriege großen Schaden. Das Friedhofsgebäude und ca. 1 000 Gräber wurden zerstört oder beschädigt. Der neue israelitische Friedhof an der Schnieglinger Straße (ebenfalls mit 3 000 Gräbern) hatte auch Bombenschaden, etwa 500 Grabsteine wurden umgeworfen. Die Stadt Nürnberg und das Bayerische Landesentschädigungsamt haben für die Wiederherstellung beider Friedhöfe Sorge getragen. Im Jahre 1949 ist eine Gedenktafel für die 1 626 jüdischen Opfer des Nationalsozialismus in Nürnberg in das Kriegerdenkmal auf dem jüdischen Friedhof an der Schnieglinger Straße eingesetzt worden, eine Rolle mit den Namen der Ermordeten wurde dort eingemauert. Die materiellen Wiedergutmachungsversuche gegenüber den Nürnberger Juden liegen im Rahmen der allgemeinen Wiedergutmachungsgesetzgebung. Die Stadt Nürnberg hat Zuschüsse für den Bau des Betsaales und für die Instandsetzung des Altersheimes in der Wielandstraße geleistet und für den Staat Israel eine Entwicklungsanleihe gegeben.

Die Stadt Nürnberg, die seit 1945 von einem in der Mehrheit sozialdemokratischen Stadtrat verwaltet wird, hat sich bemüht, den durch die Ereignisse der Nazizeit schwer geschädigten, doch ehemals so guten Ruf der Stadt wiederherzustellen und für die Beziehungen zwischen Deutschen und Juden eine neue Basis zu schaffen. Noch nicht erstorbene Vorurteile mußten abgebaut und vor allem der Jugend, die nach sachlicher Information ohne Propaganda verlangt, ein echtes Verständnis für Juden und Judentum vermittelt werden. Die Stadt-

verwaltung ermöglichte es, daß die Dokumentationsausstellung über das Vernichtungslager Auschwitz, die dann auch andernorts gezeigt wurde, 1965 im Großen Rathaussaal besichtigt werden konnte. Diese Ausstellung fand bei der Bevölkerung ein ebenso großes Interesse wie die gleichzeitig gezeigte Ausstellung „Schicksal jüdischer Mitbürger in Nürnberg 1850—1945" im Luitpoldhaus, die vom Stadtarchiv und der Volksbücherei zusammengestellt wurde. Mit der Eindringlichkeit des Anschaulichen brachten die beiden Ausstellungen der Bevölkerung das Ausmaß der NS-Verbrechen an den Juden erneut ins Bewußtsein. In der Auschwitz-Ausstellung waren u. a. Büchsen mit Zyklon-B (Vergasungschemikalie), Häftlingskleidung und Schuhe ermordeter Kinder zu sehen und lebensgroße Bilder von KZ-Häftlingen, aus deren verstörten und ausgemergelten Gesichtern der ganze Schrecken der Lagerhaft sprach. In der Ausstellung über das Schicksal jüdischer Mitbürger waren u. a. Seiten aus verschiedenen „Stürmer"-Jahrgängen, Totenscheine von „Kristallnacht"-Opfern, Benachrichtigungsscheine über im KZ „Verstorbene", ein „Judenstern" und die Namensrolle der von den Nationalsozialisten ermordeten Nürnberger Juden zu sehen.

Der kommentierte, bebilderte Katalog dieser Ausstellung enthielt auch einen Dokumentationsteil, in dem Originalquellen abgedruckt waren. Vor allem auf Grund einer Besprechung dieses Bandes in der in New York erscheinenden, deutschsprachigen jüdischen Zeitung „Aufbau" wurden die emigrierten Nürnberger Juden in aller Welt auf die Veröffentlichung aufmerksam und erhielten, soweit sie sich dafür interessierten, vom Stadtarchiv den Band als Erinnerungsgabe zugeschickt. Es entspann sich ein ausgedehnter Schriftwechsel mit vielen Emigranten, die sich über den Katalog sehr positiv äußerten und weiteres wertvolles Material beitrugen, das im vorliegenden Buch verwendet wurde.

Die beiden genannten Ausstellungen standen im Zusammenhang mit dem ersten „Nürnberger Gespräch", einem wissenschaftlichen Kongreß über das Thema „Haltungen und Fehlhaltungen in Deutschland". In unserem Zusammenhang sind besonders folgende Veranstaltungen erwähnenswert: Forum I: „Was hat Auschwitz mit dem deutschen Menschen zu tun?" Gesprächsteilnehmer u. a. Generalstaatsanwalt Dr. Fritz Bauer, Frankfurt/Main. Forum II: „Deutschland — wiederbesucht". Gesprächsteilnehmer u. a. Schalom Ben Chorin, Jerusalem. Seminar IIa: „Antisemitismus als Erscheinungsform des Rassenhasses und das Problem des Fremden in der Gesellschaft". Gesprächsteilnehmer u. a. Dr. Hans Lamm, München, und Schalom Ben Chorin. In freier Diskussion mit prominenten Sachverständigen wurden hier wesentliche Fragen des deutsch-jüdischen Verhältnisses erörtert.

Um das Verständnis jüdischen Schicksals bemühten sich auch die *Städt. Bühnen* Nürnberg, die folgende, von der Nürnberger Bevölkerung mit großem Interesse aufgenommenen Stücke zur Aufführung brachten:

Autor:	Titel des Theaterstückes:	Premiere:
Francis Goodrich/ Albert Hackett	Das Tagebuch der Anne Frank	8. 11. 1956
Erwin Sylvanus	Korczak und die Kinder	20. 3. 1960
Siegfried Lenz	Zeit der Schuldlosen	16. 6. 1962

Autor:	Titel des Theaterstückes:	Premiere:
Max Frisch	Andorra	21. 1. 1962
Franz Werfel	Jacobowsky und der Oberst	20. 4. 1963
Ephraim Kishon	Der Trauschein	25. 1. 1964
Gotthold Ephr. Lessing	Nathan der Weise	1. 3. 1964
Arthur Miller	Zwischenfall in Vichy	30. 10. 1965
Dordje Lebocic	Halleluja	4. 6. 1966
Peter Weiß	Die Ermitttlung (Lesung)	5. 6. 1966

Zwei ehemalige Nürnberger Juden wurden mit dem Kulturpreis der Stadt ausgezeichnet, 1954 der Schriftsteller Hermann Kesten und 1964 der Komponist Franz Reizenstein. Einige Straßen wurden nach Nürnberger Juden benannt, die Gerngrossstraße nach dem großzügigen Stifter Ludwig von Gerngross[483]), die Flataustraße nach dem Frauenarzt und 1. Vorsitzenden des Philharmonischen Vereins, die Bingstraße nach dem Großindustriellen Ignaz Bing, und der Frankenburgerweg nach dem ebenfalls schon erwähnten Arzt Dr. Alexander Frankenburger, dem Mitbegründer des Vereins zur Bekämpfung der Tuberkulose und Gründer und Leiter der Beobachtungsstelle für Lungenkranke. Nach ihm wurde 1966 auch die Nürnberger Untersuchungs- und Beobachtungsstelle der Landesversicherungsanstalt für Ober- und Mittelfranken an der Schäferstraße benannt, die zu diesem Anlaß eine Broschüre herausgab „In memoriam Dr. Alexander Frankenburger". In einer Feierstunde am 28. Oktober 1966 wurden Leben und Werk dieses verdienten Arztes und Menschenfreundes gewürdigt. Über die Namensgebung des Realgymnasiums nach Nobelpreisträger Willstätter haben wir berichtet, ebenso über den Besuch von Oberbürgermeister Dr. Urschlechter in Israel im Jahre 1964, bei dem er auch ehemalige Nürnberger Juden, die dort ihre neue Heimat gefunden haben, besuchte. Im folgenden Jahr kam eine israelitische Studentengruppe, die vom Christlichen Verein junger Männer und den Jungsozialisten betreut wurde, nach Nürnberg; sie wurde im Rathaus empfangen. Seitdem sind des öfteren israelische Gruppen in Nürnberg zu Gast gewesen. 1966 befand sich der Schul- und Kulturreferent der Stadt zu einer Studienreise in Israel.

Am 28. November 1950 fand in der Hochschule für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Nürnberg die Gründungsversammlung der „Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit" statt. Die Gesellschaft tritt vor allem in der alljährlichen „Woche der Brüderlichkeit" an die Öffentlichkeit. Die Schlußveranstaltung der Woche im Jahre 1951 fand am 25. Februar im Lessingtheater statt, wo am Vorabend „Nathan der Weise" aufgeführt worden war. Im Mittelpunkt stand eine Rede von Professor Dr. Thieme, Lörrach, über das Thema „Brüderlichkeit über Glaubensgrenzen hinweg", anschließend sprachen Vertreter der drei Konfessionen und des öffentlichen Lebens. Außer der Gesellschaft, den Kirchen und der Kultusgemeinde setzten sich auch das Amerika-Haus, der Kreisjugendring, der Deutsche Gewerkschaftsbund und verschiedene Frauenverbände für die „Woche der Brüderlichkeit" ein. Als Redner seien unter vielen anderen genannt: Oberbürgermeister Dr. Urschlechter (1961), Propst Grüber, Berlin, und Studienrätin Ruth Goldmann, München (1964), Kulturreferent Dr. Glaser, Nürnberg,

Professor Fleischmann, Eichstätt, und Dr. Fabian, Köln (1966). 1965 bestand der Höhepunkt in der Aufführung des Elias-Oratoriums von Felix Mendelssohn-Bartholdy in der Meistersingerhalle. Ein Vortrag von Kantor Hermann Herz über das Thema „Der jüdische Gottesdienst" mit einem Konzert synagogaler Liturgie (1966) war ein besonderer Publikumserfolg. Schon im Jahre 1960 hatte Paul Baruch angeregt, die Bevölkerung zum Besuch der jüdischen Freitagabendgottesdienste im Rahmen der „Woche der Brüderlichkeit" einzuladen.

Trotz der Resonanz, welche all die genannten Veranstaltungen bei der Bevölkerung fanden, ist natürlich damit noch wenig über die Einstellung zu Juden und Judentum jenseits des Offiziellen ausgesagt. Die Zahl der Juden hier ist im Verhältnis zur Größe der Stadt minimal, ein enger Kontakt nur selten möglich; die Juden sind meist ältere Leute, die zurückgezogen leben. „In Abwesenheit des jüdischen Mitbürgers, Gesprächspartners und Nachbarn ist die Wiederherstellung des gerechten Bildes vom jüdischen Menschen nur schwer erreichbar"[484]). Wie in anderen Städten hat es auch in Nürnberg Anzeichen eines neuen — oder noch des alten — Antisemitismus gegeben; ich glaube jedoch, daß sie nicht überbewertet werden dürfen, wenn sie auch bedenklich stimmen. Aufsehen erregten im Jahre 1952 Beschädigungen auf dem alten israelitischen Friedhof an der Bärenschanzstraße, in dem eine größere Anzahl von Grabsteinen umgeworfen wurden. Die Untersuchungen ergaben jedoch, daß die Täter strafunmündige Schüler waren, die ohne antisemitisches Motiv Unfug getrieben hatten. Eindeutig antisemitische Gruppen Jugendlicher und Erwachsener betätigten sich jedoch in einer Vorlesung der Volkshochschule mit dem Thema „Die unbewältigte Vergangenheit — Wurzel und Wesen des Nationalsozialismus", die im Lehrjahr 1959/60 gehalten wurde[485]). Dies blieb jedoch ebenfalls ein Einzelfall, der keinen Anlaß zur Verallgemeinerung bieten dürfte. Daß es noch Ressentiments bei Unverbesserlichen gibt und daß diese an manche Jugendlichen weitergegeben werden, darf als sicher gelten, aber auch von den Vertretern der hiesigen Kultusgemeinde werden sie für relativ ungefährlich gehalten. Zu dieser Frage noch eine Feststellung van Dams: „Das antisemitische Potential besteht noch im deutschen Volke, aber es stellt keinen politischen Faktor von Bedeutung dar, so lange nicht eine völlige Änderung der Verhältnisse eintritt"[486]). Einer echten Belastungsprobe war die deutsche Demokratie nach 1945 noch nicht ausgesetzt; wie weit die hoffnungsvollen Anzeichen einer neuen, tiefgreifend veränderten Einstellung zum Judentum zuverlässig sind, wird sich erst unter einer solchen Belastungsprobe erweisen. Wegen der Kleinheit der jüdischen Gemeinschaft in Nürnberg, die kaum wesentlich größer zu werden verspricht, wird es zu einer echten Symbiose, wie sie vor 1914 bestanden hat, wohl nicht mehr kommen.

Als eine neue rechtsradikale Partei, die als Auffangbecken der verschiedensten Ressentiments größeren Zulauf erhielt, im Mai 1967 in der Nürnberger Messehalle einen Bundesparteitag abhalten wollte (der dann nicht stattfand), formulierten die Nürnberger Stadtratsfraktionen der SPD, der CSU und der FDP einen g e m e i n s a m e n Beschlußantrag, den der Oberbürgermeister auf einer Protestversammlung am 10. Mai 1967 der Öffentlichkeit bekannt machte. Darin wurde u. a. ausgeführt: „Wir rufen allen Mitbürgern zu: Wehret den Anfängen! Radikalismus und Fanatismus haben im politischen Leben unseres Volkes ein

unüberbietbares Maß an Leid, Not, Verfolgung und Elend heraufbeschworen. Alle Bürger, denen persönliche und politische Freiheit, Wohlfahrt, Toleranz und Frieden erstrebenswerte Güter sind, müssen solidarisch zusammenstehen, um nicht erneut das Opfer verblendeter Nationalisten, intoleranter Rassisten oder bedenkenloser Verführer zu werden.

Die im Nürnberger Stadtrat vertretenen Fraktionen appellieren aber auch an die deutsche und internationale Öffentlichkeit, davon Kenntnis nehmen zu wollen, daß die Nürnberger Bevölkerung mit dem Wiederaufleben eines gefährlichen und den deutschen Interessen zuwiderlaufenden Nationalismus und politischen Fanatismus nichts gemein hat. Aus diesem Grunde wehren sie sich gegen alle Bestrebungen, die darauf zielen, Nürnberg erneut zum Schauplatz von politischen Kongressen und Parteitagen zu machen, die nach Absicht, Form und Durchführung an die unheilvollen Reichsparteitage der NS-Zeit erinnern. Der politische Geist der Nürnberger Bevölkerung ist erfüllt von den hohen Idealen einer freiheitlich-demokratischen Staatsordnung und geprägt von den unveräußerlichen Leitbildern des Christentums, des Humanismus und der Toleranz"[487]).

Anmerkungen

(1. Teil bis 1918, 2. Teil bis 1967)

Abkürzungen

BFDA/F	Bezirksfinanzdirektion Ansbach, Außenstelle Fürth
HStAM	Hauptstaatsarchiv München
IMT	(= Internat. Militärtribunal) Veröffentlichung über den Hauptkriegsverbrecherprozeß in Nürnberg
NRQ	Nürnberger Rechtsquellen (Acht-, Verbots- und Fehdebücher)
NUB	Nürnberger Urkundenbuch
Reg. Imp.	Regesta Imperii
RGBl.	Reichsgesetzblatt
SB	Satzungsbuch
StadtAN	Stadtarchiv Nürnberg
StAN	Staatsarchiv Nürnberg

[1]) Glaser, Hermann: Die Bundesrepublik zwischen Restauration und Rationalismus, Freiburg 1965, 45
[2]) Schoenberner 8
[3]) Minssen in „Antisemitismus" 143
[4]) ebenda 164
[5]) Asaria 36
[6]) C. Roth 168 ff.
[7]) Straus 18 f.
[8]) C. Roth 168 ff.
[9]) Ehrlich, Geschichte 8
[10]) C. Roth 175
[11]) Asaria 36
[12]) C. Roth 201
[13]) Kisch, Forschungen 14
[14]) Pirenne 73 f.
[15]) C. Roth 176 f.; Ehrlich, Geschichte 8
[16]) Pirenne 221
[17]) Straus 18 f.; Ehrlich, Geschichte 9
[18]) Caro I 152
[19]) Caro I 474 Anm.
[20]) Caro I 157 f.
[21]) Kisch, Forschungen 19 f., 210 ff.
[22]) ebenda 50 f.
[23]) ebenda 47 ff.
[24]) Caro I 174 f.
[25]) Asaria 39
[26]) Kisch, Forschungen 19 f.
[27]) ebenda 60; Ehrlich, Geschichte 13

[28]) Aronius Nr. 496
[29]) Kisch, Forschungen 61
[30]) C. Roth 238 f.
[31]) Straus 28 f.
[32]) Ehrlich, Geschichte 13 f.
[33]) Kisch, Forschungen 31 f.
[34]) Caro I 245 ff.
[35]) Caro I 186 f.
[36]) Schwarz 22
[37]) Caro I 179
[38]) Elbogen in „Germania Judaica" XVIII
[39]) Straus 22
[40]) Straus 25
[41]) Caro I 191 f.
[42]) Mummenhoff I 307
[43]) Chroniken III 86; vgl. Aronius 97—99
[44]) Aronius 7, dasselbe war z. B. schon bei Arles im Jahre 508 der Fall.
[45]) Würfel, Historische Nachricht 11
[46]) Aronius 99
[47]) In einer ähnlichen Urkunde Heinrichs V. für Worms vom Jahre 1074 war Nürnberg noch nicht genannt.
[48]) Unde factum est, ut non pauci ex ipsis (Judaeis) huiusmodi immanitatem fugientes, in oppido principis, quod Nourenberk appelatur, aliisque municipiis eius ad conservandam vitam se reciperent. Aronius Nr. 233; Monumenta Germaniae SS. XX 372 cap. 37
[49]) Monumenta Boica Bd. 37 S. 119 Nr. 131; Aronius 142
[50]) Tykocinski in „Germania Judaica" 250
[51]) Chroniken III S. 86 Nr. 2
[52]) Würfel berichtet (nach Müllners Annalen) von einem Grabstein, der angeblich in das Vorwerk des Frauentors eingemauert wurde und auf das Jahr 1130 datiert wurde. Tykocinski wies aber nach, daß er aus dem Jahr 1332 stammte. Würfel, Historische Nachrichten 78 f.; Tykocinski in „Germania Judaica" 252. Die Angaben über Grabsteine aus den Jahren 1273 und 1295 sind auch sehr unsicher, da ihre Inschriften nicht mehr lesbar sind. Briegleb 198
[53]) SB IV/E Nr. 89
[54]) Pinthus 107
[55]) StadtAN Plan 1730
[56]) Chroniken III 90 ff.
[57]) Theresienplatz
[58]) Zwei Quellen aus dem 18. Jh. erwähnen Christenhäuser im Gebiet des Judenviertels: Ausführlicher Bericht 7; Würfel, Historische Nachricht 12
[59]) Elbogen in „Germania Judaica" XXIX f.
[60]) Straus 31 f.
[61]) Straus 33 ff.
[62]) Münz 93
[63]) Straus 40 f.
[64]) Caro I 309 f.
[65]) Liebe 9
[66]) Straus 42 f.
[67]) HStAM Brandenburg-Ansbach U 344, 1314 X 16

68) ebenda U 103, 1259 VIII
69) Reg. Imp. VI Nr. 1309
70) HStAM Brandenburg-Bayreuth U 52, 1287 VII 31
71) NUB I 447
72) Monumenta Germaniae, Deutsche Chroniken V 437
73) Reg. Imp. VI Nr. 2256
74) Oefele, Rechnungsbuch p. 66, S. 311
75) NUB I 445 ff.; Stern 213 ff.
76) Monumenta Boica Bd. 53 Nr. 56, 1230 VI 30; Wiener S. 6 Nr. 32
77) Mummenhoff II 357
78) Stern 214
79) Stern 215 ff.
80) Stern 215
81) Liebe 14 f.; das sog. jüdische Hehlerrecht behandelt Kisch ausführlich in Forschungen 107 ff.
82) Stern 216
83) Stern 218
84) ebenda
85) Stern 216
86) Stern 214
87) Stern 219 f.
88) Stern 218 f.
89) Stern 99; Salfeld 288
90) Stern 180; Mummenhoff I 313, 337 Anm. 1
91) Asaria 111, 131 f.
92) Stern 100; Salfeld 292
93) Asaria 133 f.
94) Stern 100 ff.
95) E. Roth in „Monumenta Judaica" 103
96) Historia Norinbergensis Diplomatica I 180
97) Hier wird es am 2. Febr. 1324 das erstemal erwähnt: StAN Amts- und Standbuch 203 Bl. 15'
98) Würfel, Historische Nachricht 78 ff.; Barbeck 28; Reicke 220
99) Tykocinski in „Germania Judaica" 252
100) Berliner 42
101) Münz 19
102) Münz 21
103) Stern 180; Berliner 16 f.
104) Stern 132; Salfeld 368
105) Tykocinski in „Germania Judaica" 250
106) Stern 100; Salfeld 369
107) Stern 102; Salfeld 381
108) Stern 175; Salfeld 173; Hoffmann 225 f.
109) Münz 39 f.
110) Chroniken III 159, 240; Aronius 98
111) SB III/C 169a; Stern 226
112) Berliner 28 f.
113) SB III/C 81c; Stern 225
114) Münz 10 f.
115) Münz 33

116) Elbogen in „Germania Judaica" XXXVI ff.
117) Berliner 44
118) Joh. Müllner bei Lochner Heft I 84 f.; Würfel, Historische Nachricht 88; Stobbe 222; Reicke 65; Aronius Nr. 315
119) C. Roth 225 f.
120) Asaria 42
121) C. Roth 226 f.
122) Monumenta Germaniae SS. XVII 139, 419, 532, XXIV 46, 56, 480
123) Stern 172 ff.; Salfeld 170 ff.
124) Hessel 68
125) NUB Nr. 947 ff. (Ausstellung von Urkunden in Nürnberg)
126) NRQ I Nr. 187, S. 73*
127) NRQ I Nr. 187
128) NUB 964, 1298 XI 17, nach Satzungsbuch III/C Bl. 107'
129) NRQ I Nr. 184, S. 30*
130) NRQ I Nr. 185
131) C. Roth 228
132) Hessel 68
133) Monumenta Germaniae Const. Imp. III 627 ff.; Hessel 200
134) Fischer 86
135) Fischer 94 ff.
136) HStAM Kaiserselekt 1246, 1313 VI 26; Hirschmann Nr. 20
137) Würfel, Historische Nachricht 44 ff. Aus einem verlorengegangenen Stadtbuch, das Würfel noch zur Verfügung stand, nennt er für die Zeit von 1321—1359 71 Namen. Stern 9 ff. Weitere Judenaufnahmen finden sich im Neubürgerbuch.
138) Oefele, Scriptores I 743
139) ebenda 775
140) Münz 47
141) HStAM Kaiser-Ludwig-Selekt Nr. 539, 1333 V 5
142) ebenda Nr. 639, 1336 XI 10
143) Monumenta Zollerana III 105 ff.
144) Reg. Imp. VII Nr. 2223; Caro II 136
145) Fischer 149 f.
146) Elbogen in „Germania Judaica" XXVI
147) SB II/B Nr. 10—11; Germanisches Museum Nürnberg, Urk. Nr. 209, 1320 VII 2; Caro II 173
148) Asaria 43
149) Elbogen in „Germania Judaica" XXVI
150) SB III/C 186 a—h; Oefele I 775, 1331 IV 6; Stern 227, 232; HStAM Nbg. Reichsstadt Nr. 734a, 1347 XI 30; Reg. Imp. VIII Nr. 464
151) Oefele I 746
152) HStAM Kaiser-Ludwig-Selekt Nr. 1046, 1346 X 18
153) Schultheiß, Münchner Gewerbeverfassung 149
154) SB III/C 80a; Stern 224
155) Berliner 85
156) HStAM Ritterorden Nr. 3520, 1343 I 9
157) HStAM Brandenburg-Ansbach U 2066, 1343 I 25
158) ebenda U 2068, 1343 VII 16
159) StadtAN UR 1346 I 24
160) Stern 19 f.; HStAM Brandenburg-Bayreuth U 252, 1347 X 31

161) HStAM Kaiserselekt Nr. 12213a, 1310 III 11. In dieser Urkunde sind auch die Verordnungen über den Fleischverkauf der Juden enthalten.
162) Liebe 12
163) C. Roth 249
164) SB III/C 132; Stern 225 f.
165) SB III/C 226; Stern 228
166) ebenda
167) SB III/C 81b; Stern 225
168) SB III/C 187c; Stern 228
169) SB III/C 187a; Stern 228
170) SB III/C 81a; Stern 228
171) SB III/C 170; Stern 227
172) SB III/C 165, 165a, 210
173) Würfel, Historische Nachricht 13 f.
174) Wiener 45 f.; Würfel, Historische Nachricht 129
175) SB III/C 17a; Stern 220
176) Würfel, Historische Nachricht 72 f.
177) SB III/C 17 a—d; Stern 220, 223
178) SB III/C 17d, 19b; Stern 223 f.
179) SB III/C 12; Stern 223
180) SB III/C 8i, 16a; Stern 224
181) SB III/C 16b; Stern 224
182) SB III/C 18; Stern 223
183) SB III/C 94c, 99c; Stern 225
184) SB III/C 80b; Stern 224
185) SB III/C 175; Stern 227
186) Stern 224
187) Caro II 205 ff.
188) Caro II 210
189) Caro II 195
190) NRQ I/II 104*, Achtbuch I Nr. 207, 1308
191) NRQ I/II Achtbuch II Nr. 613, 1343
192) ebenda Nr. 723, 1348 X 25
193) ebenda Nr. 698, 1346 X 20
194) ebenda Nr. 624, 1347 IX 22
195) ebenda Nr. 627, 1348 I 5
196) NRQ I/II Achtbuch I/II
197) HStAM Nbg. Reichsstadt Nr. 734a, 1347 XI 30; Reg. Imp. VIII Nr. 464
198) Chroniken III 322; Mummenhoff 313
199) Reg. Imp. VIII Nr. 967; Monumenta Zollerana III Nr. 227; Schultheiß, Gewürzhandelsabrechnung 39
200) NRQ I/II 104*, Achtbuch I Nr. 718, 1348 X 25
201) HStAM Brandenburg-Bayreuth U 285, 1349 VI 25
202) Monumenta Zollerana VIII 150; vgl. zur Frage Juden 1349: Schultheiß, Karl IV.
203) HStAM Brandenburg-Bayreuth U 285, 1349 VI 25
204) Chroniken III 324 ff.
205) Reg. Imp. VIII Nr. 1045
206) HStAM Nbg. Reichsstadt Nr. 754, 1349 X 2; Reg. Imp. VIII Nr. 1173; Schultheiß, Gewürzhandelsabrechnung 40

[207]) Diesen Hinweis verdanke ich der freundlichen Mitteilung von Dr. Wolfgang Frhr. v. Stromer, vgl. auch dessen Aufsatz: Eine gesellige Versammlung des Nürnberger Rates im Ulrich-Stromer-Haus und der Aufenthalt Kaiser Karls IV. in Nürnberg im Jahre 1358 (Mitt. des Vereins für Gesch. der Stadt Nürnberg, Bd. 52, 1964, S. 54 ff.)

[208]) HStAM Nbg. Reichsstadt Nr. 760, 1349 XI 16

[209]) Mummenhoff I 315 f.

[210]) Mummenhoff I 318

[211]) Mummenhoff I 317

[212]) Stern 181 ff.; Salfeld 219 ff.

[213]) Berliner 97 ff. Einige Verse daraus lauten:

Seufzen, Wimmern,
Jammerklagen!
Schwerter klirren,
Die mein armes Volk erschlagen,
Das die Mörder
Noch zu höhnen wagen,
Die Entsetzten, Müdgehetzten
Aus dem Lande jagen!
Felsenriffe bluten,
Wo wir sterbend lagen —
Kannst du, Herr! kannst du's ertragen?

Pest von Schwindlern
Hören wir uns schelten,
Als Verruchte, als Verfluchte
Läßt man uns nur gelten;
Unter Schauern kauern
Wir in Höhlen — Todeszelten,
Wo die Leiber unserer Weiber,
Unserer Kleinen sie zerschellten,
So verachtet, hingeschlachtet,
Muß ich, muß verzagen —
Kannst du, Herr! kannst du's ertragen?

Feinde pflanzen
Zahllos auf die Zeichen,
Schleudern Speere,
Die das Herz erreichen,
Raufen, schänden das Gesicht mit Bränden,
Füllen Gruben mit den Leichen.
Wenn im Tale
Tiefgeduckt wir schleichen,
Späh'n die Schergen von den Bergen,
Auf uns loszuschlagen —
Kannst du, Herr! kannst du's ertragen?

Eine rührselige Geschichte aus der Zeit des Handwerkeraufstandes und der Judenvertreibung mit dem Titel „Die schöne Rahel" (Judenmädchen nimmt verfolgten und verwundeten Patriziersohn heimlich auf, pflegt ihn und verliebt sich in ihn, beide gehen schließlich bei der Zerstörung des Judenviertels unter) erschien in der „Nürnberger Chronik" Jg. 1909, Heft 2—4. Der Verfasser war Direktor Buzello.

214) Stern 14 ff., 11 ff.
215) Sander 908
216) Reg. Imp. VIII Nr. 1335; Schultheiß, Gewürzhandelsabrechnung 40
217) Reg. Imp. VIII Nr. 967; Monumenta Zollerana III Nr. 227
218) StadtAN UR 1350 IX 18
219) StadtAN UR 1350 V 31
220) StadtAN UR 1350 VIII 25, 1350 XI 18; Cod. man. 136 2°, Bl. 132'
221) Schultheiß, Karl IV. 46
222) Schultheiß, Gewürzhandelsabrechnung 41
223) Schultheiß, Karl IV. 46
224) Asaria 46
225) Mummenhoff II 342
226) Schultheiß, Gewürzhandelsabrechnung 11 ff.
227) Reg. Imp. VIII Nr. 1335
228) Wiener, Regesten 131; HStAM Ritterorden Nr. 3534, 1350 IV 23; Mummenhoff I 317
229) Germanisches Museum Nürnberg, Urk. Nr. 623, 1355 I 3, Nr. 697, 1360 III 13; Agnes Scheffein war Ulrich Stromers Schwester! Frdl. Mitteilung von Dr. Wolfgang Frhr. v. Stromer, Erlangen
230) Mummenhoff II 339 f.
231) Würfel, Historische Nachricht 135; StadtAN UR 1360 VII 13; Stern 279
232) Mummenhoff I 225, 341
233) StadtAN UR 1355 IV 5; über die Lage der Brottische: Mummenhoff I 203, 224 f. Des Zenners Haus lag in der Nähe der Schulgasse: StadtAN UR 1358 I 30
234) Stern 288
235) HStAM Nbg. Reichsstadt Nr. 788, 1350 X 12
236) Stern 152 Anm. 3; Würfel, Historische Nachricht 77 ff.
237) Die Entzifferung und Übersetzung der beiden Inschriften erfolgte durch Rabbiner Spiro und Rabbinatsassessor Rosenfeld von der israelit. Kultusgemeinde Fürth, denen ich hiermit herzlich danke.
238) E. Roth in „Monumenta Judaica" 100
239) Graetz VIII 2
240) Willehad Eckert in „Christen und Juden" 80 f. Das Spiel stammt aus dem 16. Jh., doch kann die in ihm gezeigte Haltung bereits für das ausgehende Mittelalter gelten.
241) Eckert 82 f.
242) Eckert 74
243) E. Roth 73 f., Liebe 33
244) Liebe 32; über Jean Gerson: Straus 64
245) C. Roth 338 f.
246) Graetz VIII 214
247) Nübling 471
248) Stobbe 85
249) Süßmann 3
250) Stern 14
251) Monumenta Zollerana III 234 Nr. 267
252) HStAM Nbg. Reichsstadt Nr. 830, 1352 V 2 und Nr. 831, 1352 V 2. Die eine Vertragsausführung wurde mit Rapp und Liebetraut vereinbart, die andere mit Vischlin, der Mast Sohn, Lemlein, Sohn Nathans von Gräfenberg, und Jakob, Liebetrauts Schwiegersohn. Reg. Imp. VIII Nr. 1490 nach Würfel mit dem Datum 1352 V 26

253) HStAM Nbg. Reichsstadt Nr. 832, 1352 V 26
254) Himmelstein 141 f.
255) Mummenhoff II 343
256) Tucher, Baumeisterbuch 268; an Stelle der früheren Zwerggasse ist auf einem alten Stadtplan des 16. Jhs. noch der Name „Judenhöflein" eingetragen: StadtAN Plan 1565/69; über die Überbauung des Torhauses: Stern 308
257) Krautheimer 252; Würfel, Historische Nachricht 55
258) Tucher 268; Stern 277; der Besitz der Familie Rapp grenzte an das Anwesen Erckenbrecht Colers gegenüber dem Brunnen am Nordausgang der Wunderburggasse: Stern 306
259) StadtAN Bauamt, Judenhof 1, S. 15
260) ebenda
261) Mummenhoff II 345
262) Würfel, Historische Nachricht 93
263) In ihrer Lage nicht genau fixierte Judenhäuser werden erwähnt: Germanisches Museum, Ebner'sche Urkundensammlung 1225—1408, Urkundenbuch Nr. 12, 1375 XII 17; Nr. 1099, 1388 III 21; Nr. 1167, 1391 XI 13; Nr. 10 u. 181, 1473 V 19; vgl. Würfel, Historische Nachricht 146
264) StadtAN Brunnenbuch 1419; vgl. Stern 306
265) Rapp bekam 1371 die Erlaubnis, den Graben zu überbauen: HStAM Nbg. Reichsstadt Nr. 1422, 1371 III 4
266) StadtAN Brunnenbuch 1419, Bl. 72; Stern 300
267) StadtAN Plan 1565/69
268) Mummenhoff II 349
269) Stern 235
270) Stern 305
271) Stern 310
272) Würfel, Historische Nachricht 93, 95
273) StadtAN Plan 1565/69; Briegleb, Leichenhof 192; Mummenhoff II 350
274) StAN D- Urkunde Nr. 57, 1381 VII 29; Nr. 58, 1381, VII 30
275) Stobbe 146; Berliner 118; Münz 71; Grau 8
276) Stern 299*; ein Geleitsgeld für tote Juden von auswärts ist in Nürnberg offenbar nicht erhoben worden. StAN Briefbuch Nr. 32, S. 113
277) Stern 310
278) StAN Ratsverlässe 1474, H. 9, Bl. 8'; 1483, H. 12, Bl. 7
279) Münz 72
280) HStAM Raritätenselekt 20, 1355 IV 5
281) HStAM Nbg. Reichsstadt Nr. 1238, 1366 VIII 4; StAN Amts- und Standbuch Nr. 45, Bl. 12 ff., 64' f., 113' f., 130
282) StAN Briefbuch Nr. 16, S. 209b
283) StAN Briefbuch Nr. 16, S. 195
284) Stern 80
285) Stern 88
286) Stern 235, 65, 66, 288, 290, 293
287) Stern 235
288) Stern 291, 269 ff.
289) Stern 68 ff.
290) Stern 230
291) Stern 269
292) Stern 292

293) Stern 301
294) StAN Briefbuch Nr. 2, S. 211b
295) Stern 304; StAN Briefbuch Nr. 2, S. 274b
296) Rüsselbach Landkreis Forchheim
297) Stern 309
298) StAN Ratsverlaß 1483, H. 2, Bl. 10; Stern 309
299) Stern 92 ff.
300) Mummenhoff II 247 ff.
301) Jüdisches Lexikon, Bd. IV, 1, Berlin 1930, S. 779
302) Stern, Urkundliche Beiträge 21 f.
303) ebenda 30 ff.
304) Stern, Urkundliche Beiträge 37
305) ebenda 38 ff.
306) Mansi Bd. 29, Sp. 98 ff., Artikel V und VI
307) Stern, Urkundliche Beiträge 45
308) ebenda 46 f., 50
309) Graetz VIII 189
310) Stern, Urkundliche Beiträge 51 f.
311) Stern 234
312) Düx II 12 ff.
313) Chroniken X 53, 181 ff.
314) Stern, Urkundliche Beiträge 52 ff.
315) Graetz VIII 195 ff.
316) Jakob 30 ff.
317) Chroniken X 190 ff., Stern 301
318) Grau 61 ff.
319) Stern 300
320) Chroniken X 353; Stern 301 f.
321) StAN Ratsverlaß 1478, H. 6, Bl. 13
322) Willehad Eckert in „Monumenta Judaica" 164, 166
323) StAN Urk. d. 35 Laden Nr. 1104
324) Stern 284 f.; StAN Briefbuch Nr. 1, S. 257a
325) StAN Briefbuch Nr. 24, S. 130b
326) Stern 298
327) Stern 300
328) Stern 303 f.
329) Stern 308
330) Nübling 483
331) Würfel, Historische Nachricht 96
332) StAN Akt S. I L. 37 Nr. 6
333) StAN Ratschlagbuch 13*, S. 43 ff., ohne Jahr, vermutlich zwischen 1471 und 1478
334) Stern 232; vgl. HStAM Nbg. Reichsstadt Nr. 2498, 1394 VI 23
335) Stern 235; StAN 7farb. Alph. Akten Nr. 244; Privileg Ludwigs von Bayern: Oefele, Scriptores I 775
336) Kisch, Forschungen 178
337) Nübling 479; StAN Kaiserprivileg Nr. 482, 1464 VI 23
338) StAN Briefbuch Nr. 32, S. 36
339) ebenda Nr. 1, S. 60, 79
340) ebenda, S. 84

341) Über Pfefferkorn-Meyr: StAN Briefbuch Nr. 1, S. 91; über Mosse Collin—David von Hirsau: StadtAN Lib. Litt. 8, Bl. 207, 1492 XI 24
342) StAN 7farb. Alph., Urkunden Nr. 436, 1410 I 21; Nr. 3263a, 1467 I 30
343) StAN Briefbuch Nr. 1, S. 217
344) ebenda Nr. 3, S. 69b
345) ebenda Nr. 8, S. 129b; Nr. 35, S. 115
346) ebenda Nr. 7, S. 126
347) StAN Urk. d. 35 Laden Nr. 1112
348) ebenda Nr. 1106
349) StAN 7farb. Alph. Akt Nr. 244, 1425 I 30
350) StAN Briefbuch Nr. 5, S. 26
351) StAN Urk. d. 35 Laden Nr. 3365
352) Ludwig Veit: Nürnberg und die Feme, Nürnberger Forschungen Bd. 2, Nürnberg 1955, S. 144
353) StAN 7farb. Alph. Urk. Nr. 1148
354) StAN Briefbuch Nr. 16, S. 210b; Nr. 26, S. 6b
355) StAN Amts- und Standbuch Nr. 268, Bl. 18—20
356) Stern 252, 271
357) StAN 7farb. Alph. Urk. Nr. 2348
358) Stern 269, 270
359) Stern 286, 287, 306, 311
360) Stern 310
361) Kisch, Forschungen 178, Stern 68
362) Stern 232
363) Urlaubsbrief: StAN Briefbuch Nr. 18, S. 84; Aufgabe des Bürgerrechts: Kisch, Forschungen 178 f.; Stern 69, 229 ff., 233; in Mainz durften die Juden bei Strafe des schweren Bannes den Schutzort ohne Erlaubnis des Erzbischofs nicht verlassen: E. Roth in „Monumenta Judaica" 89
364) Stern 308
365) StAN Briefbuch Nr. 1, S. 28
366) ebenda Nr. 1, S. 99b
367) ebenda Nr. 3, S. 207, 211b, 217b
368) ebenda Nr. 10, S. 231b
369) ebenda Nr. 12, S. 243
370) ebenda Nr. 12, S. 285b
371) StAN Amts- und Standbuch Nr. 38 fol. 9. Freundl. Hinweis von Archivrat Dr. Thiel, Nürnberg
372) StAN Briefbuch Nr. 1, S. 188b
373) ebenda Nr. 5, S. 50b, 53b
374) ebenda Nr. 4, S. 34
375) ebenda Nr. 5, S. 13b
376) ebenda Nr. 5, S. 31b
377) ebenda Nr. 12, S. 88b
378) ebenda Nr. 1, S. 256
379) Barbeck 14, dort ohne Quellenbeleg.
380) Ailsbach Landkreis Höchstadt/Aisch?
381) StAN Urk. d. 35 Laden Nr. 2319
382) Würfel, Historische Nachricht 96; Stern 305
383) NRQ I/II Nr. 794, 1381 IX 29

384) StadtAN Malefizbuch Bl. 2, 5'; Würfel, Historische Nachricht 93, 95 f.; Barbeck 13 f.
385) Stobbe 160
386) StAN Ratsverlaß 1484, H. 8, Bl. 3
387) Barbeck 14
388) Ein- und Auslaßgeld: Stern 307; Rothenburg: StAN Briefbuch Nr. 42, S. 121
389) NRQ I/II Nr. 1024 und 1104b
390) Stern 270 ff.; nach einer jüd. Synodalverordnung aus dem 13. Jh. war Juden das Spielen um Geld oder Lebensmittel verboten: E. Roth in „Monumenta Judaica" 97
391) Stern 244 ff.
392) StAN, freundlicher Hinweis von Archivdirektor Dr. Schnelbögl, Nürnberg
393) ebenda
394) Stern 148, 278
395) Stern 272; Unzucht „in der Schul" war schon 1381 bestraft worden: Stern 242
396) Stern 277
397) StAN Urk. d. 35 Laden Nr. 2452, 1474 IV 20
398) StAN Losungsamtsurk. Nr. 3225, 1420 III 21; vgl. Urk. d. 35 Laden Nr. 3235
399) StAN Losungsamtsurk. Nr. 3226, 1430 II 20; Urk. d. 35 Laden Nr. 3233, 1430 II 17; 7farb. Alph. Urk. Nr. 774, 1430 II 20
400) StadtAN UR 1447 VIII 9; 1452 IV 22; 1458 IX 25
401) Stobbe 162
402) StAN Urk. d. 35 Laden Nr. 3226
403) StAN Briefbuch Nr. 5, S. 259, 1422 X 8
404) Stern 246, 274 f.
405) Graetz VIII 4 ff.
406) Liebe 28
407) Stern 255
408) Würfel, Historische Nachricht 25, 91
409) ebenda 25
410) StadtAN UR 1452 IV 27
411) StAN Nürnberger Hs. 342 III, 4, S. 17
412) Stern 310
413) E. Roth in „Monumenta Judaica" 110
414) Stern 305
415) E. Roth in „Monumenta Judaica" 111
416) Michelfelder, Wirtschaftliche Tätigkeit 253
417) Kisch, Forschungen 142
418) Stern 219
419) Texte bei Stern 219, 236, 237; Kisch, Forschungen 177, 179, 180; StAN B- Akten S. I L. 205 Nr. 14; Kisch, Forschungen 181; Stern 237
420) Stern 236; Stobbe 154
421) E. Roth in „Monumenta Judaica" 92
422) Stern 236 f.
423) Stern 219, 237
424) E. Roth in „Monumenta Judaica" 91
425) ebenda 90
426) Kisch, Forschungen 177
427) ebenda 175 f.
428) ebenda 181 ff.
429) Stern 237 ff.

430) Stern 239
431) Zwei hebräische Namen für die Kinder Israels aus dem Anfang des 2. Buches Mose, in dem das Verbot des Falschschwurs enthalten ist. In anderen Quellen mit Ellesmot (Dortmund) und Hellesmoich (Köln 14. Jh.) angegeben: E. Roth in „Monumenta Judaica" 90
432) Würfel, Historische Nachricht 33, 96
433) StAN Briefbuch Nr. 23, S. 236b (1453); Ratsbuch Nr. 2, S. 53b (1476)
434) Stern 36
435) Kellenbenz in „Monumenta Judaica" 223
436) Stern 231
437) Urkundliche Beiträge I 51
438) ebenda 52 ff.; Ehrlich, Geschichte 43 f.
439) Stern 293
440) StAN Briefbuch Nr. 21, S. 283
441) ebenda, S. 283, 305b, 326, 345, 355
442) ebenda, S. 346, 354b
443) StAN Briefbuch Nr. 22, S. 21b
444) ebenda, S. 97b, 129b
445) ebenda, S. 147
446) StAN Urk. d. 35 Laden Nr. 3283, 1452 III 23; Urkundliche Beiträge 57 f., 58; StadtAN UR 1452 V 1
447) StAN Kaiserprivileg Nr. 441, 1453 VIII 25
448) Stobbe 61, 225; Wiener 87
449) StAN A- Akten S. I L. 74 Nr. 35
450) StAN Kaiserprivileg Urk. Nr. 441, 1470 VIII 24; Wiener Nr. 91, S. 92
451) StAN Briefbuch Nr. 30, S. 252
452) Michelfelder, Wirtschaftliche Tätigkeit 245
453) Stobbe 61 ff.; Würfel, Historische Nachricht 33, 90
454) StAN Ratschlagbuch 13*, S. 216 ff.
455) Stern 309
456) Stern 234
457) Würfel, Historische Nachricht 39
458) ebenda
459) Stern 311
460) ebenda
461) Nübling 478
462) NRQ I/II Nr. 797
463) StAN Urk. d. 35 Laden Nr. 2313
464) Stern 311
465) Stern 292
466) E. Roth in „Monumenta Judaica" 100
467) Michelfelder, Wirtschaftliche Tätigkeit 251
468) StAN Ratschlagbuch 13*, S. 21 f.
469) Michelfelder, Wirtschaftliche Tätigkeit 252; Würfel, Historische Nachricht 93, 134 Urk. XVI; Mummenhoff II 356 ff.
470) StAN Ratschlagbuch 13*, S. 15 ff.
471) Straus 63 f.
472) Stern 248 f.
473) StAN Briefbuch Nr. 4, S. 53, 94
474) Chroniken I 122

475) Chroniken I 27; StAN Losungsurk. Nr. 1101
476) Stern 241 f.; Nübling 89
477) Chroniken I 120 ff.
478) Für 1407: Reicke 270; für 1420: Stern 270 (Bau des Schleierturms, Chroniken I 371, Anm. 1); für 1438: Stern 277 f.; für 1459: StAN 7farb. Alph. Urk. Nr. 2715, 1459 II 26
479) HStAM Nbg. Reichsstadt Nr. 2157, 1386 V 2; Nr. 2183, 1386 XII 18; StAN 7farb. Alph. Urk. Nr. 3419 (1471)
480) Regesta Boica X 9
481) ebenda X 10
482) Wiener 150; im gleichen Jahre stellte Pfalzgraf Ruprecht der Jüngste am 24. Okt. der Stadt Cham einen Schuldschein über ein Darlehen von 2557 fl. aus, das von Entel Heppein (Juta Rapp) und Anselm (Ansel von Nördlingen), deren Vater, stammt. Bayerische Archivinventare Heft 25, Stadtarchiv Cham, Teil I, München 1964 U 109
483) Stern 255 ff.; Chroniken I 122 ff.
484) Stern 264; Chroniken I 128
485) vgl. HStAM Nbg. Reichsstadt Nr. 1761, 1377 III 31; Nr. 1889, 1379 VIII 16
486) Stern 254; Chroniken I 122
487) Stern 75, 291
488) StAN Kaiserprivilegien Urk. Nr. 302, 1428 I 21
489) StAN Briefbuch Nr. 13, S. 39b
490) StAN D- Urkunde Nr. 458, 1462
491) StAN 7farb. Alph. Urk. Nr. 3413 (1471). Weitere Nachrichten aus dem 15. Jh.: StAN Ansbacher Generalurkunden Nr. 932, 1412 I 28; 7farb. Alph. Urk. Nr. 815, 1431 XI 14; Nr. 2187, 1451 V 26; Nr. 3147, 1464 X 1; D- Urkunde Nr. 253, 1439 XI 4; StadtAN Lib. Lit.
492) Michelfelder, Wirtschaftliche Tätigkeit 247
493) A. Diehl: Die Geldgeschäfte der Holzschuher, Mitteil. d. Vereins f. Gesch. d. Stadt Nbg. Bd. 32 1934, S. 43
494) Diesen Hinweis verdanke ich Dr. Wolfgang Frhr. von Stromer, Erlangen.
495) Nübling 499
496) Stern 243 ff.
497) StAN Briefbuch Nr. 23, S. 236b; Briefbuch Nr. 24, S. 29
498) Stern 300; StAN Ratsbuch Nr. 2, S. 53b
499) Stern 289, 290 f.
500) Stern 299, 309, 312
501) Stern 299
502) Stern 303, 309
503) Stern 310
504) ebenda
505) Stern 309; in Ulm hatte man schon um 1430 auf Betreiben der Goldschmiede die Juden aus dem Schmuckgewerbe ausgeschlossen: Nübling 477
506) Stern 93, 299
507) Stern 290
508) Stern 306
509) Stern 288
510) Stern 65
511) Stern 60 f., 73, 78
512) StAN Ratsverlässe 1458, H. 2, Bl. 4; 1479, H. 6, Bl. 4'; Stern 299

513) HStAM Nbg. Reichsstadt Nr. 1044, 1360 III 11
514) Hirschmann Nr. 112, 1371 III 25; StAN Amts- und Standbuch Nr. 38, Bl. 21, 1371 IV 10; Sonderleistung 1371: Stobbe 223; Barbeck 17; Würfel, Historische Nachricht 50; Sonderleistung 1377: Stobbe 57
515) StAN 7farb. Alph. Nr. 242, 1392 XII 13; Stern 243
516) HStAM Nbg. Reichsstadt für die Jahre 1371—1398: Nr. 1425, 1428, 1429, 1432, 1487, 1490, 1430, 1448, 1458, 1460, 1464, 1467, 1486, 1488, 1491, 1512, 1567, 1604, 1641, 1650, 1652, 1676, 1681, 1705, 1706, 1731, 1735, 1759, 1772, 1778, 1787, 1788, 1789, 1790, 1793, 1809, 1810, 1820, 1823, 1853, 1862, 1884, 1885, 1906, 1913, 1929, 1930, 1945, 1949, 1964, 1968, 1985, 1988, 1992, 1993, 2015, 2048, 2105, 2155, 2169, 2231, 2257, 2272, 2326, 2327, 2330, 2333, 2367, 2375, 2405, 2406, 2475, 2512, 2520, 2550, 2560, 2563, 2566, 2601, 2631, 2690, 2691, 2755
517) HStAM Nbg. Reichsstadt Nr. 1428, 1371 III 27; Nr. 1460, 1372 I 29; Nr. 1464; 1372 III 6; Nr. 1681, 1375 X 3; StAN 7farb. Alph. Nr. 118, 1371 IV 25
518) Stern 24 ff.
519) Siebenkees I 115 f.
520) Stern 243
521) Chroniken I 124, 161
522) Stern 244 f.
523) HStAM Nbg. Reichsstadt Nr. 2259, 1389 IV 24; Nr. 2257, 1389 IV 23; Nr. 2269, 1389 VIII 1
524) Reichstagsakten II 289
525) Stern 37; HStAM Nbg. Reichsstadt Nr. 2315, 1390 IX 16; StAN 7farb. Alph. Urk. Nr. 244, 1390 IX 16; Losungsamtsurk. Nr. 48, 1392 X 24; D- Urkunden Nr. 113, 1411 I 21; Nr. 144, 1415 II 16; Nr. 145, 1415 II 22
526) Stern 43 ff.
527) Stern 49 ff.
528) HStAM Nbg. Reichsstadt Nr. 2325, 1391 I 17; Reichstagsakten II 325
529) Lindner II 477 f.; Süßmann 179
530) Plan 1383: Süßmann 45; Gabe an den Rat 1384: Stern 244
531) Süßmann 10
532) NRQ I/II 104*, Achtbuch I Nr. 929 a—c
533) Süßmann 26
534) HStAM Nbg. Reichsstadt Nr. 2118, 1385 VII 16; Nr. 2129, 1385 IX 14; Reichstagsakten I 503
535) Reichstagsakten I 492—497; Chroniken I 144 ff.; Süßmann 32 ff.
536) Chroniken I 25; das Nürnberger Rechnungsbuch führt 782 Pfund Heller als Ausgaben für die Bewachung auf: Chroniken I 123
537) Stern 253 ff.; Chroniken I 122 ff.
538) Chroniken I 124; 1 Gulden entspricht etwa 7,50 DM mit ungefähr der zehnfachen Kaufkraft (nach Michelfelder)
539) Stern 253—268
540) Süßmann 57 f.
541) Nübling 381
542) Nübling 386
543) Monumenta Zollerana VIII 247 f., 267 f.; Hirschmann Nr. 135, 1385 IX 14
544) Monumenta Zollerana V 191, 1386 XI 17
545) Lindner II 28 f.
546) Monumenta Zollerana V 231
547) ebenda; Chroniken I 165 f.; Reichstagsakten I 157 ff.; Lindner II 69 f.

548) Abrechnung Reichstagsakten II 284 ff., 251 f.; Stern 259 f.
549) Chroniken I 188 f.
550) Reichstagsakten II 310; HStAM Nbg. Reichsstadt Nr. 2330, 1391 III 10
551) Reichstagsakten II 284 ff., 351 f.; Stern 259 f.; Nübling 408. Die Juden hatten auch die Pfänder abzuliefern: Chroniken I 126. Am 15. X. 1390 berichtet der Doge von Venedig, daß er den nach Venedig kommenden Nürnbergern die gerichtliche Aufhebung der Judenschulden gewährt habe, soweit solche nicht auf venetianischem Gebiet gemacht worden seien: Reichstagsakten II 352 f.; Nübling 403
552) Hirschmann Nr. 144, 1390 IX 16; Stern 29
553) Chroniken I 128; Nübling 413
554) Nübling 403 f.
555) Graetz VIII 58 f.
556) E. Roth in „Monumenta Judaica" 74
557) HStAM Nbg. Reichsstadt Nr. 2315, 1390 IX 16; Reg. Imp. VIII Nr. 1037 und 1045 deuten darauf hin, daß „Fall" und „Abgehen" in der Urkunde vom 16. IX. 1390 Judenschlagen und Vertreibung bedeuten.
558) Handelsgeschichtsquellen 4, Anm. 2
559) Über die Fehde: Handelsgeschichtsquellen Nr. 5, 55, 64, 78—81, 94, 95, 99, 102, 104, 105, 113, 125; Stern 284; Süßmann 124 f.
560) Stern 282 f., 284
561) HStAM Nbg. Reichsstadt Nr. 2426a, 1393 III 4
562) Stern 247, 248, 38
563) StAN 7farb. Alph. Nr. 326, 1401 VIII 6; Reg. Imp. X Nr. 63
564) Stern 287 f.; Reichstagsakten VI 646 f.; StAN 7farb. Alph. Nr. 436, 1410 I 21; Nr. 1460, 1410 I 21; Stern, Ruprecht 59—61
565) StAN 7farb. Alph. Nr. 437, 1410 IV 16; Nr. 556, 1417 II 18
566) ebenda Nr. 68, 1458 XII 7
567) Stern 75; StAN 7farb. Alph. Nr. 68, 1458 XII 7
568) StAN 7farb. Alph. Nr. 2348, 1453 X 27; Nr. 2349, 1453 X 27
569) ebenda Nr. 68, 1458 XII 7; D- Urk. 424, 1460 X 27
570) StAN 7farb. Alph. Nr. 3328, 1462 X 10
571) HStAM Nbg. Reichsstadt Fasc. 273, 1467 II 26; StAN D- Akt Nr. 223
572) StAN 7farb. Alph. Nr. 3305, 1467 XII 3; Nr. 3324, 1468 VI 17
573) ebenda Nr. 3431, 1472 III 13
574) Reichstagsakten IV 285 f.; Chroniken II 192 ff.
575) StAN Kaiserprivileg Nr. 240, 1401 I 6; 7farb. Alph. Nr. 413, 1401 I 21; Stern, Ruprecht I ff.
576) StAN 7farb. Alph. Nr. 326, 1401 VIII 6
577) Reichstagsakten VI 168; V 388
578) Nübling 441
579) HStAM Nbg. Reichsstadt Nr. 2520, 1394 X 7; Nr. 2560, 1395 IX 3; Nr. 2601/1, 1396 V 18; Nr. 2631, 1396 X 3; Nr. 2691, 1397 X 1; Nr. 2745, 1398 VII 24; Nr. 2761, 1398 XII 24; Reg. Imp. X Nr. 904, 1401 VIII 31; Nr. 1178, 1402 V 5; Nr. 1363, 1402 XII 13; Nr. 1676, 1404 I 30; Nr. 1902, 1404 XII 8; StAN Urk. d. 35 Laden Nr. 820 (1399); Nr. 821 (1400); Nr. 828 (1402), Nr. 830 (1404)
580) Reichstagsakten VI 28 f., 33 f., 169; StAN Urk. d. 35 Laden Nr. 831 (1405); Nr. 832 (1407)
581) Stern, Ruprecht XXVII ff.; Stobbe 146 ff.; Kracauer I 139
582) E. Roth in „Monumenta Judaica" 92
583) Graetz VIII 10

584) Stern, Ruprecht 35 f.
585) Wiener 71 ff.; Gengler 224 ff.; Graetz VIII 112 f.; Reg. Imp. X Nr. 2306; Reichstagsakten VII 170
586) Stern 48, 51, 280 ff.; Stern, Ruprecht 39
587) Mone 266, 280 ff.; Wiener Nr. 80
588) Stern 285 ff.; Stern, Ruprecht 47 ff.
589) Barbeck 23
590) Wiener Nr. 81, 89, 96
591) Stern, Ruprecht 55, 57
592) Wiener 67 f.
593) E. Roth in „Monumenta Judaica" 74
594) Jäger 114 ff.; Stälin 228 ff.
595) Reg. Imp. XI Nr. 1784; Hanßelmann 85
596) Gengler 224; Nübling 444; Graetz VIII 112 ff.
597) E. Roth in „Monumenta Judaica" 73
598) Reg. Imp. XI Nr. 44
599) Reichstagsakten VII 163—171; Reg. Imp. XI Nr. 121 f., 206, 716 f.
600) Reichstagsakten VII 230 ff.; Reg. Imp. XI Nr. 1579; Regesta Boica XII 223
601) Reg. Imp. XI Nr. 1228. 1242; Reichstagsakten VII 230 f.; Wiener Nr. 480, 481; StAN Urk. d. 35 Laden Nr. 1102, 1103 (1414)
602) Reg. Imp. XI Nr. 1119, 1349; StAN Urk. d. 35 Laden Nr. 1104 (1414)
603) Reg. Imp. XI Nr. 1467
604) Regesta Boica XII 223; Reg. Imp. XI Nr. 1946; StAN Urk. d. 35 Laden Nr. 1104
605) Burggraf: Reichstagsakten VII 36, 39—53; Reg. Imp. XI Nr. 6—8, 13, 13a; Colditz: Reg. Imp. XI Nr. 139, 1246; StAN D- Urkunden Nr. 141, 1415 X 3; Nr. 212, 1431 X 5; 7farb. Alph. Nr. 20, 881, 886, 900, 924, 1242, 1543, 1659; Reg. Imp. XI Nr. 256, 279, 1246, 1429, 1845, 4258, 4280, 4682 f., 5962, 6686, 6959, 7702, 8448, 8915, 10 195, 10 224, 10 294 f., 10 471; Judenregesten Nr. 13; Rudolf Sachse und Hans Hübner: Reg. Imp. XI Nr. 2717; Schenk von Geyern und Konrad von Weinsberg: StAN Briefbuch Nr. 10, Bl. 69'—71; Reichstagsakten XI 203; Pappenheim: Reg. Imp. XI Nr. 2510, 2889, 5240, 5478 ff., 6804 ff., 7312, 7701, 8559, 8718 f., 9064, 9068, 10 781, 10 871, 11 006, 12 037; StAN 7farb. Alph. Nr. 3148, 1464 X 1; Nr. 3256, 1466 XI 26; Urk. d. 35 Laden Nr. 1000, 1018, 1030, 1045, 1046, 1068, 1069
606) Baader Sp. 76; Wiener 183; Michelfelder Diplomarbeit 152 (vgl. Vorwort)
607) Reg. Imp. XI Nr. 1736 f., 1784, 1934, 1943, 2323, 2353, 2360, 2372, 2803, 3105, 3609, 3986, 4278, 4317, 5078
608) C. Roth 278; Graetz VIII 131, 136
609) Reg. Imp. XI Nr. 3956
610) StAN Urk. d. 35 Laden Nr. 1158 (1419)
611) StAN Urk. d. 35 Laden Nr. 1108 (1419); 7farb. Alph. Nr. 699 (1425)
612) Reichstagsakten VIII 106 ff., 156, 176 ff., 182 ff., 248 ff.; StAN Kaiserprivileg Nr. 279, 1422 IX 11; 7farb. Alph. Nr. 700, 1425 III 31; Reg. Imp. XI Nr. 5171, 5227
613) Reg. Imp. XI Nr. 6038, 6135; Regesta Boica XIII 52 f.; StAN Briefbuch Nr. 6, S. 132, 135b
614) Reichstagsakten VIII 397 f.; StAN 7farb. Alph. Nr. 697, 1425 III 31; Nr. 698, 1425 III 31
615) Reichstagsakten IX 97, 280
616) StAN 7farb. Alph. Nr. 765, 1429 X 20; D- Urk. Nr. 208, 1429 X 20
617) Reichstagsakten IX 460 f.

618) Chroniken I 289 f.; Regesta Boica XIII 185; Reg. Imp. XI Nr. 7823; StAN Urk. d. 35 Laden Nr. 1120 (1430)
619) Reg. Imp. XI Nr. 8572
620) Reg. Imp. XI Nr. 8573
621) Reg. Imp. XI Nr. 8840
622) Reg. Imp. XI Nr. 10 066, 10 103
623) Stobbe 18; Kerler 114, 122
624) Reichstagsakten IX 228
625) Kerler 123 ff.; Reichstagsakten IX 301, 305, 314
626) Michelfelder, Wirtschaftliche Tätigkeit, nach Sander 364 ff.
627) In den Stadtrechnungen für 1438 steht unter dem Titel „Judenrat": „Item ist zu wissen, daß Judenrat und Jüdischheit gemeinlich hat dem Rat die dargeliehenen 5500 Pfund Heller erlassen zu Steuer an den schweren Bauten, welche die Stadt seit langher getan hat und noch tut": Michelfelder, Wirtschaftliche Tätigkeit, Anm. 122, nach Sander 364. Außergewöhnliche Abgaben dieser Art wurden von den Juden immer wieder erhoben.
628) Zugrundegelegt ist eine Bevölkerung von ca. 20 000 Christen und 150 Juden gemäß der Volkszählung vom Dezember 1449 (Sander 7, 903). Zu dem Gesamtaufkommen der Stadt wurden die 2000 Gulden Königssteuer pro Jahr (Sander 318) bei der Berechnung des Pro-Kopf-Anteils noch hinzugezählt: Michelfelder, Wirtschaftliche Tätigkeit, Anm. 123
629) Kerler 117 f.; Reichstagsakten XIII 464 f.
630) Reichstagsakten XIII 480 ff.
631) Kerler 118, 127 ff.; Reichstagsakten XIII 466 ff.
632) Reichstagsakten XIII 480 ff., 595
633) ebenda 703
634) Kerler 119 f.; Lichnowsky V Reg. 4260; Wiener Nr. 589, 214
635) Kaspar Scklick hatte 1434 bereits die Rente der Herrn von Colditz gekauft. Seine Erben veräußerten sie 1480 an den Nürnberger Rat: StAN 7farb. Alph. Nr. 3088, 3250, 3327, 3384, 3411, 3450, 3463, 3482, 3536, 3538, 3539; Reg. Imp. XI 10 899, 11 181, 11 449, 12 066; StAN Urk. d. 35 Laden Nr. 927 (1434). Über Pappenheim vgl. Anm. 331
636) Reg. Imp. XIII Nr. 20, 133, 339, 403, 965, 1187, 1526, 3266, 3414, 4743
637) Chroniken III 374; Stern 289 f.
638) StAN Urk. d. 35 Laden Nr. 963, 1125 (1442); Reg. Imp. XIII Nr. 795
639) Reg. Imp. XIII Nr. 1014
640) Reg. Imp. XIII Nr. 1963
641) Reg. Imp. XIII Nr. 1726, 1737; StAN Urk. d. 35 Laden Nr. 980, 2757; die Rückzahlung Regensburgs: Stern 291 f.
642) StAN Briefbuch Nr. 24, S. 29 (1453); Urk. d. 35 Laden Nr. 970, 1126 (1453); 7farb. Alph. Nr. 2348, 1453 X 27; Nr. 2349, 1453 X 27
643) Reg. Imp. XIII Nr. 3242
644) Wiener Nr. 44
645) Chroniken X 395 ff.; Bachmann I 113 ff.; Reicke 439 ff.
646) StAN 7farb. Alph. Nr. 3117; D- Urk. Nr. 458, 1462 VI 18; Wiener Nr. 53, 54; Franz 37 f.
647) StAN Urk. d. 35 Laden Nr. 1132 (1464), 1134 (1466)
648) Mummenhoff II 360 f.; Stern 307
649) StAN 7farb. Alph. Nr. 3658, 1491 V 9
650) ebenda Nr. 3708, 1497 X 3; Nr. 3709, 1497 X 3

651) ebenda Nr. 3714, 1497 XIII 7
652) ebenda Nr. 3711, 1497 X 10; Nr. 3715, 1497 XII 11; Nr. 3721, 1498 V 5; Nr. 3722, 1498 V 7; Nr. 3723, 1498 V 7
653) StAN Amts- und Standbuch Nr. 268, Bl. 18 ff.; Sander I 246
654) E. Roth in „Monumenta Judaica" 104 f.
655) Kaufmann: Stern 30; Meir: Stern 32, 323; Israel: Stern 48, 280; Koppelmann: Stern 282
656) Stern 285
657) Graetz VIII 210; StAN Briefbuch Nr. 12, S. 290 (1436)
658) Würfel, Historische Nachricht 61 f.
659) Würfel, Historische Nachricht 62
660) Stern 296
661) Stern 296
662) Haenle 41 ff.; Mühlfelder Diplomarbeit 131 f.
663) Stern 229, 231; Stadtarchiv Rothenburg Korrespondenz Nürnberg-Rothenburg Nr. 232; Breßlau 330 f.
664) StAN Briefbuch Nr. 7, S. 84b
665) StAN Urk. d. 35 Laden Nr. 2185
666) StAN Briefbuch Nr. 21, S. 233b
667) StAN Briefbuch Nr. 15, S. 65b; Urk. d. 35 Laden Nr. 2185
668) StAN Ratschlagbuch 13*, S. 35 ff.
669) E. Roth in „Monumenta Judaica" 100
670) Stern 28 f., 35, 41 ff., 46, 59, 82, 322, 326 ff.
671) Baader Sp. 170
672) Jüdisches Lexikon I Sp. 1355 ff.; Güdemann III 95
673) Jüdisches Lexikon V Sp. 281 f.; Berliner 114; Güdemann III 95
674) Sander I 246
675) Stern 92
676) ebenda
677) Güdemann III 169 ff.; Handwerke und Beschäftigung bei der Zählung von 1489: Stern 299 ff.; außerdem Metzger: Stern 34, 36; Köche: Stern 40, 44, 53, 56, 57; Unterkäufel: Stern 44, 46
678) Stern 191 ff.
679) E. Roth in „Monumenta Judaica" 107; Berliner 58
680) E. Roth in „Monumenta Judaica" 106
681) ebenda 96 ff.
682) Stern 231
683) Stern 30, 32
684) Berliner 14 f.
685) Berliner 16 f.
686) Stern 304 f.
687) Stern 306
688) E. Roth in „Monumenta Judaica" 116 ff.
689) Stern 306
690) Münz 26
691) Münz 37
692) StAN Briefbuch Nr. 34a, S. 237b
693) Stobbe 61
694) Wiener 304; Würfel, Historische Nachricht 83; Ablehnung des Nürnberger Begehrens: StAN Briefbuch Nr. 36, S. 7

695) Grau 110
696) StAN Kaiserprivileg Nr. 561, 1498 VI 5; D- Akt Nr. 1837
697) StAN Kaiserprivileg Nr. 560 o. J.; D- Akt Nr. 1837
698) StAN Kaiserprivileg Nr. 562, 1498 VII 7; D- Akt Nr. 1837
699) StAN Kaiserprivileg Nr. 563, 1498 VII 21; D- Akt Nr. 1837; StadtAN Mandat 1498 VII 21
700) StAN Briefbuch Nr. 46, S. 32
701) Nübling 499 f.
702) StAN Kaiserprivileg Nr. 564, 1498 VII 26; D- Akt Nr. 1837
703) StAN Kaiserprivileg Nr. 565, 1498 VII 26; D- Akt Nr. 1837
704) Ihre Namen: Mosse von Schaffhausen, Isaak Staffelsteiner, Schmohel, Salman der Pessin Sohn, die Gebrüder Mosse, Mardochäus und Johel Mair, letzterer mit seinem Weib Tutschlein und seinem Eidam Feufuß (Feufeß), Hirß Mair, Alexander, Mair Firschler, Isaak Mosse, der Schulklopfer Israel, Jakob, des Benedikt Witwe Birlin
705) StadtAN UR 1498 X 31; StAN D- Akt Nr. 1837
706) Stern 312; StAN Ratsbuch 7, Bl. 47
707) StAN D- Akt Nr. 1837
708) Stern 312
709) StadtAN UR 1498 XI 7; StAN D- Akt Nr. 1837
710) StAN D- Akt Nr. 1837
711) StadtAN Bauamt, Judenhof
712) StadtAN UR 1499 II 20; StAN D- Akt Nr. 1837; Stern 312
713) Stern 312 f.; StAN Ratsbuch 7, Bl. 70; D- Akt Nr. 1837
714) Würfel, Historische Nachricht 85; Mummenhoff I 334; Grau 394
715) StAN Nürnberger Handschriften 332 III, 4, S. 21
716) Haenle 19
717) Mummenhoff I 334
718) StAN Nürnberger Handschriften 342 III, 4, S. 21
719) StAN Ratsbuch 7, Bl. 79, 84; Stern 313
720) StadtAN UR 1499 III 2; Lib. Litt. 1 (16) fol. 129 f., fol. 188 f.
721) StAN Ratsbuch 7, Bl. 87; Stern 313
722) StadtAN Bauamt, Judenhof
723) Briegleb, Leichenhof 193
724) Briegleb, Leichenhof 194 ff.
725) Fromann Sp. 183
726) Fromann Sp. 182
727) Einzelne Wörter („dieses Monument . . . aufgestellt . . . der Frau Jut . . .") konnten von Rabbinatsassessor Rosenfeld, Fürth, entziffert werden, dem ich für sein Bemühen an dieser Stelle herzlich danke.
728) C. Roth 304
729) Ehrlich in „Judenfeindschaft" 213
730) Weimarer Ausgabe Bd. 11, 307 ff.
731) Stöhr in „Christen und Juden" 119 f.
732) Weimarer Ausgabe Bd. 50, 312 ff.
733) Stöhr 128
734) Weimarer Ausgabe Bd. 53, 523 ff.
735) Eckert, Judenhaß 57
736) Hoexter 167; über Luthers Stellung zu den Juden, vgl. Evangelisches Kirchenlexikon Bd. 2, Göttingen 1958, S. 642 f.
737) IMT Bd. XII, 346

738) Osiander, Andreas: Schrift über die Blutbeschuldigung, hrsg. von Moritz Stern, Berlin 1903, S. XV. Über Osiander: Seebaß, Gottfried: Das reformatorische Werk des Andreas Osiander (Einzelarbeiten aus der Kirchengesch. Bayerns Bd. 44) Nürnberg 1967

739) ebenda 42 ff.

740) Titting Lk Hilpoltstein, Mittelfranken

741) Osiander V ff.

742) Eckert, Judenhaß 57; Würfel, Historische Nachricht 96 f.; über Osianders Leben und Werk vgl. W. Möller: Andreas Osianders Leben und ausgewählte Schriften, Elberfeld 1870

743) Text: Stadtbibl. Nürnberg, Bibl. Will. II, 14; StAN Ratsverlaß, Ratsbuch 1527 III 27; Müller, Zensurpolitik 82 ff.

744) „Der rabi wind sein hend, schaut auff gen himel und spricht:

,Ach trawa ja, es mag wol sein.
Die zeit verzeucht sich ie zu lang
Und wir liegen in grossem zwang,
Von Got verstossen gantz und gar,
Ein gespöt aller völker schar,
Zerstrewet hin und her in landen,
Gefangen in des keysers banden.
Durch sünd wir das verschuldet han,
Das wir Christum nit namen an.
Ach unser rabi irren sehr.
Teyl du mir mit dein trewe lehr,
Was ich soll thun auff dieser erd,
Das ich doch endlich selig werd!'"

(Hans Sachs, hrsg. von Adalbert von Keller Bd. 1, S. 172 = Bibliothek des Litterarischen Vereins Bd. CII, Tübingen 1870)

745) Eckert in „Christen und Juden" 86 f.

746) Straus 76

747) Straus 77

748) Straus 79

749) Straus 80

750) Straus 94; Kellenbenz, Hermann: Unternehmerkräfte im Hamburger Portugal- und Spanienhandel 1590—1625, Hamburg 1954, S. 67, 242, 244

751) Neumann 344

752) StAN D- Akt Nr. 623

753) ebenda

754) StAN A- Laden S. I L. 77 Nr. 33

755) StAN S. I L. 148 Nr. 19; D- Urkunde Nr. 1320

756) StAN Briefbuch Nr. 47, S. 34, 40

757) ebenda Nr. 70, S. 139b; Nr. 80, S. 44b, 115b

758) ebenda Nr. 81, S. 61, 160, 165, 279

759) ebenda Nr. 81, S. 176

760) ebenda Nr. 81, S. 173, Nr. 148, S. 87b

761) Reichstagsakten, jüngere Reihe III 41 f.

762) ebenda III 249

763) StAN D- Akt Nr. 623

764) Barbeck 45 f.

765) Haenle 53

766) Haenle 217 f.
767) Haenle 20, 218
768) Haenle 215
769) StAN Briefbuch Nr. 116, S. 186, 197b; Nr. 117, S. 4b; Würfel, Fürth 87 ff.
770) Haenle 227; Barbeck 47
771) StadtAN Mandat 1539 VII 30; Würfel, Fürth 89 f.
772) Barbeck 47
773) Haenle 21 f.
774) StAN D- Akt Nr. 623
775) StAN Briefbuch Nr. 144, S. 45b; Barbeck 47
776) StadtAN Mandat 1566 VI 20
777) StAN B- Laden Akten S. I L. 191 Nr. 4
778) StAN Kaiserprivileg Nr. 681, 1573 VIII 27; StadtAN Mandat 1573 VIII 27
779) StadtAN Mandat 1575 VIII 16
780) Haenle 55 f.
781) Haenle 22 f.
782) StAN D- Akt Nr. 623; Briefbuch Nr. 190, S. 83, 172, 178, 226
783) StAN D- Akt Nr. 623
784) Hampe zählt eine ganze Reihe von Fällen auf, s. dessen Register unter „Juden, Judenhaft"
785) Hampe II Nr. 299
786) Hampe II Nr. 1230
787) ebenda
788) Hampe II Nr. 3027
789) StadtAN Amberger Nr. 228
790) Haenle 153
791) StadtAN Amberger Nr. 229
792) Haenle 154
793) Würfel, Fürth 6
794) Mummenhoff I 334
795) Barbeck 63
796) für 1502: StAN Briefbuch Nr. 49, S. 343; für 1518: Nr. 77, S. 188b, 202b
797) ebenda Nr. 105, S. 135b
798) ebenda Nr. 120, S. 596
799) ebenda Nr. 111, S. 121b, 128b; Nr. 119, S. 156b, 162b
800) ebenda Nr. 113, S. 175
801) StAN Ratschlagbuch Nr. 19, S. 282 ff.; Würfel, Historische Nachricht 19
802) Hampe, Theodor: Der Nürnberger Goldschmied Paulus Müllner als Meister des silbernen Bartholomäus von Wöhrd, in: Anzeiger des German. Nationalmus., 1928/29, S. 75 ff.
803) StAN Ratschlagbuch Nr. 19, S. 217b ff.
804) StAN Ratsverlaß 1562 I 10
805) StAN D- Akt Nr. 623; Briefbuch Nr. 162, S. 107b, 229b, 338b
806) StAN Nr. 176, S. 107
807) StAN Ratsverlässe 1515
808) StAN Briefbuch Nr. 142, S. 44
809) StAN Losungsamt Nr. 126, 1603 I 18
810) StAN Briefbuch Nr. 71, S. 213b
811) StAN Briefbuch Nr. 91, S. 154 f.
812) ebenda Nr. 122, S. 95

[813]) ebenda Nr. 167, S. 54b
[814]) ebenda Nr. 173, S. 180b
[815]) ebenda Nr. 49, S. 226b; Nr. 58, S. 100b; Nr. 59, S. 192b; Nr. 84, S. 66; Nr. 91, S. 134; Nr. 92, S. 73b; Nr. 93, S. 119; Nr. 97, S. 91b; Nr. 99, S. 54; Nr. 115, S. 144
[816]) ebenda Nr. 57, S. 196b; Nr. 65, S. 21b; Nr. 91, S. 106; Nr. 172, S. 305
[817]) ebenda Nr. 112, S. 46; Nr. 114, S. 108; Nr. 147, S. 136; Nr. 147, S. 218b; Nr. 169, S. 160b; Nr. 175, S. 218b
[818]) Würfel, Fürth 89
[819]) StAN Briefbuch Nr. 93, S. 28
[820]) ebenda Nr. 92, S. 63
[821]) ebenda Nr. 117, S. 84
[822]) ebenda Nr. 119, S. 6
[823]) ebenda Nr. 123, S. 183
[824]) ebenda Nr. 123, S. 35b
[825]) ebenda Nr. 129, S. 113b
[826]) ebenda Nr. 124, S. 67; Nr. 125, S. 5b
[827]) StadtAN Amberger 228 (I), Bl. 203 ff.
[828]) ebenda Bl. 95—200, 235—271; 229 (II) Bl. 151—196, 199—254
[829]) StAN Briefbuch Nr. 123, S. 15, 58
[830]) ebenda Nr. 158, S. 310b
[831]) ebenda Nr. 191, S. 9
[832]) Kainzberg LK Altötting?
[833]) ebenda Nr. 179, S. 289
[834]) StAN D- Akt Nr. 623
[835]) StadtAN Amberger 228 (I) Bl. 274—367
[836]) StAN S. I L. 81 Nr. 12
[837]) StAN Briefbuch Nr. 95, S. 113
[838]) ebenda Nr. 107, S. 102b, 108, 125
[839]) ebenda Nr. 175, S. 285b, 286b
[840]) ebenda Nr. 154, S. 328; Nr. 156, S. 133b; Nr. 158, S. 142b, 146, 155b
[841]) ebenda Nr. 158, S. 71; Nr. 162, S. 83; Nr. 164, S. 137
[842]) ebenda Nr. 170, S. 89
[843]) ebenda Nr. 170, S. 326
[844]) ebenda Nr. 175, S. 182b
[845]) StAN S. I L. 205 Nr. 13
[845a]) Krauß, Hugo: Das Leihhaus der Reichsstadt Nürnberg und seine Pfandrechtsordnung, Jur. Diss. Masch.schrift, Erlangen 1952
[846]) Fuchs, Rudolf: Der Bancho Publico zu Nürnberg, Berlin 1955
[847]) StadtAN Mandate 1619 II 11; 1628 VII 3; 1647 III 18; 1660 IV 28
[848]) Haenle 32
[849]) Haenle 31
[850]) StadtAN Mandat 1627 IX 13
[851]) StAN S. I L. 575 Nr. 2
[852]) StadtAN Amberger 228 (I) Bl. 58—65
[853]) StadtAN Mandat 1651 XI 7
[854]) StadtAN Mandat 1617 VI 3
[855]) StAN S. I L. 575 Nr. 2
[856]) StadtAN Mandat 1660 XII 19
[857]) StAN S. I L. 575 Nr. 2
[858]) StadtAN Amberger 228 (I) Bl. 218 ff.

859) ebenda Bl. 224—229
860) Würfel, Fürth 103 f.
861) StadtAN Mandat 1669 VII 2
862) Würfel, Fürth 103
863) StadtAN Amberger 229 (II) Bl. 87—127
864) ebenda Bl. 134—137
865) Haenle 70 ff.
866) StadtAN Amberger 228 (I) Bl. 427—480
867) ebenda Bl. 402—424
868) ebenda Bl. 481—486; 229 (II) Bl. 20—25; Mandat 1680 IX 23
869) StadtAN Amberger 229 (II) Bl. 52—76
870) ebenda Bl. 329, 347—350
871) StadtAN Mandat 1693 VI 17
872) StAN S. I L. 148 Nr. 19
873) StadtAN, Akt seit dem 2. Weltkrieg nicht mehr auffindbar, nach Schaffer 129
874) vgl. (130), nach Schaffer 130
875) StadtAN Mandate 1699 V 26/16; 1699 VI 16
876) StAN Ratsbuch VII, Bl. 70; D- Akt Nr. 1837; Stern 313
877) StAN Briefbuch Nr. 99, S. 86
878) StadtAN Mandat 1573 VIII 27
879) StadtAN Amberger 228 (I) Bl. 43—53; Mandat 1637 XII 15; vgl. Mandate 1654 III 14; 1660 IV 28
880) StadtAN Mandat 1693 IV 17
881) Franke, Heilbronn 40
882) Asaria 64
883) Grünfeld 44
884) Freundlicher Hinweis von Oberstudienrat Dr. R. Klier, Nürnberg
885) StAN Regierungsakten Kammer des Innern, Abgabe 1900, Nr. 4377, f) Judentaufen 1506—1694
886) StAN Briefbuch Nr. 57, S. 141
887) ebenda Nr. 173, S. 105; Nr. 174, S. 223
888) StAN Nürnberger Handschriften Nr. 418, Bl. 204 ff.
888a) De Pomis studierte in Altdorf, ging jedoch bereits 1669 unter Zurücklassung hoher Schulden über Lauf und Sulzbach nach Böhmen. Steinmeyer Teil I Nr. 10940, Teil II S. 435
888b) Will, G. A.: Gelehrtenlexikon Teil IV S. 491 f. Nennung von Josephs Schriften ebenda S. 492. Frdl. Hinweis von Stadtbibliotheksdirektor Dr. Goldmann, Nürnberg (ebenso Anm. 888a)
889) Straus 86
890) Straus 87
891) Adler, Juden in Deutschland 28
892) Straus 97 f.
893) Straus 100
894) StAN Fränkische Kreistagsakten, Ansbacher Serie, Tom. 200 Nr. 1 ff.
895) ebenda Tom. 184 Nr. 161 ff.
896) ebenda Tom. 189 Nr. 72
897) ebenda Tom. 190 Nr. 206 ff.
898) ebenda Tom. 194 Nr. 182 ff., 217 ff., 129 ff.
899) ebenda Tom. 228 Nr. 38 ff., 118 ff.
900) ebenda Tom. 297 Nr. 246 ff.

901) ebenda Tom. 374 Nr. 33, 108
902) ebenda Tom. 375 Nr. 82 ff., Tom. 387 Nr. 17 ff., 93 ff.
903) ebenda Tom. 398 Nr. 17 ff., 24
904) Haenle 235 ff.
905) Barbeck 81
906) Barbeck 55
907) Barbeck 56 f.
908) Barbeck 87
909) Straus 92
910) Stock 137 ff. In der reichsstädtischen Universität Altdorf wurde das Studium des Hebräischen besonders gepflegt.
911) Stock 187 ff., 230
912) Die rechtliche Unsicherheit Mendelsohns in Berlin ist bei Adler, Juden in Deutschland 30 f. übertrieben dargestellt
913) Teweles 90
914) Adler, Juden in Deutschland 32 ff.
915) StAN S. I L. 233 Nr. 487
916) Adler, Juden in Deutschland 45 ff.
917) Haenle 194 f.
918) Schultheiß, Geschichte Nürnbergs 94
919) ebenda 95
920) Müller, Zensurpolitik 125 ff.
921) vgl. Borst, Otto: Die Kulturbedeutung der oberdeutschen Reichsstadt am Ende des alten Reiches. Blätter für deutsche Landesgeschichte Jg. 100, 1964, S. 159 ff. Dazu auch der Ausstellungskatalog: Die Zeit der Aufklärung in Nürnberg 1780—1810 (Quellen zur Geschichte und Kultur der Stadt Nürnberg 6. Bd., Nürnberg 1966)
922) Stadtbibliothek Nürnberg Nor. H. 581/2
923) StadtAN Spitalamt Sch. 100 B. 12
924) ebenda Sch. 55 B. 41
925) vgl. StadtAN Spitalamt Sch. 100 B. 13
926) StadtAN, Akt seit dem 2. Weltkrieg nicht mehr auffindbar, nach Ms. Schaffer 131 f.
927) StadtAN Amberger 299 (II) Bl. 397—399, 404—406; 230 (III) Bl. 147
928) wie 926), nach Schaffer 132
929) StadtAN Amberger 229 (II) Bl. 432—450; Barbeck 71
930) Stadtbibliothek Nürnberger Nor. H. 581/2
931) Barbeck 79 f.
932) StadtAN Handelsvorstand Nr. 4725
933) ebenda Nr. 4727
934) ebenda Nr. 4796
935) ebenda Nr. 4797
936) StadtAN Amberger 230 (III) Bl. 1—83, 152; Wiederholungen in den Mandaten StadtAN 1730 III 27; 1734 III 22
937) Würfel, Fürth 76 ff.
938) StadtAN Amberger 230 (III) Bl. 93—96, 189—202
939) ebenda Bl. 220—231
940) vgl. StadtAN Amberger 230 (III) Bl. 101—105; Mandat 1714 V 19
941) StadtAN Amberger 230 (III) Bl. 174
942) Barbeck 71
943) StadtAN Amberger 230 (III) Bl. 126—142
944) ebenda Bl. 236—301

945) StAN S. I L. 575 Nr. 2
946) StadtAN Mandat 1714 I 6
947) StAN S. I L. 575 Nr. 2
948) ebenda
949) StadtAN Spitalamt Sch. 100 B. 13
950) StadtAN HV Nr. 2754; freundliche Mitteilung von Dipl.-Kaufmann Peter Schröder, München
951) ebenda
952) ebenda Sch. 83 B. 5
953) ebenda Sch. 100 B. 13
954) Würfel, Fürth 79 ff.
955) StadtAN Y- Akt Nr. 123
956) StadtAN Spitalamt Sch. 100 B. 12
957) Barbeck 71
958) StAN S. I L. 598 Nr. 247
959) Barbeck 71
960) Barbeck 72
961) StadtAN Amberger 229 (II) Bl. 404
962) StAN Fränkische Kreistagsakten, Ansbacher Reihe, Tom. 288 Nr. 49
963) ebenda Tom. 302 Nr. 16
964) StAN Rentkammerakt Nr. 2385
965) Würfel, Fürth 73 ff.
966) „Der Beobachter an der Pegnitz" 1. Bd. 1. Heft, Fürth 1806 S. 15 ff.
967) StAN Regierung von Mittelfranken Nr. 4377
968) StAN Kaiserl. Subdelegationskommission Nr. 218; Barbeck 72
969) StAN Rentkammerakt Nr. 1613
970) Haenle 199
971) Barbeck 72
972) StAN Rentkammerakt Nr. 1613, diesem Akt sind auch die Angaben für die anderen Fälle entnommen.
973) ebenda
974) StadtAN Burgfrieden 2255
975) Eckert, Judenhaß 59
976) StadtAN Kultus- und Unterrichtsstiftungen Nr. 2645, Brief vom 16. Aug. 1723 an den Rat
977) Wöhrd, Bartholomäuskirche, Taufbuch 1674—1749, S. 291 (Landeskirchliches Archiv Nürnberg)
978) StadtAN Kultus- und Unterrichtsstiftungen Nr. 2645
979) Wöhrd, Bartholomäuskirche, Taufbuch 1674—1749, S. 319
980) Will, Georg Andreas: Nürnbergisches Gelehrten-Lexikon, Teil II, Altdorf und Nürnberg 1756, S. 590 f.
981) Kurze Sammlung betreffend die Person, Begebenheiten und Schriften des Proselyten Adam Rudolph Georg Christoph Matthaei in Nürnberg . . . von einem auswärtigen ungenannten Freund . . ., Halle 1766, S. 27 ff.
982) ebenda 9 ff.
983) ebenda 14 f.
984) ebenda
984a) Steinmeyer Teil I Nr. 18132, Teil II S. 364 Anm. 8 Matthaeis Stammbuch aus den Jahren 1765—71: 8. Auktionskatalog von C. E. Henrici Nr. 12, Berlin 1911. Frdl. Hinweis von Dir. Dr. Goldmann, Nürnberg.

985) Umständliche Nachricht der, einen zur Christlichen Kirche geretten Juden, Joseph Hirsch, in der Kirche zu St. Leonhard, Freytags den 10. Sept. 1773 von Andreas Geog Lufft vollzogenen heiligen Taufhandlung . . ., Nürnberg 1773
986) Schwarz 81 ff. Auf das grundlegende Werk von Schwarz stützen sich auch die in folgendem über Bayern gemachten Angaben
987) Schwarz 102 ff.
988) StadtAN Handelsvorstand 2764
989) ebenda
990) StAN Regierungsakten Kammer des Innern, Abgabe 1900, Nr. 4377
991) Schwarz 84
992) StadtAN Pol.-Direktion 2560
993) StAN Regierungsakten Kammer des Innern, Abgabe 1900, Nr. 4377
994) StAN Regierungsabgabe 1932, Judensachen Nr. 157
995) Schwarz 127 ff.
996) Schwarz 176
997) Schwarz 198
998) Verhandlungen der zweiten Kammer der Ständeversammlung des Königreichs Bayern Bd. 5, München 1819, S. 200
999) Schwarz 186
1000) StAN Regierungsabgabe 1932, Judensachen Nr. 79
1001) ebenda
1002) StAN Regierung von Mittelfranken, Abgabe 1932, Titel II, Nr. 34
1003) Adler, Juden in Deutschland 52
1004) Adler, Juden in Deutschland 57
1005) Ehrlich in „Judenfeindschaft" 217
1006) Der treue Zionswächter II 1846, S. 159
1007) Barbeck 89
1008) StAN Stadtkommissariat Nürnberg Nr. 165
1009) StAN Regierungsabgabe 1932, Titel 9, Nr. 180
1010) StAN Stadtkommissariat Nürnberg Nr. 165
1011) StAN Regierungsabgabe 1932, Judensachen Nr. 157
1012) StAN Regierungsabgabe 1932, Titel 9, Nr. 270 (2)
1013) ebenda Nr. 270 (1)
1014) ebenda Nr. 270 (3)
1015) StAN Regierungsabgabe 1932, Judensachen Nr. 157
1015a) vgl. Schnee Bd. 4, S. 208 ff.
1016) StAN Oberlandesgericht Nürnberg Nr. 313
1017) Schwarz 242
1018) StAN Oberlandesgericht Nürnberg Nr. 311
1019) Für die Revisionsversuche 1818— 1850: Schwarz 213—241, 250—283
1020) Schwarz 281
1021) Adler, Juden in Deutschland 53
1022) Joh. Heinr. Wilh. Witschel: Etwas zur Aufheiterung in Versen, Sulzbach 1809
1023) Itzig Feitel Stern: Louberhüttenkranz, Meißen o. J. S. 23 ff.
1024) ebenda 72 ff.
1025) vgl. Ludwig Göhring: Itzig Feitel Stern, Leben und Werke. Zschr. für Bücherfreunde . . . Neue Folge 20. Jg., Leipzig 1928 S. 114—120; Horst Heldmann: Jüdische Feuerbeschwörungs-Praktiken. Erlanger Bausteine zur fränk. Heimatforschung 8. Jg. 1961 S. 3.
1026) StadtAN Polizeidirektion 2560a

1027) ebenda
1028) StadtAN Polizeidirektion 2561; HR V c 17 Nr. 3a
1029) StadtAN Ältere Magistratsratsakten II 8.8. Z. Nr. 34
1030) Ziemlich 2
1031) StadtAN HR V c 17 Nr. 3a
1032) ebenda
1033) StAN Regierungsabgabe 1932, Judensachen Nr. 79; Coremans gab auch den „Zuschauer an der Pegnitz" heraus.
1034) Ziemlich 4
1035) StadtAN HR V c 24 Nr. 297
1036) StadtAN HR V c 17 Nr. 3a
1037) Stöpel 121 ff.
1038) ebenda 123 f.
1039) ebenda 127
1040) StadtAN Polizeidirektion Nr. 807
1041) StadtAN Ältere Magistratsratsakten II 8.3. Nr. 73
1042) StadtAN Handelsvorstand Nr. 2674a
1043) StadtAN Ältere Magistratsratsakten II 8.3. Nr. 73
1044) StAN Regierungsabgabe 1932, Titel 9, Nr. 180
1045) StadtAN Ältere Magistratsratsakten II 8.3 Nr. 73
1046) StadtAN HV VI b 4 Nr. 1 Nachtrag 1
1047) StadtAN Ältere Magistratsratsakten II 8.3. Nr. 73
1048) StadtAN HR V c 17 Nr. 1
1049) StadtAN Ältere Magistratsratsakten II 8.3. Nr. 73
1050) ebenda 1.3. Nr. 34
1051) StadtAN HR V c 17 Nr. 3a
1052) „Der Zuschauer an der Pegnitz" Nr. 29, 21. 9. 1831 S. 226 f.
1053) StadtAN HV VI b 5 Nr. 205 u. 289. (Freundliche Mitteilung von Dipl.-Kaufmann Peter Schröder, München.) In Nürnberg entstanden später die Lederwerke Cromwell.
1054) StadtAN HV Nr. 2702; Angaben ebenfalls von Dipl.-Kaufmann Schröder
1055) StAN Stadtkommissariat Nürnberg Nr. 165
1056) StadtAN HR V c 24 Nr. 267
1057) StadtAN Kollegium der Gemeindebevollmächtigten III 1, Nr. 5
1058) StadtAN HR V c 24 Nr. 267
1059) Toury, Politische Orientierungen 60
1060) Der Weg zur Gleichberechtigung in Bayern: Schwarz 284—295
1061) Schwarz 294
1062) Reichsgesetzblatt S. 87 § 2 I Ziff. 10
1063) Für die folgenden Angaben: C. Roth 409 ff.
1064) Paul Rieger: Zur Jahrhundertfeier des Judenedikts vom 11. März 1812, Berlin 1912
1065) Ziemlich 3
1066) StadtAN HR V c 17 Nr. 3a
1067) StadtAN Kollegium der Gemeindebevollmächtigten III/1 Nr. 5
1068) StadtAN HR V c 17 Nr. 3a
1069) StadtAN Judenmatrikel
1070) ebenda
1071) Ziemlich 8
1072) StadtAN HR V c 17 Nr. 5
1073) ebenda

[1074]) Ziemlich 23
[1075]) Ziemlich 27 ff.
[1076]) StadtAN HR V c 17 Nr. 5

[1077]) StadtAN HR V c 17 Nr. 9
Einige Paragraphen aus den Statuten der israelitischen Kultusgemeinde Nürnberg:

Capitel I

Von der Cultusgemeinde, deren Mitglieder, Rechte und Pflichten derselben.

§ 1.

Der Zweck der israelitischen Cultus-Gemeinde ist:

Leitung der Ordnung sämmtlicher Cultusangelegenheiten nach ihren verschiedenen Beziehungen, namentlich auf Religions-Uebung, Wohlthätigkeit, Unterricht und Verwaltung des Vermögens der Cultus-Gemeinde auf dem Grunde der bestehenden Gesetze und der allerhöchsten Verfügungen.

§ 2.

Ordentliche Mitglieder der israelitischen Cultus-Gemeinde sind:

alle dahier ansässigen Israeliten männlichen Geschlechts, gleichviel, ob sie hier oder anderswo wohnen.

§ 3.

Außerordentliche Mitglieder der israelitischen Cultus-Gemeinde sind:

a) alle nicht hier heimatberechtigten, aber mit polizeilicher Erlaubnis länger als ein Vierteljahr hier wohnenden selbständigen Israeliten beiderlei Geschlechtes; ...

Capitel II.

Von der Verwaltung der Cultusgemeinde im Allgemeinen.

§ 6.

Die Gesamt-Cultus-Verwaltung, welche nach § 4 der Statuten der israelitischen Religions-Gemeinde unter der obersten Staats-Aufsicht zukommt, wird ausgeübt:

a) durch eine besonders gewählte Administration mit Beiziehung eines Cassiers, sowie des Rabbiners, letzteres jedoch nur ausnahmsweise in den eigens bestimmten Fällen,
b) durch einen — in der Eigenschaft von Bevollmächtigten gewählten Cultus-Gemeinde-Ausschuß ...

Capitel III.

Von der Administration, deren Bildung, Wirkungskreis und Geschäftsgang.

§ 8.

Die Administration besteht aus einem Vorstande und zweien Beisitzern.

§ 16.

Die Administratoren, der Cassier, der Gemeindeschreiber und die Ersatzmänner dürfen untereinander weder in auf- und absteigender Linie, noch im ersten Grade der Seitenlinie, verwandt oder verschwägert sein.

§ 23.

Gegenstände rein oder gemischt religiöser Natur entscheidet der Rabbiner mit der Administration, und bei Stimmengleichheit hat der Rabbiner 2 Stimmen. Der

Administration und dem Rabbiner steht gegen diese Beschlüsse der Rekurs an den Cultusgemeinde-Ausschuß zu, welcher die Gutachten dreier inländischer Rabbiner erholt und hiernach unter Vorbehaltung des Rechtes der Mitwirkung und Entscheidung der staatlichen Verwaltungsbehörden entscheidet.

§ 28.

Ueber alle Geschäfts-Vorkommnisse wird in kollegialer Sitzung des Vorstandes und der Beisitzer berathen und beschlossen, und kein Administrationsmitglied kann einseitig eine für die Cultus-Gemeinde bindende Zusage ertheilen.

Capitel IV

Von dem Cultus-Gemeinde-Ausschuß, dessen Bildung, Wirkungskreis und Geschäftsgang.

§ 36.

Der Cultus-Gemeinde-Ausschuß ist in den nachbenannten, besonders aufgeführten Fällen der Vertreter und Bevollmächtigte der gesamten Cultus-Gemeinde.

§ 37.

Er besteht aus 15 gewählten Bevollmächtigten.

§ 39.

Die Dauer der Stelle eines Bevollmächtigten und Ersatzmannes ist drei Jahre.

Aus dem angeführten Grunde soll in jedem Jahre ein Dritttheil, nämlich fünf Bevollmächtigte und zwei Ersatzmänner, austreten, und durch neue Wahl ersetzt werden.

§ 54.

.....

c) Die drei Mitglieder der Administration wählen mit dem Ausschusse in gemeinschaftlicher Sitzung durch absolute Stimmenmehrheit unter Beobachtung der bezüglich der Wahl der Rabbiner, dann der Schul- und Religionslehrer bestehenden Bestimmungen den Cassier und ebenso die treffenden Personen zu den besoldeten Stellen:

des Rabbiners,
des Gemeindeschreibers,
des Lehrers,
eines Vorsängers und
seines Gehülfen,
des Schlächters,
des Synagogendieners,

sowie zu allen etwa neu entstehenden Stellen nicht geringerer Categorie.

.....

Nürnberg, den 17. Februar 1864

Der Stadtmagistrat.
v. Wächter.

1078) StadtAN HR V c 17 Nr. 8, Ziemlich S. 43 irrt im Jahr des 1. Begräbnisses (1869 statt 1864), Freudenthal 35
1079) ebenda Nr. 9
1080) Ziemlich 50
1081) StadtAN HR V c 17 Nr. 9

1082) ebenda Nr. 13; HStAM Staatsratsakten Rep. 414 Nr. 19, Staatsratsprotokolle 1868 IX 5
1083) StadtAN HR V d 15 Nr. 6053
1084) StadtAN HR V c 17 Nr. 20 Nachtrag 1
1085) ebenda Nr. 23; Ziemlich 26
1086) StadtAN Kollegium der Gemeindebevollmächtigten IV/1 Nr. 32
1087) Ziemlich 58
1088) Baeck 38
1089) Grünfeld 60
1090) Adler, Juden in Deutschland 90
1091) Adler, Juden in Deutschland 93
1092) Levin, Moritz: Festrede gehalten am 2. Sept. 1878 im großen Rathaussaale zu Nürnberg, Nürnberg 1878
1093) Gerhard 92
1094) Mitteilungen des Statistischen Amtes Nürnberg
1095) StadtAN HR V c 17 Nr. 16; Ziemlich 58 ff; die verwickelten Vorgänge, die bei Ziemlich ausführlich dargestellt sind, kann ich nur andeuten.
1095a) Freundl. Mitteilung von Kantor Hermann Herz, Nürnberg. Vgl. Lothar Rothschild: Im Strom der Zeit — Hundert Jahre Israelitische Gemeinde St. Gallen, St. Gallen 1963, S. 59 f.
1096) Levin, Gotteshaus 3
1097) StadtAN HR V c 17 Nr. 9 Bd. II; V a 22—654a; Ziemlich 70 ff., vgl. (8)
1098) Ziemlich 90
1099) gedruckt Nürnberg 1874 (Stadtbibliothek Nürnberg Amb. 975.8°)
1100) Freudenthal 14
1101) Freudenthal 16 ff.; für die Zeit bis 1918 berichtet Freudenthal ausführlich über diese Ereignisse.
1101a) Arbeiten von ihm erschienen in der „Zeitschrift für die Geschichte der Juden in Deutschland", deren Mitherausgeber er war. Gemeinsam mit Prof. David Kaufmann verfaßte er eine weit ausholende Geschichte der Familie Gomperz. (Freundl. Mitteilung von Dr. Jacob Jacobsen, vgl. Einleitung.)
1102) Kolb 107 f.
1103) Statistisches Amt Nürnberg
1104) StadtAN HR V c 17 Nr. 8; Freudenthal 36 f.
1105) Freudenthal 91 ff.
1106) Freudenthal 21 ff.
1107) StadtAN HR V c 17 Nr. 17; Schicksal 21
1108) StadtAN HR V c 17 Nr. 25; Schicksal 21
1109) StadtAN V d 15 Nr. 5936
1109a) StadtAN Spez. Reg. S L II Nr. 1, Vereins-Archive Nr. 513; StBN Sammlung Dr. Nagel (Abbildung)
1110) StadtAN HR V c 17 Nr. 39, Nachtrag 1
1111) StadtAN HR V c 17 Nr. 47, Nachtrag 1
1112) StadtAN HR V d 15 Nr. 5545
1113) Israelitische Kultusgemeinde Nürnberg
1114) StadtAN WSt. Neuere Gen. Reg. S. 145
1115) StadtAN Spez. Reg. H XXXI Nr. 1
1116) StadtAN Spez. Reg. H XLVIII Nr. 1
1117) StadtAN Spez. Reg. F XV Nr. 27
1118) Freudenthal 119 ff.

1119) StadtAN HR V d 15 Nr. 3719
1120) StadtAN Kollegium der Gemeindebevollmächtigten III/1 Nr. 5
1121) Süßheim, Morgenstern 35 f., Toury, Politische Orientierungen 149
1122) Diese und die folgenden Mitteilungen verdanke ich Herrn Ernst Hamburger, 67 Riverside Drive, New York N. Y. 10024, dessen Veröffentlichung über die jüdischen Abgeordneten in Vorbereitung ist.
1123) Diese Angaben verdanke ich ebenfalls Herrn Ernst Hamburger
1124) Freudenthal 150
1125) Baeck 27
1126) „FränkischeTagespost" 18. 1. 1911; „Fränkischer Kurier" 18. 1. 1911; Gärtner 42, 59, 72, 81, 365, 370, 375; vgl. auch Gert Rückel: „Fränkische Tagespost", Geschichte einer Parteizeitung, Nürnberg 1964, S. 17 ff.
1127) Mitteilungen des Archivs des Bayerischen Landtags
1128) Freudenthal 153
1129) StadtAN Rep. E 7, Nachlaß Schaffer Nr. 5; eine Zusammenstellung sämtlicher Gemeindebevollmächtigten, Magistrats- und Stadträte wird z. Z. von Stadtrat i. R. Andreas Staudt erarbeitet.
1130) Freudenthal 153
1131) Genschel 7
1132) Sombart VIII
1133) Genschel 8 f.
1134) Genschel 10
1135) Sombart 219 ff.
1136) Genschel 23 f.
1137) Im folgenden stütze ich mich vor allem auf die durch die Angaben in den Adreßbüchern bestätigten Mitteilungen von Herrn Werner Fleischmann, Nürnberg, einem ausgezeichneten Kenner jüdischer Firmen vor und nach dem ersten Weltkrieg; vorarbeitende Untersuchungen fehlen gänzlich. Jegel nennt jüdische Privatbanken, den Anteil der Juden an der wirtschaftlichen Entwicklung Nürnbergs stellt er aber nicht heraus.
1138) Jegel 311
1139) Steffan, Franz: Die bayerische Staatsbank 1780—1930, München 1930, S. 146
1140) Jegel 91
1141) Jegel 318
1142) Mayer-Dinkel, Albert: Der Nürnberger Hopfenhandel, Nbg. o. J. S. 5 f. Ehrenbacher, Robert: Die Geschichte des fränkischen Hopfenbaues, Nbg. 1915
1143) Jegel 194
1144) Hanns Hilpert: Ignaz Bing, in: Nürnberger Gestalten aus neun Jahrhunderten, hrsg. vom Stadtrat zu Nürnberg, Nürnberg 1950, S. 202 f. Über die Bing-Werke außerdem: Jubiläumsschrift der Fa. Gebr. Bing, Nürnberg 1892; Beck, Louis Konstantin: Bayerns Großindustrie und Großhandel, Nürnberg 1895
1145) StadtAN Stadtchronik 1905 S. 439 f.
1146) Freudenthal 149 Anm. 3
1147) Mainzer, Julius: Das Leben im Sonderkindergarten, München 1929
1148) vgl. „In memoriam Dr. Alexander Frankenburger", hrsg. von der Landesversicherungsanstalt Ober- und Mittelfranken, Nürnberg 1966
1149) Freudenthal 153
1150) Lebensläufe aus Franken, hrsg. von Anton Chroust, Bd. II, Würzburg 1922, S. 25 ff.
1151) vgl. Mummenhoff, Ernst: Der Neptunbrunnen zu Nürnberg, seine Entstehung und Geschichte, Nürnberg 1902

1152) Freudenthal 175
1153) Gerhard 110
1154) Genschel 11
1155) Genschel 17
1156) Adler, Juden in Deutschland 95
1157) Ehrlich in „Judenfeindschaft" 224
1158) StadtAN HR V d 15 Nr. 1820
1159) Ehrlich in „Judenfeindschaft" 234
1160) de Lagarde, Paul: Juden und Indogermanen, Göttingen 1888, S. 339
1161) „Allgemeine Zeitung des Judentums" 66. Jg. 1902, Nr. 4, 5
1162) ebenda
1163) ebenda
1164) Leicht nachzuweisen durch NSDAP-Stimmen vor 1933; vgl. Hofmann, Hanns Hubert: Ländliches Judentum in Franken, in: Tribüne — Zeitschrift zum Verständnis des Judentums, 7. Jg. 1968 Heft 27, S. 2890—2905
1165) StadtAN HR V d 15 Nr. 1820
1166) „Allgemeine Evangelisch-Lutherische Kirchenzeitung", Leipzig, 7. Jg. 1874, Nr. 39; Entgegnung in der „Allgemeinen Zeitung des Judentums" 39. Jg. 1874, Nr. 45
1167) Freudenthal 15; „Allgemeine Zeitung des Judentums" 39. Jg. 1874, Nr. 12
1168) Freudenthal 73
1169) Freudenthal 93
1170) Jäger, Johannes: Steht im Talmud etwas über Fleisch- und Fettbesudeln? Gerolzhofen 1900
1171) Adler, Juden in Deutschland 130 f.
1172) Adler, Juden in Deutschland 135
1173) Freudenthal 156 f. und Anm. 32—34
1174) Freudenthal 157
1175) entfällt
1176) Niekisch, Ernst: Gewagtes Leben. Begegnungen und Erlebnisse, Köln-Berlin 1958, S. 282 f.; dazu Solleder, Fridolin (Hrsg.): Vier Jahre Westfront. Geschichte des Regiments List, München 1932, S. 370, und die freundliche Mitteilung von Frau Klara Marx, geb. Gutmann, Schwester von Hugo Gutmann, Quintana 2055 Olives I. C.G.B.M. Prov. Buenos Aires, Argentina
1177) Kriegsgedenkbuch der israelitischen Kultusgemeinde Nürnberg, hrsg. von Max Freudenthal, Nürnberg 1920
1178) ebenda 10 f.
1179) Freudenthal 163; „Allgemeine Zeitung des Judentums" 78. Jg. 1914, Nr. 42
1180) Freudenthal 161
1181) Adler, Juden in Deutschland 137

Anmerkungen

2. Teil

[1]) Adler, Juden in Deutschland 144
[2]) Freudenthal 163
[3]) Freudenthal 164
[4]) „Fränkischer Kurier" 10. 11. 1918
[5]) Gärtner 255
[6]) Der Verein wurde beim Registergericht in Nürnberg nicht eingetragen. Auch Nachforschungen im Stadtarchiv und bei der Kultusgemeinde blieben erfolglos.
[7]) „Fränkischer Kurier" 14. 1. 1919
[8]) ebenda 28. 3. 1919
[9]) StadtAN Stadtchronik 1919 S. 270
[10]) Protokollbuch der Kultusgemeinde. Bd. IV S. 97 f.
[11]) Freudenthal 165
[12]) Gärtner 307
[13]) Gärtner 312
[14]) StadtAN Stadtchronik 1920 S. 227 (Zeitungsbericht)
[15]) Gärtner 318 f.
[16]) HSTAM Sonderabgabe I (= NSDAP Hauptarchiv) Folder Nr. 1477 Bl. 60, 67
[17]) ebenda Bl. 66
[18]) ebenda Bl. 74, 77, 78
[19]) Julius Streicher wurde am 12. 2. 1885 als Sohn eines Lehrers in Fleinhausen (Lkr. Augsburg) geboren. Er selbst wurde auch Lehrer an Volksschulen und trat 1909 in Nürnberg in den Dienst. Er nahm 1914—1918 am Weltkrieg teil, der Nürnberger Jude Dr. Leopold Landenberger wurde im 6. bayer. Res.-Inf.-Rgt., 10. bayer. Inf.-Div., sein Vorgesetzter. (Freundliche Mitteilung von Herrn Dr. Leopold Landenberger, 280 Broadway, New York 7 N. Y. USA)
[20]) Holz, Karl: Der Freiheitskampf in Franken, Nürnberg 1933, S. 4 f.; Preiß 39 f.; Rühl 42 f.
[21]) Gareis förderte wiederholt die Völkischen. Am 30. Mai 1923 sah sich der Stadtrat veranlaßt, Protest gegen die einseitige Anwendung der bayerischen Notverordnung durch das Nürnberger staatliche Polizeiamt zu erheben: Gärtner 343
[22]) StadtAN Stadtchronik 1922 S. 312 (Zeitungsbericht)
[23]) Hitler, Adolf: Mein Kampf, München 1936, S. 575. Von Werner Richter ist 1968 eine (Erlanger) Dissertation zu erwarten mit dem Thema: Julius Streicher — Ideologie und politischer Weg eines Antisemiten
[24]) Preiß 69
[25]) Preiß 69 f.
[26]) Preiß 70 f.
[27]) Kolb 35
[28]) In den 20er Jahren kamen neben dem „Stürmer" noch zwei andere antisemitische Blätter in Nürnberg heraus, „Der wahre Isaak" („Nationale humoristische Halbmonatsschrift") und „Der Nürnberger Sherlock Holmes" („Deutsche Kriminal- und Detektivzeitung"), die im Niveau etwas über dem „Stürmer" standen, jedoch zu keiner größeren Bedeutung gelangten.
[29]) Preiß 82
[30]) „Bayern und Reich" Nr. 21, 8. 9. 1923
[31]) „Völkischer Beobachter" Nr. 175, 4. 9. 1923
[32]) Preiß 82

33) StadtAN Stadtchronik 1923 S. 5 (Zeitungsbericht)
34) Kolb 37; bereits im März 1923 hatte sich eine Abordnung des Verbandes der Bayerischen Israelitischen Kultusgemeinden veranlaßt gesehen, beim bayerischen Ministerpräsidenten von Knilling vorstellig zu werden und u. a. zu erklären: „Die jüdische Bevölkerung in Bayern ... verlangt den Rechtsschutz der Behörden. Seit Monaten werden durch gewalttätiges und aufreizendes Vorgehen nationalsozialistischer und völkischer Kreise, durch öffentliche Anschläge und in der Presse, durch öffentliche Versammlungen und terroristische Einzelakte, durch Schmähungen und Verleumdungen, durch Drohungen und die Vorbereitung zu ihrer Verwirklichung, Ehre, Existenz und friedliche Betätigung in Beruf und Gesellschaft gefährdet und verletzt ... Die Bedrohung der jüdischen Mitbürger hat neuerlich einen Grad erreicht, daß das Verlangen nach Rechtsschutz gegenüber der Staatsregierung unmittelbar erhoben werden muß." (Bayer. Staatsanzeiger 20. 3. 1923)
35) Heiber, Reichsinstitut 15 ff., 416, 468 f.
36) StadtAN Stadtchronik 1924 S. 633, 636 (Zeitungsbericht)
37) ebenda 1923 S. 144; 1925 S. 107 (Zeitungsberichte); Preiß 76
38) „Fränkischer Kurier" 21. 12. 1934; 3. 3. 1925
39) StadtAN Stadtchronik 1925 S. 6 (Zeitungsbericht)
40) „Fränkischer Kurier" 19. 3. 1925
41) StadtAN Stadtchronik 1925 S. 237 (Zeitungsbericht)
42) C(entral)-V(ereins)-Zeitung 1925 Nr. 11
43) „Der Stürmer" 1925 Nr. 37
44) StadtAN Stadtchronik 1925 S. 609 (Zeitungsbericht)
45) ebenda 1929 S. 674, 689 (Zeitungsberichte)
46) „Der Stürmer" 1929 Nr. 12, 22
47) ebenda; Protokollbuch der Kultusgemeinde Bd. V S. 362
48) Rühl 114, 119 ff.
49) Rühl 137
50) „Der Stürmer" 1932 Nr. 33
51) Rühl 109 ff.
52) Rühl 147
53) C(entral)-V(ereins)-Zeitung 1926 Nr. 30
54) ebenda
55) C.-V.-Zeitung 1927 Nr. 40
56) StadtAN Stadtchronik 1929 S. 484 ff. (Zeitungsbericht)
57) Beispiele aus dem Jahr 1929: Nr. 234 (10. 10.), 238 (15. 10.), 252 (31. 10.), 253 (1. 11.), 263 (14. 11.), 266 (18. 11.), 280 (4. 12.)
58) Evang. Gemeindeblatt Nürnberg Jg. 1926 Nr. 33, 34, 35
58a) vgl. Matthias Simon: Hans Meiser, in: Lebensläufe aus Franken, Bd. 6, Würzburg 1960
59) StadtAN Stadtchronik 1927 S. 460 ff. (Zeitungsberichte)
60) C.-V.-Zeitung 1927 Nr. 34; auch im Bericht der Polizeidirektion Nürnberg an das Innenministerium vom 24. 8. 1927 wird dieses Vorkommnis erwähnt: HSTAM Sonderabgabe I (= NSDAP Hauptarchiv) Folder Nr. 1781
61) ebenda
62) StadtAN Stadtchronik 1929 S. 484 ff. (Zeitungsberichte)
63) HSTAM Sonderabgabe I (= NSDAP Hauptarchiv) Folder Nr. 1781 (Presse- und Polizeiberichte)
64) Kolb 45
65) Kolb 48

66) Protokollbuch der Kultusgemeinde Bd. V S. 364 f.
67) StadtAN Stadtchronik 1929 S. 789
68) C.-V.-Zeitung 1929 Nr. 46, 48
69) Protokollbuch der Kultusgemeinde Bd. V S. 384 f.
70) Franke 108
71) StadtAN Stadtchronik 1930 S. 128
72) ebenda 1932 S. 890
73) Protokollbuch der Kultusgemeinde Bd. V S. 467 f.
74) ebenda S. 471
75) ebenda S. 484
76) „Der Israelit", Jg. 1932 Nr. 30
77) „Nürnberg-Fürther israelit. Gemeindeblatt" 1932 Nr. 3 S. 49
78) „Der Stürmer" 1932 Nr. 16
79) „Nürnberg-Fürther israelit. Gemeindeblatt" 1932 Nr. 3 S. 49 f.
80) StAN Landgericht Nürnberg, Staatsanwaltschaft Nr. 27
81) ebenda
82) C.-V.-Zeitung, August 1927
83) ebenda
84) ebenda
85) ebenda S. 93 f.
86) ebenda S. 132
87) Kolb 25 f.
88) Franke 107
89) Adler, Juden in Deutschland 147
90) Jakob Wassermann: Mein Weg als Deutscher und Jude, Berlin 1921, S. 122 f.
91) Adler, Juden in Deutschland 106
92) Ehrlich in „Judenfeindschaft" 246; Franke 107
93) Rückel 42 ff.
94) ebenda 81
95) C.-V.-Zeitung 1925 4. Jg. Nr. 72
96) Genschel 14, 17 f.
97) Zielenziger, Kurt: Juden in der Wirtschaft, Berlin 1930, S. 275
98) Adler, Juden in Deutschland 145
99) Reichmann, Eva G.: Die Flucht in den Haß, Frankfurt/M o. J.
100) Genschel 26 Anm. 2
101) Kolb 126 ff.; Adreßbuch des Jahres 1930
102) Genschel 20, Anhang 1, Tab. IX
103) Kolb 135 ff.; Adreßbuch 1930
104) Adler 160
105) Sartre, Jean Paul: Betrachtungen zur Judenfrage, Zürich 1948 S. 7
106) „Nürnberger Nachrichten" und „Nürnberger Zeitung" 12. 11. 1965
107) Stadtbibl. Nbg., Arbeitspläne der städt. Volkshochschule
108) Bergler, Georg: Student in Nürnberg, Nürnberg 1965
109) Protokollbuch der Kultusgemeinde Bd. V 1929 S. 340, 361, 374; 1930 S. 407 f.; 1931 S. 427, 443; 1932 S. 455, 458 f.
110) „Nürnberg-Fürther israelit. Gemeindeblatt" 1932 Nr. 1, 2, 3
111) Gemeindeblatt 1932 Nr. 7
112) Kolb 107
113) Kolb 42, 112; Protokollbuch der Kultusgemeinde Bd. V 1925 S. 210 ff., 214, 228
114) Kolb 49; Protokollbuch der Kultusgemeinde Bd. V 1925 S. 218; 1930 S. 402

115) Protokollbuch Bd. V 1931 S. 438
116) Kolb 50; Protokollbuch Bd. V 1926 S. 240; 1930 S. 399; 1931 S. 416
117) Freudenthal 48 f.
118) Kolb 40
119) Kolb 45; Protokollbuch Bd. V 1927 S. 297; Überblick 10. 3. 1932 S. 463
120) Kolb 48; Protokollbuch Bd. V 1930 S. 392 f.
121) Protokollbuch Bd. V 1932 S. 466 f.
122) Kolb 45; Protokollbuch Bd. V 1928 S. 332; 1930 S. 410 f.
123) Freudenthal 112 ff.; Protokollbuch Bd. V 1932 S. 457
124) „Der Israelit" („Centralorgan für das orthodoxe Judentum") 1930 Nr. 12
125) ebenda 1931 Nr. 39/40
126) „Blätter der Landesorganisation der Agudas Jisroel in Deutschland" (dem „Israelit" beigeheftet) 1932 Nr. 9
127) „Der Israelit" 1933 Nr. 52. Weitere Quellen zur Geschichte der Adas Israel-Gemeinde befinden sich in „The Jewish Historical General Archives", Jerusalem; Quellen über die Gesamtgemeinde finden sich dort jedoch nicht.
128) StadtAN HR V d 15 Nr. 3719
129) StadtAN Stadtchronik 1911 S. 335
130) „Fränkischer Kurier" 28. 3. 1919
131) „Jüdische Rundschau" Jg. 1931, Nr. 60, Jg. 1932 Nr. 100
132) ebenda 1932 Nr. 84
133) Protokollbuch Bd. V 1925 S. 219; 1926 S. 235; Gemeindeblatt 1932 Nr. 9
134) Gemeindeblatt 1932 Nr. 1
135) ebenda 1932 Nr. 1; 1933 Nr. 2; 1932 Nr. 9; StadtAN HR V d 15 Nr. 7026
136) Gemeindeblatt 1932 Nr. 10; Protokollbuch Bd. V 1929 S. 361, 368
137) Protokollbuch Bd. V 1926 S. 245
138) Freudenthal 48; Protokollbuch der Kultusgemeinde Bd. V S. 457
139) Freudenthal 143 f.; Kolb 118; Protokollbuch Bd. V 1929 S. 361. Einer der Betsäle befand sich in der Kanalstraße: Protokollbuch Bd. V S. 278
140) Kolb 44, 51, 112; Protokollbuch Bd. V 1927 S. 289; 1929 S. 340, 342, 361; 1930 S. 374
141) Freudenthal 143 f.; Kolb 33, 37
142) Protokollbuch Bd. V 1925 S. 216; 1926 S. 247; 1930 S. 407 f.
143) ebenda 1931 S. 427; 1932 S. 454
144) Kolb 41, 49
145) Gemeindeblatt 1932 Nr. 9
146) Kolb 46
147) Protokollbuch Bd. V 1932 S. 349 ff.
148) Gemeindeblatt 1932 Nr. 3
149) StadtAN HR V d 15 Nr. 5545; Protokollbuch Bd. V 1929 S. 368, 340; Gemeindeblatt 1932 Nr. 1
150) C.-V.-Zeitung 1929 8. Jg. Nr. 46, 48; Gemeindeblatt 1932 Nr. 5; 1933 Nr. 1
151) Gemeindeblatt 1932 Nr. 1, 6, 7, 9
152) C.-V.-Zeitung 1927 6. Jg. Nr. 25, 37
153) Gemeindeblatt 1932 Nr. 7
154) Kolb 124 f.
155) Kolb 46; Protokollbuch Bd. V 1928 S. 309
156) Kolb 44; Protokollbuch Bd. V 1929 S. 370
157) StadtAN HR V c 17 Nr. 33 Nachtrag 1
158) Protokollbuch Bd. V 1925 S. 209 f.; 1928 S. 324; 1929 S. 334

159) Protokollbuch Bd. V 1929 S. 348; Kolb 118; Protokollbuch Bd. V Überblick 10. 3. 1932 S. 363
160) Freudenthal 59; Statistisches Amt Nürnberg
161) C.-V.-Zeitung 1926 5. Jg. Nr. 17
162) Gemeindeblatt 1933 Nr. 2
163) Kurt v. Schröder, Kölner Bankier; vgl. Gerald Reitlinger: Die SS, Tragödie einer deutschen Epoche, Wien-München-Basel 1956, S. 36 f.
164) StadtAN QNG Nr. 405
165) Rühl 70
166) Heiden Bd. I S. 406
167) „Nürnberger Zeitung" und „Fränkischer Kurier" 27. 3. 1933
168) ebenda 31. 3. 1933
169) „Nürnberger Zeitung" 1. und 3. 4. 1933; „Fränkischer Kurier" 1. und 2. 4. 1933
170) Kolb 26
171) „C.-V.-Zeitung" 30. 3. 1933; Lamm 338; Gemeindeblatt 1933 Nr. 2
172) Kolb 26
173) Genschel 58 f.
174) „Fränkischer Kurier" 1. 4. 1933; Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. 4. 1933, RGBl. 1933 I S. 175 f.
175) Freundl. Mitteilung von Prof. Nathan, 200 East 66th Street, New York N. Y. 10021
176) „Fränkischer Kurier" 1. 4. 1933
177) vgl. Julius Mainzer: Das Leben im Sonderkindergarten, München 1929
178) Freundl. Mitteilung von Frau Anna Steuerwald-Landmann, Nürnberg
179) „Fränkischer Kurier" 1. 4. 1933
180) Freundl. Mitteilung von Frau Elsbeth Georgi, Basel, Nonnenweg 31. Als Frau Dr. Georgi einige Zeit später Dr. Plank in seiner Privatwohnung aufsuchte, begegnete er ihr freundlich, gewährte ihr einen erbetenen Urlaub und gab ihr den Rat, einige Wochen fortzubleiben. Er glaubte, die Situation werde sich dann wieder „normalisiert" haben.
181) Freundl. Mitteilung von Stadtmedizinaldirektor i. R. Dr. Hans Oster, Nürnberg. Schon vor der „Machtergreifung" wurde gegen Dr. Oster intrigiert, da behauptet wurde, er sei Jude.
182) Freundl. Mitteilung von Frau Anna Steuerwald-Landmann, Nürnberg. Frau Steuerwald war schon in der Zeit der Weimarer Republik im „Fränkischen Kurier" und im „Stürmer" angegriffen worden. Dr. Richard Steuerwald mußte wegen seiner politischen Tätigkeit 7½ Monate im Gefängnis verbringen. 1947 kehrte die Familie zurück, Dr. Steuerwald wurde als Direktor der städt. Heime eingesetzt, er verstarb 1956.
183) „Deutsche Blätter", Heft 6, 1943, herausgegeben in Santiago de Chile
184) Freundliche Mitteilung von Rechtsanwalt Cromwell, Nürnberg
185) RGBl. 1933 I S. 188
186) StadtAN QNG Nr. 405, S. 5 f.
187) RGBl. 1933 I S. 222, 350
188) Interview des Stadtchronisten Dr. Häußler mit Bürgermeister Haas, Nürnberg, am 1. 2. 1966
189) StadtAN Akten des Direktoriums A, Nr. 7, vollständiger Abdruck mit Namen in „Schicksal" Dok. Nr. 4
190) Freundliche Mitteilung von Kirchenrat Karl Geuder, Mittenwald
191) Gemeindeblatt 1933 Nr. 3
192) „Der Israelit" Jg. 1933 Nr. 25

193) „Fränkischer Kurier" 4. 8. 1933
194) StadtAN Stadtchronik 1933 S. 235
195) Gemeindeblatt 1933 Nr. 3
196) ebenda
197) Kolb 26 ff.
198) Interview des Stadtchronisten Dr. Häußler mit Wilhelm Riepekohl, ehem. Hauptschriftleiter der „Fränkischen Tagespost", Februar 1966
199) Burkhard, Hugo: Tanz mal Jude, Nürnberg 1966, S. 204 ff.
200) Interview des Stadtchronisten Dr. Häußler mit Bürgermeister Haas, Nürnberg, am 1. 2. 1966
201) Burkhard 24 f., 40 f., 52 f., 59
202) ebenda 83, 84
203) IMT Bd. XXVIII, Bericht der Göring-Kommission 155
204) Kolb 28
205) Freundliche Mitteilung von Herrn Ernest A. A. Noymer, 249 — 24 Cambria Avenue, Little Neck, New York 11362. Brief vom 26. 11. 1965, Stadtarchiv Nürnberg
206) Wegner 95
207) Kolb 28
208) Amtsblatt der Stadt Nürnberg vom 28. 3. 1940; Mitteilung des Statistischen Amtes Nürnberg
209) BFDA/F
210) Genschel 68 f., 73 f.
211) Kolb 28
212) „Wie Streicher gestürzt wurde", „Neuer Kurier" 1949 XI. 21.
213) Genschel 90 f.
214) ebenda 91, Anm. 133
215) Deutschland-Berichte der SPD, Paris 1938/2, A S. 70 ff. im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, München, zitiert nach Uhlig 205
216) Uhlig 176
217) Aktennotiz im Archiv der Fa. Merkur AG, Nürnberg, zitiert nach Uhlig, Anm. 552
218) Uhlig 176
219) BFDA/F
220) ebenda
221) StadtAN QNG Nr. 405 (Ms. Blum)
222) Im wesentlichen erst nach der Kristallnacht. Freundl. Mitteilung von Landgerichtsdirektor Pfeuffer, Nürnberg
223) StadtAN QNG Nr. 405 S. 7 ff. (Ms. Blum)
224) BFDA/F
225) ebenda
226) ebenda
227) „Neuer Kurier" 22. 9. 1949; Rühl 73
228) Gemeindeblatt 1933 Nr. 8
229) BFDA/F
230) ebenda
231) ebenda
232) STAN Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vorl. Nr. 200
233) ebenda
234) ebenda
235) ebenda
236) ebenda

237) ebenda
238) Gemeindeblatt 1935 Nr. 9
239) ebenda Nr. 10
240) ebenda 1933 Nr. 9
241) ebenda 1934 Nr. 11
242) ebenda 1935 Nr. 5
243) ebenda 1935 Nr. 5
244) ebenda 1935 Nr. 10
245) ebenda 1934 Nr. 11
246) ebenda 1935 Nr. 9
247) „C.-V.-Zeitung" 1938 IV 28
248) „Riga'sche Rundschau" 19. 5. 1936, nach Wiener Library, London
249) „C.-V.-Zeitung" 29. 7. 1937
250) Genschel 108
251) ebenda 109
252) ebenda 112 f.
253) Lösener 262 ff.; Schicksal 50 ff., dort längerer Auszug
254) Lösener 277 ff.
255) Die Nürnberger Gesetze: Reichsbürgergesetz vom 15. 9. 1935, RGBl. 1935 I S. 1145; Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre, RGBl. 1935 I S. 1146; Erste Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. 9. 1935, RGBl. 1935 I S. 1333; Erste Verordnung zur Ausführung des Gesetzes zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre, RGBl. 1935 I S. 1334
256) Lösener 283
257) Bei Kolb irrtümlich „Volksgerichtshof"
258) Bei Kolb irrtümlich „Volksgerichtshof". Normalerweise kamen „Rassenschande"-Fälle vor das Landgericht
259) Kolb 33
260) Kolb 54
261) StadtAN QNG Nr. 405 S. 6 f. (Ms. Blum)
262) La Folette, Charles M.: Der Nürnberger Prozeß gegen führende Juristen des Dritten Reiches, Stuttgart 1948, S. 14
263) ebenda 39 f.
264) Poliakov-Wulf 269
265) Oberlandesgericht Nürnberg, Akten des Sondergerichts Nürnberg 22/40
266) Kolb 161
267) Reichsministerialblatt Nr. 33 vom 5. 8. 1938
268) Kolb 59 f.
269) StadtAN Stadtratsprotokoll vom 3. 8. 1938 (öffentlich)
270) StadtAN Stadtratsprotokoll vom 3. 8. 1938 (geheim)
271) „Fränkische Tageszeitung" 11. 8. 1938
272) Kolb 60/7
273) ebenda 61
274) Jüdisches Lexikon Bd. IV/2, Berlin 1930, S. 986
275) Gutachten Mummenhoffs in der städt. Bildstelle, Haus Wunderburggasse 8. Stein und Inschrift waren bereits Würfel bekannt: Würfel, Historische Nachricht 55
276) Protokollbuch der Kultusgemeinde. Bd. II 258
277) ebenda 266, 267 f.
278) Freudenthal 13, Text dort in etwas veränderter Form; die Platte mit der Inschrift heute im Altstadtmuseum neben dem „Judenstein".

279) Kolb 60/7 f.
280) ebenda
281) StadtAN Stadtchronik 1938 S. 270
282) RGBl. 1938 I S. 414; die anderen Gesetze und Verordnungen auch bei Blau, Ausnahmerecht; Überblick über die Gesamtsituation bei Ball-Kaduri S. 125 ff.
283) Kolb 62 f.
284) Graml 17
285) So der Bericht des Obersten Parteigerichts an Göring, nach Graml 24
286) Graml 28 f.
287) Wegner 96 f.
288) Kolb 63 ff., 29 ff.; die Angaben Kolbs wurden u. a. bestätigt von Dr. Fred Blum: StadtAN QNG Nr. 405 S. 16 f., Frau Meira Jerusalem: StadtAN QNG Nr. 274 und Frau Jette Becker, 290 Whitehall Road, Albany N.Y., USA.
289) Bericht Otto Fischers: Schicksal 61. Das Protokoll der Stadtratssitzungen enthält keine Aufzeichnungen darüber, die Angelegenheit wurde wahrscheinlich unterschlagen. Die Kultusgemeinde Nürnberg besitzt noch einige Leichenschauscheine der an den Folgen der Progromnacht Verstorbenen, so von Paul Lebrecht (Todesursache „Schlägerei") und der Brüder Dr. Alexander und Bernhard Frankenburger.
290) STAN, Familienarchiv Ludwig von Rudolph. Abschrift eines Briefes von Gutmann (der in den USA den Namen Henry G. Grant annahm) an Dr. Joseph Drexel, Nürnberg, vom 6. 11. 1946. Dort auch über die Auswanderung der Familie Gutmann über Belgien, Frankreich, Spanien und Portugal nach den USA.
291) Schicksal 61. Der Bericht wurde von Herrn Fritz Nadler, Nürnberg, als Vorabdruck einer geplanten Veröffentlichung über die Geschichte Nürnbergs 1939—1943 zur Verfügung gestellt.
292) „Fränkischer Kurier" 11. 9. 1938
293) Graml 51
294) RGBl. 1938 I S. 1581
295) Dokument des Hauptkriegsverbrecherprozesses in Nürnberg PS 3063, Genschel 178
296) Wegner 97
297) Wegner 98
298) Wegner 95
299) Freundliche Mitteilung von Kirchenrat Karl Geuder, Mittenwald
300) IMT Bd. XXVIII S. 96 ff., 120 ff. (Seitenzahlen nach dem Göring-Kommissions-Bericht); Genschel 241
301) Landgericht Nürnberg, Wiedergutmachungskammer, KWT-Akt
302) ebenda; zum Fall Kaufhaus „Weißer Turm" vgl. auch IMT Bd. XXVIII S. 186 f., 210 ff., 263 f.; Genschel 242, Anm. 116
303) Landgericht Nürnberg, Wiedergutmachungskammer, Arisierungsliste der Stadt Nürnberg; IMT Bd. XXVIII S. 118 f.; Genschel 242, Anm. 116
304) Landgericht Nürnberg, Wiedergutmachungskammer, Arisierungsliste der Stadt Nürnberg
305) ebenda; Genschel 242, Anm. 116; IMT Bd. XXVIII S. 116 f.
306) IMT Bd. XXVIII S. 110 ff.; Genschel 242, Anm. 116; Landgericht Nürnberg, Wiedergutmachungskammer, Arisierungsliste der Stadt Nürnberg
307) Genschel 242, Anm. 116; IMT Bd. XXVIII S. 108, 119 f.
308) StadtAN QNG Nr. 405 (Ms. Blum)
309) Institut für Zeitgeschichte, München, Mikrofilm MA 612
310) Kolb 31 f.
311) StadtAN QNG Nr. 274 S. 4 ff. (Ms. Frau Jerusalems, der Tochter von Dr. Schloß)

312) IMT Bd. XXVII S. 13 ff.; STAN Dok. der Untersuchungskommission PS 406; Genschel 243
313) IMT Bd. XXVIII S. 40 ff., 47 ff.; Genschel 244
314) IMT Bd. XXVIII S. 20 f.; Genschel 244 f., 245 Anm. 133
315) IMT Bd. XXVIII S. 62
316) ebenda 58 ff.
317) Genschel 245
318) IMT Bd. XXVIII S. 290
319) BFDA/F, Sonderheft „Einrichtungsgegenstände"
320) IMT Bd. XXVIII S. 275; BFDA/F, Sonderheft „Kraftfahrzeuge"
321) IMT Bd. XXVIII S. 272 f.
322) Genschel 248
323) Graml 58 f.
324) RGBl. 1938 I S. 1579
325) ebenda 1709
326) Genschel 186, 197, 189
327) Genschel 209
328) Kolb 65
329) IMT Bd. XXV S. 376; Genschel 200
330) Graml 62
331) Amtsblatt der Stadt Nürnberg 28. 3. 1940
332) Wegner 99
333) StadtAN QNG Nr. 405 S. 16 f. (Ms. Blum)
334) Kolb 72, 73
335) „Nürnberger Nachrichten" 30. 4. 1964
336) IMT Bd. XXVIII S. 148 f.
337) ebenda 153; vgl. auch Bd. V S. 125 f.; Rühl 81 ff.
338) „Neuer Kurier" 22. 9. 1949; Martin bei Wegner 4 ff.
339) IMT Bd. I S. 340 ff., 412; Bd. XXII S. 622 ff., 672; Rühl 85 ff.
340) Wegner 86 ff.
341) Wegner 89
342) „Der Stürmer" war jedoch immer im Privatbesitz Streichers und durfte im Kopf nie das Hoheitszeichen führen; bis einschließlich 1934 wurde er jedoch in den Jahrbüchern der Partei als Parteiorgan aufgeführt, vgl. „How Popular was Streicher?" in: The Wiener Library Bulletin Vol XI Nos. 5—6, London 1957; Rühl 194
343) Dietrich, Otto: 12 Jahre mit Hitler, München 1955, S. 56; IMT Bd. XII S. 185 f.; Rühl 193 ff.
344) „Der Stürmer" 1937 Nr. 37
345) ebenda 1938 Nr. 3
346) Rühl 197
347) ebenda
348) „Der Stürmer" 1937 Nr. 14
349) Rauschning, Hermann: Gespräche mit Hitler, Zürich, Wien, New York 1940, S. 223
350) HSTAM Sonderabgabe I (= NSDAP Hauptarchiv) Folder Nr. 1890
351) ebenda
352) ebenda
353) Rühl 169 f.
354) StadtAN Stürmer-Archiv XXI Nr. 16
355) Alle Zitate ebenda
356) „Der Stürmer" 1936 Nr. 1

357) „Der Stürmer" 1935 Nr. 34
358) „Der Stürmer" 1936 Nr. 16; Rühl 182
359) z. B. „Der Stürmer" 1934 Nr. 29, 1935 Nr. 19, 35; Rühl 181
360) „Der Stürmer" 1934 Nr. 29
361) Fink, Fritz: Die Judenfrage im Unterricht, Nürnberg 1937
362) ebenda 5
363) ebenda 6 f.
364) Bauer, Elvira: Trau keinem Fuchs auf grüner Heid und keinem Jud bei seinem Eid, Nürnberg 1935
365) Hiemer, Ernst: Der Giftpilz, Nürnberg 1938
366) RGBl. 1933 I S. 225
367) Gemeindeblatt 1934 Nr. 11
368) ebenda Nr. 7
369) Kolb 113 f.
370) Gemeindeblatt 1934 Nr. 8
371) ebenda 1935 Nr. 2
372) „Der Weltkampf" Juni 1936 S. 241 ff.
373) „Der Stürmer" 1935 Nr. 22
374) „Der Weltkampf" Juni 1936
375) Kolb 113
376) Kolb 114
377) Gemeindeblatt 1934 Nr. 1, 2, 3, 5
378) Kolb 108
379) Kolb 107
380) Kolb 108; dazu ein Brief von Dr. Kurt Metzger, jetzt 111 Jackson Avenue, Bradford, Penn. 16701, USA, in dem er uns am 16. Januar 1967 noch folgendes mitteilte: „Am 17. August 1939 erhielt ich mein amerikanisches Visum zur Auswanderung, wozu ich durch meinen Aufenthalt im KZ Buchenwald und unter Androhung sofortiger Zurückbringung dortselbst, falls ich nicht sobald als möglich auswandern würde, gezwungen wurde. Mit Genehmigung der Gestapo erhielt ich die Erlaubnis, die hohen Feiertage noch mit meiner Heimatgemeinde Nürnberg zu verbringen. Als am 1. September der Krieg ausbrach, wurde mir von vielen Seiten nahegelegt, über die Grenze zu gehen, da man nicht wüßte, was mit den Juden geschehen würde. Obwohl ich wußte, daß ich dem Ablauf des Geschickes irgendwelcher Natur keinen Einhalt gebieten konnte, verblieb ich auf meinem Posten, da ich befürchtete, daß meine Flucht eine verheerende Wirkung auf meine Gemeinde während der unsicheren Wochen nach dem Kriegsausbruch haben könnte. Nachdem nach einigen Wochen einigermaßen gesicherte Zustände eingetreten waren, verließ ich meine Heimatgemeinde als ihr letzter Rabbiner. Herr Kantor Kaufmann versah die Funktionen eines Rabbiners auf dem Friedhof bis zu seiner Auswanderung im Jahre 1941."
381) Kolb 108 f.
382) Gemeindeblatt 1933 Nr. 7; 1934 Nr. 6, 7
383) ebenda 1934 Nr. 7
384) Kolb 85 f., 93 = Schicksal 89, 94 f.
385) Gemeindeblatt 1935 Nr. 3
386) Kolb 84, 85, 93 f. = Schicksal 88, 89, 95
387) Kolb 81 = Schicksal 86
388) Gemeindeblatt 1933 Nr. 10
389) ebenda 1934 Nr. 11

[390]) ebenda 1935 Nr. 2
[391]) ebenda 1934 Nr. 10, 1935 Nr. 9
[392]) ebenda 1936 Nr. 11
[393]) Gemeindeblatt 1937 Nr. 5
[394]) ebenda
[395]) 1936—38 in vielen Nummern des Gemeindeblattes immer wieder erwähnt
[396]) Gemeindeblatt 1936 Nr. 1, 2, 4, 5, 8; 1937 Nr. 2, 9; 1938 Nr. 1, 5
[397]) ebenda 1938 Nr. 6
[398]) ebenda 1938 Nr. 11
[399]) ebenda 1938 Nr. 3
[400]) ebenda 1933 Nr. 9
[401]) ebenda 1934 Nr. 1
[402]) ebenda 1934 Nr. 11, 12; 1935 Nr. 11, 1; 1936 Nr. 12. Weiter lassen sich die Konzerte nicht verfolgen, da das Gemeindeblatt nur bis zu der letztgenannten Nummer greifbar ist.
[403]) „C.-V.-Zeitung" 1933 Nr. 9, 50
[404]) Gemeindeblatt 1933 Nr. 5
[405]) ebenda Nr. 12
[406]) ebenda Nr. 8
[407]) ebenda 1935 Nr. 2
[408]) ebenda 1933 Nr. 2
[409]) StadtAN HR V d 15 Nr. 5545
[410]) ebenda; Gemeindeblatt 1936 Nr. 9
[411]) Gemeindeblatt 1935 Nr. 6
[412]) StadtAN HR V d 15 Nr. 7133
[413]) StadtAN HR V d 15 Nr. 7133
[414]) Gemeindeblatt 1936 Nr. 1, 2, 4, 5; 1937 Nr. 12, 9; 1938 Nr. 12, 1, 2, 4, 6
[415]) Schicksal 71 ff.
[416]) Kolb 101 = Schicksal 98
[417]) Kolb 84 f. = Schicksal 88 f.
[418]) Kolb 119 ff.
[419]) Kolb 84 = Schicksal 88
[420]) Kolb 94 = Schicksal 95
[421]) Kolb 116
[422]) Kolb 96 = Schicksal 96
[423]) Kolb 92 = Schicksal 93 f.

k) Letzte Maßnahmen, Deportation und Vernichtung

[424]) Kolb 91 f. = Schicksal 93
[425]) Kolb 72
[426]) Paul Baruch in „Schicksal" 45
[427]) Kolb 72 f.
[428]) Ergänzung der Angaben Baruchs (Schicksal 45) durch Mitteilungen Bernhard Kolbs
[429]) Heute noch im Besitz Paul Baruchs, Nürnberg
[430]) Kolb 81 = Schicksal 96
[431]) Teilweise noch als Photokopien im Akt „Wiedergutmachung" des Polizeipräsidiums Nürnberg erhalten
[432]) Kolb 92, 93 = Schicksal 94, 95
[433]) Zitiert nach Rauschning 237
[434]) Brentano in „Antisemitismus" 59
[435]) Mitscherlich 178

436) ebenda 183
437) Hochheimer in „Antisemitismus" 88
438) Reitlinger 105 ff.
439) Baruch in „Schicksal" 44
440) Kolb 161
441) Burkhard 135
442) Israelitische Kultusgemeinde Nürnberg
443) Kolb 75 = Schicksal 80; Reitlinger 84 f.; Dokumente über die Verfolgung in Baden-Württemberg, 1966 Bd. II 231 ff.
444) Kolb 75 ff. = Schicksal 80 ff.
445) Diese Bestimmungen wurden den betroffenen Gemeindemitgliedern durch ein Mitteilungsblatt des Vorstands der Kultusgemeinde (Photokopie im Akt „Wiedergutmachung" des Polizeipräsidiums Nürnberg) zur Kenntnis gebracht.
446) Institut für Zeitgeschichte, München, Eich 1277
447) Kolb 78 ff. = Schicksal 83 ff.
448) Reitlinger 246 spricht von „mindestens 2400" Opfern
449) Reitlinger 101 ff., 107, 219, 242 ff.
450) BFDA/F, eidesstattliche Versicherung in einem Wiedergutmachungsverfahren für Familie Leopold; Schicksal 77 ff.
451) Kolb 138 ff.
452) Bei Kolb 145 ff. sind die Namen der Opfer dieses Transports genannt
453) Reitlinger 174
454) Institut für Zeitgeschichte, München, Eich 1281
455) Die Bestimmungen für diesen Transport wurden den Betroffenen wieder durch ein Merkblatt der Kultusgemeinde bekannt gegeben (Photokopie im Akt „Wiedergutmachung" des Polizeipräsidiums Nürnberg).
456) Kolb 81 ff. = Schicksal 86 ff.; H. G. Adler: Die verheimlichte Wahrheit, Tübingen 1958, S. 69 f.
457) Kolb 86 ff. = Schicksal 89 ff.
458) Kolb 88 ff. = Schicksal 91 ff.
459) Die Bestimmungen wurden wieder durch Mitteilungsblätter bekannt gegeben, als Ausgabestelle wird jetzt genannt: „Bezirksstelle Bayern der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Geschäftsstelle Nürnberg. Bernhard Israel Kolb" (Photokopien Polizeipräsidium Nürnberg, Akt „Wiedergutmachung").
460) Adler, Theresienstadt 118
461) Kolb 151 ff.
462) Kolb 96 = Schicksal 96
463) Kolb 160
464) Kolb 160, 94 = Schicksal 95
465) Kolb 96 = Schicksal 96
466) Kolb 160, 100 = Schicksal 97
467) Kolb 94 = Schicksal 95
468) Kolb, Nachtrag für die Zeit vom 9. 5. 1945 bis 17. 6. 1963, verfaßt von Paul Baruch. Hans Macht, Kriminalkommissar, Leiter des Referats II B, II P; Hartmuth Pulmer, SS-Obersturmbannführer, Leiter der Nürnberger Gestapo und Kripo (nach Unterlagen des Polizeipräsidiums Nürnberg).
469) Adler, Kampf gegen die Endlösung 56
470) Reitlinger 561
471) Kolb 100 = Schicksal 97
472) Adler, Kampf gegen die Endlösung 25, 16

[473]) Der Knochenberg der jüdischen Opfer beim Lager Stutthof wird auch in Günter Grass' Roman „Hundejahre" (Neuwied 1963) S. 367 ff. erwähnt.
[474]) BFDA/F; Schicksal 85
[475]) Kolb 80 f. = Schicksal 85
[476]) Kolb 100 f. = Schicksal 96, 97
[476a]) Bei Kolb zunächst 68, nach dessen späten Angaben vom Verf. geändert.
[477]) Kolb 162
[478]) Schicksal 100
[479]) van Dam in „Judentum" 896
[480]) ebenda 908
[481]) Die Angaben über die Gemeinde nach 1945 verdanke ich fast ausnahmslos Herrn Paul Baruch, dem 1. Vorsitzenden der Kultusgemeinde, der mir am 26. 10. 1966 ein längeres Interview gewährte.
[482]) van Dam in „Judentum" 913
[483]) Bis 1933 hatte bereits eine andere Straße Gerngros' Namen getragen.
[484]) Lüth, Erich in „Judentum" 917
[485]) Die Angaben verdanke ich der freundlichen Mitteilung von Schuldirektor Dr. Harald Straube, Schul- und Kulturreferat Nürnberg, der an der Vorlesungsreihe teilnahm.
[486]) van Dam in „Judentum" 912
[487]) Amtsblatt der Stadt Nürnberg, 24. Mai 1967, Nr. 21

Quellen und Literatur

Für die Arbeit wurde Material der nachstehend genannten Archive und Institutionen herangezogen. Besonders wichtige Bestände sind in folgendem aufgeführt. Im übrigen sind die Einzelakten jeweils in den entsprechenden Anmerkungen nachgewiesen (Abkürzungsverzeichnis bei den Anmerkungen).

Bayerische Staatsbibliothek München

Bezirksfinanzdirektion Ansbach, Außenstelle Fürth

Germanisches Nationalmuseum Nürnberg

Hauptstaatsarchiv München
- Nürnberg Reichsstadt, Urkunden
- Sonderabgabe I (= NSDAP Hauptarchiv)

Institut für Zeitgeschichte München

Israelitische Kultusgemeinde Nürnberg

Jewish Historical General Archives Jerusalem

Landeskirchliches Archiv Nürnberg

Polizeipräsidium Nürnberg

Staatsarchiv Nürnberg
- Kaiserprivilegien
- Ratsverlässe
- Briefbücher
- A-, D-Akten und Urkunden
- Fränkische Kreistagsakten, Ansbacher Serie
- Polizeidirektion Nürnberg-Fürth
- Regierungsabgabe 1932, Judensachen

Stadtarchiv Nürnberg
- Urkundenreihe
- Mandate
- Handelsvorstand
- Ältere Magistratsratsregistratur 1818—1837
- Hauptregistratur 1837 ff.
- Kollegium der Gemeindebevollmächtigten
- Stadtchronik
- Quellen und Forschungen zur Nürnberger Geschichte

Stadtbibliothek Nürnberg

Wiedergutmachungskammer beim Landgericht Nürnberg

Wiener Library London

Quellenschriften

Die Acht-, Verbots- und Fehdebücher Nürnbergs von 1285—1400, bearb. von Schultheiß, Werner; Quellen und Forsch. zur Gesch. der Stadt Nürnberg Bd. 2, Nürnberg 1960.

Aronius, Julius: Regesten zur Geschichte der Juden im Fränkischen und Deutschen Reiche bis zum Jahre 1273, Berlin 1902.

Ausführlicher Bericht von denen Juden, so in der Stadt Nürnberg gewohnet, von ihren Freyheiten, auch wasgestalten sie ausgetrieben, und daher erfolgten Monte Pietatis, Nürnberg 1732.

Beiträge, urkundliche, über die Stellung der Päpste zu den Juden, Hrsg. Stern, Moritz, Heft 1 und 2, Kiel 1893 und 1895.

Chroniken der deutschen Städte vom 14. bis ins 16. Jahrhundert, Bd. 1, 2, 3, 5, 10; Leipzig 1872—74.

Ehrlich, Ernst L.: Geschichte der Juden von Deutschland (Geschichtliche Quellenschriften), Düsseldorf 1961.

Einnahmen- und Ausgaben-Register des Reichs-Kämmerers Conrad von Weinsberg von 1437 und 1438; Bibliothek des Literarischen Vereins in Stuttgart Bd. 18, Stuttgart 1850.

Hampe, Th.: Nürnberger Ratsverlässe über Kunst und Künstler im Zeitalter der Spätgotik und Renaissance, 3 Bde., Wien und Leipzig 1904.

Hirschmann, Gerhard: Archivalien zur Geschichte der Juden aus Beständen des Staatsarchivs Nürnberg (Regesten), Repertorium 323a des Staatsarchivs Nürnberg, 1950.

Hirschmann, Gerhard: Nürnbergs Handelsprivilegien, Zollfreiheiten und Verträge bis 1400, in: Beiträge zur Wirtschaftsgeschichte Nürnbergs, Bd. I, Nürnberg 1967 (zit. Hirschmann, Handelsprivilegien).

Historia Norimbergensis Diplomatica ... Bd. 1, Nürnberg 1738.

Hoescher, J.: Quellenbuch zur jüdischen Geschichte und Literatur, Frankfurt/M 1935.

IMT: siehe: Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher ...

Mansi, Johannes Dominicus: Collectio Sacrorum Conciliorum nova et amplissima, Bd. 29—31a, Venedig 1788—1798; Bd. 32, Paris und Leipzig 1901.

Monumenta Boica, Bd. 41, München 1872.

Monumenta Germaniae historica, Scriptores Bd. 17, 20, 24, Hannover 1861—79.

Nürnberger Urkundenbuch, Quellen und Forsch. zur Gesch. der Stadt Nürnberg Bd. I, hrsg. vom Stadtrat zu Nürnberg, bearb. vom Stadtarchiv Nürnberg 1959.

Oefele, Andreas Felix: Scriptores rerum Boicarum, Bd. 1, Augsburg 1763.

Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Bd. I—XLII, Nürnberg 1948; (zit. „IMT").

Quellen zur Handelsgeschichte der Stadt Nürnberg seit 1400, hrsg. von Biebinger, Wilhelm und Neukamm, Wilhelm, Bd. 1 Heft 1, Erlangen 1934.

Reformation der Stadt Nüremberg, Nürnberg 1484 und 1522.

Regesta sive Rerum Boicarum Autographa, Bd. 6, 9, 12, 13, München 1837—54.

Regesta Imperii ... Die Urkunden Kaiser Ludwigs des Baiern ..., bearb. von Böhmer, Johann Friedrich, Frankfurt/M 1839.

Regesta Imperii ... Die Regesten des Kaiserreichs unter Heinrich Raspe ..., bearb. von Böhmer, Johann Friedrich, Stuttgart 1844.

Regesta Imperii ... Die Regesten des Kaiserreichs unter Philipp ..., bearb. von Böhmer, Johann Friedrich.

Regesta chronologico — diplomatica Friderici III., Romanorum Imperatoris, bearb. von Chmel, Joseph, Wien 1859.

Regesta Imperii I, II, III, V, VI, VIII, XI, XIII, bearb. von Böhmer, Johann Friedrich, Innsbruck 1877—1908.

Reichstagsakten, deutsche, hrsg. durch die Historische Kommission bei der Akademie der Wissenschaften, Bd. 1—13, München—Gotha—Stuttgart 1867—1925.

Salfeld, Siegmund: Martyrologium des Nürnberger Memorbuches, Berlin 1898.

Sammlung der im Gebiete der inneren Staats-Verwaltung des Königreichs Bayern bestehenden Verordnungen ..., Bd. 6, Hrsg. Döllinger, Georg, München 1838.

Satzungsbücher und Satzungen der Reichsstadt Nürnberg aus dem 14. Jh., bearb. von Schultheiß, Werner; Quellen zur Geschichte und Kultur der Stadt Nürnberg Bd. III Lief. I, Nürnberg 1965.

Statuten der Israelitischen Kultusgemeinde Nürnberg, Nürnberg 1864.

Steinmeyer, Elias von: Die Matrikel der Universität Altdorf, Teil I u. II, Würzburg 1912

Stern, Moritz: Die israelitische Bevölkerung in den deutschen Städten während des Mittelalters, Bd. 3: Nürnberg, Frankfurt 1896.

Strauß, Raphael: Urkunden und Aktenstücke zur Geschichte der Juden in Regensburg 1453—1738, München 1960.

Tucher, Endres: Baumeisterbuch der Stadt Nürnberg (1464—1475), hrsg. von Lexer, Matthias, Stuttgart 1862.

Wiener, M.: Regesten zur Geschichte der Juden in Deutschland während des Mittelalters, Teil I, Hannover 1862.

Darstellungen

Adler, Hans Günter: Theresienstadt 1941—1945. Das Antlitz einer Zwangsgemeinschaft, Tübingen 1955;

Adler, Hans Günter: Der Kampf gegen die „Endlösung der Judenfrage", Schriftenreihe der Bundeszentrale für Heimatdienst Heft 34, Bonn 1960;

Adler, Hans Günter: Die Juden in Deutschland von der Aufklärung bis zum Nationalsozialismus, München 1960;

Antisemitismus — Zur Pathologie der bürgerlichen Gesellschaft, hrsg. von H. Huss und A. Schröder, Frankfurt 1965;

Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, dt. Frankfurt/Main 1955;

Asaria, Zvi: Die Juden in Köln von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart, 1959;

Baader, Josef: Nachricht von den Juden zu Nürnberg, in: Anzeiger für Kunde der deutschen Vorzeit, N. F. Bd. 14 Jg. 1867, Spalte 69—76, 104—107, 135—139, 169—172;

Bachmann, Adolf: Deutsche Reichsgeschichte im Zeitalter Friedrichs III. und Max I., Bd. 1 und 2, Leipzig 1884/94;

Baeck, Leo: Von Moses Mendelsohn zu Franz Rosenzweig, Stuttgart 1958;

Ball-Kaduri, Kurt Jakob: Vor der Katastrophe. Juden in Deutschland 1934—1939, Tel Aviv 1967;

Barbeck, Hugo: Geschichte der Juden in Nürnberg und Fürth, Nürnberg 1878;

Bebel, August: Sozialdemokratie und Antisemitismus, Berlin 1906;

Bein, Alexander: „Der jüdische Parasit", in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 13. Jg. 1965 Heft 2;

Berliner, A.: Aus dem Leben der deutschen Juden im Mittelalter, Berlin 1900;

Blau, Bruno: Das Ausnahmerecht für die Juden in Deutschland 1933—1945, Düsseldorf 1965;

Böhm, Franz und Dirks, Walter (Hrsg.): Judentum. Schicksal, Wesen und Gegenwart 2 Bde., Wiesbaden 1965;

Borries, Achim von: Selbstzeugnisse des deutschen Judentums 1870—1945, Frankfurt/Main 1962;

Briegleb, H. C. B.: Die Ausweisung der Juden von Nürnberg im Jahre 1499, Leipzig 1868;

Briegleb, H. C. B.: Der ehemalige Leichenhof der Juden in Nürnberg, Bamberg 1868;

Bullock, Alan: Hitler, dt. Düsseldorf 1953;

Burkhard, Hugo: Tanz mal Jude!, Nürnberg 1966;

Caro, Georg: Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Juden im Mittelalter und in der Neuzeit, Bd. I, Leipzig 1908, Bd. II, Frankfurt/Main 1920;

Christen und Juden, hrsg. von L.-O. Marsch und Karl Thieme, Mainz und Göttingen 1961;

Dokumente über die Verfolgung der jüd. Bürger in Baden-Württemberg 1933—1945. Im Auftrag der Archivdirektion Stuttgart bearbeitet von Paul Sauer. 2 Bde. Stuttgart 1966;

Düx, Johann Martin: Der deutsche Cardinal Nicolaus von Cusa und die Kirche seiner Zeit, Bd. 1 und 2, Regensburg 1847;

Eckert, W. P. und Ehrlich, E. L.: Judenhaß — Schuld der Christen? Essen 1964;

Ehrlich, Ernst L.: Geschichte der Juden von Deutschland (Geschichtliche Quellenschriften), Düsseldorf 1961;

Elbogen, Ismar: Geschichte der Juden seit dem Untergang des jüdischen Staates, Leipzig und Berlin 1920;

Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik, hrsg. von Werner E. Mosse und Arnold Paucker (Schriftenreihe wiss. Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 13), Tübingen 1965;

Esh, Shaul: Between Discrimination and Extermination; Yad Vashem Studies on the European Jewish Catastrophe and Resistance, vol. II, Jerusalem 1958, p. 79—94;

Fink, Fritz: Die Judenfrage im Unterricht, Nürnberg 1937;

Fischer, Herbert: Die verfassungsrechtliche Stellung der Juden in den deutschen Städten während des 13. Jh., Breslau 1931;

Fränkische Tageszeitung vom 6. 11. 1937, Bericht über die Ausstellung „Der ewige Jude" im Deutschen Museum in München: „Nürnberg, die judenreine";

Franke, Hans: Geschichte und Schicksal der Juden in Heilbronn (1050—1945), Veröffentlichungen des Archivs der Stadt Heilbronn Heft 11, Heilbronn 1963;

Franklin, Harold: Denkmäler eines ewigen Volkes. In: Nürnberg-Fürther Isr. Gemeindeblatt 1932 Nr. 2. Übersetzung aus: The Jewish Layman, Cincinati, Ohio, Jg. IV, Heft 3, 1931;

Franz, Eugen: Nürnberg, Kaiser und Reich, München 1930;

Freudenthal, Max: Die Israelitische Kultusgemeinde Nürnberg, Nürnberg, 1925;

Frommann, Georg Karl: Israelitische Grabsteine in Nürnberg, in: Anzeiger für Kunde der deutschen Vorzeit, N. F. Bd. 22, Nr. 6, Sp. 181 ff., Nürnberg 1875;

Gärtner, Georg: Mit uns zieht die neue Zeit, Nürnberg 1928;

Gengler, Heinrich Gottfried: Zur Geschichte des deutschen Judenrechts, in: Anzeiger für Kunde der deutschen Vorzeit, N. F. Bd. 5 Jg. 1858, Spalte 221—224;

Genschel, Helmut: Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich, Göttingen 1966;

Gerhard, Hans Wolfram: Die wirtschaftlich argumentierende Judenfeindschaft in: „Judenfeindschaft", hrsg. von Karl Thieme, Frankfurt 1963;

Germania Judaica, hrsg. von J. Elbogen, A. Freimann und H. Tykocinski, Bd. 1, Tübingen 1963; Bd. 2, hrsg. von Zvi Avneri, Tübingen 1968;

Glaser, Hermann: Spießer — Ideologie. Von der Zerstörung des deutschen Geistes im 19. und 20. Jahrhundert, Freiburg 1964;

Glaser, Hermann und Straube, Harald: Wohnungen des Todes, jüdische Schicksale im Dritten Reich, Bamberg 1961;

Graetz, Heinrich: Geschichte der Juden von den ältesten Zeiten bis auf die Gegenwart, Bd. 1—11, Leipzig 1853/73;

Graml, Hermann: Der 9. November 1938, „Reichskristallnacht", Schriftenreihe der Bundeszentrale für Heimatdienst Heft 2, Bonn 1958;

Grau, Wilhelm: Antisemitismus im späten Mittelalter. Das Ende der Regensburger Judengemeinde 1450—1519, München und Leipzig 1934;

Grünfeld, Richard: Ein Gang durch die Geschichte der Juden in Augsburg, Augsburg 1917;

Güdemann, M.: Geschichte des Erziehungswesens und der Cultur der abendländischen Juden während des Mittelalters und der neueren Zeit, Bd. 2 u. 3, Wien 1884/88;

Haenle, Siegfried: Geschichte der Juden im ehemaligen Fürstenthum Ansbach, Ansbach 1867;

Hanke, Peter: Zur Geschichte der Juden in München zwischen 1933 und 1945, München 1967 (Miscellanea Bavarica Monecensia Heft 3);

Hanßelmann, Christian Ernst: Weiter erleuterte und vertheidigte Landes-Hoheit des Hauses Hohenlohs . . ., Nürnberg 1757;

Heffner, L.: Die Juden in Franken, Nürnberg 1855;

Heiden, Konrad: Adolf Hitler, Das Zeitalter der Verantwortungslosigkeit, Bd. I, Zürich 1936 — Adolf Hitler, Ein Mann gegen Europa, Bd. II, Zürich 1937;

Heinz, Grete — Peterson, Agnes F.: NSDAP Hauptarchiv. Guide to the Hoover Institution Microfilm Collection. The Hoover Institution on War, Revolution and Peace, Stanford University 1964 (Hoover Institution Bibliographical Series XVII);

Hessel, Alfred: Jahrbücher des Deutschen Reiches unter König Albrecht I. von Habsburg, München 1931;

Himmelstein, F. X.: Die Juden in Franken, in: Archiv des historischen Kreises von Unterfranken und Aschaffenburg Bd. 12, Würzburg 1863;

Hoffmann, Moses: Der Geldhandel der deutschen Juden während des Mittelalters bis zum Jahre 1350, Leipzig 1910;

Holthusen, Hans Egon — Hannah Arendt: Eichmann und die Kritiker, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 13. Jg. 1965 Heft 2;

Jacob, Eugen: Johannes von Capistrano, Bd. 1 und 2, Breslau 1903/07;

Jäger, Karl: Die Burg Weinsberg, genannt Weibertreue . . ., Heilbronn a. N. 1825;

Jegel, August: Die wirtschaftliche Entwicklung von Nürnberg-Fürth, Stein und des Nürnberger Raumes seit 1806, Nürnberg o. J.;

Judenfeindschaft. Darstellungen und Analysen. Hrsg. von Karl Thieme, Frankfurt/M. und Hamburg 1963;

Jüdisches Lexikon Bd. 1—4, Berlin 1927—1930;

Kerler, Dietrich: Zur Geschichte der Besteuerung der Juden durch Kaiser Sigmund und König Albrecht II., in: Zeitschrift für die Geschichte der Juden in Deutschland, Bd. 3, S. 1—13, 107—129, Braunschweig 1889;

Kisch, Guido: The Jellow Badge in History, Historia Judaica IV (1942);

Kisch, Guido: Forschungen zur Rechts- und Sozialgeschichte der Juden in Deutschland während des Mittelalters, Stuttgart 1955;

Kisch, Guido: The Jews in Mediaeval Germany, Chicago 1949;

Kisch, Guido: Zur Rechtsstellung der Juden im Mittelalter, in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte Bd. 81, Weimar 1964;

Klesse, Max: Vom alten zum neuen Israel, Frankfurt/Main 1965;

Kolb, Bernhard: Die Juden in Nürnberg (Maschr.), Stadtarchiv Nürnberg und Wiener Library London, Nürnberg 1946;

Kracauer, Isidor: Geschichte der Juden in Frankfurt/M. im Mittelalter, Bd. 1 und 2, Frankfurt/M. 1925/27;

Krautheimer, Richard: Mittelalterliche Synagogen, Berlin 1927;

Kriegsgedenkbuch der Israelitischen Kultusgemeinde Nürnberg, hrsg. von Max Freudenthal, Nürnberg 1920;

Kurländer, A.: Geschichte der Juden in Franken, Fürth 1887;

La Folette, Charles M.: Der Nürnberger Prozeß gegen führende Juristen des Dritten Reiches, Stuttgart 1948;

Lamm, Hans: Über die Entwicklung des deutschen Judentums im Dritten Reich, Diss. Erlangen 1951;

Lebensläufe aus Franken, hrsg. von Anton Chroust, Bd. II, Würzburg 1922;

Levin, Moritz: Festrede gehalten am 2. Sept. 1878 im großen Rathaussaale zu Nürnberg, Nürnberg 1878;

Levin, Moritz: Die Berechtigung des Gotteshauses, Nürnberg 1874;

Lichnowsky, Eduard Maria Fürst: Geschichte des Hauses Habsburg Bd. 1—8, Wien 1836—1844;

Liebe, Georg: Das Judentum in der deutschen Vergangenheit, Leipzig 1903;

Lindner, Theodor: Deutsche Geschichte unter den Habsburgern und Luxemburgern (1273—1437), Bd. II, Stuttgart 1893;

Lochner, G. W. K.: Nürnberger Jahrbücher Heft I, Nürnberg 1833;

Lösener, Bernhard: Als Rassereferent im Reichsministerium des Innern, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 9. Jg., 1961;

Michelfelder, Gottfried: Die Geschichte der Juden Nürnbergs im Mittelalter bis zu ihrer Vertreibung im Jahre 1499 (Maschr.). Diplomarbeit 1963. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität Erlangen-Nürnberg;

Michelfelder, Gottfried: Die wirtschaftliche Tätigkeit der Juden Nürnbergs im Spätmittelalter, in: Beiträge zur Wirtschaftsgeschichte Nürnbergs, Nürnberg 1967;

Mitscherlich, Alexander: Auf dem Weg zur vaterlosen Gesellschaft, München 1963;

Mone, F. G.: Über die Juden vom 13. bzw. 16. Jh., in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins, Bd. 9, Karlsruhe 1858;

Monumenta Judaica, 2000 Jahre Geschichte und Kultur der Juden am Rhein, hrsg. von Konrad Schilling, Köln 1963;

Müller, Arnd: Zensurpolitik der Reichsstadt Nürnberg, in: Mitteilungen des Vereins für Geschichte der Stadt Nürnberg Bd. 49, Nürnberg 1959;

Münz, Isaak: Jüdisches Leben im Mittelalter, Leipzig 1930;

Mummenhoff, Ernst: Die Juden in Nürnberg bis zu ihrer Austreibung im Jahre 1499 (I); Die Juden bis zu ihrer Vertreibung im Jahre 1499 in topographischer und kulturhistorischer Beziehung (II), in: Aufsätze und Vorträge zur Nürnberger Ortsgeschichte, Nürnberg 1931;

Nagel, J.: De modo disputandi quo doctores jud. Norimbergae quondam usi sunt, Altdorf Diss. 1737;

Neumann, Max: Geschichte des Wuchers in Deutschland, Halle 1865;

Niekisch, Ernst: Gewagtes Leben. Begegnungen und Erlebnisse, Köln—Berlin 1958;

Nübling, Eugen: Die Judengemeinden des Mittelalters, insbesondere die Judengemeinde der Reichsstadt Ulm, Ulm 1896;

Oefele, Edmund von: Rechnungsbuch des oberen Vicedomamtes Herzog Ludwigs des Strengen 1291—1294, in: Oberbayerisches Archiv für vaterländische Geschichte, Bd. 26, München 1865/66;

Osiander, Andreas: Schrift über die Blutbeschuldigung, hrsg. von Moritz Stern, Berlin 1903;

Overdick, Renate: Die rechtliche und wirtschaftliche Stellung der Juden in Südwestdeutschland im 15. und 16. Jh., dargestellt an den Reichsstädten Konstanz und

Esslingen und der Markgrafschaft Baden. Konstanzer Geschichts- und Rechtsquellen, hrsg. vom Stadtarchiv Konstanz, Bd. XV, Konstanz 1965;

Parkes, James: The Jew in the Medieval Community, Socino Press, London 1938;

Pinthus, Alexander: Studien über die bauliche Entwicklung der Judengassen in den deutschen Städten, in: Zeitschrift für Geschichte der Juden in Deutschland, Jg. 2 (1930) S. 101—130, 197—217, 284—300. Berlin 1930;

Podro, Joshua: Nuremberg — the Unholy City, London 1937;

Poliakov, Leon — Wulf, Josef: Das Dritte Reich und seine Diener. Dokumente, Berlin 1956;

Preiß, Heinz: Die Anfänge der völkischen Bewegung von Franken, Phil. Diss. Erlangen 1937;

Puchner, Karl: Familiennamen als Rassenmerkmal (Schrift des Bayer. Landesvereins f. Familienkunde) München 1934

Rauschning, Hermann: Gespräche mit Hitler, Zürich—Wien—New York, 1940;

Reicke, Emil: Geschichte der Reichsstadt Nürnberg, Nürnberg 1896;

Reitlinger, Gerald: Die Endlösung, Berlin 1956;

Richter, L. F.: Über die ehemalige Judengemeinde in Nürnberg, in: Jahresberichte des Historischen Vereins für Mittelfranken, 8. Jahresbericht, Nürnberg 1838;

Roth, Cecil: Geschichte der Juden, Stuttgart 1954;

Rückel, Gert: Die Fränkische Tagespost — Geschichte einer Parteizeitung, Nürnberg 1964;

Rühl, Manfred: Der Stürmer und sein Herausgeber (Maschr) Diplomarbeit 1960, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität Erlangen-Nürnberg, Institut für Publizistik;

Sander, Paul: Die reichsstädtische Haushaltung Nürnbergs . . ., Leipzig 1902;

Schaffer, Reinhold: Geschichte der Juden in Nürnberg (1936), Ms. im Stadtarchiv Nürnberg;

Scherer, J. E.: Beiträge zur Geschichte des Judenrechts im Mittelalter, mit besonderer Bedachtnahme auf die Länder der österreichisch-ungarischen Monarchie, Leipzig 1901;

Schicksal jüdischer Mitbürger in Nürnberg 1850—1945, Ausstellungskatalog mit Dokumentation; Quellen zur Geschichte und Kultur der Stadt Nürnberg 5. Band, Nürnberg 1965;

Schnee, Heinrich: Die Hoffinanz und der moderne Staat, Bd. 4, Berlin 1963

Schütz, Martin: Eine Reichsstadt wehrt sich. Rothenburg ob der Tauber im Kampf gegen das Judentum, Rothenburg 1938;

Schultheiß, Werner: Kaiser Karl IV. und die Reichsstadt Nürnberg. Streiflichter und Funde zur Territorialpolitik in Ostfranken, in: Mitteilungen des Vereins für Geschichte der Stadt Nürnberg Bd. 52, 1963/64;

Schultheiß, Werner: Eine Gewürzhandelsabrechnung und ein Finanzierungsgeschäft des Nürnberger Rates von 1350, in: Mitt. des Vereins für Geschichte der Stadt Nürnberg Bd. 50, 1960;

Schultheiß, Werner: Die Münchner Gewerbeverfassung im Mittelalter, München 1936;

Schultheiß, Werner: Kleine Geschichte Nürnbergs, Nürnberg 1966;

Schwarz, Stefan: Die Juden in Bayern im Wandel der Zeiten, München 1963;

Schwind, A. P.: Nürnbergs Juden im Mittelalter, in: Allgem. Wochenzeitung der Juden in Deutschland, Jg. 14, Nr. 4, Düsseldorf 1962;

Siebenkees, Joh. Chr.: Materialien zur Nürnberger Geschichte I/II, Nürnberg 1792;
Sombart, Werner: Die Juden und das Wirtschaftsleben, Leipzig 1911;
Stälin, Christoph Friedrich von: Württembergische Geschichte, Teil 3, Stuttgart 1856;
Stern, Moritz: König Ruprecht von der Pfalz in seinen Beziehungen zu den Juden..., Kiel 1898;
Stobbe, Otto: Die Juden in Deutschland während des Mittelalters, Braunschweig 1866;
Stock, R. W.: Die Judenfrage durch 5 Jahrhunderte, Nürnberg 1939;
Stöpel, Ingeborg: Nürnberger Presse in der 1. Hälfte des 19. Jh., Nürnberger Forschungen Bd. 1, Nürnberg 1941;
Straus, Raphael: The Significance of the Jews in the Mediaeval German Cities, Historia Judaica III, 1941;
Straus, Raphael: Die Juden in Wirtschaft und Gesellschaft, Frankfurt 1964;
Stromer, Eduard Frhr. von: Über die Entstehung des Marktplatzes und der Marienkirche in Nürnberg, Altdorf 1906;
Süßheim, Max: Die parlamentarische Thätigkeit Dr. jur. David Morgenstern's, Nürnberg 1899;
Süßmann, Arthur: Die Judenschuldentilgungen unter König Wenzel, Berlin 1907;
Teweles, Heinrich: Goethe und die Juden, Hamburg 1925;
Toury, Jacob: „Deutsche Juden" im Vormärz, in: Bulletin des Leo Baeck Instituts, Bd. 29, 1965;
Toury, Jacob: Die politischen Orientierungen der Juden in Deutschland von Jena bis Weimar, Tübingen 1966;
Tribüne — Zeitschrift zum Verständnis des Judentums, Frankfurt 1961 ff.
Uhlig, Heinrich: Die Warenhäuser im Dritten Reich, Köln—Opladen 1956;
Vansteenberghe, E.: Le Cardinal Nicolaus de Cues, Paris 1920;
Wegner, Anton: Kurs Martin — Polizei einmal anders, Hersbruck 1946 (Privatdruck);
Der Weltkampf, Monatsschrift für Weltpolitik, völkische Kultur und die Judenfrage aller Völker, 13. Jg 1936;
Wiener Max: Berichtigung im Betreff einiger israelitischer Grabsteine, in: Anzeiger für Kunde der deutschen Vorzeit N. F. Bd. 23 Nr. 10, Nürnberg 1876;
Will, Georg Andreas: Nürnbergisches Gelehrten-Lexikon, Nürnberg und Altdorf 1755 ff.
Würfel, Andreas: Historische Nachrichten von der Juden-Gemeinde, welche ehehin in der Reichsstadt Nürnberg angericht gewesen, aber Ao. 1499 ausgeschaffet worden, Nürnberg 1755;
Würfel, Andreas: Historische Nachricht von der Judengemeinde in dem Hofmarkt Fürth, Frankfurt und Prag 1754;
Ziemlich, Bernhard: Die Israelitische Kultusgemeinde Nürnberg von ihrem Entstehen bis zur Einweihung ihrer Synagoge, Nürnberg 1900.
Ziemlich, Bernhard: Das Machsor Nürnberg, Nürnberg 1886.

Personen- und Ortsregister

Bearb. von Hedwig Landes, Stadtbibliothek Nürnberg

Jüdische Personen mit hebräischen Doppelnamen in der Zeit bis 1800, bei denen der zweite Name aus dem Text nicht als Familienname kenntlich ist, erscheinen unter beiden Namen (z. B. Samson Salomon unter Samson, Salomon und unter Salomon, Samson). In Nürnberg ansässige Juden bis 1500 tragen den Vermerk J. z. N. (Jude, bzw. Jüdin zu Nürnberg.) Personen gleichen Namens, die weiter nicht unterschieden werden können, sind an einer Stelle aufgeführt.

Bei den Orts- und Ländernamen sind Nürnberg und Deutschland nicht berücksichtigt. Sonst wurden alle Namen aufgenommen, auch wenn sie adjektivisch gebraucht sind (z. B. Bamberger, bayrisch). Desgl. stehen Völker- und Stammesnamen unter dem Land (z. B. Franzosen unter Frankreich).

Vn = Vorname; Fn = Familienname

Aachen 10, 287
Aaron, Löw 137
Abraham (Vn)
— David 127
— zu d. Freyenstat 83
— Löw 102, 107
— zu Neumarkt 101
— J. z. N. 21, 78
— Sohn d. Meyr, J. z. N. 49
— z. Schwabach 99
— z. Uffenheim 78
— Abraham (Fn)
— Isaak 127
Absberg, Hadmeyr v. 50
— Heinrich v. 59
— Hieronimus v. 102
Adalbero, Bischof v. Metz 12
Adelhart, Hans 101
Adelsdorf 100, 158
Adelung 178
Adler, Hans Günter 291, 293
Ägypten 229
Afrika 37, 254
Aichach 66, 78
Albrecht Alcibiades, Markgraf v. Bayreuth 102
— (Achilles), Markgraf v. Brandenburg 47, 60, 67, 74
— I., dt. König 23, 25
— II., dt. König 72, 73
— Burggraf v. Nbg. 28
Alexander, J. z. N. 20, 321
— II., Zar v. Rußland 157
Alexandria 9
Allersberg 101
Altdorf (Alltorf) 99, 112, 113, 119, 126, 136, 152, 326
Amberg 23, 44, 109
Amboz, Meister 31
Amburger, Hannah S. M. 204
Amerika 89, 90, 122, 216, 223, 232, 239, 254, 294, 295
Amler, Georg 127
Ammann, Max 258
Ammon, Andreas 115
Amsterdam 112, 115
Amulo, Erzbischof v. Lyon 10
Ancona 67
Andorn 268
Andreas Zacharias Heinrich Joseph 116 s. a. Wiener, Michael
Andres, Zentgraf 49
Anna, Markgräfin v. Brandenburg 84
— Frau d. Johannes 112
Anno, Erzbischof v. Köln 12
Ansbach (Onoltespach) 27, 92—94, 97, 103, 107—109, 118, 124, 127, 133, 142, 145, 146, 149, 152, 154, 159, 178, 245, 249, 297
Ansbacher, Alexander Löw 154
— Samuel 154
Ansel (Anshel), Sohn d. Ysack v. Aichach, J. z. N. 66
— v. Nördlingen, J. z. N. 59, 67, 315
Anselm v. Köln 69
Antwerpen 98
Aquino 17, 45
Aretin, Christoph Frhr. v. 139, 140
Argentinien 254
Arles 304

Arndt 144
Arnheim, Fischel 156
Arnim, Harry, Graf v. 175
Arnold (Arnolt), Bischof v. Bamberg 18
— Christoph 115
Aronsfeld, C. C. 5
Arras 17
Aschaffenburg 15, 49
Astruck, Paul 242
Asyl, Jakob 159
Aub, Rabbiner 166
— Samuel 153
Auer, Ritter v. 183
Auerbach, Berthold 164
— Jakob 164
Augsburg 20, 25, 26, 37, 38, 49, 51, 52, 69, 73, 90, 95, 102, 104, 107, 111, 141, 148, 151, 163, 164
Auguste Viktoria, dt. Kaiserin 168
Auschwitz 7, 268, 278, 279, 291, 292, 295, 299
Australien 254

Babenberg s. Bamberg
Bach, Josef 181
— Siegfried 181
Bacharach, Isaak 180
Bachmann 179
Baden (Land) 157, 278
— Markgrafen von 75
Baden (Schweiz) 46
Baeck, Leo 201, 205, 271
Baerwald 268
Baiersdorf 158
Ballin, Albert 185
Bamberg (Babenberg) 17, 18, 23, 32-36, 39, 43, 45, 47, 49, 50, 52, 55, 56, 58, 59, 76-78, 80, 81, 92-95, 97, 99, 105, 108, 109, 111, 116, 118, 123, 124, 129, 150, 156, 158, 232, 280, 286, 287, 290
Bamberger, (Isaak) 198, 209, 228, 264, 271
Barbara Maria Jacobina 136
s. a. Bunla Maier
Barbarossa
s. Friedrich I., dt. Kaiser
Bardo, Erzbischof v. Mainz 12
Barnsdorf b. Roth 127, 128
Baruch, Rabbiner 85
— Schnittwarenhändler 150
— Paul 5, 276, 292, 297, 301
Basel 22, 30, 42-45, 59, 62, 72
Bassermann 272
Batseba, Frau d. Isak, J. z. N. 21
Bauer, Elvira 259, 262
— Fritz 299
— Johann 134
Baumann, Hans 102
Baumgartner (Paumgartner), Hieronymus 93
— Martin 80
Baur, Armin 234
Bauschowitz 290
Bayer (Pair), Weinwirtswitwe 158
— Cunrad 113
Bayerle, Frau d. Löw Salomon 134
Bayern 13, 17, 18, 47, 49, 58-60, 64, 65, 70, 74, 92, 101, 121, 124, 128, 138-142, 144, 145, 147, 151, 155-158, 160, 161, 166, 168, 169, 173-177, 180, 183, 184, 187, 188, 190, 194, 196, 197, 201, 205, 206, 210-212, 214, 216, 227, 271-273, 291, 298
Bayonne 117
Bayreuth 109, 118, 133, 142, 280
Bebel, August 176, 182
Beer s. Behr
Beermair, Elisabetha 116
Behaim (Böheim), Fritz 41
— Georg Friedrich 116
— Martin 80
— Michel 84
Beheim s. Böhmen
Behr (Beer), Hofrat 143
— Martin 113
Behrends, Willi 242
Bela, Braut d. Samson Löw 134
Belet, Frau d. R. Salomo, J. z. N. 20
Belgien 254, 255
Belgrader, Christoph Gustav Johann Leonhard 136
s. a. Jakob aus Fürth
Belitz b. Berlin 23
Benario, Leo 204, 218
Ben-Chorin, Schalom 299
Bender, Wolf 136
s. a. Wolf aus Brod in Polen
Benedict 247
Benedikt, J. z. N. 321
Benesch, Theo 199
Benjamin v. Tudela 15
Bergen 98

Bergen-Belsen b. Hannover 269
Bergler, Georg 204
Bergmann, Hans 256
Berlin (Stadt) 7, 112, 116, 120, 166, 169, 182, 186-189, 197, 200, 206, 207, 220-223, 226, 227, 230, 244, 252, 257, 258, 271, 274, 279, 283, 287, 291, 300
— Max 180
— Meier 118
— Walter 174, 198, 208, 225, 226, 244, 247, 255, 257
Berliner, Prof. 209
Bern 166
Bernays, Michael 184
Bernerin 24
Bernhard v. Clairvaux 14
Bernhardin Thomitano 82
Bernstadt, Meier 162
Berolzheimer, Heinrich 173, 180, 181
Besler (Peßler), Hieronymus 113
Betz, Lorenz 97
Betzenstein 104, 105, 112, 126
Bibra, Kylian v. 45
— Ulrich v. 67
Bier, Justus 204
Biermann 126
Bierzapff, Johann Wolfgang 134
Binder, Jakob Friedrich 155
Bing, Gebr. 178, 179
— Ignatz 178, 179, 300
Bingen 25, 78
Bismarck, Otto Fürst v. 164, 175, 182
Blank 154
Blau, Wolf 297
Bleichröder 164
Bloch, Moritz 178
Blum, Fred 211, 215, 216, 222, 223, 231, 247, 255
Blumenfeld 188, 206
Bock, Johann Heinrich 116
— Maria 116
Böheim s. Beheim
Böhmen (Beheim) 13, 31, 45, 63, 100, 111, 119, 128
Bollo 129
Bologna 82
Bonfantes, J. z. N. 26
Bonifaz IX., Papst 42
Boppard 14
Bordeaux 117
Bormann 257
Borziwoi 63
Brader, Bernhard 157
Branconi, Marquise 136
Brandenburg 31-33, 47, 67, 69, 74, 84, 86, 110, 117
Brandenstein, Sweypolt v. 48
Brasilien 151, 254
Braun 227
— Adolf 201
— Christof 116
— Matz 268
— v. Rothenfels 27
Braunschweig 52
Bremen 147
Brendel, Tochter d. Aaron Löw 137
s. a. Gottliebin, Maria Anna Regina Margareta
Breslau 46, 64, 117, 169, 252
Bresse 42
Briegleb, H. C. B. 85
Brod in Polen 136
Bröger, Karl 216
Bronlein, Tochter Jedidias, J. z. N. 35
Bruck b. Erlangen 45, 101 (?), 134
Brüssel 102, 150
Buch, Reichsleiter 257
Buchenwald 248, 268, 278, 294, 295, 344
Buchholz 166
Buchmann 178
Buckenhof b. Erlangen 279
Budenbacher 150
Büchenbach 152
Büg b. Forth 173
Bürger 192
Bukarest 221
Bulgarien 13
Bunla Maier 136
s. a. Barbara Maria Jacobina
Burghaslach 158
Burgthann (Tanne) 17
Burgund 74
Burkhard (Vn)
— Christof Leonhard 113
s. a. Michael von Prag
Burkhard (Fn)
— Hugo 218, 219, 278
Burkhardt, Friedrich 215
Buttenheim 98
Buttenheimer, Marcus 129
Byzantinisches Reich 13

Cadolzburg 101, 103
Cahn, Hugo 204
s. a. Kahn
Cahors 17
Cammerer, E. E. 113
Capestrano (Capistrano), Johannes v. 44
Carl s. Karl
Cella, Kreisdirektor 121
Celle 268
Ceslanski, Julius 282, 284, 293, 294
Cham 315
Chamberlain 240
Champagne 10
Chicago 179
Chiemsee 74
Chile 215
China 23, 254
Chone, Dr. 169
Christian 116
s. a. Pomis, de
Christlebrecht, Christian 134, 135
s. a. Löw, Samson
— Christoff (Christoph) 134, 135
s. a. Löw, Sekle
— Paul (Paulus) Gottlieb 135, 136
Christoph (Vn)
— Gabriel Ulrich 113
s. a. Schirmer, Chajim
— Gustav Christian 136
s. a. Esaias von Neuhauß
— Gustav Johann Leonhard 136
s. a. Jacob Abraham von Pürz
Citadell 47, 48, 60, 67, 74
Clairvaux 14
Clemens VI., Papst 42
— VII., Papst 86
Coburg 48
Cohen, Hermann 173, 209
Cohn, Hans Max 218
— Löw 118
— Meyer 178
— Salomon 150
s. a. Kohn
Colditz s. Kolditz
Coler, Erckenprecht 40, 310
Collin, Mosse 47
Colman an d. Pforten 100
Colner 47
Coremans 150
Coudenhove - Kalergi, R. N. 209
Cracau s. Krakau
Crailsheim 92, 107, 121, 134, 135
Cremona 82
Cromwell 154, 179, 246, 329
— (Oliver) 117
Cronberg s. Kronberg
Cues s. Kues
Cunrad s. Konrad
Curnburch s. Kornburg

Dachau 169, 218, 219, 244, 246, 247, 249, 261, 268, 278, 295
Dachsbach 100
Daladier 240
Dam, (Hendrik) van 297, 298, 301
Daniel 292
Dannheißer 247
Danzig 169
Dauphiné 30
David (Vn)
— z. Dormitz 99
— z. Fürth 92
— aus Mannheim 78
— J. z. N. 78
David (Fn)
— Abraham 127
Deeg, Peter 259
Demmelsdorf b. Bamberg 150
Denzler 249
Derrer (Dörrer), Anton 51
— Christof 113
Dessau 169
Dessauer 156
Deutschbrod 71
Deutschherrnbleiche (später Rosenau, Stadtgebiet v. N.) 96
Deutz (Vorort v. Köln) 89
Deychsler, Sebolt 80
Diehl, A. 60
Dietrich, Otto 258
Dietrichstein (Dieterichstein), Baron Christian v. 113
Dillherr, Johann Michael 113, 115, 116
Dingfelder 242
Dinkelsbühl 59, 107
Dinter, Artur 187, 197
Dispecker, Isaak Emanuel 149
Döffingen 65
Dörrer s. Derrer
Dohm, Christian 120
Donauwörth 74, 91
Dormitz 99

Dorn, Else 174
Dornberg 92
Dortmund 14, 19, 38, 55, 262, 314
Dreyfuß, A. 183
Dünamünde 283, 284
Düren 287
Dürnhofer, Johann Albrecht 150
Düsseldorf 286
Duns Scotus 45

Eberhart, Zentgraf 49
Eberstein, Graf Philipp z. 100
Ebner, Hermann 67
— Hieronymus Wilhelm 134
Ebrach 184
Eck, Johannes 88
Eckart 154
Edel, Michael 113, 116
Edelhein, Margarete 271
Eger 27, 65
Egidienkloster (Nürnberg) 16
Egloffstein, Albrecht v. 47
— Hartung v. 68
— Johann v. 99
Ehast, J. z. N. 47
Eichbaum, Zion 243
Eichstätt 44, 59, 109, 301
Einstein, Albert 203
Eisenmann, Leo Israel 235
Eisenstädter, Julius 204
Eisner, Kurt 190, 201
Elbogen, Ismar 173, 205, 209
Elia b. Salomo, J. z. N. 21
Elias v. Weinheim, J. z. N. 68
Elieser Maier 136
s. a. Gustav Johann Leonhard Gottlieb
Elisabeth Maria Rahel Ursula Susanna Kunegunda 116
s. a. Haindlin, Anna
Eloesser, Arthur 271
Elsaß 37, 117
Emmerling, Georg 170
Ems (Hohen-), Ulrich v. 66
Endingen 89
Engelhard, C. W. 158
Engelthal 98, 112, 127, 180
Engers 14
England 7, 64, 68, 117, 151, 157, 185, 229, 252, 254, 255
Enkering 102
Epp, Ritter v. 211, 212
Erez Jisroel s. Palästina
Erfurt 19, 21, 23, 27, 37, 47, 59, 63, 66, 77, 78
Erlangen (Erlang) 45, 76, 99, 103, 134, 146, 279, 297
Erlanger, Dr. 179
— Frau 198
Erlbeckin 101
Esaias v. Neuhauß 136
s. a. Christoph Gustav Christian
Eschelbacher 208
Eseler, Conradt 26
Esh, Shaul 7
Esser 212
Eugen IV., Papst 43
— (von Savoyen), Prinz 117
Eyb, Hieronimus Gregorius v. 101
Eysengreißhaym, Christoff, J. z. N. 46
Eyslpach 50
Eißig (Eyßig), Amtsfaktor 133
— J. z. N. 107, 124

Fabian 301
Fabricius 93
Falzner, Rüdiger 40
Farrnbach (Burg-, Dürrn-, Kirch-, Unter- ?) 93
Fatimiden 13
Fechheimer 236, 270, 288
Feif (Feyf, Veif), J. z. N. 47, 55, 78
Feifelmann 97
Fenitzer, Hans, d. Ä. 113
Ferber, Josef 234
Ferdinand I., dt. Kaiser 90
Feucht 111
Feuchtwangen 135
Feuchtwanger, Sally 273
Feufeß, J. z. N. 83, 321
Feust, Emanuel 150, 151
— Philipp 150, 151
Feyfel (Feyfell) zu Bamberg 47
— J. z. N. 51
Fichte 144
Fierer, Georg 113, 116
Fink, Fritz 194, 259, 262, 266
— Max 249
Fiorentino, Giovanni 36
Fips (Pseud.)
s. Rupprecht, Philipp
Firschler, J. z. N. 321
Fischer u. Co. 179

— Kreisdirektor 121
— Otto 243
Flatau, Siegfried 204, 300
Fleischmann 178
— Prof. 301
— (Julius) 193
— Loew 154
— Werner 333
Floken, Hans Steffan 128
Florenz 82, 86
Fontane, Theodor 164
Forchheim 44, 62
Forstmeister, Otto 27
Fränkel 118, 125, 129, 131
— Abraham 118, 157
— Elkan 124
— Gabriel 102, 107, 109, 118, 124, 129
— Wolff 118
— Zacharias 118, 125
Frank (Frannk), Anne 299
— David, J. z. N. 47, 77
— Walter 193
Franken 9, 14, 23, 63, 64, 70, 98, 110, 112, 118, 120, 121, 124, 126, 133, 134, 142, 146, 147, 149, 154, 159, 161, 162, 176, 184, 200, 210, 212, 225-227, 229, 235, 237, 240, 244-247, 249-251, 259, 263,
Frankenburger 178
— Alexander 180, 243, 300, 342
— Bernhard 342
— (Isaac) 243
— Martin 278
— Wolf 162, 173, 175
Frankfurt a. M. 14, 37, 53, 66, 71, 75, 77, 80, 84, 90, 98, 100, 102, 103, 108, 115, 119, 122, 144, 148, 164, 166, 211, 214, 251, 252, 270, 272, 299
Frankfurter, Sara 150
Frankreich 9, 13, 17, 30, 37, 52, 64, 68, 82, 121, 124, 157, 183, 252, 254, 255, 260, 278, 286
Franz, Konstantin 182
Frauenfeld 151
— Moses Seckel (ders. ?) 150, 152
Frebes 154
Freiburg 37, 73
Freising (Freysingen) 14, 15, 56, 63
Freud, Sigmund 203, 278
Freudenthal, Max 7, 169, 171, 174, 176, 185-187, 197, 205, 209, 211, 239, 268
Freund 201, 204
Freystadt (Freyenstat, Freistadt) 83
Frick 212, 229, 230
Fried, Gumpert 160
Friedberger, Lea 149
Friedmann 248
— Josef 154, 158
Friedrich, Herzog v. Bayern 59
— I., Markgr. und Kurfürst v. Brandenburg 49
— I. Barbarossa, dt. Kaiser 11, 36
— II., dt. Kaiser 11, 23
— III., dt. Kaiser (1440-93) 46, 48, 55, 56, 67, 73-75, 81, 86
— III., dt. Kaiser (1888) 168
— Burggraf v. Nbg. 59, 65, 69
s. a. Friedrich I., Markgr. v. Brandenburg
— Herzog v. Österreich 19
— II. der Große, König v. Preußen 120
— Wilhelm I., König v. Preußen 120
— Wilhelm II., König v. Preußen 123
— Schlosser 57
Fries 118
Frisch, Dr. 246
— Max 300
Fritsche, Hans 258
Fruman aus Öttingen, J. z. N. 38
Fuchs, Eberhard 49
Fürer, Christoph 113
— Georg Sigmund 116
Fürleger (Furleger), Christof 113
Fürnberger, Paulus 113
Fürth 84, 89, 91-97, 100-102, 105-110, 118-120, 124, 125, 128-136, 139, 141, 145, 148-150, 152-154, 156-162, 165, 171, 174-176, 180, 191, 201, 213, 218, 242-244, 247, 250, 272, 280, 286, 287, 290, 292
Fugger 89, 102
— Jacob 102
Fuld, Heinrich 178
Fulda 23
Furleger s. Fürleger
Fussel, Georg 113

Gabriel 107, 118, 125
— Benedikt 132
Gailingen, Eppelein v. 50

Galizien 169
Gall Christof Balthasar 115
s. a. Jacob von Cracau
Gallien 10
Gallinger, (Joseph) 193
Gans, Erich 218
— Gotschalk 77
Ganserin, Kunegundt 113
Gareis 191
Geithel (Gaithel), Kehla 135, 137
s. a. Matthaei, Luisa Maria Anna Helena Margareta
— Samson 137
s. a. Matthaei, Carl Johann Conrad Michael
— Simon 137
s. a. Matthaei, Adam Rudolph Georg Christoph
Genua 82
Georg Friedrich, Markgr. v. Ansbach u. Bayreuth 93, 99
— d. Fromme, Markgr. v. Brandenburg-Ansbach 84, 92, 110
Georgensgmünd 101
Georgi, Elsbeth 214
Gereuth 145
Gerngros u. Söhne 178
— Ludwig v. 171, 173, 180, 181, 300
— Wilhelm v. 173, 180, 181
Gerolzhofen 59
Gerson, Jean 37
Geßler, Otto 186
Geuder, Endres 84
Geyer, (Christian) 195, 196
— Wilhelm 245
Geyern 70
Giech, Wolf v. 103
Glaser, (Hermann) 300
Glogau (Großgloggau) 112, 113
Glückstadt 118
Gobineau 181
Goebbels 197, 211, 212, 214, 229, 240, 241, 257, 258
Göring 244-246, 250, 251, 257, 258, 273
Görlitz 19
Goethe 119
Goettsberger 197, 198
Götz, Christoff 116
— Ursula 116
Golden Gennsin 47
Goldmann v. Fürth 218
— Nahum 207
— Ruth 300
— Walter 272
Goldschmidt, Ferdinand 180
— Levin 164
Goldschmied 298
Goldschmitt, Gebr. 178
Gombsch, Moritz 174
Gomperz 332
Goodrich, Francis 299
Goslar 14
Gostenhof, Vorort v. Nbg. 28, 42, 93, 96, 106-109, 111, 124, 125, 133, 149
Gostenhofer, Heinrich 27
Gothein 190
Gotschalk (Gottschalk), J. z. N. 63
— v. Stein, J. z. N. 35
Gottliebin, Maria Anna Regina Margareta 137
s. a. Brendel, Tochter d. Aaron Löw
Gotz z. Schnaittach 97
Gradl 193
Gräfenberg (Grevenberg) 27, 31, 99, 112, 148
Graetz, Heinrich 164, 169
Grafenberger 282
Grassel, Jacob 113
Gregor I. d. Große, Papst 10
— VII., Papst 12
— IX., Papst 11, 22
— X., Papst 23
Grevenberg s. Gräfenberg
Griechenland 13
Groben 233
Groland, Jacob 82
Groß, Konrad 35
— Peter 67
Groß-Möllen 261
Grotius, Hugo 119
Grottingen 293
Grüber 300
Grünbaum, Abraham 171
— Ludwig 272
Grüner, Zacharias 116
Grundherr, Leonhard 134
— Ulrich 113
Guckenheimer, Max 193
Günzburg 87
Gürtner 199
Gumpertz, Salomon Levi 125
Gumprecht, J. z. N. 78

Gunzenhausen 136, 154, 227
Gunzenhauser, Mose 59
Gustav II. Adolf, König v. Schweden 95
— Johann Leonhard Gottlieb 136
s. a. Maier, Elieser
Gusthal, Israel 150, 152
Guta, Frau d. R. Abraham, J. z. N. 21
Gutmann 178
— Hugo 185, 219, 243
— Karoline 157
— Rosa 284
— Wolf 178
Guttäther, Hieronymus 116

Haag, Den 268
Haber, Fritz 185
Haberkern 234, 236
Habsburg, Rudolf I. von
s. Rudolf I., dt. König
Habsburger 23, 72
Hackett, Albert 299
Häberlein 190
Hän, Georg 113
Haindlin, Anna 116
s. a. Elisabeth Maria Rahel Ursula Susanna Kunegunda
Halberstadt 25
Halevi, Jakob, J. z. N. 78
Hall, Schwäbisch- 97, 107
Halle 271
Haller, Bertold 62
— Franz 62
— Jobst 47
Hamburg 90, 117, 144, 147, 227, 283
Hamburger, Adolf 297
Hammerstein 14
Hans, Zentgraf 49
Hardenberg 144
Harsdörfer 167
Hartmann, Frhr. von 146
— Johann Ludovikus 115
Hartner, Luise 243
— Theo 245, 246
Harun al Raschid, Kalif 10
Haubner, Fritz 62
Hausmann, Frieda 285
— Heinz 285
— Rosi 285
Haußmann, Heinrich 103
Hayd, Philipp 105
Haylein 57
Haym 100
Hayman, Sohn d. Leob, J. z. N. 78
Hecker 135
Heidolph, Metzger 158
Heilbronn (Stadt) 23, 55, 111
— (Isaak) 169, 171, 205, 268
Heilbronner, Josef 248
Heim, Elise 173
— (Georg) 183
— Max 173
Heimann aus Regensburg 92
Heimann (Fn) 179
— Albert 242
Heine 133
Heinrich IV., dt. Kaiser 11, 14, 19
— V., dt. Kaiser 14, 304
— VII., dt. Kaiser 18, 25, 41
— v. Tanne 17
Hekmewsel, Markwart 47
Held 129
— Sigmund 170, 180, 186, 205
Helm, Konrad 215
Hemmerlein 103
Henfenfeld 99
Henle 150
Hennbrechtin, Kunn 50
Herberstein, Friedrich Otto, Graf v. 113
Hering 245
Herrmann, Martin 243
Hersbruck 97-99, 112, 126, 152
Hersfeld 103
Herz 233
— Hermann 297, 301
— Jakob 174
Herzl, Theodor 271
Hess, Isaak 157
— Moritz 175
Hesselberger, David 173
— Pauline 173
Hessen 87
— -Kassel 157
Heydrich 227, 240, 244, 250, 258, 278
Heyman z. Mittelbibrach 102
Hiemer, Ernst 258, 259, 263, 264
Hieronimus v. Kirchehrenbach 101
Hilpert, Johann Wolfgang 155
Hiltpoltstein 104, 112
Himmler 219, 258, 278
Hindenburg 211-213
Hirsau, David, J. z. N. 47

Hirsch, Jakob von 145
— Joseph 136, 137
s. a. Johann Conrad Georg Leonhard
Hirschmann, Gerhard 7
Hitler, Adolf 8, 185, 191-193, 195, 197, 199, 211-214, 230, 231, 238, 248, 257, 258, 277
Hoffmann 190
— Heinz Hugo 234
Hofmann, Hans 98
— Leonhard 100
Hohenzollern 74
Holland 86, 117, 157, 254, 255, 295
Holz, Karl 193, 194, 197, 198, 245, 246, 248, 249, 257, 273
Holzschuher (Holtzschuher) 60
— Friedr. Frhr. v., Pseud.: Itzig Feitel Stern 148
— Georg 84
— Heinrich 29
— Sigmund Gabriel 113
— Sigmund Jacob 134
Hopf u. Söhne 178
— Elise 176
— Joseph 145
— Löb (Löw) 158, 159
— Siegfried 173
— Stephan 162, 176
Hornder 31
Hrabanus Maurus 10
Huber, Sigmund 83
Hübner, Hans 70
Hülf, Fritz 194
Hüttenbach 84, 97, 143, 152
Humboldt, Wilhelm von 144
Humelshausen (Humprechtshausen b. Haßfurt?) 103
Hundshaupten (b. Forchheim) 101
Hundt-Radowsky 146
Hutten, Conrad 100
Hutzler, Martha 248

Jacob s. Jakob
Jacobowitz 178
Jacobson, Jacob 7
Jaeger, Johannes 184
Jaffa 206
Jahn 144
Jakob (Jacob) (Vn) 48
— Abraham v. Pürz 136
s. a. Christoph Gustav Johann Leonhard
— v. Citadell, J. z. N. 47, 48, 60, 67, 74
— v. Cracau 115
s. a. Gall, Christoph Balthasar
— aus Fürth 136
s. a. Belgrader, Christoph Gustav Johann Leonhard
— v. Grevenberg, J. z. N. 31
— Halevi, J. z. N. 78
— J. z. N. 41
— v. Ottensoos 101
— v. Roth 99, 103
— v. Schweinfurt, J. z. N. 77
— v. Wöhrd, J. z. N. 60
Jakob (Fn), J. z. N. 309, 321
— Achatius 101
Jamnitzer, Wenzel 95
Japan 255
Jedidja (Jedidia), J. z. N. 21, 35
Jehiel, J. z. N. 20, 21, 23
— aus Paris 21
Jekel v. Ulm, J. z. N. 59, 65, 66
Jeklein (Jecklein), J. z. N. 50
— aus Ottensoos 99
Jenzenstein, Paulus v. 62
Jerusalem 7, 199, 206, 207, 255, 256, 299
Imhof (Imhoff), G. 54
— Johann Christoff 134
— Peter 84
Immeldorf 101
Indersdorf 192
Ingolstadt 88
Ingolstetter, Andreas 116
Innozenz III., Papst 17, 22
Joachim 113
— Ernst, Markgraf v. Ansbach 118
Jörger, Johann Septimus Graf 113
Johann Conrad Georg Leonhard 137
s. a. Joseph, Hirsch
— Jacob Christoph Gustav 136
s. a. Salomon v. Gunzenhausen
— Burggraf v. Nbg. 28, 71
Johannes 112
Johel, J. z. N. 50, 51, 60
Jonathan, J. z. N. 21
Jordan 217
Josel v. Rosheim 87
Joseph 100
— Bankier 101-103
— II., dt. Kaiser 121

— Hirsch 136, 137
s. a. Johann Conrad Georg Leonhard
— v. Miltenberg, J. z. N. 51
— bar Zadock 116
s. a. Paul
Josephthal, Giora (Georg) 256, 272
— Gustav 162, 168, 169, 173-176, 180, 186, 256
Iphofen 59
Isaak (Jsaak, Jsack, Isak, Ysaak, Ysac, Ysack, Ysak), J. z. N. 21, 50
— Abraham 127
— v. Aichach 66, 78
— v. Erfurt, J. z. N. 26
— v. Freysingen, J. z. N. 63
— Marx 118
— b. Mose Or Sarua 21
— Nathan 118
— v. Oppenheim, J. z. N. 68
— Samuel 137
s. a. Carl Johann Adam Georg Simeon
— v. Scheßlitz, J. z. N. 35
— v. Schnaittach 97
— Seligmann 107
Israel, Staat 181, 255, 256, 298, 300
— J. z. N., jüd. Hochmeister 68, 69, 77
— Schulklopfer, J. z. N. 321
— Schwiegersohn d. Mosse v. Schaffhausen, J. z. N. 83
Italien 10, 12, 13, 16, 17, 37, 43, 67, 75, 82, 104, 157, 232, 254
Itzig v. Erlangen 99
Judel, Sohn d. Ysack v. Aichach, J. z. N. 66
Jüdel, J. z. N. 48
Jugoslawien 254
Jungfernhof (b. Riga) 283, 285
Justinian, oström. Kaiser 9
Jutta, Witwe d. Samuel v. Basel, J. z. N. 22, 59, 65
— Mayr, J. z. N. 49
Izbica 274, 286, 287, 295

Kahn 178, 179, 218
— Adolf 179
— Arthur 218
Kahr 190
Kainsperg i. Bay. 101
Kalman v. Pilsen, J. z. N. 62
Kapp 187, 189, 190
Kappel, Heinrich v. 74
Karl I. d. Große, dt. Kaiser 10, 53
— II. d. Kahle, dt. Kaiser 10
— IV., dt. Kaiser 28, 30-32, 34, 38, 62, 64
— (Carolus) VI., dt. Kaiser 131
— Erzherzog v. Österreich 132
— Johann Adam Georg Simeon 137
s. a. Isaak Samuel
— Wilhelm Friedrich, Markgraf v. Ansbach 118
Karlsbad 119
Karlsruhe 118, 203, 268
Karolinger 10, 13, 19
Kasimir d. Große, König v. Polen 37
Kassel (Stadt) 286
— (Carl) 204
Kasser, Josef, J. z. N. 62
Katz, David 273
— Friedrich 242
— Norbert 218
— Theodor 218
Katzenberger, Leo 231-234
Katzenstein 195
Kaufmann v. Bamberg, J. z. N. 76, 80
— David 332
— (Kantor) 344
— Rosa 293
Kawfsmann, J. z. N. 63
Kayser, Johann 178
Keel 100
Kehlheim 15
Kempf, Friedrich 40
Keßler, Karl 194
Kesten, Hermann 300
Kießel 223
Kirchehrenbach 101
Kirchheim, Johann v. 69
Kisch, Guido 271
Kishon, Ephraim 300
Kissingen, Bad 209
Kitzingen 287
Kleemann, Lore 285
Klein, Arnold A. 171, 199, 206, 229, 268
— Wilhelm 232
Kleining, Anton 161, 167
Kleinschrod, v. 147
Knopf 216
Koblenz 287
Köchel, Johann Georg 115
Köhler, Michael Heinrich 152
Koeler 204
Köln 9, 11, 12, 17, 20, 21, 27, 34, 37,

38, 52, 69, 70, 73, 74, 89, 90, 111, 121, 298, 301, 314
König 245, 247, 249, 256
Königsberger, Benjamin Kohn 152, 153
— Elias Kohn 152
Königshofen 118
Königswarter, Jonas 132
Körber, Georg 149
Kohen, Salomo, J. z. N. 77
Kohn, Adolf 272
— Anton 155, 160, 162, 173, 176, 177, 246
— Ernst 176
— Josef 147, 155, 157, 174
— (Max) 193
— Richard 232
s. a. Cohn
Kohnstamm 178
Kolb, Bernhard 7, 200, 209, 218, 219, 231, 232, 236, 239, 241, 243, 244, 248, 255, 265-270, 273, 275, 277-279, 285, 286, 288, 292-294
— Herbert 294
— Hugo 286-288
Kolditz (Colditz), Herren v. 70, 319
Kollner 132
Konrad (Cunrad) v. Curnburch 15
— III., dt. König 14
— Burggraf v. Nbg. 17
Konstantin, röm. Kaiser 9
Konstanz 30, 42, 46, 70
Koppel 96
Koppel-Höchberg 149
Koppelmann, J. z. N. 68, 69, 77
Kornauer, Heinrich 128
Kornburg (Curnburch) 15
Krämer, Adolf 270, 290, 291
Krakau (Cracau) 112, 115
Krasnicyn 287, 295
Kreß (von Kressenstein), Familie 128
— Kriegsminister 186
— Adam Rudolf 126
— Christoph 113
— Jobst Christof 113
Krewter, Johann 83
Kronach 118
Kronberg (Cronberg) 68, 69
Kühn, Friedrich 113
Kuhn, Richard 203
Kummer, Rolf 259
Kunegundis 113
Kunreuth b. Forchheim 154
Kupfer, S. 228
Kuscinski 195

Läer, Margem 136
s. a. Sabina Maria Barbara
Lämel, Simon v. 119
Lämmlein 131
Lagarde, Paul de 182, 184, 278
Lamm, Hans 299
Landau/Pfalz 268
— Friedrich v. 59
Landauer, Gustav 190
Landenberger 179
— Leopold 224, 273, 335
Landmann 152
Landsberger 195
Landshut 15
Lang 179, 247
— Christof 115
— Jacob 132
Lange, Rudolf 284
Langenmoosen 143
Langenzenn 92, 103
Langstadt, Julius 223-225
— Ludwig 179
— Nathan 242
Lasker, Eduard 166, 182
Lauf 97, 99, 104, 111, 112, 126
Lausitz, Ober- 100
Leb z. Adelsdorf 100
— J. z. N. 31
Lebocic, Dordje 300
Lebrecht, Martin 172
— Paul 242, 342
Lehmann 179
Lehrberg 129
Lehrbergin, Maria Magdalena Regina Jacobina 136
s. a. Margham, Tochter d. Samuel ben Mosse
Leipzig 98, 117, 124, 163, 184, 252
Leissing 246
Lemblein, Sohn d. Jacob v. Grevenberg, J. z. N. 31, 309
Lemlein, Hanns 77
Lemp, Andreas 113
Lenz, Siegfried 299
Leo 49
— X., Papst 86
Leob, J. z. N. 78
Leopold I., dt. Kaiser 110

— Herzog v. Österreich 66
— Familie 284, 285
— Edith 284
— Franz 284
Lerchenfeld, Frhr. v. 156
Lesar vom Hoff, J. z. N. 46
Lessing, Emmy 223
— Frieda 223
— Gotthelf Ephraim 119, 300
— Theodor 207
— Walter 222, 249
Lettland 283, 284
Leutenbach i. d. Opf. 27
Leutershausen 240
Levante s. Orient
Levi (Vn)
— gen. Rotkopf, z. Schnaittach 101
— aus Völkermarkt, J. z. N. 41
Levi (Fn)
— 195
— Caroline 150
Levin, Herbert 272
— Moritz 164, 166, 168, 169, 173, 238
Levinger, Josef 221, 222
— Sigmund 179
Levita, Elia 88
Levy, Ludwig 179
Lezir, J. z. N. 26
Lichtenau 101
Lichtenfelserin, J. z. N. 41
Lichtenstein (Liechtenstein), Georg v. 49
— Mathes von 49
Liebel, Willi 7, 213, 236, 237, 243, 256
Liebermann, Max 271
Liebetraut, J. z. N. 309
Liebscher 249
Liebstädter 206
Limburg (Limpurg) 41, 48
Linck, Heinz 74
Lindhardt 153, 154
Lintzler, Georg 101
Lips 146
Livorno 115
Loans, Jakob 86
Locarno 232
Loeb, Simon 242
Löffelholz (Löffelholtz), Burckhard 113
— Thomas 102
— Wilhelm 81
Lörrach 300
Lösener 230
Löw (Vn)
— Bankier 107
— Cohn 118
— z. Köln 70
— Meyer 133
— Salomon 134
Löw (Fn)
— Aaron 137
— Abraham 102, 107
— Moyses 126
— Salomon 118
— Samson 134
s. a. Christlebrecht, Christian
— Sekle 134
s. a. Christlebrecht, Christoph
Löwenstein, Gabriel 175, 176, 183
Löwi, Firma 178
— Rabbiner 159, 161, 162, 165, 171
London 5, 178
Lonnerstadt 129
Lorch, Fritz 242
— M. E. 256
Ludwig, Herzog v. Bayern 17, 74
— I., König v. Bayern 146
— Prinzregent v. Bayern 168
— Markgraf v. Brandenburg 31, 32
— I. d. Fromme, dt. Kaiser 10
— IV. d. Bayer, dt. Kaiser 25, 26, 28, 29, 30
Lübeck 37, 147
Lufft, Andreas Georg 136
Luitpold, Prinzregent v. Bayern 168
Luppe 192, 193, 201
Luther 86, 87, 93, 135
Lutz, Johann v. 166
Luxemburg (Land) 254
— Rosa 190
Lyon 10, 82

Macht (Hans) 293
Madagaskar 278
März, Karl 191
Maffei, Ritter v. 183
Magdeburg 11-13, 176
Magnus 247
Maier (Mair, Mayr) s. a. Meïr, Meyer
— 100
— Anna Maria 116
— Balthasar 115, 116
— Bunla 136
s. a. Barbara Maria Jacobina

— Elieser 136
s. a. Gustav Johann Leonhard Gottlieb
— Hirß, J. z. N. 321
— Johel, J. z. N. 40, 60, 83, 84, 321
— Jutta, J. z. N. 49
— Mardocheus, J. z. N. 83
— Mosse, J. z. N. 83
Mainz 11, 12, 14, 22, 25, 37, 38, 49, 57, 64, 66, 73, 74, 76-79, 90, 312
Mainzer 180, 204, 214
Mairlin, J. z. N. 46
Manau 194
Manes, Gebr. 179
Manko, Abraham 100
— Ysrael 100
Manne, J. z. N. 78
Mannes, Blum 148, 149
Mannheim 78, 118, 252, 278
Mansfeld, Graf Wilhelm v. 103
Mantua 102
Mardochai b. Hillel, J. z. N. 22, 23
Mardocheus, J. z. N. 50, 321
Margarete, Schwester d. Michel, J. z. N. 45
Margem Läer 136
s. a. Sabina Maria Barbara
Margham, Tochter d. Samuel ben Mosse 136
s. a. Lehrbergin, Maria Magdalena Regina Jacobina
Margoles, J. z. N. 77
Maria, Sabina Katharina 136
Markl 233
Markt Erlbach 155
Marperger 135
Marquard, Bischof v. Augsburg 95
— J. z. N. 62
Marr, Wilhelm 181, 182
Marschütz, Jakob Hirsch 161
— Karl 178
Martin V., Papst 42, 43
— (Benno) 244-248, 255-257, 270, 281
Marx 118
— Isaak 118
— (Karl) 175
Mathatia Joseph Provenci 68
Matthaei, Adam Rudolf Georg Christoph 135-137
s. a. Geithel, Simon
— Carl Johann Conrad Michael 137
s. a. Geithel, Samson
— Luisa Maria Anna Helena Margareta 137
s. a. Geithel, Kehla
Max II. Emanuel, Kurfürst v. Bayern 124
— II. Josef, König v. Bayern 147
— IV. Josef, Kurfürst v. Bayern 138
Maximilian I., dt. Kaiser 75, 81-83, 85, 104, 110
— II., dt. Kaiser 94, 96
Mayr s. Maier
Medici 86
Meïr (Meir) s. a. Maier, Meyer
— (ben Baruch) von Rothenburg 21, 22
— von Frankfurt, J. z. N. 76, 80
Meiser, Hans 196, 216
Meisinger 245
Meißner 153, 154
Meisterlin, Sigmund 14-16
Memmelsdorf 179
Memmingen 148
Menachem, Rabbiner 85
Mendel 75, 100, 110
— Rabbiner 78, 80
Mendelssohn, Moses 119, 120, 133
Mendelssohn-Bartholdy 204
— Felix 301
Mendle, Siegfried 178
Mendlein, J. z. N. 61
Mergenthal 115
Mergentheim 23
Merkel d. Leuttner 31
— Paul Wolfgang 140, 143
Merklin, J. z. N. 27
Merowinger 10
Merseburg 11, 13
Merzbach, Rosette 150
Merzbacher, Sigmund 175
Metternich 144
Metz 12
Metzger, Frau 249
— Gebr. 179
— Kurt 268
Mey, Enkelin d. Hornder 31
Meyburg, Hans v. 48
Meyer (Meyr) s. a. Maier, Meïr
— v. Cronberg, J. z. N. 68, 69
— v. Erfurt, J. z. N. 47, 49, 59, 63
Meyer (Fn)
— Julie 204, 218, 226, 228
— Löw 133

— Maximilian 251
Meyerlein v. Ulm, J. z. N. 61
Michel (Michael) (Vn)
— v. Dornberg 92
— Abt v. Hersfeld 103
— aus Humelshausen 103
— J. z. N. 45
— von Prag 112-114
s. a. Burkhard Christof Leonhard
— Simon 118
— v. Weil, J. z. N. 49, 78
Michel (Fn)
— Raphael 95
Michelfelder, Gottfried 7, 72
Michels, v. 167
Miller, Arthur 300
Miltenberg 20, 51
Minz s. Münz
Mitscherlich, Alexander 277
Mittelbibrach 102
Model, Familie 118
— Marx 107, 108, 124
Möhl 190
Möllin, Jakob 77, 79
Mollein 49
Montgelas 142
Montreux 297
Moosbach 127
Morett, v. 168
Morgenland s. Orient
Morgenstern, David 156, 174
Mosche 100
— z. Fürth 96, 101
Moses (Mose) 113
s. a. Paulus v. Prag
— v. Franckfurt 115
s. a. Sigmund Georg Andreas
— aus Schlesien 102
— Ullmann 118
Moskau 251
Mosse, Jsaak, J. z. N. 321
Mosse, Collin 47
— J. z. N. 79, 321
— v. Schaffhausen, J. z. N. 60, 61, 82, 83, 321
Mossinsohn 206
Moyses Löw 126
— J. z. N. 26
Mühlhausen 154
Mülich, Cuntz 57
Müller, Holländer 129
— Lehrer 198
— Bernhardin 42
— (Johannes) 215
Müllner 35
München 15, 27, 118, 141, 144, 145, 150, 156, 157, 167, 169, 171, 186, 190, 192, 193, 203, 211, 216, 218, 221, 229, 236, 240, 246, 252, 257, 268, 272, 273, 299, 300
Münz (Minz), Moses 57
Muffel, Nikolaus 55
Mummenhoff, Ernst 7, 14, 173, 184, 239
Munkert 135
Murrner, Johann 82
Muschi 222, 223

Nabburg 27
Nachem 73
Napoleon I., Kaiser d. Franzosen 121
Nassauer 23
Nathan v. Gräfenberg 27
Nathan (Fn) 195
— (Ernst) 203, 214, 215
— Isaak 118
— Meyer 152
Nathe, Rat v. 103
Neham v. Georgensgmünd 101
Neu 178
Neuberger, Erna 268
— Julius 268, 269
Neuburg 138
Neuburger 178
Neudung, Gerhard 56
Neuhaus (Neuhauß) 136
Neumann, E. E. 105, 201, 203, 216
— Hopfenhdl. 150
— Loew Baer 152
Neumarkt 26, 44, 51, 62, 63, 101, 178
Neumeyer 211
Neuses b. Heilsbronn 17
Neustadt a. d. Aisch 84
New York 178, 251, 268, 299
Ney, August 209
Niederlande 90, 121
Niekisch, Ernst 185
Nikolaus V., Papst 43, 52, 55, 57
— v. Cues 43, 44, 55
Nördlingen 59, 63, 64, 67, 102, 107
Nöttel, Gabriel 116
— Maria Rahel 116
Nonnenhof 249

Nordhausen 66, 91
Norwich 23
Noymer, Ernest A. A. 219
Nürnberger 297
— Conrad 31
Nützel, Gabriel 101, 102, 116
Nußbaum, Meinhold 174, 206

Oberhausen b. Augsburg 103
Oberndorf 124
Obernitz, v. 219, 220, 240, 243
Oberpfalz 138
Öder, Heinrich Martin 116
Oelhafen, Hans Cristof 113
Österreich 19, 64, 66, 70, 73, 110, 117, 118, 121, 142, 143, 157, 203, 251, 252
Österreicher, Samson 144
Öttingen 38, 109
— Grafen v. 46
— Ludwig v. 49, 71
Öttinger, Hermann 174
— Jacob 109
Oexle 234
Ohnesorge 258
Onoltesbach s. Ansbach
Oppenheim 68
Oppenheimer 108
— Samuel 117
— Sigmund 242
Orient (Levante Morgenland) 10, 13, 16, 30, 37
Osborn, Max 271
Osiander, Andreas 87, 88
Oster, (Hans) 215
Ostmark 13
Ottensoos 84, 95, 97-99, 101, 124, 127, 143, 153, 158
— Amschel v. 98
Ottensooser 177
Ottenstein 178
Otto, Herzog v. Bayern 49
— I., Bischof v. Freising 14

Pack, Gottschalk, J. z. N. 51
Paderborn 199
Padua 82
Pair s. Bayer
Palästina (Erez Jisroel) 174, 200, 206-208, 227, 228, 252, 254, 255, 271, 272
Papen 211
Pappenheim, Marschälle v. 70, 73, 91, 100, 319
— Haupt v. 71
— Heinrich v. 100
Paris 21, 23, 37, 175, 179, 240
Parsberg, Wolfgang (Wolf) v. 81, 82, 84
Passau 13
Paul 116
s. a. Joseph bar Zadock
— IV., Papst 90
— I., Zar v. Rußland 180
Paulus 45
— v. Prag 113
s. a. Moses
Paumgartner s. Baumgartner
Pauner, A. Lob 288
Pegnitz 297
Pelkhoven, v. 156
Peller, Christof 113
Pendit, J. z. N. 48
Perlein 100, 101
Perman 92
Peß, Tochter d. Rabbi Menachem, J. z. N. 85
Peßler s. Besler
Pfalz 37, 64, 66
Pfefferbalg, Heinrich 17
Pfefferkorn, Moyses 47
Pfeiffer, Gumpert 149
Pfinzing, Andreas 58
— Berthold 68
— Sebolt (Sebald) 49, 71
Pfreimd (Pfreumdt) 112
Philipp, Bischof v. Bamberg 56
Philippsburg 118
Piacenza 82
Pickert, Sigmund 181
Pilgreim, Franz 62
Pilsen 62
Pirckheimer, Willibald (Wibolt) 82, 83
Plank 214
Fleickershof 249, 257
Pletl, Cuntz 99
Pömer, Johann Friedrich 126
— Wolf Jacob 113
Pörtschach 256
Pösing (Ungarn) 87
Polen 37, 77, 106, 116, 117, 121, 240, 252, 279, 287, 291
Pollack, J. z. N. 77
Pomeranz, H. 228

Pomis, de 115
s. a. Christian
— Abunach de 115
— Eliae de 115
— Moses de 115
Popp, Heinz 116
— Susanna 116
Portugal 37, 68, 90, 115
Posen 112, 113
Prag 13, 32-34, 37, 45, 66, 76, 84, 112, 113, 119
Preiß, Heinz 259
Prell 175
Preßl 192
Preuß, Hugo 201
Preußen 117, 120, 121, 132, 133, 142, 144, 157, 201, 216
Pröbst, Wolf 113
Provence 37
Pürz 136
Pützel, Joseph, J. z. N. 51
Pulmer 293

Quedlinburg 25

Radulf 14
Raffelstetten 13, 16
Raphael, Michel 95
Rapp, Judenfamilie z. N. 39, 47, 67, 310
— Jakob (Jacob) 22, 40, 57, 59, 67, 309
— Jutta (Juta) 22, 63, 67, 315
Rath, Ernst vom 240, 243
Rathenau, Walter 185, 190, 201
Ratloch, Heinrich 48
Rauh 191
Rauschenberg 100
Rauschning 258
Ravenna 82
Ravensburg 45, 46, 73
Rechberg (Rechperg), Wilhelm v. 48
Redwitz, Klaus v. 71
Rée, Paul Johannes 204
Regensburg 11-13, 18, 20, 27, 34, 37, 44-47, 59, 66, 74, 76, 78, 81, 84, 86, 89, 90, 92, 101, 111-113, 141, 195, 211
Reich, J. z. N. 46
Reichelsdorf 99
Reicheneck 112
Reichenschwand 99
Reichmann, Eva G. 202
— Hans 226
Reicke, Emil 184
Reiter, Siegfried 218
Reitlinger, Gerald 284, 286, 293
Reizenstein, Franz 209, 300
Reuchlin 77, 86
Reuter, Fritz 117
Rhein, Pfalzgraf b. 41, 92
Rheinland 9, 13, 14, 20, 23, 37, 64, 68, 121, 283
Rheinpfalz 138
Richenza, J. z. N. 21, 23
Richter 95
Rieger, Paul 157
Riepekohl, Wilhelm 216
Rießer, Gabriel 146
Rieter, Paul Albrecht 122
Riga 229, 274, 284, 285, 293, 295
Rindskopf 153
Ringelmann 178
Rinn b. Innsbruck 46
Rödelsee (Rötelsee) 49
Röhm 220, 240
Römisches Reich 9, 10, 17, 23
Röthenbach a. d. Pegnitz 279
Röttingen 23
Rom 42, 55, 86
Rosenaw, Hans Berthold v. 103
Rosenbaum, Mendel 156
— Moritz 239
Rosenberg 197
Rosenbusch 164
Rosenfeld 195
Rosenfelder, Gebr. 179
— (Albert) 218
Rosentaler, Franntz 50
Rosenthal, Ing. 178
— Adolf 290
— Nathan 288
Rosenzweig, Ludwig 205, 227, 257, 266, 270, 288
Rosheim 87
Roth 92, 99, 103, 127, 261
— Joseph 192
Rothaug 231-235
Rothenberg 68, 95, 97-101
Rothenburg o. T. 21-23, 27, 50, 52, 63, 66, 68, 78, 80, 84, 86, 91, 115, 116
Rothenfels (Opf.) 27
Rothschild 121, 144
Rudel 155
Rudolf I. v. Habsburg, dt. König 17, 23

Rueck, E. 227
Rückersdorf 103
Rüdiger, Bischof v. Speyer 11
Rüsselbach 42
Ruland, Johann Joseph 116
Rumänien 13, 164, 278
Rummel, Gebr. 60
— Franz 70
Rupprecht, Philipp, Pseud.: Fips 194, 259, 263
Ruprecht d. Jüngste, Pfalzgraf 315
— v. d. Pfalz, dt. König 66-69, 71, 77
Rußland 157, 183, 185, 255, 293, 294

Saarland 278
Sabina Maria Barbara 136
Sachs, Hans 88, 89, 97, 184
Sachse, Rudolf 70
Sachsen 74, 87, 157
Sack, Seligmann, J. z. N. 60, 83
Sacklin s. Secklin
Saemann, Gebr. 178
— Jakob 176
— Josef 242
Salaspils (Lettland) 284, 285
Salier 14
Salman, J. z. N. 100, 321
— v. Neumarkt, J. z. N. 51, 62, 63
— J. z. N. 83
— Hopfenhdlg. 178
Salomo (Salomon) (Vn)
— b. Abraham 21
— v. Gunzenhausen 136
s. a. Johann Jacob Christoph Gustav
— Kohen, J. z. N. 77
— Löw 118
— J. z. N. 20
— Diener d. Marschalles v. Pappenheim 100
— z. Regensburg 101
Salomon (Fn)
— Samson 118
Salzburg 43, 119
Salzmann 270
Samson (Sambson) z. Fürth 92
— Salomon 118
Samuel (Samuelis, Samuhel, Sanwel, Sanwell) (Vn) 13, 100
— v. Basel, J. z. N. 22, 59, 62
— ben Mosse 136
— de Norenberc 15
— J. z. N. 49, 60
— z. Pfreumbdt 112
— v. Swartzach, J. z. N. 47
Samuel (Fn)
— Firma 179
— Isaak 137
s. a. Carl Johann Adam Georg Simeon
Sankt Emmeram, Kloster 13
Sankt Gallen 166
Sara, Tochter d. Baruch, J. z. N. 85
Sardinien 157
Sartre 203
Sattler 96
Saubert (Saubertus), Johannes 113
Savoyen 30, 42
Schachnowitz, S. 206
Schacht 222, 229, 230, 232
Schaffer, Reinhold 7, 113
Schaffhausen 60, 61, 82, 83
Scharff 124
Scharrer, Hirsch 150
— Johannes 150, 236
— Walther 266
Schatt, Samuel 178
Schedl, Melchior 98
Scheffein, Agnes 35
— Gottfried 35
Schelhammer 93
Schenk v. Geyern 70
— v. Limpurg, Gotfried 41, 48
Scherer, Hirsch 158
— Lippmann 153
Scheßlitz 35
Scheurl 124, 125
Schey, Hermann 272
Schienow (Pommern) 293
Schirach, Baldur v. 258
Schirmer, Chajim 113
s. a. Christoph Gabriel Ulrich
— David 113
Schlamm, Lämmlein 125
— Lazarus 124
Schlenker, Familie 153
— z. Fürth 96
— Samuel 153
Schlesien, Ober- 187
Schlick, Kaspar 70, 73
Schlieben, Baron v. 192
Schloß, Dr. 248
— Louis 195

— Marie 243
Schlüsselfelder, Hieronymus Wilhelm 116
Schmid, Xaver v. 143
Schmidt, Christoph 107
— Fritz 101
Schmiel 100
Schmohel, J. z. N. 321
Schnaitacher 150
Schnaittach 84, 88, 95-98, 101, 109, 123, 124, 126, 127, 143, 158
Schneebalg, Heinrich 278
Schön, J. z. N. 51
Schoenberner, Gerhard 8
Schönfärber 218
Schönleben 135
Schopfloch 135
Schopper, Patrizierfamilie 41
— Friedrich 35
Schreck, Conradt 84
— Georg 84
— Ludwig 84
Schröder, Gauwirtschaftsberater 249
— (Kurt von) 211
Schülein, Berta 243
— Mathilde 243
Schürstab, Erhard 67
— Sebolt 82
Schuh, Wolfgang Christian v. 189
Schuhmann, Adolf 278
Schultheiß, Hieronymus 115
— Werner 7, 34
Schuster, Johann Georg 116
Schwabach 63, 74, 92, 99, 100, 121, 124, 133, 151, 152, 154
Schwaben 64-66, 142
Schwarz, Adolf 173
— Berta, 173, 279
— Julie 173
— Lazarus 173, 279
— Ludwig 273
— Peter 44, 45, 76
Schwarzach (Swartzach) 47
Schwarzburg, Heinrich Graf v. 60
Schwarzenberg, Frhr. z. 100
Schweden 95, 254
Schweigkhardt, Johann, Erzbischof v. Mainz 90
Schweinau 107, 109
Schweinfurt 63, 66, 77, 147
Schweitzer, Hieronimus 98
Schweiz 203, 254, 294
Schwenter, Daniel 119
Schwimbach 127
Sebald, Heiliger 14
Seckendorf v. 127
— Friedrich Joachim v. 93
— Hans v. 99
Seckle 100
— z. Schwabach 100
Secklin (Sacklin), J. z. N. 47, 49
— z. Schnaittach 97
Sedan 192
Seidel 291
Seidenberger, Leo 251
Seifensieder, Jakob 209
Seiler 233
Seinsheim, Erkinger v. 47, 49, 71
Seitz, Anni 256
— Hans 57
Selig z. Adelsdorf 100
Seligmann (Seligman) (Vn)
— aus Bingen 78
— J. z. N. 48, 49, 60
Seligmann (Fn)
— Aaron Elias 138
— Isaak 107
Selkmann, J. z. N. 26
Selling, Siegfried 242
Shakespeare 36
Sigmund, dt. Kaiser 26, 37, 42, 45, 47, 49, 51, 67, 69, 71-75
— Georg Andreas 115
s. a. Mose von Franckfurt
Simelin 77
Simmelsdorf 127
Simon (Symon) (Vn)
— J. z. N. 51
— aus Schwabach 99
Simon (Fn)
— Gebr. 150
— Michel 118
Simonin (Symonin) 45
Simonsfeld, Juda 153
Simson, J. z. N. 20
— Eduard 146
— (Martin Eduard Sigismund) 164
Singer, Josef 170
Skirotava b. Riga 282
Sombart, Werner 177
Sorenn, Ilse 272
Spaeth, Jakob 242
Spandel 216

Spanien 10, 13, 37, 43, 68, 86, 90
Sparneck, Christoph v. 97
Sparr 190
Speyer 11-14, 21, 27, 37, 38, 64, 73
Sprinczen, Abraham, von Regensburg 59
Sprinz (Sprintz), Abram, J. z. N. 62
— David, J. z. N. 77
— Mendell, J. z. N. 51
— Smoel, J. z. N. 78
Staffelsteiner, Isaak, J. z. N. 321
Starck, Georg Sebastian 96
Stargard 166
Stauf 127
Staufer 36
Stein a. d. Rednitz 35
— Leopold 166
Steinbühl (Vorort v. Nbg.) 109
Steinhäusser, Manfred 218
Steinheimer 180
Steinlein, Gebr. 178
Stephan 133
Stern 272
— Itzig Feitel (Pseud.) s. Holzschuher, Friedrich Frhr. v.
— M. 247
— Max 251
Sterndecker, Richard 218
Stettin 279
Steuerwald, Richard 215
Steuerwald-Landmann, Anna 204, 215
Stieber, Hans Joachim 98
Stock, Adolf 179
— Richard Wilhelm 259
Stöcker, (Adolf) 182, 193
— (Wilhelm) 212
Stoer 158
Stoß, Veit 40, 84
Straßburg 14, 25, 30, 36, 37, 92
Straubing 71
Straus, Raphael 58
Streicher, Julius 87, 190-193, 196-200, 208, 212, 213, 218-222, 225, 226, 229-231, 234, 237, 238, 241, 245, 247-251, 256-259, 267, 268, 297
Streitberg 179
Strellentin (Pommern) 293
Strobl 245, 246
Strölin, J. z. N. 48
Strolein, J. z. N. 51
Stromer, Kunzmann 62
— Martin 67
— Otto Frhr. v. 167, 168, 236, 238
— Ulman 33
— Ulrich 32, 33, 35, 54, 62, 168, 238
— Wolf 97
Strunz 152
Stubenberg, Otto Gall Frhr. v. 115
Stuckart 230
Sturm, Georg 152
— Isidor 243
Stuttgart 118, 132, 154, 167, 232, 272, 283
Stutthof b. Danzig 293
Süß-Oppenheimer, Joseph, genannt „Jud Süß" 118
Süßheim, Hedwig 243
— Hirsch 149
— Max 174, 176, 187-189, 192, 193, 201
Süßlein 152
Sugenheim, Markt 157
Sulzbach 88, 100, 138
Sulzbürg 138, 272
Sundermann 179
Suskint v. Onoltespach, J. z. N. 27
Swartzach s. Schwarzach
Sylvanus, Erwin 299
Sylvester, Bischof v. Chiemsee 74
Syrien 10, 13

Tanne s. Burgthann
Tannenberg 192
Tauernfeld (Opf.) 27
Taus 71
Tel Aviv 256
Tetzel, Anthon 83
— Gustav Georg 134
— Jakob 96
Teuerlein, Fritz 47
Teutsch, Hans 216, 272, 273
Thalmässing 127
Theodosius II., oström. Kaiser 9
Theresienstadt 239, 268, 270, 274, 277, 286, 288-295
Thieme 300
Thomas von Aquino 17, 45
Tietz, H. 179
Tipp 179
Tirol 89
Titting 88
Treitschke 182, 195
Treu 190
Treuchtlingen 27

Trient 46
Trier 11, 27, 37, 38, 64, 74
Tschechoslowakei 246, 254, 286, 294
Tucher, Anton 77
— Endres 21
— Gottlieb 127
— Jobst Wilhelm 134
— Lienhart 113
— Marx 93
— Sebald 80
Tuchmann 178
— Ernst 176
Tudela 15
Türkei 37
Tykocinski, H. 21

Uffenheim 78
Ullmann (Ulmann) 107, 118
— Emma 242
— Moses 118
— Philipp 179
Ulm 57, 59, 61, 64-66, 77, 78, 82, 148, 205
Ulmer 177
Ulrich v. Treuchtlingen 27
Ungarn 87, 106, 117
Uriel 101
Urschlechter, Andreas 5, 255, 256, 300
Ursula 113
USA s. Vereinigte Staaten

Veif s. Feif
Veist, Moses Salomon 144
Velden 112
Venedig 12, 59, 67, 121, 317
Vepfel, J. z. N. 50
Vereinigte Staaten 169, 185, 207, 214, 252, 254, 255, 268
Versailles 8
Vestenberg 101
Viatis, Paul Martin 116
Vilseck 41
Vischlin, J. z. N. 309
Völkermarkt 41
Vogelein 45
Volckamer (Volkamer), Hanns 47
— Jorg 102
Volckhardt (Volckhart), Albrecht 113, 115
Vorchheimer 256
Vorchtel, Paul 51
Vorhaus, Falk 158, 160
Vorra 98

Wagenseil, Johann Christoph 119
Wagner 258
— Adolf 229
— Richard 170, 184
Waldsassen 34
Waldstromer, Conrad 99
— Gramlieb 99
Walthard, Erzbischof v. Magdeburg 12
Warczawski, David 297
Warschau 251
Wassermann, Jacob 201, 271
— Josef 150
Wassertrüdingen 297
Weber, Johann Paul 127
Wegner 244, 257
Weidmann 154
Weiherhaus 149
Weil (Weil der Stadt?) 49, 78
— Bruno 200, 208, 271
— Jacob J. z. N. 77, 79
— Selma 278
Weilheimer 178
Weinberg, Moses 154
Weinheber, Ludwig Israel 288
Weinheim 68
Weinsberg, Konrad v. 69, 70, 72, 73
Weinschenk, Abraham 127
Weis, Gregor 101
Weiß, Peter 300
Weißenburg 15, 18, 27, 63, 64, 66, 91, 297
Welfen 14
Welsberg (Welsperg), Graf v. 142
Welß, Sigmund Moritz v. 115
Wenkheim, Hans 49
Wenzel, dt. König 41, 59, 62-65, 67-69
Werfel, Franz 300
Wernbergerin 116
Werner, Rabbiner 171
Wernher, Arzt 62
Wertheimer, Israel Emanuel 178
Westfalen 47, 48, 121
Westgoten 19
Wien 37, 73, 108, 110, 117, 121, 283, 291
Wiener, Michael 116
s. a. Andreas Zacharias Heinrich Joseph
— Samuel 116
Wiesenthau, Alexander 101

Wildensteiner, Dietrich 49
Wilhelm I., dt. Kaiser 180
Wilhelm II., dt. Kaiser 168, 169, 185
Willner, Ludwig 281
Willstätter, Richard 203, 300
Windsbach 92, 129
Windsheim 23, 63-66, 84, 91
Wirsberg (Wirsperg), Eustachius v. 100
Wirsberger (Wirsperger), Veit 84, 239
Wirzpurc s. Würzburg
Witschel, (Johann Heinrich) 147
Wittelsbacher 18, 31
Wöhrd (Vorort v. Nbg.) 42, 60, 62, 93, 96, 98, 99, 133-136, 154
Wölfflein aus Schnaittach 88
Woesch 282
Wohl 179
Wolf 46
— aus Brod in Polen 136
s. a. Bender, Wolf
— Uriel 92
Wolfel, J. z. N. 79
Wolff 167
Wolfram v. Eschenbach 36
Wolfskehl, Simon 150
Wolfstein, Abel v. 101
Wongrowitz i. Posen 166
Worcester 7
Worms 11-14, 19, 20, 25, 27, 38, 75, 78, 84
Wormser, Isaac 269
Wülfer 115, 135
Wuerfel, Andreas 14, 20, 35, 40, 46, 128, 130
Württemberg 144
— Ludwig Graf v. 49
— Ulrich Graf v. 75
Würzburg (Wirzpurc) 15-18, 23, 34, 39, 41, 47, 48, 57, 59, 64, 67, 70, 102, 109, 116, 118, 144, 145, 148, 280, 285-287
Wuppertal-Barmen 216
Wurzbacher 247

Ysaak (Ysac, Ysack, Ysak) s. Isaak

Zacharias 100
Zanders 197
Zaret, Tochter d. Abraham, J. z. N. 78
Zarfati, Jakob, J. z. N. 21
— Isaak 37
Zella-Mehlis 220
Zentner, v. 146
Zielenziger, Kurt 201
Ziemlich, Bernhard 7, 160, 169, 172, 184, 273
Zimmermann 213
Zirndorf 93, 144
Zürich 66, 166

Druckfehlerberichtigung

Seite 82, Zeile 11:	Piacenza statt Piacenca
Seite 101, Zeile 5:	dem Juden statt den
Seite 119, Zeile 35 u. 37:	Mendelssohn statt Mendelsohn
Seite 120, Zeile 43:	ebenso
Seite 164, Zeile 33:	1878 statt 1888
Seite 234, Zeile 1:	Ankläger statt Angeklagter

Inhaltsverzeichnis

Seite

Geleitwort 5

Vorwort 7

1. *Kapitel: Die Verhältnisse der frühen Judensiedlungen in Deutschland* 9

2. *Kapitel: Die Nürnberger Judensiedlung bis zum Pogrom von 1298* 14

1. Erste Nachrichten über Juden in der Stadt 14
2. Die Lage der ersten Judensiedlung 1147—1349 15
3. Die wirtschaftliche Tätigkeit der Juden 16
4. Das Leben in der Gemeinde 20
5. Der Pogrom von 1298 22

3. *Kapitel: Die Entwicklung der Gemeinde bis zur Austreibung von 1349* 25

1. Judenschutz, Besteuerung und Rechtsstellung 25
2. Die innere Organisation der Gemeinde 26
3. Geschäftsbetrieb und Judenordnungen 27
4. Die Vorgeschichte der Austreibung von 1349 30
5. Die Austreibung von 1349 32
6. Die Verteilung des Judenbesitzes 34

4. *Kapitel: Von der Wiederaufnahme im Jahre 1352 bis zur Ausweisung 1498/99* 36

1. Die allgemeine Lage der Juden im ausgehenden Mittelalter 36
2. Die Wiederaufnahme in Nürnberg 38
3. Topographie der zweiten Judensiedlung 39
4. Die zahlenmäßige Beschränkung 41
5. Das Verhältnis von Kirche und Juden 42
6. Rechtsstellung und Gerichtsbarkeit 46
7. Die Nürnberger Judeneide 52
8. Die wirtschaftliche Tätigkeit 55
9. Finanzielle Lasten der Juden unter Karl IV. und Wenzel 62
10. Die Schuldentilgungen von 1385 und 1390 64
11. Ruprecht von der Pfalz, Sigmund und die Nürnberger Juden 67
12. Die Habsburger und die Judengemeinde 72
13. Die innere Organisation der Gemeinde 76
14. Religiöse Verhältnisse und gesellschaftliches Leben 79
15. Die Ausweisung von 1498/99 81

5. *Kapitel: Nürnberg und die Juden in der Umgebung der Stadt vom Jahre 1500 bis zum Beginn des Absolutismus* 86

1. Die allgemeine Situation der Juden in der Zeit des Humanismus, der Reformation und der Gegenreformation 86

2. Das Aufblühen der Judengemeinde in Fürth und die Stellung Nürnbergs zu den Fürther Juden 91
3. Nürnberg und die anderen Juden der Umgebung 97
4. Der Judenhandel im 16. und 17. Jahrhundert 100
5. Warenzoll, Leibzoll und Bewachung 110
6. Judentaufen 1506–1694 112

6. Kapitel: Nürnberg und die Juden der Umgebung im 18. Jahrhundert bis zum Ende der Reichsstadtzeit im Jahre 1806 117

1. Die Lage der Juden im Zeitalter des Absolutismus und der Aufklärung 117
2. Der Niedergang Nürnbergs 121
3. Zurückdrängung des Judenhandels durch den Rat der Stadt Nürnberg 123
4. Zoll und Begleitung 130
5. Judentaufen im 18. Jahrhundert 133

7. Kapitel: Auf dem Wege zur Emanzipation 1806–1871 138

1. Die Juden in Bayern und der Einfluß der bayerischen Gesetzgebung auf die Nürnberger Verhältnisse 138
2. Reaktion und Vormärz und die Lage der Juden 144
3. Juden in Nürnberg von 1806 bis zur Niederlassung des ersten jüdischen Bürgers in der Neuzeit im Jahre 1850 147
4. Die rechtliche Gleichstellung der Juden 1851–1871 156
5. Die Entwicklung der jüdischen Gemeinde in Nürnberg bis 1871 157

8. Kapitel: Der Aufstieg im zweiten Kaiserreich 164

1. Der weitere Fortschritt der Assimilation des deutschen Judentums 164
2. Rabbinerwahl und Synagogenbau in Nürnberg 165
3. Das Gemeinde- und Vereinsleben 169
4. Die Juden Nürnbergs im öffentlichen Leben 174
5. Antisemitismus im zweiten Kaiserreich 181
6. Nürnbergs Juden im Ersten Weltkrieg 185

9. Kapitel: Die Krise in der Weimarer Republik 187

1. Die Lage der Juden nach dem Ersten Weltkrieg 187
2. Völkische Gruppen; Streicher als Führer der Nationalsozialisten in Nürnberg und der Antisemitismus bis 1933 190
3. Nürnbergs Juden im öffentlichen Leben 201
4. Die Kultusgemeinde bis 1933 205

10. Kapitel: Die Verfolgung der Nürnberger Juden seit 1933 211

1. Der Auftakt: das Jahr 1933 211
2. Die weitere Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft und ihr Schicksal bis zur „Kristallnacht" 1938 219
3. Die „Nürnberger Gesetze" 229
4. Die Zerstörung der Nürnberger Hauptsynagoge 236

5. Die „Kristallnacht" in Nürnberg 239
6. Weitere Arisierungen, die „Holz-Aktion" und die vollständige Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben 245
7. Aus- und Abwanderung der Nürnberger Juden 1933/1940 251
8. Die Abschiebung Streichers und „Der Stürmer" bis 1944 256
9. Antisemitismus für Kinder in- und außerhalb der Schule und die Schulverhältnisse der jüdischen Schüler in Nürnberg 259
10. Die Kultusgemeinde 1933 bis 1945 267

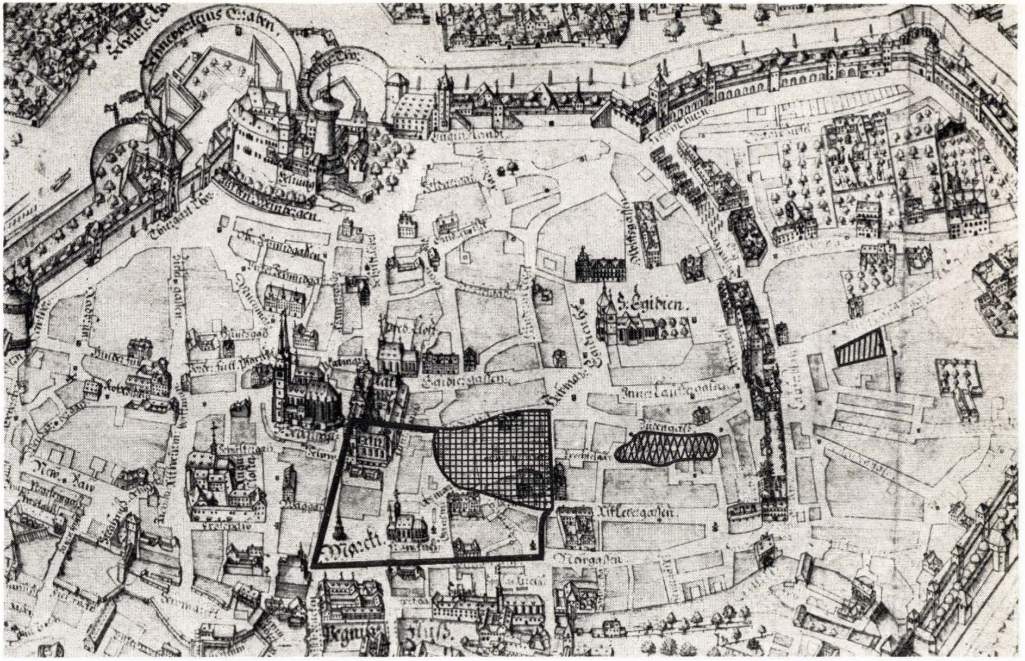
11. Kapitel: Die Vernichtung der Nürnberger Juden im Zweiten Weltkrieg 275
1. Verschärfte Maßnahmen seit Kriegsbeginn 275
2. Die Deportationen 277

Nachwort 297

Anmerkungen 303

Quellen und Literatur 348

Register 357



Die Nürnberger Judenghettos des Mittelalters (vom Verfasser) eingezeichnet in eine Federzeichnung von Hans Bien um 1621, Stadtarchiv Nürnberg.

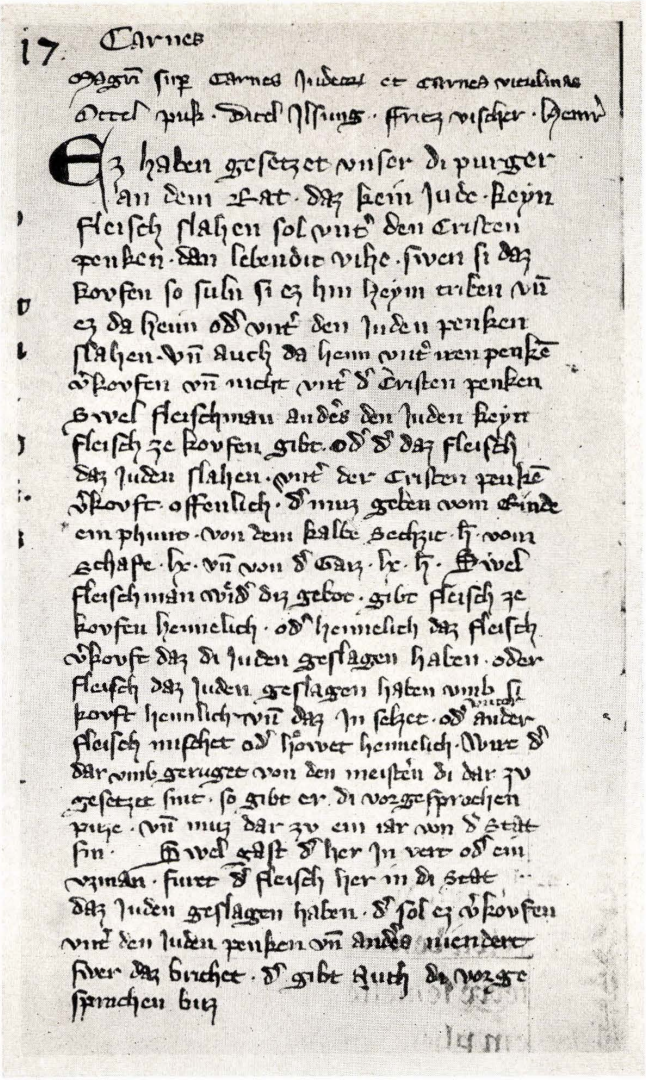
Früheste Judensiedlung, Erweiterung zum ersten Ghetto, das bis 1349 bestand.

Friedhof des ersten Ghettos (= zweites mittelalterliches Ghetto 1352—1499)

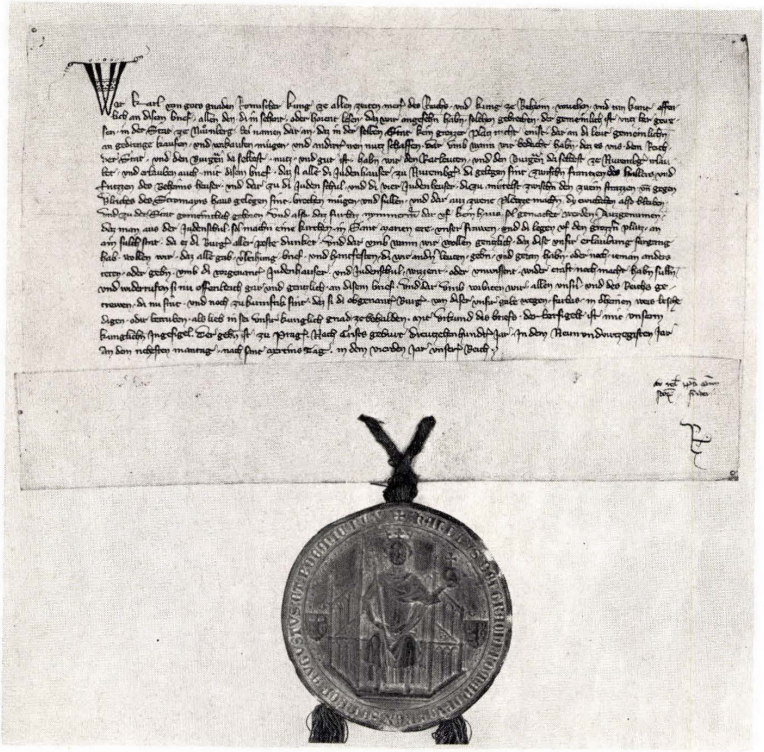
Friedhof des zweiten Ghettos.



Nürnberg teilt der Stadt Weißenburg das Nürnberger Judenpfandrecht mit, 8. April 1288. Hauptstaatsarchiv München, Reichsstadt Weißenburg Nr. 3.



Nürnberger Judenfleischordnung, 14. Jh. (Anfang). Staatsarchiv Nürnberg, Amts- und Standbuch Nr. 228 fol. 9v.



Kaiser Karl IV. gestattet den Abbruch des (ersten) Ghettos und die Errichtung eines Marktplatzes (heute Hauptmarkt und Obstmarkt), 16. November 1349. Hauptstaatsarchiv München, Reichsstadt Nürnberg Nr. 760.



Jüdische Grabsteine aus dem ersten mittelalterlichen Judenfriedhof, verwendet als Treppenstufen im Aufgang zum Südturm (erbaut ca. 1352) der St. Lorenzkirche.



Grabstein aus dem zweiten mittelalterlichen Judenfriedhof für die Jungfrau Sara, gest. 1448. Germanisches Nationalmuseum Nürnberg Gd. 302.



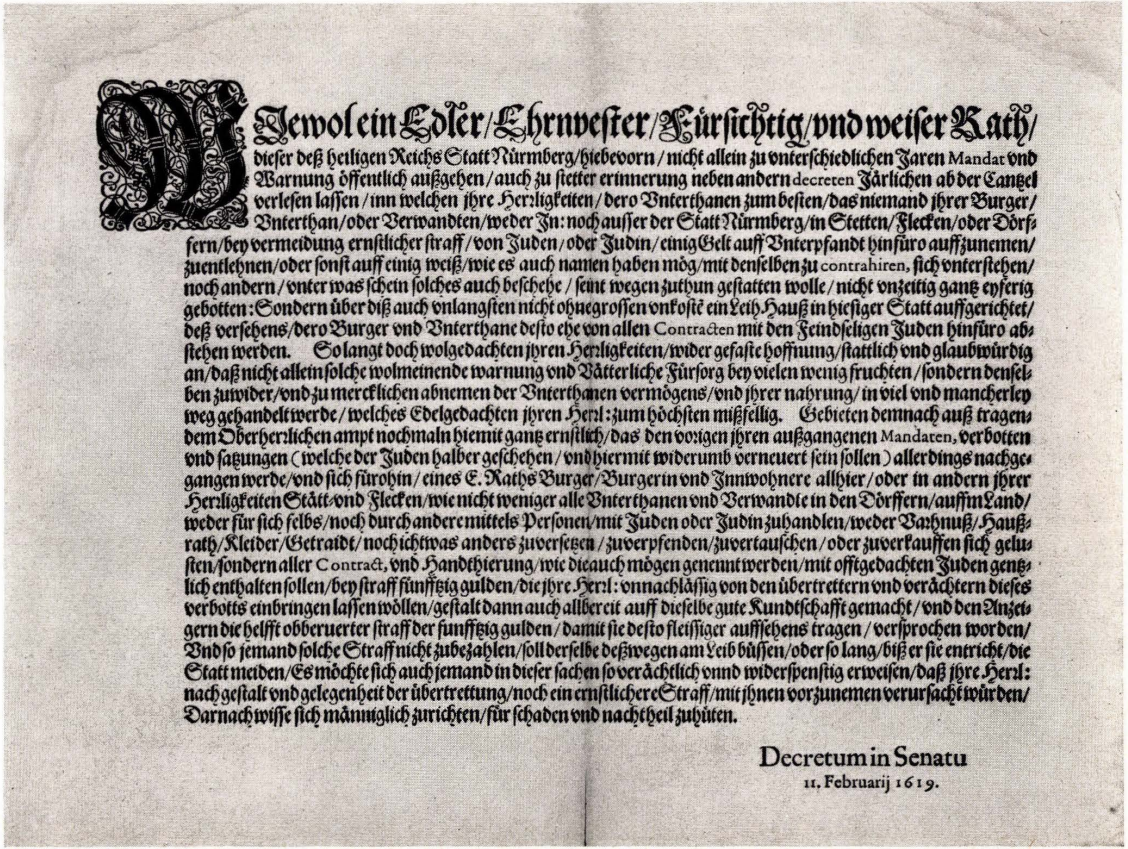
Der „Nürnberger Judenstein". Aufsatz zum Thoraschrein in der zweiten mittelalterlichen Synagoge (bestehend bis 1499). Inschrift „Kether Thora" (= Krone des Gesetzes). Nach 1500 im Hause Wunderburggasse 8, im 19. Jh. in die neue Synagoge am Hans-Sachs-Platz (Einweihung 1874) eingesetzt, heute im Altstadtmuseum (Fembohaus).



Eintragung in der Neubauer-Chronik: „Anno 1451 Jar habenn die Judenn angefangenn die gelbenn Ringlein an den kleidern zu Tragen und die Weiber die Blabenn Stramen Auff denn Schlarenn das man sy darbey kendt weliche keyßer Friderich in Auferleit hat das sy im Romischen Reich Also musten da hergenn". Stadtarchiv Nürnberg, Nürnberger Chroniken Nr. 42 Bl. 37.



XI Judenverbrennung, Holzschnitt von Michael Wohlgemuth in Hartmann Schedels Weltchronik. Nürnberg bei Koberger 1493. Stadtbibliothek Nürnberg.



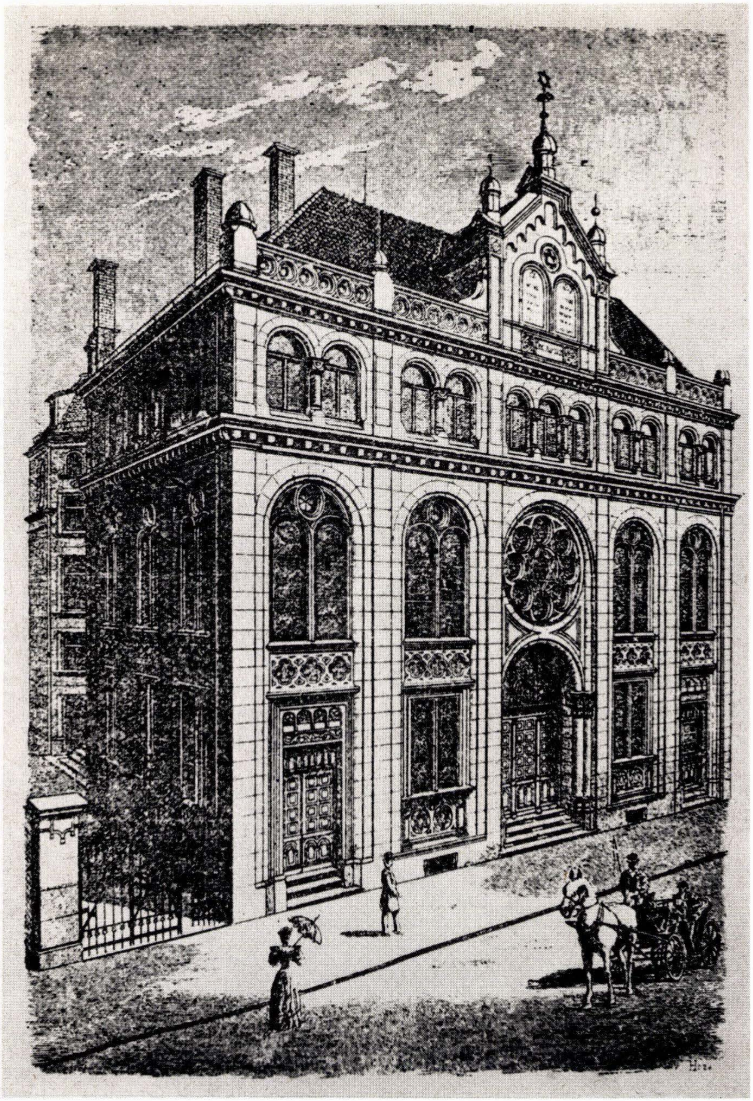
DEwol ein Edler/Ehrnvester/Fürsichtig/vnd weiser Rath/ dieser deß heiligen Reichs Statt Nürmberg/hiebevorn/nicht allein zu vnterschiedlichen Jaren Mandat vnd Warnung öffentlich außgehen/auch zu stetter erinnerung neben andern decreten Järlichen ab der Cantzel verlesen lassen/inn welchen jhre Herꝛligkeiten/dero Vnterthanen zum besten/das niemand jhrer Burger/ Vnterthan/oder Verwandten/weder Jn: noch ausser der Statt Nürmberg/in Stetten/Flecken/oder Dörffern/bey vermeidung ernstlicher straff/von Juden/oder Judin/einig Gelt auff Vnterpfandt hinfüro auffzunemen/ zuentlehnen/oder sonst auff einig weiß/wie es auch namen haben mög/mit denselben zu contrahiren, sich vnterstehen/ noch andern/vnter was schein solches auch beschehe/seint wegen zuthun gestatten wolle/nicht vnzeitig gantz eyferig gebotten: Sondern über diß auch vnlangsten nicht ohne grossen vnkostē ein Leih Hauß in hiesiger Statt auffgerichtet/ deß versehens/dero Burger vnd Vnterthane desto ehe von allen Contracten mit den Feindseligen Juden hinfüro abstehen werden. So langt doch wolgedachten jhren Herꝛligkeiten/wider gefaste hoffnung/stattlich vnd glaubwürdig an/daß nicht allein solche wolmeinende warnung vnd Vätterliche Fürsorg bey vielen wenig fruchten/sondern denselben zuwider/vnd zu mercklichen abnemen der Vnterthanen vermögens/vnd jhrer nahrung/in viel vnd mancherley weg gehandelt werde/welches Edelgedachten jhren Herꝛn zum höchsten mißfellig. Gebieten demnach auß tragendem Oberherꝛlichen ampt nochmaln hiemit gantz ernstlich/das den vorigen jhren außgangenen Mandaten, verbotten vnd satzungen (welche der Juden halber geschehen/vnd hiermit widerumb verneuert sein sollen) allerdings nachgegangen werde/vnd sich fürohin/eines E. Raths Burger/Burgerin vnd Jnnwohnere allhier/oder in andern jhrer Herꝛligkeiten Stätt vnd Flecken/wie nicht weniger alle Vnterthanen vnd Verwandte in den Dörffern/auffm Land/ weder für sich selbs/noch durch andere mittels Personen/mit Juden oder Judin zuhandlen/weder Bahnnuß/Haußrath/Kleider/Getraidt/noch ichtwas anders zuversetzen/zuverpfenden/zuvertauschen/oder zuverkauffen sich gelusten/sondern aller Contract, vnd Handthierung/wie dieauch mögen genennt werden/mit offtgedachten Juden gentzlich enthalten sollen/bey straff fünfftzig gulden/die jhre Herꝛn: onnachläßig von den übertrettern vnd verächtern dieses verbotts einbringen lassen wöllen/gestalt dann auch allbereit auff dieselbe gute Kundtschafft gemacht/vnd den Anzeigern die helfft obberuerter straff der funfftzig gulden/damit sie desto fleissiger auffsehens tragen/versprochen worden/ Vnd so jemand solche Straff nicht zubezahlen/soll derselbe deßwegen am Leib büssen/oder so lang/biß er sie entricht/die Statt meiden/Es möchte sich auch jemand in dieser sachen so verächtlich vnnd widerspenstig erweisen/daß jhre Herꝛn: nach gestalt vnd gelegenheit der übertrettung/noch ein ernstlichere Straff/mit jhnen vorzunemen verursacht würden/ Darnach wisse sich männiglich zurichten/für schaden vnd nachtheil zuhüten.

Decretum in Senatu
11. Februarij 1619.

Der Nürnberger Rat verbietet seinen Untertanen den Handel mit Juden. Mandat vom 11. Februar 1619. Stadtarchiv Nürnberg, Mandate.



Jüdischer Hausierer in Nürnberg um 1790. Zeitgenössischer Kupferstich von A. Gabler. Germanisches Nationalmuseum Nürnberg HB. 4093.



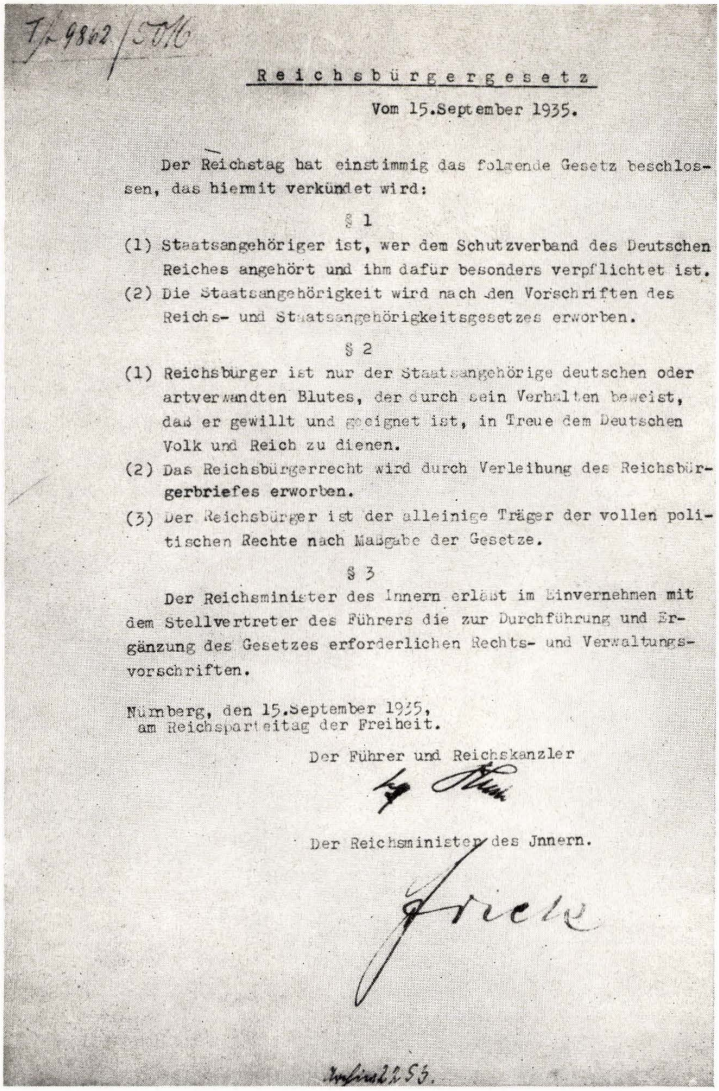
Orthodoxe Synagoge an der Essenweinstraße, fertiggestellt 1902, zerstört in der „Kristallnacht" 1938. Original in der Wiener Library, London. Stadtarchiv Nürnberg, Bildsammlung Nr. 74.



Ansicht vom Judenfriedhof an der Bärenschanzstraße. Stadtarchiv Nürnberg. Bildsammlung Nr. 76.



Der Nürnberger Neptun-Brunnen, Abguß nach dem Original (Leningrad), gestiftet von Ludwig von Gerngros, heute im Stadtpark. Stadt Nürnberg, Bildstelle und Denkmalsarchiv, Aufnahme Nr. Fi S 3564.



T.-9862/506

Reichsbürgergesetz

Vom 15.September 1935.

Der Reichstag hat einstimmig das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1

(1) Staatsangehöriger ist, wer dem Schutzverband des Deutschen Reiches angehört und ihm dafür besonders verpflichtet ist.
(2) Die Staatsangehörigkeit wird nach den Vorschriften des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes erworben.

§ 2

(1) Reichsbürger ist nur der Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes, der durch sein Verhalten beweist, daß er gewillt und geeignet ist, in Treue dem Deutschen Volk und Reich zu dienen.
(2) Das Reichsbürgerrecht wird durch Verleihung des Reichsbürgerbriefes erworben.
(3) Der Reichsbürger ist der alleinige Träger der vollen politischen Rechte nach Maßgabe der Gesetze.

§ 3

Der Reichsminister des Innern erläßt im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers die zur Durchführung und Ergänzung des Gesetzes erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften.

Nürnberg, den 15.September 1935,
am Reichsparteitag der Freiheit.

Der Führer und Reichskanzler

Der Reichsminister des Innern.

Original 2.53.

Original aus den „Nürnberger Gesetzen" (hier „Reichsbürgergesetz"); der „Stadt der Reichsparteitage" von der Reichsregierung überreicht. Stadtarchiv Nürnberg, UR 1935 September 15.



Der Stürmer

Deutsches Wochenblatt zum Kampfe um die Wahrheit

HERAUSGEBER: JULIUS STREICHER

Nummer 19 | Nürnberg, im Mai 1937 | 15. Jahr 1937

Jüdische Blutschande

Der Prozeß Weil in Frankenthal (Saarpfalz) / Ein Jude schändet sein nichtjüdisches Stiefkind

Schauerliche Verbrechen eines echten Talmudjuden / Schützt die deutsche Jugend!

Am 12. April 1937 fand vor der Großen Strafkammer zu Frankenthal (Saarpfalz) ein Rassenschänderprozeß statt, der so grauenhafte jüdische Verbrechen offenbarte, daß das ganze deutsche Volk erschrocken aufhorchte. Ein Jude stand vor Gericht. Ein Jude, der sein nichtjüdisches Stiefkind in geradezu teuflischer Weise mißhandelt, vergewaltigt und mißbraucht hatte. Ein Jude, der in seiner Eigenschaft als Stiefvater Verbrechen begangen hatte, die jeden deutschen Vater und jeder deutschen Mutter unfaßbar sind. Drei Hauptpersonen traten in dem Frankenthaler Prozeß auf:

1. Der Angeklagte, der 49 jährige jüdische Kaufmann Salomon (Sally) Weil aus Ludwigshafen a. Rh.
2. Seine 14 jährige nichtjüdische Stieftochter Elfriede M.
3. Die nichtjüdische Ehefrau des Juden, Maria M.

Die Tragödie einer deutschen Frau

Die heute 31 jährige Ehefrau des Juden Weil, Maria M., war als Sechzehnjährige ein bildhübsches deutsches Mädchen gewesen. Niemand, wo sie hinkam, erregte sie die Aufmerksamkeit des anderen Geschlechts. Von vielen Seiten wurde sie umworben. Schließlich trat sie zu einem deutschen Mann in engere Beziehungen. Ein Jahr später gebar sie ihm ein Töchterchen, das die Elfriede taufte. Mit einer hingebenden Liebe, wie sie nur einmal das Wesensmerkmal einer jeden guten deutschen Mutter ist, opferte sie sich für ihr Kind auf. Trotz der schweren Tage, die sie durchzumachen hatte, wollte auch für sie einmal die Zeit des Glückes gekommen, wenn nicht Juden ihren Weg gekreuzt hätten. Maria M. arbeitete als Serviersfräulein in verschiedenen Orten und kam später als Bedienung in das bekannte Judencafé Union in Mannheim. Hier lernte sie im Laufe der Zeit eine Anzahl beutegieriger Judenvampire kennen. Hier wurde ihr Denken und Füh-

Schach dem Teufel

Gesetz allein schützt unsere Jugend nicht / Dem Juden ist Gebot, daß er es bricht, Des Juden Treiben könnt ihr nur beenden / Versteht ihr das Gesetz scharf anzuwenden

Aus dem Inhalt

Rassenschande auch in Rumänien
Brief eines Japaners
Berliner Brief:
Die Berliner „Scala" / Das Gastspiel Ausdnu / Ein Jude verspottet Mussolini
Devisen in Lederknöpfen

Die Juden sind unser Unglück!

„Der Stürmer" Mai 1937 Nr. 19. Stadtbibliothek Nürnberg.

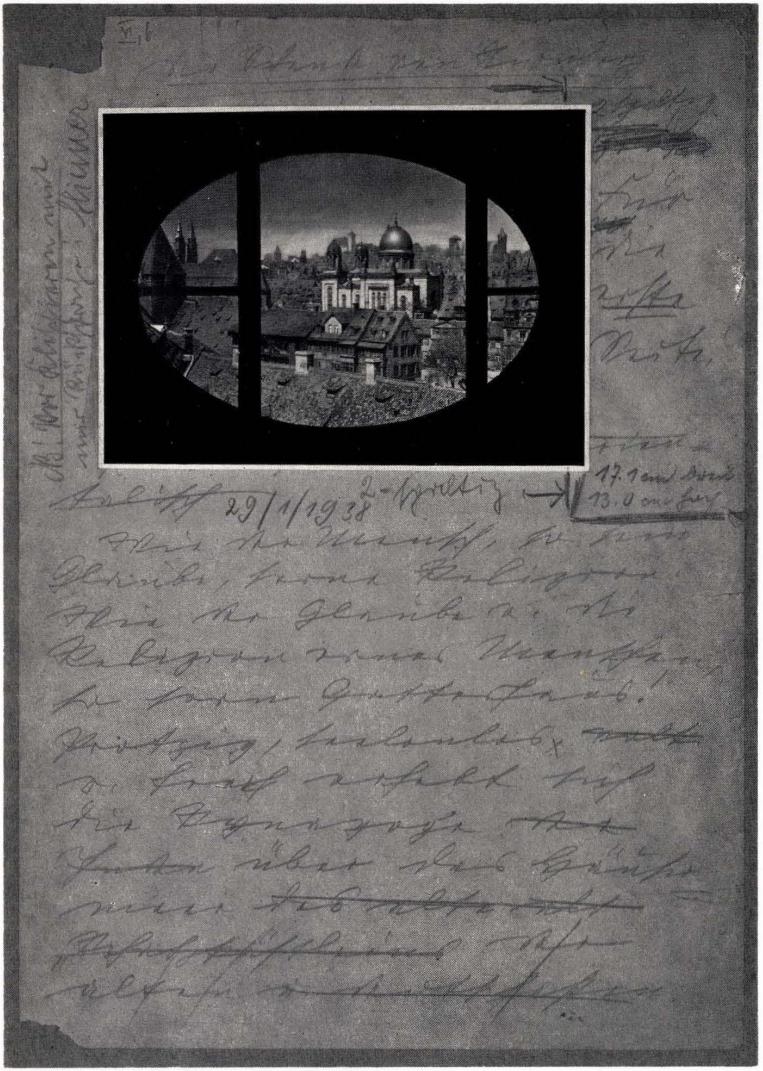


Bild der Nürnberger Synagoge am Hans-Sachs-Platz mit handschriftlichen Bemerkungen Streichers: „Die Schande von Nürnberg. 2spaltig für die erste Seite. Wie der Mensch, so sein Glaube, seine Religion. Wie der Glaube und die Religion eines Menschen, so sein Gotteshaus! Protzig, seelenlos und frech erhebt sich die Synagoge über das Häusermeer." Stadtarchiv Nürnberg, „Stürmer"-Archiv VI. 6.

Nürnberg-Fürther Isr. Gemeindeblatt

Schriftleitung: Studienrat M. Bernheimer, Nürnberg-O, Rudolfstraße 13. Telefon 51871 · Für den Fürther Teil: Distriktsrabbiner Dr. Behrens

Verlag: J. Rosenfeld's Druckerei G.m.b.H., Nürnberg-A, Nadlersgasse 6-8a, Tel. 22791

Nummer 2 | **Nürnberg, 1. April 1933** | **13. Jahrgang**

An unsere Gemeindemitglieder.

In den letzten Wochen haben sich große politische Veränderungen in Deutschland vollzogen. Wir sind kein politisches Blatt, aber wir würden uns einer Versäumnis schuldig machen, wenn wir in dieser ernsten Zeit uns nicht mit unseren Lesern im Kreise unserer Gemeinden über die Dinge aussprechen wollten, die gerade uns Juden besonders berühren. Dabei muß vorweg eines gesagt sein: Der Uebergang der Regierungsgewalt hat sich in gesetzlichen Formen vollzogen, und es ist für uns Juden nicht nur ein gesetzlicher Zwang, sondern auch ein Religionsgebot, daß wir auch den neuen Staat anzuerkennen und seine Anordnungen zu befolgen haben. „Dina demalchutha dina", Staatsgesetz bindet.

In uns allen aber lebt der Wunsch, daß der neue Staat auch uns, unseren Rechten und unseren Empfindungen gerecht werde. Wir denken dabei nicht nur an Einzelakte in erregter Zeit, die die Regierung selbst nicht billigt. Das Lebensrecht, auf das wir deutsche Juden in unserem Vaterland niemals verzichten können und wollen, besteht nicht nur in dem Schutz von Leben und Eigentum; es umfaßt auch den Schutz unserer Ehre, die Möglichkeit freier Berufsbetätigung, frei von jeder Zurücksetzung, ein Leben in Ehre und Pflicht gleich allen andern Bürgern des Staates. Wir sind überzeugt, daß die Träger der Verantwortung sich dem tiefen sittlichen Ernst dieser Forderung und ihrer Bedeutung für die Zusammenfassung aller Kräfte im Dienste des Staates nicht verschließen werden.

Unsere Glaubensgenossen aber mögen sich stets dessen bewußt bleiben, daß es ein Recht in uns und über uns gibt, das unzerstörbar ist. Lassen wir uns darum durch keine widrigen Erfahrungen des Alltags entmutigen oder verbittern und unser Heimatgefühl nicht erschüttern. Seien wir uns in dieser ernsten Zeit besonders auch der religiösen Kraft unserer Gemeinschaft bewußt, die schon viele Stürme überdauert hat. **Bleibt aufrecht und treu!**

Der Rat des Verbandes Israelitischer Gemeinden hat in seiner Sitzung vom 26. März 1933 beschlossen, folgende Erklärung an den kommissarischen Ministerpräsidenten in Bayern, Herrn von Epp, abzugeben:

Hochgeehrter Herr Ministerpräsident!

Wir sind uns bewußt, daß die Einstellung breiter nationaler Kreise, von untrichtigen Vorstellungen geleitet, sich gegen uns richtet. Wir als die öffentlich-rechtliche Vertretung der bayerischen Juden halten es darum für notwendig, Ihnen, Herr Ministerpräsident, als dem Leiter des bayerischen Staates, folgendes darzulegen.

Wir wenden uns gegen die Angriffe, die sich gegen die Juden in ihrer Gesamtheit richten und uns in unserer vaterländischen Einstellung herabzuwürdigen suchen.

Unsere Religion gebietet uns, Achtung und Ehrfurcht der Regierung zu erweisen und dem Staate zu dienen. Wir werden diese religiöse Verpflichtung auch weiter mit vollem Herzen erfüllen.

Verbunden sind wir, nicht nur staatsbürgerlich, sondern tief innerlich, dem bayerischen Boden, den wir als unsere Heimat lieben. Wir fühlen uns eins mit dem deutschen Volk, dessen Schicksal wir geteilt haben. Auch wir haben mit Stolz für unser deutsches Vaterland gekämpft und ihm unser Blut geopfert; unsere Sehnsucht und Hoffnung und unermüdliche Arbeit gilt seinem Wiederaufstieg.

Wir glauben, daß Deutschlands Erneuerung eine so schwere und heilige Aufgabe ist, daß sie die Mitarbeit aller Kräfte erfordert, die willens sind sich voll einzusetzen für die Größe des Reiches. Darum gebietet es uns unsere vaterländische Pflicht, Ihnen, Herr Ministerpräsident, von unserem Wunsch und festen Willen Kenntnis zu geben, dem großen Werk des deutschen Aufbaus zu dienen und zu unserem bescheidenen Teile mitzuhelfen, die deutsche Zukunft in Ehren zu gestalten.

Das Präsidium des Verbandes:

gez.: Dr. Neumeyer. gez.: Rabbiner Dr. Freudenthal.

Appell der deutschen Juden.

Die Reichsvertretung der deutschen Juden und der Vorstand der Jüdischen Gemeinde zu Berlin haben gestern noch das folgende Schreiben an den Reichspräsidenten, den Reichskanzler, die Reichsminister und an den Polizeipräsidenten von Berlin gerichtet:

„Die deutschen Juden sind tief erschüttert von dem Boykottaufruf der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei.

Wegen der Verfehlung einiger Weniger, für die wir nie und nimmer Verantwortung tragen, soll uns deutschen Juden, die sich mit allen Fasern ihres Herzens der deutschen Heimat verbunden fühlen, wirtschaftlicher Untergang bereitet werden.

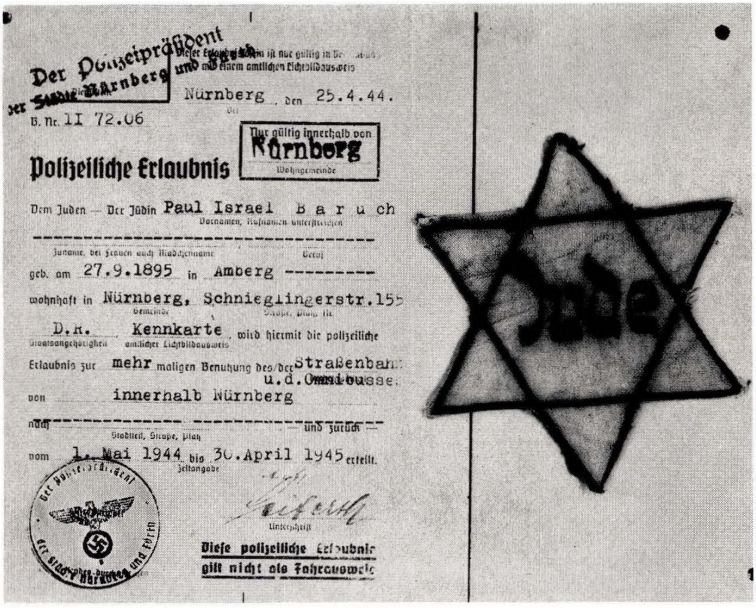
In allen vaterländischen Kriegen haben deutsche Juden in dieser Verbundenheit Blutopfer gebracht. Im großen Kriege haben von fünfhunderttausend deutschen Juden zwölftausend ihr Leben hingegeben. Auf den Gebieten friedlicher Arbeit haben wir mit allen unseren Kräften unsere Pflicht getan.

Den Greuel- und Boykottfeldzug im Ausland haben die jüdischen Organisationen Deutschlands mit äußerster Anstrengung und erfolgreich bekämpft. Sie haben hierfür alles getan, was in ihrer Kraft stand und werden es weiter tun. Trotzdem sollen jetzt die deutschen Juden, als die angeblich Schuldigen, zugrundegerichtet werden. Wir rufen dem deutschen Volke, dem Gerechtigkeit stets höchste Tugend war, zu:

Der Vorwurf, unser Volk geschädigt zu haben, berührt aufs tiefste unsere Ehre. Um der Wahrheit willen und um unserer Ehre willen erheben wir feierlich Verwahrung gegen diese Anklage. Wir vertrauen auf den Herrn Reichspräsidenten und auf die Reichsregierung, daß sie uns Recht und Lebensmöglichkeit in unserem deutschen Vaterlande nicht nehmen lassen werden.

Wir wiederholen in dieser Stunde das Bekenntnis unserer Zugehörigkeit zum deutschen Volke, an dessen Erneuerung und Aufstieg mitzuarbeiten unsere heiligste Pflicht, unser Recht und unser sehnlichster Wunsch ist."

Stellungnahmen jüdischer Organisationen 1933. Nürnberg-Fürther Israelitisches Gemeindeblatt 1. April 1933. Stadtbibliothek Nürnberg.



Der Polizeipräsident
in der Stadt Nürnberg
B. Nr. II 72.06
Nürnberg, den 25.4.44.
Polizeiliche Erlaubnis
Nur gültig innerhalb von Nürnberg
Dem Juden — Der Jüdin Paul Israel Baruch
geb. am 27.9.1895 in Amberg
wohnhaft in Nürnberg, Schniegl.ingerstr.15
D.K. Kennkarte wird hiermit die polizeiliche
Erlaubnis zur mehr maligen Benutzung des/der Straßenbahn u.d. Omnibusses
von innernalb Nürnberg
nach ——— und zurück
vom 1. Mai 1944 bis 30. April 1945 erteilt.
Der Polizeipräsident in der Stadt Nürnberg und Fürth
Diese polizeiliche Erlaubnis gilt nicht als Fahrausweis
Jude

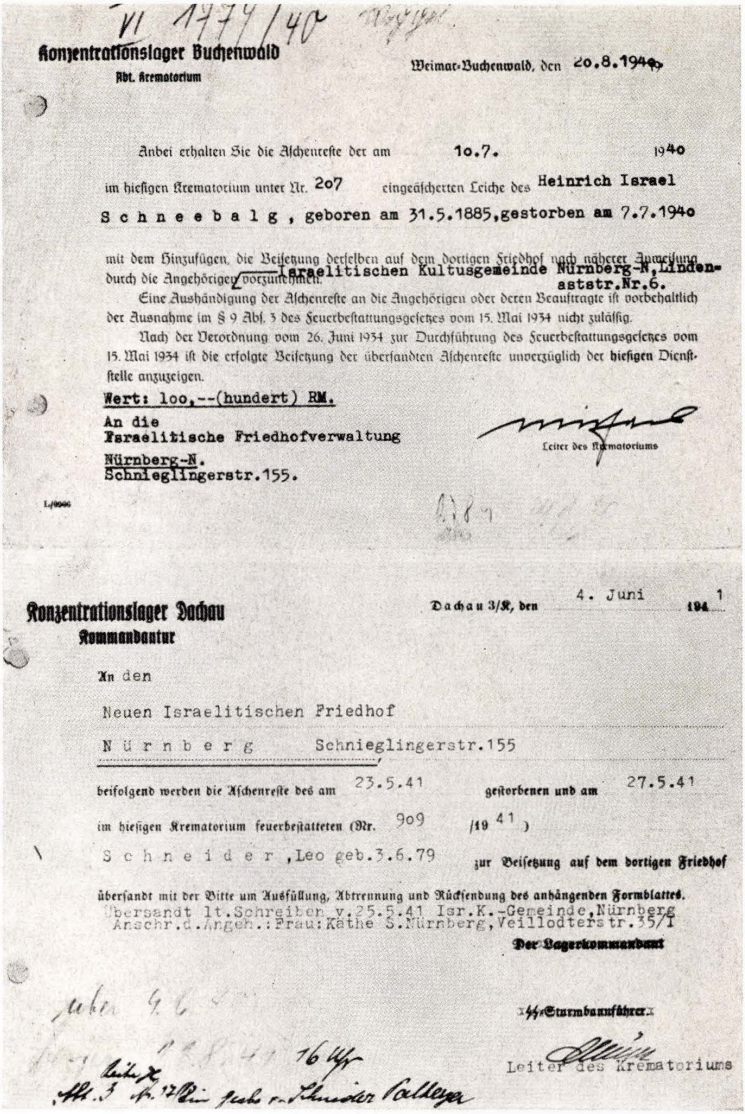
Straßenbahnerlaubniskarte für den Betreuer des jüdischen Friedhofs Paul Baruch und der von diesem getragene „Judenstern". Privatbesitz Paul Baruch, Nürnberg.



Heinrich Berolzheimer 1836—1906, großzügiger Stifter, Ehrenbürger der Stadt Nürnberg. Ölgemälde von Leo Samberger; Städt. Kunstsammlungen.



Synagoge am Hans-Sachs-Platz, 1874 eingeweiht, 1938 abgebrochen.



VI 1774/40

Konzentrationslager Buchenwald
Abt. Krematorium

Weimar-Buchenwald, den 20.8.1940

Anbei erhalten Sie die Aschenreste der am 10.7. 1940
im hiesigen Krematorium unter Nr. 207 eingeäscherten Leiche des Heinrich Israel
Schneebalg, geboren am 31.5.1885, gestorben am 7.7.1940
mit dem Hinzufügen, die Beisetzung derselben auf dem dortigen Friedhof nach näherer Anweisung durch die Angehörigen vorzunehmen. Israelitischen Kultusgemeinde Nürnberg-N, Lindenaststr. Nr. 6.

Eine Aushändigung der Aschenreste an die Angehörigen oder deren Beauftragte ist vorbehaltlich der Ausnahme im § 9 Abs. 3 des Feuerbestattungsgesetzes vom 15. Mai 1934 nicht zulässig.

Nach der Verordnung vom 26. Juni 1934 zur Durchführung des Feuerbestattungsgesetzes vom 15. Mai 1934 ist die erfolgte Beisetzung der übersandten Aschenreste unverzüglich der hiesigen Dienststelle anzuzeigen.

Wert: 100,--(hundert) RM.

An die
Israelitische Friedhofverwaltung
Nürnberg-N.
Schnieglingerstr.155.

Leiter des Krematoriums

L/1000

Konzentrationslager Dachau
Kommandantur

Dachau 3/K, den 4. Juni 1941

An den
Neuen Israelitischen Friedhof
Nürnberg Schnieglingerstr.155

beifolgend werden die Aschenreste des am 23.5.41 gestorbenen und am 27.5.41
im hiesigen Krematorium feuerbestatteten (Nr. 909 /1941)
Schneider, Leo geb. 3.6.79 zur Beisetzung auf dem dortigen Friedhof
übersandt mit der Bitte um Ausfüllung, Abtrennung und Rücksendung des anhängenden Formblattes.
Übersandt lt. Schreiben v. 25.5.41 Isr. K.-Gemeinde, Nürnberg
Anschr. d. Angeh.: Frau: Käthe S. Nürnberg, Veillodterstr. 35/I

Der Lagerkommandant
Hpt. Sturmbannführer
Leiter des Krematoriums

Zwei Benachrichtigungen an die Israelitische Kultusgemeinde Nürnberg über „Todesfälle" in den Konzentrationslagern Dachau und Buchenwald.



Denkmal für die jüdischen Gefallenen des 1. Weltkriegs mit Gedenktafel für die 1933—1945 durch den Nationalsozialismus ums Leben gekommenen 1626 Nürnberger Juden. Israelitischer Friedhof an der Schnieglinger Straße.